Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen

1968 – ALLES NUR GESCHICHTE?

Heft 3 – September 2008 € 14,-

LUCIUS & LUCIUS

Editorial

3 1968 – alles nur Geschichte?
Aktualität und Folgen eines bewegten Jahres

Aktuelle Analyse

10 *Warnfried Dettling*
Korrosionsschäden?
Anmerkungen zur Zukunft der Demokratie

Themenschwerpunkt

16 *Günther R. Mittler/Edgar Wolfrum*
Das Jahr 1968
Vom Politereignis zum Geschichtsereignis

25 *Albrecht von Lucke*
Der Deutungskampf um ‚68' im Lichte seiner Jubiläen

35 *Karl-Werner Brand*
Die aktive Bürgergesellschaft
Studentenbewegung, neue soziale Bewegungen – und was davon bleibt

45 *Jens Kastner*
1968 und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

57 *Wolf-Dieter Narr*
68: Protestierender Abglanz der Ordinarienuniversität – Konkrete Utopie demokratischer Universität. Bleibende Ambivalenzen

67 *Barbara Schaeffer-Hegel*
‚Sozialistische Eminenzen', ‚Busen-Attacken' und ‚Weiberrat' – geschlechterpolitische Impulse von 1968

79 *Gottfried Oy*
Selbstorganisation: Ein nicht eingelöstes Emanzipationsversprechen von 1968?

87 *Eckhard Jesse*
Das Jahr 1968 und die Bürgerbewegung in der DDR

96 *Helmut Fehr*
Von 1968 bis 1989: Die Studentenproteste als Kristallisationspunkt für eine neue politische Generation in Ostmitteleuropa

106 *Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth*
Anti-Ritual, Medieninszenierung und Transnationalität: Kulturwissenschaftliche Aspekte von ‚68'

118 *Sven Reichardt*
Authentizität und Gemeinschaftsbindung
Überlegungen zu Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre

Sonderschwerpunkt

133 *Andreas Buro*
Der lange Marsch der Friedensbewegung zur Zivilen Konfliktbearbeitung nach 1945

146 *Heidemarie Wieczorek-Zeul*
Partizipation und Globalisierung
Das Engagement von Nichtregierungsorganisationen als unverzichtbarer Motor für die gerechte Gestaltung der Globalisierung

155 *Wolfgang Thierse*
Veränderungsprozesse der politischen Kultur in Deutschland

165 *Thomas Leif*
Pressefreiheit unter Druck
Recherche-Journalismus als Qualitäts-Anker

179 *Jörg Rowedder/Felix Kolb*
Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen

188 *Christian Lahusen/Ansgar Klein/Heike Walk*
Der Arbeitskreis Soziale Bewegungen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)

189 *Ansgar Klein*
Zivilgesellschaft und Demokratie
Ideengeschichtliche, demokratietheoretische und politisch-soziologische Zugänge

239 *Ansgar Klein*
20 Jahre Forschungsjournal
Neue Soziale Bewegungen
Eine Zwischenbilanz

256 Forschungsjournal
Neue Soziale Bewegungen
Die Ausgaben im Überblick

261 Buchpublikationen im Umfeld des Forschungsjournals

264 Fachtagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Kongresse des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen im Überblick

Pulsschlag

266 *Thomas Seibert*
Solidarität – heute!
Konferenz zum 40. Jahrestag der Gründung von medico international

269 *Leonard Novy/Mark T. Fliegauf*
Führung braucht Follower, Strategie nicht

274 *Matthias Freise*
Tocqueville schrieb nicht über Fußballvereine

276 *Anne Hampele Ulrich*
Frauen in der Revolte: 1968 in Ost- und Westdeutschland

Treibgut

282 Materialien, Notizen, Hinweise

Literatur

288 Irritationen und Orientierungen
Neue Literatur zu ‚68'
(Albrecht Lüter, Berlin/*Karin Urich,* Mannheim)

299 Handbuch, Lehrbuch, Kompendium – Drei resümierende Blicke auf Bewegungsforschung(sliteratur)
(Jochen Roose, Berlin)

306 Karikaturen als ‚Beunruhigungsmittel', Zeichnen als Staatsbürgerpflicht
(Ludger Klein, Sankt Augustin/ Frankfurt a.M.)

308 Krasse Töchter
(Ariane Seitz, Mannheim)

310 Alternative Gelder und Tauschringe im internationalen Vergleich
(Rolf F. H. Schröder, Bremen)

312 Datenbank Bewegungsforschung

312 Aktuelle Bibliographie

316 Abstracts

332 Impressum

1968 – alles nur Geschichte?
Aktualität und Folgen eines bewegten Jahres

‚68' ist historisches Ereignis und Knotenpunkt zeitgenössischer politischer Diskurse zugleich. Die Frage danach, wie es denn eigentlich gewesen ist, ist daher mit mehr oder minder expliziten Stellungnahmen in der Selbstverständigung der heutigen Bundesrepublik zumeist eng verflochten. Daher wandelt sich das Gesicht von ‚68' in Abhängigkeit von den je aktuellen Fragen und Kontexten im Laufe der Zeit und der Abfolge seiner Jubiläen erheblich. Einmal wollen bis in die Union hinein alle irgendwie auch 68er gewesen sein, das andere Mal will es keiner gewesen sein und wird bis in linke Kreise hinein Distanz gewahrt. Nicht nur polarisiert ‚68' auch angesichts einer beginnenden Historisierung weiterhin zwischen den politischen Richtungen. Auch die Aspekte, die überhaupt als relevant betrachtet werden, unterliegen erheblichen Veränderungen. Von einem allmählichen Verblassen in den Annalen der bundesdeutschen Geschichte kann trotz des Alterns der Protagonisten bei alledem allerdings keine Rede sein – auch dieses Jahr füllt ‚68' Büchertische, Fernsehdokumentation, Ausstellungen und Symposien. ‚68' ist und bleibt ein Gegenstand der bundesdeutschen Diskurspolitik. Hier zeichnen sich noch Spuren dessen ab, was Jürgen Habermas 1968 als ‚unmittelbares Ziel des Studenten- und Schülerprotestes' bezeichnet hat: ‚die Politisierung der Öffentlichkeit' (Habermas 1969: 189).

Zielrichtung und Folgen der 68er Jahre sind umstritten und reichen von der These der fahrlässigen Zerstörung von verbindlichen Werten, unhinterfragten Autoritäten und Zukunftsvertrauen bis hin zur Annahme einer Fundamentalliberalisierung und der demokratischen Nachgründung der Bundesrepublik in Mentalitäten und Habitusformen der Bundesbürger – mithin der politischen Kultur. Es ist daher nicht nur der besonderen Koinzidenz zweier Jubiläen, des 40. von 1968 und des 20. des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen geschuldet, dass sich das Forschungsjournal in diesem Themenheft mit einer Reihe von Beiträgen in die Schlussphase der aktuellen Deutungskonflikte einschaltet. Dass das Journal im Zuge der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen gegründet wurde und im Unterschied zu einer Reihe von politisch-wissenschaftlichen Zeitschriften – wie dem kürzlich eingestellten Kursbuch – nicht direkt mit ‚68' verbunden ist, bietet beste Voraussetzungen für eine erhellende Analyse: Weit genug entfernt, um nicht in längst geschlagene Schlachten verstrickt zu sein und nah genug, um im Deutungsstreit um ‚68' dessen symbolische Bedeutung für die politische Kultur der Bundesrepublik, für bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation im Auge zu behalten.

In der Zusammenstellung der Beiträge und Autoren zu diesem Themenschwerpunkt hat die Redaktion daher auch weniger auf die größtmögliche Nähe zur allein selig machenden 68er-Deutung oder auf den spektakulären Bruch mit für sicher gehaltenen Annahmen Wert gelegt. Wir waren vielmehr auf die Zeichnung eines ebenso differenzierten wie fundierten Bildes bedacht, das der diskurspolitischen Aufladung der politischen Erinnerung Rechnung tragen kann. Manche Beiträge argumentieren daher stärker aus historiographischer Distanz, andere aus der Nähe zur politischen Aktualität. Einige Autoren und Autorinnen lassen eigene biographische Erfahrungen in ihre Analyse einfließen, wo andere sich als später Geborene einen Reim auf die Vor- oder Frühgeschichte ihrer eigenen Lebensspanne machen. Keinem der Autoren und Autorinnen geht es – sei es positiv, sei es negativ – um Mythenbildung, um Verklärung oder Verdammung. Bei aller instruktiven Unterschiedlichkeit liefern aber alle Beiträge mehr oder minder explizit nicht nur Antworten auf die Frage, was ‚68' für uns bedeutet, sondern auch zu

der Frage, ob ‚mehr Demokratie wagen' jenseits von 1968 ein auch heute weiterhin gültiges Programm ist.

Die Annahme, dass ‚68' einen wichtigen Schritt der Liberalisierung und Demokratisierung der Bundesrepublik bedeutete, muss damit nicht in die Mythologisierung und retrospektive Idealisierung führen, sondern kann auch den Auftakt zu einer kritischen Auseinandersetzung und differenzierten Bewertung darstellen. Die Bilanzen der diskurspolitischen Konjunkturen des aktuellen Jubiläumsjahrs demonstrieren aber dennoch eindrücklich, dass der Weg der Historisierung von 1968 zwar durch eine ganze Reihe profunder zeitgeschichtlicher Analysen ein ganzes Stück weiter geführt wurde, mitnichten aber an ein Ende gekommen ist. *Günther Mittler* und *Edgar Wolfrum* sowie *Albrecht von Lucke* zeichnen die auch emotional hochgradig aufgeladenen aktuellen Deutungskämpfe um das Geschichtsereignis anschaulich nach. Das Schielen auf mediale Aufmerksamkeit hat in diesem Jahr offenbar besonders bizarre Blüten getrieben. Unter weitgehender Ausklammerung der globalen Reichweite des Protestjahres wurde das bundesrepublikanische ‚68' zu einem primär deutschen Phänomen und zum Spätausläufer der nationalsozialistischen Herrschaft deklariert.[1] Dass dabei die außerparlamentarische Orientierung und die Bewegungsförmigkeit des Studentenprotestes dazu genutzt wurden, soziale Bewegungen pauschal in eine assoziative Nähe zur Nazi-Bewegung zu rücken, als ob es eine Aufklärungs-, Arbeiter- oder Frauenbewegung oder die neuen sozialen Bewegungen nie gegeben hätte, markiert dabei eine für die Protestforschung besonders pikante Wendung und zweifelsohne eine Fehldeutung.

Karl-Werner Brand zeigt demgegenüber sehr eindrücklich Kontinuitätslinien und Brüche zwischen Studentenbewegung und neuen sozialen Bewegungen auf. Selbstverständlich gehören in die bundesdeutsche Bewegungs- und Beteiligungsgeschichte auch die mobilisierungsstärkeren Proteste der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auch grenzten sich die neuen sozialen Bewegungen gegenüber der Kaderpolitik der K-Gruppen – als den Zerfallsprodukten der Neuen Linken – ab. Die antiautoritären und gegenkulturellen Impulse der studentischen Aufbruchsbewegung finden aber in den neuen sozialen Bewegungen eine Fortsetzung, die schließlich zu einer ‚Normalisierung des Unkonventionellen' im Rahmen einer Bewegungs- und Bürgergesellschaft führt. Einen Widergänger des autoritären Führerstaates wird man hier schwerlich finden – eher schon eine Ressource zur Bewältigung zeitgenössischer Herausforderungen der Demokratie.

Dennoch ist der Nationalsozialismus ein zentraler Faktor zur Erklärung der Besonderheiten des bundesdeutschen ‚68' – und zwar als Gegenstand der Abgrenzung seitens der 68er-Akteure. *Jens Kastner* beleuchtet in seinem Beitrag die in mehrfacher Hinsicht konstitutive Rolle des Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte für die Protestbewegung. Er kritisiert eine verkürzende Darstellung der Auseinandersetzung der 68er mit dem Nationalsozialismus als eines bloßen Generationenproblems. Kastner argumentiert, dass selbst die Entstehung einer fiktiven Generationeneinheit noch das Ergebnis generationenübergreifender sozialer Kämpfe und Konflikte mit über das Datum des Geburtsscheins hinausweisenden Inhalten ist, bei deren Erschließung die konzeptuellen Mittel der Bewegungsforschung weiter führen als der Ansatz an Generationen.

Sehr fassbar wird die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch in *Wolf-Dieter Narrs* Analyse des unmittelbaren Kontextes der Studentenproteste: der Universität. Er unterstreicht die bei allen Ambivalenzen ausgeprägte Bindung des studentischen Protestes an den ‚besseren Geist' einer an Autonomie und Mündigkeit orientierten Universität, die die Studenten nicht nur zum Aufstand gegen den vielzitierten ‚Muff unter den Talaren' in Form der

nach 1945 nahezu bruchlos restaurierten Ordinarienuniversität trieb – ein Muff, der vielleicht nicht zufällig als ebenso ‚tausendjährig' bezeichnet wurde wie das kurzlebige ‚tausendjährige Reich'. Unter exzessivem Rückgriff auch auf die durch den Nationalsozialismus unterdrückten Denktraditionen erprobten die Studenten die Kritik und die qualitative Veränderung des herrschenden Wissenschaftsbegriffs – freilich ohne weitreichende Folgen für die Institution der Universität.

Auch *Barbara Schaeffer-Hegel* beschreibt einen 1968 in Gang gekommenen enormen Schub intellektueller und wissenschaftlicher Kreativität. Der SDS, der die Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Hochschulen schon 1961 aufgenommen hatte, musste nun allerdings manche Feder lassen: In Nähe und Distanz zur männlich dominierten Studentenbewegung zugleich machte sich die neue Frauenbewegung mit eigenen Ideen und Protestformen auf den Weg der Emanzipation. Während Narr das mit dem heutigen Bologna-Prozess besiegelte Scheitern des Aufbruchs in den Vordergrund stellt, sieht Schaeffer-Hegel gerade mit der nach 1968 an Fahrt aufnehmenden Frauenpolitik eine zwar unabgeschlossene, insgesamt aber enorm folgen- und auch erfolgreiche Veränderung intellektueller, organisatorischer und auch persönlicher Art ins Werk gesetzt.

Gottfried Oy verlässt mit seiner eingehenden Rekonstruktion eines zentralen politischen Motivs der Neuen Linken – dem international einflussreichen Konzept der Selbstorganisation – den Bezugsrahmen der primär akademischen Wirkungsgeschichte. Im Motiv der Selbstorganisation bündelt sich zugleich eine relative Abgrenzung gegenüber der traditionalistischen Linken wie ein Vorgriff auf heutige Veränderungen. Damit geht Oy noch einen Schritt hinaus über die Basiserzählung einer geglückten Liberalisierung und fragt nach unabgegoltenen Emanzipationsversprechen der Neuen Linken. Mit dem Sozialistischen Büro (SB) und dessen ‚Arbeitsfeldansatz' beleuchtet er eine fraktionsübergreifende Plattform der Neuen Linken, die ein Alternativmodell gegenüber erstarrten progressiven Allgemeinplätzen entwickelte und ein Scharnier zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen darstellte. Zugleich wertet er dieses 68er-Konzept aber auch mit Blick auf dessen widersprüchlichen Einbau in heutige Organisations- und Arbeitsmodelle aus.

Dass ‚68' ein globales Ereignis war, kann in der geschichtswissenschaftlichen Forschung heute fast schon als Binsenwahrheit gelten. Die Vorläufer des globalen Aufbruchs in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung oder der zentrale Stellenwert der Opposition gegen den Krieg in Vietnam sind vielfach ausgeleuchtet worden. Sieht man aber vom Prager Frühling ab, dann erscheint ‚68' in der Regel als ein fast ausschließlich westliches Phänomen. Dabei ergeben sich aus der östlichen Traditionslinie, die von 1968 zur Zivilgesellschaftsdiskussion vor 1989 führt, besondere Perspektiven auf das unabgegoltene Versprechen dieses sich in Kürze zum 20. Mal jährenden, ebenfalls symbolträchtigen Jahres. Diese zivilgesellschaftlichen Perspektiven enthalten zugleich einen klaren demokratiepolitischen Einspruch gegen eine konservative Instrumentalisierung von ‚68' und ‚89' unter nationalen Vorzeichen.

Eckhard Jesse untersucht das Verhältnis zwischen ‚68' und den Bürgerbewegungen in der DDR. Nicht nur kam eine der Lichtgestalten der westdeutschen Studentenbewegung, Rudi Dutschke, aus der DDR und hat sich auch nach 68 mit den Ursprüngen des östlichen Sozialismus als Sozialist kritisch auseinandergesetzt. Auch die DDR hatte ihr ‚68', das – verglichen mit dem Prager Frühling – jedoch eine Randerscheinung blieb und keine tiefgreifenden Prägungen hinterließ. Dennoch wirkten sich neben den tschechoslowakischen Impulsen auch im Westen verbreitete Konzepte eines ‚dritten Weges' auf die Bürgerrechtler der DDR aus. Es ist also kein Zufall, dass diese innersozialistische

Opposition sich im Blick auf die Bundesrepublik vor allem den Spätausläufern der 68-Bewegung bei den Grünen nahe fühlte. Das Jahr ‚89' eignet sich insofern nicht als Kontrastmittel zu ‚68'; es wurde in der DDR nicht zuletzt von Akteuren vorbereitet, die frappierende Ähnlichkeiten mit den bundesdeutschen 68ern aufwiesen, sich allerdings in einem politischen System bewegten, das nicht fähig war, sich demokratisierende Impulse anzuverwandeln.

Auch *Helmut Fehr* zeichnet Verbindungslinien zwischen 1968 und 1989 nach. In Polen und der Tschechoslowakei, die im Fokus seiner Analyse stehen, waren beide Jahre durch bemerkenswerte Mobilisierungen und Initiativen geprägt. Es zeigen sich dort ebenfalls personelle und ideelle Prägungen der 89er-Bewegungen durch die gut zwanzig Jahre zuvor entfalteten Mobilisierungen. 1968 artikulierte sich eine neue politische Generation, die Selbstorganisierung, Pluralismus, Dialog und Bürgerrechte zu ihrem Programm machte und auch politische und kulturelle Traditionen miteinander verband. Auch der Prager Frühling wird erst durch die Initiativen von unten, nicht nur durch reformerische Anstrengungen der Eliten verständlich. Die Charta 77 in der Tschechoslowakei und Solidarnosc in Polen wurden wesentlich von dieser Personengruppe getragen und bildeten in ihren Ländern Scharnier und Zwischenetappe in Richtung auf die Bürgerbewegungen von 1989. Einer fehlenden Politisierung lebensweltlicher

Fragen – etwa von Familienstrukturen und kulturellen Hierarchien – korrespondierte in beiden Ländern zugleich eine besondere Auffassung von nationaler Unabhängigkeit, im Rahmen derer die Rolle der USA geradezu mythisiert wurde und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg ausblieb. In den Milieus der ehemaligen Dissidenten setzt sich diese Haltung bis heute etwa in einer gegenüber völkerrechtlichen Fragen gleichgültigen Distanzlosigkeit zum Irak-Krieg als vermeintlich gerechtfertigtem Auftakt zu einem antitotalitären Regimewechsel fort.

In einem abschließenden Block des Themenschwerpunktes kommen nach primär politischen und historischen Analysen von ‚68' stärker kulturwissenschaftliche Perspektiven zum Zug. Diese Beiträge zeigen, dass eine veränderte paradigmatische Perspektive bisher nicht ausreichend gewürdigte Dimensionen von ‚68' in das Blickfeld rücken kann. *Kathrin Fahlenbrach, Martin Klimke* und *Joachim Scharloth* führen das Potential einer kulturwissenschaftlichen Perspektive, deren Beitrag sie auch im Vergleich zu eingebürgerten Konzepten der Protestforschung demonstrieren, an drei Fallbeispielen vor Augen: Der Praxis der Ritualstörung, dem Wechselverhältnis von Protestmobilisierung und Medieninszenierungen und der Transnationalisierung des Symbolrepertoires der Bewegung. Die Kontroversen über die produktiven oder kritikwürdigen politischen Folgen von ‚68' erweisen sich mit dieser kulturwissenschaftlich induzierten Veränderung des Blickwinkels auf ‚68' als eine sehr begrenzte Teilperspektive. Mit seiner spezifischen Performativität und der Erweiterung des Spektrums kulturell-symbolischer Praxisformen hat ‚68' nämlich ganz jenseits seines politischen Gehalts erhebliche kulturelle Impulse gegeben. Diese haben den Zeitgeist allerdings keineswegs immer gegen den Strich gebürstet. Im Rahmen einer medienhistorischen Schwellensituation wurden sie von diesem vielmehr geradezu induziert und massiv befördert.

Sven Reichardt verfolgt diese kulturelle Wirkungsdimension über 1968 hinaus in das linksalternative Milieu der späten 1960er und der 1970er Jahre. Schon quantitativ war dieses Milieu mitsamt seiner Lebensstile und Habitusformen weitaus umfangreicher als die kleinen Politorganisationen dieser oder jener Art. Unter dem Vorzeichen der ‚Authentizität' wurde eine Art ‚Verhaltenslehre der Wärme' eingeübt, die sich vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Sicherheit von den Lebensformen der Konsumgesellschaft absetzen wollte. Jenseits polemischer Ablehnung oder emphatischer Identifikation mit diesem Milieu kann Reichardt aber zugleich rekonstruieren, dass der linksalternative Lebensstil weder einfach ein Aufbruch ins Land der Freiheit, noch ins Reich der Normlosigkeit war. Es handelte sich vielmehr um eine Form der Selbstführung und ‚Gouvernementalität' mit je eigenen Widersprüchen und Zwängen.

Auch die Literaturrubrik nimmt den Themenschwerpunkt des Heftes auf und stellt in zwei größeren Sammelbesprechungen Neuerscheinungen sowohl zu den 68er-Protesten wie auch zu den neuen sozialen Bewegungen vor. *Albrecht Lüter* und *Karin Urich* haben einen genauen Blick in Publikationen aus dem aktuellen Jubiläumsjahr geworfen. *Jochen Roose* stellt drei Neuerscheinungen vor, die die Bewegungsforschung der vergangenen Jahrzehnte resümieren: das Handbuch ‚Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945' von Roland Roth und Dieter Rucht, ‚Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen' von Thomas Kern und schließlich die Veröffentlichung von David Snow, Sarah Soul und Hanspeter Kriesi ‚The Blackwell Companion to Social Movements'.

Selbst wenn dieses Themenheft sich in der zweiten Jahreshälfte in die aktuelle 68er-Debatte einschaltet, wäre angesichts der ebenso prägenden wie kontroversen Folgen des Protestjahres die Erwartung offensichtlich vermessen, das letzte Wort gesprochen zu haben. Die Fol-

gen des kulturellen Aufbruchs auch auf die nicht direkt Beteiligten dürften nämlich auch in Zukunft für Kontroversen sorgen. Womöglich kommen ja entscheidende Impulse wie schon in den frühen 1960er-Jahren auch zukünftig wieder aus den USA, wo der – wie einst Martin Luther King oder John F. Kennedy – umschwärmte Präsidentschaftskandidat Barack Obama zwar spätere Reifeprozesse ausdrücklich zu Protokoll gibt, sich aber zugleich als ein seinerzeit vom Geist der ‚Sixties' bewegter Jugendlicher zu erkennen gibt: „I became fascinated with the Dionysian, up-for-grabs quality of the era, and through books, films, and music, I soaked in a vision of the sixties very different from the one my mother talked about: images of Huey Newton, the '68 Democratic National Convention, the Saigon airlift and the Stones at Altamont. If I had no immediate reason to pursue revolution, I decided nevertheless that in style and attitude I, too, could be a rebel, unconstrained by the received wisdom of the over-thirty-crowd." (Obama 2006: 30)

Das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, das im zweiten Schwerpunkt des Heftes seinen Geburtstag begeht, dürfte die Aufmerksamkeit nicht nur dieses Herausforderers verdient haben: Gerade 20 Jahre alt geworden, ist es aus den Kinderschuhen heraus, ohne deshalb zum alten Eisen zu gehören.

Albrecht Lüter (Berlin)*/Karin Urich* (Mannheim)

Anmerkung

[1]Unter dem Titel ‚Die Parallelisierung von 1933 und 1968 – ein Binsenirrtum' haben Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth in der Frankfurter Rundschau vom 9. Februar 2008 nötige Korrekturen an diesem von Götz Aly lancierten und mehr als eigenwilligen Deutungsmuster angebracht.

Literatur

Habermas, Jürgen 1969: Protestbewegung und Hochschulreform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Obama, Barack 2006: The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream. New York: Three Rivers Press.

Der Sonderteil unseres Jubiläumsheftes

Anlässlich des 20jährigen Bestehens des Forschungsjournals hat die Redaktion Beirat und Herausgeber der Zeitschrift um Beiträge gebeten. *Warnfried Dettling* hat unsere Einladung für eine Bestandsaufnahme zur ‚Zukunft der Demokratie' genutzt, die sich in unserer Rubrik ‚Aktuelle Analyse' wiederfindet.

Andreas Buro rekapituliert Geschichte und Themen der Friedensbewegung, die sich heute v.a. mit Fragen der zivilen Konfliktbearbeitung auseinandersetzen muss. *Heidemarie Wieczorek-Zeul* analysiert die Rolle von sozialen Bewegungen und NGOs in der Entwicklungspolitik. *Wolfgang Thierse* plädiert für eine durch Partizipation und Engagement gestärkte politische Kultur als Gegengewicht zu ökonomischem Druck, einer Erosion des sozialen Zusammenhalts und dem schwindenden Vertrauen in die politische Gestaltungskraft. Deutlich wird vor diesem Hintergrund die Bedeutung einer entsprechenden demokratiepolischen Agenda.

Thomas Leif, im Jahr 1987 einer von mehreren Gründungsinitiatoren des Forschungsjournals, hat auch die Gründung der Organisation ‚netzwerk recherche' (nr) maßgeblich initiiert und ist seitdem Vorsitzender dieser Organisation. netzwerk recherche hat sich zu einem bedeutenden medienpolitischen Akteur in Deutschland entwickelt, der die Ansprüche eines kriti-

schen Journalismus stärken will. Mit seinen Jahreskonferenzen in Hamburg und dem jährlich in Mainz stattfindenden ‚MainzerMedienDisput' sind bedeutende nationale Foren für den investigativen Journalismus, eine kritische Öffentlichkeit und für daran anschließende medienpolitische Diskurse entstanden. Vor diesem Hintergrund stellt Leif die Anforderungen an den ‚Recherche-Journalismus' vor.

Jörg Rohwedder und *Felix Kolb* stellen die Arbeit der ‚Bewegungsstiftung' dar. Deren Gründung und Arbeit hat das Forschungsjournal von Anfang an mit größtem Interesse verfolgt. *Christian Lahusen, Heike Walk und Ansgar Klein* berichten über die Aktivitäten des Arbeitskreises Soziale Bewegungen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Der Arbeitskreis arbeitet seit den 1990er Jahren eng mit dem Forschungsjournal zusammen.

Ansgar Klein, der seit Mitte der 1990er Jahre als eine Art geschäftsführender Herausgeber des Forschungsjournals fungiert, rekapituliert in einem umfangreicheren Beitrag den eigenen wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Werdegang. Er stellt dabei konzeptionelle Hintergründe aus Ideengeschichte, Demokratietheorie und politischer Soziologie dar, die das Forschungsjournal in seiner 20jährigen publizistischen Tätigkeit mit geprägt haben.

Ansgar Klein stellt zum Abschluss des Sonderteils die nunmehr über 20jährige Arbeit des Forschungsjournals in einer Zwischenbilanz vor. Der Beitrag zeichnet die Entwicklung der Zeitschrift, des Redaktionsteams, der Partner-Netzwerke sowie die inhaltliche Entwicklung der Zeitschrift nach. Diese Darstellung wird ergänzt durch Übersichten zu den bisher erschienenen *Themenheften des Forschungsjournals*, zu den im Kontext des Forschungsjournals erschienenen *Buchpublikationen* sowie zu den *Fachtagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Kongressen*, die das Forschungsjournal in alleiniger Regie oder auch in Kooperationsverbünden durchgeführt hat.

Ansgar Klein (Berlin) für die Herausgeber
Tobias Quednau (Berlin) für die Redaktion

Warnfried Dettling

Korrosionsschäden?
Anmerkungen zur Zukunft der Demokratie

Keine 20 Jahre sind vergangen zwischen dem Triumph der Demokratie und ihren verfrühten Nachrufen. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus war es nicht nur für Francis Fukuyama eine ausgemachte Sache, dass das ‚Ende der Geschichte' insofern erreicht sei, als die Erfüllung der Zeiten in Demokratie und Marktwirtschaft unmittelbar und weltweit bevorstehe.

Davon kann heute keine Rede mehr sein. Der Reiz der Demokratie als Exportgut nimmt weltweit eher ab. Immer selbstbewusster verkünden wirtschaftlich erfolgreiche Staaten die Botschaft, dass man Kapitalismus und Wachstum auch ohne Demokratie haben könne. In den westlichen Ländern macht das Schlagwort von der Postdemokratie die Runde: Es bleiben die Fassaden intakt, so geht das kritische Argument, aber dahinter regt sich kaum noch demokratisches Leben (Crouch 2008).

1 Eine Idee, ein Versprechen, ein Modell

Noch ist es zu früh, von einer weltweiten Entzauberung der Demokratie zu sprechen. Aber klar ist auch, dass die Zukunft der Demokratie von der Ausstrahlung abhängt, die aus ihren Kernländern erwächst. Zu diesen Kernländern der Demokratie gehört inzwischen auch Deutschland. Mit anderen europäischen Ländern hat es nach innen und außen ein Versprechen abgegeben und in der Vergangenheit auch alles in allem gehalten: Es ist möglich, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft so zu gestalten, dass politische Demokratie und persönliche Freiheit, wirtschaftliche Dynamik und Wachstum sowie nicht zuletzt soziale Sicherheit und Gerechtigkeit gemeinsam und zusammen optimiert werden. Man braucht nicht auf das eine oder andere verzichten, auf Demokratie und Freiheit wie in China oder auch Russland oder auf Solidarität und Gerechtigkeit wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, um Wohlstand und Wachstum zu vermehren. Das europäische Modell ist nach wie vor die Alternative zu einem autoritären wie zu einem Laissez-faire-Kapitalismus. Es ist die Idee von einer guten und doch wirtschaftlich starken Gesellschaft, die Europa und Deutschland weltweit attraktiv gemacht hat. Und es waren auch diese Idee und ihr Erfolg, die Deutschland nach innen zusammen gehalten und befriedet haben.

Davon kann gegenwärtig so ohne Weiteres nicht mehr die Rede sein. Die Entzauberung der Demokratie ist ein weltweites Phänomen, sie ist aber auch, zusammen mit der Entzauberung der Sozialen Marktwirtschaft, eine aktuelle deutsche Erfahrung.

2 Eine deutsche Erfolgsgeschichte

Im Jahre 2009 besteht die Bundesrepublik Deutschland sechzig Jahre lang. Im historischen wie im internationalen Vergleich kann man die Geschichte der zweiten deutschen Demokratie als eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen beschreiben. Die Institutionen erfüllen ihre Aufgaben. Der demokratische Wechsel zwischen Regierung und Opposition funktioniert. Das politische System ist offen und auch wieder nicht: Es gibt neue Parteien, vor fünfundzwanzig Jahren die Grünen, jetzt die Linkspartei, aber radikale Parteien, die der Demokratie den Kampf

ansagen, haben keine Chancen, in den Bundestag oder gar in die Regierung zu kommen. Noch nie ist es so Vielen so gut gegangen, und auch jene, denen es nicht so gut geht, leben besser als alle Anderen in einer ähnlichen Lage überall auf der Welt. Von inneren Unruhen bleibt das Land ebenso verschont wie von Seuchen, Erdbeben und Hurrikanen. Es herrscht Frieden im Land.

Es ist eine lineare Entwicklung, an die sich die Deutschen seit über 60 Jahren gewöhnt haben, eine Entwicklung in Richtung Demokratie und ziviler Gesellschaft, Wohlstand und Wohlfahrt, Sicherheit und Freiheit. Das alles ist nicht selbstverständlich: Noch nie hat es in der deutschen Geschichte so etwas gegeben. Die Älteren erinnern sich noch an Zeiten, da hatte Politik in Deutschland mehr mit Krieg und Bürgerkrieg zu tun als mit Demokratie und zivilen Umgangsformen. Die Politik ist leidenschaftsloser geworden, die politischen Aggregatzustände haben sich im 20. Jahrhundert abgekühlt, und auch darin kann man den Kern des zivilisatorischen Fortschritts erkennen. Es war der glückliche Zustand eines Landes, das die politischen und moralischen Ungeheuer der Vergangenheit nach und nach vergessen machte (auch dadurch, dass es sie nicht vergessen wollte); der glückliche Zustand eines Landes auch, das gegen die totalitären Versuchungen der Gegenwart immun blieb, nicht zuletzt deshalb, weil es die Folgen gleich ‚im anderen Teil Deutschlands' besichtigen konnte.

3 Demokratie: Erosion und Bedrohung

Es waren die nahen Erfahrungen – zeitnah und hautnah – mit zwei deutschen Diktaturen, welche die Bundesrepublik Deutschland in ihren formativen Jahren geprägt haben. Es war das Bewusstsein lebendig, dass die Demokratie als Staatsform wie als politische Kultur alles andere als selbstverständlich ist. Geschichte und Gegenwart haben dabei die politische Wachsamkeit vor allem auf zwei Gefahren für die Demokratie gelenkt:

Die Weimarer Republik stand im Gedächtnis der Deutschen für eine *Gefährdung der Demokratie von innen.* Im 19. Jahrhundert war der Freiheitsgedanke (1848) durch das nationale Pathos überwältigt worden. Deutschland war, auch was die Entwicklung zur Demokratie betraf, eine ‚verspätete Nation' (Hellmuth Plessner). Die Weimarer Republik ist auch deshalb gescheitert, weil sie eine Demokratie ohne (genügend) Demokraten war. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich langsam, aber eben doch die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Demokratie geistiger und kultureller Grundlagen bedarf, will sie Bestand haben. Das war die eine Lektion der Geschichte: Es gibt eine *Gefährdung der Demokratie von innen* – von ihren Grundlagen her, sei es, weil die Fundamente nicht gelegt waren oder weil die Fundamente (emotional, populistisch oder wie auch immer) unterspült wurden. Es handelt sich um eine *Erosion der Demokratie,* die man als solche oft erst entdeckt, wenn es zu spät ist.

Sichtbarer und sinnfälliger und deshalb auch leichter abzuwehren war im Kalten Krieg die *Bedrohung der Demokratie von außen:* Stalin und die Sowjetunion, Ulbricht und die DDR, der 17. Juni, die Ereignisse in Ungarn 1956 und in Prag 1968 hatten für das Binnenleben der Demokratie in Deutschland West zwei heilsame Auswirkungen. Der Nachweis ihrer Überlegenheit bedurfte keiner großen Mühen, und der Wettbewerb der Systeme hat zu einem Auf- und Ausbau des Sozialstaates geführt, der im Selbstverständnis der Deutschen mehr und mehr an die Stelle des in weite Fernen entrückten Nationalstaates getreten war. Kommunismus und Sozialstaat haben ein jeder auf seine Weise die Demokratie in Deutschland (West) politisch und sozial stabilisiert. Das war die andere Lektion aus Geschichte und Gegenwart: Demokratie ist nicht selbstverständlich; sie muss, in einer glücklichen Wendung des Philosophen Karl R. Pop-

per, ‚gut gebaut und gut bemannt' sein, was bedeutet: Sie braucht die richtigen Institutionen und die richtigen Personen.

4 Die Demokratie nach innen und außen befestigen

Eine (erneute) Erosion der Demokratie verhindern und eine wehrhafte Demokratie gegenüber ihren Feinden aufzubauen, das waren die beiden kollektiven Anstrengungen, die den Erfolg der zweiten deutschen Demokratie begründen sollten. Entsprechend hatte das Grundgesetz die ‚äußere Verfassung' gebaut, und entsprechend bemühte man sich auf allen Ebenen um eine andere ‚innere Verfassung' der Mentalitäten und Einstellungen. So gab es von Anfang an ein ganzes Arsenal an inneren und äußeren Befestigungen der Demokratie: ‚Reeducation' als Erziehung zur Demokratie, politische Bildung, Staatsbürgerkunde, Parteienverbot, innerparteiliche Demokratie, konstruktives Misstrauensvotum, Grundrechte in der Verfassung als unmittelbar geltendes Recht, Strukturmerkmale der Demokratie, die durch keine Mehrheit geändert werden konnten. Das Grundgesetz war, nach einem klugen Wort des konservativen Publizisten Rüdiger Altmann, in gewisser Weise konstruiert als Misstrauensvotum gegen das Volk, um Entwicklungen der Vergangenheit ein für allemal zu verhindern und Deutschlands ‚langen Weg in den Westen' (Heinrich August Winkler) unumkehrbar zu machen.

Blickt man auf diese Erfolgsgeschichte zurück, so ist es gut, sich deren Faktoren und Elemente, Ursachen und Wirkmächte zu vergegenwärtigen, die am Anfang standen: Es waren Ideen und Institutionen, Politik und Personen, Parteien und Verbände, die durch Erfahrung zur Einsicht gekommen waren, dann im Zusammenwirken den gemeinsamen Erfolg ermöglichten und sich nicht darauf beschränkten, die je eigenen Interessen und Nutzenkalküle zu maximieren.

5 Ideen und Institutionen

Dass der institutionelle Rahmen, die Verfassung des Grundgesetzes, die politische Stabilität der Bundesrepublik erst ermöglichte, ist oft beschrieben worden. Das bleibt richtig und wichtig, auch wenn sich heute andere Überlegungen in den Vordergrund drängen. Ist die Verfassung des Grundgesetzes ähnlich gut geeignet, mit den politischen Aufgaben der Zukunft kreativ umzugehen, wie sie sich als tauglich erwiesen hat, die Abgründe der Vergangenheit zu vermeiden? Könnte es sein, dass eben jene Elemente der Verfassung, die sich mit Blick in die Vergangenheit bewährt haben, sich gerade mit Blick in die Zukunft als hinderlich erweisen?

Es waren nicht nur die richtigen Institutionen, es waren auch neue Ideen, die am Anfang des Erfolges der Bundesrepublik standen. Dazu gehört die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, die den Kapitalismus alter Prägung zähmen sollte und konnte. Dazu zählt die Idee der europäischen Einheit und Zusammenarbeit, die den Nationalismus alter Prägung überwand. Und dazu gehören Idee und Wirklichkeit der Volkspartei, erst der CDU und später auch der SPD, welche die alte Zersplitterung und Ideologisierung des deutschen Parteiwesens überwunden bzw. abgeschliffen hatte. Es genügt, an diese Gründungsideen der alten Bundesrepublik zu erinnern, um die Frage aufzuwerfen, ob es etwas Vergleichbares heute gibt: Ideen zur sozialen Zähmung des globalen Kapitalismus; eine positive Vorstellung von der neuen Rolle Europas in der Welt (statt innerstaatlicher Ressentiments, die auf Europa abgeladen werden) und schließlich kraftvolle Volksparteien, welche die politische Integration der heutigen Gesellschaft ähnlich wirkungsvoll leisten, wie sie es damals getan haben.

6 Politik und Personen, Parteien und Verbände

Es waren Ideen und Institutionen, die sich als überlegen erwiesen mit Blick in Vergangenheit *und* Zukunft, die den Erfolg der zweiten deutschen Demokratie beflügelten. Und es waren die Politik und die Personen, die überzeugend wirkten und Vertrauen schufen. Die Politik konnte überzeugen, weil sie Antworten fand auf die offensichtlichen Sorgen der Menschen wie auf die Konflikte der Epoche; weil die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung dafür sorgte, dass es immer mehr Menschen immer besser ging; und weil die Politik sich nicht als Virtuose einer Oberflächendemoskopie inszenierte, sondern auch mal gegen den Strom Mehrheiten für eine zunächst unpopuläre Politik zu schaffen wusste (Marktwirtschaft, Wiederbewaffnung, Bundeswehr, NATO). Die Politik und das politische System waren erfolgreich, weil sie als legitim und leistungsfähig erlebt wurden. Sie haben – aus der Sicht der Mehrheit der Bevölkerung – die richtigen Aufgaben angepackt, und sie haben die Aufgaben richtig angepackt.

Das alles war nur möglich, weil die Akteure damals ganz anders als heute in einen Horizont der Solidarität eingespannt waren, Solidarität ganz unpathetisch verstanden als ein Sinn für das Ganze, für gemeinsame und übergreifende Anliegen, Überzeugungen, Verpflichtungen. Bei den politisch handelnden Personen verblassten oder relativierten sich angesichts der jüngsten Generationenerfahrungen manche Meinungsverschiedenheiten. In den politischen Parteien erwuchs aus der Erfahrung ein politischer Wille, der bei der CDU das Trennende zwischen den Konfessionen überwinden half und der die SPD nach zwei schlimmen Wahlniederlagen in einer Kraftanstrengung ohnegleichen vor dem Abgrund bewahrte. Es gab nicht nur Interessen, die man gegen andere durchsetzen wollte, es gab auch einen Sinn für die gemeinsame Aufgabe, der ganz konkret und sinnfällig wurde, wenn etwa Gewerkschaftsfunktionäre sich für die Entnazifizierung belasteter Unternehmer einsetzten, schließlich wollte und musste man ja die Fabrik gemeinsam wieder aufbauen.

7 Korrosion der Demokratie?

So kam es, dass das Ganze zu einem Erfolg für alle wurde. Die zweite deutsche Demokratie gründete auf neuen Ideen. Sie hatte die richtigen Institutionen, und sie hatte alles in allem Glück mit dem politischen Personal wie auch mit den führenden Akteuren in Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Mit dem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg hat sich auch die politische Kultur nach und nach zum Positiven verändert. Deutschland ist ein demokratisches und ein ziviles Land geworden.

Heute klingen solche Erinnerungen wie politische Märchen aus vergangenen Zeiten. Die Symptome der Krankengeschichte sind bekannt und sie werden in allen Variationen erzählt: Die Wahlbeteiligung sinkt auf allen Ebenen, besonders dramatisch in Städten und Gemeinden. Die Parteien verlieren nicht nur Wähler, sondern auch Mitglieder. Die altehrwürdige SPD ist drauf und dran, zu implodieren. Die CDU bleibt einstweilen noch als Volkspartei übrig, vor allem in den großen Flächenstaaten, weniger schon in den großen Städten. Die Bürger entziehen nicht der Demokratie als System, wohl aber der real existierenden Demokratie wie auch der Sozialen Marktwirtschaft großflächig das Vertrauen in dem konkreten Sinne, dass sie von beiden, so wie sie sind, nicht mehr die Lösung der großen Probleme erwarten. Die sozialen Gegensätze wachsen.

Auf die Gerechtigkeitsfrage im globalen Kapitalismus geben die Parteien alte oder keine Antworten. Das Regieren wird schwieriger: Die alten Muster rechnen sich nicht mehr, und für neue Kombinationen scheinen die Zeit und die Parteien noch nicht reif. So herrscht innerhalb und außerhalb der großen Koalition so etwas

wie symbolischer Immobilismus. Die Parteien bekämpfen sich umso mehr, je weniger sie sich unterscheiden. Jeder konzentriert sich auf eine vorteilhafte Startposition für die nächste Bundestagswahl. Pessimismus legt sich übers Land. Nur noch 20 Prozent der Deutschen glauben, dass das Leben in 20 Jahren besser sein wird als heute.[1]

Was sind die Ursachen für diese Entwicklungen? Von der Globalisierung, welche die Politik mehr und mehr zur Ohnmacht verurteile, bis hin zu der schier unendlichen Zahl der Vetospieler im Land der Koalitionen, des Föderalismus und des Korporatismus, die ja alle Politik eher verhindern als erleichtern, werden alle möglichen und auch viele treffliche Gründe genannt.[2] Von *einer* Ursache freilich ist bemerkenswert wenig die Rede: von der selbst verschuldeten Entpolitisierung der Politik; von dem negativen Wirkungszusammenhang zwischen Politikern und Wählern, zwischen Eliten und Gesellschaft, der nur aufgebrochen werden kann durch ein politisches Angebot und eine politische Rhetorik, die glaubwürdig aus dem gewohnten Kreislauf ausbrechen. Die Ursache der Krise ist nicht in einzelnen Personen und Institutionen, in ‚den' Wählern oder in ‚den' Politikern zu suchen, sondern in dem pathologischen Beziehungsgeflecht, das sich zwischen ihnen etabliert hat, das sich fortlaufend wie in einer negativen Spirale selbst verstärkt und so, um es milde zu sagen, konstruktives Lernen und Handeln erschwert.

Das ist gemeint, wenn – noch in Frageform – von einer Korrosion der Demokratie die Rede ist.

Der Begriff ‚Korrosion' kommt aus dem lateinischen ‚corrodere' und meint ‚zerfressen' oder ‚zernagen', und zwar von innen her, als eine Folge der Reaktion eines Werkstoffes mit seiner Umgebung, die eine messbare Veränderung des Werkstoffes bewirken und zu einer Beeinträchtigung der Funktion eines Bauteils oder Systems führen könne. Im Alltag begegnet Korrosion, wenn etwa ein Auto vom Rost zerfressen wird und auf die tragenden Teile kein Verlass mehr ist. Dann kommt der TÜV und zieht es aus dem Verkehr. Eine andere Möglichkeit ist, dass es besser (weniger rostanfällig) gebaut, pfleglicher behandelt (‚gewartet') und immer mal wieder erneuert wird. Wenn das alte Auto nur noch Schrott ist, kann man sich ein neues kaufen. Bei der Demokratie ist es ganz so einfach nicht. Sie kennt zwar viele Formen, aber ihr Ideenkern ist doch recht überschaubar. Dazu gehört das Vertrauen, dass die Bürger die öffentlichen Dinge über Politik und Wahlen zum Besseren wenden können.

8 Angst statt Vertrauen

Auf die Demokratie übertragen möchte die Metapher der ‚Korrosion' sagen: Es gibt nicht nur die Erosion, welche die Fundamente unterspült, so dass das Ganze eines Tages zusammenbricht. Es gibt nicht nur die Überwältigung der Demokratie durch ihre Feinde, die von außen kommen. Es gibt auch die Korrosion der Demokratie durch ihren rücksichtslosen und gedankenlosen Gebrauch: eine Abnutzung der Demokratie durch ihre Freunde, und dies in unzähligen Aktionen, die jede für sich verständlich, verzeihlich oder sogar in der Demokratie angelegt sind, die in der Summe aber die ‚tragenden Teile' der Demokratie schwer ramponieren.

Beispiele für eine schleichende Korrosion der Demokratie muss man nicht lange suchen. Dass auch demokratische Politik Kampf um Macht und Mehrheiten ist, versteht sich von selbst. Wenn aber alles politische Handeln nur noch den Machtkalkülen oder taktischen Winkelzügen untergeordnet wird, nimmt die Demokratie auf Dauer Schaden. Dass Politiker und Parteien vor Wahlen etwas anderes sagen als sie nach Wahlen tun, mag lange gut gehen. Wenn es freilich zu einer Art ungeschriebenem Gesetz wird, dass man Wählern nicht die Wahrheit sa-

gen kann, ohne Mehrheiten zu gefährden, dann ist etwas faul im Staate. Wenn die beiden großen Parteien, die CDU auf ihrem Leipziger Parteitag 2003 und die SPD mit der Agenda 2010, gleichsam über Nacht und argumentationslos eine Wende ihrer Politik verkünden und sie dann ebenso argumentationsfaul wieder kassieren, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn das Vertrauen der Wähler rostet und nicht mehr trägt.

Vertrauen ist die Grundlage der Demokratie: das Vertrauen, dass Politik einen Sinn und einen Unterschied macht und dass man sich auf Parteien und Regierungen alles in allem verlassen kann. Das ist der Kern der Krise: Vertrauen ist durch Angst ersetzt worden, durch die Angst der Parteien vor den Wählern und durch die Angst der Wähler vor den Parteien. Wie kann es gelingen, beide aus ihrer Angststarre zu befreien und wieder eine positive Spirale in Gang zu setzen?

9 Neugründung der Republik

Bei dieser Aufgabe, die über die Zukunft der Demokratie entscheidet, kann man von der (west-)deutschen Erfolgsgeschichte nach 1945 lernen. Nicht in dem Sinne, dass man die Erfolgsformeln und Erfolgsnamen zur Ehre der politischen Altäre erhebt und dann einfach anbetet, wohl aber in dem Sinne, dass man ernsthaft, beharrlich und auch öffentlich an einer Neuformulierung von Ideen und Institutionen für unsere Zeit arbeitet. Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft hat den globalen Kapitalismus und die sozialen Spaltungen der Gegenwart nicht gekannt. Adenauers Europa war leichter zu begründen als das grenzenlose Europa von heute. Verfassung und Institutionen des Grundgesetzes haben alte Gefahren gebannt und neue Schwierigkeiten geschaffen. Es ist aber vor allem das Selbstverständnis der Politik, das nicht mehr zur neuen Lage zu passen scheint. Eine neue Wahrhaftigkeit in der Politik ist geboten, nicht aus idealistischen, sondern aus ganz pragmatischen Gründen. Anders nämlich ist politischer Erfolg schon bei Wahlen kaum noch zu erzielen und, dies vor allem, anders kann die Demokratie in Deutschland weder ihre Leistungsfähigkeit noch ihre Legitimität auf Dauer behaupten. Die Fanfaren für den weltweiten Triumph der Demokratie waren damals so verfrüht wie heute die postdemokratischen Nachrufe.

Warnfried Dettling war von 1973 bis 1983 zunächst Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle; danach (bis 1991) Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; freier Publizist und Autor, Beiratsmitglied des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Kontakt: w.dettling@t-online.de

Anmerkungen

[1]68 Prozent glauben, dass es in zwanzig Jahren schlechter sein wird als heute. Im EU-Vergleich sind die Deutschen damit Europameister in Sachen Zukunftspessimismus (Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission, Juli 2008).

[2]Den besten aktuellen Überblick gibt die Spiegel-Serie über die ‚Zukunft der Demokratie' (Der Spiegel 19-25/2008).

Literatur

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fukuyama, Francis 1992: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.

Günther R. Mittler/Edgar Wolfrum

Das Jahr 1968
Vom Politereignis zum Geschichtsereignis

Im Jahr der 40. Wiederkehr von 1968 offenbaren die Erinnerungsversuche an die Studentenrevolte mitunter Überraschendes: Abseits aller nach wie vor bestehenden Deutungskämpfe um die angemessene Verortung der 68er-Bewegung in der bundesrepublikanischen Geschichte lässt sich der Eindruck gewinnen, als huldige der Staat seinen einstigen Feinden. Eine von der Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltete Ausstellung wie ‚68 – Brennpunkt Berlin' im Amerika-Haus der Hauptstadt oder die mit staatlichen Mitteln unterstützte Schau im Historischen Museum Frankfurt am Main mit dem Titel ‚Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung' sowie nicht zuletzt die zahlreichen Seminare und Workshops bildungspolitischer Einrichtungen zum Themenkomplex 1968 scheinen eben jene Beobachtung zu bestätigen, die ein zeitgenössischer Kommentator zugespitzt wie folgt formuliert hat: „Ausgerechnet der Staat erinnert an diejenigen, die ihn vor 40 Jahren mittels Revolution auf den Müllhaufen der Geschichte befördern wollten."(Sontheimer 2008)

Hat die Bundesrepublik etwa im Jahr 2008 tatsächlich ihren Frieden mit der Studentenbewegung gemacht? Beweisen die zahlreichen Ausstellungen und die stetig wachsende Zahl geschichtswissenschaftlicher Arbeiten und Überblickswerke (zum Beispiel Frei 2008; Sievers 2008) nicht, dass ‚1968' zu guter Letzt doch noch historisiert worden ist? – Tatsächlich muss dies ernsthaft bezweifelt werden: Auch 40 Jahre nach der Revolte sind jene Kräfte immer noch zu dominant, die das Epochenjahr erinnerungspolitisch zu instrumentalisieren pflegen. Nach wie vor verweigern sich ‚Linke' und ‚Rechte' einer fairen Bewertung der Studentenproteste und transportieren geschichtspolitisch verzerrte Deutungsmuster in eine bereitwillig rezipierende Medienlandschaft. Und das, obwohl das derzeitige politische Klima gerade auf dem Feld der Erinnerungspolitik von einem Konsens getragen wird (vgl. Neumann 2007), der eine günstige Voraussetzung für eine objektive Bilanz von 1968 darstellen könnte. In der Tat fällt auf, dass sich die Vertreter der Regierungspolitik in ihren Stellungnahmen zu den 68ern merkwürdig zurückhalten. Auf politischer Ebene verläuft die Deutung von 1968 in weitaus weniger schrillen Tönen, als dies noch in der Vergangenheit – zum Beispiel unter Rot-Grün – der Fall gewesen ist. Fast vergessen wirkt die Aufregung, ja die Gereiztheit in der Debatte über die Sinngebung der 68er-Bewegung, so wie man sie in den Jahren klarer Mehrheitsverhältnisse für die eine oder andere politische Seite kannte. Es hat den Anschein, als biete die Regierung der Großen Koalition aktuell ein Umfeld, in dem der Kampf um die historische Erinnerung an 1968 und die Folgen zumindest oberflächlich auf Eis gelegt sind und der Deutungskampf in der Öffentlichkeit primär von den ‚Stellvertretern' aus der Wissenschaft und den ehemals Beteiligten – ob Freund oder Feind der Bewegung – ausgefochten wird. Denn ist es etwa nicht bemerkenswert, dass Kritik an den 68ern zuletzt in den Reihen gerade jener bürgerlichen Partei laut wurde, die in Berlin auf der Oppositionsbank sitzen muss? So war es der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Guido Westerwelle, der die 68er mit Blick auf deren Empfinden für Ästhetik und Kunst als „Geschmacksrichter einer neuen politischen Korrektheit" und „Zensoren der geistigen Freiheit unseres Landes" titulierte (Westerwelle 2007).

Doch was bedeutet dieser Burgfriede im Zeichen der Großen Koalition auf dem Kampfplatz der Erinnerungspolitik? Markiert er etwa das Ende für ein neuerliches Aufbrechen alter Deutungsmuster von 1968? Tatsächlich muss dies ernsthaft bezweifelt werden. Denn gerade mit Blick auf das Jahr der Revolte erscheint der Griff nach der Deutungsmacht für die Politik lohnenswert. Wenngleich derzeit von Seiten der politischen Parteien auf rhetorische Schlachten darüber weitgehend verzichtet wird, bleibt 1968 auch weiterhin ein Dreh- und Angelpunkt des geschichtspolitischen Kampfes um das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Wer sich in der Interpretation dieses Ereignisses durchzusetzen vermag, legt auch die Weichen für ein Geschichtsbild von der Bundesrepublik in *seinem* Interesse. Um zu verstehen, in welchen Bahnen die geschichtspolitische Interpretation des Protestjahres 1968 verläuft, lohnt ein tiefgehender Blick auf die beiden konkurrierenden Deutungsmodelle.

1 Das Deutungsmodell der Konservativen

Bis zum Ende der rot-grünen Regierungskoalition im Jahr 2005 folgten die Konservativen in der Interpretation von 1968 einem altbewährten Muster: Das Protestjahr markierte für sie zu allererst die Abkehr von jener Ordnung und Stabilität, zu der die CDU-geführten Bundesregierungen der Bundesrepublik seit 1949 verholfen hatten. Dies war ein Deutungsmuster, das auch schon nach dem ersten Machtwechsel 1969 und ebenso nach dem Regierungsantritt von Rot-Grün 1998 Anwendung fand: In beiden Fällen galt der Regierungsauftrag für die ‚Linke' als Irrtum, der unbedingt korrigiert werden müsse. Besonders deutlich wurde dieser Interpretationsansatz nach dem Regierungswechsel von 1982/83. Hinter dem Bemühen des neuen Bundeskanzlers Helmut Kohl, die politische Wende wie eine zweite ‚Stunde Null' darzustellen, standen die Fragen: Welche historische Erinnerung an die 1970er Jahre sollte bleiben? Was von dem, das in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition geschaffen wurde, sollte weiterhin Bestand haben? Auffällig war damals das Bemühen der Union, den Aufbruchmythos des frühen Sozialliberalismus zu entzaubern. Vor allem über die Verteidigung des offenbar kongenialen Gründungskanzlers Konrad Adenauer kehrten in der Ära Kohl Versatzstücke der 1950er Jahre in die öffentliche Diskussion zurück. In den 1950ern wollte die Union und ihr nahe stehende Intellektuelle und Publizisten eine Zeit des gesellschaftlichen Konsenses, der Stabilität, der Sinnerfüllung und Zukunftsgewissheit erkennen, an die nun, in den 1980ern, wieder angeknüpft werden sollte (vgl. Wolfrum 1999: 331f.).

Auch nach der Jahrtausendwende bezog sich der konservative Kampf um die politischen Diskurse darauf, die bundesrepublikanische ‚Erfolgsnation' Adenauer'scher Prägung in die Gegenwart zu verlagern und die ‚Leistung' Bundesrepublik für die Konservativen zu reklamieren, indem man die Geschichte begradigte und dem Sozialliberalismus seit 1969 eine Abirrung vom geraden Weg bescheinigte. Ein Beispiel hierfür lieferte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel im Januar 2001, indem sie festhielt: „Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ist seit 1949 ununterbrochen eine freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik, auf die wir stolz sein können." (Merkel 2001). Dieser Satz enthält den Schlüssel zum Verständnis der Schwierigkeiten, 1968 zu begreifen. Hatte Francis Fukuyama nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 voreilig das Ende der Geschichte verkündet (vgl. Fukuyama 1992), so ließ nun Angela Merkel die Geschichte Deutschlands 1949 enden. Denn folgt man Merkels Argumentation, „dann hat mit der Gründung der Bundesrepublik die Geschichte der politischen Ordnungen für Deutschland ihren endgültigen Abschluss gefunden und damit das überzeitli-

che Ideal einer guten Ordnung seine Verwirklichung erfahren." (Preuß 2001).

Nach dieser Lesart erfolgt der Zugriff auf die Geschichte also mit Blick auf die Bundesrepublik *vor* 1968. Mit Treue, Liebe und ehrfürchtigem Respekt wird dorthin zurückgeblickt, woher man kommt oder wohin man sich zugehörig fühlt. Alles, was dieser Vergangenheit nicht mit Ehrfurcht entgegentritt, das Neue und Unsichere, wird abgelehnt. Protest erscheint dabei als kein notwendiger Bestandteil der Demokratie. Vielmehr orientiert man sich an einem von keinerlei Interessengegensätzen geprägten allgemeinen Wohl, an dem alle Politiker gemeinschaftlich arbeiten sollen. Vor diesem Hintergrund wird der häufige Verweis auf ‚unseren' Staat, der durch die Revolte von 1968 bedroht war, nachvollziehbar. Ohne die linksradikalen Gewalttäter wäre der Bundesrepublik ein dauerhaftes Glück beschert gewesen. Deutlich wird, dass es in der gesamten Debatte um 1968 immer auch um die Wertung der Adenauer-Zeit geht.

Die Konservativen, die die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Adenauer-Ära hoch und die Kontinuitäten alter Eliten gering veranschlagten, bescheinigten den 68ern, dass diese sich zu ‚heuchlerischen Scharfrichtern über ihre Väter' aufspielten; dass sie moralisch eingefärbte Urteile fällten, ohne selbst Moral und Sittlichkeit zu besitzen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2001). 1968 wird nicht als Nachgeschichte der angeblich bis dato unterbliebenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus interpretiert, sondern als Vorgeschichte des Terrorismus.

Nicht wenige Sozialdemokraten vertraten in der Phase rot-grüner Regierung die These, dass der Konservativismus im Zuge von 1968 während der 1970er Jahre den ‚Kulturkampf' verloren habe, „weil er sich zurückgezogen hatte auf einen Traditionalismus, der seine Stärke aus dem Autoritarismus bezog" (Weisskirchen 2001: 10). Allerdings ignorierten derartige Urteile die ‚Tendenzwende', die kurz nach Willy Brandts Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers eingeleitet und durch neue Krisen verstärkt wurde, völlig. Denn tatsächlich hatte Mitte der 1970er Jahre eine unübersehbare Themenwende eingesetzt. Bis dahin geltende Werte und Normen wurden hinterfragt; und vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden geistigen und politischen Polarisierung hatten sich neue Wahrnehmungen und Leitbilder herausgebildet. Die Debatte um den Standort der Deutschen wandelte sich grundlegend. Eine Fortschritts- und Legitimationskrise begann, es setzte ein grassierender Kulturpessimismus ein, und der Terrorismus verursachte ein kollektives Angstgefühl (vgl. Rödder 2004: 31ff.). Die ‚Linke' verlor auf Jahre hin ihre kulturelle Vormachtstellung. Auf den emanzipatorischen und demokratisch-kritischen Anspruch aus dem Geist der Studentenbewegung und der frühen sozialliberalen Zeit antworteten konservative Intellektuelle mit Gegenidealen: Die alten Signalwörter wie Emanzipation, Fortschritt, kritisches Bewusstsein, innere Reformen und Entspannung wurden umfassender Kritik unterzogen. Die linke Theorie und Praxis galt angesichts ausbleibender Erfolge und neuer gesellschaftlicher Bedrohungen als abgenutzt. Die neue Stimmung in der Bundesrepublik förderte hingegen eher konservatives Denken. ‚Bewahren', nicht mehr ‚verändern' sollte nun erste Bürgertugend sein (vgl. Podewils 1975).

Was blieb, war eine geschichtspolitische Ideologisierung, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein reichen. Als Kampfparole hatte der Faschismus-Begriff Ende der 1960er Jahre Eingang in die außerparlamentarische Opposition (APO) gefunden. Durch die kritische Theorie und die marxistische Faschismusanalyse der ‚Neuen Linken' war das in den Jahrzehnten zuvor häufig benutzte Totalitarismustheorem aufgelöst und der fundamentale Gegensatz von Diktatur und Demokratie verwischt worden. Der Nationalsozialismus wurde als eine

mögliche Form der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet. Auf diese Weise konnte man nicht nur die ‚Restauration' der 1950er Jahre anprangern. Vielmehr sah sich ein Teil der APO mit dieser Theorie in die Lage versetzt, die ‚bürgerliche' Bundesrepublik als eine Fortsetzung des Nationalsozialismus und als strukturell faschistoid zu diffamieren. Auf der gegenüberliegenden Seite stand die Demagogie der meinungsbeherrschenden Medien namentlich der Bild-Zeitung, die ihrerseits die 68er und die RAF-Mitglieder als ‚Kinder Hitlers' bezeichnete (vgl. Kallscheuer/Sontheimer 1987: 24ff.). Solchermaßen falsche Faschismus-Analogien, die in dieser Zeit Gang und Gäbe waren, erschwerten eine realistische Bewertung der Abläufe.

In den medienerzeugten Wahrnehmungsmustern, in den Erregungen und Skandalisierungen sind auch heute noch solche schiefen historischen Ähnlichkeiten vorzufinden, wenn etwa eine Gemeinsamkeit zwischen den Nazivätern und ihren revolutionären Töchtern und Söhnen behauptet wird (vgl. Aly 2008).

Eine weitere Dimension, die in die 68er-Debatte hineinragt und mitten auf die Basiserzählung der Bundesrepublik zielt, ist wichtig, nämlich der Streit darüber, wem die Lorbeeren der deutschen Einheit zustehen. Der konservativen Interpretation zufolge hatten die Sozialdemokraten im Zuge von 1968 die Nation ganz aus den Augen und aus dem Sinn verloren. Hier verzahnt sich die Diskussion um das Protestjahr mit einer über Nation und Vaterland. Die Neue Ostpolitik der so genannten ‚Wiedervereinigungspessimisten' (Cramer 2001) hat demzufolge die Vereinigung Deutschlands verzögert, weil sie den Status quo verfestigte und die alten Machtstrukturen im Ostblock stabilisierte. Die geschichts- und nationsvergessenen Sozialdemokraten hätten sich, mit der Erbschaft von 1968 bepackt, auf dem Marsch in den Sozialismus befunden. Die Politik der Entspannung wird so zu nichts anderem als zu einer Politik der Beschwichtigung und Kungelei mit der SED. Hätte 1968 gänzlich den Sieg davon getragen, so lautet die teils unterschwellige, teils offene Argumentation, wäre es zu einer Aufkündigung der Westbindung und zu einer Abhängigkeit der Bundesrepublik von der DDR gekommen (vgl. Cramer 2001). Mit dem Untergang der DDR und der Wiedervereinigung sei Adenauers Politik und nicht der politische Kurs der Sozialliberalen bestätigt worden.

2 Das Deutungsmodell der ‚Linken'

In ihrem Zugriff auf die auf die Studentenbewegung war 1968 für die ‚Linke' ein großes Jahr – ein bedeutender Erinnerungsort – nur vergleichbar mit 1848. Ein Jahr des Aufbruchs, der Emanzipation, der Freiheit und der Ekstase. Die 68er fühlten sich als die ‚Vollstrecker des Weltgeistes' (Schnibben 1997), als eine Art Freiheitskämpfer solidarisch mit den Unterdrückten in der Dritten Welt; Freiheitskämpfer aber auch im eigenen Land, die im Auftrag der historischen Notwendigkeit für die nachfolgende Geschichte der Bundesrepublik eine heilsame Mission zu erfüllen hatten, nämlich diesen Staat zu einer brauchbaren Demokratie und zu einer wirklich modernen Gesellschaft umzubilden. So, als habe die Demokratie in Deutschland nicht 1949 begonnen, wurde 1968 zu einem zweiten Gründungsmythos der Republik erhoben (vgl. Wolfrum 2001: 33). Diese Deutung als die zweite, die nachholende Gründung der Nachkriegsdemokratie, erscheint weitaus angenehmer als die Wahrheit, nämlich dass die Demokratie von den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland gebracht werden musste (vgl. Hartung 2001).

Es ist eine Erbschaft der frühen 1970er Jahre, dass sich diese Deutung auch heute noch auf der linken Seite des politischen Spektrums großer Zustimmung erfreut. Seit dem Machtwechsel von 1969 hatte der neue Bundeskanzler Willy Brandt nichts unterlassen, um seine Koalition mit dem Pathos des Neuanfangs zu umge-

ben (vgl. Wolfrum 1999: 272ff.). Denn nicht allein die Tatsache, dass die Sozialdemokraten erstmals seit 1930 wieder einen deutschen Kanzler stellten, bedeutete einen Einschnitt. Wichtiger noch war, dass Brandt das ‚andere Deutschland' verkörperte. Ein Deutschland bestehend aus Emigration und Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Brandt verstand sich daher „als Kanzler nicht mehr eines besiegten, sondern eines befreiten Deutschlands" (Brandt 1994: 186). Diesem Erklärungsansatz folgend, hat sich bis in die Gegenwart hinein bei Sozialdemokraten ein *Brandt-Mythos* konserviert, der dessen Rolle als Versöhner mit der 68er-Bewegung überhöht. So geht für den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck vom ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik vor allem deshalb eine historische Strahlkraft aus, weil es Brandt „gelang, die 68er mit ihrem Land und der parlamentarischen Demokratie zu versöhnen. (…) Zum einen war er selber Rebell gewesen, und hatte so Verständnis für die Unruhe der Jugend, für ihre Wut und ihre Ungeduld. Zum anderen war er als Emigrant frei von dem Verdacht, in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt gewesen zu sein. So stand er mit seiner Person selbst für das andere, das demokratische Deutschland" (Beck 2007).

Sozialdemokraten wie Linksliberale gleichermaßen überhöhten die neue Koalition als eine historische Zäsur und versuchten, die Bundesrepublik in dieser Zeit des Aufbruchs als die qualitativ höchste Stufe der bisherigen Demokratiegeschichte in Deutschland herauszustellen, indem man sie mit den Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte in Verbindung setzte. Die linken Sozialdemokraten hatten schon einen ‚antikapitalistischen Frühling' anbrechen sehen, in dem rätedemokratische Modelle fröhliche Urstände feiern würden (vgl. Jäger 1986). Dagegen wollten die Liberalen die Beendigung des Konflikts zwischen beiden politischen Strömungen erkennen, der 1848 begonnen hatte. Leidenschaftliche Verfechter der ‚Freiburger Thesen' der FDP idealisierten das Bündnis mit der Sozialdemokratie geradezu geschichtsphilosophisch. Sie begriffen 1848 als freiheitliche Bürgerrechtsbewegung. Und was damals an der Unvereinbarkeit der Ideen gescheitert war, sahen sie jetzt in der Regierungskoalition von 1969 endlich verwirklicht: die Vereinigung von rechtsstaatlichem Liberalismus und sozialradikaler Demokratie (vgl. Wolfrum 1999: 282).

Die so genannte ‚Heinemann-Bewegung' verstärkte diesen geschichtsphilosophischen Diskurs noch zusätzlich – mit Folgen bis in die Gegenwart hinein. Bundespräsident Gustav Heinemann hatte einen ausgesprochen politischen Zugang zur Geschichte. Historie und Tradition waren für ihn Felder, in die es einzugreifen galt. Traditionen seien kein Privileg konservativer Kräfte (vgl. Heinemann 1970: 28ff.). Überall in der deutschen Geschichte fand Heinemann Freiheitsbewegungen: die Bauernaufstände im 16. Jahrhundert, das Hambacher Fest 1832, die Revolutionen von 1848 und 1918. Sie sollten im historischen Bewusstsein der Deutschen stärker verankert werden, denn einer demokratischen Gesellschaft stehe es schlecht zu Gesicht, wenn sie in Revolutionären nichts anderes als meuternde Horden sehen wollte, die von der Obrigkeit schnell gezähmt und in Schranken verwiesen würden. Der Bundespräsident spannte den Bogen zu seiner Gegenwart: freiheitliche Traditionen, staatsbürgerliches Selbstbewusstsein, Bürgertugenden, soziale und emanzipatorische Bewegungen – daran habe es in der Ära Adenauer gemangelt. Eine freie Gesellschaft bedürfe, um sich weiter zu entwickeln, nicht nur freimütiger, sondern auch radikaler Kritik. Heinemann rühmte nicht nur die Freiheitsbewegungen seit dem Mittelalter, sondern führte die Linie sogar bis zu den 68ern fort. Dass er hierbei von der Kehrseite dieser Linie her – Maßregelung, Zensur, Unterdrückung – die aktuelle Praxis des bundesdeutschen Radikalenerlasses von 1972 verurteilte

(vgl. Heinemann 1976), ging zahlreichen Kritikern aber viel zu weit. Dennoch: Seither hatte sich im ‚linken' Geschichtsbild die Deutung verfestigt, dass mit 1968 die demokratische Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik begonnen hatte (vgl. Lucke 2008). Was dieser Interpretationsansatz freilich nicht berücksichtigte, war jenes, die Protestbewegung auszeichnende, hohe Maß an Verachtung für den Parlamentarismus. Wie Freiheitskampf und Anti-Parlamentarismus zusammenzubringen waren, blieb das Geheimnis nicht nur Heinemanns (vgl. Kocka 2008: 24).

Allgemein bedeutet 1968 in dieser Interpretation eine Nachgeschichte des Dritten Reiches, insofern in den 1950er und frühen 1960er Jahren die Verstrickungen in den Nationalsozialismus großenteils verschwiegen worden waren und die deutsche Gesellschaft noch stark unter der Prägung des Nationalsozialismus und dessen Auswirkungen litt. Es gilt das Motto: Mit der Geschichte gegen die Geschichte; vor 1968 sei die Bundesrepublik kein liberales Land gewesen. Die 68er hätten erstmals das Schweigekartell gebrochen und an die ungeheuerlichen Verbrechen erinnert, in die sich Repräsentanten der jungen Republik während des Dritten Reiches verstrickt hätten (vgl. Süddeutsche Zeitung 2001).

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus stürzte die ‚Linke' in eine Krise, gleichzeitig jedoch identifizierte sie sich seither stärker als je zuvor mit der ‚alten' Bundesrepublik, und es entstand ein retrospektiver bundesrepublikanischer Patriotismus, der auf die Errungenschaften der kulturellen Verwestlichung seit 1968 anhob. Über die Chiffre ‚Revolution von unten' tritt zu dieser Erinnerung an 1968 die Erinnerung an 1989 hinzu und mündet in dem Versuch die beiden Epochenjahre zusammenzubinden: Steht 1968 für eine Demokratisierung von unten, so steht 1989 für die einzige erfolgreiche demokratische Revolution auf deutschem Boden, die nicht wie 1945 von außen aufgezwungen wurde (vgl. Hartung 2001).

Die ‚linke' Interpretation von 1968 besitzt einen entscheidenden Schwachpunkt: Dass ein fernöstlicher Gewaltherrscher wie Mao zu einer Lichtgestalt erkoren wurde, ist eine schwere Verirrung der Studentenbewegung. Was indessen all die erwähnten Interpretationen vor allem stört, ist der Terrorismus, der mörderische ‚Deutsche Herbst' von 1977. Nicht als Konsequenz, sondern als Umkehrung von 1968 erscheint darum der Terrorismus in der monumentalistischen Deutung.

Die euphorische Aufladung, die mit der Erinnerung an die Proteste von 1968 unter der ‚Linken' verbreitet ist, hat bis heute zu Täuschungen geführt. So waren die 68er weder die erste noch die größte Protestbewegung in der Bundesrepublik. An der Großdemonstration im Anschluss an den ‚Internationalen Vietnam-Kongress' vom 18. Februar 1968 beteiligten sich etwa 12.000 Demonstranten. Weit entfernt lag dies von der Protestbeteiligung der 1950er Jahre; die Paulskirchen-Bewegung oder die Kampf-dem-Atomtod-Bewegung mobilisierten bis zu zwei Millionen Menschen (vgl. Kraushaar 1996: 2508ff.). Auch gegenüber der Friedensbewegung der 1980er Jahre muss 1968, quantitativ betrachtet, verblassen.

3 1968 im Zeichen der Großen Koalition

Im aktuellen Jubeljahr von APO und Studentenprotest sieht nun alles ein wenig anders aus: Die so lange von der Politik verfochtenen Deutungsmuster erscheinen im Augenblick merkwürdig blass. Auch wenn es in diesem Jahr in der Deutung um 1968 zu den gewohnten verzerrenden Instrumentalisierungen kommt, so sind es doch zu allererst die ‚üblichen Verdächtigen', die ehemaligen Protagonisten der Studentenbewegung, die das Jubiläumsjahr nutzen, um mit ihren Rechenschaftsberichten den Deutungskampf in eine weitere Runde zu führen (vgl. hierzu Aly 2008; Kraushaar 2008; Schneider 2008; Cohn-Bendit/Dammann 2007). Bei den Repräsentanten der beiden miteinander regierenden Volksparteien herrscht dagegen Zurückhaltung. Dabei lässt sich eine Entwicklung feststellen, die über die bloße Beobachtung eines allgemein vorhandenen erinnerungspolitischen Konsenses der Großen Koalition hinausgeht. Vor allem in den Unionsparteien – in der CDU deutlicher als in der CSU – lässt sich eine vorsichtige Abkehr von den bisher gültigen Deutungsmustern erkennen. Noch vor Antritt der Großen Koalition offenbarte Angela Merkel im Sommer 2005 Tendenzen zu einem veränderten konservativen Zugriff auf die 68er. In einer Rede anlässlich des 60. Geburtstages der CDU sagte sie: „Manches an gesellschaftlicher Veränderung, was 1968 und danach die alte Bundesrepublik und auch die CDU bewegte, ist heute Allgemeingut. Wir können und wir wollen nicht zurück zum Familien- und Frauenbild der 50er Jahre. Wir können und wir wollen nicht zurück zum gesellschaftspolitischen Rahmen jener Zeit. Wir sind alle weiter als damals." (Merkel 2005).

Die CDU-Vorsitzende verzichtete hier auf die bis dato in der Union übliche Idealisierung der Adenauer-Zeit und formulierte eine – wenngleich verhaltene – Anerkennung der Rolle der 68er in der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei war Merkel von einer durchweg positiven konservativen Neuinterpretation der Protestbewegung immer noch weit entfernt. Ganz im Zeichen des Wahlkampfes zielte sie auf eine Abrechnung mit Rot-Grün. Merkel hielt die Zeit für reif, das politische Feld nun einer Generation zu überlassen, die nichts mehr mit den Illusionen der 68er gemein hatte: „Aber alle erkennen jetzt auch: Die geistigen Ressourcen von 1968 waren zu eng für die Zukunft unseres Landes. Die Utopien dieser Generation müssen der Realität Platz machen, wenn das Land eine gute Zukunft haben soll. Nun übernimmt die nächste Generation. Es ist Zeit für eine realistische Politik" (Merkel 2005).

Und tatsächlich scheint sich die ‚nächste Generation' nach ihrem Machtantritt im Jahr 2005 von 1968 als geschichtspolitischem Kampfplatz verabschiedet zu haben: Anders als das „Kabinett der 68er" (Bude 2006) mit Schröder, Fischer und Schily, aber auch des politischen Widersachers Stoiber, deren politische Sozialisation wesentlich mit 1968 zusammenhing, verkörpern die tragenden Säulen des aktuellen Kabinetts, Angela Merkel (Jahrgang 1954) und Frank-Walter Steinmeier (Jahrgang 1956), eine Generation, für die der Komplex ‚APO' und ‚Studentenprotest' nicht mehr länger einen Bezugspunkt darstellt. Stattdessen repräsentieren sie eine Altersgruppe, die die Nachkriegszeit hinter sich gelassen hat; eine Generation, die „die großen Probleme Deutschlands in der Zukunft, nicht mehr in der Vergangenheit sieht" (Bude 2006).

Die jüngsten Ereignisse nach der Hamburg-Wahl verdeutlichen, dass das bisher so mächtige konservative Deutungsmodell von 1968 ins Wanken gerät. Wie kann es sonst sein, dass die CDU heute eine Koalition mit jener politischen Kraft eingeht, die als parlamentarischer Ableger der 68er-Bewegung angetreten war, gegen den ‚Adenauer-Staat' Sturm zu laufen?

In diesem Kontext des offiziellen erinnerungspolitischen Konsenses wirken die nach wie vor von der Publizistik angeheizten Deutungskämpfe befremdlich, verbreiten sie doch unermüdlich historische Zerrbilder von 1968. Zwischen Kulturkampf von Rechts und autobiografischer Selbstverliebtheit von Links geht eine objektive Auseinandersetzung mit den 68ern im medialen Erinnerungshype an die Revolte unter. Dabei würde eine nüchterne Betrachtung von 1968 sicher helfen, den Platz dieses Ereignisses in der Geschichte der Bundesrepublik angemessen zu bestimmen.

Günther R. Mittler (geb. 1976) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Zeitgeschichte am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK)/ Historisches Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Kontakt: Guenther.Mittler@zegk.uni-heidelberg.de

Edgar Wolfrum (geb. 1960) ist Professor für Zeitgeschichte am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK)/ Historisches Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Kontakt: Edgar.Wolfrum@zegk.uni-heidelberg.de

Literatur

Aly, Götz 2008: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Beck, Kurt 2007: Rede anlässlich der Eröffnung des Willy-Brandt-Hauses in Lübeck, 18. Dezember; http://www.kurt-beck.de/menu/1747298/index.html [21.5.2008].

Brandt, Willy 1994: Erinnerungen. Berlin/ Frankfurt am Main: Ullstein.

Bude, Heinz 2006: Die Neorealisten. In: Die Zeit, 19. Januar.

Cohn-Bendit, Daniel/Dammann, Rüdiger (Hg.) 2007: 1968. Die Revolte. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Cramer, Ernst 2001: 1968 war kein Ringen unter Gleichen. In: Die Welt, 22. Januar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 2001: Fischer im Fegefeuer, 16. Januar.

Frei, Norbert 2008: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München: dtv.

Fukuyama, Francis 1992: Das Ende der Geschichte. Berlin: Kindler.

Hartung, Klaus 2001: Runter mit dem Zeigefinger. In: Die Zeit, 25. Januar.

Heinemann, Gustav 1970: Rede bei der Schaffermahlzeit im Bremer Rathaus, 13. Februar. In: Stölzl, Christoph (Hg.) 1988, Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven. Frankfurt am Main/Berlin: Propyläen, 28-30.

Heinemann, Gustav 1976: Freimütige Kritik und demokratischer Rechtsstaat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 24, B 20-21, 3-7.

Jäger, Wolfgang 1986: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition. In: Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner (Hg.), Republik im Wandel 1969-1974. Stuttgart: DVA, 13-160.

Kocka, Jürgen 2008: Neubestimmung des Verhältnisses von Geist und Politik. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2008 Heft 3, 21-27.

Kallscheuer, Otto/Sontheimer, Michael (Hg.) 1987: Einschüsse. Besichtigungen eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst. Berlin: Rotbuch.

Kraushaar, Wolfgang 1996: Die Protestchronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegungen, Widerstand und Utopie. Band 1. Hamburg: Rogner & Bernhard, 2508-2515.

Kraushaar, Wolfgang 2008: Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin: Propyläen.

Lucke, Albrecht von 2008: 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin: Wagenbach.

Merkel, Angela 2005: Rede anlässlich der Festveranstaltung „60 Jahre CDU", Berlin, 16. Juni. http://www.cdu.de/doc/pdf/05_06_16_Rede_Merkel_60_Jahre_CDU.pdf [21.5.2008]

Neumann, Bernd 2007: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen. Entwurf des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption gemäß Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 zur Vorlage an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, 22.6.2007). http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-05-diskussionsentwurf-gedenkstaettenkonzept-barrierefrei.html [21.5.2008]

Podewils, Clemens Graf (Hg.) 1975: Tendenzwende. Zur geistigen Situation der Bundesrepublik (Vorträge bei der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, November 1974). Stuttgart: Ernst Klett.

Preuß, Ulrich K. 2001: Geschichte auf krummen Wegen. In: Die Zeit, 3./4. Januar.

Rödder, Andreas 2004: Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-1990. Stuttgart: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus.

Schneider, Peter 2008: Rebellion und Wahn – Mein 68. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Schnibben, Cord 1997: Vollstrecker des Weltgeistes. In: Der Spiegel, Nr. 23.

Sievers, Rudolf 2008: 1968. Eine Enzyklopädie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Sontheimer, Michael 2008: Wasserwerfer Marsch! http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,532302,00.html [21.5.2008]

Süddeutsche Zeitung 2001: CDU wirft Fischer Verharmlosung vor, 18. Januar.

Weisskirchen, Gert 2001: 68 war kein Mythos. Kontinuität und Aufbruch in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In: Zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, März 2001, 10.

Westerwelle, Guido 2007: Interview mit „Welt Online", 8. August. http://www.welt.de/politik/article1091198/Die_68er_sind_Zensoren_der_geistigen_Freiheit.html [21.5.2008]

Wolfrum, Edgar 1999: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990. Darmstadt: WBG.

Wolfrum, Edgar 2001: „1968" in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 49, B 22-23, 28-36.

Wolfrum, Edgar 2006: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Klett-Cotta, 261-271.

Albrecht von Lucke

Der Deutungskampf um ‚68' im Lichte seiner Jubiläen

40 Jahre 1968 – auf allen Kanälen und in allen Zeitungen wurde das Land mit den Erinnerungen an dieses *annus mirabilis* regelrecht bombardiert. Doch nach dem Erinnern an die deutschen Osterunruhen und den heißen ‚Pariser Mai' neigt sich das Jubiläumsjahr inzwischen seinem Ende zu. Spätestens mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 begann in der Bundesrepublik der Zerfallsprozess der Bewegung. Am gleichen Tag meldete sich der zeitweilig nach Baden-Baden geflüchtete französische Staatspräsident Charles de Gaulle über den französischen Rundfunk eindrucksvoll zurück, was hunderttausende Anhänger des Generals zu der größten Demonstration in Paris veranlasste und seinem Parteienbündnis bei den Parlamentswahlen am 30. Juni die absolute Mehrheit einbrachte. Damit hatte 1968 im Westen Europas nach nur einem halben Jahr bereits seinen Höhepunkt überschritten, während dem Osten Europas sein tragisches Finale erst noch bevorstand – nämlich die Zerschlagung des ‚Prager Frühlings' durch Truppen der Warschauer Pakt-Staaten am 21. August 1968.

Zeit also für eine Jubiläumsbilanz der bis heute west-östlich geteilten Erinnerung – eine Bilanz, die ziemlich überraschend ausfällt. Wer, wie so viele, geglaubt und dafür plädiert hatte, das Jubiläumsjahr 2008 werde das Jahr der Historisierung des Ereignisses 1968 werden, sieht sich getäuscht: Trotz – oder gerade wegen – des wachsenden Abstandes haben wir es in diesem Jahr mit einer erstaunlichen Politisierung und Zuspitzung der Debatte zu tun. Maßgeblich ausgelöst durch ‚Unser Kampf', das sensationsheischende Buch des Historikers und einstigen APO-Aktivisten Götz Aly, wird in diesem Jahr so erbittert um die Bedeutung von 1968 gestritten wie seit Jahren nicht mehr.

Wie ist dieses eigenartige Phänomen zu erklären? Oberflächlich betrachtet sicher mit der Tatsache, dass die Veteranen der Revolte – von Götz Aly bis Peter Schneider, von Gerd Koenen bis Rainer Langhans – ein vermutlich letztes Mal ihre persönlichen Schlachten schlagen und sich über die Bedeutung ihres je eigenen „68" medienwirksam in die Wolle geraten. Der eigentliche Grund für die Schärfe der Auseinandersetzung liegt jedoch tiefer. Im Gegensatz zu anderen Jubiläen verbergen sich bis heute hinter 1968 und der dazugehörigen 68er-Generation stets auch die Kämpfe um die kulturelle Deutungshoheit in der Bundesrepublik – und damit die Auseinandersetzung nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über Gegenwart und Zukunft dieses Landes (von Lucke 2008). Deshalb setzt die Frage, wofür die ‚Chiffre 1968' steht, bis heute gewaltige emotionale Energien frei.

Das ist in diesem Jubiläumsjahr nicht anders als in den vergangenen 40 Jahren. Stets war das Erinnern hochgradig von der jeweiligen politischen Situation abhängig, wurde 1968 immer auch im Lichte der jeweiligen politischen Großwetterlage gedeutet und bilanziert. Die Geschichte von 1968 wurde darüber auch zu einer Geschichte seiner Jubiläen – von 1978 über 1988, 1993 und 1998 bis zum Jahr 2008.

1 1978: Bürgerliche Annäherung im Schatten der RAF

Das erste, zehnjährige Jubiläum im Jahre 1978 stand ganz im Zeichen der terroristischen Gewalt. Ein Jahr zuvor hatten die von der sogenannten zweiten Generation der RAF verübten Mordanschläge das ganze Land regelrecht in einen Schockzustand versetzt. Dennoch begann

bereits damals das bürgerliche Feuilleton, seine Arme für die 1968 verloren gegangenen Kinder weit zu öffnen. In den zehn Jahren seit dem Ende der kurzen Revolte war die Schärfe der Auseinandersetzung einem versöhnlicheren Ton gewichen. Viel Verständnis brachte etwa die liberale ‚Zeit' der Generation der verlorenen Bürgerkinder entgegen, die „in eine vorgeblich endlich aufgeräumte Welt hineinerzogen wurde und beim Erwachsenwerden schockartig herausfand, wie sehr diese aufgeräumte Welt noch in Unordnung ist." (Zimmer 1967).

Mehr und mehr wird die große moralische ‚Infragestellung' der Nachkriegsrepublik durch 1968 gut geheißen: 1968 stand nun für das moralische Aufbegehren der Nachkriegskinder gegen ihre Nazi-Eltern und für den Wunsch nach Verarbeitung der NS-Zeit. Dieser gemeinsame Grundimpuls, so die herrschende Lesart, war von den mörderischen Exzessen der RAF unberührt geblieben. Lagerübergreifend wurde inzwischen, zehn Jahre nach dem 2. Juni 1967, dem Ereignis 1968 vor allem eine moralische

Qualität zugesprochen – was auch dazu führte, dass die damaligen Akteure sich zunehmend selbstbewusst als 68er und Angehörige einer gemeinsamen Generation begriffen.

Was die 68er zum Ende der 1970er Jahre, mit dem Ende der bleiernen Zeit des ‚deutschen Herbstes' und dem Aufblühen neuer, grün-bunter Hoffnungen, allerdings noch nicht vorhersahen, war die Tatsache, dass sie sich, indem sie sich zunehmend selbstbewusst als 68er-Generation definierten, dem Datum 1968 und seiner jeweiligen Wertung auslieferten. 1968 war damit zur „historischen Kennziffer einer Generation" geworden (Spiegel Spezial 1988). Gleichzeitig war die Generation damit in Zukunft abhängig von den Prämien, die die öffentliche Meinung für das Jahr 1968 vergeben würde.

2 1988: „Alle lieben '68"

Zehn weitere Jahre später, 1988, waren diese Prämien rundweg positiv. Zum 20jährigen Jubiläum der Revolte schien der kommende politische Triumph dieser Generation so gut wie ausgemacht. Unbemerkt von vielen 68ern hatte sich in den 1980ern das Jahr 1968 vom Ruch der radikalen Revolte befreit und war zu einem positiv konnotierten Markenzeichen geworden, was Klaus Hartung in der taz zu der sichtlich überraschten Feststellung veranlasste: „Alle lieben '68" (Hartung 1988).

Nun stand 1968 für den Beginn von Emanzipation und Demokratisierung – nach den damals gängigen Codierungen gleichbedeutend mit Fortschrittlichkeit. Bereits die 1970er, aber mehr noch die 1980er Jahre waren geprägt durch die *silent revolution* (Inglehart 1977) – einen positiv konnotierten Wertewandel, der allenthalben auf 1968 zurückgeführt wurde: Die Bürger verlangten nach mehr Partizipation und engagierten sich in der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung, nicht selten in allen dreien gleichzeitig – Engagement als Lebensform. Anstelle der harten, materialistischen Werte war

der Postmaterialismus auf dem Vormarsch. Die sogenannten weichen Themen verdrängten die *hard politics*.

Im bürgerlichen Feuilleton, das immer mehr durch Angehörige der 68er-Generation besetzt wurde, war 1968 zum Synonym für die kulturelle Verwestlichung geworden, nämlich für die Übernahme demokratischer Spielregeln und deren Ausübung. Erst die Revolte schien aus einem autoritär-hierarchischen Obrigkeitsstaat eine moderne, zivilisierte Demokratie gemacht zu haben. Vorschub erhielt diese Deutung durch die anhaltende Krise der schwarz-gelben Regierungskoalition. Die von Kanzler Helmut Kohl versprochene ‚geistig-moralische Wende' war ausgeblieben. Der CDU-Kanzler schien abgewirtschaftet zu haben und Oskar Lafontaine als damaliger SPD-Kanzlerkandidat auf dem besten Wege, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen. Die Grünen als der mögliche Koalitionspartner der SPD verkörperten die Resozialisierung der Revoluzzer. Die aufständischen Studenten von einst waren in der bundesrepublikanischen Demokratie angekommen, der „Machtwechsel als Generationenprojekt" (Leinemann 1997: 118) schien greifbar nahe.

20 Jahre nach 1968 befand sich die 68er-Generation somit auf dem Sprung zur Regierungsmacht in der Republik. Im Jahre 1988 schien ihre Herkunft so etwas wie die Garantie auf Modernität und Erfolgstauglichkeit. Der Machtwechsel als Generationenprojekt bezeichnete den Willen zum inhaltlichen Politikwechsel. Der ‚ökologische Umbau der Industriegesellschaft' war das erklärte Ziel. 1968 stand für die Abrüstung nach innen wie nach außen. Die 68er-Generation verkörperte damit den ökologisch aufgeklärten Fortschritt. Das 68er-Label stand (noch immer) für einen großen politischen Anspruch. Gerhard Schröder, Jahrgang 1944 und dennoch 1968 keineswegs besonders stark beteiligt, artikulierte 20 Jahre später, als Fraktionsvorsitzender in Hannover, selbstbewusst die Identität der Bewegung: „Wir haben 25 neue Abgeordnete. Die sind alle anders, für die ist Ruhe nicht mehr die erste Bürgerpflicht" (zitiert nach Leinemann 1998: 118).

Tatsächlich stand 1988 das Jahr 1968 sogar so hoch im Kurs, dass auch andere die Zugehörigkeit zur Generation reklamierten. Die ehemaligen Gegenspieler der Revolte, die RCDS-Fraktion um die Brüder Wulf und Jörg Schönbohm sowie Kohls Wahlkampfstrategen Peter Radunski, bezeichneten sich als ‚andere' oder ‚alternative 68er', um ihren Teil vom Kuchen der Anerkennung zu erhalten. In merkwürdiger Weise schien plötzlich kaum ein Blatt Papier zwischen Adenauer, den institutionellen, und Dutschke, den kulturellen ‚Verwestlicher', zu passen, denn auch im Adenauerhaus saßen inzwischen die selbsternannten ‚68er der CDU'.

3 1993: Die 68er als ‚Generation der Gescheiterten'

Doch schon fünf Jahre später sah die Welt völlig anders aus, hatte sich der Wind radikal gewendet. Die Gegner der 68er waren wieder am Drücker. Zum 25. Jubiläum der Revolte rechneten in der ‚Zeit' die alten Kontrahenten aus der skeptischen Generation mit den 68ern ab. Nach dem rechtsextremistischen Anschlag in Solingen, bei dem fünf Türkinnen grausam verbrannten, machte Altbundeskanzler Helmut Schmidt die antiautoritäre Erziehung dafür verantwortlich, dass sich ‚rechte Mordbrenner als Avantgarde' fühlen können. Für ‚Zeit'-Herausgeber Theo Sommer hatten sich die Maßstäbe „im ätzenden Säurebad der Kritik aufgelöst" (Sommer 1993). Die „moralische Eigenbrötelei der 68er-Rebellen" habe die „Gemeinschaft auf dem Altar der Gesellschaft geopfert" (ebenda). Die 68er-Generation habe, so schließlich der Politologe Kurt Sontheimer, „das Fehlen einer moralischen Substanz in der deutschen Gesellschaft" zu verantworten. Sie habe „das Gefühl für Solidarität" geschwächt und den „moralischen Grundkonsens, auf dem die Entwicklung

der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik beruhte, in Frage gestellt" (zitiert nach Schnibben 1997: 108-117). Kurzum: Der eben noch positiv konnotierte Begriff der 68er-Generation hatte sich in sein Gegenteil verkehrt.

Wie erklärt sich dieser völlige Umschlag? Schlicht mit einem Ereignis: dem 9. November 1989. Der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch eines für unzerstörbar gehaltenen politischen Systems förmlich über Nacht, hatte der Linken die Sprache verschlagen. Die 68er wurden davon in zweierlei Hinsicht getroffen. Zum einen war der Restbestand an Identifikation mit dem realsozialistischen Experiment dahin. In der Auseinandersetzung der Systeme hatte der Kapitalismus offenbar gesiegt und damit seine Geschichtsmächtigkeit unter Beweis gestellt. Damit gab es keinen marxistischen Erwartungshorizont mehr. Das Ende aller Utopien schien gekommen, und Francis Fukuyamas hegelianisches Diktum vom ‚Ende der Geschichte' machte die Runde. Jegliches linke ‚Experiment' schien diskreditiert.

Zum anderen wurde die Bonner Linke in ihrer zunehmenden Anhänglichkeit an die alte Bundesrepublik schwer getroffen. Schließlich hatte man, so die Selbsteinschätzung, die Bonner Republik eben erst ‚bewohnbar' (Enzensberger) gemacht. Außerdem gibt man einen Staat, den zu regieren man sich gerade anschickte, nun einmal ungern wieder auf. Als jedoch die letzten Volkskammerwahlen der SPD nicht die erhoffte Mehrheit verschafften, war auch die vor der Wende greifbar nahe Möglichkeit zerronnen, mit einem Kanzler Oskar Lafontaine die 68er-Generation mit der Bundesrepublik auch machtpolitisch auszusöhnen. Resignation und Ressentiment waren die Folge: Helmut Kohl „wollte Deutschlands Einheit" (Kohl 1996), und die Linke stand sprachlos daneben. Das vereinte Deutschland, das nach der Umzugsentscheidung unter dem Logo der ‚Berliner Republik' firmierte, wurde von Anfang an von großen Teilen der Linken nicht als ihre Sache, sondern eher als Gegenprojekt wahrgenommen. Die ‚Radikale Linke' versammelte unter der Losung ‚Nie wieder Deutschland' einige Tausend Demonstranten – gegen die Vereinigung. Und die westdeutschen Grünen plakatierten trotzig ‚Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter' und verfehlten bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen prompt die 5-Prozent-Hürde.[1] Kurt Sontheimer, der alte Gegenspieler der Aktivisten von einst, fasste das herrschende Urteil dieser Zeit prägnant zusammen: Die 68er – „Eine Generation der Gescheiterten" (Sontheimer 1993).

Im Folgenden sah sich die neue Republik zudem mit bisher ungeahnten Problemen konfrontiert: Hinter Globalisierung und Standortsicherung lauerte der ‚Terror der Ökonomie' (Viviane Forrester). Die wachsende Massenarbeitslosigkeit drohte die sozialstaatlichen Sicherungssysteme zu zerstören. Der innere Zusammenhalt, die Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik, war porös geworden, das westdeutsche Nischendasein dahin. Die weichen Themen waren out, *hard politics* dagegen wieder gefragt. Die einst so stolzen ‚Neuen Sozialen Bewegungen' sahen sich ernsten Zerfallserscheinungen ausgesetzt und begannen immer mehr zu schrumpfen.

Damit wurde zu Beginn der 1990er Jahre aber auch das im Gefolge von 1968 etablierte Politikverständnis grundsätzlich in Frage gestellt. Alles, was zuvor positiv konnotiert war, schien ins Negative umgeschlagen zu sein. Der gestern noch begrüßte Wertewandel galt plötzlich nur noch als Werteverfall. Die sogenannten Sekundärtugenden, von denen Oskar Lafontaine einst gesagt hatte, „Damit kann man auch ein KZ betreiben" (am *15. Juli 1982 im STERN)*, stiegen im Kurs. Hedonismus und Pflichtvergessenheit der ‚narzisstischen 68er' wurden für die Individualisierung verantwortlich gemacht. Die 68er dienten als willkommene Sündenböcke.

Kurzum: Von den zivilisatorischen Fortschritten seit 1968 war nicht mehr die Rede. 25 Jahre nach der Revolte und zehn Jahre nach Helmut

Kohls Machtantritt schien die konservative geistig-moralische Wende doch noch Wirklichkeit zu werden. 1968 war über Nacht – vom 9. zum 10. November 1989 – vom Qualitätsmerkmal zum Makel geworden. Und jene Christdemokraten, die sich noch fünf Jahre zuvor zu Reklamezwecken als ‚alternative 68er' geoutet hatten, wollten nun von ihrer vormaligen Selbstetikettierung mit dem fatalen Datum nicht mehr allzu viel wissen: Wer gehört schon gern zu den Verlierern der Geschichte, lässt sich Verderber der Jugend heißen? Lieber reihte man sich ein ins Lager der 68er-Gegner.

4 1998: Die 68er an der Macht

30 Jahre oder eine (biologische) Generation nach 1968 schien dann tatsächlich die letzte Feuilleton-Schlacht um das Erbe von 1968 geschlagen zu werden. Der Zufall wollte es, dass das Jubiläumsjahr mit dem beginnenden Bundestagswahlkampf und der Kandidatur des früheren Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder zusammenfiel. Große Teile der Medien, speziell des Feuilletons, interessierte im Wahljahr 1998 deshalb vor allem eines: Schafft es jene vormals rebellische Generation doch noch, ‚vor der Rente' an die Macht zu kommen?

„Die Rebellen von einst sitzen in den Parlamenten und Parteien, aber Helmut Kohl regiert immer noch", schrieb „Spiegel"-Redakteur Jürgen Leinemann, selbst 68er und Intimus von Gerhard Schröder, halb spöttisch, halb verzweifelt, um anschließend festzustellen, dass die 68er am Ende des langen Marsches ein „Halbfertigprodukt" geblieben seien (Leinemann 1997). Jan Ross sah gar die ganze Generation in dem kollektiven Verzweiflungswunsch vereint, „das Inhaltsleerste ihrer politischen Existenz, ihr Geburtsdatum und ihr Lebensgefühl, in den Annalen der Bundesrepublik (zu) verewigen" (Ross 1998). Der einstige revolutionäre Erwartungshorizont war verloren; nun kämpfe die rebellische Generation am Ende ihres langen Marsches nur noch darum, dass „wenigstens die eigene Lebenszeit nicht vertan und in der Versenkung verschwunden sein" solle (Ebenda). Der Vorwurf der Medien lautete denn auch: Seht her, die 68er betreiben den Ausverkauf ihrer politischen Ideale, um die politisch entleerte Identität als Generation zu retten. Sollte die 68er-Generation im Wahljahr also nur noch ihr narzisstisches Eigeninteresse am Machterwerb befriedigen wollen?

Tatsächlich schien stellvertretend für den Rest seiner Generation Gerhard Schröder dem Feuilleton Recht geben zu wollen. In seinen Zeiten als Juso-Vorsitzender hatte er sich, als dies noch opportun war, selbstbewusst als Marxist bezeichnet. Doch da sein Sieger-Image an seiner Generation Schaden zu nehmen drohte, bestand seine Strategie zunehmend darin, das vermeintliche Stigma 1968 vergessen zu machen. Schließlich habe er 1968 nur die Klappentexte gelesen und sich ansonsten im zweiten Bildungsweg auf das Jura-Studium vorbereitet. 1968 – allenfalls eine lässliche Jugendsünde. Und der Juso-Vorsitz – eine linke Flause.

Selbst der zentrale Wahlkampfslogan der SPD brachte die Distanz zur Vergangenheit zum Ausdruck: Das vermeintlich schlichte ‚Wir sind bereit' signalisierte auch die Abwendung von der früheren Fundamentalopposition: ‚Wir sind dagegen'. In seinen Reden landete Schröder folgerichtig nach dem sozialdemokratischen Vereinswesen direkt bei der Wählerinitiative für Willy Brandt. 1968 blieb die große Leerstelle. Tunlichst mied der Strahlemann jedes 68er-Thema: Ökologie, Demokratisierung und die anderen *soft issues* kamen bei ihm nicht mehr vor. Familienpolitik ist „bloßes Gedöns" und „kriminelle Ausländer müssen raus, aber schnell" – so lautete die autoritäre Devise des Kanzlerkandidaten und niedersächsischen Ministerpräsidenten (Daimagüler 1997).

Kurzum: Schröder machte tabula rasa. „Die ganze Altlast von 1968 wurde in diesem Wahlkampf entsorgt", stellte der Soziologe Heinz

Bude spöttisch fest (Bude 1998). Die journalistische Reaktion erfolgte postwendend, der Anspruch auf Fortschrittlichkeit wurde von den 68ern auf die nächste Generation übertragen: Das Feuilleton erfand als neuen Hoffnungsträger die inzwischen längst wieder vergessene ‚Generation Berlin' (Bude 2001: 43, Gaschke 1998). Auf diese wurden die großen Zukunftserwartungen projiziert, die sich mit der heraufziehenden ‚Berliner Republik' verbanden. „Etwas Untotes, Zombiehaftes, etwas von Wiedergängerei aus der Vergangenheit" sollte dagegen den 68er anhaften (Ross 1998). Sie, die die alte Bundesrepublik bewohnbar machen wollten, wurden nun zu verspäteten Nachlassverwaltern deklariert: „Rot-Grün, das ist die Kohl-Welt noch einmal, nur von links." (ebenda).

Doch dann kam der Wahltag – und damit alles anders als demoskopisch vorhergesagt. Gerhard Schröder avancierte tatsächlich zum Bundeskanzler – und zwar nicht einer großen, sondern einer rot-grünen Koalition. „Sieg der Achtundsechziger", titelte die ‚Welt' (Döpfner 1998). Und Rezzo Schlauch, seit Joschka Fischers Verwandlung zum mageren Marathonmann Sinnbild des lebemännischen 68ers, jubilierte: „Wir waren doch eine unheimlich politische Generation. Es wäre doch ein Treppenwitz gewesen, wenn wir übergangen worden wären." (Berliner Zeitung vom 29.9.1998, 3). Der 1967 von Rudi Dutschke proklamierte ‚Marsch durch die Institutionen' war nach 30jähriger Odyssee doch noch von finalem Erfolg gekrönt, wenn auch in leicht anderer als von diesem vorgesehener Weise. Die 68er-Generation erschien, wenn auch reichlich verspätet, als Siegerin der Geschichte – allerdings nur für einen kurzen historischen Moment.

5 2008/2009: Die Konkurrenz der Erinnerungen

Denn schon zehn Jahre später hat sich der Wind erneut gedreht. Derweil sich die Berliner Republik zunehmend an die neu-alte Bürgerlichkeit, die ‚Wiedervereinigung des Bürgertums' (Franz Walter 2008) unter schwarz-grünen Vorzeichen wie in Hamburg, gewöhnt, dominieren in den Medien zunehmend jene, die mit 68 radikal abrechnen – von ‚Bild'-Chefredakteur Kai Diekmann (Diekmann 2008) bis zum Ex-Revoluzzer Götz Aly (Aly 2008).

Doch etwas anderes kommt hinzu: Anders als in den früheren Gedenkjahren dominiert der Blick nach vorn – nämlich bereits auf die geschichtlichen Erbschaften des Jahres 2009 und seine hochgradig politischen Implikationen. Einerseits befinden wir uns momentan noch mitten im Erinnern des Jahres 2008 – und sind doch andererseits immer schon des kommenden Erinnerns des nächsten Jahres gewärtig.

Im Jahr 2009 kulminiert das Erinnern an ein ganzes Bündel historischer Ereignisse. 2009 steht nicht nur für 20 Jahre 1989, sondern auch für 60 Jahre 1949, also für 60 Jahre Bundesrepublik. Damit stellt sich die Frage ‚Worauf gründet, gestern wie heute, die Republik, was sind ihre Fundamente?'. Das kommende Jahr steht aber auch für 40 Jahre 1969 – das Ende der ersten Großen Koalition und den Beginn der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt. Diese Frage gewinnt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund, dass auch 2009 – last but not least – das Jahr einer Bundestagswahl ist, die ironischerweise wie 1969 eine Große Koalition beenden könnte – und damit in besonderer Weise unter dem Signum steht: Wohin treibt die Bundesrepublik?

Die Wahlentscheidung im September 2009 fällt zudem fast mit dem eigentlichen Erinnerungshöhepunkt zusammen – dem 9. November als der 20. Wiederkehr desjenigen Ereignisses, für das die Chiffre ‚1989' in erster Linie steht – den Fall der Mauer.

Angesichts dieser erstaunlichen Koinzidenz der Ereignisse liegt die Versuchung nahe, die Debatte bereits heute zu politisieren und zu instrumentalisieren. Es ist deshalb alles andere als ein Zufall, wenn die gegenwärtige geschichtspolitische Debatte auch mit Blick auf die kom-

mende Wahlentscheidung im Jahr 2009 geführt wird. Anders als zu den bisherigen runden Erinnerungsdaten wird das Jahr 1968 in diesem Jahr geschichtspolitisch auch im Lichte der Ereignisse von 1989 betrachtet und bewertet.

5.1 Der Wettstreit der ‚Revolutionen'

Im Zuge dieser erstaunlichen ‚Erinnerungskonkurrenz' haben wir es deshalb bereits heute mit einer Konkurrenz der unterschiedlichem ‚Revolutionen' zu tun – der friedlichen von 1989 und der (angeblich) gewaltsamen von 1968. Der Versuch, 1968 primär als ein Phänomen der Gewaltsamkeit zu deuten, hat eine lange Tradition. Spätestens seit 1977, seit der mörderischen Kulmination der radikal gewaltsamen Anteile der Revolte im ‚Deutschen Herbst', wurde der Versuch unternommen, die RAF als ‚Hitler's Children' zu deuten.

Was jedoch in diesem Jahr neu ist und über die bisherige Rezeption hinausgeht, ist der Versuch, die APO insgesamt tief im totalitären Kontext des ‚Zeitalters der Extreme' zu verorten. An der Spitze dieser Deutung steht das Buch von Götz Aly, der 1968 zum ‚Spätausläufer des europäischen Totalitarismus' deklariert (Aly 2008) – und damit gleichsam nicht nur zum ‚romantischen Rückfall', wie bei seinem Gewährsmann, dem sozialdemokratischen Politikwissenschaftler Richard Löwenthal, sondern zum tief-braunen Wurmfortsatz des Nationalsozialismus.

Diese Lesart läuft der bisherigen hegemonialen Lesart von 1968 zuwider – und wird der weitergehenden Bedeutung des Ereignisses 1968 in keinster Weise gerecht. Die (noch) dominierende Deutung geht zu Recht davon aus, dass 1968 den Bruch mit einer in ihren habituellen Gepflogenheiten nach wie vor nicht demokratisch geprägten Bundesrepublik darstellt. 1968 hat, gleichsam nachholend, im Bereich der Mentalitäten das geleistet, was institutionell bereits mit der Gründung der Bundesrepublik und der Verabschiedung des Grundgesetzes angelegt war – nämlich die ‚Fundamentalliberalisierung' des Landes (Jürgen Habermas). Aus dieser Lesart rühren auch all jene Beschreibungen, die 1968 wahlweise als soziokulturelle Nach- oder gar Neugründung der Republik begreifen.

Diese Wirkungen waren gewiss nicht intendiert aus Sicht der sich als ‚Berufsrevolutionäre' begreifenden Hauptakteure von 1968, die die Republik bekanntlich eher zum Tanzen bringen als für deren demokratische Modernisierung sorgen wollten. Doch funktional betrachtet wirkte die Revolte auf mittlere Sicht in erster Linie demokratisierend – allen anti-demokratischen Anteilen zum Trotz. So gab es im Jahr 1977 eben nicht nur die mörderischen Anschläge der RAF, sondern auch 50000 Bürgerinitiativen, deren Mitgliederzahl jene der Parteien bei weitem überstieg – was für die Gesellschaft mittelfristig von weit größerer Bedeutung war als der Amoklauf der Terroristen.

Die demokratisierende Wirkung von 1968 ging bereits von den neuen Formen demokratischer Partizipation und emanzipatorischer Beteiligung aus, die über die internationalen Proteste der 1960er Jahre, von Berkeley bis nach Nanterre, den Weg an die bundesdeutschen Universitäten fanden. Am Ende dieser Entwicklung sollte sich, erstmalig in der deutschen Geschichte, der *citoyen* in französisch-republikanischer Tradition dem apolitischen Konsum- und Besitzbürger, dem *bourgeois,* zugesellt haben – was Willy Brandt bei der Begründung seiner sozial-liberalen Koalition zu der Aussage veranlasste: „Wir wollen den Bürger, nicht den *bourgeois*."

Diese Lesart – der Demokratisierung der Republik durch 1968 – setzte sich in den ersten 20 Jahren nach der Revolte durch, so dass auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1991 zu dem Ergebnis kommen konnte: „1968 hat – allen Verwundungen zum Trotz – zu einer Vertiefung des demokratischen Engagements in der Gesellschaft beigetragen."

5.2 Vor dem neokonservativen Rollback?

In diesem Jahr erleben wir dagegen, mit dem Buch von Götz Aly an der Spitze, eine völlig andere Deutung, die auch für die kommende Ausdeutung der 60jährigen bundesrepublikanischen Geschichte relevant ist. Wurde 1968 bisher als Bruch mit einer nach wie vor autoritären Gesellschaft gelesen, steht bei Aly, aber etwa auch bei ‚Bild'-Chef Kai Diekmann, 1968 ebenfalls für einen Bruch – aber einen Bruch zurück, in vordemokratische Zustände. In Diekmanns Lesart war die Bundesrepublik bereits seit 1949 in Gänze demokratisch – ungeachtet der personellen wie habituellen Kontinuitäten, ungeachtet eines vormaligen NS-Mitglieds als Bundeskanzler[2] und aufgebrachter Bürger, die den rebellierenden Studenten prompt entgegenhielten „Unter Hitler wäre das nicht passiert, da hätte man Euch ins KZ gesteckt" (Diekmann).

Diese Lesart einer gleichsam von Anfang an perfekten Demokratie knüpft an eine Deutung an, die sich bereits bei Angela Merkel findet. In der Auseinandersetzung über Joschka Fischers Vergangenheit als Frankfurter Straßenkämpfer behauptete die damalige Oppositionsführerin am 17. Januar 2001 im Bundestag, die Bundesrepublik sei seit ihrer Gründung 1949 eine ‚freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik' gewesen. Wie die Debatte damals ausging, ist bekannt. Joschka Fischers Beliebtheit tat der Kontroverse keinen Abbruch, im Gegenteil: Die ‚68er an der Macht' konnten einen eindeutigen Sieg davontragen – sowohl im Bundestag als auch in den Medien und in der deutschen Öffentlichkeit.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die politische Situation jedoch grundlegend verändert. Seit dem Abgang der 68er von der Macht wittern die zuvor zumeist unterlegenen Vor- und Nach-68er Morgenluft bei der Bewertung der Geschichte der Bundesrepublik.

5.3 Friedlich versus gewaltsam, bürgerlich versus totalitär

An dieser Stelle wird schließlich eine weitere Konkurrenz zwischen 1968 und 1989 relevant. Dabei handelt es sich um eine Konkurrenz der Inhalte der beiden historischen Großereignisse. Diese ihrerseits dreifache Konkurrenz dürfte uns bereits im kommenden Wahlkampf beschäftigen; aber in ihrer Wirkung dürfte diese Auseinandersetzung weit über das Jahr 2009 hinaus ausstrahlen.

Die erste inhaltliche Konkurrenz besteht in der bereits angedeuteten Gegensetzung friedlich versus gewalttätig – auf der einen Seite die friedliche Revolution von 1989, auf der anderen die gewalttätige Revolte von 1968. Mit der beschriebenen Tendenz, 1968 aus der freiheitlichen Tradition der Bundesrepublik als totalitären Rückfall quasi herauszulösen, bietet sich die Möglichkeit, der barbarischen Revolte von 1968 die friedliche Revolution von 1989 gleichsam in völliger Reinheit entgegenzusetzen. Diese Gegensetzung deutet sich gegenwärtig bereits an; spätestens im nächsten Jahr dürfte sie politisch in Stellung gebracht werden.

Zweitens kontrastiert der Erfolg von 1989 mit dem (angeblichen) Scheitern von 1968. Und drittens, und damit kommt der wahrscheinlich entscheidende Punkt, wird dem Bürgerlichen und Zivilgesellschaftlichen der (osteuropäischen) Revolutionen von 1989 das angeblich Antibürgerliche der 68er entgegengehalten. Spätestens damit wird die von Aly postulierte totalitäre Kontinuitätslinie von 1933 bis 1968 hochgradig aktuell – und politisch brisant.

Bereits heute zeigt sich, wie mit Blick auf den kommenden Bundestagswahlkampf mit der scheinbar neuen, aber doch so alten Gegensetzung ‚bürgerlich versus antibürgerlich' Politik gemacht wird. Nach dieser Lesart steht die Republik neuerlich am Scheideweg, wird ein Wahlkampf ganz im Stil des Kalten Krieges vorexerziert – nämlich eines sogenannten bürgerlichen

Lagers gegen den drohenden ‚Linksblock', die „blutrote Koalition" von Linkspartei und Sozialdemokraten als ‚Steigbügelhalter der Kommunisten' (Erwin Huber).

‚Freiheit oder Sozialismus' wird damit 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges noch einmal zur lauthals postulierten Kardinalfrage. Nach Auffassung Guido Westerwelles ist es gar „die heilige staatspolitische Verantwortung für Deutschland", die der FDP zukommt, den „Politikwechsel mit einer bürgerlichen Mehrheit zu ermöglichen" und „eine linke Regierung aus SPD, Grünen und Linkspartei" zu verhindern (Westerwelle am 6.4.2008 im Deutschlandfunk).

Ganz gezielt wird auf diese Weise die Gefahr eines ‚antibürgerlichen Linksrucks' heraufbeschworen – der mit dem Datum 1968 konnotiert sein soll –, um damit Wahlkampf zu betreiben.

5.4 Die Bundesrepublik als CDU-Geschichte

Schließlich dürfte die Erinnerung an das Jahr 1968 im nächsten Jahr auch in der eigentlich entscheidenden Auseinandersetzung für die Zukunft der Republik aktiviert werden – nämlich in der Debatte um das richtige Verhältnis der Trias ‚Freiheit', ‚Gleichheit', ‚Brüderlichkeit' beziehungsweise ‚Solidarität'. Dabei wird das Jahr 1989 vorrangig, wenn auch verkürzt, unter dem Signum der Freiheit, als Freiheitsbewegung, erinnert werden – ganz in der Tradition des Jahres 1949. Gleichsam unter Ausklammerung des Jahres 1968 als Ausdruck einer internationalen Solidaritätsbewegung droht die Geschichte der Bonner Republik wunderbarerweise auf direktem Wege von Konrad Adenauer als dem Kanzler der Freiheit bis zu Helmut Kohl als dem Kanzler der Einheit zu führen, um heute in Angela Merkel als der Verkörperung der Berliner Republik ihren Abschluss zu finden.

Auf diese Weise würde die Geschichte der Bundesrepublik in der Retrospektive zu einer reinen CDU-Geschichte. Die Solidaritätskomponente hingegen taucht in dieser Lesart ebenso wenig auf wie die Tatsache, dass es daneben mit 1968 eine andere, linke Tradition gibt, die maßgeblich zur Zivilität der Republik beigetragen hat.

Erst 1968 und in den Folgejahren wurde das bis dato herrschende reaktionäre, *bourgeoise* Bürger-Verständnis mit einem neuen Begriff von Bürgerlichkeit konfrontiert – im Sinne von Solidarität und Engagement. Erst die späten 1960er Jahre bedeuteten den Bruch mit der tief in der deutschen Geschichte angelegten Untertanenmentalität. Über die Bürgerbewegungen der 1970er und 1980er Jahre, die mit den Themen Frieden, Frauen und Umwelt das vermeintlich Private als politisch begriffen und damit neue Perspektiven eröffneten, führte ein mehrfach unterbrochener Weg zu jener Republik, in der der Staatsbürger aktiv und eigenverantwortlich am öffentlichen Leben teilhat. 1968 und seine Folgen sind deshalb ein bis heute wirksamer ‚Störfaktor konservativer Ideologieplanung' (Leggewie 1988). Primär 1968 ist es zu danken, dass Ruhe seither tatsächlich nicht länger als erste Bürgerpflicht gilt.

Oder müsste man sagen: galt? Denn heute könnte die Unruhe der End-60er, könnten Protest und Einspruch jenes ‚Durchregieren' erschweren, das Angela Merkel vor der letzten Bundestagswahl als ihr eigentliches Ziel angegeben hatte. Der Souverän erteilte diesem Ansinnen beim letzten Wahlgang 2005 eine deutliche Absage – vorläufig. Doch das politische Bestreben bleibt bestehen. Vom Ausgang der nächsten Wahl wird es deshalb abhängen, ob es tatsächlich zu einer Politik der angeblich ‚Neuen Bürgerlichkeit' kommt, die jedoch eigentlich eine ganz alte ist und von dem 1968 erst durchgesetzten Geiste des *citoyens* gerne Abstand nehmen würde, um sich wieder ganz dem pflegeleichteren *bourgeois* zuzuwenden. Die geschichtspolitischen Schlachten dieses und des kommenden Jahres dürften ihren Teil zur Beantwortung dieser Frage beitragen.

Albrecht von Lucke geb. 1967, ist Jurist und Politikwissenschaftler und lebt als Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik" in Berlin (albrecht.vonlucke@blaetter.de).

Anmerkungen

[1]Lediglich die Listenverbindung im Osten, aus Neuen Forum und anderen Gruppierungen, schaffte den Einzug, da Ost und West eigenständig gewertet wurden.

[2]Immerhin brachte es der spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger bis 1945 im Reichsaußenministerium zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung.

Literatur

Aly, Götz 2008: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt a. M.: S. Fischer.

Bude, Heinz 1998: Generation Berlin. In Vorbereitung auf die neue Republik. In: FAZ vom 18.6.1998.

Bude, Heinz 2001: Generation Berlin. Berlin: Merve.

Daimagüler, Mehmet Gürcan 1997: Stammtisch der Linken. In: Die Zeit 45/1997.

Diekmann, Kai 2008: Der große Selbstbetrug, München: Piper.

Döpfner, Mathias 1998: Sieg der Achtundsechziger. In: Die Welt vom 28.9.1998, 1.

Gaschke, Susanne 1998: ‚Die Generation Berlin'. Was ist heute radikal? Die Familie. Junge Intellektuelle suchen neuen Antworten auf die Fragen der 68er'. In: Die Zeit, Nr. 31, 23.7.1998, 3.

Hartung, Klaus 1988: „Alle lieben 68". In: die tageszeitung vom 11.4.1988.

Inglehart, Ronald 1977: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.

Koenen, Gerd/Veiel, Andres 2008: 1968. Bildspur eines Jahres. Köln: Fackelträger Verlag.

Kohl, Helmut 1996: Ich wollte Deutschlands Einheit. Berlin: Ullstein.

Langhans, Rainer 2008: Ich bin's – Die ersten 68 Jahre. München: Blumenbar Verlag.

Leggewie, Claus 1988: Störfaktor konservativer Ideologieplanung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1988, 578-581.

Leinemann, Jürgen 1997: Am Ende des langen Marsches. In: Der Spiegel 25/1997, 110-119.

Leinemann, Jürgen u.a 1988: Die wilder 68er. Spiegel-Serie über die Studentenrevolution. Spiegel-Spezial Nr. 1/1988. Hamburg.

Löwenthal, Richard 1970: Der romantische Rückfall. Stuttgart: Kohlhammer.

Lucke, Albrecht von 2008*:* 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin: Verlag Wagenbach.

Ross, Jan 1998: Die abgewählte Generation. In: Berliner Zeitung vom 3.3.1998, 11.

Schneider, Peter 2008: Rebellion und Wahn, Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Schnibben, Cordt 1997: Vollstrecker des Weltgewissens. In: Der Spiegel 23/1997, 108-117.

Sommer, Theo 1993: Ein Abgrund von Doppelmoral. Krause, Streibl, Steinkühler: Die Bürger rümpfen die Nase – doch es stinkt nicht nur in der Politik. In: Die Zeit Nr. 21, 1.

Sontheimer, Kurt 1993: Eine Generation der Gescheiterten. In: Die Zeit Nr. 15 vom 15.4.1993.

Walter, Franz 2008: Schwarz-grün, Ein Hoch auf das neue Bürgertum! www.spiegel.de vom 4.3.2008.

Zimmer, Dieter E. 1967: Gescheitert, aber nicht folgenlos. In: Die Zeit Nr. 27 vom 7.7.1967, 8.

Karl-Werner Brand

Die aktive Bürgergesellschaft

Studentenbewegung, neue soziale Bewegungen – und was davon bleibt[1]

Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements' (2002) wird überraschend einvernehmlich quer durch alle Parteien eine Vision der ‚Bürgergesellschaft' formuliert, zu der „öffentliche Kritik und Widerspruch, d. h. Formen der Selbstorganisation, die neu, unbequem, herausfordernd und (noch) nicht anerkannt sind", gehören (ebd.: 74). Das wäre 50 Jahre früher kaum vorstellbar gewesen. Autoritäre, etatistische Prägungen der politischen Kultur mussten erst durch die ‚partizipatorische Revolution' (Kaase 1982) der 1960er und 1970er Jahre abgeschliffen werden. Die zentrale Aussage dieses Beitrags ist, dass außerparlamentarische Opposition, Studentenbewegung und die neuen sozialen Bewegungen – trotz fundamentalistischer Emphase – zentrale Akteure dieses Wandels und einer partizipativen Neudefinition der Rolle des Bürgers waren.

1 Die ‚partizipatorische Revolution' der 1960er Jahre

Die 1950er Jahre sind – zumindest für Westdeutschland – eine Zeit des Wiederaufbaus. Nach Jahren des Kriegs, der Zerstörung, der Massenumsiedlungen und der akuten Hungersnöte fließt ein Großteil der Energien in den Aufbau der privaten Existenz. Die vorherrschende Stimmungslage ist vom Bedürfnis nach Sicherheit und einem bescheidenen materiellen Wohlstand geprägt. Bürgerliche Konventionen und traditionelle Moralvorstellungen stehen hoch im Kurs. Fest eingebunden in das westliche Bündnis und in die Frontstellungen des Kalten Krieges versuchen die (West)Deutschen, überwiegend unpolitisch, mit Fleiß und bürokratischem Ordnungssinn wieder einen anerkannten Platz im Gefüge der Nationen zu finden. Das ‚Wunder von Bern', vor allem aber das ‚Wirtschaftswunder', lässt dann nicht nur ein neues, kollektives Selbstwertgefühl entstehen (‚wir sind wieder wer!'), sondern verschafft auch der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsordnung eine hohe Akzeptanz.

In den 1960er Jahren vollzieht sich ein markanter Wandel im allgemeinen Lebensgefühl. Das gilt insbesondere für die jüngere Generation. Die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums und der technischen Modernisierung, das Vorbild des ‚American way of life', die wachsende Bedeutung von Konsum und Freizeit, die Entwicklung der Popkultur und nicht zuletzt die Verbreitung der Pille lassen den Konsens über die vorherrschenden kleinbürgerlichen Tugend- und Ordnungsvorstellungen zerbrechen. Ein neuer Hedonismus und das Bedürfnis nach Freiheit und Spontaneität setzen in der jungen Generation millionenfach die kleinen und großen Brüche mit den Konventionen des bürgerlichen Alltags in Gang. Gegenkulturelle Impulse vermischen sich dabei mit gesellschaftskritischen Ansprüchen. Der Privatismus der 1950er Jahre weicht einem kritischen Blick für die Schattenseiten der sich entfaltenden ‚Wohlstandsgesellschaft'. Persönliche Aufmerksamkeiten und Energien verschieben sich in den öffentlichen Raum. Soziale Ungleichheit, autoritäre Strukturen, Rassismus und Neo-Imperialismus stoßen zunehmend auf moralische Empörung und lautstarken Protest.

Die allgemeine Aufbruchs- und Reformstimmung dieser Zeit wird von einem optimistischen Fortschrittsglauben und einem grundsätzlichen Vertrauen in die Machbarkeit gesellschaftlicher

Verhältnisse getragen. Das beflügelt sowohl die offizielle politische Reformprogrammatik als auch die neomarxistisch inspirierten, radikaldemokratischen Gesellschaftsentwürfe der Neuen Linken. Sie alle tragen den Stempel des emanzipativen Aufbruchs, der Entgrenzung, der universellen Befreiung – und sind von der Umsetzbarkeit der großen, gesellschaftlichen Gegenentwürfe überzeugt. Die Entwicklung dieser Aufbruchsbewegungen der 1960er Jahre kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden (vgl. u.a. Brand et al. 1986, Hollstein 1979, Otto 1977, Rolke 1987). Analytisch lassen sich jedoch drei verschiedene Stränge unterscheiden:

a) Gegenkultureller Protest: Dieser fand seinen zentralen Ausdruck und seine zentralen Identifikationsfiguren in der Beat- und Rockmusik. Die Beatles, die Rolling Stones, The Who, Bob Dylan, Jimmy Hendrix, Janis Joplin und viele andere symbolisierten für Millionen von Jugendlichen den Ausbruch aus den Konventionen des Alltags. Sie verkörperten die neuen Werte der Ungebundenheit, der Freiheit, des ‚authentischen Lebens' und auch des Rauschs und der Ekstase. Waren die ‚Gammler', die seit 1964 zum alltäglichen Bild der europäischen Metropolen gehörten, noch eine reine ‚drop out'-Bewegung, so verfolgten die ‚Hippies' ein stärker missionarisches Anliegen, versuchten eine Welt „ohne Klassenunterschiede, Leistungsnormen, Unterdrückung, Grausamkeit und Krieg" vorzuleben (Hollstein 1979: 51). In den Jahren 1966/67 fand die Hippiebewegung mit massenhaften ‚be-ins' und ‚love-ins' in allen Großstädten der westlichen Welt ihren Höhepunkt. Während die Hippiebewegung danach – insbesondere in den USA – in Hunger, Krankheiten, Kriminalität und Chaos zu versinken drohte oder mithilfe von Drogen den Weg der ‚Bewusstseinserweiterung' antrat, um nur noch einmal, auf dem Woodstock-Festival von 1969, sich selbst und zugleich den Abschied von der ‚Flower Power'-Ära zu feiern, mischten sich die gegenkulturellen Impulse in den europäischen Ländern stärker mit dem politischen Protest. In Holland versuchten die ‚Provos' mit Happenings, Teach-ins und Straßentheater die Rituale der Macht zu entlarven. Insbesondere in Amsterdam, aber auch auf kommunalpolitischer Ebene, unternahmen sie den Anlauf, umweltfreundliche und sozialverträgliche Gegenstrukturen zu installieren. In Westdeutschland wirkte die von Schwabinger Künstlerkreisen initiierte ‚subversive Aktion' zumindest anfangs stark in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) hinein und erlangte unter anderem durch die Aktionen der ‚Kommune I' einen hohen symbolischen Stellenwert für das neue, antiautoritäre Politikverständnis.

b) ‚Kampagne für Abrüstung'/Außerparlamentarische Opposition (APO): Das Ende des ‚Wirtschaftswunders', die heftig diskutierte ‚Bildungskatastrophe', die zunehmende Erosion des militanten Antikommunismus und der Hallstein-Doktrin, die hitzige Debatte über die ‚Notstandsgesetze' und nicht zuletzt der Vietnamkrieg schufen ab Mitte der 1960er Jahre in einer breiten liberalen Öffentlichkeit nicht nur eine wachsende Reformbereitschaft, sondern auch eine zunehmende Sensibilität für die Kritik, die von Seiten der außerparlamentarischen Opposition an der Politik der USA und der Bundesrepublik geübt wurde. Der organisatorische Kern dieser Oppositionsbewegung war zunächst die aus der Ostermarschbewegung hervorgegangene ‚Kampagne für Abrüstung'. War die Ostermarschbewegung nach dem Scheitern des Kampfs gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr als pazifistische ‚Bewegung von unten' gegründet worden, so verbreiterte sich ihre soziale und ideologische Basis mit der Schaffung der ‚Kampagne für Abrüstung' 1962 zu einer organisatorischen Plattform der verschiedensten oppositionellen Kräfte. Mit der Verschärfung der Auseinandersetzungen weitete sich dann die antimilitaristische Stoßrichtung dieses Bündnisses zu einer grundsätz-

lichen Kritik am ‚autoritären Staat'. Die durch die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 ausgelöste Radikalisierung der Massenproteste führte 1968 aber zum Zerfall der ‚Kampagne' und ließ die Studentenbewegung, insbesondere den SDS, zum zentralen Motor der weiteren Mobilisierungsprozesse werden.

c) Studentenbewegung: Diese hatte ihren organisatorischen und ideologischen Kern im SDS, der sich nach seinem Ausschluss aus der SPD im Jahr 1961 zu einer sozialistischen Avantgardeorganisation entwickelte. So setzte er an den Universitäten nicht nur eine Welle der Neuaneignung marxistischer Texte in Gang, die wesentlich zu einer Aufwertung rätedemokratischer Gesellschaftsmodelle beitrug. Er transformierte auch die gesellschaftstheoretischen Analysen der ‚Kritischen Theorie' in griffige Formeln der öffentlichen Debatte. Waren damit die ideologischen Voraussetzungen für eine fundamentale, radikaldemokratische Kritik an den Herrschaftsstrukturen westlicher Gesellschaften – insbesondere auch der Bundesrepublik – geschaffen, so erlangte der SDS seinen Stellenwert als zentrale Bewegungsorganisation doch erst durch die nach dem Tod Benno Ohnesorgs einsetzende Massenmobilisierung an den Universitäten, durch die Konflikteskalation im Rahmen der Anti-Springer-Kampagnen, durch den Mordversuch an Rudi Dutschke im April 1968 und die Pariser Mai-Revolte. Die Durchführung kritischer, öffentlicher Kongresse, direkte Aktionen wie teach-ins, sit-ins oder Happenings, Demonstrationen und Blockaden, Institutsbesetzungen und Schulstreiks wurden zu den vorherrschenden Aktionsformen der 68er Bewegung.

Diesen Aufbruchsbewegungen folgten Verfallsprozesse. Das Scheitern der Anti-Notstands-Kampagne und die Beendigung des ‚Prager Frühlings' durch den Einmarsch russischer Truppen im August 1968 führten schließlich zum raschen Zerfall der außerparlamentarischen Opposition. Die bestehenden Spannungen zwischen den verschiedenen Fraktionen brachen auf und setzten einen Dissoziationsprozess der verschiedenen Protestströmungen und Handlungsstrategien in Gang. Der gegenkulturelle und der politische Protest entmischten sich. Entwickelte sich aus ersterem – parallel zur raschen Kommerzialisierung der alternativen Musikszene – ein breites Spektrum an Initiativen, Projekten und psycho-spirituellen Bewegungssträngen, die primär auf Selbstveränderung zielten, so spaltete sich der politische Protest in ein nicht minder heterogenes Spektrum reformistischer und sektiererisch-revolutionärer Ansätze, die sich erbitterte Konkurrenzkämpfe lieferten. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der politischen Reformimpulse wurde durch die Aufbruchsstimmung der neuen sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt in institutionelle Kanäle gelenkt (‚Marsch durch die Institutionen'). Andere Teile der Neuen Linken vollzogen auf der Suche nach dem neuen revolutionären Subjekt eine ‚proletarische Wende'. Diese wurde entweder mithilfe des Aufbaus straffer Kaderorganisationen oder im Rahmen einer stärker spontaneistischen, ‚autonomen' Betriebsarbeit verfolgt. Eine dritte Gruppe setzte auf die Randgruppen-Strategie, auf die Arbeit in Stadtteilgruppen, mit Jugendlichen, Obdachlosen oder Gefangenen. Einige wenige versuchten auch das Modell des revolutionären Guerillakampfes auf die Bundesrepublik zu übertragen (RAF, Bewegung 2. Juni).

Welche Spuren hat die 68er-Bewegung im politischen Leben der Bundesrepublik hinterlassen? Zum einen führte die vehemente Gesellschaftskritik und das kulturrevolutionäre Pathos der Neuen Linken zu einer neuen Polarisierung der politisch-kulturellen Landschaft, die als Gegenreaktion in den späten 1970ern zum Aufleben einer Neuen Rechten führte (vgl. Pfahl-Traughber 1998). Diese Polarisierung findet in den periodisch immer wieder aufflackernden Debatten um die Folgen der 68er einen langen Widerhall. Zum anderen hat der partizipatori-

sche Aufbruch der 1960er Jahre vor allem zwei markante institutionelle Effekte. Der eine betrifft seine latente, gesellschaftlich modernisierende Funktion; der andere seine Rolle als Wegbereiter einer neuen Partizipationskultur, die sich von den großen Organisationen emanzipiert und auf Selbstorganisation und autonome Interessenvertretung setzt.

Unverkennbar ist der kulturell modernisierende Effekt der antiautoritären Bewegung und der Studentenrevolte. Er verhilft dem bis Mitte der 1960er Jahre aufgestauten gesellschaftlichen Innovationsbedürfnis zum Durchbruch. Bildungsreform, verstärkte Integration der Frauen ins Berufsleben, Abbau patriarchalischer Strukturen in Familien, Schulen, Universitäten und Betrieben, Liberalisierung der Sexualmoral und des Rechts, Pluralisierung von Lebensstilen, Aufwertung von Konsum und Freizeit, Bedeutungsgewinn postmaterialistischer Orientierungen, Erosion eines erstarrten Anti-Kommunismus und Bereitschaft zu einer neuen Ostpolitik, aber auch die Faszination für neue Technologien und für die Versprechungen moderner, rationaler Planungs- und Steuerungsinstrumente – all das sind Anpassungsprozesse an die Erfordernisse moderner, postindustrieller Gesellschaften, die von den Bewegungsakteuren der 1960er Jahre aktiv vorangetrieben wurden. Dies geschah nur zum Teil bewusst; überwiegend waren es latente Nebeneffekte einer mit radikaler, systemkritischer Emphase verfolgten gesellschaftlichen Mobilisierung.

Ebenso deutlich waren ihre Wirkungen auf die politische Kultur und die Formen politischer Partizipation. Die außerparlamentarische Opposition war zur Entwicklung neuer Organisations- und Aktionsformen gezwungen, da sie sich nicht auf die etablierten Parteien und Verbände stützen konnte. In den Ostermärschen schaffte sie sich eine erste eigenständige Organisationsstruktur, in der die für die Bürgerinitiativen und Basismobilisierungen der 1970er Jahre typischen Formen der Selbstorganisation bereits vorgezeichnet waren. Die Unabhängigkeit der Bewegung von der Bevormundung großer Or-

ganisationen und deren taktischen Rücksichtnahmen und Zwängen ermöglichte einen beschleunigten politischen Lernprozess, der sich nicht zuletzt auf eine eigene, bewegungsinterne Infrastruktur medialer ‚Gegenöffentlichkeiten' stützte. Der antibürgerliche Habitus der Rockmusik, lange Haare und der Konsum von Haschisch, die Bilder und Aktionen der ‚Kommunarden', die Kampagnen gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und die Springer-Presse, die vielen kleinen Protestaktionen, Besetzungen und wilden Streiks schufen so in einer ganzen Generation von Intellektuellen, Studenten, Schülern und Lehrlingen eine neue, partizipativ geprägte politische Identität.

Durch die Reformprogrammatik der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt (‚Mehr Demokratie wagen!') erhielt dieses partizipative Demokratieverständnis zusätzlichen Rückenwind. Die Bereitschaft zum politischen Engagement und der autonomen Vertretung eigener Interessen gewann eine neue Selbstverständlichkeit. Radikaldemokratische Positionen gewannen nun auch in den etablierten Institutionen, in Schulen und Universitäten, in Volkshochschulen und gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen, in Massenmedien und Verlagen an Gewicht – was auch die Konflikte innerhalb dieser Institutionen verschärfte. Ohne diese Veränderungen in Richtung einer konfliktorientierten, partizipativen politischen Kultur wäre die rasche Verbreitung von Bürgerinitiativen und eines neuen Spektrums sozialer Bewegungen in den 1970er Jahren kaum möglich gewesen.

2 NSB: Auf dem Weg in die ‚Bewegungsgesellschaft'

Zu den neuen sozialen Bewegungen (NSB) werden üblicherweise die sich in den 1970er und frühen 1980er Jahren neu formierende Ökologie-, Frauen-, Alternativ- und Friedensbewegung gerechnet, aus deren Umfeld sich Ende der 1970er Jahre auch eine neue grün-alternative Partei entwickelte (Brand et al. 1986, Klein et al. 1999, Roth 1994, Roth/Rucht 1991). Dem Kernbereich der neuen sozialen Bewegungen gehörten aber auch Dritte-Welt- sowie Bürger- und Menschenrechtsbewegungen an. Zu ihrem Umfeld zählen nicht zuletzt „Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich, Schwulen- und Lesbenbewegung, Hausbesetzer und militante ‚autonome' Gruppen" (Roth/Rucht 2002: 297). Trotz aller Heterogenität der Einzelströmungen verbindet dieses breite Bewegungsspektrum eine vorwiegend radikaldemokratische Grundorientierung „mit dem Ziel solidarischer, selbstbestimmter Lebensweisen und der Verbesserung der Lebensbedingungen vorwiegend in der Reproduktionssphäre" (ebd.: 297).

Auch wenn in diesen Jahren ähnliche Bewegungen und Protestströme in allen westlichen Industrieländern aufleben, so entwickelt sich aus dieser heterogenen Protestszene doch nur in wenigen Ländern ein ideologisch und organisatorisch so stark vernetztes Bewegungsmilieu wie in der Bundesrepublik. Das hat mit speziellen Merkmalen der politischen Kultur und der politischen Chancenstruktur zu tun (vgl. Brand 1985, Kriesi et al. 1995). Als ‚neu' definierte sich diese Bewegungsszene zum einen in Abgrenzung von den Themen und Formen der ‚alten Politik', zum anderen aber auch in Abgrenzung von der elitären Kaderpolitik der Neuen Linken. Sie verabschiedete sich auch von der Fokussierung auf den Produktionsbereich und der damit verknüpften Frage nach dem neuen ‚revolutionären Subjekt'. All die daran geknüpften hochfliegenden Erwartungen wurden in den 1970er Jahren relativ rasch enttäuscht. War den politischen Strategien der ‚proletarischen Wende' und der ‚antikapitalistischen Strukturreformen' insgesamt wenig Erfolg beschieden, so wirkten die aus der Entmischung der 68er-Bewegung freigesetzten gegenkulturellen und emanzipativen Strömungen umso nachhaltiger fort. Die Frauenbewegung fand darin genauso

ihren Nährboden wie der Anfang der 1970er Jahre anhebende Psychoboom, die Landkommunen- und die Kinderladenbewegung, pädagogische und psychiatrische Projekte und die sich verbreitenden subkulturellen Szenen in der Stadt und auf dem Land.

Diese inhaltliche Kontinuität wurde auch in personeller Hinsicht gestützt. Das betraf nicht nur die aus dem SDS stammende Gründergeneration der neuen Frauenbewegung; auch das Netzwerk von Projekten, Szenen und politischen Kommunikationsmedien, das sich bis Mitte der 1970er Jahre bildete und das die organisatorische Infrastruktur für die nachfolgenden Mobilisierungswellen der neuen sozialen Bewegungen darstellte, wurde überwiegend von den Aktiven der 68er-Bewegung geschaffen. Hinsichtlich der Organisations- und Aktionsformen zeigten sich ebenfalls deutliche Kontinuitäten. Auch wenn dem SDS im Rahmen der Studentenbewegung noch die Rolle einer intellektuellen und organisatorischen Avantgarde zukam, so bildete der antiautoritäre Protest der 1960er Jahre doch im wesentlichen bereits das Modell einer autonomen, dezentralen, netzwerkartigen Bewegung aus. Das Gleiche galt für die Aktionsformen. Es war die Studentenbewegung, die mit ihren go-ins und sit-ins, mit der Ästhetisierung des Protests in Straßentheater und öffentlichen Happenings, mit phantasievollen Demonstrationsformen, symbolischen Provokationen und begrenzten Regelverletzungen (zum Beispiel Blockaden) ein neues Aktionsrepertoire ‚unkonventioneller Partizipationsformen' (Barnes/Kaase 1979) in die politische Kultur der Bundesrepublik einführte. Die neuen sozialen Bewegungen konnten daran bruchlos anknüpfen.

Allerdings veränderten sich der Problemkontext und die politisch-kulturelle Stimmungslage in den 1970er Jahren entscheidend. Das Scheitern der Reformpolitik Willy Brandts, die Ölkrise 1973 und die nachfolgende weltweite wirtschaftliche Rezession, vor allem aber auch die sich verschärfende Diskussion um Umweltschutz und drohende Ressourcenerschöpfung ließ die Stimmung gegen Mitte der 1970er Jahre umschlagen: von der Emphase des emanzipativen Aufbruchs und des Glaubens an die unbeschränkte Machbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zur Betonung der Grenzen des Machbaren, zur Rückbesinnung auf das Kleine und Überschaubare. ‚Small is beautiful' wurde zur neuen Parole. Im studentischen und alternativen Milieu verschoben sich die Aktivitäten von der politischen zur soziokulturellen Sphäre zum Aufbau gegenkultureller Netzwerke, zur Praxis einer neuen Lebensweise. Ein neuer Kult der Unmittelbarkeit entstand, der auch das Verständnis des Politischen veränderte (‚Politik in erster Person'). Romantische Ursprungsmythen vom ‚einfachen Leben' fanden breite Resonanz. Die funktionalen Zwänge des modernen Lebens, das industrielle Fortschrittsmodell, Wissenschaft und Technik schlechthin, gerieten unter einen generellen Herrschaftsverdacht.

Im Sog der zunehmenden Polarisierung des ökologischen Konflikts und der wachsenden Militanz in der Auseinandersetzung um atomare Anlagen nahmen die verschiedenen Kritik- und Protestströmungen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine generelle, industrialismuskritische Stoßrichtung an. Daraus entstand zwar keine neue übergreifende Ideologie; die industrialismuskritischen Problemrahmungen lieferten aber doch die Basis für eine zumindest kurzfristig integrierende Vision alternativer Vergesellschaftung. Diese ‚ökotopischen' Gegenentwürfe (Callenbach 1980) verbinden das Modell eines in kleinen Netzen organisierten, basisdemokratisch regulierten Gemeinwesens mit dem Konzept einer ökologisch verträglichen, bedürfnisorientierten Wirtschaft, die sich ‚sanfter' Technologien bedient. In diesen Gegenentwurf fließen auch Elemente feministischer Patriarchatskritik ein, Bilder einer neuen, herrschaftsfreien Geschlechterbeziehung, Visionen eines selbstbestimmten, egalitären Lebens, das eine neue Balance von Fremd- und Eigenarbeit, von

Rationalität und Sinnlichkeit, von Arbeit und Leben anstrebt (vgl. Strasser/Traube 1981, Ullrich 1979).

Insgesamt weisen die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik eine überwiegend dezentrale Struktur von Graswurzelinitiativen, alternativen Milieus und professionellen Bewegungsorganisationen auf, die örtlich, regional und national nur lose miteinander vernetzt sind. Zentrale Entscheidungsinstanzen werden meist nur für ad-hoc-Zwecke, etwa für die Koordination überregionaler, themenspezifischer Kampagnen, geschaffen. Stärker institutionalisierte Gruppen, Verbände und Parteien sind in diese netzwerkartigen Strukturen einbezogen, ohne die Bewegungen durch ihre organisatorische Infrastruktur wesentlich prägen zu können. Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht nur die stärker zentralisierte und professionell organisierte Friedensbewegung (Leif 1985). Die Partei der ‚Grünen', die Ende der 1970er Jahre aus diesen Bewegungsmilieus entsteht (Raschke 1993), verlängert die Emphase der fundamentaloppositionellen Herausforderung des etablierten Systems als ‚Anti-Parteien-Partei' zunächst relativ ungebrochen in den parlamentarischen Raum. Wie für die Bewegungen selbst, so besitzen die Prinzipien der Basisdemokratie und der Selbstorganisation ‚Betroffener' auch für die neue Bewegungspartei einen zentralen Stellenwert.

Ab Mitte der 1980er Jahre neigt sich der Mobilisierungszyklus der neuen sozialen Bewegungen dem Ende zu. Die alternativen Modelle gesellschaftlichen Lebens verlieren ihre Faszination. Die zivilisationskritischen Visionen ‚sanfter' Vergesellschaftung verpuffen in der postmodernen Stimmungslage der 1980er Jahre. Die Impulse der neuen Bewegungen diffundieren in Kultur, Gesellschaft und Politik. Die alternativen Milieus zerfallen. Ihre alltagskulturellen Orientierungen werden Teil eines sich dynamisch auffächernden und rasch verändernden Spektrums an Lebensstilen (vgl. SINUS-Institut 1992, Vester et al. 1993). Die alternative Projektszene sieht sich vor die Wahl zwischen ‚Professionalisierung oder Marginalisierung' gestellt (Horx 1985). Die Friedensbewegung, die 1983 mit Massendemonstrationen gegen den Stationierungsbeschluss der NATO-Mittelstreckenraketen, mit Menschenketten und einem massenhaften, gewaltfreien, zivilen Ungehorsam (zum Beispiel die Sitzblockaden in Mutlangen) ihren Mobilisierungshöhepunkt erlebt, verliert noch im selben Jahr nach Stationierungsbeginn erheblich an öffentlicher Aufmerksamkeit und interner Mobilisierungsfähigkeit (vgl. Legrand 1989). Sind für die alternative Szene und die Friedensbewegung Zerfalls-, Fragmentierungs- und Demobilisierungsprozesse das zentrale Problem, so ist die Frauen- und Umweltbewegung seit den 1980er Jahren starken Professionalisierungs- und Institutionalisierungstendenzen unterworfen (Brand 1999, Brand/Rink 2007, Dackweiler/Schäfer 1999, Knafla/Kulke 1991).

3 Resümee: Die reflexive Modernisierung der Demokratie

Wie die Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik zeigt, führt das Abflauen des Mobilisierungszyklus der neuen sozialen Bewegungen und ihre fortschreitende Institutionalisierung gleichwohl nicht zu einer markanten Abnahme im Umfang und der Häufigkeit politischer Protestaktivitäten (Rucht 2003). Das hat zum einen mit dem Anschwellen der ostdeutschen Bürgerbewegungen 1989/90 und dem Aufleben fremdenfeindlicher, rechtsradikaler Proteste Anfang der 1990er Jahre zu tun (Rucht 2003). Im Gegenzug verstärken sich auch die Gegenproteste links-autonomer Gruppen wie gemäßigter, moralisch betroffener Bürger, die 1992 (vor allem in westdeutschen Großstädten) zu Hunderttausenden mit ‚Lichterketten' gegen Ausländerfeindlichkeit demonstrieren. Zum anderen kommt darin aber auch ein

genereller Trend der Veralltäglichung politischer Protest- und Mobilisierungsformen zum Ausdruck, den Neidhardt/Rucht (1993) – pointiert – als Trend zur ‚Bewegungsgesellschaft' bezeichnen. Wenngleich sich die empirische Partizipationsforschung gegenüber solchen pointierten Verallgemeinerungen etwas reservierter zeigt, so wird dieser Trend doch auch von ihren Ergebnissen gestützt (Gabriel/Völkl 2005).

Unkonventionelle Formen politischen Verhaltens wie die Beteiligung an Bürgerinitiativen, Unterschriftenkampagnen, Demonstrationen sowie an Boykott- und Blockadeaktionen weisen danach bereits seit Mitte der 1970er Jahre eine hohe Akzeptanz auf (Barnes/Kaase 1979). Erklärten 1973 immerhin schon drei Prozent der Befragten, dass sie in Bürgerinitiativen engagiert waren, so stieg dieser Anteil – nach erheblichen Schwankungen in den 1980er (starker Anstieg) und 1990er Jahren (stärkerer Rückgang) – bis 2002 auf circa 20 Prozent an (Gabriel/Völkl 2005: 556 ff). Konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Partizipation schließen dabei einander nicht aus, sondern stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander (Jennings et al. 1990). Personen, die die herkömmlichen Kanäle politischer Einflussnahme intensiver nutzen, nutzen auch die unkonventionellen, weniger institutionalisierten Formen der Einflussnahme intensiver. Beides gehört inzwischen zum üblichen politischen Verhaltensrepertoire westlicher Demokratien.

Die Erweiterung des politischen Handlungsrepertoires geht mit einer wachsenden Präferenz für flexible, zeitlich begrenzte, auf spezielle thematische Anlässe bezogene Organisationsformen einher. Dem liegen auf struktureller Ebene Prozesse der Enttraditionalisierung, der kulturellen Pluralisierung und Individualisierung, des Wertewandels und der wachsenden Optionenvielfalt zugrunde (Inglehart 1989, Beck 1986, Giddens 1990, Gross 1994). Individuelle Biographien sind immer weniger vorgezeichnet und müssen – bei wachsenden Risiken – immer stärker selbst gestaltet werden (Beck/Beck-Gernsheim 1994). All das kann erklären, warum traditionell geprägte, langfristige Bindungen an Großorganisationen und pflichtbasierte Partizipationsmuster an Bedeutung verlieren (Klages/Gensicke 1999).

Der antiautoritäre Protest der 1960er Jahre und die neuen sozialen Bewegungen sind zentrale Akteure dieses soziokulturellen Strukturwandels. Sie stellen ein kritisches Korrektiv dar, das die politischen und wirtschaftlichen Akteure dazu nötigt, die Folgeprobleme des beschleunigten industriellen und kapitalistischen Modernisierungsprozesses – unter kritischer Beobachtung der Öffentlichkeit – zu bearbeiten. Sie sind insofern Geburtshelfer einer ‚reflexiven Moderne' (Beck 1993). Sie liefern das ‚Rollenmodell', die Blaupause für die neuen Formen politischen und sozialen Engagements. Auch wenn es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – zumindest im Westen – nicht mehr darum ging, demokratische Grundstrukturen und elementare soziale Absicherung zu erkämpfen, sondern eher darum, Korrekturen im demokratischen Institutionengefüge in Richtung Chancengleichheit und verbesserte Partizipationsmöglichkeiten vorzunehmen und die politische Agenda für neue Themen zu öffnen, so hat das oft hohe persönliche Engagement für Frieden, Umweltschutz, Geschlechtergerechtigkeit, Meinungsfreiheit, Schutz der Menschenrechte und ähnliches den formalen, demokratischen Verfahren doch erst ihre zivilgesellschaftliche Verankerung, den Charakter einer gelebten politischen Kultur verliehen.

Karl Werner Brand ist Professor für Soziologie an der Technischen Universität München und leitete viele Jahre die Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. (MPS). Er ist seit kurzem freiberuflich als Berater im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung tätig (‚Sustainability Research Consulting'). Kontakt: karl-werner.brand@sozialforschung.org

Anmerkung

[1]Die in diesem Beitrag vorgestellten Überlegungen erscheinen in ausführlicherer Form (unter Einbezug der Bürgerbewegungen der DDR und der aktuellen Protestkonstellation) auch in einem von Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß herausgegebenen Band zu Fragen der Engagementpolitik (Brand 2008).

Literatur

Barnes, Samuel/Kaase, Max u.a. 1979: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills: Sage.

Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Beck, Ulrich 1993: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth 1994: Riskante Freiheiten. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Brand, Karl-Werner (Hg.) 1985: Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA: Ein internationaler Vergleich. Frankfurt/New York: Campus.

Brand, Karl-Werner 1999: Transformationen der Umweltbewegung. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, 237-256.

Brand, Karl-Werner 2008: Die Neuerfindung des Bürgers. Soziale Bewegungen und bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.), Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag (i.E.).

Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter 1986: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Aktualisierte Neuausgabe. Frankfurt/New York: Campus.

Brand, Karl-Werner/Rink, Dieter 2007: Institutionalisierung statt Mobilisierung? Dilemmata der deutschen Umweltbewegung. In: Jacob, Klaus et al. (Hg.), Politik und Umwelt. PVS Sonderheft 39/2007, 499-517.

Callenbach, Ernest 1980: Ökotopia. Berlin: Rotbuch Verlag.

Dackweiler, Regina/Schäfer, Reinhild 1999: Lokal – national – international. Frauenbewegung im Rück- und Ausblick. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, 199-224.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestags 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Band 4. Opladen: Leske + Budrich.

Gabriel, Oscar/Völkl, Kerstin 2005: Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar/Holtmann, Everhard (Hg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland (3. völlig überarbeitete Auflage). München/Wien: Oldenbourg, 523-573.

Giddens, Anthony 1990: The Consequences of Modernity. Cambridge: Polity Press.

Gross, Peter 1994: Die Multioptionsgesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hollstein, Walter 1979: Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Horx, Matthias 1985: Das Ende der Alternativen oder die verlorene Unschuld der Radikalität. Ein Rechenschaftsbericht. München/Wien: Hanser.

Inglehart, Ronald 1989: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/New York: Campus.

Jennings, Kent/Deth, Jan et al. 1990: Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin/New York.

Kaase, Max 1982: Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: Raschke, Joachim (Hg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 173-189.

Klages, Helmut/Gensicke, Thomas 1999: Wertwandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyerer Forschungsberichte 193. Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.) 1999: Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Knafla, Leonore/Kulke, Christine 1991: 20 Jahre Frauenbewegung. Und sie bewegt sich noch! Ein Rückblick nach vorn. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland (2. überarbeitete Auflage). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 91-115.

Kriesi, Hanspeter/Koopman, Ruud/Duyvendak, Jan/Giugni, Marco 1995: The New social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Legrand, Hans-Josef 1989: Die bundesrepublikanische Friedensbewegung 1979-1988. Entstehung, Verlauf und Wirkungsaspekte einer neuen sozialen Bewegung. In: Wasmuth, Ulrike (Hg.), Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 209-235.

Leif, Thomas 1985: Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von innen. Bonn: Forum Europa.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft"? Soziale Welt, Jg. 44, Heft 3, 305-326.

Otto, Karl 1977: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70. Frankfurt/New York: Campus.

Pfahl-Traughber, Armin 1998: ‚Konservative Revolution' und ‚Neue Rechte'. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen: Leske + Budrich.

Raschke, Joachim 1993: Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind. Köln: Bund Verlag.

Rolke, Lothar 1987: Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution. Köln: Bund Verlag.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 1991: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland (2. überarbeitete Auflage). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2002: Neue soziale Bewegungen. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (2. völlig überarbeitete Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 296-303.

Rucht, Dieter 2003: Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des 14. Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen. Schriftenreihe Band 10. Opladen: Leske + Budrich, 17-156.

SINUS 1992: Lebensweltforschung und soziale Milieus in West- und Ostdeutschland. Eine Information des SINUS-Instituts für seine Kunden. Heidelberg.

Strasser, Johano/Traube, Klaus 1981: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Ullrich, Otto 1979: Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems. Berlin: Rotbuch Verlag.

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Köln: Bund Verlag.

Jens Kastner

1968 und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

„Die wirkliche Bedeutung der Revolution von 1968“, schreibt Immanuel Wallerstein (1997: 33), „besteht weniger in der Kritik der Vergangenheit als in den Fragen, die sie mit Blick auf die Zukunft aufgeworfen hat.“ Was als allgemeine Auslegung der Ereignisse um 1968 einigermaßen plausibel erscheint, muss im Hinblick auf die Situationen und Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland doch eingeschränkt werden. Denn was die westdeutsche Protestbewegung zu allererst von vergleichbaren und zeitgleichen Bewegungen in aller Welt unterschied, war die Abgrenzung ihrer Akteurinnen und Akteure von der Geschichte der eigenen Eltern und deren Verstrickungen in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus. Im Anschluss an Norbert Elias ist die 68er-Bewegung in der BRD als ‚Generationenkonflikt‘ gedeutet worden.

Obwohl es für einige Zeit als Konsens der neueren bundesrepublikanischen Geschichte betrachtet werden kann, dass ‚68’ und die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte irgendwie zusammenhängen, bleibt eine genauere Schilderung dieses Konnexes selbst bei renommierten Chronisten der Bewegung aus. So finden sich beispielsweise weder bei Kraushaar (2000)[1] noch bei Negt (1995) eigene Kapitel zum antifaschistischen Impuls der Bewegung, weder im Hinblick auf die Motivationen ihrer Entstehung noch auf die Wirkungen beziehungsweise Effekte ihres Aufkommens. Demgegenüber soll hier die zentrale Dimension der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte sowohl für das Aufkommen als auch im Hinblick auf ihre Wirkungsgeschichte behauptet werden.

Allerdings möchte ich dabei abweichend von der gängigen Interpretation die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte nicht als Generationenkonflikt fassen. Nicht Generationen, sondern soziale Bewegungen sind die Akteurinnen, so die These, die in diesem Zusammenhang zu beschreiben sind. Denn dass die Debatte um den Nationalsozialismus so stark mit den 1960er Jahren, mit der so genannten 68er-Generation verknüpft wird, ist nicht auf biologische oder biographische Tatsachen zurückzuführen, sondern auf gesellschaftliche Kämpfe. Die Inhalte solcher Kämpfe ergeben sich weder allein aus den Geburtsjahren der darin Aktiven noch aus der gesellschaftlichen Konstellation von Aufstrebenden und Arrivierten – im Rahmen der Habitustheorie, wie sie im Anschluss an Norbert Elias und Pierre Bourdieu formuliert wurde, und die das Generationenparadigma vertritt, werden diese Inhalte ausgeblendet. Inhalte, in deren Kontext auch die Abgrenzung vom Nationalsozialismus formuliert wurde, sind aber zentral für die Kämpfe um gesellschaftliche Deutungsmacht, die von sozialen Bewegungen geführt werden.

1 NS-Vergangenheit und 68er-Bewegung

Zunächst möchte ich vier Ebenen unterscheiden, auf denen die zentrale Dimension zum Ausdruck kommt, die die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit und ihr Fortleben in der Gegenwart der 1960er Jahre für die westdeutsche Studierendenbewegung einnahmen.

Zum einen kam diese Auseinandersetzung in den Selbstbeschreibungen der Akteurinnen und Akteure zum Ausdruck. Dabei lassen sich noch einmal politische Interventionen oder öffentliche Auftritte auf der einen von literarischen Thematisierungen auf der anderen Seite unterscheiden. In die erste Kategorie gehören dann

beispielsweise die ‚Angaben zur Person' (1971 [1969]), die Hans-Jürgen Krahl am 16. Oktober 1969 bei einer Verhandlung vor Gericht vortrug.[2] Darin beschreibt er unter anderem seinen Werdegang zum linken Aktivisten aus einem Milieu heraus, in dem nationalsozialistische Ideologien und Einstellungen in den 1950er Jahren uneingeschränkt fortlebten. In die zweite Kategorie gehört an exponierter Stelle sicherlich der Roman ‚Die Reise' von Bernward Vesper. Der Autor war der Sohn des Nazi-Dichters Will Vesper, mit dem er sich in seinem Buch auseinandersetzt. „Wenn wir, wie ich eben", heißt es in der autobiographischen Skizze, „beim Auf- und Abgehen eine Spinne, die an der Wand auftaucht, mit Zigarettenrauch beblasen, versuchen wir, sie zu vergasen. Ein Sohn Martin Heideggers, las ich heute, ist Oberst im Bonner Verteidigungsministerium. Das ist die andere Möglichkeit." (Vesper 1989: 65)

Zum zweiten äußerte sich die Wichtigkeit der NS-Vergangenheit schon früh in den expliziten Forderungen und impliziten Bezugnahmen der Bewegung, die sich vor allem gegen führende Repräsentanten der bundesrepublikanischen Politik sowie des Wissenschaftsbetriebes und der Justiz richteten. Nach einer Phase der durch die USA betriebenen Entnazifierung wurden in den Jahren nach Gründung der Bundesrepublik „die meisten Mitglieder der NS-Funktionseliten in die Wiederaufbaugesellschaft eingegliedert." (Siegfried 2000: 78)[3] Auch wenn die linken Studierenden weder Auslöser noch treibende Kräfte der gesellschaftlichen Debatte waren, gehörten sie zu deren (vor allem langfristig) wirkmächtigsten AkteurInnen.[4]

Im November 1959 eröffnete die viel beachtete Ausstellung ‚Ungesühnte Nazijustiz', die das SDS-Mitglied Reinhard Strecker organisiert hatte (vgl. Siegfried 2000: 80). Sie fachte die Debatte um alte Nazis und deren Rolle in der neuen politischen Struktur zu einer Zeit an, als die Bundesrepublik von einer Welle antisemitischer Schmierereien erfasst wurde. Die Benennung von NS-Tätern in führenden Positionen der Bundesrepublik wurde zu einer der wichtigsten Aktionsformen der Studierendenbewegung. 1962 propagierte Elisabeth Lenk in der linken Studierendenzeitschrift *neue kritik* den „langen Zorn" (vgl. Siegfried 2000: 104).

Anlässlich des 20. Jahrestages des Attentates auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 hatten Studierende die Absetzung des Staatssekretärs im Entwicklungshilfe-Ministerium Friedrich Karl Vialon wegen dessen NS-Vergangenheit gefordert (vgl. Meinhof 1988 [1964]: 50). In Aachen veranstalteten namhafte deutsche Künstler, darunter Wolf Vostell, Bazon Brock und Joseph Beuys, eine umstrittene alternative Gedenkfeier zum 20. Juli, von der sich allerdings sowohl der AStA der RWTH Aachen, als auch Nachfahren der WiderständlerInnen vom 20. Juli distanzierten (vgl. Papenbrock 2007: 142f.). Es sind also nicht nur die expliziten Forderungen, sondern auch symbolische Bezugnahmen wie jene innerhalb der politisch inspirierten, künstlerischen Produktion dieser Jahre, die die Bedeutung der NS-Geschichte widerspiegeln.

Im Zentrum der antifaschistischen Kritik an Würdenträgern der Bundesrepublik mit ehemaliger Nazi-Vergangenheit stand ab der zweiten Hälfte der 1960er insbesondere Bundespräsident Heinrich Lübke (vgl. Kraushaar 2000: 38, Rusinek 2000: 119ff.). Zwar war Lübke als Zentrumsmitglied selbst Schikanen der Nazis ausgesetzt gewesen, hatte aber in den 1940er Jahren als Bauleiter im Dienste der Gruppe Schlempp am Ausbau der Heeresversuchsanstalt und der Luftwaffenerprobungsstelle Peenemüde gearbeitet. Von Seiten der DDR wurde in einer ab 1964 intensiv betriebenen Kampagne versucht, ihn daher als ‚KZ-Baumeister' darzustellen. Als solcher wurde er auch von der Zeitschrift *konkret* und der bundesdeutschen Linken attackiert. Wenn auch die damals vom SED-Propagandisten Albert Norden vorgelegten Beweise sich als manipuliert erwiesen, trafen die Angriffe Lübke nach neueren Erkennt-

nissen zwar an falscher Stelle, aber doch nicht grundlos:[5] Als Bauleiter war er verantwortlich für die Beschäftigung (und den Tod) hunderter ZwangsarbeiterInnen aus dem KZ Buchenwald (vgl. Wagner 2007).

Auch der Bundeskanzler der großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger (CDU), stand wegen seiner Nazi-Vergangenheit in der Kritik der Studierendenbewegung. Am 7. November 1968 hatte sich die antifaschistische Journalistin Beate Klarsfeld Zugang zum CDU-Parteitag in der Berliner Kongresshalle verschafft. Sie erklomm das Podium und ohrfeigte den Bundeskanzler mit den Worten ‚Nazi, Nazi!'. In den Monaten zuvor hatte sich Klarsfeld an den studentischen Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung beteiligt und war mit Grete und Rudi Dutschke in Kontakt getreten. Dem Bundeskanzler, während des Nationalsozialismus stellvertretender Leiter der ‚Rundfunkpolitischen Abteilung' unter Außenminister Ribbentrop und NSDAP-Mitglied von 1933 bis 1945, hatte Klarsfeld bereits am 30. März 1968 von der Zuschauertribüne des Deutschen Bundestages die Worte ‚Nazi Kiesinger, abtreten!' zugerufen. Auch ein studentisches Flugblatt agitierte gegen den ‚Nazipropagandisten' Kiesinger und rief dazu auf, endlich nachzuholen, was 1945 veräumt worden war, nämlich eine ‚richtige Entnazifizierung' (zit. n. Rusinek 2000: 123).[6]

Als Fazit all dieser Aktionen kann mit Bernd-A. Rusinek (2000: 118) konstatiert werden, dass die Sensibilität gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit um 1968 eine ‚öffentliche Diskursherrschaft' erreicht hatte.[7] Die Studierendenbewegung hatte diese Sensibilität, die seit Anfang des Jahrzehnts ständig gewachsen war, keinesfalls hervorgerufen. Aber sie hatte großen Anteil an ihrer gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung.

Drittens sind viele der politischen Angriffsziele und der Kulminationspunkte der Bewegungen von 1968 und der folgenden Jahre gar nicht zu begreifen, werden sie nicht vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und als gewissermaßen reflektierter Reflex auf diese interpretiert. Das gilt auch und gerade für die besonders paradoxen Ausformungen des Protests:

Widersprüchlich ist in dieser Hinsicht erstens die Haltung gegenüber den USA. Zwar hatte die US-Armee die Deutschen vom Nationalsozialismus befreit und hätte von der Studierendenbewegung insofern als Verbündete betrachtet werden können. Stattdessen aber wurden die USA schnell zum Gegner Nummer eins, der sogar mit der Politik des NS-Regimes in einem Atemzug genannt wurde. Diese Gleichsetzung fand nicht nur in Deutschland statt, sondern wurde im Kontext des Russell-Tribunals, das unter Leitung von Jean-Paul Sartre 1967 gegen den Krieg der USA in Vietnam zusammentrat, zu einer Art internationalem geschichtspolitischem Standard (vgl. Molden 2008). Indem der Vietnamkrieg als Völkermord klassifiziert wurde, drängte sich die Gleichsetzung mit dem Holocaust förmlich auf – auch gegen den Einspruch der jüdischen Opfer.

Widersprüchlich ist zweitens die Haltung gegenüber Jüdinnen und Juden. Statt als Opfer des Nationalsozialismus wurden Jüdinnen und Juden bald allgemein mit der Politik Israels (gegenüber den PalästinenserInnen) identifiziert und in dessen Folge sogar Ziel antiimperialistisch begründeter, militanter Anschlagsversuche (vgl. Kraushaar 2005). Dem wiederum widerspricht die – sogar von Theodor W. Adorno in einem Interview geteilte – Selbstbeschreibung der Studierenden als verfolgte ‚Juden von heute', die schließlich in der von RAF-Mitgliedern bemühten Gleichsetzung des Hochsicherheitsgefängnisses von Stammheim mit den NS-Konzentrationslagern gipfelte (vgl. Krug 2007).

Viertens zeigt sich die Zentralität der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch an der Häufigkeit, mit der ‚68' und der Nationalsozialismus als gegensätzliche und/oder aufeinander bezogene Zäsuren in der deutschen

Geschichte des 20. Jahrhunderts bis heute in den Debatten auftreten: Dass die ehemalige Tagesschau-Sprecherin Eva Herman bedauert, dass im Dritten Reich geförderte Werte wie Familie und Mutterschaft von den 68ern abgeschafft worden seien (vgl. von Lucke 2008: 8) oder dass der Historiker Götz Aly (2008) die 68er mit den Nationalsozialisten von 1933 gleichsetzt, weil sie wie diese jung und gegen das ‚System' waren, sich als ‚Bewegung' verstanden und eine ‚totalitäre Sprache' benutzt hätten, bedarf nicht einmal besonderer Anlässe. Die beiden Phasen drängen sich als Gegen- und/oder Vergleichsmodelle offenbar von selbst auf – und zwar nicht nur im Feuilleton, sondern auch für die Legitimierung deutscher Regierungspolitik. So wurde eine der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen der 1990er Jahre, der Angriff der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien 1999, vom damaligen Außenminister Joschka Fischer ausdrücklich mit den Lehren begründet, die seine Generation aus Auschwitz gezogen habe. Die beiden Slogans der Auschwitz-Überlebenden, ‚Nie wieder Krieg!' und ‚Nie wieder Auschwitz', wurden gegeneinander ausgespielt und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit mit der moralischen Autorität derjenigen vertreten, die seit den 1960er Jahren die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die tätigen Konsequenzen daraus repräsentieren, die Rot-Grüne Bundesregierung als selbst ernannte ‚68er an der Macht'.

An diese vierte Ebene wird abschließend wieder anzuknüpfen sein. Denn in ihr wird nicht nur deutlich, dass der Nationalsozialismus ein wichtiges inhaltliches Anliegen der 68er-Bewegung war. Sondern hier zeigt sich auch, dass die ‚68er-Generation' als *Gegenstand* von Diskussionen um vergangene wie gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse und die Legitimierung von politischen Entscheidungen auf der Rolle basiert, die diese ‚Generation' nicht als biologisches und soziobiographisches Faktum, sondern als soziale Bewegung, also als *Akteurin* in gesellschaftlichen Prozessen hatte.

2 Gesellschaftliche Kämpfe statt Generationenkonflikt

Elias konzipiert den Generationenkonflikt ausdrücklich nicht als Konflikt zwischen verschiedenen einzelnen Eltern und ihren Kindern, sondern er betont, der Generationenkonflikt sei ein „sozialer Konflikt" (Elias 1992: 316). Damit weist er über das konkrete Beispiel der deutschen Geschichte hinaus, denn diese Art von Konflikten existieren in jeder Gesellschaft (in unterschiedlicher Ausprägung): Überall kämpfen aufstrebende Jüngere gegen arrivierte Ältere um gesellschaftliche Positionen und den Zugang zu ihnen. Auch als sozialer Konflikt reicht der Generationenkonflikt aber bei weitem nicht aus, um die Motive und Motivationen der 68er-Bewegungen hinreichend zu erläutern. Und zwar vor allem aus zwei Gründen.

Zum einen kann es *die internationale Dimension*, die trotz beziehungsweise neben der Eingebundenheit in die nationale Geschichte auch für die westdeutsche Bewegung zentral war, nicht angemessen beschreiben. Wichtige Inhalte wie die Ablehnung des Vietnam-Krieges oder die positive Identifizierung mit der palästinensischen Befreiungsbewegung wurden zwar, wie oben erwähnt, in einem spezifisch deutschen Erklärungskontext gedeutet beziehungsweise ‚geframed'. Sie sind aber dennoch ohne die allgemeine antiimperialistische Ausrichtung und die Bezugnahme auf die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt nicht denkbar. Rudi Dutschke bezeichnete die Proteste gegen den kongolesischen Ministerpräsident Moise Tschombé im Dezember 1964 als „Beginn unserer Kulturrevolution" (zit. n. http://www.glasnost.de/hist/apo/DutschkeTschombe.html [03.01.2008]). Tschombé galt als einer der Verantwortlichen

für die Ermordung seines Vorgängers und antikolonialen Hoffnungsträgers Patrice Lumumba.

Klaus Theweleit bringt die (dialektische) Erfahrung beeindruckend zum Ausdruck, was es heißt, von Deutschland und seiner Nazi-Geschichte auszugehen und gerade deshalb die Einflüsse von Außen zu fokussieren. Ohne die „öffentlich geächteten Sprachen, ausländische Sprachen, Sprachen von Feinden, undeutsche Sprachen" (Theweleit 1995: 150) wäre das Sprechen der Neuen Linken kaum denkbar gewesen. Das sei für ihn der „Kern von 68" (Theweleit 1995: 151): „das Aufbrechen der Stimmen aus den vielen Orten des aufgezwungenen Schweigens". „Die Möglichkeit eines eigenen Sprechens fand von vornherein aus diesem verordneten Exil heraus statt." (ebd.)

Würde man nun versuchen, auch die internationalen Bewegungen um 1968 im Rahmen von Generationenkonflikten zu erklären, müsste man schließlich vollends scheitern. Zwar gab es auch in anderen Ländern, wie in Frankreich hinsichtlich des Algerienkrieges, Abgrenzungen von den Taten der älteren Generation (vgl. Gilcher-Holtey 2003: 56ff.). Bewegungen wie die in Jugoslawien oder in Mexiko, wo explizit an die Errungenschaften der Eltern- beziehungsweise Großelterngeneration angeknüpft und deren vollständige Durchsetzung gefordert wurde, geraten mit dem Generationenkonflikt-Paradigma allerdings völlig aus dem Blick.[8] Hinzu kommt, dass die Bewegungen um 1968 im internationalen Maßstab keinesfalls dermaßen von Studierenden geprägt waren, wie das in Westdeutschland der Fall gewesen ist (vgl. Gehrke/Horn 2007). Der Generationenkonflikt spielt sich aber hauptsächlich in aufstiegsorientierten, also bürgerlichen Milieus ab und ist für andere gesellschaftliche Bereiche, insbesondere Arbeitermilieus, wesentlich weniger relevant.

Auch *die politischen Inhalte* der Bewegung können vor diesem Hintergrund kaum angemessen verstanden werden. Bereits Elias Text selbst ist von einem Vergleich durchzogen, der nur unter Ausblendung der politischen Inhalte funktioniert. Er ist darauf angewiesen, diese Inhalte zum funktionalen Beiwerk zu erklären: Elias vergleicht die beiden deutschen Nachkriegsgenerationen nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg, deren wesentliche und entscheidende Gemeinsamkeit er im „Problem des Sinnhungers" (Elias 1992: 313) ausmacht. Elias geht es nicht in erster Linie um die Erklärung für das Aufkommen einer sozialen Bewegung, sondern um das des Terrors. Der Terror der rechtsradikalen Freicorpssoldaten Anfang der 1920er Jahren und jener der linksradikalen Stadtguerillas der frühen 1970er Jahre ist Elias zu Folge gleichermaßen als Sättigung des jeweiligen Sinnhungers zu verstehen. Die jüngere Generation habe in beiden Fällen angesichts der von älteren besetzten oberen Positionen innerhalb der Parteien keine legitimen Möglichkeiten gehabt, ihre politischen Ziele durchzusetzen und daher zu illegitimen Mitteln gegriffen.

Elias vertritt hier erstens einen sehr kurz greifenden Politikbegriff. Denn Politik schließt bei ihm zwischen Parlamentarismus und Terror liegende, politische Ausdrucks- und Durchsetzungsmöglichkeiten aus. Das verleitet ihn letztlich dazu, die politischen Ziele beider Generationen sogar gleichzusetzen: Aus der Analyse, dass es sich bei der sie umgebenden Gesellschaft um eine unterdrückerische handle und der Überzeugung, die bürgerliche Demokratie sei etwas zu Bekämpfendes, hätten sowohl die Freicorps der frühen 1920er Jahre als auch die linken AktivistInnen der späten 1960er Jahre vergleichbare Schlüsse gezogen: „In beiden Fällen stütze sich diese Überzeugung auf einen Traum, auf die Vorstellung von der Möglichkeit einer besseren und sinnvolleren Gesellschaft." (Elias 1992: 336)

So bleiben die politischen Ziele in seiner Analyse notwendig abstrakt. Die nahe liegende

Frage danach, *für wen* eine Gesellschaft besser und sinnvoller gestaltet werden soll, die von den AktivistInnen in den 1920er und jenen in den 1960er Jahren radikal anders beantwortet wurde, stellt sich Elias gar nicht. Er betrachtet die konkreten Inhalte allenfalls in der Funktion, die ihnen im Hinblick auf den Generationenkonflikt zukommen. Antikoloniale Befreiung, rätesozialistische Modelle, Neomarxismus, Neoanarchismus oder Feminismus werden dann zu austauschbaren ‚Ideologien', die sich die Bewegungen mehr oder weniger zufällig angeeignet haben. Dem Marxismus kommt demnach für die jungbürgerliche Generation eine vierfache Funktion zu: „Sie diente ihnen als Mittel zur Reinigung von dem Fluch des Nationalsozialismus, als Mittel der Orientierung über dessen sozialen Charakter wie über den der eigenen, zeitgenössischen Gesellschaften, als Kampfmittel gegen die älteren, etablierten Generationen, gegen ihre Väter, die Bourgeoisie, und als Modell einer alternativen Gesellschaft, einer sinngebenden Utopie, von der aus man die Mängel der eigenen Gesellschaft kritisch in ein helleres Licht versetzen mochte." (Elias 1992: 332)

Als würde er gegen Elias argumentieren, schreibt Thomas Hecken (2008: 10) zutreffend: „Tatsächlich dürfte im Falle der antiautoritären Bewegung schwer zu bezweifeln sein, dass diese polemisch konzentrierten und akademisch ausgreifenden Überlegungen nicht bloßes Beiwerk waren, sondern für viele ein zentraler Antrieb und eine wichtige Hilfe, abweichende Haltungen und Lebensformen argumentativ hervorzubringen, diskursiv zu befestigen, nachdrücklich anzunehmen und selber offensiv zu vertreten." Statt rein funktional, müssen die Inhalte auch als wesentliche Mobilisierungsfaktoren betrachtet werden. Es war also weniger das abstrakte ‚Problem des Sinnhungers' einer Generation, das Elias fokussiert, als vielmehr die konkrete Kritik an bestimmten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, die die Bewegungen mit hervorgebracht haben: kein Wiederaufleben der Idee von Rätedemokratie ohne die Analyse einer reaktionären ‚Transformation der Demokratie' (Agnoli/Brückner) während der großen Koalition, kein feministischer Tomatenwurf gegen den SDS-Vorstand ohne die Kritik an den patriarchalen Strukturen auch innerhalb der Bewegung. Dass emanzipatorische Kritik an herrschenden Verhältnisse Protestbewegung hervorbringen und tragen kann, wird aber mit dem Fokus auf allgemeine Sinnsuche, die das Generationenparadigma vorschlägt, übersehen beziehungsweise geleugnet.

3 Soziale Bewegung statt Generation

Aleida Assmann (2007: 52f.) betont, dass Generationen selbst nicht geboren, sondern gemacht werden, also Effekte performativer Reden über Generationen sind. Die Generation ist demnach ein „Medium einer kollektivbiographischen Identitätsarbeit" (Assmann 2007: 53). Im Wesentlichen dreht es sich bei der Frage der Generation um Prozesse der kollektiven Selbstkonstitution. Aus diesen Prozessen der Selbstverständigung würden dann auch Eingriffe in den gesellschaftlichen Wandel hervorgehen, also das, was Assmann (2007: 53) den „Anspruch einer Generation auf gesamtgesellschaftliche Deutungsmacht" nennt.

Ich möchte dem widersprechen und bezweifeln, dass es Generationen sind, die Ansprüche auf Deutungsmacht erheben und/oder durchsetzen. Denn Deutungsmacht wird er- und bekämpft und solche Kämpfe beruhen erstens auf inhaltlichen und nicht auf generationellen Fragen. Diese Kämpfe werden auch weniger zwischen ‚Generationen' als innerhalb sozialer Kräfteverhältnisse ausgetragen. Solche Kräfteverhältnisse sind generationen- und milieuübergreifend. Bezieht man also zweitens habituelle Dispositionen in die Erklärung mit ein, ist nicht unmittelbar einleuchtend, warum diese Dispositionen innerhalb einer Generation eher ver-

gleichbar und zudem mehr zu Handlungen anstiftend sein sollten als beispielsweise innerhalb eines Milieus.[9] Im Falle der 68er-Bewegung wäre die erfolgreiche Implementierung der Kritik am Fortleben der NS-Vergangenheit ohne die Vorarbeit von und die Zusammenarbeit mit deutlich älteren Akteurinnen und Akteuren, insbesondere Journalisten und Journalistinnen sowie Schriftsteller und Schriftstellerinnen von der Gruppe 47 bis Ulrike Meinhof, nicht möglich gewesen.

Wichtige Akteure und Akteurinnen im Kampf um gesellschaftliche Deutungsmacht sind weniger Generationen als vielmehr soziale Bewegungen.[10] Soziale Bewegungen sollten dementsprechend auch Gegenstand der Forschung sein, wenn ‚1968' als Gesellschaft veränderndes Moment verhandelt wird.[11] Das, was Elias als das Soziale am Generationenkonflikt beschreibt und was inhaltlich die Abgrenzung vom Nationalsozialismus ausmacht, lässt sich dann auch besser mit den Methoden der Bewegungsforschung als mit jenen des Generationenparadigmas beschreiben.

Die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Fortwirken in der Gegenwart war, in den Begrifflichkeiten der sozialen Bewegungsforschung, sowohl ein wesentliches Framing und eine Mobilisierungsressource auf der einen, wie auch eine politische Gelegenheitsstruktur auf der anderen Seite.[12] Wie erläutert, gelang es der Bewegung in Westdeutschland, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als eine strukturelle Gelegenheit zu nutzen, in laufende Debatten einzugreifen und diese zu radikalisieren. Die Gelegenheitsstrukturen bestanden für die erfolgreiche Vermittlung des Themas NS-Vergangenheit in einer gewissen institutionellen Offenheit, die sich beispielsweise auf der Ebene der Justiz in der Diskussion um die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen widerspiegelt. Außerdem konnte die Bewegung mit dem Vorhandensein politischer Verbündeter, konkret in den Schriftstellern und Schriftstellerinnen, rechnen.[13]

Dabei spielte das Framing, also die Interpretation der Akteurinnen und Akteure als Nachkommen eines Täterkollektivs eine entscheidende Rolle. Die Generation ist also ein Teilaspekt eines Framings und nicht das wesentliche Strukturmerkmal der Bewegung.[14] Im Gegensatz zum Generationenparadigma lässt sich mit dem Framing-Ansatz sowohl die Beteiligung von Menschen an der Bewegung erklären, die nicht ein bestimmtes Alter haben mussten, als auch die verbreitete Abstinenz gegenüber der Bewegung: Denn der überwiegende Teil der zwischen 1940 und 1950 geborenen, die Aleida Assmann als ‚68er-Generation' bezeichnet, war ja keineswegs an sozialen Protesten beteiligt, sondern bestenfalls deren ‚Nutznießer'. Das Framing erfordert also bewusste Interpretationsakte, die im Falle der 68er-Bewegung den Nationalsozialismus ebenso aufgriffen wie ein internationalistisches Politikverständnis.

Auch als Mobilisierungsressource wurde die Abgrenzung zum Fortleben des Nationalsozialismus explizit wie implizit aktiv eingesetzt.[15] Dass die Notstandsgesetze, gegen die sich die außerparlamentarische Opposition formierte, kurz ‚NS-Gesetze' genannt wurden, ist nur ein Beispiel dafür. Die Mobilisierung über das Motiv des Antifaschismus hielt letztlich weit über die späten 1960er Jahre hinaus an und bestimmte auch noch den so genannten ‚Marsch durch die Institutionen', gerade im Bildungsbereich. Diese Mobilisierungsressource ist letztlich wesentlicher Bestandteil dessen, was Albrecht von Lucke (2008: 10) die ‚Erfindung der 68er-Generation' genannt hat. Die Mobilisierungsressource dient also erst der (inhaltlichen) Herstellung der ‚Generation' und nicht umgekehrt.

Dass ‚die 68er' mit der Auseinandersetzung um die deutsche NS-Vergangenheit in das kulturelle Gedächtnis eingehen und eingreifen konnten, obwohl sie gar nicht die Hauptträgergruppe der Nachkriegsdiskussion über den National-

sozialismus waren, sondern im wesentlichen nur aufgriffen, was ohnehin diskutiert wurde (vgl. Siegfried 2000, Rusinek 2000), liegt vor allem daran, dass ihre Akteure und Akteurinnen als eine soziale Bewegung agiert haben – und nicht einen Konflikt als Generation austrugen. Die Leistung der Revolte – und darin ist Aleida Assmann zuzustimmen, denn hier schreibt sie *Revolte* und nicht *Generation* – „bestand vor allem darin, das damals herrschende Milieu des ‚kommunikativen Beschweigens' ins Explizite, in die Sprache von Protest und Konfrontation gewendet zu haben." (Assmann 2007: 55) Was die Langzeitwirkung auf das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft betrifft, ist die öffentlich wahrnehmbare kollektive Praxis, die bestimmte Konsense innerhalb spezifischer Milieus aufgreift und auf dieser Grundlage politische Fragestellungen zuspitzt – eben dies zeichnet soziale Bewegungen aus.

4 Talking about your Generation

Ich habe aufgezeigt, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein wichtiges Anliegen der 68er-Bewegung war, was sich auf vier Ebenen äußert: Erstens in den persönlichen Schilderungen und literarischen Verarbeitungen der Beteiligten, zweitens in den konkreten politischen Angriffszielen und drittens in der allgemeinen, oft paradoxen politischen Kontextualisierung der Bewegung. Und daran anschließend viertens als Bezugspunkt für verschiedenste gesellschaftliche Debatten und regierungspolitische Entscheidungen der folgenden Jahre und Jahrzehnte.

Auch wenn Dieter Rucht (1998: 130) zuzustimmen ist, dass die Effekte sozialer Bewegungen im Hinblick auf politische Entscheidungen und kulturelle Muster schwer messbar sind, sollte der vierte Punkt zumindest für das hier besprochene Beispiel deutlich machen, dass es sie gibt.[16] Diese Effekte wiederum sind, so meine These, nicht als Auswirkungen eines Generationenkonflikts zu verstehen, sondern als Ergebnisse sozialer Kämpfe. Weil zentrale Punkte wie die politischen Inhalte und die internationale Dimension der 68er-Bewegung durch das Generationenparadigma nahezu ignoriert werden, habe ich für die Einbeziehung der Bewegungsforschung plädiert. Dass es im Zuge der Debatten um 1968 zur Herausbildung einer ‚68er-Generation' kam, und diese als Folge der 68er-Bewegung in Verbindung mit der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte verhandelt wird, erfordert neben der Bewegungsforschung ein systematisches Nachdenken über Formen des kulturellen Gedächtnisses und seiner Herstellung. Das kulturelle Gedächtnis ist in den Worten Susan Sontags (2005: 99f.) eine Form ‚kollektiver Unterrichtung' und des Sich-Einigens. Weil dieses Sich-Einigen, sich gerade in der doppelten Bedeutung von ‚Konsens herstellen' und ‚politische Einheit erzielen' innerhalb gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse vollzieht, wäre hier die Frage nach gesellschaftlichen Hegemonien zu stellen beziehungsweise die Frage nach dem Verhältnis von 68er-Bewegung und deutscher NS-Vergangenheit hegemonietheoretisch zu beantworten.

Jens Kastner ist Soziologe und Kunsthistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunst- und Kulturtheorie der Akademie der bildenden Künste Wien und koordinierender Redakteur von Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst. mail: j.kastner@akbild.ac.at

Anmerkungen

[1]Kraushaar (2000: 37) nennt die NS-Geschichte einen ‚Resonanzboden' der Studierendenbewegung, ohne den die Heftigkeit der Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nicht verständlich wäre. „Durch das politische Agieren im Schatten von Auschwitz nahmen staatliche und gesellschaftliche Problemstellungen eine existenzielle Schärfe an, die man mit Aus-

nahme Japans, das seines kriegerischen Nationalismus wegen in einer bestimmten Hinsicht vergleichbar ist, vergeblich sucht." (Kraushaar 2000: 37f.)

[2]Gemeinsam mit den anderen SDS-Mitgliedern Günter Amendt und Karl Dietrich Wolff war Krahl in Frankfurt a. M. wegen ‚Rädelsführerschaft' bei einer Demonstration angeklagt, die am 22. September 1968 gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Präsidenten Senghor stattgefunden hatte. Alle drei Angeklagten wurden am 24. Dezember 1969 wegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Rädelsführerschaft zu jeweils einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt.

[3]Diese reale Präsenz ehemaliger Nazis im deutschen Staats-, Verwaltungs- und Justizwesen ist wieder zu betonen, da sich in den vergangenen Jahren die Erklärungen häufen, die das antifaschistische Motiv als bloße Imagination ohne realen Hintergrund abtun und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auf ein kollektives „Programm der eigenen narzißtischen Neuerschaffung bzw. Selbstverwirklichung" (Koenen 2001: 167) einiger Linker reduzieren wollen.

[4]Siegfried (2000: 104) betont, dass die linken Studierenden die NS-Debatte keineswegs ausgelöst hatten, sie „radikalisierten lediglich jenen intensiven Diskurs, der die westdeutsche Gesellschaft bereits seit zehn Jahren beschäftigte, mit dem sie groß geworden waren, der aber auch die Versäumnisse pointiert benannt hatte." Rusinek (2000: 141) setzt den Zeitpunkt, ab dem die Meinungsführerschaft in der öffentlichen Debatte über die NS-Vergangenheit „von den kritischen Studierenden übernommen" wurde, auf 1965 an.

[5]Tatsächlich jedoch lenkte dieser Streit von einer umfassenden Bewertung seiner Rolle im Nationalsozialismus nur ab. Lübke war sicherlich kein Kriegsverbrecher. Vor dem Hintergrund seiner Tätigkeit in Peenemünde und im Jägerstab erscheint der spätere Bundespräsident aber als einer der vielen vermeintlich technokratischen Ingenieure und Verwaltungsfachleute, die ihre Kenntnisse in den Dienst des Systems gestellt und dabei die dehnbare Trennlinie zwischen Mitwisser- und Mittäterschaft überschritten haben, ohne selbst überzeugte Nationalsozialisten gewesen zu sein (Wagner 2007).

[6]Es entbehrt nicht einer gewissen Perfidie, dass der Historiker und Alt-68er Götz Aly in seinem Bemühen, Parallelen zwischen den jungen Nationalsozialisten der so genannten 33er-Generation und der 68er-Bewegung herauszustellen, neben Joachim Fest, Max Horkheimer und Richard Löwenstein ausgerechnet Kiesinger als Kronzeugen seiner Beweisführung aufruft: „Aus ganz anderen Erfahrungen heraus gelangte der damalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zu ähnlichen Einsichten: ‚Wir, die junge Generation der 20er-Jahre, verhielten uns gegenüber den damaligen Politikern genauso arrogant, wie es unsere Studenten heute gegenüber uns sind.' Deshalb riet er immer wieder zum behutsamen Vorgehen." (Aly 2008:34)

[7]Rusineks vorangehende These, dass diese Sensibilität bereits gegen Ende der 1950er Jahre „vollständig entwickelt" (Rusinek 2000: 118) und nur einer „Diskursblockade" (ebd.) unterlegen war, wäre gesondert zu diskutieren. Siegfried (2000: 83) stellt beispielsweise in Bezug auf die Reaktionen gegenüber der antisemitischen Kampagne 1959/60 fest, „dass der selbstkritische Diskurs in den Medien keineswegs mit der Meinung der Bevölkerungsmehrheit übereinstimmte."

[8]Das gilt selbst dann, wenn auch Paco Ignacio Taibo II betont, dass es 1968 in Mexiko neben der relativ kleinen Gruppe von mehreren Tausend Aktivisten und Aktivistinnen auch jene große Gruppe von Leuten gegeben habe, die – im Gegensatz zu den Politzirkeln – zwar fernsahen und sich für Fußball interessierten und die das Studium als Sprungbrett für ihre Karriere betrachteten, „aber sie begannen, in einer Ge-

sellschaft, in der es mehr Selbstmörder als Fallschirmspringer gab, an der Effizienz des Sprungs zu zweifeln. Eine Gesellschaft, deren Türen sich ihnen verschlossen." (Taibo II 1997: 16) Das spricht sowohl für Elias, als auch gegen ihn. Denn ob diese anderen Milieus ohne die politischen Kader zu einer solchen Bewegung entwickelt hätten, muss bezweifelt werden. Zu Jugoslawien vgl. Kanzleiter 2008.

[9]Beate Fietze (1997) schließt mit ihrer Verknüpfung von generationssoziologischem und globalisierungstheoretischem Ansatz zwar dezidiert die transnationale Dimension nicht mehr aus, muss die 68er-Bewegung dafür aber auf ‚Studentenunruhen' beschränken. Das mag für die Situation in Westdeutschland vielleicht noch zutreffen, ist aber schon mit Blick auf Frankreich und Italien eine kaum haltbare Verengung der Perspektive, die das Paradigma des Generationenkonflikts mit sich bringt.

[10]Eine soziale Bewegung ist nach Dieter Rucht (1998: 117) ein auf Dauer gestelltes und durch eine kollektive Identität gestütztes, von mobilisierten Netzwerken von Gruppen und Organisationen betriebenes System von Handlungen. Deren Ziel ist es, mit den Mitteln des öffentlichen Protests sozialen Wandel herbeizuführen, rückgängig zu machen oder zu verhindern. Zur Beschäftigung mit 1968 als soziale Bewegung vgl. auch Gilcher-Holtey 1998.

[11]„Das Spektrum dieser Generation", schreibt Aleida Assmann (2007: 63), „reicht von den Terroristen der RAF bis zu den Trägern und Nutznießern einer tiefgreifenden, internationalen Modernisierung und sexuellen Revolution." Während Nutznießer potenziell mehr oder weniger „alle" sind, handelt es sich bei den Trägern doch um eine relativ kleine Gruppe. Gerd Koenen (2001: 18) beispielsweise betont die quantitative Bedeutungslosigkeit der späten 1960er gegenüber den 1970er Jahren: „Das Kernpotenzial der Jugendrevolte von 1968 lässt sich auf (maximal) 20.000 Aktive schätzen, davon allein 4-5000 in Westberlin. Der SDS hatte auf dem Höhepunkt etwa 2500 Mitglieder (soweit überhaupt Registrierungen stattfanden)."

[12]In der Forschungen zu sozialen Bewegungen wurde zwischen zwei eher akteursorientierten und zwei eher strukturorientierten Ansätzen unterschieden, dem Framing- und dem Ressourcenmobilisierungsansatz auf der einen und dem Gelegenheitsstruktur- und dem gesellschaftskritischen Ansatz auf der anderen Seite (vgl. Kitschelt 1999). Die klaren Grenzen zwischen diesen Forschungsansätzen beginnen sich seit einigen Jahren allerdings zu verflüchtigen. Es werden Methoden unterschiedlicher Schulen nebeneinander genutzt. Für die Anwendung dieser Ansätze auf die 68er-Bewegung vgl. Rucht 1998.

[13]Donatella della Porta (1998: 133) nennt die institutionelle Offenheit und das Vorhandensein politischer Verbündeter als die zwei wichtigsten Gelegenheitsstrukturen für soziale Bewegungen.

[14]Dieses Framing war wiederum nicht so eindeutig, wie Aleida Assmann nahe legt. Denn die Identifizierung mit den Jüdinnen und Juden, die sich „nicht zuletzt in der Namensgebung ihrer Kinder" (Assmann 2007: 62) niedergeschlagen hätte, wandelte sich gerade bei den Akteurinnen und Akteuren nach dem Sechstagekrieg 1967. Danach nahm es sogar antisemitische Züge an, indem die Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel identifiziert wurden und für dessen Außenpolitik verantwortlich gemacht wurden. Zudem wurde später mit der wieder aufgegriffenen Dimitroff-Doktrin (1935) eine Faschismus-Analyse innerhalb der marxistisch-leninistischen K-Gruppen dominant, die den Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden gar nicht erklären konnte und ihnen damit den Status als „die Haupt-Opfergruppe des Nationalsozialismus" (Rusinek 2000: 143) aberkannte.

[15]Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung bezieht sich zwar in erster Linie auf materielle und organisatorische Ressourcen, also das Auf-

treiben von Geld, das Aufstellen von Infrastrukturen, etc. Die Platzierung von Themen sollte hier aber meiner Einschätzung nach als ideelle Ressource durchaus mit einbezogen werden. Als Ressourcen können demnach auch Ideen betrachtet werden, was die Beschränkung des Ansatzes von instrumentellen auf normativ-symbolische Ressourcen erweitern würde.

[16]Der Ansatz der cultural politcs verspricht hier Besserung innerhalb der Bewegungsforschung, da er sich unter Verwendung eines prozessualen und relationalen Kulturbegriffes diesen kulturellen Effekten widmet (vgl. Alvare/Dagnino/Escobar 2004, Kaltmeier/Kastner/Tuider 2004).

Literatur

Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo 2004: Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 31-58.

Aly, Götz 2008: Die Väter der 68er, in: Frankfurter Rundschau, 30.01.2008, http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/reportage/?em_cnt=1279789&em_cnt_page=1.

Assmann, Aleida 2007: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung. München: C.H.Beck.

della Porta, Donatella 1998: „1968" – Zwischennationale Diffusion und Transnationale Strukturen. Eine Forschungsagenda. In: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht).

Elias, Norbert 1992: Der bundesdeutsche Terrorismus – Ausdruck eines sozialen Generationenkonflikts. In: Ders.: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 300-389.

Fietze, Beate 1997: 1968 als Symbol der ersten globalen Generation. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/1997, 365-386.

Gehrke, Bernd/Horn, Gerd Rainer (Hg.) 2007: 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai" in Europa. Hamburg: VSA.

Gilcher-Holtey, Ingrid 1998: Mai 68 in Frankreich. In: Dies. (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 11-34.

Gilcher-Holtey, Ingrid 2003: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München: C.H. Beck.

Hecken, Thomas 2008: 1968. Von Texten und Theorien aus einer Zeit euphorischer Kritik. Bielfeld: trancript.

Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth 2004: Cultural Politics im Neoliberalismus. Widerstand und Autonomie Sozialer Bewegungen in Lateinamerika. In: Dies. (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-30.

Kanzleiter, Boris 2008: Die affirmative Revolte. „1968" in der Sozialistische Förderation Jugoslawien (SFRJ), in: Kastner, Jens/Mayer, David (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr in globalgeschichtlicher Perspektive. Wien: Mandelbaum, 68-113.

Kitschelt, Herbert 1999: Politische Gelegenheitsstrukturen in sozialen Bewegungen. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: westdeutscher Verlag,144-163.

Koenen, Gerd 2001: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Krahl, Hans-Jürgen 1971 [1969]: Angaben zur Person. In: Ders.: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer

Revolution. Frankfurt a. M.: Neue Kritik, 19-30.

Kraushaar, Wolfgang 2000: 1968 als Chiffre, Mythos und Zäsur. Hamburg: Hamburger Edition.

Kraushaar, Wolfgang 2005: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus. Hamburg: Hamburger Edition.

Krug, Uli 2007: Gefühltes Gas. Der Mythos von der Vernichtungshaft. Wie sich die RAF an die Stelle der ermordeten Juden setzte und das Land der Überlebenden zum faschistischen Staat erklärte. In: Jungle World, Nr. 18, 02. Mai 2007, http://www.jungle-world.com/seiten/2007/18/9862.php

Lucke, Albrecht von 2008: 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin: Wagenbach.

Meinhof, Ulrike 1988 [1964]: Zum 20. Juli. In: Dies.: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 49-51.

Molden, Berthold 2008: Vietnam und der Holocaust. Die transnationalen Proteste gegen den Vietnamkrieg als Wende im Genoziddiskurs. In*:* Kastner, Jens/Mayer, David (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive. Wien: Mandelbaum, 83-97.

Negt, Oskar 1995: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen: Steidl.

Papenbrock, Martin 2007: Happening, Fluxus, Performance. Aktionskünste in den 1960er Jahren. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): Handbuch 1968. Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler, 137-149.

Rucht, Dieter 1998: Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde. In: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 116-130.

Rusinek, Bernd-A. 2000: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/ Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg: Hans Christians Verlag, 114-147.

Siegfried, Detlef 2000: Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969. In: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/ Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg: Hans Christians Verlag, 77-113.

Sontag, Susan 2005: Das Leiden anderer Betrachten. Frankfurt a. M.: Fischer.

Taibo II, Paco Ignacio 1997: 1968 – Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Eroberung der Macht. Hamburg/Berlin: Verlag Libertäre Assoziation und Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße.

Theweleit, Klaus 1995: Bonbonglas. Sprechen und Gewalt im „Land, das Ausland heißt" – eine autobiographische Notiz. In: Ders.: Das Land, das Ausland heißt. Essays, Reden, Interviews zu Politik und Kunst. München: dtv, 143-157.

Vesper, Bernward 1989: Die Reise. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Wagner, Jens-Christian 2007: Der Fall Lübke. War der zweite Präsident der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich nur das unschuldige Opfer einer perfiden DDR-Kampagne? In: Die Zeit, 19.07.2007, Nr. 30, Hamburg, http://www.zeit.de/2007/30/Heinrich-Luebke?page=all [23.01.2008].

Wallerstein, Immanuel 1997: 1968 – Revolution im Weltsystem. In: Francois, Etienne/Middel, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothee (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 19-33.

Wolf-Dieter Narr

‚68': Protestierender Abglanz der Ordinarienuniversität – Konkrete Utopie demokratischer Universität. Bleibende Ambivalenzen

‚68' als Jahressymbol für ‚die Studentenbewegung' in der alten BRD ist auf vielfache Weise entsorgt. Korrekter wäre ohnehin von ‚67' zu reden. Der ‚Tropfen', der den Protestkrug zum Überlaufen brachte, bestand im polizeilich gezielten Schuss, der Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 tötete. Der internationale Charakter vielerlei und doch auch einerlei Studentenbewegungen von Berkeley bis Paris, ja Prag, verwandelte den französischen Mai 1968 bundesdeutsch. Die selbst- und vor allem fremdverschuldete Perversion dessen, was Studentenbewegung selbst- und fremdgenannt wurde, fand schon im Attentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968 ihren ersten Ausdruck. Neben den Leben verändernden und verkürzenden Folgen für Dutschke als Person und politisch-auratische Gestalt ist auch Gustav Heinemanns Fernsehansprache erinnernswert, des seinerzeitigen Justizministers der Großen Koalition. Dass drei Finger der Hand, die zeigefingerig geführt, auf andere wiese, sich auf die anklagende Person selbst zurückbögen. Und in der Tat. Nicht der selbst beschädigte Bachmann war es, die etablierte Bundesrepublik war es, ihre studentisch gebeutelten Professoren waren es, die das ‚Ärgernis' aufmüpfiger und zuweilen über human nötige Stränge schlagender Studierender derart traktierten, dass der erneuernde Geist, studentisch mitverschuldet, sklerotisch wurde. Sogar tödlich. Von breit tolerierter Repression bis zu repressiver Toleranz reichte das Spektrum ungleich umfassenderer etablierter Reaktionen. Soweit ‚1968' missriet, war es vor allem die nachnationalsozialistisch missratene 2. Republik, ihr ‚Milieu' und ihre auf diverse ‚Wieders' fixierte Politik.

Ich schreibe nicht über den ‚Bewegungsschwall' 1967/68. Wie meist täuscht der bestimmte Artikel. Er verkürzt propagandistisch. *Die* Studentenbewegung. *Die* 68iger. Nomen est omen. Ich konzentriere mich auf einige wichtige Aspekte im Umkreis der *Studenten* – Bewegung. Sprich: ich spitze zu auf Universität und Wissenschaft in ihrer Einheit und Differenz von Lehren, Forschen und Lernen. Ich tue dies auf knappem Raum retrospektiv. Die heutigen Umstände und dynamisch bestimmenden Perversionen dessen kümmern mich, was man herkömmlich unter ‚Bildung und Wissenschaft' verstanden hat. Unbeschadet aller Umfunktionierungen zuvor. (Das, was heute unter diesen Etiketten gehandelt wird, täuscht nur noch in seiner Differenz ums Ganze). Sie treiben mich um in ohnmächtigem Zorn. Der Zorn speist sich nicht aus den vielfachen Versagensgründen des raschen, schon 1969/1970 mitten in der Phase der sozialliberal verkündeten ‚Inneren Reformen' erfolgten Abbruchs des kaum begonnenen Aufbruchs von 1967/68. Mein nicht persönlich ausgerichteter Zorn gilt vielmehr dem, was heute als kapitalistisch-technologische *‚Gleichschaltung'* bezeichnet werden kann, obwohl sie im Unterschied zur brutalen Herrschaft der Nationalsozialisten (siehe dazu jetzt auch Doris Kaufmann 2000) feinsinniger, sublimer und sozial aspetischer abläuft, dennoch aber kulturell und sozial ebenfalls massiv zerstörerische Folgen hat.

Letztlich auf die Person, den *homo pro se* bezogene Vernunft- und Wahrheitsorientierung – als ‚Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit' – wird im Pauschalbegriff der einbahnstraßigen ‚Innovation' nur verdreht und

verkehrt aufgehoben (s. zum ersten Satzteil Kant 1798, in: Weischedel 1964). Meine Ohnmacht, nicht von Interesse als subjektive Eigenschaft, erwächst aus den längst allen soziopolitischen Zugriffen entwundenen dynamischen verdinglichten Großfaktoren. Sie machen das aus, was man – in sich ungemein zerklüftet – Globalisierung nennt. Wie waren die erneuerungswilligen studentischen Gruppen seinerzeit unzulässig, wenngleich des Öfteren erfrischend naiv. Was Wunder, dass sie und ihre intellektuellen Begleiter Theodor W. Adornos ‚Negative Dialektik' schlechterdings nicht in ihrer kategorisch-praktischen Grenze als *Kritik* verstehen wollten (Adorno 1966; vgl. Agnoli 1969/1998).

1 Herrschende Wissenschaft als Herrschaftswissenschaft

Der Kürze halber werfe ich mit Hilfe zweier Autoren nur einige Schlaglichter. Sie mögen auf umfänglichere Zusammenhänge aufmerken lassen, ohne diese auch nur anfänglich zu ergründen: auf die ‚Wissens'- und ‚Informationsgesellschaft' bar allen urteilsfundierten Zusammenhangwissens, bar aller materiell menschenrechtlich valide interpretierbarer, also verstandener Informationen. Sie weisen darauf hin, was mitten im konkurrenzscharfen Globus genauer zu begründen wäre. Wie sich die ‚Dialektik der Aufklärung', wie sich Träume und Albträume der Vernunft mitten in einem Kernbereich ihrer ‚Rationalität', der modernen Wissenschaft seit Bacon und Descartes, zur schmalen, aber enorm dynamischen und ums ‚Dia-' verkürzten ‚Lektik' verschlankt haben (vgl. schon Max Webers Vorrede zum 1. Band seiner religionssoziologischen Schriften und seinen Vortrag ‚Wissenschaft als Beruf' von 1917; Weber 1992).

a) Ob man Edmund Husserl philosophisch folgen mag oder nicht, unverändert an- und aufregend bleibt sein 1935 gehaltener Vortrag: ‚Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie' (Husserl 1982). Dort heißt es unter anderem:

„Der positivistische Begriff der Wissenschaft in unserer Zeit ist also – historisch betrachtet – ein *Restbegriff*. Er hat alle die Fragen fallen gelassen, die man in die bald engeren, bald weiteren Begriffe von Metaphysik einbezogen hatte, darunter alle die unklar sogenannten ‚höchsten und letzten Fragen'. Genau besehen haben sie, und alle zum Ausschluss gekommenen überhaupt, ihre unabtrennbare Einheit darin, dass sie, sei es ausdrücklich, sei es in ihrem Sinne impliziert, die *Probleme der Vernunft* – der Vernunft in allen ihren Sondergestalten – enthalten" (ebd.: 8f.). Und weiter:

„In der geometrischen und naturwissenschaftlichen Mathematisierung messen wir so der Lebenswelt – der in unserem konkreten Welterleben uns ständig als wirklich gegebenen Welt – in der offenen Unendlichkeit möglicher Erfahrungen ein wohlpassendes *Ideenkleid* an, das der sogenannten objektivwissenschaftlichen Wahrheiten, d.i. wir konstruieren in einer (wie wir hoffen) wirklich und bis ins einzelne durchzuführenden und sich ständig bewährenden Methode zunächst bestimmte Zahlen-Indizierungen für die wirklichen und möglichen sinnlichen Füllen der konkret anschaulichen Gestalten der Lebenswelt, und eben damit gewinnen wir Möglichkeiten der Voraussicht der konkreten, noch nicht oder nicht mehr als wirklich gegebenen, und zwar der lebensweltlich-anschaulichen Weltgeschehnisse: einer Voraussicht, welche die Leistungen der alltäglichen Voraussicht unendlich übersteigt. (...) die Ideenverkleidung macht es, dass der *eigentliche Sinn der Methode, der Formeln, der ‚Theorien' unverständlich* blieb und bei der naiven Entstehung der Methode *niemals* verstanden wurde" (ebd.: 55f.).

b) Rührt Husserl an fundamentale Probleme moderner Wissenschaft zu Zeiten ihrer technologischen Reproduzierbarkeit und präventiven Produktion – sie erwachsen gerade daraus, erkenntnistheoretische Probleme, Ambivalenzen

(Bauman 2002) und Aporien nicht mehr zu erwägen –, so führt uns Konrad Paul Liessmann mitten in heutige Bildungspraktiken. Diskussionen werden allenfalls im ‚uneigentlichen' Sinne geführt. Sie werden als ‚Zielvereinbarungen', also als vorweggenommene Produkte mit entsprechend ‚effizient' auszugebenden Mitteln, im Konsens der Leitenden ‚von oben' durchgesetzt: beispielsweise zwischen fiskalisch und positionell auf sogenannte ‚Exzellenz' eingeschworenen Universitätspräsidenten und den Kultus- und Finanzministern. „Was die Bildungsreformer aller Richtungen eint, ist ihr Hass auf die traditionelle Idee von Bildung. Dass Menschen ein zweckfreies, zusammenhängendes, inhaltlich an Traditionen der großen Kulturen ausgerichtetes Wissen aufweisen könnten, das sie nicht nur befähigt, einen Charakter zu bilden, sondern ihnen auch ein Moment der Freiheit gegenüber den Diktaten des Zeitgeistes gewährt, ist ihnen offenbar ein Greuel. Gebildete nämlich wären alles andere als jene reibungslos funktionierenden flexiblen, mobilen und teamfähigen Klons, die manche gerne als Resultat von Bildung sähen" (Liessmann 2006: 52f.).

2 Die 1945 restaurierte Ordinarienuniversität

Die ‚Vergangenheitspolitik' (Frey 1995) der Universitäten war 1945 antireflexiv noch stärker vom Glück der wiedergewonnenen ‚Unschuld' bestimmt, als das für die deutschen Gesellschaften der ersten Nachkriegszeit (1945-1949) allgemein zutrifft. Dazu bedurfte es des gesamten Rationalisierungsvermögens im Freudschen Sinne. Zu ihm trägt universitäre Bildung in besonderem Maße bei. Sie ist nur in wenigen Lichtflecken als ‚institutionalisierte Dauerreflexion' (Schelsky 1963) je gelungen. ‚Die Universität ist im Kern gesund', so lautete eine Formel des preußischen Kultusministers C.H. Becker während der Weimarer Republik. Sie wurde 1948 von einem hehren Gremium ‚im Reich' verbliebener deutscher Professoren ungeheuerlich wiederholt (Blaues Gutachten, vgl. Schelsky 1963: 244ff.). Die Versäumnisse gründlicher Reformen schon während der Weimarer Zeit wurden selbstschützerisch fortgesetzt. Die Universitäten, weit über den ‚Fakultätenstreit' hinaus (Kant 1789 in: Weischedel 1964) längst in ‚Multiversities' einer Fülle heteronomer Disziplinen zergliedert, wurden durch drei schwer vereinbare Formprinzipien zusammengehalten:

(1) Dem Hauptelement der ‚Ordinarien'-Universität, einer heterogenen Einheit staatlich finanzierter Institutsherrn mit einem kaum nennenswerten Anteil von Frauen. Auf dem Unterbau personaler Herrschaft funktionierte das universitäre Nest der Zaunkönige nach dem Krähenprinzip: ‚Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus'. Genannt wurde es ‚Autonomie'.

(2) Einer staatlichen Bürokratie, die für die gesamte Finanzierung, auch für die Berufung der Professoren zuständig war (Humboldts folgenreiche Voraussetzung eines ‚Kulturstaates' erwies sich insbesondere 1933 bis 1945 als verhängnisvolle Täuschung). Die staatliche Behörde intervenierte je nach dem Gewicht der staatlich beamteten Ordinarien und der Stärke ihrer seltsam feudal-absolutistischen Standesautonomie in nahezu alle Bereiche. Spezialistische Forschungen gewannen erst allmählich an staatlicher, zuerst militärischer (beispielsweise im 1. Weltkrieg) und ökonomischer Bedeutung. Die staatliche Definition von Lehre und Prüfungen war vor allem für spätere Staatsbedienstete wichtig, Juristen an erster Stelle. Dennoch blieben lange Zeit eine Fülle individuell und kollektiv ausfüllbarer Manövrierräume der Professoren.

(3) Seit Beginn des 20. Jahrhunderts gewann das 3. Formprinzip an Bedeutung: ausgelagerte, weithin staatsfinanzierte (Groß-)Forschung. Zuerst im Rahmen der Kaiser-Wilhelmsgesellschaft fand sie ihren nahezu exklusiven naturwissenschaftlich-medizinischen Platz.

Unbeschadet der mehr und mehr dissoziierenden Ausdifferenzierung zwischen den Fä-

chern und innerhalb derselben blieben die Reklameschilder der ‚Einheit von Forschung und Lehre', der Universität als ‚universitas literarum', der ‚Interdisziplinarität' als eines wirksamen Vorgangs erhalten. Im Allgemeinen und im Besonderen gilt für die Jahre 1945 bis 1967 Klaus Heinrichs 1967 gezogenes Resümee: „Das Unvermögen unserer Universitäten, sich zu ändern, ist das gleiche Unvermögen, das sie 1933 nicht widerstehen ließ" (Heinrich 1967: 102). Mitläufer und wenigstens intellektuelle Mittäter bestimmten die *Wieder*gründung der Universitäten. Der Strom der Entlastungszeugnisse floss breit. Das autoritär antikommunistisch gebackene Brot der frühen bundesrepublikanischen Jahre konnte akademisch kräftig mitgemahlen und mitgekaut werden. Dem Anfang wohnte nur ein verstockter Zauber inne. Alle großen Fragen der Zeit, und sei es nur, soweit sie sich unvermeidlich in den Universitäten spiegelten, wurden im kaum unterbrochenen Lob professoraler Routine ‚ordiniert'. Just die weltpolitisch begünstigten ‚Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs' (Henry C. Wallich 1955) sorgten qua ökonomischer Expansion und ihrer sozialen Effekte dafür, dass die universitär nicht geänderten Formen zu bersten drohten. 1959 wurde darum der ‚Wissenschaftsrat' gegründet. Der ‚unerhörte' Typus des ‚Parallelordinarius' wurde installiert. Allein schon aus Gründen der enormen Zunahme an Studenten, endlich auch Studentinnen, war der stolze Gehrock deutscher Ordinarien samt seinen Umgangsformen, seinem eingenähten Lehrhabitus nicht mehr tragsam. Das Pisa- und Bologna-Geschrei unserer Tage mit seinen fordernden Warnrufen bevorstehenden deutschen Untergangs im Konkurrenzkampf der am meisten mobilen, flexiblen, kreativ verwertbare Innovationen erzeugenden ‚Nationen' wurde seinerzeit vom Heidelberger Philosophen Georg Picht ausgestoßen: ‚Die deutsche Bildungskatastrophe' (Picht 1963). Er traf angesichts des anhaltenden ‚Sputnikschocks' auf offene Ohren und agile Hände. Die Dämmerung der Ordinarienuniversität verdichtete sich. Dieser Typus der Universität hat sich zu Unrecht mit den Federn Wilhelm von Humboldts und seiner praktikablen ‚Idee' der Universität legitimiert. ‚Humboldt' war längst zum auratischen Standbild geworden. ‚1968' kann daher als letzter Neubelebungsversuch seiner Universitätsidee gegen die ‚verrotteten' Privilegien des professoralen Standes verstanden werden.

3 Die Studenten vor den Türen, schlimmer, in den Türen!

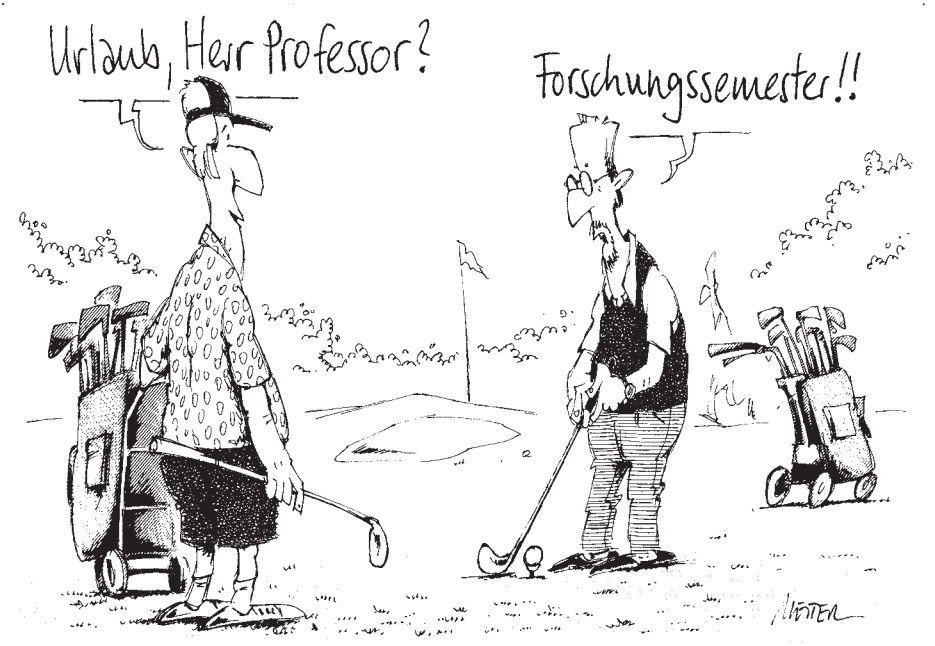
Wie gewöhnlich entstand ‚die' Studentenbewegung nicht in einem Hohlraum. Sie konzentrierte sich vor allem an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und der Freien Universität Berlin. Die wachsende Zahl der Studierenden war in den alten Formen der Lehre nicht mehr zu bewältigen. Die Mixtur aus akademischer Selbstverwaltung und Kultusbürokratie schuf eine blockierte Universität. In studentische Belange und Aktivitäten wurde professoral und rektoral autoritär eingegriffen. Das ist an der Geschichte der FU Berlin leicht nachzuvollziehen (vgl. Dokumentation FU Berlin 1973). Hinzu kamen veränderte gesellschaftliche Erwartungen an die Universitäten. Die quantitativ und qualitativ heteronomen Faktoren und die mit ihnen verbundenen Interessen hatten einen solchen Reformstau bewirkt, dass selbst inneruniversitär der Dammbruch bevorstand. Um die Fülle der Faktoren und Aspekte anzudeuten, die den langen Sommer der Bewegung in Gang setzten, nütze ich den darstellerischen Kunstgriff, einige Leitworte der Studentenbewegung kurz Revue passieren zu lassen. Die nicht universitätsbedingten, aber selbstredend auch inneruniversitär bedeutsamen Faktoren spare ich um Willen der Knappheit des Raums und der Vordringlichkeit des universitären Faktors aus, der in den 2008 ‚geschossenen' ‚68er'-Zerrbildern allzu sehr unterbelichtet wird.

Das Wörterbuch der Bewegung

a) Demokratisierung.

An erster Stelle steht die Demokratisierung des Bildungssystems allgemein, der Universitäten im Besonderen. Kaum ein Leitwort kennzeichnet den seinerzeitigen (und heutigen) Zustand so sehr wie diese selbstverständliche Absicht. Selbstverständlich sowohl, wenn man Humboldts Bildungsbegriff folgt als auch, wenn man Humboldts Idee zeitgemäß im Kontext der demokratisch grundrechtlichen Verfassung der Bonner (später Berliner) Republik betrachtet. Zu Zeiten des ‚CDU-Staats' (Narr 2008) und der Ordinarienuniversität musste die Demokratisierungsdevise den ‚Privilegienrittern' jedoch wie ein einziger Affront erscheinen. Nicht zufällig haben sich beim ersten Schreck sprachlose Hochschullehrer, die sich inneruniversitär nie hatten legitimieren müssen, in Westberlin in einer ‚Notgemeinschaft' zusammengeschlossen. Bundesdeutsch avancierte sie als ‚Bund der Freiheit der Wissenschaft' zu einem der einflussreichsten Lobbyorgane der späten 1960er- und der 1970ger Jahre. Bis heute trifft man auf Kollegen, die ob der drohenden demokratischen Unbill im Sinne einer ‚Angst vor dem Chaos' reagier(t)en, obgleich das demokratische Unwetter nach kurzem Wolkenbruch doch längst verzogen ist. Nicht einmal nachhallendes Donnerrollen ist noch zu vernehmen.

Studierende hatten die Demokratisierung der Universitäten früh, freilich jahrelang fast ohne Resonanz wohl begründet – so schon 1961 im legendären, 1965 neu veröffentlichten SDS-Gutachten zur ‚Hochschule in der Demokratie': „Folgt man dem Anspruch auf Demokratie, der sich nicht mit der gängigen Reduktion des Begriffs auf die politische Methode und Apparatur formaler Majoritätsentscheidungen und periodischer Ämterrotation begnügt, sondern die *gesellschaftlichen Voraussetzungen* rationaler po-



litischer Willensbildung im Medium freier öffentlicher Diskussion und Information reflektiert, dann geht es auch bei der beanspruchten Demokratisierung der sozialen Organisation von Hochschulen um die *‚Minimierung von Herrschaft‘*. Im Zeichen des Kampfes um die Befriedigung wesentlicher menschlicher Bedürfnisse mit unzureichenden Mitteln und angesichts der fixierten Verfügungsmacht privilegierter und ‚privater‘ Herrschaftsgruppen über den größeren Teil gesellschaftlichen Reichtums bildeten sich seit jeher antagonistisch verschärfte Interessenkonflikte. Diese Gegensätze verhindern noch jenen in den Verfassungsurkunden und in der Staatsbürgerkunde der rechtsstaatlich-parlamentarischen Demokratien bereits als wirklich vorausgesetzten rationalen Konsens nach Maßgabe eines erkannten allgemeinen Interesses mündiger Menschen; (...) Demokratie aber ist – wie *F. Neumann* es auf einen Nenner zu bringen versuchte –, nicht eine Staatsform wie irgend eine andere; ihr Wesen besteht vielmehr darin, dass sie die weitreichenden gesellschaftlichen Wandlungen vollstreckt, die die Freiheit des Menschen steigern und am Ende vielleicht ganz herstellen können (...)‘“ (Nitsch et al. 1965: 102; Kürzungen durch den Verf.). „Eine interne Demokratisierung der Hochschulorganisation“, so heißt es etwas weiter im Text, „erhielte erst dann einen Sinn im Interesse der Realisierung gesamtgesellschaftlicher Demokratie, wenn sie über ihre partielle Funktion als Verbesserung der äußeren Arbeitsbedingungen für die an sich schon privilegierten Hochschulangehörigen hinausginge und ergänzt würde durch eine Veröffentlichung, Rationalisierung und Demokratisierung der Willensbildung über wissenschaftspolitische Fragen in den gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die ein legitimes Interesse an der Mitbestimmung der grundsätzlichen Schwerpunkte und Prioritäten in den Forschungs- und Bildungsbereichen haben. (...) Das aber würde die Ausschaltung unkontrollierter privatkapitalistischer und staatsbürokratischer Einflüsse auf diese Prioritäten in Forschung und Ausbildung voraussetzen“ (ebd.: 111f.).

Diese braven Formulierungen tragen – metaphorisch gesprochen – alle noch eine Krawatte, die unter sich Siezenden Studierenden seinerzeit weithin üblich gewesen ist. Jenseits ihrer inneruniversitären Umsetzung, die das Ende der Ordinarienuniversität bedeutete, lassen sie erkennen, warum just im Zeichen von ‚Mehr-Demokratie-wagen‘, dem Willy-Brandtschen Motto der sozialliberalen Koalition, der ‚Bund der Freiheit der Wissenschaft‘ (‚Buf‘) mit seinen wundersamen Zugängen zu den Machthabern nahezu alle herrschenden ‚Kulturträger‘ wider die demokratisch bewegten Studierenden vereint hat. Die studentenbewegte Demokratisierung erforderte nicht allein, die mürben Mauern der Ordinarienuniversität zu schleifen. Sie erforderte auch nicht nur – und schon das wäre mehr als genug gewesen –, Artikel 20 Abs.2 Satz 1 GG zuungunsten von Art. 20 Abs.2 Satz 2 GG ernst zu nehmen. „Alle Gewalt geht vom Volke aus“: im Sinne einer Fülle basisdemokratischer Organisationsformen und erst sekundär einer Koordination durch Delegierte. Das machte Johannes Agnolis ‚Bestreader‘ zur ‚Transformation der Demokratie‘ allgemein einsichtig (Agnoli 1967 und 2004). Vielmehr hätte die verlangte Demokratisierung am aufklärerischen Kern ansetzen und diesen umsetzen müssen. Er besteht im Vermögen einer Autonomie, „d.i. frei (Prinzipien des Denkens überhaupt gemäß) zu urteilen“ (Kant 1964: 290). Oskar Negt hat diesen Kern seinerzeit folgendermaßen pointiert: „Der Solidarisierungsprotest ist jedoch als politische Praxis weder identisch noch deren herrschende Form; er konzentriert vielmehr eine im Kern antiautoritäre und antiinstitutionelle Politik, die auf die Erweiterung des Bereichs der organisierten Selbsttätigkeit der autonomen, politisch tätigen Reflexion gerichtet ist. Als im eigentlichen Sinne historische Praxis, die selbst noch zur Inten-

sivierung der aktuellen Lernsituation beiträgt, erstrebt sie die Vergrößerung des demokratischen Verhaltenspotentials in der Absicht, in allen gesellschaftlichen Institutionen die autoritären und faschistischen Lösungsmöglichkeiten der Krisen des kapitalistischen Systems praktisch einzuschränken" (Negt 1968: 40; vgl. auch ebd. 135ff.). Eine aus dem person- und vernunftorientierten Autonomieverständnis hergeleitete, konsequentere Demokratisierung hätte jedoch die bildungsökonomisch motivierte ‚Modernisierung' der Universitäten verhindert, wie sie seit der Großen Koalition (1966-1969) auf der Tagesordnung stand: Die vom bildungsökonomischen ‚Enthusiasmus' der 1960er Jahre und seinem ‚manpower approach' getriebene Funktionalisierung des Bildungssystems für die Zwecke des seinerzeit noch expansiv vorgestellten Arbeitsmarktes. Die an der ökonomischen Wachstums-‚Theorie' orientierte Bildungsökonomie endete übrigens Mitte der 1970er Jahre dort, wo sie unter europäisch akzentuiertem Globalisierungszeichen in den 1990ger Jahren verschärft einsetzte. Innovations- und konkurrenzfunktional werden frühere Bildungs-, Forschungs- und Vernunftverständnisse demoliert. Die atomisierende Flexibilisierung und Mobilisierung richtet sich aus an den vier Grundfreiheiten der EU: der Freiheit von Kapital, Ware, Dienstleistung und Arbeit.

b) Emanzipation; antiautoritär; soziale Relevanz

Das Wörterbuch der Studentenbewegung ist umfangreicher. Wenig sinnvoll wäre es indes, die Schlüsselwörter aufzuzählen. Nur wenn ich sie jeweils in ihren modischen ‚Tausch'- und kritischen ‚Gebrauchs'-Werten erläutern könnte, gäbe ein sozialgeschichtlich verfasstes Wörterbuch mehr her als Wortgeklingel. Eine kleine Illustration: wohl begründet spielte in vielen reformerischen Studenten- und Assistentenzirkeln die Anlage der Lehr- und Lernsituation eine beträchtliche Rolle. Dass an den Universitäten gelehrt und gelernt wurde, ohne die überkommenen Lehr- und Lernformen zu testen oder den lehrenden Prätendenten Lehrlernen abzuverlangen, wurde wohlbegründet kritisiert. Bis heute hat sich faktisch nichts verändert. Lehrende an den Universitäten werden als große Erzieher geboren. ‚Motivation' und je spezifische Fachdidaktiken wurden deshalb zu Schlüsselwörtern und -techniken. Curriculare Diskussionen und ihre Verbalisierung raubten Tage und Nächte. Die didaktischen Mühlen klapperten am geschwätzig rauschenden Bach, formarme Stoff- und Sinnhubereien lähmten. Nötige Didaktik verkümmerte zu rituellen Formeln. Diese Beobachtung trifft auch für die Debatte um Sinn und Form der Demokratisierung zu. Früh kam die Gefahr einer Art ‚Gesäßschwielen'-Mitbestimmung im Blockade-Monstrum der ‚Gruppenuniversität' auf. Wer es am längsten wie in ungeregelter, kriterienloser ‚herrschaftsfreier Kommunikation' aushält, ‚siegt'. Abgesehen von vermeidlich-unvermeidlichen Kinderkrankheiten aller Reformen drückten freilich die meisten Veräußerlichungen schon eine späte Phase der längst ermüdeten, vielfach unterdrückten und durch die antireformerischen Hochschulrahmengesetze ermatteten Studentenbewegung aus. Als eine Art Leichentuch der Reform wurde schließlich das im Januar 1972 verkündete Berufsverbot ausgebreitet.

Wie viele Fahnenwörter besaß die in der Zwischenüberschrift genannte Wortetrias einen guten Sinn. Wozu könnte Ausbildung anders und besser beitragen, als Kants Aufklärungsziel nahezukommen: dem Ausgang aus der meist nicht selbst verschuldeten Unmündigkeit. Mündig werden lautete also die Devise. Der oben lang genannte Sommer der Studentenbewegung war jedoch viel zu kurz. Der ihr kaum entgegenkommende politische Kontext und dessen Vertreter waren zu stark, als dass emanzipative Prozesse hätten in Inhalt und Form neu insze-

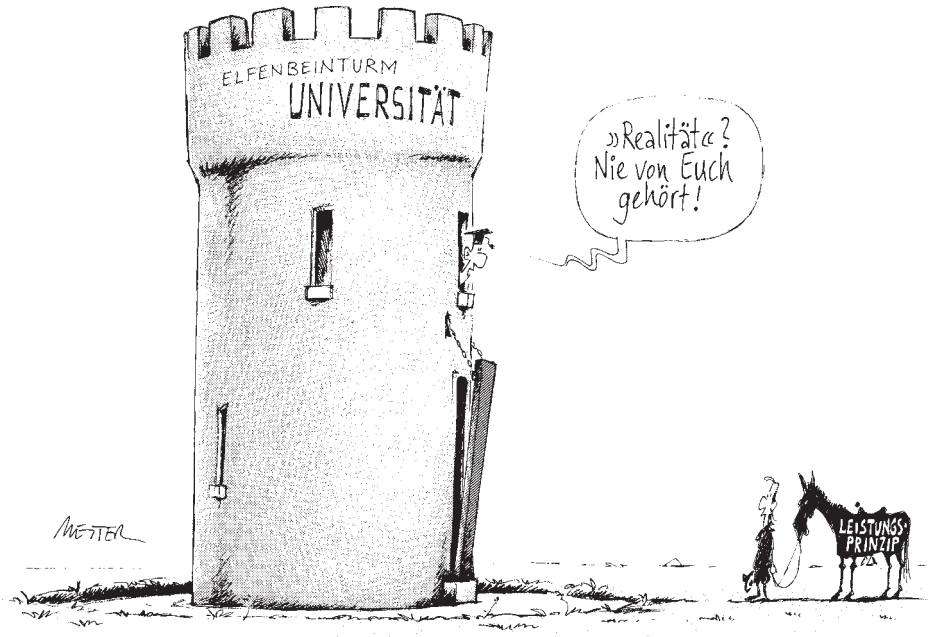
niert werden können, auch wenn von wenigen punktuellen Ausnahmen wie Wolfgang Nitschs ‚Kritischer Universität' nicht abgesehen werden soll. Darum wurde Emanzipation kaum praktisch erprobt. Sie wurde stattdessen zur anspruchsvollen und zugleich anspruchsleeren Wortmünze. Hätte die von der Studentenbewegung mit angeschobene, ihr in der BRD aber erst auf dem Fuß folgende Frauenbewegung den Begriff der Emanzipation nicht neu gefüllt und zeitweise mehr als klapperig verwandt, man hätte ihn schon Mitte der 1970er Jahre nicht mehr hören können.

Im Ruf ‚Soziale Relevanz!' steckte jedoch ein ernst zu nehmender, nicht zuletzt forschungspolitischer Kern. Er könnte gut illustriert werden an der Auseinandersetzung über einen Lehrstuhl zur ‚sozialen Medizin' an der FU Berlin. Sie endete Anfang der 1970er Jahre negativ. Auch in Sachen des heute mehr denn je wichtigen Kriteriums ‚soziale Revelanz' blieb nicht die Zeit, es kriteriengenau zu differenzieren und zugleich mit angemessenen Verfahren zu versehen. Genau dies bedürfte es aber, um mit ihm in Richtung überfälliger ‚science assessments', nämlich universitätsöffentlicher Diskussion aller Forschungsprojekte über Schauevaluationen und ‚peer reviews' hinaus, heute etwas anzufangen.

4 Mehr Lücke als Summe

1. Betrachtet man ‚die' Studentenbewegung, die viele Universitäten nur anritzte, nicht durchdrang, zeichnete sie sich nicht durch ein Zuviel an Infragestellung der herkömmlichen deutschen Universität mit dem Schaunamen Humboldt aus. Die inneruniversitäre Vorbereitung und vor allem die Dauer der Studentenbewegung waren viel zu kurz. Ein differenzierter Gesamtentwurf einer Universität in demokratischer Absicht war so nicht möglich.

2. Die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen des Kontextes der Studentenbewegung



zeichnen sich durch ungleich mehr Schatten als Licht aus. ‚Lichtvoll' war rundum die ökonomisch-berufliche Situation, die die Studierenden erwartete – dieser Umstand ist eine der nicht zu unterschätzenden Ursachen studentisch verbreiteten Selbstbewusstseins und unängstlicher Kritik. So restriktiv und repressiv viele der institutionalisierten Erscheinungsformen des aushauchenden ‚CDU-Staats' mitten im Kalten Krieg waren, so sehr verstand sich seinerzeit geradezu von selbst, dass jedes Jahr die Chancen ausgebildeter junger Leute zunahmen. Von ‚Vollbeschäftigung' konnte realistisch geredet werden. Bildungswerbung und Bildungsexpansion waren sinnvoll. ‚Bildung ist Bürgerrecht' (Ralf Dahrendorf) wurde zum Fahnenwort mitsamt dem Bestreben, die ‚Chancenungleichheit' zu beheben. Die Annahme hatte gute Argumente und ihr folgende Praktiken für sich, vorgegebene und arbeitsteilig weiter geschaffene Klassenklüfte ließen sich ein Stückweit im Sinne einer Bildungspolitik als Teil ausgedehnter Sozialpolitik überbrücken. Ungleich schattiger verhielt es sich mit Struktur, Funktionen und Repräsentanten der etablierten Institutionen. Unbeschadet nicht tolerierbarer Ungezogenheiten und phantasielos inhumaner Splitter der ‚Bewegung' belegte der Umgang der etablierten Herren, an erster Stelle der Professoren, wie wenig die BRD noch über ihren Schatten einer antikommunistisch gewandten, das Grundgesetz verkürzenden ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung' im repräsentativ-demokratisch-autoritären Gemisch zu springen vermochte. Das Versagen der Hochschullehrer an allen wichtigen Wegescheiden deutscher Geschichte erst erklärt, dass den Studierenden jene ‚Gegenmasse' fehlte, die einer wenigstens liberalen Reform eine Chance gegeben hätte.

3. Die Art und Weise wie das, was als Bologna-Prozess bezeichnet wird, von denjenigen willig unwillig akzeptiert und umgesetzt wird, die an den Hochschulen lehren – das ist die heutige Bildungs- und Wissenschaftskatastrophe. Sie ist strukturell, funktional und habituell geworden. Das definitive Ende all dessen, was die Aufklärung einst versprochen hat. Als sie wenigstens noch ‚Dialektik' war.

4. In Sachen Studentenbewegung 1967 und dem folgenden Jahr mit manchem Nachbeben ist aktuelle Erinnerung nicht mehr möglich. Dafür haben ‚die 68er', die Karriere gemacht haben, zu wenig übrig gelassen (umso abgeschmackter viele der Nachrufe, denen eine geradezu radikale Indolenz und Gleichgültigkeit in Sachen universitärer Wissenschaft und Bildung eignet). Wohl aber käme es darauf an, auch in der Erinnerung an dieses Einst und seine Lichtflecken, neu, bewusster und standfester als je, das heißt auch widerständiger daran festzuhalten, dass sich Bildung (und Wissenschaft, also vor allem Forschung) an der Person und am Personwerden aller Menschen orientieren müsse; an ihren Chancen, selbstbewusst und urteilsfähig zu werden. Urteilen können verlangt die tägliche ‚Gymnastik der Einbildungskraft' (Simone Weil, die große Pädagogin). Sie benötigt die Kunst des Zusammensehens. Das ist es, was con-scientia, was Gewissen heißt, keine Grundelei in öffentlichkeitslosen Tiefen irgendwie tümpelnder Gesinnung. Sonst behält Konrad Paul Liessmann mit seiner Feststellung recht: „Das, was sich im Wissen der Wissensgesellschaft realisiert, ist die selbstbewusst gewordene Bildungslosigkeit." (Liesmann 2006: 73). Menschen und ihre Gesellungen werden entsprechend auf das reduziert, was sie ‚innovativ' flexibel und mobil im Konkurrenzgetümmel versachlichter, ökonomisch-technologisch orientierter Macht- und Herrschaftsblöcke beizutragen vermögen.

5. Wie Max Weber 1917 seinen anders gewandten, gegen seinerzeitige Gefahren gerichteten Vortrag ‚Wissenschaft als Beruf' schließe ich mit dem edomitischen Wächterlied aus der Exilszeit (aufgenommen in die Jesaja-Orakel): „Es kommt ein Ruf aus Seir in Edom: Wächter wie lang noch die Nacht? Der Wächter spricht:

Es kommt der Morgen, aber noch ist es Nacht. Wenn ihr fragen wollt, kommt ein ander Mal wieder“ (Weber 1992: 111). Webers Nachinterpretation lasse ich beiseite. Eine eigene Interpretation versage ich mir. Der Hinweis darauf mag genügen, dass es um der Menschenbildung Willen darauf ankomme, die Kunst widerständigen Durchhaltens zu üben. Hiermit ist die selbsterkennende und selbstbestimmende Pflicht verbunden: den ‚Forderungen des Tages‘ zu genügen.

Wolf Dieter Narr ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin und Mitbegründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Kontakt: narrwd@zedat.fu-berlin.de

Literatur

Adorno, Theodor W. 1966: Negative Dialektik. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Agnoli, Johannes/Peter Brückner 1967: Die Transformation der Demokratie. Berlin: Voltaire.

Agnoli, Johannes 1998: Die Schnelligkeit des realen Prozesses. Vorläufige Skizze eines Versuchs über Adornos historisches Ende. In: Ders.: 1968 und die Folgen. Freiburg i. Br.: Caira, 51-60.

Agnoli, Johannes 2004: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Hamburg: Konkret Literatur.

Bauman, Zygmunt 2002: Moderne und Ambivalenz. Hamburg: Hamburger Edition.

Dokumentation FU Berlin Nr. 12/73, 13/73, 14/73, 15/73, 16/73, 19/73 (Dokumentation universitärer Ereignisse von 1948 bis 1969, erschienen an der FU Berlin, hrsg. Präsidialamt).

Frei, Norbert 1996: Vergangenheitspolitik. München: Beck.

Heinrich, Klaus 1967: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität. in: Das Argument, Jg. 9, Heft 2/3, 92-102.

Husserl, Edmund 1982: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie. Hamburg: Meiner.

Kant, Immanuel 1964: Der Streit der Fakultäten. In: Ders.: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Werke in sechs Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. VI. Wiesbaden: Insel Verlag, 267-393.

Kaufmann, Doris (Hg.) 2000: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen: Wallstein.

Liessmann, Konrad Paul 2006: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien: Zsolnay.

Narr, Wolf-Dieter 2008: Der CDU-Staat (1949-1966). In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt/M, New York: Campus, 39-50.

Negt, Oskar 1968: Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität. In: Baier, Horst (Hg.): Studenten in Opposition. Beiträge zur Soziologie der deutschen Hochschule. Bielefeld: Bertelsmann, 25-46.

Negt, Oskar 1995: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen: Steidl.

Nitsch, Wolfgang/Gerhardt, Uta/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K. 1965: Hochschule und Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Neuwied am Rhein: Luchterhand.

Picht, Georg 1963: Die deutsche Bildungskatastrophe. München: dtv.

Schelsky, Helmut 1963: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Wallich, Henry C. 1952: Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Frankfurt/M.: Knapp.

Weber, Max 1992: Wissenschaft als Beruf. In: Max Weber Gesamtausgabe I, 17., hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter. Tübingen: Mohr, 49-111.

Barbara Schaeffer-Hegel

‚Sozialistische Eminenzen', ‚Busen-Attacken' und ‚Weiberrat' – geschlechterpolitische Impulse von 1968

‚Sozialistische Eminenzen', ‚Busenattacken', und ‚Weiberräte'? War es das? Sind das die *Höhepunkte* der Bewegung, die von berufenem Munde als die einzig geschichtsträchtige Revolution des 20. Jahrhunderts bezeichnet wurde? Oder ist da etwa männliche Häme im Spiel? Wie dem auch sei – ich werde die Herausforderung annehmen und versuchen, aufzuzeigen, was aus ‚Sozialistischen Eminenzen', ‚Busenattacken' und ‚Weiberräten' in 40 Jahren Frauenbewegung und Frauenpolitik geworden ist.

1 Sozialistische Eminenzen – feministische Wissenschaft

Im Sommer 1967 bin ich nach einem längeren Auslandsaufenthalt nach Deutschland zurückgekommen. Als wissenschaftliche Assistentin, Vorsitzende des Assistentenrates der pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe/Abteilung Münster und als stellvertretende Vorsitzende der Landesassistentenkonferenz Nordrhein-Westfalen war ich so ziemlich von Anfang an dabei und habe die wilden Jahre in vorderster Front miterlebt. In der Provinz zwar, im katholischen Münster – nicht in Berlin oder Frankfurt –, aber immerhin in nächster Nähe zu einigen der führenden theoretischen Köpfe der Studentenbewegung und eng verbunden mit der deutschen Vordenkerin des Feminismus Karin Schrader-Klebert, der Autorin des Furore machenden Aufsatzes ‚Die kulturelle Revolution der Frau' im berühmten Kursbuch 17 vom Juni 1969.

Ja, wir haben uns an den sozialistischen Vätern orientiert. Wir haben Charles Fouriers ‚Über Liebe und Ehe', Friedrich Engels ‚Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats' und August Bebels ‚Die Frau und der Sozialismus' gelesen. Aber ebenso, wie der berühmte Tomatenwurf von Frankfurt die 68er Frauen aus der Vormundschaft ihrer SDS-Genossen gelöst hat, so hat das in Deutschland mit Karin Schrader-Kleberts Artikel begonnene Infragestellen des männlich dominierten Wissenschaftsbetriebes und seiner Erzeugnisse die Augen und die Gehirne der 68er-Frauen geöffnet und eine geradezu unglaubliche Fülle neuer Einsichten und Forschungsergebnisse hervorgebracht, die in der Folge das Selbstverständnis vieler universitärer Disziplinen erschüttern sollten. Feminismus und Frauenforschung, die sich zusammen mit der zweiten Frauenbewegung entwickelten, waren wissenschaftliche Großprojekte.[1] Von ihnen blieben auch die sozialistischen *Eminenzen* nicht verschont.

Grundlegende Einsprüche kamen von vielen Seiten. So hat die amerikanische Politologin Mary O'Brien in ihrer brillanten Analyse der Widersprüche und Ungereimtheiten, die Marx bei seinem Versuch, die Philosophie vom Kopf auf die Füße zu stellen, unterlaufen sind, detailliert nachgewiesen, wie dieser zwar das „Verhältnis des Mannes zum Weibe (…) als das unmittelbare, natürliche und notwendige Verhältnis des Menschen zum Menschen" (Marx 1966: 97 ff.) beschreibt – uns dann aber „das bemerkenswerte Schauspiel von Menschen (…) (präsentiert) (…), die essen und arbeiten und neue Bedürfnisse produzieren, ehe sie überhaupt geboren worden sind" (O'Brien 1979: 110). Hätte Marx die materialistische Analyse der *Entfremdung* des Menschen (von seinem Produkt) – für ihn der Anfang und die treibende Dynamik der Geschichte – nicht nur auf die Dialektik der *produktiven*, sondern auch auf die der *reproduktiven* Tätigkeit angewandt,[2] so hätte auch

das häusliche Leben in die geschichtliche Betrachtung miteinbezogen werden müssen und der marxistische Mensch wäre „nicht vom Himmel gefallen (…)“ (O'Brien 1979: 110).[3] Nicht nur die SDS-Bonzen von 1968 also verdrängten im Verhältnis zu ihren Partnerinnen ihren bürgerlichen Lebens- und Denkhintergrund –, ihre ‚bürgerlichen Schwänze'. Auch die geistigen Väter des Sozialismus gingen ganz offenbar davon aus, dass die Unterordnung der Frau in der Familie etwas ‚naturgegebenes' sei, etwas, das sich der historisch-materialistischen Analyse entzieht.[4]

Nach den *sozialistischen Eminenzen* traf es vor allem die Väter der Aufklärung besonders hart. Von feministischen Soziologinnen, Politologinnen, Anthropologinnen und Philosophinnen wurden sie gnadenlos auseinander genommen und auf Widersprüche und Ungereimtheiten ihrer Diskurse hin durchsucht. Ihre zum Teil absurden Annahmen über das weibliche Geschlecht wurden in den vielfältig an Universitäten entstehenden *Frauenseminaren*, aus denen Männer ausgeschlossen wurden, angeprangert und lächerlich gemacht. Die zum Teil grotesken gedanklichen Salti mortale, die männliche Autoritäten wie Plato, Aristoteles, John Locke, Rousseau, Hume, Hegel, Nietzsche und Marx und allen voran Johann Gottlieb Fichte bei ihren Versuchen veranstalteten, zu beweisen, dass Frauen, obwohl ja doch Menschen, eigentlich keine solche seien, beziehungsweise zumindest keine Menschenrechte in Anspruch nehmen dürften, erheiterten und empörten ein wachsendes Auditorium von jungen Frauen an Universitäten, Schulen, in Redaktionen und politischen Parteien.

Fichte – das war der Gipfel der Absurdität – begründete die bürgerliche Rechtlosigkeit von Frauen mit der Abwesenheit des Sexualtriebs beim weiblichen Geschlecht. Da die Frauen aber doch auch *selbstbestimmte* Menschen seien, demnach auch einen eigenständigen ‚Trieb' haben müssen, der sie veranlasst, den Geschlechtsakt mitzuvollziehen, erfand Fichte die *Liebe* als den weiblichen Trieb, sich dem geliebten Ehemann voll und ganz hinzugeben – was die Hingabe ihres Vermögens, jeglicher beruflicher Ambitionen und vor allem sämtlicher bürgerlicher Rechte mit einschloss.[5] Und diese Liebe, so Fichte, treibe Frauen so zwingend an, wie der Geschlechtstrieb den Mann. Dass Fichtes messerscharfe ‚Deduktion der Ehe' und sein Konzept der *Frauenliebe* in der Mitte des 19. Jahrhunderts Eingang ins bürgerliche Gesetzbuch fand und die rechtliche Regelung der Ehe bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhundert hinein bestimmte, hat keiner der vielen männlichen Denker und Philosophen, die nach ihm kamen, auch nur bemerkt. Es bedurfte der ‚68er'-Frauen und ihres wissenschaftlichen Vortrupps, solche und andere Ungeheuerlichkeiten der deutschen Geschichte und des deutschen Denkens ans Tageslicht zu bringen.

Einer der wichtigsten Meilensteine hierbei war Ute Gerhards Buch ‚Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert', welches 1978 erschien. Etwas mehr als zehn Jahre zuvor war das 19. Jahrhundert für mich der Schwerpunkt meines Geschichtsstudiums an den Universitäten Tübingen, Freiburg und Heidelberg gewesen, wo so renommierte Historiker wie Hans Rothfels, Werner Conze und Waldemar Besson Neuere Geschichte lehrten.[6] In dem 19. Jahrhundert, das ich von diesen Koryphäen vermittelt bekommen hatte, gab es keine einzige Frau, gab es keine Frauenbewegung, gab es kein Berufsverbot, kein Bildungsverbot, kein Politikverbot für Frauen. Dass das so genannte *allgemeine freie und gleiche Wahlrechts,* welches 1870 im Deutschen Reich eingeführt wurde, ein ganz beschränktes und nur für knapp die Hälfte der Bevölkerung geltendes Wahlrechts war, blieb mir verborgen. Erschrocken darüber, wie konsequent ich Offensichtliches übersehen und auf Fragen verzichtet hatte, gingen mir jetzt die Augen auf. Die Welt, die Politik, vor allem

aber die Geschichte, die ich vier Jahre lang so intensiv studiert hatte, bekamen ein neues Gesicht.

Der Erkenntnisschock war bestürzend, aber auch beglückend. Es war, als wenn der Vorhang, der einem bis dahin die Einsicht in die eigene geschichtliche Herkunft und kulturelle Tradition verwehrt hatte, plötzlich beiseite gezogen worden wäre. Ich, wir alle: Historikerinnen, Literaturwissenschaftlerinnen, Philosophinnen, Sprachwissenschaftlerinnen, Anthropologinnen, Erziehungswissenschaftlerinnen und Politologinnen schwelgten in der Fülle neuer Möglichkeiten der Erkenntnis, die die neu eröffnete, auch das Leben der Frauen mit einbeziehende Sicht auf die Welt ihnen bot. Historikerinnen begannen, mit eingebürgerten Selbstverständlichkeiten der herkömmlichen Geschichtsschreibung aufzuräumen; Literaturwissenschaftlerinnen analysierten die patriarchalen Wunschbilder und Verzerrungen in der Darstellung von Frauen bei den Großen der Literatur; Philosophinnen entlarvten die Beschränktheiten, Verdrängungen und Denkfehler, welche den philosophischen Meistern bei der Ausübung ihres männlichen Definitionsmonopols unterlaufen waren. In Hausarbeiten, Diplomarbeiten, Doktorarbeiten; in Vorlesungen, Seminaren, Konferenzen und in Veröffentlichungen suchten und fanden Frauen neue Podien und Plattformen, um ihre Sicht auf die Welt und die Geschichte öffentlich zu machen. Marie Luise Janssen-Jurreits Buch ‚Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage', das Standardwerk der Enttarnung männlicher Überheblichkeit und Dominanzansprüche, in der sie die wüstesten patriarchalen Entstellungen und Entgleisungen deutscher Denker, Wissenschaftler und Literaten eindrucksvoll vorführte, wurde in mehrere europäische Sprachen übersetzt und erfuhr mehr als zehn Auflagen. Ein Bestseller!

Heute hat in den USA inzwischen jede Universität, die auf sich hält, ein *Women's Studies Department* oder zumindest ein entsprechendes Studienprogramm. Auch an deutschen Universitäten haben – mit etwas zeitlichem Verzug – *Genderstudien* insbesondere an erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Fachbereichen Einzug gehalten.[7] Inzwischen haben mehr als 60 Universitäten und Hochschulen Frauen- und Geschlechterstudien in der einen oder anderen Form institutionalisiert. Aber im Unterschied zu den USA sind in Deutschland die Ergebnisse feministischer wissenschaftlicher Erkenntnisse nur äußerst spärlich in den *mainstream* des universitären Wissens eingeflossen. Das mag daran liegen, dass trotz gelegentlicher Förderprogramme[8] der Anteil von Frauen auf den höheren Rängen der universitären Posten nach wie vor beschämend gering ist: Auf W3-Professuren, den höchstdotierten wissenschaftlichen Positionen, finden wir noch immer weniger als zehn Prozent weibliche Stelleninhaber – und das, obwohl der Anteil von Frauen an den Schul- und Hochschulabsolventen seit den 68er Jahren rasant gestiegen ist und neuerdings den Anteile junger Männer übertrifft.

Dass Ergebnisse der Frauenforschung und feministische wissenschaftliche Erkenntnisse in Deutschland so wenig akademische Anerkennung gefunden haben, liegt aber möglicherweise auch daran, dass – anders als in den USA, wo handfeste empirische, historische und konkrete wissenschaftskritische Forschung immer überwog – deutsche Feministinnen, inspiriert von den faszinierenden postmodernen Konzepten psychoanalytischer, konstruktivistischer und dekonstruktivistischer Konvenienz à la Irrigaray, Derrida und Butler, die Geschlechterproblematik mit viel intellektueller Akrobatik als eine nur konstruierte, symbolische Schimäre herunter geredet haben und dies auch weiterhin tun. Mit ihren hoch komplexen und zum Teil nur schwer entzifferbaren philosophischen Diskursen lassen sie nicht nur männliche Wissenschaftler oft ratlos zurück.

Wenn feministisches Gedankengut und Kenntnisse über die Geschichte und die Situation von Frauen in Deutschland dennoch ins öffentliche Bewusstsein gelangt sind – wenn Professorenkollegen heute nicht mehr ungläubig den Kopf schütteln, wenn in einer gemeinsamen Prüfung davon die Rede ist, dass vor 1908 Frauen in Deutschland weder eine höhere Schule noch eine Universitäten besuchen durften –, dann ist dies in erster Linie den Medien zu verdanken: Zeitungen, Fernsehdiskussionen und Frauenzeitschriften sowie den vielen, sich vor allem im Bildungsbereich bewegenden Frauennetzwerken aus dem Umfeld von Kirchen, Parteien oder anderen frauenpolitischen Initiativen, von denen noch die Rede sein wird.

2 Busenattacken – der weibliche Körper

Die Biologie war unser Feind. Natürlich war die Biologie unser Feind. Wurde sie doch seit der Deklaration der Menschenrechte besonders gnadenlos dazu benutzt, den Ausschluss der Frauen von allem, was Wissen und Macht versprach, zu begründen. Mädchen sind das Resultat eines durch schlechte Winde geschädigten männlichen Samens und daher bereits vor der Geburt minderwertig, meinte schon Aristoteles. Aber jetzt ging es erst richtig los: Frauen können wegen ihrer monatlichen Schwächezustände keine Ärztinnen sein, wegen ihres geringen Gehirngewichts nicht studieren, weil sie keinen Sexualtrieb haben, nicht Beamtin sein (noch einmal Fichte!) und weil sie Kinder gebären, natürlich keinerlei berufliche oder öffentliche Verantwortung übernehmen.

Meine erste Erfahrung mit derartiger Diskriminierung hatte ich 1957 als Studentenvertreterin der philosophischen Fakultät an der Universität Freiburg. Meilenweit entfernt von jeglichen feministischen Zweifeln, befand ich mich damals völlig unvorbereitet in heftigem Konflikt mit zwei hoch geschätzten Professoren der Germanistik, welche einer Kommilitonin, die um einen Termin für ihr Rigorosum nachgesucht hatte, dahinter gekommen waren, dass sie im fünften Monat schwanger war. Mit dem Argument, „man könne nicht zwei Herren dienen", verweigerten sie der Kandidatin trotz bester Noten und angenommener Dissertation die Prüfung – eine Entscheidung, die erst nach der Intervention einsichtigerer akademischer Autoritäten und nach erheblichem Druck von unten rückgängig gemacht werden konnte.

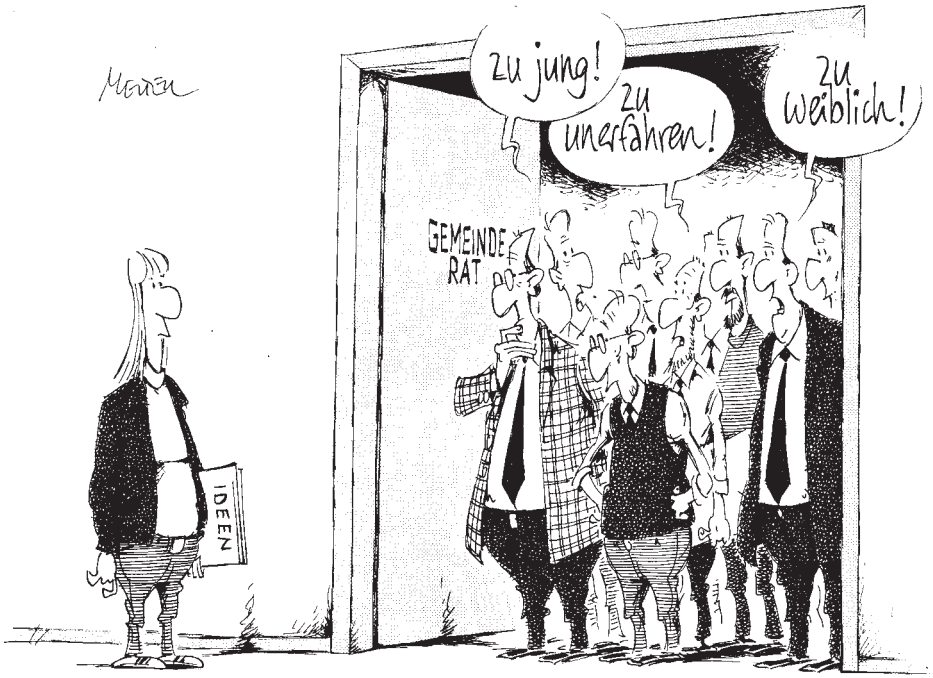
Die *Biologie* war unser Feind und unermüdlich entlarvten wir die Angriffe, die in ihrem Namen auf den Wert und das Ansehen des weiblichen Geschlechts gestartet wurden. In dem so progressiv daher kommenden Ansatz von Friedrich Engels und August Bebel, welche das Interesse von vererbenden Vätern an der Legitimität ihrer Söhne als den Ursprung des Patriarchats ausgemacht hatten, entdeckten wir die Verdrehung der historischen Abfolge: das Patriarchat – das hatten die Forschungen unter anderem von Gerda Lerner bewiesen – war älter als das private Eigentum: Die Unterwerfung von Frauen und die Nutzung ihrer Arbeitskraft und ihrer Fähigkeit, neue Arbeitskräfte zu generieren, war eine der Voraussetzungen für die Entstehung von privatem Vermögen gewesen. Frauen sind also nicht wegen ihrer Schwäche, sondern wegen ihres höheren Wertes für die Gemeinschaft in soziale Abhängigkeit geraten.[9]

Aber die Frauen gingen zu weit. Sie gossen das Kind mit dem Bade aus. Mit den Schlussfolgerungen, die die patriarchalen Denker und Politiker aus der weiblichen Physis ableiteten, geriet diese Physis selbst in Misskredit. Schon Simone de Beauvoir hatte den Standpunkt vertreten, dass an eine Gleichberechtigung der Geschlechter nicht zu denken sei, solange Frauen Kinder bekämen. Und Shulamith Firestone, die rebellische kanadische Autorin von ‚Frauenbefreiung und sexuelle Revolution', forderte gar, dass das Gebären baldmöglichst von Maschinen übernommen werden müsse.

Auch die deutsche autonome Frauenbewegung beteiligte sich am Kampf gegen alles, was als *Weiblichkeit, Mütterlichkeit, Körperlichkeit* daher kam.[10] Kein Make-up, keine enge Kleidung, keine Kooperationen mit männlichen, sprich *patriarchalen* Institutionen, wenn möglich keine Beziehung zu Männern! Ich habe es erlebt, dass sich Frauen in Berlin öffentlich dafür entschuldigten, dass sie noch mit einem Mann zusammenlebten. Und wenn möglich auch keine Kinder! Eine Berliner Kollegin, die ihre lesbischen Neigungen entdeckt und es in der Berliner Frauenszene zu einer gewissen Prominenz gebracht hatte, gestand mir unter vier Augen, dass sie unter starkem Druck stände. Es reiche nicht, dass sie ihren Mann verlassen habe – sie müssen sich auch von ihrem Sohn trennen!

Mütterlichkeit – muss das sein?! Weiblichkeit – der pure Ausfluss von Sklavenmentalität! Befriedigende Sexualität mit Männern – ein Mythos![11] Der Streit um den weiblichen Körper und seine Bedeutung für das Leben von Frauen zieht sich seit 1968 wie ein roter Faden durch alle Phasen der Frauenbewegung. Für ‚Gleichheit' oder für ‚Differenz' trat man ein, man stritt erbittert für oder gegen Konzepte wie ‚Lohn für Hausarbeit' oder ‚Mütterzentren', Kampagnen, die von Differenzfeministinnen, wie zum Beispiel den Autorinnen des ‚Müttermanifestes' betrieben wurden. Gemeinsam kämpfte man aber für die Abschaffung des § 218.

Die Kräfte der Bewegung, welche Frauen mit explosionsartiger Gewalt aus ihren Ehe-Kasernen, traditionellen Beziehungen, aus ihrer Bereitschaft zu Sanftmut und Dienstfertigkeit riss, produzierten die fantastischsten Widersprüche: Lesbische Beziehungen, Praktiken der Selbstbefriedigung und Abkehr von ‚sexueller Ausbeutung' durch Männer einerseits – an Nym-



phomanie grenzende Libertinage andererseits. Sackkleider und Schlapphosen hier, nackte Busen vor Richtern und geistigen Ikonen dort. Ich werde das Entsetzen auf den mit Anzug und Krawatte bekleideten Professoren-Kollegen im Akademischen Senat der Hochschule in Münster nie vergessen, als meine Freundin Karin – wir beide waren die Vertreterinnen des Mittelbaus – bei Temperaturen von über 30 Grad im Schatten ihr lockeres Sommerhemd zum Hals hin hob, um sich genüsslich und vor aller Augen den Schweiß unter ihrem nackten Busen abzuwischen.

Einerseits verleugneten Frauen ihre Weiblichkeit, wollten wie Männer behandelt und gesehen werden, warfen sich in Kostüme mit Tuch als Krawattenersatz und entzogen sich beim Entledigen ihres Mantels dem galanten Zugriff einer Männerhand. Andere Frauen dagegen kämpften offensiv mit den Waffen der Frau, mit Busen und nacktem Bauch. Nur diesmal nicht, um Männer für sich zu gewinnen, sondern um sie in ihre Schranken zu weisen. Um ihnen ihre Manipulierbarkeit durch Frauen vor Augen zu führen und um ihnen auf sinnliche und ironische Weise die Botschaft zu präsentieren, die ihr Geschlechtsgenosse Charles Fourier schon 100 Jahre zuvor verkündet hatte: Ihr Männer könnt euch mit Titeln und Talaren aufplustern, soviel Ihr wollt: Frauen mit ihrer Fähigkeit zu multiplen Orgasmen sind allemal das sexuell überlegene Geschlecht.[12]

Wenn heute so genannte ‚Alpha Mädchen' ihre *Feuchtgebiete* anpreisen und ihre weiblichen Körperteile mit provokanter, nahezu pornographischer Offenheit präsentieren, so ist dies nichts weiter als eine zeitgemäße Neuauflage der selbstbewussten Botschaft der Frauen von 1968: Um frei und gleich zu sein, mögen andere Frauen ihr Aussehen und ihr Leben dem der Männer angleichen – wir halten es mit der Andersartigkeit. Wir stehen zu unserer Hetero-Sexualität und zu unserem Körper!

3 Weiberräte – Frauenpower

Frauen lassen sich nicht organisieren. Ihre politischen Interessen sind so heterogen wie ihre sozialen Positionen und überdies meist abgeleitet von den Interessen ihrer Väter oder Ehemänner. Diese Ansicht ist alt und weit verbreitet und bis heute nicht wirklich widerlegt. Dennoch ist Frauen in den Jahren nach 1968 ein gewaltiger Aufbruch ins politische Feld gelungen – wenn auch anders als die Geschichte das bis dahin von männlichen sozialen Bewegungen kannte. Keine blutige und nicht einmal eine unblutigen Revolution, keine Machtübernahme, keine Frauenpartei und keine Frauengewerkschaft hat es gegeben – und dennoch hat keine der revolutionären Versuche nach 1789 die Gesellschaft gründlicher und demokratischer umgestaltet als die sogenannte *Neue Frauenbewegung*.

Mit Weiberräten fing es an. Ausgehend von den Frauen des SDS bildeten sich an allen Orten, an denen es rebellierende Frauen gab, und das hieß zunächst in allen Universitätsstädten, Weiberräte, die aber bald auch Frauen von außerhalb der Universitäten miteinbezogen. Weiberräte gab es in sehr unterschiedlichen Formaten. Außerhalb der Zentren der Bewegung nutzten Frauen ihre regelmäßigen Treffen häufig zum Austausch ihrer zumeist ganz privaten Erfahrungen. Ein wichtiger Schritt. Mit einer anderen Frau über den eigenen Mann zu sprechen, war das wohl größte Tabu, welches zu brechen Mädchen und Frauen als unverzeihliches Vergehen vermittelt worden war[13]. Zum ersten Mal in der abendländischen Geschichte sprachen im ganzen Land Frauen mit Frauen über ihre ehelichen Probleme, ihre sexuellen Nöte, ihre beruflichen Behinderungen und erkannten, dass die Zwänge, denen sie ausgeliefert waren und die sie bis dahin als ihr ganz persönliches Schicksal und Versagen hingenommen hatten, *System* zu haben schienen. Eine ungeheure Energie ging von diesen Zusammen-

künften aus. Zahllose Ehen wurden geschieden, zahllose Frauen begannen das Studium, das sie sich bisher versagt hatten, zahllose Fraueninitiativen und Frauenprojekte nahmen von hier ihren Ausgang.

In den Zentren der Bewegung, in Frankfurt und Berlin, standen Fragen der Politik, der Strategie, der theoretischen und geschichtlichen Begründung der Frauendiskriminierung und der Geschlechterverhältnisse stärker im Vordergrund. Hier nahm die Strategie der *Autonomie* ihren Ausgangspunkt, der Entschluss, sich als *autonome* Frauenbewegung von den rebellierenden männlichen Studenten zu trennen und die Zusammenarbeit mit ihnen, wie überhaupt mit allen Gruppen und Organisationen zu verweigern, in denen Männer das Sagen hatten – und das waren alle Parteien, Gewerkschaften und politischen Verbände.[14] Der legendäre Tomatenwurf der hochschwangeren Sigrid Rüger auf den SDS-Genossen Hans-Jürgen Krahl am 13. September 1968 – eine Antwort auf die Nichtbeachtung, mit der die SDS-Genossen Helke Sanders kritische Rede[15] über den Männer-SDS quittiert hatten – löste die Gründung von Aktionsräten, Weiberräten, von Frauenzusammenschlüssen der unterschiedlichsten Art im ganzen Lande aus.

In den Urzellen der Frauenbewegung wurde Demokratie pur praktiziert. Keine Regularien, keine Satzung, keine Vorsitzende, keine Hierarchie! Basisdemokratie eben – ohne Druck und Zwang. Ohne Autoritäten wollte man gemeinsam entscheiden. An die Stelle von Verfahrensregeln und Strukturen trat allerdings alsbald die Gruppendynamik, deren Wirken bis dahin noch kaum reflektiert worden war. In Frankfurt löste sich der erste Weiberrat auf, psycho-analytisch orientierte Gruppierungen wurden als *theoretisch* und *männlich* diffamiert, an Selbsterfahrung orientierte Frauen stritten sich mit mehr politisch interessierten Genossinnen; auch im Berliner Aktionsrat brachen schon 1969 heftige Richtungskämpfe aus.

Als Folge des basisdemokratischen Ansatzes der Frauen konnten sich in den Frauengruppen verdeckte Machtstrukturen ungebremst und unkontrolliert durchsetzen, was zu massiven, bisweilen nahezu gewalttätigen Aktionen gegen Gleichgesinnte führte, die nicht auf der hundertprozentig gleichen Spur ‚gleichgesinnt' waren. In Berlin fand Anfang der 1970er Jahre ein richtiggehendes Autodafé gegen eine Wissenschaftlerin statt, der es gelungen war, durch ihre beruflichen Kontakte Zusicherung und Mittel des Berliner Wissenschaftssenators zur Gründung eines Frauenforschungszentrums an der Freien Universität zu erhalten. Dr. Beate Schöpp-Schilling hatte ihre Kontakte genutzt, ohne vorher die Einwilligung des Berliner Frauenzentrums einzuholen! Statt eine *autonome* Einrichtung zu fordern, gedachte sie, mit der patriarchalen Universität zu kooperieren! Und sie hatte sich von den *Womens-Studies-Programmen* der kapitalistischen Hochburg USA inspirieren lassen! Trotz der unglaublichen Energie, die von Frankfurt, von Hannover, von Berlin, von Münster und von den vielen Zentren der universitären Frauenbewegung ausging, trotz des Zulaufs, den die Frauenbewegung in Sonderheit nach der von Alice Schwarzer nach französischem Vorbild initiieren Kampagne des Sterns gegen den § 218 – ‚Ich habe abgetrieben' – bekam, gelang es daher nie, diese Energie langfristig zu einer einheitlichen, gemeinsamen Form zu verbinden.[16]

Und das war auch gut so. Der Strom der Frauen, die die Früchte der Aufklärung jetzt endlich auch für sich einforderten und die sich daher gegen die durch NS-Ideologie und Nachkriegsrealität geprägten Einschränkungen ihrer Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten wehrten, verzweigte sich in ungezählte kleinerer Flüsse, Bäche und Kanäle, die sich ihrerseits weiter verzweigten und so das ganze Land bewässern konnten. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entstanden neue Projekte und Initiativen, die die Anliegen von Frau-

en auf unterschiedlichste Weise artikulierten, sie nicht immer durchsetzen, sie aber unübersehbar in die Öffentlichkeit tragen konnten. Es war dafür gesorgt, dass das Thema *Gleichberechtigung* seit den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr von der politischen Agenda verschwand.

Frauenhäuser, Gleichstellungsbeauftragte, zunächst in Behörden und Kommunen, dann auch in Hochschulen und Universitäten und schließlich in den meisten großen Unternehmen; der Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen zu fachspezifischen Frauensektionen; universitäre und außeruniversitäre feministische Forschungszentren[17] und ein selbstbewusster Auftrieb in den Frauenorganisationen der politischen Parteien waren die Folgen und führten unter anderem dazu, dass sich in den 1980er Jahren die Quotierung von Listenplätzen und Parteipositionen in fast allen führenden Parteien durchsetzen konnten. Die ersten feministischen Frauenkongresse fanden in Berlin statt,[18] andere Universitäten und Forschungszusammenschlüsse folgten, so dass feministische Konferenzen, Symposien und Workshops sowie Frauenbuchläden selbst in mittelgroßen Städten, wie zum Beispiel Kempten im Allgäu, bald zum akademischen Alltag gehörten.

Die Frauenbewegung zersplitterte – ja! Die großen Demonstrationen der Latzhosen-Frauen und ihrer Verbündeten verschwanden aus dem Erscheinungsbild der Öffentlichkeit; Frauenzentren, die dogmatischen, oftmals krass fundamentalistischen Befehlszentralen für antipatriarchale Strategien lösten sich auf, Selbsterfahrungsgruppen gingen in professionelle Hände über und mutierten zu Gruppendynamikseminaren, Mediationsprogrammen und Führungstrainings.

Die Frauenbewegung zersplitterte. Nun gut. Aber ist sie deswegen tot? Ihre Ideen und Impulse werden heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen von unzähligen, vor allen jüngeren Frauen, für welche die Frauenbewegung eine Angelegenheit ihrer Mütter oder gar Großmütter war, auf so vielfältige Weise und ohne viel Aufhebens umgesetzt, dass von ‚Totsein' wahrlich keine Rede sein kann. Das Ehe- und das Namensrecht wurden den Bedürfnissen der Frauen angepasst, Männer beginnen, sich zwar noch zögerlich, aber doch schon sichtbar mit ihrer neuen Rolle anzufreunden und sind auf Spielplätzen und in Parks erfreulich oft mit Babys auf dem Bauch und mit beiden Händen am Kinderwagen zu sehen.[19]

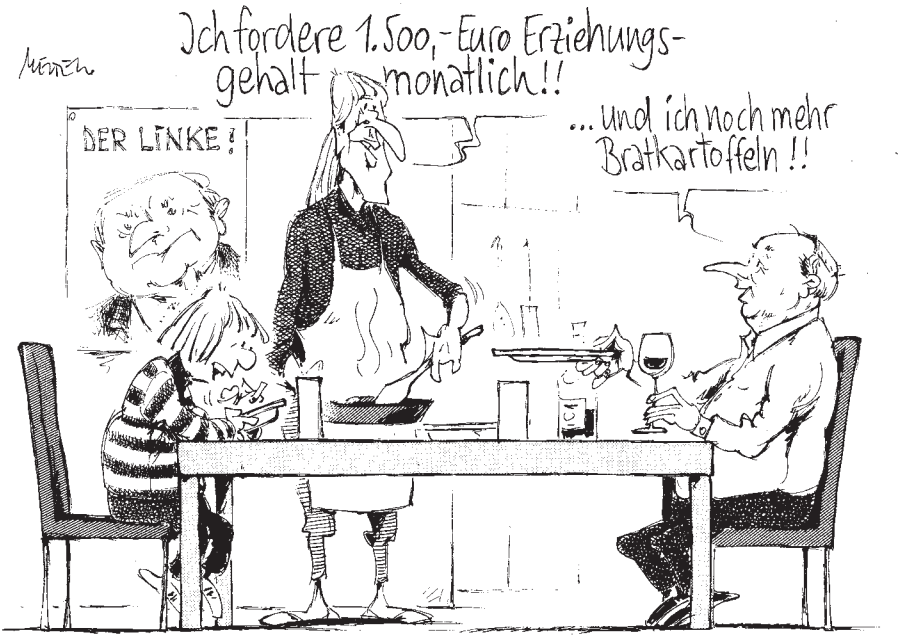
Wenn heute die Mehrheit der Schul- und Studienabgänger weiblich ist, wenn Frauennetzwerke und Frauen-NGOs allüberall sprießen und zum Teil sehr erfolgreich gedeihen[20], wenn führende internationale Unternehmen als private Partner von Universitäten in Projekte wie die Femtec[21] investieren und wenn sich die Politik nach jahrelangem öffentlichen Einfordern durch einschlägige NGOs endlich mit einiger Wirksamkeit an die Schaffung ausreichender und geeigneter Krippenplätze macht und durch ein entsprechendes Elterngeld erreicht, dass sich erstmals in der deutschen Geschichte eine immerhin bemerkenswerte Anzahl von Vätern für die Pflege ihrer Neugeborenen Elternurlaub nimmt – und wenn der Bundestag Anfang 2008 – mehr als zehn Jahre nach der Ergänzung des Art. 3, GG durch die Aufforderung an den Gesetzgeber, Gleichberechtigung für Frauen aktiv herzustellen (durch eine entsprechende Änderung des Unterhaltsrechts die Versorgungsehe endgültig abgeschafft hat), so sind all dies Anzeichen einer langsamen, aber tief gehenden Veränderung unserer Gesellschaft, die sich peu à peu auf die Tatsache einstellt, dass Frauen gleiche Rechte beanspruchen und dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft ohne den Beitrag der Frauen als Mütter und als Fachkräfte nicht auskommen kann.

Wie der stete Tropfen den Stein, so haben die Initiativen von hunderten von Frauengruppen und Frauennetzwerken sowie die ganz persönlichen Entscheidungen und Einsätze von tau-

senden von einzelnen Frauen unsere Gesellschaft in den vergangenen 40 Jahren nachhaltig verändert. Wenn die Strategie des ‚Marschs durch die Institutionen', die die männlichen Studenten der 68er Jahre ohne sichtbare Folgewirkungen propagiert haben, jemals in der Geschichte Erfolge hervorgebracht hat, so durch die vielen kleinen und großen Märsche der Frauen – im privaten wie im öffentlichen Bereich!

Es fehlt noch an vielem. Nicht nur an Krippenplätzen, Ganztagsschulen, Frauen auf W3-Professuren und Frauen in Aufsichtsräten. Noch bleibt viel zu tun. Aber auch wenn Frauen noch längst nicht alles erreicht haben und auch wenn sie sich heute nicht mehr auf Alice Schwarzer berufen: Sie sind überall auf dem Vormarsch.

Barbara Schaeffer-Hegel, Dr. phil., ehem. Professorin am Institut für Sozial- und Erziehungswissenschaften der Technischen Universität Berlin; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Philosophie und Romanistik an den Universitäten Tübingen, Freiburg i.Brsg. und Heidelberg. Lehre und Forschung in Bonn und Münster, seit 1972 in Berlin; Gastprofessuren in Wien, San Diego, Graz und Innsbruck; zahlreiche Forschungsprojekte, Veröffentlichungen und Internationale Fachkonferenzen, u.a. zum Problembereich Frauen in der Politik, Frauen in Führungspositionen; Gründerin und Vorstandvorsitzende der EUROPÄISCHEN AKADEMIE FÜR FRAUEN IN POLITIK UND WIRTSCHAFT BERLIN; Gründerin und Aufsichtsratsvorsitzende der Femtec. Hochschul-Karrierezentrum für Frauen GmbH; verheiratet, vier Kinder, fünf Enkel. Für ihre Verdienste um die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde Barbara Schaeffer-Hegel im Jahre 2002 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse verliehen.



Anmerkungen

[1]Wenn Christina von Braun in einer Veranstaltung an der Humboldt Universität Berlin unlängst den Feminismus – im Gegensatz zu den von ihr begründeten Genderstudies, welche wissenschaftlich ausgerichtet seien – als eine soziale Bewegung bezeichnet hat, die von der Opferrolle der Frau ausgeht, so irrt sie gründlich. Schon ein Blick zum Beispiel in die Regale einer gut sortierten amerikanischen, inzwischen aber auch vieler deutscher Universitätsbibliotheken müsste sie eines Besseren belehren.

[2]Karl Marx hätte dann nicht an der Erkenntnis vorbeikommen können, dass das Sich-Einlassen mit seiner eigenen Natur für den Mann die Entfremdung/Enteignung von seinem eigenen Produkt, dem Samen, bedeutet. Er hätte einsehen müssen, dass die materielle Kontinuität im lebendigen Produktionsprozess des Menschen für den Mann unterbrochen ist – Vaterschaft nur eine abstrakte Idee. Jeder Mann kann der konkrete Vater des Kindes einer Frau sein. Die Geschichte zeigt nicht nur, so O'Brien, dass Männer unter dieser Entfremdung gelitten, sondern auch, dass sie etwas dagegen unternommen haben: Absprachen und gesellschaftliche Kooperation unter Männern (lass du meine Frau in Ruhe, dann lasse ich dir deine) und Beziehungen zwischen Mann und Frau, die Herrschaftsbeziehungen wurden.

[3]Den Verzicht, auch die reproduktiven Beziehungen des Menschen zu analysieren und sie als Teil der geschichtlichen Dynamik zu interpretieren, erklärt O'Brien mit der Angst des Mannes Marx vor dem Verlust der Selbstbestimmung: „Ich lebe aber vollständig von der Gnade eines anderen, wenn ich ihm nicht nur die Unterhaltung meines Lebens verdanke, sondern wenn er (sic!) noch außerdem mein Leben geschaffen hat, wenn er der Quell meines Lebens ist und mein Leben hat notwendig einen solchen Grund außer sich, wenn es nicht meine eigene Schöpfung ist" (Marx 1966: 1007).

[4]Die Aufforderung ‚Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!', die Silvia Bovenschen im November 1968 auf einem Flugblatt des Frankfurter Weiberrates der Delegiertenkonferenz des SDS in Hannover entgegen schleuderte, war nicht so sehr gegen die linken Theoretiker der Vergangenheit, als gegen die ganz gegenwärtigen linken Genossen des SDS gerichtet. Dennoch machten sich Wissenschaftlerinnen alsbald daran, auch die bürgerlich-patriarchalen Befangenheiten, denen die marxistischen Klassiker aufgesessen waren, zu entlarven.

[5]„Diejenige, welche ihre Persönlichkeit mit Behauptungen ihrer Menschenwürde hingibt, gibt notwendig dem Geliebten alles hin, was sie hat. (...) Das Geringste, was daraus folgt, ist, dass sie ihm ihr Vermögen und alle ihre Rechte abtrete, und mit ihm ziehe. Nur mit ihm vereinigt, nur unter seinen Augen und in seinen Geschäften hat sie noch Leben und Thätigkeit. Sie hat aufgehört, das Leben eines Individuums zu führen; Ihr Leben ist ein Teil seines Lebens geworden (dies wird vortrefflich dadurch bezeichnet, dass sie den Namen des Mannes annimmt)." (Fichte 1971: 312)

[6]Dass die beiden Ersteren, was ihr nationalsozialistisches oder zumindest nationalistisches Engagement betrifft, mitnichten reine Westen hatten, erfuhren wir erst sehr viel später.

[7]Hierzu die gewissenhafte Dokumentation von Hannelore Faulstich-Wieland 2006.

[8]Hierzu gehört unter anderem ‚Profil', ein Mentoring-Programm zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses der drei Berliner Universitäten, und neuerdings das im November 2007 aufgelegte, mit 150 Millionen Euro dotierte Förderprogramm des Bundesforschungsministeriums, welches in fünf Jahren 200 neue Stellen für Professorinnen schaffen soll.

[9]Mit überzeugenden Argumenten und anhand eines beachtlichen Quellenmaterials

weist Gerda Lerner (1991) in der ‚Entstehung des Patriarchats' nach, dass die Sklaverei zuerst an Frauen erprobt wurde (im Kampf unterlegene Männer wurden getötet) und auf männliche Gefangene erst übertragen wurde, nachdem man die sozialen Techniken der Beherrschung am Beispiel der Frauen gelernt hatte.

[10]Obwohl diese Einstellung die Frauenbewegungen fast aller Ländern der westlichen Welt prägte, war der ‚anti-leibliche' Gestus in Deutschland besonders ausgeprägt, was unter anderem damit zu tun hatte, dass alles, was mit dem ‚Muttersein' und der weiblichen Bestimmung des Gebärens zusammenhing, durch die nationalsozialistische Ideologie stark vorbelastet war.

[11]Anne Koedt löste mit ihrem Buch ‚Der Mythos vom vaginalen Orgasmus' 1979 eine heftige Welle der Kritik an herkömmlichen Mann-Frau Beziehungen aus. Koedt leugnete die Möglichkeit eines Orgasmus durch normalen Geschlechtsverkehr und pries die Sexualität unter Frauen als die allein zufrieden stellende. Die anhaltende Leugnung der Möglichkeit befriedigender Sexualbeziehungen mit Männern gab den seit Beginn der Frauenbewegung erstmals offensiv in der Öffentlichkeit auftretenden lesbischen Frauen und ihren Zusammenschlüssen starken Auftrieb.

[12]Die Busendemonstrationen und die ‚Höschen-runter-Auftritte' aus der ersten Phase der 68er-Frauenbewegung, welche mit spielerischer Ironie und belustigter Überlegenheit geschlechtliche Tabus ad absurdum zu führen suchten, verschwanden leider mit der Radikalisierung der Bewegung. Die Leichtigkeit in Strategie und Angriff ging verloren. Fundamentalistische Töne und dogmatische Aktionen setzen sich mehr und mehr durch.

[13]Ein Beleg hierfür ist das unvergleichliche, 1881 vom Verband ‚Arbeiterwohl' herausgegebene und von Pastor Heinrich Liesen für Arbeiterfrauen verfasste Büchlein ‚Das häusliche Glück', in welchem als oberstes von zehn Geboten für Frauen eben jenes Verbot stand.

[14]Eine Ausnahme bildete der Juristinnenbund, in dem bereits 1948 Juristinnen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zusammengefunden hatten und unter anderem entscheidend dazu beigetragen haben, dass der Art. 3 Eingang ins Grundgesetz gefunden hat.

[15]Helke Sanders hielt ihren Abgesang auf die Männer des SDS als Vertreterin des in Berlin gegründeten ‚Aktionsrats zur Befreiung der Frau'.

[16]Mehrere Versuche, in der Bundesrepublik eine Frauenpartei zu gründen, scheiterten nach jeweils nur kurzen Anfangserfolgen.

[17]Die Arbeitsstelle ‚Sozial-Kultur-und Erziehungswissenschaftliche Frauenforschung' an der Technischen Universität Berlin war eine der ersten Zusammenschlüsse, wie ebenfalls die trotz Frauenterror durchgesetzte ‚Zentraleinrichtung Frauenforschung und Frauenstudien' an der Freien Universität Berlin und das parallel hierzu entstandene FFBIZ, das ‚autonome Frauen Forschungs-Bildungs- und Informationszentrum' in Berlin.

[18]Im November 1982 fand an der Technischen Universität Berlin ein wissenschaftliches Symposium zum Thema ‚Mythos Frau. Weiblichkeit in der patriarchalen Kulturentwicklung' statt. Das Symposion war begleitet von einer für die breite Öffentlichkeit konzipierten abendlichen Vortragsreihe ‚Frau-Natur-Wissenschaft'. Die unerwartet hohe Resonanz der Veranstaltung – das Audimax der TUB war Abend für Abend überfüllt – ermutigte die Veranstalterinnen, bereits im Jahr darauf eine zweite wissenschaftliche Fachkonferenz durchzuführen, diesmal zum Thema ‚Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats'. Die dritte Konferenz dieser Reihe, ‚Vater Staat und seine Frauen', fand zum 70jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechtes im Berliner Reichstag statt (vgl. Schaeffer-Hegel 1984, 1988, 1990).

[19]Als ich in den 1960er Jahren mein erstes Kind spazieren fuhr, sah ich kaum einen Mann mit Kinderwagen. Und wenn, dann wurde dieser Kinderwagen nur mit einer Hand, meist der linken, geschoben. Die rechte steckte in der Hosentasche, hielt eine Zigarette oder umfasste eine Zeitung – für alle Fälle.

[20]Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die in den 1990er Jahren gegründete ‚Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft' (EAF), die sich der Förderung des weiblichen Führungsnachwuchs und der Stärkung gesellschaftlicher und beruflicher Strukturen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie widmet (vgl. Schaeffer-Hegel 1996).

[21]Das von der Technischen Universität Berlin und der EAF als GmbH gegründete Hochschulekarrierezentrum bietet Careerbuilding-Programme für den weiblichen Führungsnachwuchs aus den Ingenieur- und Naturwissenschaften an; anfangs nur für Berlinerinnen, inzwischen für Studentinnen aus sieben deutschen und schweizerischen Technischen Universitäten.

Literatur

Faulstich-Wieland, Hannelore 2006: Einführung in die Genderstudien, zweite Auflage. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Fichte, Johann Gottlieb 1971: Werke, hrsg. von Immanuel Hermann Fichte. Berlin: de Gruyter.

Gerhard, Ute 1978: Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Frankfurt: Suhrkamp.

Lerner, Gerda 1991: Die Entstehung des Patriarchats. Frankfurt/New York: Campus.

Marx, Karl 1953: Die Frühschriften, hrsg. von Siegfried Landshut. Stuttgart: Kröner.

Marx, Karl 1966: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: Ders.: Studienausgabe politische Ökonomie. Frankfurt am Main.

Moebius, Paul Julius 1886: Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes. Leipzig.

O'Brien, Mary 1979: Reproducing Marxist Man. In: Lange, Lorenne/Clark, Lynda (Hg.): The Sexism of Social and Political Theory. Toronto: University of Toronto Press, 99-116.

Ramm, Thilo (Hg.) 1956: Der Frühsozialismus. Ausgewählte Quellentexte. Stuttgart: Kröner.

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) 1984: Mythos Frau. Projektionen und Inszenierungen im Patriarchat. Berlin: publica.

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) 1988: Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats. Pfaffenweiler: Centaurus.

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) 1990: Vater Staat und seine Frauen. Pfaffenweiler: Centaurus.

Schaeffer-Hegel, Barbara 1996: Die Säulen des Patriarchats. Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft, Weiblichkeit, Sexualität und Macht. Pfaffenweiler: Centaurus.

Schrader-Klebert, Karin 1969: Die kulturelle Revolution der Frau. In: Enzensberger, Hans Magnus (Hg.): Kursbuch 17. Frankfurt: Suhrkamp, 1-46.

Gottfried Oy

Selbstorganisation: Ein nicht eingelöstes Emanzipationsversprechen von 1968?[1]

Der Revolte von 1968 folgte nicht nur ein vielbeschriebenes ‚rotes Jahrzehnt'. Sie hatte auch, was vielfach unterschlagen wird, eine nahezu zehnjährige Vorgeschichte. Diese hatte ihren Ursprung in der Opposition einer Neuen Linken zur Alten Linken, das heißt zu den Organen und Vereinigungen der klassischen Arbeiterbewegung. Während die traditionelle Linke in der Nachkriegsära – Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Westen, Staatskommunismus im Osten – ihr zentrales Paradigma des Kampfes gegen Ausbeutung auf die Auseinandersetzungen um Lohn und Arbeitszeit verkürzten, wird der Kampf gegen Entfremdung zum Hauptanliegen der Neuen Linken. Die Alte Linke bleibt dem gängigen marxschen Fortschrittsmodell verhaftet, die Neue Linke formuliert hingegen eine grundsätzliche Kritik an einer das Leben im Nachkriegsfordismus bestimmenden und als allumfassend, stupide und monoton wahrgenommenen Lohnarbeit. Die von den Gewerkschaften erkämpfte soziale Sicherheit wurde durch ein langweiliges und vorbestimmtes Leben erkauft, aus dem insbesondere Jugendliche verschiedener sozialer Schichten ausbrechen wollten. Die Neue Linke setzte im Kampf gegen Entfremdung auf Formen der Selbstorganisation, der Kreativität und Selbstverwirklichung. Sie wird so selbst zu einem Motor der ökonomischen Umwälzungen in der Krise des Nachkriegsfordismus.

Weil der historische Bezugspunkt der Neuen Linken aber immer auch die Arbeiterbewegung selbst war, freilich in ihrer dissidenten Tradition rätekommunistischer und linkssozialistischer Ansätze, ist ein solcher Blick auf die Entstehung der Neuen Linken aber auch irreleitend. Der Bruch mit der Alten Linken ist nämlich immer nur mittelbar: Genossenschaften und Kommuneprojekte haben historisch schon Jahrzehnte vor 1968 mit Selbstorganisationsformen experimentiert.

Das Motiv der Selbstorganisation als Ausweg aus einer entfremdeten Welt führte zugleich mitten hinein in das Problemfeld eines sich selbst legitimierenden Avantgardismus, der sich selbst das Mandat erteilt, als intellektuelle Minderheit für eine fiktive Allgemeinheit zu agieren. Es gilt also auch zu problematisieren, wer hier für wen vorgibt zu sprechen.

Um die Beschäftigung mit Selbstorganisationsformen zu systematisieren, möchte ich zunächst eine Grundfrage der Geschichtsschreibung über 1968 kurz aufgreifen – nämlich die nach der Rolle von strukturellen Faktoren beziehungsweise der Autonomie der Proteste. In einem zweiten Schritt werde ich stichpunktartig Aspekte des internationalen Rahmens des Ereignisses um 1968 benennen. Anhand zweier Beispiele, einem konzeptionellen – dem Konzept Gegenöffentlichkeit – und einem organisatorischen – dem Sozialistischen Büro (SB) – werde ich anschließend die Situation der bundesrepublikanischen Neuen Linken am Ausgang der 1960er Jahre darstellen. Kritikpunkte am Konzept der Selbstorganisation sollen schließlich mögliche Anschlusspunkte für eine aktuelle Debatte liefern.

1 Struktur und Subjekt

Eine Grundfrage der Debatte über 1968 besteht im Verhältnis von Struktur und Subjekt, das heißt der Bedeutung, der in der Geschichtsschreibung strukturellen Faktoren auf der einen Seite und einer Autonomie der Proteste auf der

anderen Seite zugesprochen werden. Peter Birke und Bernd Hüttner (2007) haben verschiedene Lesarten dieser beiden Grundthesen herausgearbeitet. Die so genannte strukturalistische These findet sich sowohl in einer marxistischen (Wandel der Produktivkräfte), als auch in einer sozialgeschichtlichen (langfristige soziale Veränderungen) Ausprägung. Die sozialen Träger eines strukturellen Wandels gelten hier erst einmal als nebensächlich. Dem stehen drei Lesarten der ereignisorientierten Geschichtsschreibung gegenüber: die negative, die liberal-positive und die links-positive Lesart. Alle drei Varianten betonen den durch das Ereignis 1968 gesetzten Einschnitt und die tragende Rolle der Protestakteure. Allein in den diagnostizierten Auswirkungen liegen sie diametral auseinander: Die Bandbreite reicht von der These des Werteverfalls über die Behauptung einer Fundamentalliberalisierung der politischen Kultur bis zur Betonung uneingelöster Emanzipationsversprechen.

In der jüngeren Literatur, so Birke und Hüttner weiter, dominiere eine Mischung aus Kulturalismus und Strukturalismus.[2] 1968 werde als kulturelle Revolution betrachtet, welche die soziale Entwicklung lediglich beschleunigt habe und sei somit eine Art Puzzleteil auf dem Weg in eine postindustrielle und postmaterialistische Gesellschaft. Dabei werde stillschweigend vorausgesetzt, dass sich die bundesdeutsche Gesellschaft der 1960er Jahre ohnehin in einem sozialen Wandel befand und die Proteste lediglich dessen Tempo beeinflusst haben. Birke und Hüttner betonen allerdings, dass diese Sichtweise zu eindimensional sei, weil so genannte kulturelle Veränderungen aufs engste mit den Veränderungen in der Sphäre der Produktion korrespondieren. Mit zunächst kulturellem Protest haben Selbstorganisationsformen demnach immensen Einfluss auf die weitere ökonomische Entwicklung entfaltet.

Dennoch möchte ich argumentieren, dass Selbstorganisation zu der Reihe von nicht eingelösten Emanzipationsversprechen von 1968 zu zählen ist. Gerade weil Deregulierung und Individualisierung einerseits auf Versatzstücken eben jener Kämpfe um Selbstorganisation aufbauen, ohne anderseits die mit ihnen verbundenen Versprechen wirklich einlösen zu können, bleiben sie auch heute brennend aktuell.

2 Formen der Selbstorganisation

Die Neue Linke war 1968 auf der Suche nach einer neuen Definition des Trägers sozialen Wandels. Angesichts des ‚historischen Kompromisses' zwischen italienischen Kommunisten und Christdemokraten, dem ‚Modell Deutschland' und weiteren, ähnlichen Formen des ‚integralen Etatismus', wie Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl im so genannten ‚Organisationsreferat' auf der 22. SDS Delegiertenkonferenz 1967 formulierten, erstreckten sich diese Suchbewegungen auf nahezu alle westlichen Staaten.

In Frankreich formulierte die Nouvelle Gauche das Programm der *Autogestion* (Selbstbestimmung). Es ging in den Kämpfen der Neuen Linken nicht mehr nur um Besitz- und Eigentumsverhältnisse, sondern auch um Macht- und Entscheidungsstrukturen. Der Abbau von Herrschaft und Hierarchien, die Freisetzung der Kreativität der Arbeiter durch Selbstbestimmung und Selbstverwaltung waren Ziele der Neuen Linken in Frankreich (vgl. Gilcher-Holtey 2008).

Die britische New Left beschäftigte sich frühzeitig damit, bereits in der bestehenden Ordnung Gestaltungsräume und Gegen-Institutionen zu errichten, in denen keimhaft angelegt war, was in der sozialistischen Gesellschaft entfaltet werden sollte. Unter dem Stichwort der *democratic self-activity* wurde eine Erweiterung der Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert. *Direct action* und *civil disobedience* waren die propagierten Aktions- und Mobilisierungsstrategien, um die gegebenen Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen. Büro-

kratisierungstendenzen wie in Parteien sollten durch kleine Gruppen mit unmittelbaren Beziehungen zwischen den Mitgliedern und durch persönliche Kontakte vermittelte Kommunikation verhindert werden.

Die US-amerikanischen *Students for a Democratic Society* (SDS) bezogen sich auf das Konzept der *participartory democracy* als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Auch hier finden sich Verbindungen zur direkten Aktion als Mobilisierungsstrategie, die das Individuum herausfordern, Bewusstsein schaffen und gemeinschaftsbildend wirken sollte. *Community projects* und *community organizations* sollten das Selbstorganisationsmodell umsetzen (vgl. Flacks 2008).

Gegenöffentlichkeit – als Form der Selbstorganisation von Öffentlichkeit – war neben dem Kampf gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkriegsprotesten das zentrale Thema der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik (vgl. Oy 2001). Im September 1967 wurde auf der schon erwähnten 22. Delegiertenkonferenz des SDS eine ‚Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit' verabschiedet. Hier ist zum ersten Mal von Gegenöffentlichkeit die Rede. Nach Ansicht des SDS begünstigt die ökonomische Krise nach dem Ende der Restaurationsphase der Nachkriegszeit Repression und Manipulation als Herrschaftsmittel. Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie verkommen nach seiner Einschätzung zu bloßen Herrschaftsinstrumenten. Öffentlichkeit sei in dieser historischen Phase nicht mehr „Widerspiegelung des grundlegenden gesellschaftlichen Konflikts", sondern „funktionale Beherrschung der Massen". Herrschaft beruhe auf der „erkauften Zustimmung der Beherrschten". Somit werde der Kampf um die „Befreiung des Bewusstseins" die zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzung. Die demokratische Öffentlichkeit sei zerstört, da die Privatwirtschaft Aufklärung verhindere. Schließlich sei eine Selbstzensur der Medien die Folge. Und diese Entwicklung berühre auch die psychische Konstitution der Individuen.

Um diesen Prozess umkehren zu können, werden in der Resolution verschiedene Ziele benannt. Wichtig sind hier das „Selbstbestimmungsrecht der Redaktionen" und das „Recht auf Selbstartikulation für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe". Die Formel „Es kommt darauf an, eine aufklärende Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die Diktatur der Manipulateure muss gebrochen werden" betont das „Machen" als politische Strategie, den work-in-progress-Charakter des ganzen Konzeptes – und sicher auch den Voluntarismus, von sich selbst zu behaupten, man könne die Manipulation, der das Gros der Bevölkerung unterliege, durchbrechen (alle Zitate nach ebd.: 125ff).

Während in der Anfangszeit der Straßenprotest noch als integraler Bestandteil praktisch-kritischer Gegenöffentlichkeit galt, wurde er spätestens nach massiven Konfrontationen etwa während der Osterunruhen 1968 zugunsten der Propagierung einer Gegenöffentlichkeit als Netzwerk kritischer Medienprojekte mehr und mehr zurückgestellt. Auf Grundlage einer solchen Vorstellung von Gegenöffentlichkeit sollten die 1970er Jahre zum Jahrzehnt der alternativen Publizistik werden.

Das Idealbild der bürgerlichen Öffentlichkeit – der Markt sowohl als Ort des ökonomischen Austauschs als auch der gemeinsamen politischen Entscheidungsfindung – wird im Konzept Gegenöffentlichkeit mit den durch Medienkonzerne vermachteten Strukturen der politischen Kommunikation konfrontiert. Der Begriff Meinungsmanipulation stellt schließlich eine sozialpsychologische Erweiterung der Medienkritik dar. Diese Art der Manipulation bringe falsche Bedürfnisse hervor, deren Erfüllung nicht der individuellen Triebbefriedigung, sondern lediglich den ökonomischen Interessen der Akteure der Kulturindustrie diene.

Ebenso wie in die Bedürfnisstruktur der Individuen eingegriffen werde, werde schließlich auch die politische Einstellung gezielt manipuliert. Die Herrschaftsweise wandle sich somit von einem in erster Linie repressiven Typ zu einem in erster Linie manipulativen Typ.

In Ermangelung einer unabhängigen Öffentlichkeit und angesichts der vorherrschenden massenmedialen Öffentlichkeitsformen mit ihrem manipulativen Charakter besteht das politische Konzept darin, sich gegen die faktisch undemokratische Ausgestaltung der vermachteten öffentlichen Räume zu stellen und eine Einlösung der emanzipativen und demokratisierenden Potenziale der bürgerlichen Öffentlichkeit und ihrer Medien zu fordern. Das Konzept Gegenöffentlichkeit versteht sich somit als praktische Verwirklichung einer ‚demokratischeren' Öffentlichkeit. Durch die Bewegung legitimierte Gegenexperten und Gegeninstitutionen sollten für die Akzeptanz kritischer Positionen sorgen – während den etablierten Experten aus Wissenschaft und Politik die Legitimation abgesprochen wurde.

Aus dem Konzept Gegenöffentlichkeit folgte historisch schließlich die so genannte Betroffenenberichterstattung als Kritik an der Massendemokratie. Hinter dem Ansatz einer authentischen Kommunikation, welche die ‚eigentlichen' Bedürfnisse der Individuen in den Mittelpunkt stellen möchte, steht eine fundamentale Kritik an den Informations- und Kommunikationsangeboten der Massenmedien. Ihnen wurde vorgeworfen, sie würden auf Grund ihrer anonymen und einseitigen Struktur einen realen Meinungs- und Wissensaustausch verhindern und somit dazu beitragen, dass es den Individuen nicht mehr möglich sei, ‚wirkliche' Erfahrungen zu machen.

Gemäß dem Postulat der Politik in erster Person wurde einer als authentisch eingeschätzten Äußerung eines Betroffenen mehr Glaubwürdigkeit zugesprochen als den Berichten der etablierten Medien. Durch die kategorische Ablehnung von professionellem Journalismus sollte der Zusammenschluss von authentischer Meinungsäußerung und Bericht der Betroffenen, von Kollektivitätserfahrung und politischer Aktion gewahrt bleiben. Darüber hinaus ging es den Akteuren der alternativen Medien auch um den Organisierungs- und Mobilisierungseffekt, der die authentische Kommunikation von der Massenkommunikation abhebt. Eine Art Selbstaufklärung der Beteiligten soll im Gegensatz zu klassischen anonymen Aufklärungsprozessen die Berücksichtigung individueller Erfahrungs- und Lebenswelten verbürgen.

3 Das Sozialistische Büro

1968 diskutieren Mitglieder der ‚Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner' die Organisierung in Form einer Koordinierungsstelle und einer sozialistischen Publikation, was schließlich 1969 mit Gründung des Sozialistischen Büros (SB) und der Zeitschrift *links* verwirklicht wird. Diese Organisationsform steht im Kontext der Auflösung des Kuratoriums ‚Notstand der Demokratie' als eines der wenigen überfraktionellen Foren der westdeutschen Linken, des Scheiterns des Sozialistischen Zentrums in Frankfurt am Main, der Gründung der DKP und des Auseinanderfallens der Außerparlamentarischen Opposition. Es sollte sowohl die Gesellschaftsanalyse als auch deren praktische Umsetzung im Mittelpunkt stehen. Ohne eine Parteigründung anzustreben, sollte ein antiautoritärer Impetus auch nicht zu einer völlig organisationsfeindlichen Haltung führen. Man wolle nicht selbst Institution werden, aber in Institutionen hineinwirken. Inhaltlich gehe es zudem um einen kommunismuskritischen, nicht antikommunistischen Kurs.

Wichtiges Stichwort der inhaltlichen Arbeit ist die Selbstorganisation in Betrieben, Büros, Schulen, Gemeinden und Wohngebieten. Als Urform der Selbstorganisation dient der so ge-

nannte ‚Arbeitsfeldansatz' des 1968 gegründeten ‚Sozialistischen Lehrerbundes', der wenig später im SB aufgeht (vgl. zu den folgenden Zitaten Oy 2007). Aus einer Unzufriedenheit über „abweichend-politische Freizeittätigkeit und der Anpassung und Untätigkeit am konkreten sozialen Ort des Berufs" erwächst das Bedürfnis, im eigenen Leben und Arbeitsumfeld politisch aktiv werden zu können, ohne auf strukturell konservative Gewerkschaften oder sozialdemokratische Vorfeldorganisationen angewiesen zu sein.

Der Arbeitsfeldansatz beinhaltet in diesem Zusammenhang auch den Aspekt, die spezifischen Probleme der neu ins Arbeitsleben eingestiegenen, hoch politisierten und durch die Ereignisse Ende der 1960er Jahre geprägten Sozialisten zu berücksichtigen: „Eine bestimmte Berufsrolle im kapitalistischen System übernehmen (...) und gleichzeitig nicht auf politischverändernde Arbeit zu verzichten durch Rückzug auf private Freizeitpolitik erfordert die Ausfächerung ganz bestimmter, niemals ‚reiner' Aktions- und Arbeitsformen, die der objektiven Doppelexistenz unter den bestehenden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen entsprechen" heißt es dazu in der Nullnummer der Zeitschrift *links* vom April 1969.

Es geht dem SB um die Formierung einer Bewegung für eine neue sozialistische Linke in der Bundesrepublik und gleichzeitig auch um eine Absage an Parteikonzepte. Neben einer Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und der internationalen Nachkriegsentwicklung betonen die ‚Thesen des Sozialistischen Büros' von 1971 als eine Art Grundsatzprogramm, dass eine sozialistische Bewegung insbesondere die Entwicklung neuer Organisationsformen vorantreiben müsse, „die den Beherrschten emanzipative Lernprozesse und reale Machtentfaltung in ihren unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereichen gestatte(n)". Gegen den gewerkschaftlichen Slogan von der Mitbestimmung wird das Ziel der Selbstbestimmung gesetzt. Statt Stellvertreterpolitik setzt das SB auf die „Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen".

In der Beschreibung der politischen Situation in der Bundesrepublik der unmittelbaren Nachkriegszeit wird der Schwerpunkt auf die Integrationsmechanismen des politischen Systems gelegt. Der Antikommunismus als ein zentrales Element der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Westeuropas konnte nur im Zusammenhang mit der ökonomischen Prosperität und der Steigerung des militärischen Potenzials der USA Fuß fassen. Keiner sozialistischen Kraft sei es in dieser Situation gelungen „überzeugende Alternativen", wie es in den Thesen heißt, zu sozialdemokratischen oder stalinistischen Herrschaftsmodellen zu entwickeln. Im Kampf um „die Zerstörung der Legitimationsideologien des Kapitalismus" wird in den Thesen immer wieder das Moment der Selbstorganisation in den Vordergrund gestellt. Bezug nehmend auf die Marxschen Feuerbachthesen ist davon die Rede, dass „die Massen selbst und nicht eine ihnen gegenüberstehende ‚Elite'" den Kampf führen müssten.

Insbesondere gegenüber den Gewerkschaften sei eine kritische Distanz angebracht. In deren politischer Arbeit zeige sich eindeutig die Schwäche der Partnerschaftsideologie des Wohlfahrtsstaates. Während die Gewerkschaften auf der einen Seite bewusst auf eine Mobilisierung der Lohnabhängigen verzichten und Arbeitskonflikte entpolitisieren würden, beruhe die Macht der Gewerkschaftsapparate im Sozialstaat auf der anderen Seite weiterhin auf der Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen. Insofern untergraben die Gewerkschaften mit ihrem Kurs ihre eigene Stellung. Gegenüber diesem Gewerkschaftkurs müsste eine sozialistische Strategie auf eine Aktivierung und Organisierung der Lohnabhängigen setzen, die deren Selbsttätigkeit in den Mittelpunkt stelle. Zwar empfiehlt das SB in seinen Thesen grundsätzlich, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten. Es sieht die eigene Organisation aber auch als notwen-

dige Rückzugsmöglichkeit angesichts der „Feindseligkeiten der Apparate".

Kerngruppen des SB sind zu Beginn der 1970er Jahre Arbeiter-, Lehrlings-, Lehrer-, Sozialarbeiter-, Bildungsarbeiter-, studentische, Ausländer- und Dritte-Welt-Gruppen. Einschränkend ist allerdings anzumerken, dass die SB-Arbeit weit mehr durch Mitglieder aus dem Bildungsbereich als durch Arbeiter und Lehrlinge bestimmt war. Trotz aller Kritik an vereinnahmenden Institutionen strebt das SB einen „Prozess der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik" an. Es soll auf „gemeinsam festgesetzte Ziele" hingearbeitet sowie Taktiken und Strategien abgestimmt werden. Das SB versteht sich als das organisatorische Dach, unter dem dieser Findungsprozess stattfinden kann.

Über die Thesen wurde durchaus kontrovers diskutiert. Ausführlich äußerte sich etwa Willi Michel, ein ehemaliger illegaler KPDler, der sich, statt sich in der neu gründeten DKP zu organisieren, für die Mitarbeit im SB entschied. Für ihn gehen die Thesen in ihrer Kritik der Partnerschaftsideologie des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus zu wenig auf den Gegensatz zwischen der Realitätsbezogenheit der Arbeiter – die Erreichung eines bescheidenen Wohlstands – und dem Idealismus des Bildungsbürgertums ein: „Was fehlt, ist die Hoffnung, das gemeinsame Schicksal durch kollektives Handeln verbessern zu können. Solche Zukunftserwartungen können aber nicht an theoretischen Denkmodellen aufgebaut werden, sondern nur an den praktischen Erfahrungen der Arbeiter in den Betrieben."

Für Michel sollte die Stärkung des ‚Kollektivbewußtseins' im Mittelpunkt der politischen Arbeit stehen. Für ihn ist die zentrale Ebene der Auseinandersetzung der Betrieb, weil nur dort die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter berührt werden: „Allein im Betrieb, im direkt überschaubaren Bereich des Arbeiters, kann dann der Manipulationsschleier der Herrschenden durchbrochen werden. Nur im Kampf um unmittelbare Rechte am Arbeitsplatz kennt er selbst alle Fakten und ist nicht auf den Informationsmarkt angewiesen, den der Gegner beherrscht. Seine Mobilisierung und Politisierung ist dort weitgehend dem betrügerischen Einfluss der Massenmedien entzogen."

Das Manipulationstheorem, das auch im Konzept der Gegenöffentlichkeit eine große Rolle spielt und die Vorstellung einer Selbstorganisation, die, weil sie ‚von unten' kommt, allein dazu in der Lage sei, zu Wahrheit und Wirklichkeit vorzudringen, zeigt sich hier in nahezu idealtypischer Verknüpfung (alle Zitate nach Oy 2007: S. 41 ff.).

4 Subjektiver Willensakt

Formen der Selbstorganisation wurden allerdings nicht nur als Ausweg aus den vermachteten Strukturen des Wohlfahrtsstaats angesehen. Sie wurden aufgrund ihres aktionistischen Impetus, ihrer mangelnden demokratischen Legitimation und ihres fragwürdigen Subjektivismus auch heftig kritisiert. Jürgen Habermas etwa wirft der Neuen Linken schon 1962 Voluntarismus – also die Erklärung von Politik zum rein subjektiven Willensakt – vor. 1967 spitzt er in Hannover auf dem SDS-Kongress „Bedingungen und Organisation des Widerstands" anlässlich der Beerdigung von Benno Ohnesorg seinen Vorwurf – diesmal konkret gegen Rudi Dutschke gerichtet – zu: „Ich bin der Meinung, er hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahr 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, und der unter heutigen Umständen, jedenfalls glaube ich, Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen, linken Faschismus nennen muss" (zitiert nach Kraushaar 2006: 141).

Für Wolfgang Kraushaar wird Habermas zum Kronzeugen einer Kritik an 1968, die nicht nur über den Voluntarismus der Antiautoritären klagt, sondern auch andere Anleihen bei rechten

Vordenkern der Weimarer Republik erkennt: die Bedeutung des Kampfes bei Ernst Jünger, die zentrale Rolle der Entscheidung bei Carl Schmitt und schließlich die Entschlossenheit als Grundlage des politischen Kampfes bei Heidegger. All das findet Kraushaar in der 68er-Bewegung wieder, weshalb ihr Weg in den bewaffneten Kampf mehr als vorgezeichnet gewesen sei: „Um den Nebelschleier, der das System des Wohlfahrtsstaates umgebe, zu zerreißen und das verloren gegangene Klassenbewusstsein zu restituieren, sei es erforderlich, eine in Lateinamerika bereits erfolgreich erprobte Methode des bewaffneten Kampfes zu übernehmen - den Guerillakampf"; so Kraushaars recht eindimensionale Zusammenfassung des schon erwähnten, auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt am Main gehaltenen Organisationsreferates von Hans-Jürgen Krahl und Rudi Dutschke (ebd.: 150).

Kraushaar lässt in seiner Kritik der 68er völlig außer acht, dass es auch ganz andere Formen der Selbstorganisation und der Direkten Aktion gab – einmal abgesehen davon, ob es zutreffend ist, den Weg der bewaffneten Gruppen, die in den 1970er Jahren aus der Neuen Linken hervorgingen, mit der nationalsozialistischen Bewegung vor 1933 zu parallelisieren.

Dennoch denke ich, dass es wichtig ist, sich mit den Gefahren der Selbstorganisation, die Kraushaar sieht, auseinander zu setzen: die ungeklärte Rolle einer sich selbst zur Avantgarde erklärenden Linken, die mangelnde Legitimation des eigenen Handelns und der bloße Willensakt als zentrales Motiv. Ein Gegenkonzept wäre hier, die eigene Rolle innerhalb von Projekten der Selbstorganisation permanent selbst zu problematisieren, statt lediglich die Formen der Legitimation innerhalb der repräsentativen Demokratie abzulehnen, sich um basisdemokratische Legitimation zu bemühen und schließlich dem vermeintlich subjektiven Willensakt die Orientierung an Bedürfnissen entgegenzustellen. Genau hier setzte das sozialistische Büro mit seinem Arbeitsfeldansatz an. Auch weil es sich als Organisation nie in den Mittelpunkt gestellt hat, wurde es allerdings in seiner Bedeutung kaum zureichend gewürdigt. Wolfgang Kraushaar kritisierte übrigens in den 1970er Jahren die vom SB vertretene Form der Selbstorganisation noch als einer protestantischen Ethik und einem mit der Fabrikgesellschaft verschwisterten Sozialcharakter verhaftet (Kraushaar 1978).

5 Selbstorganisation heute

Auch heute anstehende Fragestellungen lassen sich auf der Grundlage der Weiterentwicklung des Konzeptes der Selbstorganisation durch das SB und die historische folgende Alternativbewegung aufgreifen. Was Selbstorganisation heute – angesichts von Deregulierung und dem Imperativ, sein Leben selbst organisieren zu müssen – heißen könnte und wie mit Machtstrukturen und Hierarchien umgegangen werden kann, die sich heute auf den ersten Blick freundlich und wenig konfrontativ präsentieren, ist noch zu wenig geklärt.

Allerdings lässt sich an der weiteren Entwicklung des SB auch verdeutlichen, dass es der Neuen Linken und deren Ausläufern nicht gelungen ist, sich angesichts der weltpolitischen Umbrüche seit den 1970er Jahren neu zu positionieren und das Projekt einer Linken jenseits von Partei und Staat weiterzutreiben. Die Formel der Selbstorganisation wurde von einer Kritik an den normierenden und fremdbestimmten Elementen des Fordismus zu einem festen Bestandteil des Postfordismus. Weil der Staat nahezu alle planerisch-reformerischen Ansprüche aufgegeben hat und nur noch die pure Verwaltung des Mangels betreibt, gewinnt sie freilich einen gänzlich anderen Sinn. Fragen der Art, inwieweit eine solche Entwicklung von der Neuen Linken selbst forciert wurde und die sozialen Bewegungen im Anschluss an die Revol-

te von 1968 von dieser Entwicklung überrollt wurden, müssten im Zentrum einer anstehenden kritische Selbstreflexion der Linken nach 1968 stehen.

Gottfried Oy (geb. 1967) ist Sozialwissenschaftler und arbeitet in der Behindertenselbsthilfe. Kontakt: goy@niatu.net

Literatur

Birke, Peter/Bernd Hüttner 2007: Brennend aktuell: die „1968er Jahre" in historisch-politischer Perspektive. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0710.pdf].

Flacks, Richard 2008: Die philosophischen und politischen Ursprünge der amerikanischen New Left. In: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 201-222.

Gilcher-Holtey, Ingrid 2008: Mai 68 in Frankreich. In: Dies. (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 15-45.

Kraushaar, Wolfgang 1978: Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung. In: Ders. (Hg.): Autonomie oder Ghetto? Frankfurt am Main: Neue Kritik, 8-67.

Kraushaar, Wolfgang 2006: Entschlossenheit: Dezisionismus als Denkfigur. Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf. In: Ders. (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bd. Hamburg: Hamburger Edition, Bd. 1, 140-156.

Oy, Gottfried 2001: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Oy, Gottfried 2007: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Papers_Spurensuche.pdf].

Anmerkungen

[1]Dieser Beitrag geht auf den Vortrag „Intellektuelle wollen an die Macht – Selbstorganisationsformen contra traditionelle Arbeiterbewegung" zurück, den ich auf der Veranstaltung „Zäsur '68 – Langzeitwirkungen einer ‚Weltrevolution'" der Hellen Panke, Kontaktstelle Berlin der Rosa Luxemburg Stiftung am 17. November 2007 in Berlin gehalten habe. Ich danke Stefan Bollinger und Christina Kaindl für die Einladung zu dieser Veranstaltung sowie Bernd Hüttner für weitergehende Unterstützung.

[2]Interessant ist auch, dass zum 40. Jahrestag von 1968 die Rolle von Autobiografien beziehungsweise Biografien als Textform im Vergleich zu früheren Jahrestagen deutlich zugenommen hat. Dies ist nicht nur der lebensgeschichtlichen Situation der ehemaligen Akteure geschuldet, die nun auf ihr Leben zurückblicken, sondern hat auch etwas mit der „Rückkehr des totgesagten Subjekts" (FAZ vom 7.5.2008) zu tun: „New Critisism und Strukturalismus warnten vor der Konzentration auf das Leben der Autoren als Ablenkung vom Text [...]. Marxismus und Rezeptionstheorie hatten das biographische Interesse als Symptom eines nicht hinreichend demokratischen Blicks auf die Geschichte abgelehnt" (ebd.). Insofern ist das neu erwachte Interesse an der Biografie auch Ausdruck der Abwicklung dieser sich um 1968 popularisierenden Theorietradition.

Eckhard Jesse

Das Jahr 1968 und die Bürgerbewegung in der DDR

‚1968' ging in die Geschichte als das Jahr des Aufbegehrens großer Teile von (intellektuell orientierten) Jugendlichen in den westlichen Demokratien gegen das als erstarrt empfundene Establishment ein. Die Bewegung der 68er nahm dabei von Land zu Land höchst unterschiedliche Formen an. Auch 40 Jahre danach – die 68er sind heute zum Teil 68 Jahre alt – ruft die Erinnerung an die damaligen Vorgänge große Emotionen hervor. Das Thema ist ein Reizthema. Für die einen sind die Folgen eher negativ, für die anderen überaus positiv. Die Ambivalenz der 68er wird nicht immer angemessen eingefangen (vgl. Kraushaar 2008). Politik, Publizistik und (Politik-)Wissenschaft sind sich weitgehend einig über die Relevanz der 68er. Zu wenig wird dabei die Frage nach dem (Spannungs-)Verhältnis von Absichten und Wirkungen erörtert. Provozierend formuliert: Was erreicht wurde, war nicht intendiert, was intendiert war, nicht erreicht.

Das Jahr 1968 lässt sich nicht auf den Aufbruch der renitenten Jugend in den Staaten des Westens reduzieren. „Es hat nie ein Jahr wie 1968 gegeben, und es ist unwahrscheinlich, dass es je wieder so ein Jahr geben wird. Zu einer Zeit, in der Nationen und Kulturen noch getrennt und sehr verschieden waren – und 1968 unterschieden sich Polen, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Mexiko weit mehr von einander als heute –, kam es auf der ganzen Welt zu einer Selbstentzündung rebellischer Geister." (Kurlansky 2005: 13). So lautet der erste Satz in dem Buch von Mark Kurlansky in ‚1968. Das Jahr, das die Welt veränderte'. Der amerikanische Schriftsteller erinnert dabei an den ‚Winter unseres Unbehagens', zum Beispiel an den Vietnam-Krieg, den ‚Prager Frühling' als Aufbruch zu einem ‚Kommunismus mit menschlichem Antlitz', die Olympischen Sommerspiele (mit dem Massaker an mexikanischen Studenten im Vorfeld der Wettkämpfe der ‚Jugend der Welt') und an ‚Nixons Herbst', in dem der als konservativ geltende Richard Nixon die amerikanischen Präsidentschaftswahlen gewann. Gleichwohl firmiert für den Autor 1968 als der Anfang vom Ende des Kalten Krieges und als das erste globale Jahr durch die Übermittlung der Bilder vom Mond aus einem Raumschiff. „Das Jahr 1968 war ein schreckliches Jahr und doch auch eines, nach dem viele Menschen Sehnsucht verspüren. Trotz vieler Tausend Toter in Vietnam, Millionen verhungerter Menschen in Biafra, trotz der Zerstörung der Demokratie-Bewegungen in Polen und der Tschechoslowakei, dem Massaker in Mexiko, dem Niederknüppeln und der brutalen Behandlung anders Denkender auf der ganzen Welt sowie der Ermordung der beiden Amerikaner [Martin Luther King, Robert Kennedy], die der Welt am meisten Hoffnung gespendet hatten, war es für viele ein Jahr großer Möglichkeiten." (ebenda: 415). Die DDR spielt bei Kurlansky keine Rolle. Nur an einer Stelle heißt es, junge Leute hätten ihren Protest auf Flugblättern zum Ausdruck gebracht und Arbeiter sich geweigert, Petitionen zugunsten der Invasion in die CSSR zu unterschreiben (vgl. ebenda: 330).

Der folgende Beitrag fragt nach dem Zusammenhang zwischen 1968 und 1989 im anderen Teil Deutschlands. Sind die Ereignisse in diesen Jahren durch Gegensätze oder durch Parallelen gekennzeichnet? Hat 1968 1989 begünstigt oder erschwert? Welche Rolle kommt den westdeutschen 68ern in diesem Prozess zu? Wer diese Kernfragen beantworten will, muss zunächst die Frage danach stellen, was das Jahr 1968 für die DDR bedeutete – und das Jahr

1989. Außerdem: Gab es in der DDR überhaupt eine 68er-Generation?

1 68er in der Bundesrepublik! 68er in der DDR?

Wie immer man die 68er in der Bundesrepublik Deutschland einordnet: An ihrer Existenz gibt es keinen Zweifel. Die Bewegung der 68er ist kein Mythos, auch wenn sich viele Mythen um sie gerankt haben. Das Bild der 68er schwankt zwischen Verteufelung und Idealisierung (vgl. Kraushaar 2008, Aly 2008, Mohr 2008, Schneider 2008). Die 68er stellen eine schillernde Bewegung dar. Westliche und antiwestliche Züge vermengten sich in eigentümlicher Weise. Der Protest galt der Generation der Väter, (tatsächlichen oder vermeintlichen) Missständen in Deutschland und anderswo. Die 68er hatten besonders in geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern an den Universitäten beträchtlichen Einfluss. Die Theorien von Herbert Marcuse mit seiner Kritik an den kommunistischen und den westlichen Systemen erlangten zeitweise große Tragweite. Beide galten als totalitär (vgl. zur Kritik Jesse 2007). In dem einen Fall war der ‚Staatsterror', in dem anderen der ‚Konsumterror' Stein des Anstoßes. Eine Art ‚dritter Weg' – jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus – wurde angestrebt. Eine Unterströmung der 68er waren jene Kräfte, die – wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl – aus der DDR stammten (‚Abhauer'). Sie hatten die deutsche Einheit nicht abgeschrieben. Freilich war dies keineswegs die Haupttriebfeder ihres Handelns.

Ein neues Lebensgefühl bemächtigte sich vieler. Das Spektrum reichte von Gruppierungen, die die Gesellschaft grundlegend reformieren wollten, bis zu solchen, die mit revolutionären Phantasien schwanger gingen. Die propagierte ‚Gewalt gegen Sachen' schlug zuweilen in ‚Gewalt gegen Personen' um. Einerseits hat die herausgeforderte Gesellschaft die Bewegung der 68er gewandelt, andererseits diese die Gesellschaft. Die Wirkungen der 68er sind auf vielen Feldern nachweisbar. Konnten die 68er im politisch-ökonomischen Bereich weniger Erfolge verzeichnen, so fällt die Bilanz im soziokulturellen nachhaltiger aus. Die Gesellschaft wurde offener. Die größere Liberalisierung beförderte zugleich Illiberalität gegenüber anderen Positionen.

Anders fällt das Urteil bei der Frage aus, ob es 68er in der DDR gegeben hat. Für die meisten Positionen war die DDR durch das Fehlen einer 68er-Bewegung gekennzeichnet. Das erkläre unter anderem stärkere autoritäre Tendenzen im Vergleich zum Westen Deutschlands (und ein größeres Ausmaß an Rechtsextremismus). Andere Autoren hingegen machen eigens eine ‚68er-Generation der DDR' (vgl. Lühmann 2008) aus. Die etwa zur Zeit der Gründung der DDR Geborenen hätten sich vielfach nicht mehr für den ‚realen Sozialismus' engagiert. Michael Lühmann spricht gar von einer „Generation Opposition" (ebenda: 104) – unter anderem geprägt durch das ‚Kahlschlag'-Plenum 1965, die Niederschlagung des Reformkommunismus 1968 in der CSSR und die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976. Wenn heute nicht von den 68ern in der DDR die Rede sei, dann hänge dies unter anderem mit der fehlenden ‚Ikonographie der Revolte' zusammen. „Untergegangen ist dadurch auch die politische Dimension von 1968 für die DDR, die sich häufig nur in Akten der Staatssicherheit wiederfinden lässt" (ebenda: 106). Eine andere Interpretation zielt in die Richtung, dass auch im Osten Deutschlands Kritik an der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eingesetzt habe. Man wollte nicht schuldig werden wie die Generation der Väter und protestierte gegen den Vietnam-Krieg und die Intervention der Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR (vgl. Simon 1997). Ein aufgesetzter Antifaschismus verfing nicht mehr, Pazifismus brach sich Bahn. Die ‚Bausoldatenbewegung' in der DDR könne als Beleg für die

sich artikulierende 68er-Bewegung angeführt werden (vgl. Kluge 2004).

Die Argumentation, die von einer 68er-Generation in der DDR ausgeht, ist schwerlich überzeugend. Denn diese bleibt weitgehend ohne Konturen. Selbst Stefan Wolle, der jüngst ein anregendes Buch darüber verfasst hat, kann das Lebensgefühl der ostdeutschen 68er nicht angemessen einfangen (vgl. Wolle 2008). Es gab zwar eine Aufbruchstimmung für den ‚Prager Frühling', doch blieben davon in der Folge wenig gesellschaftsverändernde Elemente übrig. Die SED-Diktatur ließ sie nicht zur Geltung gelangen. Dieser Befund bedeutet aber nicht die völlige Wirkungslosigkeit der Vorgänge 1968 für die spätere Zeit. Wer die damalige Haltung der Regierenden im Westen und im Osten Deutschlands parallelisiert, argumentiert vordergründig und leistet einem Äquidistanzdenken Vorschub: „Die Herrschenden beiderseits der Mauer bliesen zum Sturm auf die Jugend" (Schütrumpf 2008: 15). Die Demokratie der Bundesrepublik liberalisierte sich, die Diktatur der DDR wohl auch – freilich nur von einem durch und durch totalitären zu einem abgeschwächt totalitären System.[1]

2 Das Jahr 1968 in der DDR

Die Situation war 1968 in der DDR anders als in der Bundesrepublik Deutschland und in mancher Hinsicht ähnlich. Im April 1968 wurde eine neue sozialistische Verfassung durch das Volk verabschiedet. Fast 95 Prozent stimmten in einer weithin offenen Prozedur dafür. Die Kluft zwischen Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit fiel nun weniger gravierend aus. Das neue Strafgesetzbuch aus dem Jahr 1968 erleichterte den Strafvollzugsbehörden eine Verurteilung.

Was viele Menschen in der DDR prägte, das war zunächst die Hoffnung auf ein Gelingen des ‚Prager Frühlings' und später die Enttäuschung über sein Scheitern. Es kam nach der Intervention der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR zu Protestbekundungen und Verhaftungen (vgl. Mitter/Wolle 1993: 367-482, Wolle 2008: 158-203). Ein Teil der späteren Oppositionellen verlor durch das Ende des ‚Kommunismus mit menschlichem Antlitz' den Glauben an die Reformierbarkeit des ‚realen Sozialismus', ein anderer Teil strebte nach wie vor einen ‚dritten Weg' an. Aus der Okkupation der CSSR wurde mithin eine unterschiedliche Konsequenz gezogen. Diese doppelte Erfahrung – einerseits die (friedliche) Reform des Kommunismus, andererseits ihre (gewaltsame) Rückgängigmachung – prägte viele Bürgerrechtler.[2]

Die 68er-Bewegung im Westen nahm von der DDR im allgemeinen und den dortigen Vorgängen 1968 nur wenig Kenntnis (vgl. Semler 2003: 3-5) – sei es, dass der Sozialismus in der DDR nicht als sonderlich attraktiv galt, sei es, dass die Entwicklung in der CSSR keineswegs als Vorbild galt. Auch wenn die Intervention nicht direkt gutgeheißen wurde: „In den Augen der Maoisten und Trotzkisten waren die tschechoslowakischen Reformkommunisten schlimmere Revisionisten als die Parteiführungen des Sowjetblocks. Tatsächlich drohte ihrer Ansicht nach in der Tschechoslowakei ein ‚friedlicher Rückfall in den Kapitalismus'" (Wolle 2008: 120).

Hingegen wurde die Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen und die 68er-Bewegung im besonderen in der DDR genauer in Augenschein genommen. Die SED-Führung verhielt sich gegenüber den 68ern ambivalent, weil sie ein ‚Überspringen' der Proteste befürchtete. Ein großer Teil der Bevölkerung sah in den Rebellen offenkundig „verzogene Bürgersöhnchen, denen der Hosenboden versohlt gehört" (ebenda: 97).

3 Das Jahr 1989 in der DDR

1989 brach die DDR-Diktatur urplötzlich und unerwartet zusammen. Die Ursachen dafür sind

vielfältig und liegen wesentlich im Wechsel der außenpolitischen Konstellationen begründet. Der ‚große Bruder', die Sowjetunion, gab den Verzicht auf eine Intervention zu erkennen. Die Fluchtbewegung (exit) im Sommer 1989 zog im Herbst 1989 eine Demonstrationsbewegung (voice) nach sich (vgl. Hirschmann 1992).

Der ‚harte Kern' der alternativen Kräfte hatte daran einen großen Anteil. Unter dem Dach der (evangelischen) Kirche entstanden, so die Terminologie der Staatssicherheit, ‚feindlich-negative' Kräfte – insbesondere Friedens- und Umweltgruppen. Im Vergleich zur frühen Opposition in den 1950er Jahren wohnte ihnen kein antikommunistischer Impetus inne.[3] Die Zahl der aktiven Dissidenten dürfte in der DDR keine 5000 Personen umfasst haben. Ende 1985 entstand mit der ‚Initiative Frieden und Menschenrechte' die erste Organisation außerhalb der Kirche. Sie stellte zunehmend die Frage der Menschenrechte in den Vordergrund. Dabei gab es intern heftige Auseinandersetzungen. Bei den Demonstrationen bis in den November 1989 (‚Wir sind das Volk') spielte die oppositionelle Bewegung eine tonangebende Rolle.

Sie zeichnete sich durch die Orientierung an einem ‚dritten Weg' aus (vgl. Rochtus 1999). Wie eine empirische Studie nahelegt, standen über 90 Prozent der Oppositionellen der grün-alternativen Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland nahe (vgl. Geisel 2005: 257). „Man darf daraus wohl den Schluss ziehen, dass für einen Großteil der DDR-Opposition nicht die real existierende BRD mit ihrem seit 1949 eingespielten Institutionengefüge und politischen Personal attraktiv war, sondern jene ‚andere Republik', die Petra Kelly am 10. Oktober 1981 bei der Bonner Großdemonstration gegen die ‚Nachrüstung' beschworen hatte." (ebenda: 259). Und etwa 90 Prozent schwebte – mehr oder weniger – eine „Demokratisierung der DDR" (ebenda: 286) vor. Rund 85 Prozent strebten ein Politik- und Wirtschaftsmodell an, das die Schwächen des einen wie des anderen Systems überwinden wollte (vgl. ebenda 287).

Nach dem Fall der Mauer änderten die Demonstrationen ihren Charakter (‚Wir sind ein Volk') (vgl. Timmer 2000). Die Oppositionellen, die so mutig den Alleinvertretungsanspruch der SED in Frage gestellt hatten, gerieten erneut ins Hintertreffen. Sie wollten mehrheitlich – wie erwähnt – eine ‚andere DDR', keine Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland – im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung (vgl. Land/Possekel 1998, Trömmer 2002). Diese Feststellung schmälert nicht im Mindesten den Mut jener oppositionellen Kräfte. Gerade deshalb, weil sie reformsozialistisch argumentierten und zu weiten Teilen davon auch überzeugt waren, konnten sie überhaupt agieren und ihre ‚Untergrundliteratur' (vgl. Kowalczuk 2002) verbreiten. Sie erklärt aber, weswegen die Grünen im Westen, die vor zwei Jahrzehnten weitaus stärker ‚alternativ' eingestellt waren, den Kontakt zu ihnen suchten. Die ostdeutsche Bürgerbewegung schloss sich später mit den Grünen zusammen – zuerst die Grünen des Ostens mit denen des Westens (1990), später das Bündnis 90 mit den gesamtdeutschen Grünen (1993) (vgl. Hoffmann 1998). Waren die Bürgerrechtler in der DDR ‚Opposition zum System', so firmierten sie im vereinigten Deutschland zunächst als ‚Opposition im System'. Dieser Unterschied ist fundamental.

4 1968 und 1989 – Gegensätze, Parallelen, Überschneidungen

Die Ursachen für die Ausrichtung der oppositionellen Bestrebungen in der DDR sind vielfältig. Diese kristallisierten sich unter Voraussetzungen eines nicht offenen Willensbildungsprozesses heraus. Für das Verständnis eines beträchtlichen Teils der Opposition zumal im subkulturellen Milieu hat das Denken der 68er im Westen eine große Rolle gespielt. Fixiert auf die Subkultur des Westens, nahm ein Teil der ost-

deutschen Oppositionellen diese zum Vorbild. „Man blickte auf jene, die sich nicht scheuten, um gemeinsam definierter Ziele willen mit Macht und Gesetz in Konflikt zu geraten, die sich vor Raketenstützpunkten verhaften ließen, die aus Subkulturen heraus aufwuchsen, um ‚das System' aus den Angeln zu heben. Die ‚Republik freies Wendland' bei Gorleben beeindruckte mehr als das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe." (Schuller 1996). Hintergrund ist die offenkundige Vorstellung von einer Art Äquidistanz der Systeme. Man stand dem eigenen System ebenso fern wie dem anderen.

Insofern war die subkulturelle Szene im Osten in mancher Hinsicht eine Kopie jener des Westens. Die 89er des Ostens wiesen erstaunliche Ähnlichkeiten zu den 68ern des Westens auf. Als kritikwürdig muss gelten, dass die etablierten Kräfte im freiheitlichen Teil Deutschlands sich zu wenig um die oppositionellen Bestrebungen im Osten kümmerten – sei es, dass man die im Kern von der Union fortgesetzte Entspannungspolitik nicht gefährden wollte, sei es, dass das ‚unorthodox-unkonventionelle' Politikverständnis vieler Oppositioneller Unverständnis hervorrief. Vor allem die Grünen im Westen suchten Kontakt zu den ‚Andersdenkenden' im Osten.

Es ist daher richtig: „(…) die westdeutsche Politik hat die DDR-Opposition kaum als einen politischen Faktor gesehen." (Neubert 1997: 27) Aber es gilt ebenso das Gegenteil: Ein beträchtlicher Teil der DDR-Opposition wollte nichts von der westdeutschen Politik wissen. So hieß es 1987 selbst bei Gerd Poppe, einem der führenden Repräsentanten der ‚menschenrechtlichen' Strömung der DDR-Opposition nach einem Treffen mit Politikern aus den Reihen der Union: „Auf unsere Lage in der DDR bezogen haben wir festgestellt, dass wir zunehmend eigene Artikulationsmöglichkeiten sehen, dass wir niemand benötigen, der für uns eine Stellvertreterrolle einnimmt, wenn es um die Durchsetzung der Menschenrechte in der DDR geht (die sich im übrigen nicht mit Chile und Südafrika vergleichen lässt). (…) Wir gaben zu bedenken, dass sich, wenn bei uns Begriffe wie Demokratie und Pluralismus benutzt werden, damit meist

ganz andere Vorstellungen verbinden als im Westen." (Poppe 2002: 166, 168). Ein Kritiker dieser Richtung wie Reinhard Schult schrieb nach den turbulenten Ereignissen bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 1988 über den Westen: „In einer riesigen Propagandaschlacht konnte er seine antikommunistische Ideologie stärken, den Sozialismus als menschenfeindlich darstellen und das eigene kapitalistische System als Hort der Menschenrechte präsentieren." (zitiert nach Rüddenklau 1992: 229).

Die Oppositionellen des Jahres 1989 waren 68er in einem doppelten Sinne: Sie standen einerseits den Idealen des ‚Prager Frühlings' von 1968 nahe und andererseits den Ideen der 68er-Bewegung im Westen im Allgemeinen und in der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen. Allerdings: Man kann schlecht jene in der Diktatur kritisieren, die sich an aufmüpfigen Kreisen im demokratischen Verfassungsstaat orientierten. Die Grünen im Westen haben sich nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 1990 – sie sprachen sich gegen eine (sofortige) Vereinigung aus – stark geändert und fundamentaloppositionelle Züge weithin abgelehnt. Insofern führten die welterschütternden Vorgänge von 1989 im Osten zu einem Wandel der 68er im Westen.

Konsens herrschte seinerzeit in der Ablehnung eines vereinigten Deutschlands, wesentlich bedingt durch das Trauma der NS-Barbarei – gerade in evangelischen Kreisen spielte die Schuldfrage eine große Rolle – sowie in der Bejahung eines vagen Antifaschismus. Die ‚Freiheitsfrage' ist ebenfalls unzureichend berücksichtigt worden.[4] Allerdings kann in der Diktatur nicht jede Aussage vor 1989 zum Nennwert genommen werden. Die taktische Dimension bedarf der Berücksichtigung. Manche gebrauchten sozialistische Rhetorik, obwohl sie dem Sozialismus zunehmend fernstanden, und stellten die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis heraus.

Das zeigte sich vor allem nach der friedlichen Revolution, als ein beträchtlicher Teil der ostdeutschen Oppositionellen schnell eine Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie vollzog (vgl. Jesse 2000). Manch ein ostdeutscher Bürgerrechtler war nunmehr über die westdeutsche Linke irritiert. Mit den Worten von Tom Sello: „Vor der Wende sind wir davon ausgegangen, dass es vor allem die westliche oder westdeutsche Linke war, die ähnliche oder gleiche Vorstellungen hatte. Als man diese Linke dann aber nach dem Fall der Mauer persönlich erlebte, bewirkte das einen entschiedenen Bruch." (Zitiert nach Geisel 2005: 297)

Zwar führt kein direkter Weg von 1968 (im Westen) zu 1989 (im Osten), aber die 68er unterminierten die SED-Diktatur, wenn auch nicht nur freiwillig. Der Einfluss der westdeutschen Kulturrevolution auf den Niedergang des realen Sozialismus in der DDR ist bisher nicht genügend aufgearbeitet worden.

5 Abschlussthesen

Erstens: Viele 68er im Westen strebten eine Revolution an und bewirkten eine Reform des Kapitalismus. Hingegen strebten viele 89er im Osten eine Reform des Sozialismus an und bewirkten eine Revolution. Die 68er standen im Westen zunächst gegen das Establishment und die Mehrheit der Bevölkerung. Gleiches gilt für die 89er im Osten. Allerdings gingen diese ein weitaus größeres Risiko bei ihrem Kampf gegen die Diktatur ein.

Zweitens: Das Verhältnis der 68er zu den 89ern ist von gewissen Wechselwirkungen gekennzeichnet. Ostdeutsche spielten zumal in der außerparlamentarischen Opposition des Westens eine große Rolle. Das Gedankengut der 68er wiederum unterfütterte die wenigen alternativen Gruppen des Ostens mit ihren Ideen von einem ‚dritten Weg'. Entgegen der Annahme der Staatssicherheit wurden die ostdeutschen Oppositionellen kaum vom Westen ‚inspiriert'.

Die Unterstützung ging vor allem von Ex-Dissidenten wie Roland Jahn aus, die inzwischen in den Westen gelangt waren.

Drittens: Die alternativen Gruppen, die das DDR-Regime ablehnten, wiesen ebenso keine Homogenität auf wie die 68er. Was sie im Kern einte, war die Orientierung an einem diffus interpretierten ‚dritten Weg'. Hier gibt es beachtenswerte Parallelen zu den 68ern im Westen. Nach dem Fall der Mauer zeigten sich jedoch größere Unterschiede als vorher angenommen. Die ostdeutschen Oppositionellen lösten sich zum Teil von dezidiert linken Vorstellungen. Heutzutage sind sie nicht nur bei den Grünen (unter anderem Gerd Poppe und Werner Schulz), sondern auch bei der Union (unter anderem Rainer Eppelmann und Günter Nooke) und der SPD (unter anderem Stephan Hilsberg und Markus Meckel) aktiv.

Viertens: Die verbreitete Auffassung, mit der Intervention der Sowjetunion sei die letzte Chance für einen ‚menschlichen Sozialismus' und ebenso der Untergang des ‚realen' Sozialismus besiegelt worden, ist nicht stimmig. Tatsächlich hätte der ‚dritte Weg' den ‚realen Sozialismus' unterhöhlt. Ein ‚demokratischer Kommunismus' ist ein Widerspruch in sich. Hingegen sorgte die 68er-Bewegung im Westen für eine größere Elastizität des politischen Systems. Die (vordergründige) Stabilität der DDR-Diktatur wurde durch Starrheit erreicht, die Liberalität der bundesdeutschen Demokratie durch Flexibilität.

Eckhard Jesse (geb. 1948) ist seit 1993 Lehrstuhlinhaber im Fach Politikwissenschaft an der TU Chemnitz. Er ist Herausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie (seit 1989).

Anmerkungen

[1]Dies zeigte sich durch den Rückgang der offenen Repression und die Zunahme der ‚Zersetzung' durch die Staatssicherheit (vgl. Pingel-Schliemann 2002).

[2]Vgl. die Beispiele bei Jesse 2006, vor allem die Beiträge von Martin Böttger, Heinz Eggert, Werner Schulz und Hansjörg Weigel.

[3]Das war in Polen, der CSSR und Ungarn teilweise anders (vgl. Veen/Mählert/März 2007).

[4]Anders bei Neubert 1997: 643.

Literatur

Aly, Götz 2008: Unser Kampf 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt a.M.: S. Fischer.

Geisel, Christof 2005: Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren. Berlin: Ch. Links.

Hirschmann, Albert O. 1992: Abwanderung und Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte. In: Leviathan 29, 330-358.

Hoffmann, Jürgen 1998: Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90. Opladen: Leske + Budrich.

Jesse, Eckhard 2000: DDR-Oppositionelle – zehn Jahre danach. In: Deutschland Archiv 33, 787-793.

Jesse, Eckhard (Hg.) 2006: Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz. Berlin: Ch. Links.

Jesse, Eckhard 2007: Die Totalitarismuskonzeption Herbert Marcuses. In: Schmeitzner, Mike (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 355-375.

Kluge, Matthias 2004: „Bausoldat ist man lebenslänglich". Hansjörg Weigel und das Friedensseminar in Königswalde. In: Widera, Thomas (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964-

1989, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 73-113.

Kowalczuk, Ilko-Sascha 2002 (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft.

Kraushaar, Wolfgang 2008: Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin: Propyläen.

Kurlansky, Mark 2005: 1968. Das Jahr, das die Welt veränderte. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Land, Rainer/Possekel, Ralf 1998: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegungen in den 80er Jahren. Berlin: Ch. Links.

Lühmann, Michael 2008: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation der DDR. In: Deutschland Archiv 41, 102-107.

Mitter, Armin/Wolle, Stefan 1993: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München: Bertelsmann.

Mohr, Reinhard 2008: Der diskrete Charme der Rebellion. Ein Leben mit den 68ern. Berlin: wjs.

Neubert, Ehrhart 1997: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin: Ch. Links.

Pingel-Schliemann, Sandra 2002: Zersetzen. Strategie einer Diktatur. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft.

Poppe, Gerd 2002: Dialog oder Abgrenzung. In: Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft, 163-169.

Rochtus, Dirk 1999: Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des dritten Weges in der DDR 1989/90. Leipzig: Universitätsverlag.

Rüddenklau, Wolfgang 1999: Störenfried. ddr-opposition 1986-1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern". Berlin: Basisdruck

Schneider, Peter 2008: Rebellion und Wahn – Mein 68. Eine autobiographische Erzählung. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Schütrumpf, Jörn 2008: „1968" in der DDR. Oder: Warum die Revolte in der Mokka-Milch-Eisbar stattfand. In: Rosalux, Heft 1/2008, 15.

Schuller, Konrad 1996: Sie sitzen in der subventionierten Kneipenbibliothek und warten auf 1990. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.8.1996.

Semler, Christian 2003: 1968 im Westen – was ging uns die DDR an? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, 3-5.

Simon, Anette 1997: „Kluge Kinder sterben früh". Die Achtundsechziger der DDR: Was verbindet, was trennt sie von jenen in der Bundesrepublik? In: Die Zeit vom 6.6.1997.

Timmer, Karsten 2000: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Trömmer, Markus 2002: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit: Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Veen, Hans-Joachim/Mählert, Ulrich/März, Peter (Hg.) 2007: Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975-1989. Köln u.a.: Böhlau.

Wolle, Stefan 2008: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Berlin: Ch. Links.

www.vs-verlag.de

Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement im VS Verlag

> Die Reihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“

hrsg. von Ansgar Klein, Ralf Kleinfeld, Frank Nullmeier, Dieter Rucht, Heike Walk, Ulrich Willems und Annette Zimmer

Band 12
Ralf Kleinfeld / Annette Zimmer / Ulrich Willems (Hrsg.)
Lobbying
Strukturen. Akteure. Strategien
2007. 280 S. Br. EUR 31,00 ISBN 978-3-8100-3961-3

Band 26
Peter Imbusch / Dieter Rucht (Hrsg.)
Profit oder Gemeinwohl?
Fallstudien zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wirtschaftseliten
2007. 334 S. Br. EUR 28,00 ISBN 978-3-531-15507-4

Band 27
Holger Backhaus-Maul / Christiane Biedermann / Stefan Nährlich / Judith Polterauer (Hrsg.)
Corporate Citizenship in Deutschland
Bilanz und Perspektiven
2008. 541 S. Br. EUR 39,90 ISBN 978-3-531-15959-1

Band 28
Norbert Kersting (Hrsg.)
Politische Beteiligung
Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation
2008. 294 S. Br. EUR 24,90 ISBN 978-3-531-16158-7

Band 29
Ingo Bode / Adalbert Evers / Ansgar Klein (Hrsg.)
Bürgergesellschaft als Projekt
(Arbeitstitel)
Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland
2009. ca. 400 S. Br. ca. EUR 29,90 ISBN 978-3-531-16266-9

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Helmut Fehr

Von 1968 bis 1989: Die Studentenproteste als Kristallisationspunkt für eine neue politische Generation in Ostmitteleuropa

In den jüngsten Debatten über die Studentenproteste von 1968 wurden die Revolten in Ostmitteleuropa nur am Rand erwähnt. Dabei bietet die Erinnerung an die polnischen März-Proteste und die Demonstrationen der Studenten der Prager Karls-Universität Ansatzpunkte für ein mehrschichtiges Verständnis von 1968 als historischer Zäsur. In Polen und der Tschechoslowakei markiert 1968 nicht nur die Unterdrückung reformkommunistischer Perspektiven und das Ende des Revisionismus als ideologische Strömung. Dieses Jahr ist mehr noch durch einen politischen Generationswechsel geprägt, der langfristig für eine Neuorientierung unabhängiger Sammlungsinitiativen in beiden Ländern steht. Für vergleichende Untersuchungen ist daher der Zusammenhang von Generationslagen, politischen Milieus und Demokratisierung ‚von unten' von besonderem Interesse: Worin bestehen die Gemeinschaftserfahrungen und Handlungsformen in den Protestgruppen? Welchem Bedeutungswandel unterliegen Dissidenz und Bürgergesellschaft als politische Perspektiven zwischen 1968 und 1989? Wie sind im ostmitteleuropäischen Ländervergleich Ungleichzeitigkeiten und Ungleichheiten im politischen Denken und Handeln der Milieus zu bestimmen, aus denen sich die neuen Gegeneliten vor 1989 rekrutierten?

Im ersten Teil meines Beitrags[1] werden Rahmenbedingungen für die März-Proteste an den polnischen Hochschulen beleuchtet, im zweiten Teil gehe ich näher auf Demokratisierungsbestrebungen von unten während des Prager Frühlings ein. Daran anschließend erörtere ich unter vergleichenden Gesichtspunkten die Rolle von politischen Handlungsorientierungen und Konzepten, die im Übergang von den 1970er Jahren bis 1989 für neue politische Akteure und Altersgruppen grundlegend waren: Selbstorganisierung, Pluralismus, Dialog und Bürgerrechte. Schließlich werde ich einige ausgewählte Fragen nach dem Wirkungszusammenhang und der politischen Rezeption aufgreifen, die die Aktualität des politischen Generationswechsels unterstreichen.

1 Kontextbedingungen für die Revolte von 1968 in Polen

Welche Gründe gab es 1968 für die März-Proteste in Polen? Die Aktivitäten der oppositionellen Studenten in Warschau, Krakau, Breslau, Danzig, Lódz und anderen Städten gingen bis auf den Herbst 1967 zurück; eine Zeit, in der es an der Warschauer Universität zu Kontroversen zwischen der kommunistischen Parteileitung und ‚Partei-Liberalen' kam, die durch Diskussionsveranstaltungen und Treffen von unabhängigen Studentenzirkeln ausgelöst worden waren. Anlass war die Frage der Genehmigung unabhängiger Veranstaltungen – ohne Kontrolle des Parteiaktivs der ‚Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei' (PZPR) an der Warschauer Universität. In Jacek Kurons Erinnerungen wird die politische Atmosphäre jener Monate festgehalten: „In diesem Klima bildeten sich unter der akademischen Jugend unterschiedliche politische Denkrichtungen und, in geringem Maße, Aktionen aus. Es entstand ein fast vollständiges Spektrum politischer Haltungen, wobei die linken und, noch deutlicher, die antitotalitären Orientierungen überwogen. Selbst die Maoisten an der Universität verteidigten den Pluralismus, und im Lager der regierungstreuen Studenten gab es kaum einen, der nicht die

Liberalisierung des Systems gefordert hätte“ (Kuron 1991: 56). Kuron geht auch genauer auf die Vorbedingungen für den politischen Klimawechsel ein: „Diese Enklave der Freiheit (…) kam nicht aus heiterem Himmel. Zu verdanken war es den Aktivitäten der Linken nach dem Oktober ’56 und ihren Zöglingen (…), den Walterianern und dem ‚Klub der Sammler von Widersprüchen‘“(ebenda: 543). Eine andere Bedingung ergab sich aus dem Verhalten der Parteiorganisation an der Warschauer Universität, in dem Professoren wie der Philosoph Leszek Kolakowski, der Ökonom Wlodzimierz Brus und der Soziologe Zygmunt Baumann aktiv waren. Diese ‚Partei-Liberalen‘ verteidigten damals die oppositionellen Mitglieder des Jugendverbandes und studentische Diskussionsklubs. Eine gemeinsame Petition zur Verteidigung Adam Michniks, Aktivist des ‚Klubs der Sammler von Widersprüchen‘, und Kritik an der Relegation von ihm und Henryk Szlajfer war die erste Massenkundgebung an der Universität Warschau, die von Protestkundgebungen in Krakau, Danzig, Lódz, Breslau und in anderen polnischen Städten begleitet wurden.

Ausgelöst wurde die März-Bewegung der polnischen Studenten durch eine Petition und Proteste gegen die drohende Absetzung von Vorstellungen der ‚Totenfeier‘ im Warschauer Nationaltheater. In der Erklärung der Warschauer Studenten hieß es: „Wir, die Warschauer studentische Jugend, protestieren gegen das Aufführungsverbot von Adam Mickiewicz’ Nationaldrama ‚Die Totenfeier‘ auf der Bühne des Nationaltheaters“ (Kuron 1991: 457). Die Absetzung der ‚Totenfeier‘ war durch die kommunistischen Machteliten veranlasst worden – und nicht durch die sowjetische Botschaft in Warschau. Die Kritik richtete sich gegen das kommunistische Regime Polens als Gegner der ‚freiheitlichen Tradition‘.

Die März-Proteste wurden von den neuen politischen Akteuren zum Anlass genommen, in selbstkritischen Reflexionen die eigene Rolle zu beleuchten: „das Gros der Studenten, die an der Märzbewegung teilgenommen hatten, kann man keinesfalls als Linke betrachten. (…) (Es) traten Menschen mit einem nicht-linken Ethos gegen die Offensive des kommunistischen Nationalismus im Namen von Werten auf, zu denen auch wir uns bekannten“ (Kuron 1991: 543). Das bedeutete für Kuron: „Wir mussten uns also ideologisch-politisch noch einmal definieren, und das war nur möglich im Dialog mit Leuten außerhalb unseres Kreises (der antitotalitären Linken, Anm. der Autor), von denen wir fanden, dass sie uns nahe stünden“ (ebenda). Damit werden Fragen der Neuorientierung bezeichnet, die sich im Wandel politischer Selbstbilder und Leitideen während der 1970er Jahre niederschlugen (Michnik/Tischner/Zakowsky 1995: 170-197).

Die Protestlosungen verbanden Forderungen nach Freiheit der Kunst mit der politischen Themenbildung über Freiheit: Forderungen nach Meinungs- und Versammlungsfreiheit, nach Pluralismus und ‚Unabhängigkeit ohne Zensur!‘ (Kwiek 2005: 49ff.). Daran lässt sich auch die mobilisierende Wirkung der Protestlosungen und deren Aufbewahrung als Bestandteil impliziten Generationenwissens bis 1989 ermessen: Die protestierenden Studenten in Warschau, Krakau, Breslau, Danzig Lódz und anderen polnischen Städten agierten auf der Grundlage eines spontan entfaltetem Selbstbewusstseins (so die Protestlosung ‚Das sind wir!‘ in Breslau), das Anti-Regime-Kritik mit Appellen an andere Milieus der polnischen Gesellschaft zu verallgemeinern suchte. Im März 1968 hatte die Protestbewegung mit diesen Appellen keine Erfolge, wie die polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen und die inszenierten antisemitischen Kampagnen gegen die Studenten in der offiziellen Öffentlichkeit, beispielsweise bei Parteiversammlungen oder in Fabriken belegen.

1968 gab es für Polen ein nationales und ein internationales Protestereignis, die in einem Wirkungszusammenhang standen: Das natio-

nale war die Theateraufführung der ‚Totenfeier' von Mickiewicz, das internationale war die Reformbewegung in der Tschechoslowakei: „Gleichzeitig beginnt der Prager Frühling. Und wir haben gerufen: Die Polen warten auf ihren Dubcek" (Michnik 1986: 296). Mit diesen Worten wird auf einen Wirkungszusammenhang verwiesen, der vom Frühjahr bis Herbst 1968 in zahlreichen Unterstützungsaktionen für den ‚Prager Frühling' zum Ausdruck kam (vgl. Oseka 2008, Suleja 2006: 37, Eisler 2006).

2 ‚Prager Frühling' und neue Bürgerinitiativen

1968 in Prag gründet auf Initiativen und Protestereignissen, die bis in das Jahr 1967 zurückreichen: Die Debatten während des 7. Tschechoslowakischen Schriftsteller-Kongresses im Juni 1967 (Kundera u. a. 1968) und die spontanen Studentenproteste im November 1967. Im Mittelpunkt der teil-öffentlichen Debatten der Schriftsteller standen die Forderung nach Redefreiheit und Abbau der Zensur, die am 1. März 1968 abgeschafft wurde.

Im Frühjahr 1968 wurden in der Tschechoslowakei nicht nur politische Themen ‚von oben' diskutiert, wie die Beschlüsse der KPTsch in der westlichen Medien-Öffentlichkeit bis heute so dargestellt werden. Der Entwurf des ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz' war eingebettet in Reformdebatten, die auch zivilisatorische Dimensionen gesellschaftlichen Wandels berührten. So wurden in einem an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften bereits vor 1968 begründeten interdisziplinären Forschungsprojekt auch Wandlungen des Lebensinhalts (Richta u. a. 1968: 84ff., 107ff.), Möglichkeiten der Entfaltung subjektiver Antriebskräfte und die Rolle des Individuums für

die ‚gesellschaftliche Praxis' thematisiert. Der Titel des Reformprojekts, das in der öffentlichen Rezeption überwiegend mit den Perspektiven der wissenschaftlich-technischen Revolution assoziiert wurde, deutete in Richtung des Demokratisierungsprozesses: ‚Zivilisation am Scheideweg' (ebenda).

Bereits Anfang März 1968 riefen Prager Studenten in einer öffentlichen Kundgebung an der Karls-Universität zur Unterstützung des Reformkurses auf. Daneben gab es Bestrebungen zur Wiederbelebung der Bürgergesellschaft (Lakatos 1968: 98ff.), die im Verlauf des Jahres 1968 in der Gründung von politischen Klubs und unabhängigen (Bürger-) Initiativen einen Ausdruck fand, wie besonders das ‚Manifest der 2000 Worte' (Vakulik 1968: 170ff.) unterstreicht. Die von dem Journalisten und Schriftsteller Ludvik Vaculik verfasste programmatische Denkschrift erschien am 27. Juni 1968 in der Wochenzeitung ‚Literární listy' des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, einer der einflussreichsten Zeitungen während des ‚Reformfrühlings' 1968. Das Manifest erlangte spontane Unterstützung in der Öffentlichkeit und prägte die politische Themenbildung.[2] Zentrale Forderungen des Manifests waren: Die Demokratisierung dürfe nicht zum Stillstand kommen, die KPTsch müsse sich mit ihrem neuen Aktionsprogramm der Öffentlichkeit stellen, und in den Beziehungen zu den anderen Kommunistischen Parteien und den Ostblockländern müsse der Grundsatz der Gleichberechtigung gelten. Gerade diese letzte Forderung aus dem Manifest diente den Partei-Konservativen in Prag und den sowjetischen KP-Führern als Vorwand für Angriffe auf Alexander Dubcek und die Reformer: Das Manifest wurde als ‚Aufruf zur Konterrevolution' diffamiert. Dabei wurden im ‚Manifest der 2000 Worte' eher konsensbildende und zivilgesellschaftliche Ideen betont: zum Beispiel, dass die demokratische Erneuerung der Tschechoslowakei nicht ohne die Kommunisten durchzusetzen sei und dass in Zukunft die ‚eigene Initiative' und ‚eigene Tatkraft' aller Bürgerinnen und Bürger für die Demokratisierung der Gesellschaft und des politischen Lebens bedeutsam seien.

Im Umfeld des ‚Manifests der 2000 Worte' engagierten sich ebenso wie in der unabhängigen Initiative ‚KAN' (Klub der engagierten Parteilosen) zahlreiche Studenten. Und nach der militärischen Niederschlagung des ‚Prager Reformkommunismus' bildeten sich informelle Zirkel und politische Klubs von Studenten, die wie das gesamte Projekt ‚Prager Frühling' auch symbolische Unterstützung durch Studenten aus polnischen Hochschulstädten erfuhren. Auf diesem Hintergrund erscheint der gewaltfreie Widerstand der Bürger (vgl. Pauer 2003:155, Pauer 1995: 259ff.) gegenüber den im August 1968 einmarschierenden russischen Soldaten als Prototyp zivilen Ungehorsams (Ebert 1968: 865ff.); ein Haltungstyp, der zum Handlungsrepertoire der Bürgergesellschaft und sozialen Bewegungen in Ostmitteleuropa zählt. Im Gegensatz zur verbreiteten Rahmendeutung vom ‚Ende der Demokratisierung' durch den Einmarsch der sowjetrussischen Armee stellte sich die Gesellschaft vom August 1968 bis zum April 1969 vielschichtiger dar: „die Gesellschaft war elektrisiert, mobilisiert, (…) alle unterstützten die KPTsch, alle waren für den ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz'" (Uhl 2008).

Im Herbst 1968 wurde ersichtlich, dass der studentische Protest von einer jüngeren Altersgruppe getragen wurde, die sich auch durch eigene Werte und Lebensformen vom kulturellen und politischem ‚Establishment' absetzte und die Erfahrungen der Unabhängigkeit, der Versammlungsfreiheit und Selbsttätigkeit nicht aufgeben wollten: Der Streik der Studenten vom 17. November 1968 gipfelte in einem Besetzungsstreik an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität, der eine Woche lang aufrecht erhalten wurde. Der Streik wurde begleitet von Tendenzen der Selbstorganisierung unter den Studierenden, wie der Gründung von Aktions-

komitees und unabhängigen Zirkeln. Petr Uhl, einer der Meinungsführer, erinnert sich: „Am Ende des Streiks haben wir die Bewegung der revolutionären Jugend (H.R.M.) gegründet" (Uhl 1981: 20). Deren Sitzungen wurden anfangs öffentlich abgehalten. Die Handlungsweise dieser Initiative war ‚legal', die wöchentlichen Zusammenkünfte öffentlich zugänglich. Über die kurze Geschichte der H.R.M. als spontan gebildeter Bewegung, die auf Aktionen setzte, bald partiell im Untergrund agieren musste und bis zur Zerschlagung Anfang 1969 nach Unterwanderung durch Spitzel und polizeiliche Maßnahmen eine Reihe von Flugblättern und Manifesten veröffentlichte, stellt Uhl fest: „Wir wählten eine linke Orientierung in einer Phase, in der nationalistische Postulate an Einfluss gewannen" (ebenda: 21).

3 Selbstorganisierung, Dialog, Pluralismus und Bürgerrechte

1968 markiert in Polen und der Tschechoslowakei nicht nur das Ende des Reformkommunismus als politischer Strömung und die Desillusionierung der ‚Revisionisten'. Es war auch der Wechsel in der ideologischen Biographie einer Generation nicht-kommunistischer wie kommunistischer Intellektueller, zu denen sich liberale Partei-Oppositionelle ebenso zählten wie ‚unorthodoxe Marxisten'. Zugleich war es auch das Geburtsjahr einer neuen politischen Generation, die mehr als Dissidenten repräsentierte: Es war der Anfang vom Ende des ‚Elitarismus' der polnischen Intelligenz (Osiatinski 2008). Die junge Intelligenz nach 1968 brach mit dem ‚monarchistischen' Selbstbild der alten polnischen Intelligenz. Statt der Abweichung von ideologischen Dogmen der kommunistischen Partei, die dem Haltungstyp individueller Dissidenz entspricht, wurden in beiden Gesellschaften ‚dissidente' Organisationen und eine Sphäre unabhängiger politischer Aktivitäten begründet. Diese Initiativen konnten auch während der 1970er Jahre in der Phase der ‚Normalisierung' in der Tschechoslowakei (Pelikan 1973) und durch gezielte Repression in der Gierek-Ära in Polen nicht ausgelöscht werden.

In Polen sind Kontinuitäten mit 1968 vor allem im Ideenhorizont der Solidarnosc der Intelligenz lebendig. So berichtet Adam Michnik: „Diese Generation hat der polnischen Opposition etwas ganz Spezifisches gebracht". Und: „Ich glaube, ich bin meiner antiautoritären Option von 68 treu geblieben. Deshalb war ich gegen den Kommunismus" (Michnik 1986: 183ff.). Aus dem Spektrum der studentischen Protestgruppen wurden zahlreiche Akteure der demokratischen Opposition rekrutiert, die 1976 bei der Gründung des ‚Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung' (KOR) und in anderen gesellschaftlichen Initiativen (Untergrundverlage, Fliegende Universität), 1980 bei der Entstehung von Solidarnosc, im ‚Bürgerkomitee bei Lech Walesa' 1987 bis 1989 und an den im Februar 1989 eröffneten ‚Rund-Tisch-Gesprächen' als Berater gestaltend mitwirkten: Adam Michnik, Jan Litynski und Jacek Kuron, der 1964 zusammen mit Karol Modzelewski in einem ‚Offenen Brief' an die Kommunistische Partei deren Politik einer schonungslosen Kritik unterzogen hatte. Die politischen Biographien und das Engagement von Adam Michnik, Jan Lytinski, Seweryn Blumsztajn, Irena Grudzinska, Teresa Boguszka, Bogdan Borusiewicz, Jan T. Gross und anderen von den 1970er und 1980er Jahren bis in die Gegenwart unterstreichen, worin die Besonderheit des Haltungstyps dieser Altergruppe liegt: Sie verfügen über eine ausgeprägte Sensibilität für kulturelle Rahmenbedingungen der Politik, die sich über das Engagement in unterschiedlichen Rollen in Politik, Medien und Wissenschaft auch in selbstreflexiven Beiträgen zur politischen Kultur niedergeschlagen hat. Auch im Milieu der unabhängigen Gewerkschaftszirkel, die ab 1978 öffentlich aktiv waren, bildete 1968 einen Bezugspunkt, wie Lech Walesa im Rückblick hervor-

hebt: „Eigentlich hat mein Leben erst 1968 angefangen" (Gatter-Klenk 1981: 97).

In der Tschechoslowakei war die Infrastruktur des Widerstands (Michnik 2008), die in Polen auch nach der Niederschlagung der März-Proteste durch das kommunistische Regime nicht ausgelöscht werden konnte, nach 1968/69 für längere Zeit zerstört. Aufrufe, Stellungnahmen von oppositionellen Zirkeln und gegenkulturelle Initiativen erfüllten die Rolle von Kristallisationspunkten für ein unabhängiges (gegenkulturelles) Milieu, das zwar während der Periode der ‚Normalisierung' zwischen 1970 und 1976 nur am Rand existierte, gleichwohl Mitte der 1970er Jahre in der Neubildung von Bürgerinitiativen wie der Charta 77 eine teilöffentliche Plattform erhielt. Gemeinsam war diesen Initiativen, dass Forderungen nach Einlösung von individuellen Bürgerrechten mit allgemeinen Zielen der Demokratisierung ‚von unten' verknüpft wurden: politischer Dialog, Versammlungs- und Meinungsfreiheiten.

Im Milieu der Dissidenten und ‚Chartisten' handelten seit Mitte der 1970er Jahre Personen, die zu den oppositionellen Initiativen von 1968 in Prag zählten: Vaclav Havel, Petr Uhl, Jiri Hajek, Zdenek Mlynar, Ludvik Vaculik. Daneben überdauerten Ansprüche auf selbstbestimmte Erfahrungen und Autonomie in gegenkulturellen Initiativen.

Für das politische Denken der Chartisten spielten ‚moralische Kräfte' (Patoèka 1992: 320), Dialog und Bürgerrechte eine entscheidende Rolle. Normative Orientierungen einer aufzubauenden Bürgergesellschaft wurden in die politische Themenbildung aufgenommen und teilweise kontrovers diskutiert, so Václavs Bendas Thesen über Freiheit und parallele Polis (Benda 1991: 35ff.). 1988 entstand aus dem Milieu der Dissidenten die Sammlungsinitiative ‚Bewegung für Bürgerfreiheit' (HOS), die politische Reformorientierungen entwarf. Daneben entstanden während der 1980er Jahre auch zahlreiche unabhängige Initiativen, die sich in der Distanz zum ‚Dissens' verorteten: Informelle Gruppen in der Kultur- und Jugendszene, die sich teilweise unter politischen Namen sammelten (‚Gesellschaft der Freunde Amerikas'), liberale Partei-Initiativen (‚Demokratische Initiative', 1987) und reformsozialistische Zirkel wie der Klub Obroda 1988 (Vorácek 1997: 188-212). Im Herbst 1989 entstanden im Verlauf der spontanen Massenproteste Gruppierungen von Studenten, die Elemente eines neuen Generationsbewusstseins zeigten: Die studentischen Akteure der ‚samtenen Revolution' vom November 1989 verbanden Pragmatismus und gegenkulturelle Orientierungen mit einer Distanz gegenüber ideologischen Selbstbildern.

Wie nachhaltig sich Ziele und Generationsimpulse von 1968 auch auf die Denk- und Erlebniswirklichkeit der jüngeren Altersgruppen auswirkten, belegen biographische Erzählungen (Lutz 1999). So hebt einer der in lebensgeschichtlichen Interviews befragten studentischen Akteure vom November 1989 hervor, worin die besondere Bedeutung von Manifesten aus dem Jahr 1968 und die Vorbildrolle von Mitgliedern der Charta 77 lag: „Irgendwann Ende der siebziger Jahre fand ich im Wäscheschrank ein Exemplar der ‚2000 Worte'". Und: „Wir lagen neben dem Vater, Mutter saß auf der Bettkante und wir lauschten den gestörten Rundfunknachrichten über die Beerdigung von Professor Patoèka (Sprecher der Charta 77, Anm. der Autor). An diesem Tag erklärte uns Vater, wer das war und dass es eine Charta 77 gibt und worum es dabei überhaupt geht" (Vanek 1999:3).

In vergleichender Perspektive auf 1968 und 1989 wird die strukturbildende Rolle von zivilgesellschaftlichen Ideen in beiden Ländern ersichtlich: Die lokalen Bürgerkomitees Solidarnosc und das tschechische Bürgerforum agierten als Träger des demokratischen Umbruchs. Die in der sozialwissenschaftlichen Literatur verbreitete Annahme der Rund-Tisch-Verhandlungen als Modelle für Elitenkompromisse in Polen und der Tschechoslowakei läuft auf eine

Umdeutung der revolutionären Wandlungen von 1989 hinaus. Unter dem Druck der spontanen Mobilisierungsprozesse, den Protesten auf der Straße in Prag, übergaben die noch handlungsfähigen Akteure des kommunistischen Regimes (wie Ministerpräsident Adamec) die Macht an Repräsentanten des neu gebildeten ‚Bürgerforums', deren Leitideen auf Dialog, Toleranz und Pluralismus gründeten. Unter ähnlichen (allerdings ungleichzeitigen) Rahmenbedingungen verliefen auch die Rund-Tisch-Verhandlungen in Polen, deren Anfänge auf das Jahr 1988 verweisen, in dem während des Sommers zwei spontane Streikwellen jüngerer Arbeitergruppierungen die Grenzen der Machtstrategie der kommunistischen Eliten offenbarten. Im Verlauf der polnischen Rund-Tisch-Gespräche vom Februar bis April 1989 zeigte sich, dass Forderungen nach Pluralismus, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit eine Eigendynamik annahmen, die die Machterhaltungsstrategie der kommunistischen Eliten nicht nur neutralisierte. Im Ergebnis der ersten Parlamentswahlen, die am Runden Tisch vereinbart worden waren, traten die lokalen Bürgerkomitees der Solidarnosc als dominante Akteure in der neuen politischen Arena auf. Alle Solidarnosc-Aktiven in der Wahlkampagne 1989 waren sich im Rückblick einig, „dass die Wahlaktion menschliche Energien auslöste und eine neue zivile Bewegung kreierte, die sich neben der Gewerkschaft weiter entwickeln soll" (Modlinger/Romaniuk 1989).

4 Ungleichzeitigkeiten und Ungleichheiten als Merkmale eines politischen Generationszusammenhangs

Aus den bisherigen Überlegungen lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens kann die intellektuelle Leistung von unterschiedlichen Angehörigen eines Generationszusammenhangs in den beiden ostmitteleuropäischen Gesellschaften, die in der Spätphase des ‚Real-Sozialismus' agieren, im Anschluss an Karl Mannheim (Mannheim 1970: 517) näher bestimmt werden: Das kollektive Protestereignis 1968 stellt zum einen den Zusammenhalt innerhalb einer Generation her, zum anderen verbindet es aber auch Angehörige verschiedener Jahrgänge miteinander. Das erklärt auch die starke kulturelle Resonanz, die von der neuen Generation und deren politischem Bewusstsein ausging: In den Bürger- und Dissidentenbewegungen gelang die Synthese von kulturellen und politischen Traditionen der (nationalen) Unabhängigkeit, der Selbstorganisation und des Pluralismus. Das waren Orientierungen, die bereits in Flugblättern von 1968 teilweise artikuliert werden (Kwiek 2005: 59ff.) und die für die demokratische Kultur in beiden Übergangsgesellschaften bis heute Herausforderungen darstellen. Hier werden öffentliche Kontroversen über nationale Identität, historische Feindbilder und Mythen der Erinnerungskultur unterstrichen.

Zweitens lässt sich der ‚Prager Frühling' nicht angemessen als Bewegung bestimmen, die ‚von oben' initiiert wurde. Unter vergleichenden Gesichtspunkten sind vielmehr die besonderen Formen der ‚Interaktion' (Strmiska 1983: 118) zwischen den gesellschaftlichen Initiativen von unten und den Akteuren in Partei und staatlichen Institutionen aufschlussreich. In der Ausarbeitung neuer Projekte verbanden sich 1968 traditionelle und neue Einflüsse von nichtmarxistischen und unorthodoxen Intellektuellen, die am Rand oder außerhalb des partei-kommunistischen Milieus standen: Unter dem Einfluss dieser Denkanstöße und Traditionen der nationalen politischen Kultur unternahmen die Reformkommunisten 1968 den Versuch, politische Konzeptionen neu zu bestimmen und Widersprüche ihrer Politik zu lösen. „Auch wenn die Rolle der politischen Reformführung noch so bedeutend war, die Hauptfaktoren der Bewegung waren weder die Reformführung noch die Partei als Organisation, sondern die ‚zivile Gesellschaft' und ihre hauptsächlichen Bestand-

teile, die sich bemühten, die Fesseln aufgezwungener institutioneller Systeme zu sprengen (…) und den Weg zur gesellschaftlichen Umgestaltung zu öffnen" (ebenda: 124). Strmiska bezeichnet mit dieser Interpretation von Prag 1968 Besonderheiten der sich neu entfaltenden sozialen Bewegungen in den ‚real-sozialistischen' Ländern Ostmitteleuropas, die auch für die ungleichen und ungleichzeitigen Interaktionen zwischen Staat und sozialen Bewegungen in Polen von Mitte der 1970er bis Ende der 1980er Jahre Anhaltspunkte bietet.

In Polen war die Studentenrevolte vom März 1968 Ausgangspunkt für sich neu kristallisierende bürgerschaftliche Orientierungen und soziale Bewegungen, die nach einer Phase der Latenz Anfang der 1970er Jahre (und nach der Unterdrückung der spontanen Arbeiterproteste an der Ostseeküste 1970) in kollektiven Lernprozessen einen Niederschlag fanden: zum einen in der Leitidee der Selbstorganisierung für sich neu formierende Bürgerkomitees wie KOR und Kuroñs Strategie des selbstbegrenzten politischen Handelns (Kuroñ 1994: 131ff.) und andere politische Sammlungsinitiativen; zum zweiten in Möglichkeiten und ‚Pflichten' am öffentlichen Leben teilzunehmen und auf den gewaltsamen Sturz des kommunistischen Regimes zu verzichten (Kolakowski 1987: 285, Michnik 1985: 48f, 53ff.). Auf dem Weg der ‚Evolution' (Michnik 1985: 48)) sollte zum dritten schrittweise die Sphäre der bürgerlichen Freiheiten und garantierten Menschenrechte ausgeweitet und die Bildung unabhängiger Initiativen, exemplarischer Gemeinschaften und Aktionskomitees angestrebt werden. Diese Orientierungen unterstrichen einen Strategiewechsel im politischen Denken der Dissidentenbewegungen und der demokratischen Opposition: eine Abkehr von konspirativen und gewaltsamen Formen des Widerstands hin zu zivilen Handlungsmustern und Prinzipien der Gewaltlosigkeit, die in Solidarnosc 1980/81 als sozialer Bewegung und Gewerkschaft und den Bürgerkomitees Solidarnosc 1989 einen organisatorischen Ausdruck erhielten. Damit wird auch ersichtlich, worin das kreative Potential der neuen politischen Altersgruppen und Bewegungen liegt: der gelungenen Synthese von Forderungen nach einer aufzubauenden Bürgergesellschaft und dem eingeleiteten Strategiewechsel als soziale Bewegungen, die auf kleinen exemplarischen Gemeinschaften aufbauend in der Sammlungsbewegung Solidarnosc kumulierten.

Drittens gelangen wir in der Perspektive 1968 als soziale Bewegung abschließend zu einer Problematik, die in bisherigen Untersuchungen über die politische Generation von 1968 ausgeblendet worden ist: Die Studenten in Warschau und Prag verwendeten gewaltlose, symbolische und alterspezifische Techniken des Widerstands, die Parallelen zur Studentenbewegung in den westeuropäischen Gesellschaften und den USA beinhalteten. Sie zielten auf die Beseitigung von Barrieren im politischen Leben und sollten über das Medium Dialog Aufklärungsprozesse einleiten. Sie berührten aber nur partiell Kontexte der Lebensweise. In Polen zeichnete sich im Gegensatz zu Michniks Bekenntnis zum Antiautoritarismus als Haltungstyp keine Thematisierung kulturell bestimmter Hierarchien ab, von einer Enttabuisierung traditionaler Lebensstile und überkommener Autoritätsverhältnisse ganz zu schweigen: In Polen fand 1968 in den Familien, Schulen und Universitäten nicht statt. ‚Praktische Fragen' (Habermas 1969: 193) aus der Lebenswelt blieben unthematisiert.

Der fehlenden Auseinandersetzung mit kulturellen Mustern und Stilen der Mehrheitsgesellschaft, die in überkommenen Autoritätsverhältnissen bis heute überdauern, entsprach eine andere Auffassung: die im nationalgesellschaftlichen Horizont verankerten Wahrnehmungsweisen von ‚Außenpolitik' unter den protestierenden Studenten und neuen politischen Akteuren von 1968. Das Plädoyer für nationale Un-

abhängigkeit und Freiheit wurde in beiden Ländern von einer mythischen Beurteilung der Rolle der USA beeinflusst, das in verzerrten Urteilen bis in die Gegenwart gipfelt. Nach Michniks Urteil war der Kampf der polnischen Studenten 1968 ein Kampf für Freiheit und nicht gegen den Vietnamkrieg (Michnik 2008: 12). Die moralische Glaubwürdigkeitskrise der USA in der Folge der Kriegsführung wurde von Michnik und anderen Akteuren seiner Generation weder 1968 für Vietnam noch 2003 für den Irak wahrgenommen. Im Gegenteil: Sowohl im Milieu der früheren demokratischen Opposition Polens als auch des tschechischen Dissens und der Charta 77 wurde der Bruch des Völkerrechts durch die amerikanische Kriegsführung im Irak mit einem Verweis auf den ‚notwendigen demokratischen Regimewechsel' und Kampf gegen totalitäre Regime entschuldigt (Michnik 2008).

Helmut Fehr ist Professor für Soziologie an der Akademia Górniczo-Hutnicza Krakau (Polen).

Anmerkungen

[1]Der vorliegende Beitrag basiert auf sozialwissenschaftlichen und zeithistorischen Studien, Dokumenten und ausgewählte Interviews mit politischen Akteuren aus Polen und der Tschechischen Republik, die im Rahmen einer vergleichenden empirischen Untersuchung über Eliten und zivile Gesellschaft befragt worden sind.

[2]Zu den 67 Erstunterzeichnern zählten zahlreiche prominente Künstler wie der der Regisseur J. Menzel, Schriftsteller wie J. Seifert, Wissenschaftler, Intellektuelle, Arbeiter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter anderem der Sportler Emil Zapotek. Der Erklärung schlossen sich innerhalb weniger Tage Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift an.

Literatur

Benda, Vacláv 1991: Parallel Polis. In: Skilling, Gordon H. et al. (Hg.), Civic Freedom in Central Europe. London: Palgrave Macmillan, 35ff.

Ebert, Theodor 1968: Der Zivile Widerstand in der Tschechoslowakei. In: Europa-Archiv 23, 865 ff.

Eisler, Jerzy 1995: Marzec '68. Warszawa: Dzieje PRL,tom12.

Eisler, Jerzy 2006: Polski Rok 1968. Warszawa: Instytut Pamiêci Narodowej.

Gatter-Klenk, Jule 1981: Gespräche mit Walesa. Königsstein/Ts.: Athäneum Verlag.

Habermas, Jürgen 1969: Protestbewegung und Hochschulreform. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Kolakowsi, Leszek 1987: Ist der bürokratische Sozialismus reformierbar? In: Ders., Narr und Priester, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 285.

Kundera, Milan u.a. 1968: Reden zum IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag, Juni 1967. Frankfurt/M: Suhrkamp.

Kuron, Jacek 1991: Glaube und Schuld. Einmal Kommunismus und zurück. Berlin: Aufbau.

Kuron, Jacek 1994: Mysli o progamie dzieliana (1976). In: Hemmerling, Zbigniew/Nadolski, Marek (Hg.): Opozycja demokratyczna w Polsce 1976-1980. Warszawa.

Kwiek, Julian 2005: Marzec 1968 w Krakowie w dokumentach. Kraków: Ksiêgnaria Akademicka.

Lakatos, Milan 1968: Die Bürgergesellschaft sucht ihren Platz. In: Grünwald, Leopold (Hg.): Die CSSR im Umbruch. Wien: Europa-Verlag, 98-101.

Lutz, Annabelle 1999: Dissidenten und Bürgerbewegung. Frankfurt/M: Campus.

Mannheim, Karl 1970: Das Problem der Generationen. In: Ders.: Wissenssoziologie. Neuwied: Luchterhand, 509-565.

Michnik, Adam 1985: Neuer Evolutionismus. In: Ders.: Polnischer Frieden. Berlin: Rotbuch.

Michnik, Adam 1986: Interview mit Daniel Cohn-Bendit. In: Cohn-Bendit, Daniel (Hg.): Wir haben sie so geliebt, die Revolution. Frankfurt/M: Athenäum, 183-226.

Michnik, Adam 2008: Interview mit Jacek Zakowski. In: Gazeta Wyborcza vom 8./9.3. 2008.

Michnik, Adam/Tischner, Józéf/Zakowski, Jacek. 1995: Miêdzy panem i plebanem. Kraków: Znak.

Modlinger,Jerzy/Romaniuk, Pawel 1989: Komitety o swojej przyszlosci. In: Gazeta Wyborcza vom 20.6.1989.

Oseka, Piotr 2008: Marzec '68. Kraków: Znak.

Osiatynski, Wiktor 2008: Co zostalo z Marca. In: Gazeta Wyborcza vom 14.3.2008.

Patoèka, Jan 1992: Masaryk gestern und heute. In: Ders.: Schriften zur tschechischen Kultur und Geschichte, Stuttgart: Klett-Cotta, 245-257.

Pauer, Jan 1995: Prag 1968. Bremen: Edition Temmen.

Pauer, Jan 2000: Charta 77. In: Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Samizdat, Bremen: Edition Temmen, 52-63.

Pauer, Jan 2003: Die historische Bedeutung des „Prager Frühlings" von 1968. In: Agethen, Manfred/Buchstab, Günter (Hg.), Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock. Freiburg: Herder, 130-168.

Pelikan, Jiri 1973: Die sozialistische Opposition in der CSSR – Analyse und Dokumente des Widerstands seit dem Prager Frühling. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.

Richta, Radovan u.a. 1968: Zivilisation am Scheideweg. Prag: Akademie der Wissenschaften der Tschechoslowakei.

Suleja, Wlodzimierz 2006: Dolnoslaski Marzec '68. Warszawa.

Srtimska, Zdenik 1983: Der „Prager Frühling" als soziale Bewegung: In: Zdenek, Mlynar (Hg.): Der „Prager Frühling". Köln: Bund-Verlag, 116-130.

Uhl, Petr 1981: Die Herausforderung – eine sozialistische Alternative zur „Normalisierung" in der CSSR. Frankfurt/M.: ISP-Verlag.

Uhl, Petr 2008: Interview mit der Prager Zeitung vom 10.4.2008.

Vaculík, Ludvik 1969: Das Manifest der 2000 Worte. In: Škvorecky, Josef (Hg.): Nachrichten aus der CSSR – Dokumentation der Wochenzeitung „Literární listy" des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Prag, Februar-August 1968. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 170-178.

Vanek, Miroslav 1999: Sanfte Studenten von 1989. In: Willkommen im Herzen Europas. Zeitschrift der Tschechischen Republik. Nr. 6/99, 6-11.

Vorácek, Emil 1997: Linke dissidentische Utopien kurz vor dem November 1989 und danach. In: Misselwitz, Hans-Jürgen/Segert, Dieter (Hg.): Rückkehr nach Europa? Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 188-212.

Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth

Anti-Ritual, Medieninszenierung und Transnationalität: Kulturwissenschaftliche Aspekte von ‚68'

Kultur- und Mediengeschichte haben sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Motor für die Erforschung von ‚68' entwickelt. Eine Vielzahl wegweisender Studien hat gezeigt, dass ‚68' nicht bloß als politische Bewegung Spuren in der bundesrepublikanischen Geschichte hinterlassen hat, sondern im Bereich der Veränderung semiotischer Codes, der Umdefinition des kulturellen Gedächtnisses und der Transformation lebensweltlicher Figurationen einen bemerkenswerten Wendepunkt darstellt.[1]

Der kulturwissenschaftliche Zugang zu Protestbewegungen zeichnet sich durch die Frage nach den Ursachen für die spezifische Form und Modalität der semiotischen Akte aus, die den Protest als Protest konstituieren und nach den Arenen, in denen er sich ausdrückt. Gefragt wird nach den Effekten, die die expressiven Akte und Formen für andere kulturelle Zeichensysteme haben. Warum etwa ist das Sit-in um 1968 eine Protestform? Steht die Form des Sich-auf-den-Boden-Setzens möglicherweise im Zusammenhang mit den bodenorientierten Formen des Wohnens, die in den Kommunen der Bewegung entwickelt werden? Und inwiefern kann diese Handlungsform überhaupt eine herausgehobene Situation kreieren, in der eine politische Frage verhandelt wird?

Anhand dreier Fallstudien wird in diesem Beitrag das erhebliche heuristische Potenzial einer kulturwissenschaftlichen Annäherung an ‚1968' verdeutlicht: (1) Einer Analyse von Ritualstörungen und Anti-Ritualen, (2) der Dialektik von Protest-Inszenierungen und medialer Repräsentation sowie (3) der Konstruktion transnationaler Solidarität durch die Aneignung von Identitätssymbolen.

1 Aspekte und Interessen einer kulturwissenschaftlichen Perspektive auf ‚1968'

Die Besonderheiten einer kulturwissenschaftliche Perspektive lassen sich insbesondere im Vergleich zu sozial- und politikwissenschaftlichen Perspektiven auf ‚1968' plastisch veranschaulichen. Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung unterscheidet eine expressive und eine instrumentelle Logik der Aktionen sozialer Bewegungen. „Die instrumentelle Logik ist zukunftsorientiert. Sie betont den Vorrang der Zielerreichung und damit Fragen des zweckrationalen Mitteleinsatzes". Im Gegensatz dazu sei die expressive Logik gegenwartsorientiert. „Sie betont den Vorrang von unmittelbarer, authentischer Aktion als Ausdruck einer situativen Stimmungs- oder Krisenlage" (Rucht 1994: 83). Expressive Handlungsweisen seien selbstadressierend, nach innen gerichtet und zielten eher auf die Konstituierung einer Bewegungsidentität, während instrumentelle Handlungsweisen nach außen gerichtet seien und die Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse zum Ziel hätten (vgl. zu dieser Unterscheidung auch Rucht 1990).

Für die Erforschung der 68er-Bewegung aus sozialwissenschaftlicher Sicht bedeutet dies: Teach-ins, Hearings, Vorlesungsstörungen, Institutsbesetzungen oder Vollversammlungen sind expressive Praktiken, denen, anders als etwa dem Sternmarsch auf Bonn gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, keine direkte Bedeutung für die Erreichung der politischen Ziele einer Bewegung zukommt. Vielmehr, so die Logik dieses Deutungssche-

mas, hätten sie einen Beitrag zur Identitätsbildung geleistet.

Diese Deutung kann freilich nur aus einer Perspektive sinnvoll sein, in der das Politische als Entscheidungsprozess modelliert wird, auf den soziale Bewegungen Einfluss zu nehmen suchen. Sie verlagert den gesellschaftlichen Wandel, auf den die Bewegung gerichtet ist, damit in eine Sphäre, die dem *direkten* Zugriff der Bewegung entzogen ist.

In kulturwissenschaftlicher Perspektive ist diese Unterscheidung von instrumentellem und symbolischem Protest hinfällig.[2] Gesellschaftliche Konflikte aktualisieren sich vielmehr immer in semiotischen Prozessen und das Politische konstituiert sich in Arenen, die durch expressive Akte zuallererst geschaffen werden, und zwar ganz gleich, ob sich diese Arenen in der direkten Interaktion oder medial vermittelt konstituieren.

2 Ritualkritik und Anti-Rituale

Die Jahre der 68er-Bewegung können in kulturwissenschaftlicher Perspektive geradezu als Jahre einer Ausweitung des Politikbegriffs, vielleicht sogar als Jahre seiner Totalisierung gelten.[3] In Teilen der Bewegung wird das ganze Leben zum Politikum. Zugleich sind die 1960er auch die Jahre der Entdeckung des Performativen als einer Handlungskategorie. Symbolische Praktiken werden bewusst dazu eingesetzt, die soziale Ordnung in Frage zu stellen.

Jede Revolution zielt nicht nur auf politische Veränderungen, sondern greift tief in die Rituale des Alltags ein und verändert die alltäglichen Verkehrsformen. Sie wendet sich nicht nur abstrakt gegen eine ‚herrschende Klasse', sondern auch gegen deren symbolische Praktiken. Auch die 68er-Bewegung wollte eine radikale Veränderung der bundesrepublikanischen Verhältnisse und träumte später von einer an Mao und seinen Roten Garden geschulten Kulturrevolution. Für Teile der Bewegung, vor allem für die Kommunarden und die Angehörigen der Subkultur, lag in der radikalen Veränderung von Lebensstil und Lebenspraxis, in der Revolutionierung des Alltags das eigentliche Ziel der Revolte. Doch wie ist dieser Zusammenhang von symbolischen Praktiken und der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu denken?

Um einer Antwort auf diese Frage näher zu kommen, muss in Rechnung gestellt werden, dass die soziale Wirklichkeit nicht objektiv gegeben ist, sondern von den Mitgliedern einer Gesellschaft im Handeln hergestellt wird. Sie ist das Produkt gesellschaftlicher Interaktionen, die durch Wiederholung habitualisiert werden und sich durch Typisierung von Akten und Akteuren zu Institutionen verdichten. Indem institutionalisiertes Handeln die Individuen zu typisierten Akteuren macht, verleiht es ihnen eine soziale Identität und weist ihnen so einen Platz in der Gesellschaft zu. Die soziale Wirklichkeit ist also eine ständige gesellschaftliche Produktion, sie wird in jedem Augenblick im Handeln der Akteure neu geschaffen. Jede Handlung, die den institutionalisierten Mustern folgt, affirmiert und reproduziert die gegebene Ordnung. Jede Veränderung dieser Muster ist eine Veränderung der sozialen Wirklichkeit. Obwohl die Wirklichkeit sozial hergestellt wird, wird sie nämlich von den Menschen zumeist als objektive Realität erlebt. „Sie ist einfach *da* – als selbstverständliche, zwingende Faktizität." (Berger/Luckmann 1977: 26).

Auch wenn jede institutionalisierte Handlung die Wirklichkeit der Alltagswelt affirmiert und ihre unhinterfragte Faktizität bestätigt, so gibt es doch einen Modus des Handelns, dem bei der Produktion, aber auch bei der Subversion gesellschaftlicher Ordnung eine besondere Bedeutung zukommt: rituelles Handeln. Rituale haben eine gemeinschaftsstiftende Funktion: In ihrem Vollzug verständigt sich ein Gemeinwesen über seine Werte und aktualisiert seine soziale Ordnung. Für soziale Bewegungen, die eine

Veränderung der sozialen Ordnung anstreben, sind gesellschaftliche Rituale, die diese Ordnung stabilisieren, daher ein wichtiger Ansatzpunkt. Rituale werden durch soziale Bewegungen zum Gegenstand öffentlicher Kritik, sie werden in ihrem Ablauf gestört oder gar zu verhindern gesucht; häufig werden auch Antirituale entwickelt. Unter dem Terminus ‚Antiritual' soll dabei nicht die individuelle oder gesellschaftliche Ablehnung jedweden rituellen Handelns verstanden werden, sondern ein gegen bestehende Rituale und andere Handlungsformen gerichtetes Gegen-Ritual (zum Konzept des Antirituals vgl. Soeffner 1998 und Douglas 1986). Antirituale können also als Herausforderungen der etablierten Ordnung gelesen werden, als Ausagierung von Utopien einer anderen sozialen Ordnung.

Gerade die 68er-Bewegung war in ihrem Selbstverständnis eine zutiefst ritualkritische Bewegung. Zahlreiche Aktionen richteten sich gegen traditionelle Rituale und Ritualisierungen. Zunächst blieben Ritualstörungen auf die Universität beschränkt: Feiern zur Immatrikulation oder zur Rektoratsübergabe wurden durch unkonventionelle Redebeiträge und Forderungen nach Diskussion gestört. Universitätsinterne Aussprachen zwischen Universitätsleitung und Studierenden wurden ebenso ‚gesprengt' wie Vortragsdiskussionen zwischen Studierenden und Gästen aus der Politik. Beispiele hierfür sind der Meinungsaustausch zur Verbesserung der Studiensituation am 27. November 1966 an der Freien Universität Berlin, bei der dem Rektor von der Kommunegruppe das Mikrofon entrissen und das sogenannte ‚Fachidiotenflugblatt' verlesen wurde oder die in Tumulten endende Debatte mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz am 19. Dezember 1967 im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin (vgl. die Analyse in Scharloth 2007a). Doch auch Vorlesungen und Seminare wurden als Ausdruck autoritärer Strukturen im Lehrbetrieb abgelehnt und an fast allen Universitäten in Deutschland durch Forderungen nach der Diskussion politischer Fragen, nach Änderung des Curriculums oder auch durch Infragestellung der politischen und charakterlichen Eignung des Dozenten bis hin zum Abbruch gestört.

Insbesondere die Kommunen und die aktionistische Fraktion des SDS sorgten jedoch dafür, dass das Eingreifen in den regulären Ablauf von Ritualen bald nicht mehr auf den akademischen Bereich begrenzt blieb. Aufsehen erregende Aktionen waren etwa das geplante Puddingattentat auf den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey, der am 6. April 1967 Berlin besuchte und die Störung des Staatsaktes für den früheren Reichstagspräsident Paul Löbe am 9. August 1967, die beide durch Mitglieder der Kommune I initiiert wurden. Auch der provozierte Abbruch der Einvernahme von SDS-Mitgliedern vor dem Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses am 20. Februar 1968, das Verhalten von Rainer Langhans und Fritz Teufel während des vom Sommer 1967 bis zum Februar 1968 gegen sie geführten Prozesses wegen Aufforderung zur Brandstiftung oder die zahlreichen Störaktionen während der Berliner Festwochen im September 1967 weiteten das Terrain der politischen Aktionen über die Universität hinaus aus.

Zugleich bildeten sich im Rahmen der 68er-Bewegung in der kritischen Auseinandersetzung mit als autoritär empfundenen Formen ritueller Performanz zahlreiche Antirituale. Vorlesungen und universitäre Seminare wurden durch studentische Arbeitskreise und Seminare ersetzt und das bis hin zu ihrer Institutionalisierung in ‚Kritischen Universitäten'. Als Gegenentwurf zur herrschenden öffentlichen Gesprächskultur, die man als von kommunikativer Asymmetrie geprägt und ritualisiert empfand, wurde kritisches Diskutieren mit egalitärer Verteilung des Rederechts in Teach-ins angestrebt. Der politischen Entscheidungsfindung in nicht-öffentlichen Sitzungen mit Delegierten ohne imperati-

ves Mandat wurden die öffentliche Diskussion und die Vollversammlung gegenübergestellt. Und in Kommunen entwickelten sich hochritualisierte Gesprächsformen, die das Beschweigen bestimmter Themen in der Mehrheitsgesellschaft durch den Zwang ihrer Diskussion ersetzten. All diese neuen Praktiken verfestigten sich sehr bald und verliefen nach nahezu standardisierten Mustern.

Die um 1968 praktizierten Ritualstörungen und die Bildung von Antiritualen sind in kulturwissenschaftlicher Perspektive wichtige Bedingungen für kulturellen Wandel. Durch Ritualstörungen wurden die habitualisierten Formen der Reproduktion gesellschaftlicher Ordnung zum Gegenstand der Reflexion und die soziale Ordnung selbst wurde ihrer selbstverständlichen Faktizität beraubt. Mit der neu geschaffenen Reflexivität wurde die öffentliche Ordnung zur Disposition gestellt und zum Gegenstand der Aushandlung gemacht. Die zahlreichen öffentlich geführten Debatten über die Notwendigkeit von Reformen in der Folge der 68er-Bewegung sind ein Beleg für den Erfolg dieses Mechanismuses. Zugleich waren einige Ritualstörungen auch Vorwegnahmen einer gesellschaftlichen Utopie. Die Störer verhielten sich so, als fühlten sie sich an die herrschende Ordnung nicht gebunden, als lebten sie bereits in einer autonomen Gegenwirklichkeit (vgl. Scharloth 2007a). Zusammen mit den sich bildenden Antiritualen waren diese antizipativen Praktiken nach dem Motto ‚the future is now' ein zentraler Motor für die Formierung des Alternativmilieus, das sich aus den linken Szenen heraus in den frühen 1970er Jahren entwickelte und sich über eine Absage an die Mehrheitsgesellschaft und deren symbolische Formen definierte. Damit Ritualstörungen aber eine Wirkung über die konkrete Situation hinaus entfalten und sich Antirituale verbreiten konnten, waren Multiplikatoren nötig, die die 68er-Bewegung in den Massenmedien fand.

3 Medien-Inszenierungen

Eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf die Studentenbewegung der 1960er Jahre impliziert notwendigerweise die Beschäftigung mit dem engen Wechselverhältnis zwischen den Protesten und den Massenmedien. Denn die Studentenbewegung ist die erste emanzipatorische Bewegung, die selbst umfassend die Möglichkeiten der Massenmedien für ihre Protestkommunikation nutzt. Dabei entsteht erstmals eine Abhängigkeit der Protestakteure von medialer Berichterstattung, mit der nachfolgende soziale Bewegungen noch stärker zu kämpfen haben. Denn seit 1968 gilt das bekannte Diktum von Joachim Raschke, dass eine Bewegung nur dann stattfindet, wenn über sie berichtet wird (Raschke 1985: 343). Aus diesem Grund haben soziale Bewegungen inzwischen ihre Kommunikationsstrategien professionalisiert und richten sie zumeist gezielt an den Kriterien der medialen Berichterstattung aus.

Um 1968 war das Wechselverhältnis zwischen den Protestakteuren und den Medien besonders komplex und widersprüchlich. Wenn die rebellierende Jugend die mediale Öffentlichkeit für sich nutzte, dann zielte sie nicht nur auf die strategische Durchsetzung konkreter politischer Ziele ab. Vielmehr sollte der in den Medien etablierte öffentliche Common Sense durch symbolische Schockaktionen, tabuverletzende Selbstdarstellungen und das emphatische Eintreten für anti-autoritäre und hedonistische Werte erschüttert werden. Dies konnte andererseits aber nur gelingen, weil die Medien ihnen gerade für diese anti-ritualistischen (Scharloth 2007) und symbolischen Protestformen (Klimke 2007) ein Forum gaben und diese auch auf ihre Weise re-inszenierten.

Die Gründe für diese bemerkenswerte Symbiose erschließen sich erst durch eine Berücksichtigung der medienhistorischen Situation am Ende der 1960er Jahre. Das Fernsehen setzte sich damals als neues Leitmedium durch und es

entwickelte sich ein verschärfter Konkurrenzkampf um die besten Bilder. In dieser medienhistorischen Schwellensituation (Fahlenbrach 2002) fand also eine umfassende Umstellung öffentlicher Kommunikation und Repräsentation auf das Prinzip der Visualität statt, was mit einer umfangreichen Professionalisierung und Differenzierung der Bildproduktion verbunden war und sich auch auf die thematische Ausrichtung von Reportagen und Berichterstattung auswirkte. Das bundesdeutsche Fernsehen verabschiedete sich damals endgültig von den vormals starren, noch am Hörfunk orientierten Formaten und entwickelt seine eigene Bildsprache. Man entdeckte in der Berichterstattung die ‚Nachrichtenwerte' des Spektakulären und es entstand jene Ereignisdramaturgie, die inzwischen zum Standard des Fernsehjournalismus geworden ist.

Da sich das Fernsehen, aber auch die Printmedien in dieser Zeit in einer generellen Modernisierungsphase befanden, stellten die symbolischen Protestaktionen der Studenten willkommene visuelle Ereignisse dar. So verwundert es auch nicht, dass gerade das Fernsehen an den symbolischen Tabuverletzungen, an den Straßenhappenings, Demonstrationen und dem individualistischen ‚Provo'-Look der Jugend besonders interessiert war. In dieser Situation stellten die Protestakteure von 1968 überrascht fest, dass sie in den ‚natürlichen Fokus' der Medien fallen. Daniel Cohn-Bendit, der damals in Frankreich und in der BRD eine Leitfigur der Rebellion war, berichtete, dass das Fernsehen bei Demonstrationen fast immer dabei war und sich die Protestierenden auch für die Kameras ‚in Szene gesetzt' haben. „Wir bedienten uns der Medien, die – aller Abgrenzung in den Kommentarteilen zum Trotz – wie eine riesige, die letzten Winkel des Landes erreichende Maschine zur Verbreitung unserer Flugblätter, unserer Ideen und vor allem unserer Aktionsformen funktionierten. Wir hatten einfach die beste *action* und die beste Botschaft zu liefern und wir wussten das. Es schien, als stünden für uns nicht Argumente im Vordergrund, sondern Aktionen und Bilder. In Demonstrationen – unserer wirksamsten, weil medienwirksamsten ‚Waffe' – arrangierten wir uns gewissermaßen selbst, machten uns zum sozialen Körper, setzten uns ins Bild" (Cohn-Bendit 1988: 111).

Das Fernsehen ermöglichte auf einmal eine ganz neue Qualität der Massenmobilisierung – national und international. Die Studenten nahmen sich durch die Berichterstattung als historische Akteure wahr, die die Gesellschaft sichtbar konfrontieren und verändern können – und dies auch dann, wenn diese Einschätzung rückblickend nur eingeschränkt bestätigt werden kann.

Diesen Rückkopplungseffekt zwischen Medien und Protestakteuren beschreibt auch Ingrid Gilcher-Holtey (1995) in ihrer einschlägigen Untersuchung des Pariser Mai 1968. Sie zeigt, dass neben dem Fernsehen das Radio eine wichtige Rolle spielt. Die aus den offenen Fenstern tönenden Radioberichte informierten die Protestierenden über einzelne Ereignisse während der Demonstrationen und verschafften ihnen in Form einer ‚stéréophonie totale' einen Gesamtüberblick, der ihnen ansonsten vor Ort nicht möglich gewesen wäre. Zugleich mobilisierten die Berichte den Protestwillen, da sich jeder Einzelne als Teil einer schlagkräftigen und machtvollen Bewegung empfinden konnte.

Einzelne prominente Vertreter der Studentenbewegung nutzten die Aufmerksamkeit der Medien gezielt für öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellungen. Rudi Dutschke als prominentester Repräsentant des politischen Teils der bundesdeutschen Studentenbewegung erklärte in Interviews, wie dem berühmten Gaus-Interview in der Sendung ‚Zu Protokoll' (SWF, 3.12.1967) die politischen und ideellen Ziele der Studentenbewegung einer breiten Öffentlichkeit. Während seine Botschaften beim Publikum allerdings nur begrenzt ankamen, erhielten seine Auftritte und Reden unfreiwillig durch

die Stilisierung in den Bildern (vgl. hierzu ausführlich Fahlenbrach 2002) einen medialen Ereignischarakter, der die Zuschauer vor allem affektiv polarisierte. Die Medien stilisierten ihn auf idealtypische Weise als romantischen Revolutionär, der missionarisch für eine utopische Vision eintritt. Während die medialen Bilder seiner Auftritte bei vielen Jungen die Sehnsucht nach einer deutschen Revolution weckten, schürten sie bei anderen, vor allem der älteren Generation, tief liegende anti-kommunistische Aversionen und Antipathien.

Wesentlich besser gelang es der Kommune I als prominentem Repräsentanten der anti-autoritären Happeningbewegung, die Inszenierungsstrategien der Medien unmittelbar für ihre eigenen Selbstinszenierungen einzusetzen und die mediale ‚Mechanik hinter den Bildern' aufzuzeigen. Spektakuläre Aktionen wie ihr Aufruf, Berliner Kaufhäuser nieder zu brennen oder die respektlose Veralberung von Richtern im Gerichtssaal zogen die Massenmedien magisch an und vervielfachten somit die beabsichtigte subversive Wirkung. Mit dem berühmt gewordenen Plan eines Puddingattentats auf den amerikanischen Vize-Präsidenten Hubert Humphrey im April 1967 gelang es ihnen sogar, das Fernsehen zur Aufdeckung ihrer subversiven Attentatspläne zu nutzen und auf den Fernsehbildschirmen die Angst der Staatsmacht vor ein paar Puddingbomben ins Lächerliche zu ziehen (Fahlenbrach 2007).

Neben solchen Medien-Aktionen nutzten die Kommunarden die zunehmende Fokussierung der Medien auf sie als Repräsentanten der Bewegung, um ihr eigenes Medienimage aktiv mitzugestalten. Sie luden Journalisten in ihre Kommuneräume ein und gaben Interviews – wobei sie ihre Honorarforderungen proportional zu ihrem steigenden medialen Marktwert erhöhten.[4] Dabei stellten sie ihren anti-bürgerlichen und rebellischen Lebensstil demonstrativ zur Schau: Für die Fotokameras öffneten sie nicht nur ihre chaotischen Kommuneräume sondern ließen auch im wahrsten Sinne des Wortes die Hosen runter. Indem sie sich nackt der Öffentlichkeit präsentierten, inszenierten sie programmatisch ihre Verschmelzung von öffentlichem und privatem, von politischem und intimem Raum. Am deutlichsten kommt dies in einer Bild-Ikone der deutschen Revolte zum Ausdruck: dem Nacktfoto der Kommunarden, auf dem man sie in der Haltung von Häftlingen von hinten an der Wand aufgereiht sieht. Ihren Protest am ‚Polizeistaat' verbanden sie hier wirkungsvoll mit der Entblößung des eigenen Körpers.

Dieser Ausblick auf die komplexe und paradoxe Wechselwirkung zwischen Medien und Protestakteuren um 1968 veranschaulicht, dass in dieser Zeit die Grenzen zwischen instrumenteller und expressiver Protestkommunikation schwanden. Denn indem Protestkommunikation sich strategisch den visuellen Ereignisdramaturgien der Medien anpasst, um öffentlichkeitswirksam zu werden, gewinnen expressive Selbstinszenierungen immer auch einen unmittelbar instrumentellen Charakter. Dieser Zusammenhang lässt sich in den 1960er Jahren auch an der Aneignung von symbolischen Praktiken auf transnationaler Ebene beobachten.

4 Transnationale Adaptionen symbolischer Praktiken

Als die Polizei von Chicago im August 1968 die Demonstranten vor dem Wahlkampf-Konvent der Demokratischen Partei brutal attackierte, skandierten diese unter Hinweis auf die laufenden Fernsehkameras den in der Folge berühmt gewordenen Slogan ‚The whole world is watching.' Indem sie auf die Präsenz der Massenmedien und die Ende der 1960er Jahre Einzug haltende globale Medienlandschaft hinwiesen, signalisierten die Demonstranten, dass ihr Protest nicht mehr nur als ein lokales Ereignis zu begreifen sei, sondern sich vor den Augen einer kritischen Weltöffentlichkeit abspielte. Die Er-

eignisse in Chicago blieben auch studentischen Aktivisten in anderen Ländern nicht verborgen, die bereits seit Beginn des Jahrzehnts die Protestbewegungen in den USA und anderswo sehr genau verfolgten.

Im Zusammenhang mit der globalen Dimension von ‚1968' ist die Forschung in den vergangenen Jahren zunehmend auf gegenseitige Wahrnehmungen und transnationale Austauschprozesse aufmerksam geworden. Insbesondere die globale Zirkulation eines revoltierenden Lebensstiles und kultureller Protestpraktiken, die sich in den Bereichen Musik, Kleidung und Sprache und gemeinsamen intellektuellen Quellen ausdrückte, hat die Frage nach dem Grad der Internationalität der Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre aufgeworfen (Fink 1998, Suri 2003). Verstärkte kulturdiplomatische Anstrengungen beider Supermächte um die Gunst der globalen öffentlichen Meinung im Kalten Krieg, eine seit den späten 1950er Jahren kommerzialisierte Jugendkultur sowie transnationale personale Netzwerke verkürzten bereits weit vor 1968 die internationalen Kommunikationswege. Gleichzeitig entstand eine Vielzahl transnationaler Subkulturen und intellektueller Strömungen, die die Ideen und Aktionen der studentischen Aktivisten der 1960/70er Jahre weltweit entscheidend prägen sollten.

So entwickelte sich im Laufe der 1950er Jahre ein breites pazifistisches Netzwerk gegen die Atombombe, das Aktivisten aus den verschiedensten Ländern zusammenführte und sowohl politische wie auch symbolische Prägekraft für die Bewegungen der 1960er Jahre entwickelte (Wittner 1993). Das zu Ostern 1958 von der *Campaign for Nuclear Disarmament* bei einem Protestmarsch zur Nuklearwaffenanlage nach Aldermaston verwendete ‚Peace'-Zeichen beispielsweise avancierte Mitte der 1960er Jahre zum internationalen Erkennungszeichen der Bewegung gegen den Krieg in Vietnam (Frey 2008). Auch die Gegenkultur der späten 1960er Jahre ist ohne den Rückgriff auf Philosophie

und Aktionstechniken von Künstlergruppen wie der ‚Situationistischen Internationalen' nur schwer vorstellbar. Die niederländischen Provos, die deutsche Kommune I oder amerikanische Repräsentanten der Gegenkultur wie Abbie Hoffmann und Jerry Rubin fanden hier einen Großteil ihres späteren Provokationsrepertoires.

Eine noch stärkere Inspirationskraft übte die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung auf die Protestrategien der 68er-Bewegungen aus. Die dort praktizierten Demonstrationstechniken der direkten Aktion wurden nicht nur vom ‚Free Speech Movement' an der Universität von Kalifornien, Berkeley oder der ab 1965 einsetzenden Bewegung gegen den Vietnam-Krieg in den USA übernommen, sondern wirkten auch international stilbildend. Aus Sit-ins und Teach-ins wurden in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Go-ins, Be-ins, Love-ins, Bed-ins und Smoke-ins, die sich jeweils entsprechend den politischen Erfordernissen und Zielrichtungen ihres lokalen Kontexts anpassten. Die weltweite Aneignung und Rekontextualisierung führte also zu einer Verformung des Vorbilds im Abbild, das stark durch selektive Wahrnehmung und einem Amalgam verschiedenster Einflüsse gekennzeichnet war. So speiste sich das Verständnis von direkter Aktion in der anti-autoritären Fraktion des Berliner SDS um Rudi Dutschke etwa aus situationistischen Einflüssen, dem revolutionären Voluntarismus von George Lukacz, der Randgruppentheorie von Herbert Marcuse und dem Beispiel der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, wobei letztere schon seit dem Algerien-Krieg und der kubanischen Revolution einen starken Einfluss auf die Neue Linke ausgeübt hatten (Leggewie 1984, Van Gosse 1993). Die bereits in der afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung als zugleich expressiv und instrumentell verwandten Protesttechniken erfuhren also durch ihre Adaption in anderen sozio-kulturellen Rahmenbedingungen eine neuerliche, lokal determinierte politische Aufladung.

Symbolische Aneignungen expressiver Protestformen fanden darüber hinaus auf den verschiedensten Ebenen statt und waren eingebettet in eine global zirkulierende Gegenkultur, die oftmals anglo-amerikanischer Herkunft war und an rebellische Ikonen der 1950er Jahre wie Marlon Brando, James Dean oder das Beat-Movement anschloss. Alternative Lebenstile und Ästhetiken, die sich beispielsweise in langen Haaren, Afro-Frisuren, Bärten, bunter und exotischer Kleidung (Hippie oder auch Mao-Look), sowie kommunalen Lebensformen oder einer blühenden Drogenkultur äußerten, wurden so in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zum Markenzeichen rebellierender Jugend auf der ganzen Welt. Auf musikalischer Ebene zeigte sich dies im internationalen Erfolg von Künstlern wie den Beatles, den Rolling Stones, Jimi Hendrix, Joan Baez und Bob Dylan. Auch Protestslogans wie ‚Make Love, Not War' oder ‚Hey, hey, LBJ, how many kids did you kill today?' fanden nahezu universelle Anwendung und wurden zu gängigen Ausdrucksformen von politischem Dissens.

Im Februar 1968 erhob Rudi Dutschke auf dem Vietnam-Kongress des SDS in Berlin internationale Solidarität im Rahmen einer revolutionären Globalstrategie sogar zur letzten Chance, sich der weltweiten Unterdrückung durch Imperialismus und Kapitalismus entgegen zu stellen. Nationale Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wurden so verstärkt zum politischen Impuls- und Ideengeber (Juchler 1996, Young 2006), was sich auch an einer zunehmender Aneignung militanter Symbolik innerhalb der Protestbewegungen ablesen lässt. Ob durch Portraits von Che Guevara oder Ho Chi Minh, revolutionstheoretische Anleihen von Mao-Tse-Tung oder Versatzstücke lateinamerikanischer Guerilla-Taktiken: Der studentische Protest bediente sich gegen Ende des Jahrzehnts vermittelt durch internationale Vorbilder immer stärker einer Symbolik und Rhetorik des gewaltbereiten Widerstands. Das Versprechen der

Befreiungsideologie Frantz Fanons sowie eine als revolutionär wahrgenommene internationale Situation verdichteten sich beispielsweise in der Begeisterung für militante Bewegungen wie der amerikanischen ‚Black Panther Party'. Deren demonstrative Bewaffnung und kompromissunwillige Revolutionsideologie führte nicht nur zur europaweiten Gründung von Solidaritätskomitees, sondern auch zur kulturellen Identifikation studentischer Aktivisten in der Bundesrepublik. Diese zeigte sich in der verstärkten Übernahme von symbolischen Praktiken (Black Panther-Embleme, Afros) oder sprachlichen Versatzstücken (‚pigs') der Black Panthers und trug substanziell zur Radikalisierung der Studentenbewegung bei (Klimke 2006, Ege 2007).

Transnationale Bezüge und symbolische Praktiken wurden so vielfach politisch instrumentalisiert und nahtlos in lokale Auseinandersetzungen integriert, auch wenn sie dadurch ihrer ursprünglichen Intentionen oftmals entfremdet wurden. Diese symbolischen Aneignungen waren so in der Lage, eine internationale Protestidentität auf sowohl kultureller als auch politischer Ebene zu erzeugen, die die Konstruktion einer globalen sozialen Bewegung um 1968 ermöglichte.

5 Resümee

Wie die drei Fallstudien zeigen, sind kulturwissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der Studenten- und Jugendbewegung Ende der 1960er Jahre in hohem Maße kontextorientiert: Die Ziele, Motive und Protestformen der 68er-Bewegung werden hier grundsätzlich in soziokulturellen Zusammenhängen betrachtet und zwar sowohl synchron als auch diachron.

In synchroner Perspektive fragen sie danach, in welchen akuten politischen, sozialen, ideellen und habituellen Konfliktfeldern die Proteste der Studenten damals stattfanden. Welche aktuell latenten Krisen und Konflikte brachte die rebellierende Jugend damals durch ihre Proteste zum Ausdruck und mit welchen anderen gesellschaftlichen Akteuren war sie hierbei konfrontiert? Diese Fragen betreffen nicht nur unmittelbar politische Ziele wie die Abschaffung der Ordinarienuniversität oder die Verhinderung der Notstandsgesetze. Sie betreffen vor allem den bereits seit Anfang der 1960er Jahre schwelenden Wertekonflikt zwischen den Generationen als zentralem sozio-kulturellen Handlungskontext der Protestakteure.

Auch die konkreten Äußerungsformen und Kommunikationsstile sowie die Selbstinszenierungsstrategien der Studenten- und Jugendbewegung kann eine kulturwissenschaftliche Analyse synchron untersuchen. Wie deutlich wurde, ist die zeitgenössische kultur- und medienhistorische Situation als performativer Handlungskontext der Proteststile und Kommunikationsformen zu berücksichtigen, um Wechselwirkungen zwischen Bewegung und Medien sowie zu anderen Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren erklären zu können. Erst die Berücksichtigung der medienhistorischen Situation um 1968 kann zu einem hinreichenden Verständnis des komplexen und widersprüchlichen Verhältnisses zwischen der Bewegung und den Massenmedien führen.

In diachroner Perspektive wird zum einen nach der historischen Einbindung der Proteste um 1968 in die Geschichte sozialer Bewegungen sowie in die Kultur- und Sozialgeschichte gefragt. In einer solchen Perspektive erweisen sich die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der 68er-Bewegung, etwa gegenüber der Arbeiterbewegung oder der Frauenbewegung seit dem 19. Jahrhundert; ebenso zeigt die historische Kontextualisierung, dass die Protestziele und Motivationen in den 1960er Jahren in einer kulturhistorisch kontinuierlichen Entwicklung von sozialen Bewegungen und Jugendbewegungen seit Ende 1950er Jahre (Kraushaar 1996) und eines allgemeinen und internationalen Modernisierungswandels Ende der 1960er stehen

(Bude 1995). Die längst zum Mythos erhobene Avantgarde-Rolle der 68er muss aus dieser Sicht relativiert werden.

Ein weiterer Aspekt kulturwissenschaftlich-diachroner Auseinandersetzung mit der Studenten- und Jugendbewegung betrifft schließlich ihre sozio-kulturelle Langzeitwirkung. Sie zeigt, dass die größten Erfolge der Bewegung in ihrem Einfluss auf Werte, Umgangsformen, Erziehung, Kommunikationsstile und ähnlichem liegen. Hier ist vor allem der Einfluss der anti-autoritären Bewegung und ihrer Selbstverwirklichungsideale von Bedeutung. In diesem Zusammenhang kann mit Schulze (1992) und Vester et al. (2001) darauf verwiesen werden, dass die Studentenbewegung zur Ausbildung eines sozialen Milieus beigetragen hat, das nicht nur als Bewegungsmilieu für die spätere Geschichte sozialer Bewegungen relevant ist, sondern auch das sozio-kulturelle Spektrum der Bundesrepublik entscheidend erweitert hat.

In historischer Perspektive hat sich das Motto von 1968: ‚Das Private ist politisch' – und damit die Verschmelzung instrumenteller und expressiver Protestziele – sozio-kulturell erfolgreich durchgesetzt.

Dr. Kathrin Fahlenbrach forscht und lehrt als Medienwissenschaftlerin am Institut für Medien- & Kommunikationswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Kontakt: kathrin.fahlenbrach@medienkomm.uni-halle.de

Dr. Martin Klimke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Heidelberg Center for American Studies, Universität Heidelberg. Zur Zeit ist er Visiting Fellow am Deutschen Historischen Institut, Washington, D.C. Kontakt: mail@maklimke.com

PD Dr. Joachim Scharloth ist Wissenschaftlicher Assistent am Deutschen Seminar der Universität Zürich und vertritt eine Professur für Germanische Philologie an der Universität Freiburg im Breisgau. Kontakt: mail@ scharloth.com

Gemeinsam leiten sie das EU-Projekt „European Protest Movements since 1945".

Anmerkungen

[1]Die Ergebnisse der kulturwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit ‚1968' sind so zahlreich, dass sie an dieser Stelle nur stichwortartig dargestellt werden sollen. Wichtige Studien haben neue Lebenswelten um 1968 und ihre dinglichen Repräsentationen (Ruppert 1998) in den Blick genommen, emotionale Dispositionen als Signum der globalen Jugendbewegung beschrieben (Tanner 2008) und die Wechselwirkung zwischen kommerzialisierter Populärkultur und politischem Protest in den langen 1960er Jahren untersucht (Siegfried 2006). Sie haben den Vollzug kommunikativer Praktiken als Mittel der Distinktion von der Mehrheitsgesellschaft beschrieben (Verheyen 2007), die Bedeutung ritueller Performanz und ihrer Störung für Identität und Dynamik der Bewegung untersucht (Scharloth 2007b), sowie Sprachgebrauch und Sprachkritik um 1968 als Ursache einer bis heute wirksamen erhöhten Sprachsensibilität gekennzeichnet (Wengeler 2002). Und sie haben die Wechselwirkung zwischen Selbstinszenierung und medialer Repräsentation für die Herausbildung alltagsästhetischer Schemata und sozialer Stile (Fahlenbrach 2002) und die diskursive Herstellung von Terrorismus (Steinseifer 2007) beschrieben.

[2]Die Unterscheidung in eine instrumentelle und eine expressive Protestlogik wurde auch aus den Reihen der Forschung zu Frauenbewegungen kritisiert (vgl. Sauer 1994: 103 und Fuchs 2000: 256).

[3]Zur Ausweitung des Politiksbegriffs durch die 68er-Bewegung mit Fokus auf die Kommune I vgl. Holmig 2007.

[4]Im Verlauf des Jahres 1968 werden die Mediengagen, die sie für Interviews und Porträts verlangen, zum festen Bestandteil des finanziellen Haushaltes der K I. Hierüber berichtet Rudi Dutschke ausführlich 1968 im Wirtschaftsmagazin Capital (O.V. 1968).

Literatur

Berger, Peter/Luckmann, Thomas 1977: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.

Bude, Karl-Heinz 1995: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Cohn-Bendit, Daniel 1988: Tyrannei der Mehrheit – Tyrannei der Betroffenheit. In: Erbring, Lutz (Hg.): Medien ohne Moral. Variationen über Journalismus und Ethik. Berlin: Argon-Verlag, 105-124.

Douglas, Mary 1986: Ritual, Tabu und Körpersymbolik. Sozialanthropologische Studien in Industriegesellschaft und Stammeskultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ege, Moritz 2007: Schwarz werden. „Afroamerikanophilie" in den 1960er und 1970er Jahren. Bielefeld: Transcript.

Fahlenbrach, Kathrin 2002: Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und Kollektive Identitäten in Protestbewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fahlenbrach, Kathrin 2007: Protestinszenierungen. Die Studentenbewegung von 1968 im Spannungsfeld von Kultur-Revolution und Medien-Evolution. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968. Ein Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart: Metzler, 11-23.

Fink, Carole/Gassert, Philipp/Junker, Detlef (Hg.) 1998: 1968. The World Transformed. Cambridge: Cambridge University Press.

Frey, Michael 2008: The International Peace Movement. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-77. New York, London: Palgrave Macmillan, 33-44.

Fuchs, Gesine 2000: Feministische Partizipationsforschung. In: Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Töns, Katrin (Hg.): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. München, Wien: Oldenbourg, 254-268.

Gilcher-Holtey, Ingrid 1995: Die Phantasie an die Macht. Mai 68 in Frankreich. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gosse, Van 1993: Where the Boys Are: Cuba, Cold War America and the Making of a New Left. London, New York: Verso.

Holmig, Alexander 2007: Die aktionistischen Wurzeln der Studentenbewegung – Subversive Aktion, Kommune I und die Neudefinition des Politischen. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968. Ein Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart: Metzler, 107-118.

Juchler, Ingo 1996: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt. Berlin: Duncker & Humblot.

Klimke, Martin 2006: Black Panther, die RAF und die Rolle der Black Panther-Solidaritätskomitees. In: Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Die RAF und die Reformzeit der Demokratie. Hamburg: Hamburger Edition, 562-582.

Klimke, Martin 2007: Sit-In, Teach-In, Go-In: Die transnationale Zirkulation kultureller Praktiken in den 1960er Jahren. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968. Ein Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart: Metzler, 119-135.

Kraushaar, Wolfgang 1996: Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie. – Vier Bände. Hamburg: Rogner & Bernhard.

Leggewie, Claus 1984: Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin: Rotbuch-Verlag.

O.V. 1968: „Wer bezahlt Rudi Dutschke?" In: Capital, H. 4, 1968, 42-50.

Raschke, Joachim 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Rucht, Dieter 1990: The Strategies and Action Repertoires of New Movements. In: Dalton, Russel J./Kuecheler, Manfred (Hg.): Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies. Cambridge: Oxford University Press, 156-175.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Ruppert, Wolfgang (Hg.) 1998: Um 1968 – Die Repräsentation der Dinge. Marburg: Jonas Verlag.

Sauer, Birgit 1994: Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hg.): Demokratie oder Androkratie. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 99-130.

Scharloth, Joachim 2007a: 1968 und die Unordnung in der Sprache. Kommunikationsstrukturelle und sozialstilistische Untersuchungen. In: Pappert, Steffen (Hg.): Die (Un)Ordnung des Diskurses. Leipzig, 11-36.

Scharloth, Joachim 2007b: Ritualkritik und Rituale des Protest. Die Entdeckung des Performativen in der Studentenbewegung der 1960er Jahre. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968. Ein Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart: Metzler, 75-87.

Schulze, Gerhard 1996: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt am Main: Campus.

Siegfried, Detlef 2006: Time is on my side: Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen: Wallstein.

Soeffner, Hans-Georg 1998: Rituale des Antiritualismus – Materialien für Außeralltägliches. In: Gumbrecht, Hans Ulrich /Pfeiffer, K. Ludwig (Hg.): Materialität der Kommunikation. Frankfurt am Main, 519-546.

Steinseifer, Martin 2007: Zwischen Bombenterror und Baader-Story: Terrorismus als Medienereignis im Frühjahr 1972. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart: Metzler, 285-301.

Suri, Jeremi 2003: Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente. Cambridge: Harvard University Press.

Tanner, Jakob 2008: Motions and Emotions. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977. New York, London: Palgrave McMillan, 71-80.

Verheyen, Nina 2007: Diskussionsfieber Diskutieren als kommunikative Praxis in der westdeutschen Studentenbewegung. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): 1968. Ein Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart: Metzler, 209-221.

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wengeler, Martin 2002: ‚1968' öffentliche Sprachsensibilität und political correctness. Sprachgeschichtliche und sprachkritische Anmerkungen. In: Muttersprache 112, 1–14.

Wittner, Lawrence 1993, 1997 und 2003: The Struggle Against the Bomb. Vol. 1-3. Stanford: Stanford University Press.

Young, Cynthia 2006: Soul Power. Culture, Radicalism and the Making of a U.S. Third World Left. Durham: Duke University Press.

Sven Reichardt

Authentizität und Gemeinschaftsbindung

Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre

Betrachtet man die Geschichte der bundesdeutschen Linken nach 1968, so bildeten sich im Gefolge der Studentenproteste im wesentlichen vier Gruppen heraus: Zum *ersten* die DKP und die meist maoistisch orientierten K-Gruppen, in denen zwischen 1970 und 1980, aufgrund der hohen Fluktuation, schätzungsweise 100.000 Mitglieder im avantgardistisch verstandenen Kaderprinzip sozialisiert wurden. Zum *zweiten* die terroristische Szene mit den Kernorganisationen der ‚Roten Armee Fraktion', ‚Bewegung 2. Juni' und ‚Revolutionären Zellen', deren Gesamtumfang inklusive ihrer Unterstützer – bei großzügiger Schätzung – auf nicht mehr als ein- bis zweitausend Personen zu beziffern ist. *Drittens* die gewerkschaftsnahen Organisationen und vor allem die mit der SPD verbundenen Gruppen, wie die ‚Jusos', der ‚Sozialdemokratische Hochschulbund' oder der Jugendverband der ‚Falken'. Insgesamt war die SPD seit der sozialliberalen Regierungszeit für Teile der Neuen Linken attraktiv geworden. Debatten über einen erneuerten Marxismus und die Klassenanalyse des Kapitalismus bestimmten die Programmatik der ‚Jusos', die die innerparteiliche Linie in ihrem Sinne verändern wollten. Insgesamt 700.000 SPD-Neumitglieder konnten zwischen 1964 und 1973 verzeichnet werden. Der enorme Zuwachs war vor allem innerhalb der jungen Generation festzustellen. So waren im Jahr 1972 75 Prozent der SPD-Neumitglieder unter 40 Jahre alt, fast 20 Prozent sogar unter 21 Jahre. Die Vertreter dieser dritten Gruppe favorisierten insgesamt eher traditionelle Politik- und Bildungsformen. *Viertens* entstand ein eng mit den Neuen Sozialen Bewegungen verbundenes linkalternatives Milieu aus netzwerkartig aufgebauten Initiativen und Projekten, dessen Umfang nach repräsentativen Berechnungen der Meinungsforschung am Ende der 1970er Jahre auf rund eine halbe Million Aktivisten mit etwa fünfeinhalb Millionen Sympathisanten beziffert wurde (zu allen vorstehenden Zahlenangaben: Görtemaker 1999: 520; Koenen 2001: 203ff, 270, 276, 281, 287f, 298, 305, 308, 314, 422ff; Kühn 2005: 38; Siegfried 2006: 724; Weinhauer 2006: 257; Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit 1981b: 6f; Huber 1980: 29f; Kolenberger/Schwarz 1982: 17a).

Der Schriftsteller und ehemalige 68er-Aktivist Uwe Timm beschreibt in seiner Erzählung über Benno Ohnesorg eben diese Auffächerung der Studentenbewegung in ‚Seminarmarxisten', sozialdemokratisch orientierte ‚Traditionalisten' und linksalternative ‚Antiautoritäre'. Während die Seminarmarxisten im Grunde nur nach kategorialen Bestimmungen im ‚Kapital' gesucht hätten, hätten die Traditionalisten eine ‚Drei Säulen-Theorie' verfolgt, nach der eine Weltrevolution nur im Verbund zwischen sozialistischen Ländern, den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der Arbeiterklasse in den Industrieländern zu bewerkstelligen sei. Die Strategie der in ihrem Auftreten oft ‚biederen' Personen, so Timm, sei ganz auf die politische Praxis ausgerichtet gewesen. Dagegen war für Timm die Theorie der Antiautoritären in ihren Brechungen, in der Lustbetontheit, Verspieltheit zunächst weit anziehender. Sie hatten die Arbeiter als kleinbürgerlich und besitzorientiert abgeschrieben und setzten stattdessen auf eige-

ne „Bewusstseins- und Bedürfnisveränderung“ (Timm 2005: 157, 159). Diese Anziehungskraft einer hedonistisch orientierten Linken galt für Uwe Timm ebenso, wie für viele andere Jugendliche der 1970er Jahre.

1 Relevanz des Alternativmilieus

Den zuweilen unterschätzten Umfang des Alternativmilieus in den 1970er und frühen 1980er Jahren kann man auf der Basis von bislang kaum genutzten Einstellungsuntersuchungen gut ermitteln. So hatte eine Infratest-Studie vom Januar 1979 den Anteil ‚alternativer‘ Jugendlicher auf zehn bis 15 Prozent geschätzt (Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit 1981b: 6f). Eine im Auftrag des Jugendwerkes der Deutschen Shell 1981 erstellte Studie schätzte das Potenzial der Alternativkultur bei den Jugendlichen auf zehn Prozent ein, wobei unter Oberschülern und Studierenden der Prozentsatz einige Punkte höher lag (Jugendwerk der Deutschen Shell 1981: 488, 494f., 497, 501f.). Mit etwas ungenaueren Kriterien arbeiteten zwei weitere Umfragen, die von konservativer Seite beauftragt wurden. Eine Allensbach-Umfrage vom August 1979 bezifferte den Anteil jugendlicher ‚Aussteiger‘ (17 bis 23 Jahre) auf 13 Prozent. Eine repräsentative Erhebung vom Emnid im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Sommer 1979 wiederum ergab, dass sich 15 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren einem ‚Protestpotential‘ zuordnen ließen, welches gegen das bundesrepublikanische System eingestellt war und sich selbst überwiegend als ‚extrem links‘ oder ‚links‘ bezeichnete. Damit gab es in der Bundesrepublik des Jahres 1979 nach Allensbacher Umfragen 700.000 und nach den Ergebnissen von Emnid 1,3 Millionen links-(radikale) Jugendliche (Hansen/Veen 1980: 16; Kolenberger/Schwarz 1982: 17; Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hg.) 1981a: 11; Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hg.) 1981b: 4).

Offenbar wuchs dieses Potenzial zu Beginn der 1980er Jahre nochmals deutlich an. Im August/September 1980 ermittelte das Institut ‚Marplan‘ in Offenbach einen Anteil von 2,7 Millionen Linksalternativen aus allen Altersgruppen und 1983 schätzte Michael Vester den Umfang der Linksalternativen, berechnet nach Wahlverhalten, Konsummustern und sozialem Habitus, noch einmal deutlich höher – nämlich auf „vielleicht vier Millionen“ (Vester 1983: 14; Marplan Institut 1981; Pratz 1983; Korczak 1982: 47; Vester 2001). Wenngleich sich diese Berechnungen aufgrund unterschiedlicher Kategorienbildungen nicht umstandslos vergleichen lassen, so deuten doch alle Befunde auf eine bis zur Mitte der 1980er Jahre stetig wachsende Anzahl von Jugendlichen, die sich als politisch linksradikal, undogmatisch und nicht parteilich gebunden bezeichneten.

Darüber hinaus, so die Shell-Studie von 1981 zu den Lebensentwürfen und zur Alltagskultur Jugendlicher, rangierten für die Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren die ‚alternativen Gruppen‘ auf dem zweiten Platz der favorisierten Gruppenstile und fanden bei über 60 Prozent der Jugendlichen und Jungerwachsenen klare Zustimmung. Das entsprach einer Anzahl von 5,7 Millionen Jugendlichen. Mit mehr als 80 Prozent Zustimmung wurde sodann der sehr verwandte Gruppenstil der ‚Umweltschützer‘ eingeschätzt. Das projektive Element in dem Fragebogen der Shell-Umfrage zeigt die unter den Jugendlichen hohen Zurechnungsloyalitäten zur Sprachetikette ‚alternative Gruppe‘. Die Umfrageforscher deuten dies so, dass dieser sprachliche Ausdruck zu einem ‚Kristallisationspunkt für Lebensstile und Ausdrucksformen‘ geworden sei. Die Akzeptanz und Sympathie unter den Jugendlichen war jedenfalls viel weiter greifend, als der Kreis wirklicher Aktivisten. Denn eine alternative Lebensweise praktizierten nach dieser Studie nur rund 540.000

Jugendliche (Jugendwerk der Deutschen Shell 1981: 488f., 495; Kolenberger/Schwarz 1982: 17a).

Fast exakt dieselben Ziffern ergab eine 1980 durchgeführte Studie des Offenbacher Instituts ‚Marplan' im Auftrag des ‚Sterns'. 62 Prozent der 15- bis 24-jährigen Jugendlichen fühlten sich zu ‚alternativen Lebensweisen' hingezogen und wiederum bekundeten 80 Prozent ihre Sympathie für die Gruppe der ‚Umweltschützer'. Auch die Kernkraftgegner wurden von mehr als der Hälfte (52 Prozent) der Jugendlichen akzeptiert. Viele Jugendliche fühlten sich, wie die Meinungsforscher meinten, zu ‚alternativen Gesamtkonzepten' hingezogen. Dass Unterstützung und Sympathie für die alternativen Gruppen freilich etwas anderes war, als sich selbst aktiv zu engagieren, zeigt sich auch hier: Nur vier Prozent der Jugendlichen gaben an, mit ‚alternativem Leben' könne man das eigene Lebensprogramm bezeichnen (Pratz 1983: 22, 26, 25).[1]

Nicht nur der Umfang und die große Akzeptanz linksalternativer Einstellungen und Lebensweisen, sondern auch die nachhaltigen Wirkungen verdeutlichen die Relevanz linksalternativen Lebens für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zum Teil existieren nämlich die Institutionen, Projekte und Ideen, die in diesem Milieu während der 1970er Jahre entstanden, noch heute: von der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion in Landkommunen über die linken Buch- und ökologischen Lebensmittelläden sowie Druckereien bis zur politischen Arbeit in Bürgerinitiativen. In den Kontext dieser Selbstorganisationen gehörte auch die Entwicklung basisdemokratischer Politik- und Verkehrsformen, die Zentralität und Bedeutung politischer wie privater Diskussionen (Stichwort: ‚ausdiskutieren'), die Auflockerung der alltäglichen Umgangsformen und das postmaterielle Bekenntnis zur Verbindung von Spaß und Politik. Die Veränderung und öffentliche Thematisierung von Sexualität, die politische Problematisierung des Geschlechterverhältnisses und des alltäglichen Umgangs der Geschlechter miteinander, die Umsetzung von antiautoritären Arbeits-, Erziehungs- und Lebensverhältnissen politisierte nicht nur nachhaltig vormals private Bereiche, sondern wurde in der alternativen Öffentlichkeit vom Flugblatt über die Stadtmagazine bis Piratenradio thematisiert.

Die neue Wertschätzung kleiner und überschaubarer Strukturen, zivilgesellschaftliche Organisationsformen und vor allem das ökologische Bewusstsein haben die Gesellschaft der Bundesrepublik nachhaltig geprägt. Die durch das linksalternative Milieu gesetzten Impulse wirkten sich auf Kultur, Mentalität und Zivilgesellschaft, auf die Reform des Bildungssystems, die Herausbildung neuer Formen politischer Partizipation, die Emanzipation der Frauen, auf Formen städtischer Wachstums-, Wohn- oder Schulpolitik, auf die landwirtschaftliche Produktionsweisen und auf eine stärker qualitativ ausgerichtete Wachstumsorientierung aus.

Aus dem postmateriell-kulturellen Anspruch der Selbstverwirklichung im linksalternativen Milieu ist mittlerweile eine permanente mediale Selbstthematisierung und Selbstdarstellung der vermeintlichen Durchschnittsbürger und einfachen Menschen geworden, die in den Medien um Aufmerksamkeit ringen (Burkart 2006). Vielleicht ist im Bereich der Arbeit der Abbau von Hierarchien, die Teamarbeit, flexible Tätigkeitsformen und autonomes Selbst-Management, so erstmals Luc Boltanski und Ève Chiapello, in die verschiedensten Berufsbilder der 1990er Jahre eingeflossen – vom Unternehmensberater und der Werbebranche bis zu den unterschiedlichsten Kulturvermittlern. Ursprünglich antikapitalistische Methoden der Selbstverwirklichung und Kreativität wurden somit in postmoderne Arbeitsformen transformiert. Allerdings dürften amerikanische Einflüsse die Entstehung schlanker Managementformen besser erklären, als die Erfahrungen und

Wirkungen durch die alternative Ökonomie der 1970er Jahre (Plumpe 2004; Boltanski/Chiapello 2003; Bröckling 2007).

2 Bestimmung des linksalternativen Milieus

Über die ideologischen Differenzen zwischen Trotzkisten, Maoisten, Kommunisten, Feministen, esoterischen Sekten, ökologisch ausgerichteten Bürgerinitiativen und Landkommunen oder sexuellen Gruppenexperimenten hinweg soll der Begriff ‚linksalternativ' hier soziokulturelle Gemeinsamkeiten und habituelle Verbindungen dieser politischen Gruppen thematisieren. Dabei liegt der Fokus nicht auf der Rekonstruktion einer Ideologie im engeren Sinne oder einzelner politischer Forderungen und ‚Ein-Punkt-Programmen' innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen. Politik wird vielmehr von der Seite der Lebenspraxis untersucht und es wird danach gefragt, inwieweit die damaligen Akteure ihre Lebenspraxis mit Revolutionsvorstellungen verbanden.

Im Einzelnen gab es sehr unterschiedliche Konzeptionen vom Rätesozialismus über anarchistisches Denken oder die Idee einer subkulturellen Gegengesellschaft, die politisch von Positionen des ‚Dritten Wegs' über eine Reformorientierung bis zu Ökosozialisten und spontaneistisch-anarchistischen Positionen reichten. Im Fokus lag aber immer wieder, wie bereits der Kommunarde Rainer Kunzelmann schrieb, die Praxis einer Veränderung oder „Revolutionierung des Alltagslebens: […] Selbstbestimmung, Selbsttätigkeit, Selbstverwirklichung waren weder hohle Phrasen oder ideologische Versatzstücke" (Kunzelmann 1998: 101f). „Revolutionierung des Alltagslebens" meinte die lebensweltliche Erweiterung marxistischer Kritik an der ‚Entfremdung' und also die Dominanz einer Politik der Erfahrung, einer, in zeitgenössischer Formulierung, ‚Politik der ersten Person'.

Walter Hollstein hat diesen Politikbegriff 1981 umschrieben: „Gegen den Attentismus der traditionellen Linken setzen die alternativen Gruppierungen schon frühzeitig ihren augenblicklichen Veränderungswillen. Sie wollen sich nicht auf ferne Revolutionen und klassenlose Gesellschaft in weiter Zukunft vertrösten lassen, sondern ihr aktuelles und einziges Leben neu gestalten" (Hollstein 1981: 203). Innerhalb des politischen Synkretismus offenbarte sich in der Frauenbewegung ebenso wie in der Ökologie- oder der Hausbesetzerbewegung ein Drang zur Unmittelbarkeit des Politischen, zu ganzheitlichen und körperbewussten Politikvorstellungen im Zeichen des Ideals der Authentizität. Die politischen Forderungen und Wünsche nach Spontaneität, Selbsterfahrung, nicht-entfremdeter Arbeit, Unmittelbarkeit, Basisdemokratie und Natürlichkeit wurden mit dem Freizeit-, Arbeits- und Konsumverhalten verknüpft und erhielten so ihre milieumäßige Lebensstrukturierung.

Dass die polit-kulturelle und soziale Bestimmung des Alternativmilieus nicht am impliziten Wissen und praktischen Bewusstsein der zeitgenössischen Akteure vorbeizielt, zeigt sich in einer Clusteranalyse im Rahmen der bekannten 9. Shell-Jugendstudie von 1981. Die Jugendlichen zwischen 17 und 24 Jahren nahmen nämlich, so zeigt die Studie, die Gruppenstile Umweltschützer, alternative Lebensweise, Kernkraftgegner, Hausbesetzer und Rock-Gegen-Rechts-Gruppen als einen *gemeinsamen* soziokulturellen Raum wahr, was die Forscher damals dazu führte, diese Jugendlichen mit dem Etikett ‚engagierte Protestgruppe' auszuzeichnen (Jugendwerk der Deutschen Shell 1981: 488, 493). In ähnlicher Weise wies der Sozialwissenschaftler Michael Zwick in einer quantitativen ‚Überlappungsanalyse' auf das gemeinsame Protestpotential von Frauen-, Anti-AKW- und Friedensbewegung als einem ‚alternativen Protestmilieu' hin (Zwick 1990: 164-167, bes. 166).

Die kritische Auseinandersetzung mit der Politik der großen Parteien und der etablierten

Kultur der Mittelschichten beziehungsweise des Bürgertums schuf zunächst einmal eine negative Integration, die durch eine gemeinsame Protesthaltung und einen alternativen Habitus unterstützt wurde. Gleichwohl lässt die in der Shell-Studie gewählte Bezeichnung der ‚Protestgruppe' den hier gepflegten Lebensstil noch nicht erkennen.

3 Der linksalternative Habitus

Von daher soll nun versucht werden, die zeitgenössischen Einstellungsuntersuchungen zu erweitern und die linksalternativen Denk-, Wahrnehmungs- und Beurteilungsweisen als habituelle Schemata zu beschreiben. Dieser soll hier stichwortartig in acht Spiegelstichen umrissen werden (vgl. Reichardt 2005):

- ‚Politik in der ersten Person' und ‚Betroffenheit': Politik ist hier gleichbedeutend mit Selbstbestimmung, Selbstentfaltung und Selbstorganisation. Politik bezeichnet einen aktiven Prozess der Veränderung der inneren und äußeren Bedingungen des Menschen. Intime Bereiche des Lebens und der Lebensalltag wurden als politisch erkannt und (halb-) öffentlich gemacht.
- ‚Wärme' der Vergemeinschaftung: Soziale Harmonie und solidarische Verkehrsformen, Kultur der Nähe, Bedeutung von Gefühl, Intuition und Emotion. Gegen eine bürokratisch verwaltete Welt und die ‚gefrorene' Rationalität seelenloser Betonarchitektur setzte man auf Sensibilität und ‚Betroffenheit'.
- Basisdemokratie und Anti-Hierarchie, offene und dezentrale Aktions- und Organisationsformen, Kritik an Parteiorganisationen.
- Provokation und Humor in der öffentlichen Kommunikation bei gleichzeitiger Absetzung von Dogmatismus und Putschismus.
- Verbindung von Spontaneität und ‚neuer Unmittelbarkeit': Maßgeblich war eine Zeitvorstellung, die auf sofortige Umsetzung der politischen Vorstellungen und Utopien setzte. Praxis und praktische Umsetzung besaßen den Vorrang vor theoretischer Analyse; unmittelbare Erfahrungspolitik rangierte vor der Erwartung einer Revolution.
- Ganzheitliches Leben, Ganzheitlichkeit: Angestrebt wurden allumspannende Projekte, die die Übergänge von Arbeit und Freizeit verschwimmen ließen und zur Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit beitrugen.
- Natürlichkeit, Naturverbundenheit und ökologisches Bewusstsein, Bürokratie- und Technologieskepsis: Die Dezentralität und Lokalität von netzwerkartigen Organisationen wurden zu wichtigen politischen Formen.
- Expressivität, Unkonventionalität und Kreativität, die sich in der Praxis neuer Lebensformen des Zusammenwohnens oder in der Sexualität ausdrücken sollten.

Durch ihre Innerlichkeit und die hervorgehobene Bedeutung von ‚Erfahrung' setzten sich linksalternative Lebenseinstellungen und ihre politischen Formen vom Terrorismus, von der K-Gruppen-Szene und dem ‚Marsch durch die Institutionen' ab. Gegenüber der Wärme linksalternativer Lebensformen waren diese entweder ‚heißer' (Terrorismus) oder ‚kälter' (K-Gruppen). In den K-Gruppen war der Lebensstil den politischen Zielen untergeordnet und nicht bloß zugeordnet. Kampf (Terroristen) oder intellektuelle Deutungshoheit (K-Gruppen) galten mehr als in der Alternativszene, bei denen Politik stärker durch den Habitus und Lebensstil vermittelt wurde. Der Theoretiker der Alternativbewegung und Subkultur, Rolf Schwendter, hat dies 1976 treffend formuliert: „Dringend benötigen die politischen Aktivisten jenes Maß an Träumen, an Kreativität, an Herzlichkeit und Gemeinsamkeit, das den ‚Wärmestrom' (Bloch) in ihnen bewahrt, die sie nicht zu Technokraten werden lässt. Dringend benötigen die Träumer der neuen Spiritualität und der alternativen Lebensformen jenes politisch-ökonomi-

sche Augenmaß, das ihnen hilft, ihre Träume auf Dauer zu bauen“ (Offener Brief Schwendters zitiert nach Kolenberger/Schwarz 1982: 47).

Christoph Conti hat sehr knapp beschrieben, was im Zentrum linksalternativer Politik und Lebensformen stand: „Sich selbst finden: die große Aufgabe des alternativen Menschen“ (Conti 1984: 183). Als bei einer Untersuchung von infratest 1981 unter Lesern von Alternativzeitungen danach gefragt wurde, woran sich die Medienrezipienten orientieren, antworteten mit 24 Prozent Abstand zur nächstgegebenen Antwort die alternativen Leser: ‚Nur an mir selbst' (41 Prozent). Bezeichnenderweise lautete die nachfolgende Antwort, die auf 17 Prozent Zustimmung kam: ‚An Niemanden' (Korczak 1982: Tabellenteil, 49). Im linksalternativen Milieu ging es um die Ausbildung eines ‚authentischen Selbst', welches durch bestimmte Kommunikations- und Körpertechniken aufgerichtet wurde und das Politikverständnis steuerte.

Tatsächlich jedoch spielten Gegenbilder eine zentrale Rolle. Die Identität wurde vor der Negativfolie einer schematisierten bürgerlichen Gesellschaft entworfen, gegen deren Werte protestiert und rebelliert wurde. So wandte man sich gegen die Arbeits- und Leistungsgesellschaft und deren Arbeitsteilung, gegen Sicherheitsdenken und traditionellen Treuediskurs, gegen Konventionalität, ‚kleinbürgerliches Spießertum' und ‚Normalität', der man das Projekt der eigenen wie auch kollektiven ‚Selbstverwirklichung' entgegenhielt (vgl. Schwendter 1971: 194f.). Dementsprechend hieß es im Dezember 1977 in einer Selbstdarstellung des wichtigsten alternativen Blattes, nämlich der Berliner ‚taz': „Wir wollen politische Initiativen gegen die Fabrikausbeutung, Leistungsideologie und Plastikkultur führen. Wir wollen unsere eigenen Lebenszusammenhänge aufbauen und vorantreiben, einen eigenen Lebensrhythmus finden“ (zitiert nach Bröckers 1989: 705). Gegen Leistungsdruck, Mühe, Entbehrung und Disziplin brachten die Handelnden eine alternative Moral in Stellung, die schnell selbst ihre eigenen Zwänge entwickelte.

4 Authentizität

Auch der als Selbstbeschreibungskategorie verwandte Begriff der ‚Authentizität' oder ‚authentischen Politik' erhellt sich in seiner Bedeutung erst dadurch, dass ihn die Linksalternativen dichotomisch gegen die als ‚künstlich' dargestellten Menschen in der Außenwelt in Stellung brachten (Kraushaar 1978: 63; Müschen 1982: 37, 119).[2] Wer dazugehörte, wurde oft erst durch Exklusion und Externalisierungen deutlich. Authentisch zu sein war ein Distinktionsmerkmal, unterstrich die eigene Besonderheit und konstruierte eine gegenkulturelle Identität. Zugleich beschreibt ‚Authentizität' für die Alternativen aber auch eine Selbstzuschreibung und einen Reflexionsbegriff. Gerade in einer individualisierten Gesellschaft aus freigesetzten und autonomen Individuen bot das Milieu mit seinen Selbsterfahrungsformen und Selbstverwirklichungsgruppen die Möglichkeit über sich selbst nachzudenken und sich einer selbst gewählten Identität zu versichern. Eine ganze Infrastruktur von Institutionen und Medien (Projektarbeiten, politische Treffen, Wohngemeinschaften und Kleidung, linke Kneipen und Kulturinstitutionen, Zeitungen und Bücher) gaben die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und Identitätsfindung. Hier gab man seine politischen Bekenntnisse ab, entwickelte Verhaltens- und Redeweisen bis hin zur Mode und Körperhaltung und studierte seinen linken Habitus ein.

Was nun ‚authentisch' im philosophischen Sinn eigentlich ist, kann und soll an dieser Stelle nicht behandelt werden. Von Interesse ist vielmehr, welches Verhalten und welche Verfahren den Effekt des ‚Authentischen' auslösten. Die-

se Authentifizierungstechniken begründeten die Möglichkeit eines unvermittelten Austauschs, welcher, so die Wahrnehmung der Linksalternativen, in einer kapitalistischen Konsumwelt im Grunde unmöglich wurde (Lethen 1996: 209). Für die Personen außerhalb ihres eigenen Milieus verneinten die Linksalternativen sogar die Chance zur Authentizität – zu sehr würden diese aus ihrer Sicht von den medialen Inszenierungen gesteuert und vom sozialen Rollenspiel des Kapitalismus gelenkt.

Die Akte des Authentisierens durch die Linksalternativen meinten mehr als nur Ehrlichkeit, Unverfälschtheit und Eigenständigkeit. Über den Begriff der Autonomie und Selbstbestimmung hinaus verwies er auf die weiter greifende und emphatische Ebene der Selbstverwirklichung, die in den folgenden vier Punkten kurz benannt sein sollen (vgl. Ferrara 1998: 5-10; Wetzel 1985).

Der Begriff ‚Authentizität', der seine Ursprünge im Griechischen und in der latinisierten Form ‚authenticum' hat, meint dabei *erstens* eine Schrift oder Urkunde, die authentisch genannt wird, wenn sie von dem Verfasser selbst herrührt.[3] In diesem Sinne wurde authentisch in der sogenannten ‚Betroffenenberichterstattung' der alternativen Presse verstanden. Authentizität bezeichnete damit eine „politische Perspektive […], die von der antiautoritären Revolte ihren Ausgang" nahm, wie der ehemalige ID-Redakteur Karl-Heinz Stamm schrieb: „Das ist die Hinwendung nach ‚unten', zu den je individuellen Erfahrungen der Menschen, zu den Erlebniswelten der Betroffenen, die aus der traditionellen Politikperspektive meist ausgegrenzt und von ihr abgespalten werden" (Stamm 1988: 264). Authentizität als Selbstbeschreibung ist insofern ein aktiver Gestaltungsakt, der in der alternativen Öffentlichkeitsarbeit ausgedrückt werden sollte.

Durch die Existenzphilosophie bei Martin Heidegger und Jean-Paul Sartre wurde authentisch *zweitens* als ‚eigentliches' Dasein jenseits des Einflusses angeblich oberflächlicher Massenkultur und der Abhängigkeit von der Gesellschaft und sozialer Akzeptanz verstanden. Anknüpfungspunkte im linksalternativen Milieu bot die Vorstellung, die nicht nur Autonomie und Selbstverwirklichung, sondern auch unvermittelbare und eigensinnige Sperrigkeit sowie natürliche Ursprünglichkeit hochschätze. Gleichwohl führt die Spur der mit ‚Naturmetaphern' operierenden Authentizitätsversion der Linksalternativen – deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist – letztlich eher zu den Vorläufern in der Romantik und nostalgischen Vorstellungen vom reinen Menschen (vgl. Bendix 1997: 16, 18f.; Kuhn 2006).

Authentisch zu leben bedeutete *drittens* die Aufhebung der ‚Entfremdung' und eine ‚ganzheitliche Existenz' jenseits kapitalistischer Arbeitsverhältnisse. Dies sollte unter anderem in den selbstverwalteten Alternativbetrieben erreicht werden, in denen Arbeitsteilung durch Rotationsprinzip und ‚ganzheitlicher' Zusammenführung von Hand- und Kopfarbeit erreicht werden sollte. Die Identifikation mit dem Inhalt der Arbeit und die Abschaffung oder wenigstens Reduktion der Lohnarbeit sollte neue Formen der Selbstverwirklichung ermöglichen. Autonomie, Freiraum und Selbstbestimmung in den besetzten Häusern, den Frauenzentren oder den Alternativbetrieben wurden als „Möglichkeit zur Authentizität" wahrgenommen (Hollstein 1981: 205).[4] Der mit der Selbstbestimmung oft verbundene Anspruch auf ‚Ganzheitlichkeit' wurde zum zentralen Leitbegriff der ‚Selbstverwirklichung' in den Landkommunen als auch in der Psycho- und Sensitivity-Bewegung und selbst der Anti-AKW-Bewegung.

Viertens schließlich ist Claude Levi-Strauss' Umschreibung von ‚authentisch' als Raum der direkten und persönlichen Kontakte der Menschen zueinander für die Analyse des linksalternativen Verhältnisses von Diskurs und Praxis fruchtbar. In der nachstrukturalistischen Ethnologie und den ethnologisch angeleiteten

Kulturwissenschaften, die mit dem Authentizitätsbegriff operierten, wurde die empathische Verwobenheit von Forscher und Erforschtem als erkenntnistheoretisch förderlich herausgestellt (Levi-Strauss 1967: 391-399; Bendix 1997; Koepping 1987: 26-33; Lindner 1998: 58-61). Wiederum verweist dies auf eine Authentizitätstechnik im linksalternativen Milieu, die unmittelbare personale Interaktion, Empathie, lebensweltliche Nähe und die enge Verbindung von Erkennen und Erleben besonders hoch schätzte. Die verdichtete, leibhaftige und kollektive Anwesenheitskommunikation wurde in dem Netzwerk aus diversen Kneipen, Wohngemeinschaften, Arbeitsprojekten und pädagogischen, sozialen oder Selbstfindungsgruppen ermöglicht und gefördert. Der ehemalige ID-Redakteur und alternative Zeitgenosse Karl-Heinz Stamm formuliert diesen Sachverhalt: „Hinsichtlich ihrer Kommunikationsvorstellungen ist die Alternativbewegung einem genuinen Verständnis unvermittelter, partizipatorischer face-to-face Kommunikation verpflichtet. (…) Gegenüber der Zunahme massenmedialer Kommunikation, gegen indirekte medienvermittelte Kommunikation setzt sie personale Kommunikation und Interaktion“. Die „primäre Erfahrung“ in den unmittelbar und dezentral ausgerichteten Interaktionsnetzwerken wurde zum Ausdruck des Authentischen. Diese „subkulturelle Authentizität“ folgte, wie Rolf Lindner feststellt, einem „strikten Code“ aus vermeintlich lässiger Gestik und Mimik, lockerer Sprechweise und festgelegten Kleidungsmodi (Stamm 1988: 131; Lindner 1998: 60).

Der New Yorker Literaturkritiker Lionel Trilling hat bereits 1972 eine weitgreifende Geschichte des Begriffs der Authentizität seit dem 18. Jahrhundert vorgelegt. Authentizität, so erklärte er in seiner Schrift ‚Sincerity and Authenticity‘, sei das Schlüsselwort eines ‚Moraljargons‘ der Moderne (Trilling 1980).[5] Dabei empfand Trilling die gegenwärtige Aufwertung des Authentischen in den 1960er und 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts als fatal. Seine polemische Schrift liest sich in Teilen wie ein Widergänger von Helmuth Plessners Studien aus den 1920er Jahren. Trilling tritt, ähnlich wie Plessner 50 Jahre zuvor, für eine Kultur der Distanz und der zeremoniellen Höflichkeit ein (vgl. Lethen 1994; Eßbach et al. 2002; Reichardt 2005: 175-187). Die Vorstellung eines unverstellten Selbst sei nur eine Fiktion, denn menschliche Triebregungen lassen sich nur in der vermeintlichen ‚Künstlichkeit‘ sozialer Figurationen, das Psychische nur im Medium der symbolischen Ordnung ermessen. Individuen müssen sich somit der sozialen Maskerade und der Rituale bedienen. Der Moraljargon der Authentizität der 1970er Jahre – so Trillings scharfe Polemik – habe lediglich Gewalt, Extremismus und Dogmatismus befördert (Trilling 1980; Lethen 1996: 218-222). Trillings zeitgenössischer Bericht liest sich gerade in seiner polemischen Zuspitzung wie die Klage eines teilnehmenden Beobachters, der Teil des von ihm selbst Beklagten geworden ist.

Die politisch-moralische als auch emotionale Forderung und Instrumentalisierung von Authentizität durch die Linksalternativen sollte man jedoch nicht einfach verdammen, als naiv denunzieren und schlicht zurückweisen. Stattdessen gilt es zu fragen, wann und wozu der Begriff der Authentizität genutzt wurde. Die entscheidende Frage lautet nicht, was Authentizität ist, sondern wer den Begriff brauchte und wozu er ihn verwendete.

Der Authentizitätsverweis fungierte im linksalternativen Spektrum als Identitätsmarker und Selbstführungstechnik der Subjekte. Etwas als authentisch zu bezeichnen und von sich zu behaupten, man verhalte sich authentisch, war eine Machtstrategie, weil man so im Milieu gültige und legitime Verhaltensmuster auswies. Die Selbstführung wird insoweit als gouvernementale Regierungstechnik und Selbstkontrolle im

Sinne Foucaults gedacht: „Führung ist zugleich Tätigkeit des ‚Anführens' anderer und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld der Möglichkeiten" (Foucault 2003: 240-263; Foucault 2004a; Foucault 2004b).[6]

Man hatte also nicht nur das Recht selbstverwirklicht zu leben, sondern geradezu die Pflicht, über sich Rechenschaft abzulegen und die Selbsterkenntnisse anderen mitzuteilen. Zum Bekenntnis für ein alternatives Leben gehörte auch das Geständnis vermeintlicher Mängel und die Enthüllung derselben. Die frei gewählte Selbstthematisierungskultur bedeutete keineswegs nur Freiheit, sondern auch den Zwang der Selbstverpflichtung gegenüber sich selbst und den anderen.

Der bekannte amerikanische Sozialphilosoph Charles Taylor bezeichnete die 1960er Jahre als ‚Age of Authenticity' und benannte damit die Sinnlücke, die Unsicherheiten und Selbstzweifel, die durch moderne Individualisierungsprozesse und schlichte Freisetzungen in der Massengesellschaft hervorgerufen wurden. In dieser Zeit drohte die Welt durch stumpfe Regeln und flache Routine langweilig und entzaubert zu werden. Eine Welt aus Spezialisten ohne Geist und Hedonisten ohne Herz wurde immer wieder durch sakrale Praktiken neu verzaubert. In den 1960er Jahren nahm der Bedeutungsrahmen der Authentizität diese Rolle ein, um der Kälte moderner Entfremdung zu widerstehen. Die Suche nach Authentizität als moderne Erscheinung thematisiert somit die sinnhafte Selbstbestimmung des Menschen gegen formierte Normalisierungen und Konformitätszumutungen. Dass diese Sinnsuche durch die Konsumgesellschaft mit befeuert wurde, verdeutlicht schon eine Bier-Reklame aus den 1970er Jahren, die den Slogan ‚be yourself in the world today' trug. Der US-amerikanische Therapiekult der 1970er Jahre mit Formeln wie ‚find or realize yourself' oder ‚release your true self' wäre ein weiteres Beispiel des ‚simplified expressivism' in dieser Dekade. Kreativität und Individualität wurden also als neue Produktivitäts- und Konsumptionsressource entdeckt und erzeugten neue Dilemmata der Identitätssuche (Taylor 2007: 473-504; Taylor 1992; Bendix 1997: 3-20, 25, 54; Reckwitz 2006).

Im linksalternativen Milieu wiederum richtete sich die Kritik an der Moderne gegen die bürgerlichen Verblendungs- und Verschleierungsmedien, gegen eine konsumistische Kulturindustrie als auch gegen die kapitalistische Produktionsweise, der von den Milieumitgliedern vorgeworfen wurde, Entfremdung, künstliches oder unechtes Verhalten und falsche Bedürfnisse zu erzeugen. Authentisches Verhalten werde durch die Verdinglichung des Menschen und die bürokratisch eingehegte Konsumgesellschaft verunmöglicht. Gleichwohl probierte man ein alternatives Leben jenseits dieser Zwänge aus, meinte ein Stück Freiheit im Alternativmilieu zu gewinnen, um gegebenenfalls von hier aus eine revolutionäre Perspektive gewinnen zu können. Welche politischen Implikationen diese Suche nach Natürlichkeit und Authentizität hatte – romantische, nostalgische, totalitäre oder illusorische – ist damit noch nicht gesagt.

Dafür müssten die normativen Bewertungen mit den gelebten Verhaltensmustern verglichen und in einen Zusammenhang gebracht werden. Erst die „in praxi gelebte und somit reale Umsetzung der alternativen Ideale und Vorstellungen in den Formen des alltäglichen Lebens", so die Kommunikationswissenschaftlerin Nadja Büteführ, liefert uns ein Bild von Wesen und Wirkung des linksalternativen Milieus (Büteführ 1995: 121; Reichardt 2007). Der politische Diskurs um die „vorgestellte Authentizität" (Schulz-Forberg 2006: 56) der Linksalternativen enthüllt sich also erst in Verbindung zur biographischen und kollektiven Lebenspraxis der Akteure – zu den Praktiken des Wohnens in Kommunen und Wohngemeinschaften,

der Arbeit in selbstverwalteten Betrieben, der geselligen Praxis in episodischen Vergemeinschaftungsräumen, den Erziehungsexperimenten oder dem Sexualverhalten in Partnerbeziehungen.

5 Resümee

Das linksalternative Milieu bildete sich im Rahmen einer wirtschaftlich gesicherten, sozial durchlässigen und postmateriell ausgerichteten Erlebnisgesellschaft aus. Die soziale Herkunft der Linksalternativen aus den Kernschichten dieser Entwicklung zeigt ihre Eingebundenheit in die Ausweitung des Bildungssystems, die Ausdifferenzierung und Ausbreitung der Medien, den Wandel der Haushalts- und Familienstrukturen, die geänderten Einstellungen zur Sexualität, die fortschreitende Verstädterung, die Vertiefung und Durchsetzung der Konsumgesellschaft, die Einkommenszuwächse und den allgemeinen Aufstieg der Mittelschichten.

Obwohl sich die linksalternativen Akteure von den karriereorientierten Werten, der spießigen Lebensgestaltung und Konsumorientierung ihrer Elterngeneration mit großem Furor und im Stile großer Neuerer absetzten, vollzogen sie zum großen Teil letztlich mit, was sich im Zuge des Werte- und Lebensstilwandels gesamtgesellschaftlich zu etablieren begann. Die Linksalternativen politisierten, radikalisierten und stilisierten diesen Wandel. Das linksalternative Milieu war nicht zuletzt ein durch den vorgängigen sozialen und kulturellen Wandel geschaffenes, ja überhaupt erst ermöglichtes Phänomen. Die 68er rissen bereits zerbröckelte Mauern einer Gesellschaft im Prozess der Liberalisierung ein (Siegfried 2006; Hodenberg/Siegfried 2006; Birke 2007).

Sven Reichardt (geb. 1967) ist seit 2003 Juniorprofessor für Deutsche Zeitgeschichte in Konstanz. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Faschismusforschung, linksalternatives Milieu der BRD, Zivilgesellschaft. Kontakt: sven.reichardt@uni-konstanz.de

Anmerkungen

[1]Weitere dreizehn Prozent der 14- bis 17-Jährigen gaben an, alternativ zu leben sei ‚nachahmenswert', während dies zehn Prozent der 18- bis 24-Jährigen meinten. Weitere 41 Prozent der 14- bis 17-Jährigen fanden diese Idee immerhin ‚interessant' und ‚zum Nachdenken' anregend, was auch 29 Prozent der 18- bis 24-Jährigen meinten. Nur eine Minderheit der Jugendlichen meinte, dass das alternative Leben etwas für ‚Spinner' und ‚Gescheiterte' sei. Noch höhere Werte ergab die Frage nach der Akzeptanz des Mottos ‚Zurück zur Natur, zurück zu den eigentlichen inneren Werten', die von 62 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren positiv beantwortet und von 53 Prozent der 18- bis 24-Jährigen ebenso eingeschätzt wurde (Pratz 1983).

[2]Vgl. zum Begriff der Authentizität in diesem Zusammenhang auch Kalisch 2000: 31-44; Knaller/Müller 2006, 7-16; Ferrara 1998: 70-107.

[3]Zur Wortgeschichte vgl. Art. ‚Authentizität' in: Ritter 1971: 691-693; Art. „Authenticity" in: Becker/Becker 1992: 67-69; Art. ‚Authenticity' in: Roth 1995: 69; Bendix 1997: 14-21.

[4]Vgl. zur Theoriediskussion um den Begriff der Entfremdung: Israel 1985.

[5]Profunder ist der vergleichende deutsch-amerikanische Überblick von Bendix 1997: 155-218.

[6]Zum Konzept der Gouvernementalität siehe die weiterführende Literatur in den dortigen Fußnoten: Krasmann/Volkmer 2007; Große Kracht 2006: 273-276; Martschukat 2006: 277-283; Reichert 2004; Pieper/Rodríguez 2003; Bröckling et al. 2001; Lemke 1997.

Literatur

Becker, Lawrence C./Becker Charlotte B. (Hg.) 1992: Encyclopedia of Ethics. Bd. 1. New York: Garland.

Bendix, Regina 1997: In Search of Authenticity. The Formation of Folklore Studies. Madison, Wisconsin: University of Wisconsin Press.

Birke, Peter 2007: Die Protestbewegungen und die „kulturelle Revolution" der 1960er Jahre in der bundesdeutschen Historiographie: Montage und Virtualität. In: Sozial.Geschichte 22, Heft 2, 7-30.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Bröckers, Matthias/Berentzen, Detlef/Brügger, Bernhard (Hg.) 1989: die taz. Das Buch. Aktuelle Ewigkeitswerte aus zehn Jahren. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.

Bröckling, Ulrich (Hg.) 2001: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hg.) 1981a: Jugend in der Bundesrepublik heute – Aufbruch oder Verweigerung. Bonn.

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit 1981b: Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/81, 3-15.

Burkart, Günter (Hg.) 2006: Die Ausweitung der Bekenntniskultur – neue Formen der Selbstthematisierung? Wiesbaden: VS-Verlag.

Büteführ, Nadja 1995: Zwischen Anspruch und Kommerz. Lokale Alternativpresse 1970-1993. Systematische Herleitung und empirische Überprüfung. Münster, New York: Waxmann.

Conti, Christoph [Pseudonym für Christoph Hennig] 1984: Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute. Reinbek: Rowohlt.

Eßbach, Wolfgang/Fischer, Joachim/Lethen, Helmut (Hg.) 2002: Plessners „Grenzen der Gemeinschaft". Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ferrara, Alessandro 1998: Reflective Authenticity. Rethinking the Project of Modernity. London/New York: Routledge.

Foucault, Michel 2003: Analytik der Macht. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel 2004a: Geschichte der Gouvernementalität I und II. Vorlesung am Collège de France 1977-1979. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel 2004b: Hermeneutik des Subjekts. Vorlesungen am Collège de France 1981/82. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Görtemaker, Manfred 1999: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München: Beck.

Große Kracht, Klaus 2006: „Gouvernementalität" – Michel Foucault und die Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Zeithistorische Forschungen, Heft 3, 273-276.

Haller, Michael (Hg.) 1981: Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft. Hamburg: Rowohlt.

Hansen, Stephanie/Veen, Hans-Joachim 1980: Auf der Suche nach dem privaten Glück. In: Die Zeit Nr. 37 vom 5.9.1980.

Hodenberg, Christina von/Siegfried, Detlef (Hg.) 2006: Wo „1968" liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Hollstein, Walter 1981: Autonome Lebensformen. Über die transbürgerliche Perspektive der Jugendbewegung. In: Haller, Michael (Hg.): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft. Hamburg: Rowohlt.

Huber, Joseph 1980: Wer soll das alles ändern? Die Alternativen und die Alternativbewegung. Berlin: Rotbuch.

Israel, Joachim 1985: Der Begriff Entfremdung. Zur Verdinglichung des Menschen in der bürokratischen Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) 1981: Jugend, 81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. 2 Bände. Hamburg: Jugendwerk der Deutschen Shell.

Kalisch, Eleonore 2000: Aspekte einer Begriffs- und Problemgeschichte von Authentizität und Darstellung. In: Fischer-Lichte, Erika/Pflug, Isabel (Hg.), Inszenierung von Authentizität. Tübingen/Basel: Francke, 31-44.

Knaller, Susanne/Müller, Harro (Hg.) 2006: Authentizität. Diskussion eines ästhetischen Begriffs. München: Fink.

Koenen, Gerd 2001: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Koepping, Klaus-Peter 1987: Authentizität als Selbstfindung durch den anderen: Ethnologie zwischen Engagement und Reflexion, zwischen Leben und Wissenschaft. In: Duerr, Hans Peter (Hg.): Authentizität und Betrug in der Ethnologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7-37.

Kolenberger, Lothar/Schwarz, Hanns-Albrecht 1982: Abschlußbericht des Projektes „Zum Problem einer ‚Zweiten Kultur' in West-Berlin. Berlin.

Korczak, Dieter 1982: Zur Einstellung und Lebenswelt von Alternativen. München.

Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hg.) 2007: Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität" in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: transcript.

Kraushaar, Wolfgang 1978: Thesen zum Verständnis von Alternativ- und Fluchtbewegung. Am Beispiel der frankfurter scene. In: Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Autonomie oder Getto? Frankfurt am Main: Neue Kritik, 8-67.

Kühn, Andreas 2005: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre. Frankfurt am Main, New York: Campus 2005.

Kuhn, Barbara 2006: Authentizität und Autobiographie: Robbe-Grillets *reprise* der *Romanesques*. In: Knaller, Susanne/Müller, Harro (Hg.): Authentizität. München: Fink, 115-146.

Kunzelmann, Dieter 1998: Leisten sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben. Berlin: Transit.

MARPLAN Institut 1981: Lebensziele. Potentiale und Trends alternativen Verhaltens. Repräsentativuntersuchung von MARPLAN (Offenbach) im Auftrag des „Stern". Hamburg.

Lemke, Thomas 1997: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin, Hamburg: Argument.

Lethen, Helmut 1994: Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lethen, Helmut 1996: Versionen des Authentischen. Sechs Gemeinplätze. In: Böhme, Hartmut/Scherpe, Klaus R. (Hg.), Literatur und Kulturwissenschaften. Reinbek: Rowohlt, 205-231.

Levi-Strauss, Claude 1967: Strukturale Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lindner, Rolf 1998: Die Idee des Authentischen. In: Kuckuck. Notizen zu Alltagskultur und Volkskunde, Jg. 13, Nr. 1, 58-61.

Martschukat, Jürgen 2006: Feste Banden lose schnüren. „Gouvernementalität" als analytische Perspektive auf Geschichte. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3, 277-283.

Müschen, Klaus 1982: „Lieber lebendig als normal!" Selbstorganisation, kollektive Lebensformen und alternative Ökonomie. Bensheim: Paed.-extra-Buchverlag.

Pieper, Marianne/Rodríguez, Encarnación Gutiérrez (Hg.) 2003: Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluß an Foucault. Frankfurt am Main: Campus.

Plumpe, Werner 2004: 1968 und die deutschen Unternehmen. Zur Markierung eines For-

schungsfeldes. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 49, Heft 1, 45-66.

Pratz, Gunter 1983: Lebensziele – Potentiale und Trends alternativen Verhaltens. In: Bertelsmann-Briefe 113, 14-35.

Reckwitz, Andreas 2006: Das hybride Subjekt**.** Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne. Weilerswist: Velbrück.

Reichardt, Sven 2005: „Wärme" als Modus sozialen Verhaltens? Vorüberlegungen zu einer Kulturgeschichte des linksalternativen Milieus vom Ende der 1960er bis Anfang der 1980er Jahre. In: Vorgänge, Jg. 44, Heft 171/172, 175-187.

Reichardt, Sven 2007: Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung. In: Sozial.Geschichte, Jg. 22, Heft 3, 43-65.

Reichert, Ramon (Hg.) 2004: Gouvernmentality Studies. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaft im Anschluss an Foucault. Münster: Lit-Verlag.

Ritter, Joachim (Hg.) 1971: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 1. Basel/Stuttgart: Schwabe.

Roth, John K. (Hg.) 1995: International Encyclopedia of Ethics. London/Chicago: Fitzroy Dearborn.

Schulz-Forberg, Hagen 2006: London – Berlin. Authenticity, Modernity, and the Metropolis in Urban Travel Writing. Brüssel: Lang.

Schwendter, Rolf 1971: Theorie der Subkultur. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch.

Siegfried, Detlef 2006: Time Is On My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen: Wallstein.

Stamm, Karl-Heinz 1988: Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen. Frankfurt am Main: Campus.

Taylor, Charles 1992: The Ethics of Authenticity. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Taylor, Charles 2007: A Secular Age. Cambridge, London: Belknap Press.

Timm, Uwe 2005: Der Freund und der Fremde. Eine Erzählung. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Trilling, Lionel 1980: Das Ende der Aufrichtigkeit. München/Wien: Hanser.

Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas (Hg.) 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Vester, Michael 1983: Von neuen Plebejern, Emanzipation und Massenstreiks. Thesen zur Klassen- und Schichtenstruktur und zu den Entwicklungspotentialen der neuen sozialen Bewegungen. In: Frankfurter Rundschau Nr. 78 vom 5.4.1983, 14.

Weinhauer, Klaus 2006: Zwischen „Partisanenkampf" und „Kommissar Computer": Polizei und Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre. In: Weinhauer, Klaus/Requate, Jörg/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main, New York: Campus, 244-270.

Wetzel, Klaus Michael 1985: Autonomie und Authentizität. Untersuchungen zur Konstitution und Konfiguration von Subjektivität. Frankfurt am Main: Lang.

Zwick, Michael M. 1990: Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur: Zielsetzung, Anhängerschaft, Mobilisierung – eine empirische Analyse. Frankfurt am Main: Campus.

Neue Soziale Bewegungen

FORSCHUNGSJOURNAL

20 Jahre

SONDERTEIL

Andreas Buro

Der lange Marsch der Friedensbewegung zur Zivilen Konfliktbearbeitung nach 1945

Soziale Bewegungen, wie die deutsche Friedensbewegung, leben von der aktuellen Motivation der Menschen, die sich zu ihren Forderungen bekennen und ihre Aktionen tragen. Diese Bewegungen leben aber auch durch ihre politische und organisatorische Infrastruktur, die Kontinuität sichert, laufend analysiert, informiert und die Diskussion der aktuellen und langfristigen Probleme der Friedenssicherung ermöglicht. Im Laufe der Zeit verschieben sich Ziele und Strategien wie auch die Methoden der Arbeit. Dies ist nicht allein der Veränderung der äußeren Ereignisse und Bedingungen geschuldet, sondern auch politisch-sozialen Lernprozessen innerhalb der jeweiligen sozialen Bewegung. Soziale Bewegungen machen Erfahrungen und lernen daraus. Ihr meist hohes Niveau an Sachexpertise zeigt eindringlich, dass dies ein wesentlicher Effekt ihrer Arbeit ist.

Die deutsche Friedensbewegung ist ein eindringliches Beispiel für solches Lernen. Sie beginnt nach dem Zweite Weltkrieg vor allem mit Protesten gegen die Wiederaufrüstung und sie diskutiert in der Gegenwart, also nach etwa 60 Jahren, über Strategien und Bedingungen der Konfliktlösung durch zivile Bearbeitung. Ein langer Weg, der im Folgenden dargestellt werden soll.

1 Was heißt Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)?

Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention ist die Alternative zum militärischen Konfliktaustrag. „Gewaltanwendung auszuschließen, obwohl sich soziale Konflikte nicht verhindern lassen und notwendig für gesellschaftlichen Wandel sind, ist das übergeordnete Ziel ziviler Konfliktbearbeitung“ (Weller/Kirschner 2005). Die gegenwärtige Tendenz, die Kriegsprävention zu vernachlässigen, aber dann später große Geldbeträge in bereits hoch eskalierte Konflikte und in die Nachsorge von Kriegen zu stecken, ist in jeder Hinsicht höchst kostenreich, wie aktuell der Kosovo-, der Afghanistan- und der Irak-Krieg zeigen.

Konfliktgeladenen Prozessen muss bereits entgegengewirkt werden, ehe sie in eine systematische Gewaltanwendung umschlagen (Prävention). Dies verlangt schon die Charta der UN: „Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl“ (Kap. IV, Art. 33). Der frühere UN-Generalsekretär Boutros-Ghali forderte in seiner ‚Agenda für Frieden‘ Konfliktprävention und institutionelle Stabilisierung in gefährdeten Bereichen. Sein Nachfolger Kofi Annan plädierte für eine ‚Kultur der Prävention‘. Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention zu fordern und zu fördern ist also nicht ein Spleen von Außenseitern, sondern baut auf zentralen Erfahrungen der Menschheit und den dringenden Bedürfnissen der Gegenwart auf.

Sind Konflikte bis zum Ausbruch von Gewalt eskaliert, geht es um Deeskalation (peace making) und Friedenssicherung (peace keeping). Darauf folgen Bemühungen um Friedenskonsolidierung (post conflict peace building). Die Formen und Methoden Ziviler Konfliktbe-

arbeitung und Kriegsprävention sind äußerst vielfältig und müssen den konkreten Konflikten angepasst werden. Häufig liegen die Wurzeln der Konflikte viel tiefer, als ein erster Blick auf die Kontrahenten vermuten lässt. Handelt es sich auf dem Balkan wirklich um ethnische Konflikte? Geht es in Afghanistan vornehmlich um die Bekämpfung von Terrorismus, im Irak um Demokratisierung?

Der Prozesscharakter der zivilen Konfliktbearbeitung wird besonders in der Entwicklung von Gesellschaften erkennbar. Dabei spielt auch das Geschlechterverhältnis und dessen Veränderung eine große Rolle (Calließ 2004). Die Umbrüche der Modernisierung sind oftmals so gewaltig, dass nur eine langfristige Begleitung und sensible Unterstützung von außen den Gesellschaften eine friedliche Bewältigung ermöglicht. Die Hauptverantwortung für den innerstaatlichen Frieden liegt jedoch immer bei den Gesellschaften selbst, wenngleich oftmals entscheidende Einwirkungen von politischen und wirtschaftlichen ‚global players', die ihren Sitz meist in den nordwestlichen Metropolen haben, ausgehen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtigen Kriege ganz überwiegend innerstaatliche und nicht zwischenstaatliche Kriege sind (Human Security Center 2005).

Je nach der aktuellen Situation werden sich an Ziviler Konfliktbearbeitung nichtstaatliche, staatliche- und internationale Organisationen beteiligen. „Es gibt nicht das eine Konzept ziviler Konfliktbearbeitung als Allheilmittel für den Umgang mit Interessensgegensätzen und unterschiedlichen Werte- und Überzeugungssystemen. Zivile Konfliktbearbeitung ist voraussetzungsreich und stellt hohe Anforderungen, auch an die Friedensforschung, deren Analysen deutlich mehr als die unmittelbaren Konfliktparteien und deren Streitgegenstand einbeziehen müssen. Ihre Umsetzung erfordert vielfältige politische Abwägungen und Entscheidungen. Aber genau in diesen Herausforderungen steckt ihr großes Potential, nicht nur zur Gewaltreduktion, sondern ebenso zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen zu können..." (Weller/Kirschner 2005).

2 Zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) ist keine zivile Konfliktbearbeitung

ZMZ ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen der Bundeswehr oder allgemein gesprochen des Militärs auszuweiten und dabei auch friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren. Die zivilen Kräfte geraten dabei in eine Situation, die von vornherein militärisch bestimmt ist. Als letztes Mittel stehen hinter ZMZ stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. Dies ist unvereinbar mit der Grundphilosophie ziviler Konfliktbearbeitung, die gerade auf Dialog, Kooperation und das Aushandeln von Konflikten gerichtet ist. In ZMZ wird ZKB jedoch zum taktischen Instrument militärgestützter Politik. Militärgestützte Politik würde sich zudem leichter für eine Intervention entscheiden, wenn sie davon ausgehen könnte, die Nachkriegssituation – natürlich denkt man sofort an den Kosovo und den Irak – durch ZMZ sicherer beherrschen zu können. Damit würde ZMZ sogar zu einer den Krieg fördernden Politik beitragen.

Angesichts der Asymmetrie der ZMZ-Partner ist es freilich äußerst zweifelhaft, dass die Grundorientierung der zivilen Konfliktbearbeitung, die auf Prävention und Dialog setzt und Zwang ablehnt, sich gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen kann. Vielmehr würde sie zu einem Bestandteil des militärischen Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische ‚Friedensmissionen' und ‚Friedenskonsolidierung' dienen kann und bereits dient.

3 Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in ihren historischen Etappen[1]

Mehr als ein halbes Jahrhundert Friedensbewegung in der Bundesrepublik können nicht als eine Einheit beschrieben werden. Zu groß sind die Unterschiede in der politischen Situation, den Zielsetzungen, Organisationsstrukturen und Aktions- und Beteiligungsformen. Es ist deshalb erforderlich, die Friedensbewegung in den verschiedenen historischen Etappen zu beschreiben. Im Folgenden werden acht solcher Etappen unterschieden, und zwar:

- Widerstand gegen die Wiederbewaffnung
- ‚Kampf dem Atomtod' in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre
- Ostermarsch-Bewegung / Kampagne für Demokratie und Abrüstung
- Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss
- Phase nach dem Ende des Ost-West-Konflikts
- Phase während der Golf- und Balkan-Kriege
- die interventionistische Orientierung der NATO-Staaten und Deutschlands
- imperiale Kriege und Aufrüstung im Zeichen des Kampfes gegen Selbstmord-Terrorismus

3.1 Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung

Nach dem NATO-Beitritt der BRD 1954 endete die ‚Ohne-mich-Bewegung' gegen die Wiederaufrüstung (Otto 1981). Sie hatte von 1949 bis 1955 anti-militaristische Argumente vertreten, und reichte vom konservativen über den liberalen und religiösen Teil der Gesellschaft bis zur Linken. Der Bundesinnenminister berichtete 1952 von 175 Organisationen, Arbeitskreisen usw. Die Motivationsstrukturen waren äußerst heterogen und reichten vom gekränkten Nationalstolz, dem Wunsch nach einer neutralistischen Lösung bis zu anti-militaristischen Positionen. Pazifistische Überzeugungen wurden allenfalls von einer recht kleinen Minderheit vertreten. Diese Phase verläuft in vier Teilschritten: der ‚Ohne-mich-Bewegung', den Volksbefragungsaktionen, den Neutralitätsbestrebungen und der Paulskirchen-Bewegung (ebd.: 52ff.). Die dominierenden Akteure waren politische Parteien und große Organisationen wie der DGB und die evangelische Kirche, unter deren Dach sich Aktionsgruppen organisierten. Das beherrschende Thema war der Protest gegen die Wiederbewaffnung der BRD. Als Alternative zur Aufrüstung wurde von einigen Gruppen eine Neutralisierung der beiden Teile Deutschlands vorgeschlagen, die möglicherweise auch zu ihrer Vereinigung zu einem gesamtdeutschen neutralen Staat führen konnte. Im aufkommenden Kalten Krieg hatten weder der Protest noch dieser Vorschlag eine Chance.

3.2 Die Kampagne ‚Kampf dem Atomtod'

Der Protest gegen die Atomwaffen wurde in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre von SPD, Gewerkschaften, evangelischer Kirche und einzelnen Persönlichkeiten in der Kampagne ‚Kampf dem Atomtod' organisiert (Rupp: 1970). Die Großorganisationen, allen voran die SPD, bestimmten weitgehend politisch, finanziell und organisatorisch die Kampagne. Allerdings gab es auch davon unabhängige Neutralitäts- und Friedensgruppen. 1959 machte die SPD mit ihrem auf dem Parteitag in Bad Godesberg beschlossenen Grundsatzprogramm einen großen Schwenk in Richtung auf eine sich zur Mitte öffnende Volkspartei, die zu einer großen Koalition bereit war. ‚Kampf dem Atomtod' passte nicht mehr in diese neue Strategie und wurde kurzerhand von SPD und DGB organisatorisch und finanziell abgewürgt. Die Kampagne war wiederum vornehmlich eine Protest-Kampagne. Sie konzentrierte sich auf die atomare Bedrohung und erreichte dort eine erhebliche Breite der Auseinandersetzung.

3.3 Die Ostermarsch-Bewegung/ Kampagne für Demokratie und Abrüstung

Pazifistische Gruppen in Norddeutschland veranstalteten 1960 den ersten Oster-Sternmarsch von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne, woraus sich die bundesweite, unabhängige, außerparlamentarische Opposition entwickelte (Buro 1977). Zunächst firmierten sie unter dem Namen ‚Ostermarsch der Atomwaffengegner gegen Atomwaffen in Ost und West' und nannten sich in den späten 1960er Jahren, damit einen sozialen Lernprozess anzeigend, ‚Kampagne für Demokratie und Abrüstung'. Diese Kampagne wurde zu einem breiten Bündnis aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus und politischen Lagern, arbeitete ganzjährig, finanzierte sich selbst und war von keiner Partei und keiner Großorganisation abhängig (Otto 1977). Es entwickelte sich ein dichtes Netz lokaler Gruppen. Dies ist die erste über lange Zeit (1960 bis 1969) auf breiter sozialer Basis arbeitende soziale Bewegung, die sich selbst als außerparlamentarische Opposition bezeichnete. Die Kampagne griff zunächst weitgehend die Forderungen von ‚Kampf dem Atomtod' auf, vertiefte sie aus pazifistischer Sicht und veränderte sich im Laufe der Jahre zu einer anti-militaristischen und pazifistischen Bewegung. Diese bezog immer weitere Bereiche der Probleme der Demokratisierung in ihre Arbeit ein. Seit Mitte der 1960er Jahre spielte das Thema Vietnam bei den öffentlichen Kundgebungen eine zunehmende Rolle (Buro 1968). Es wurde von der Studentenbewegung verstärkt aufgegriffen (Horlemann/Gäng 1966) und bis zum Abzug der USA aus Vietnam 1973 intensiv verfolgt (Buro/Grobe 1984). Die Bedeutung des Vietnam-Krieges für die Politisierung der Friedensbewegung kann gar nicht überschätzt werden, wurde doch durch ihn das für Demokratie und Menschenrechte stehende Vorbild der USA zutiefst in Frage gestellt. Die Außen- und Militärpolitik der USA und darüber hinaus des ‚Westens' wurde unter dem Gesichtspunkt imperialistischer Machtausübung kritisiert und die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt (Brandes 1974).

1968 marschierten Ostblock-Staaten in die CSSR ein, was die Zusammenarbeit der heterogenen Teile der Kampagne außerordentlich belastete. Ende der 1960er Jahre war die Kampagne derart politisiert – auch die StudentInnenbewegung hatte dazu beigetragen –, dass sie sich zugunsten vieler Reformprojekte in fast allen gesellschaftlichen Bereichen auflöste. Es war die Zeit der Entspannungspolitik während der Kanzlerschaft von Willy Brandt. Ökologische, soziale, entwicklungspolitische und frauenpolitische Probleme beschäftigten die Menschen damals mehr als die vermeintlich entschärfte Bedrohung durch Atomwaffen und Krieg. Die Friedensbewegung versank so nach Beendigung der US-Vietnam-Intervention in einen Dornröschen-Schlaf zugunsten anderer gesellschaftlicher Reform-Aktivitäten.

In dieser Phase der Friedensbewegung stand zunächst ebenfalls der Protest gegen Atomwaffen in Ost und West im Vordergrund. Neu hinzu kam die Vertiefung der gesellschaftlichen und internationalen Analyse in Bezug auf die Rüstungs- und Abschreckungspolitik. Neu war aber auch die intensive Beschäftigung mit einem Element möglicher Entspannung, nämlich der Bildung einer von Atomwaffen freien Zone in Mitteleuropa. Die pazifistische Diskussion entwickelt sich an Vorschlägen für eine ‚soziale Verteidigung', die auf gewaltfreier Basis beruhen sollte (Ebert 1982).

3.4 Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss

In den 1970er Jahren hatten sich an Reformen orientierte soziale Bewegungen und BürgerInnen-Initiativen gebildet, während das Friedens-

thema angesichts der neuen Ostpolitik und der damit verbundenen Hoffnungen weitgehend in den Hintergrund getreten war. Als jedoch 1979 die NATO ihren Doppelbeschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen mit minimaler Vorwarnzeit fasste, änderte sich diese Situation schnell. Menschen aus den vielfältigen sozialen Bewegungen bildeten Friedensgruppen im ganzen Land und es entstand die größte Friedensmobilisierung, die es bis dahin jemals in Deutschland gegeben hatte. Ziviler Ungehorsam (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1992) und gewaltfreie Aktionsformen gewannen große Verbreitung. Die Blockaden in Mutlangen erreichten das Bewusstsein der Bevölkerung. Es entwickelte sich in dieser Phase ferner eine intensive Diskussion über Alternativen wie Disengagement, Neutralismus-Konzepte, einseitige und vollständige Abrüstung (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1981) und auch über militärische Defensivkonzepte, die zu einem Ende der Abschreckungspolitik und zu einer Abrüstungsdynamik führen sollten (Böge/Wilke 1984).

3.5 Das Ende des Ost-West-Konflikts

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums veränderte die sicherheits- und friedenspolitische Landschaft auch für die Friedensbewegung grundlegend (Buro 1997). Man war nicht mehr bedroht. Damit wurde neben dem Kampf für Abrüstung das zweite große Thema der Friedenbewegung auf die Tagesordnung gesetzt: Der Grundgedanke, dass Frieden in Europa nicht auf Waffen, sondern auf Verständigung über die Formen des Zusammenlebens im ‚Gemeinsamen Haus' gegründet sein müsse (Senghaas 1992). Dementsprechend gälte es, Aussöhnungsarbeit zwischen der Bundesrepublik – oder besser deren Gesellschaft – und den osteuropäischen und den ehemals sowjetischen Gesellschaften zu leisten. Die Bedingungen für eine gemeinsame gesamteuropäische, friedliche Zukunft waren zu entwickeln. In der schon 1987 begonnenen Diskussion ging es um die Begriffe und eine entsprechende Politik des ‚positiven Friedens' für Europa und einer ‚gesamteuropäischen Friedensordnung'. Mit dieser Neuorientierung war die weit verbreitete Hoffnung verbunden, es träte nun eine Ära der gleichberechtigten Kooperation zwischen Ost und West ein, in der die erwartete Friedensdividende Frieden stiftend und Entwicklung fördernd eingesetzt werden würde.

3.6 Die Kriege am Golf (1991) und auf dem Balkan

Der Krieg am Golf 1991 ernüchterte alle Hoffnungen auf eine Periode des Friedens (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1991) und richtete den Blick verstärkt auf Konflikte und Kriege in anderen Ländern. Während die Deutschen nicht mehr unmittelbar bedroht waren, ging es nun vorrangig um den Frieden im ehemaligen Jugoslawien (Buro 1997: 119ff.). Die neue Ära nach dem Ost-West-Konflikt stellte auch in Bezug auf die Handlungsformen der Friedensbewegung ganz neue Anforderungen. Konnte angesichts des Golf-Krieges schwergewichtig noch mit Demonstrationen und Großveranstaltungen in Deutschland unter dem provokativen Motto ‚Kein Blut für Öl' reagiert werden, so war dies bei den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien nicht mehr möglich. Dort war Grenzen überschreitende Friedensarbeit gefordert, für die kaum Erfahrungen vorlagen. Zudem boten die traditionellen Strukturen der Friedensbewegung sowie ihre finanzielle Ausstattung und ihre organisatorischen Kapazitäten hierfür nur geringe Voraussetzungen.

Trotzdem wurde von der internationalen wie auch der deutschen Friedenbewegung diese neue Herausforderung angenommen. Es wurde eine große und vielfältige Arbeit im Sinne des neu aufkommenden Begriffs der ‚Zivilen Konfliktbearbeitung' geleistet (Frey 1997). Da gab es

internationale spektakuläre Aktionen wie die ‚Friedenskarawane', die durch die ‚Helsinki-Citizens Assembly' organisiert wurde. Sie führte durch alle ehemaligen jugoslawischen Länder und sprach Regierungen, Parlamente, Kirchen, Gewerkschaften und gesellschaftliche Gruppierungen an, um für einen friedlichen Konfliktaustrag zu werben. Es gab aber auch die Kurse in Mediation, die Betreuung in Flüchtlinslagern, die humanitäre und politische Hilfe oder die Aktion ‚Den Winter – später hieß es den Krieg – überleben' Diese Arbeit wurde durch die Medien jedoch kaum wahrgenommen, da diese noch immer auf die alten Demonstrationsformen fixiert waren. In diesen Aktionen war zivile Konfliktbearbeitung nicht in eine gemeinsame Strategie eingebunden, sondern wurde je nach Vermögen punktuell geleistet. Solche Formen werden – angepasst an die gegenwärtigen Bedürfnisse – bis heute fortgeführt, sei es als Ziviler Friedensdienst, sei es in Aktionen wie den ‚Ferien vom Krieg', durch welche Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft in Ferien zusammen gebracht werden, um gegenseitig Feindbilder abzubauen.

3.7 Die interventionistische Orientierung der NATO-Staaten und Deutschlands

Die Wurzeln dieser Entwicklung reichen weit bis zum 1991er-Golf-Krieg und bis zur NATO-Osterweiterung zurück. Die USA stützten ihre Außenpolitik weitgehend auf ihre militärischen Potentiale. Rüstungskontrollpolitik wurde von ihnen zunehmend als lästige Beschränkung gewertet, die nicht nur durch die Aufkündigung des Anti-Ballistic-Missile-Vertrags beschädigt wurde. Die Militärorganisation NATO übernahm die Funktion einer interventionistischen ‚Ordnungsmacht' und die europäischen NATO-Staaten – mit ihnen Deutschland – ordneten sich diesem Modell kooperativ/kompetitiv zu. Diese Etappe ist für Deutschland durch die Beteiligung am NATO-Jugoslawien-Krieg 1999 gekennzeichnet, der ohne UN-Mandat geführt wurde.

Die EU versuchte zunehmend, ein eigenständiges militärisches Interventionspotential aufzubauen und dazu auch die europäische Rüstungsindustrie zu konzentrieren. Um dies zu rechtfertigen und die Bevölkerung für diese Politik zu gewinnen, diente die Legitimationsideologie von der ‚humanitären, militärischen Intervention'. Die Friedensbewegung begriff diese zu Recht als ein gefährliches Instrument im Kampf um Hirne und Herzen der Bevölkerung. Sie arbeitete mindestens in drei Bereichen: der Kritik der militärgestützten Politik, der Entfaltung einer Alternative der zivilen Konfliktbearbeitung in Bezug auf den Kosovo und der Kritik der Legitimationsideologien.

3.8 Imperiale Kriege und Aufrüstung im Zeichen des ‚Kampfes gegen den weltweiten Terrorismus'

Die letzte zu nennende Etappe ist 2008 noch nicht abgeschlossen. Sie begann im öffentlichen Bewusstsein mit dem Angriff von Selbstmordattentätern in gekaperten Zivilflugzeugen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001. Die USA erfuhren aus vielen Ländern Bekundungen großer Solidarität. Sie begannen einen Krieg gegen Afghanistan, um die dortigen Ausbildungslager und Strukturen für diesen Selbstmord-Terrorismus zu vernichten. An diesem Krieg und den folgenden Bemühungen, die dort herrschenden Taliban zu entmachten und eine staatliche und gesellschaftliche Konsolidierung zu erreichen, beteiligten sich auch viele europäische Staaten, wenngleich die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats keine explizite Ermächtigung zum Angriff auf Afghanistan erteilten (Paech 2001). Die Bundesrepublik ist mit dem Einsatz von Militär und politischer wie wirtschaftlicher Unterstützung beteiligt.

Die Bush-Administration der USA erklärte den weltweiten ‚Kampf gegen das Böse'. Sie nahm für sich als einzige Miltärsupermacht das Recht in Anspruch, überall auf der Welt auch vorbeugend Krieg zu führen und sogar Atomwaffen gegen Staaten einzusetzen, die keine solchen Waffen besitzen. Internationales Recht und die Charta der Vereinten Nationen wurden dadurch schwer beschädigt. Für die riesige US-Aufrüstung wurden hemmende Rüstungskontrollverträge aufgegeben und strategische Militärstützpunkte in den wichtigsten Teilen der Welt gebaut.

Der Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak 2003 erfolgte ohne UN-Mandat und gegen den Willen vieler Staaten der EU und der anderer Kontinente. Er konnte nicht mehr als Kampf gegen Selbstmord-Terrorismus legitimiert werden. Die rot-grüne Regierung verweigerte jegliche direkte militärische Beteiligung. Der erfolgreichen Kriegsführung in Afghanistan und Irak folgten enorme Schwierigkeiten in der Friedenssicherung. Die Kriegswarnungen der Friedensbewegung zeigten ihre volle Berechtigung. Viele Argumente der USA für den Irak-Krieg erwiesen sich als Fälschungen oder Lügen. Der immer wieder eskalierende israelisch-palästinensische Konflikt belastete zudem die Situation in der Region schwer. Die unilaterale Vorgehensweise und die hohe militärische Überlegenheit der USA verstärkten in der EU die Tendenz zur gemeinschaftlichen Aufrüstung. Die 2004 vom Rat der EU gebilligte, aber dann nicht ratifizierte Verfassung sah sogar eine Verpflichtung zur Aufrüstung vor, die sich eindeutig auf militärische Interventionen richtete. Die Vereinheitlichung der europäischen Rüstungsindustrie ist ein weiteres Ziel (Komitee für Grundrechte und Demokratie 2004).

Die Friedensbewegung wendete sich in dieser Etappe gegen den Afghanistan-Feldzug, konnte dafür jedoch keine Massenmobilisierung erreichen. Dies gelang erst 2003 bei dem Angriffskrieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak. Die langen Verhandlungen im Sicherheitsrat der UN, die lügenhaften Begründungen für einen Angriffskrieg und vor allem die Weigerung der Bundesregierung, Frankreichs und anderer EU-Staaten, sich militärisch an der Intervention zu beteiligen, erzeugten eine große Protestmotivation in der Bevölkerung. Dazu kam die große internationale Mobilisierung des Protestes in vielen Teilen der Welt. Die New York Times sprach von der gegen den Krieg mobilisierten öffentlichen Meinung als ‚zweiter großer Weltmacht'. Jenseits der Irak-Problematik konzentrierte sich die Friedensbewegung auf die Kritik der EU-Aufrüstung und der EU-Verfassung sowie auf die Alternativen der zivile Konfliktbearbeitung und der Kriegsprävention (Weller/Kirschner 2005). Daneben wurden viele einzelne Themen bearbeitet und Kampagnen vorangetrieben. Es entwickelte sich eine zunehmend dichtere Zusammenarbeit mit globalisierungskritischen Gruppen.

4 Fazit

Die Übersicht über die Phasen der westdeutschen Friedensbewegung zeigen, dass diese sich zu fast allen Zeiten bemüht hat, Alternativen aufzuzeigen, um aus dem West-Ost-Konflikt und dessen Bedrohlichkeiten herauszukommen. Neutralitätskonzepte sollten die feindlichen Blöcke auseinander halten und die Teilung Deutschlands überwinden. Atomwaffenfreie Zonen sollten zumindest erreichen, die Gefahren durch Kurz- und Mittelstreckenraketen zu überwinden. Neben Vorschlägen zur Abrüstung wurde bei der Vorstellung von Defensivkonzepten auf eine erhebliche Reduzierung von militärischer Bedrohung gesetzt, wodurch eine Abrüstungsdynamik ermöglicht worden wäre. Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion und damit dem Ende des West-Ost-Konflikts hat die Friedensbewegung sich zunehmend mit Methoden des gewaltfreien Konflikts auseinander gesetzt, was zu einer Ausbreitung pazifistischer Vorstel-

lung in dieser sozialen Bewegung wesentlich beigetragen hat.

Besonders seit den Balkan-Kriegen ab 1991 wurde die Friedensbewegung jedoch zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie sie denn ohne militärische Mittel diesen Konflikt bewältigen wolle. Das war nicht nur eine theoretische Frage, sondern zunächst auch eine höchst praktische. Grenzüberschreitende Friedensarbeit war bislang kaum ein Thema gewesen. Zwar hatten sich schon früher Einzelne und einzelne Gruppen in Algerien, Südafrika, Chile und unterstützend bei antikolonialen Befreiungskämpfen engagiert, doch ging es dabei eher um Solidaritätsaktionen als um zivile Konfliktbearbeitung.

Wie oben angedeutet, antwortete die Friedensbewegung und ihre Organisationen meist mit punktuellen Aktionen, um die demokratischen und friedensorientierten Gruppen im ehemaligen Jugoslawien zu unterstützen. Dazu kam humanitäre und medizinische Hilfe in erheblichem Umfang. Es gab ferner eine umfangreiche Kritik der westlichen und speziell auch der deutschen Politik in Bezug auf diese Konflikte. Eine zivile Gesamtkonzeption wurde aber nicht ausgearbeitet und vertreten. Nur in Bezug auf den Kosovo, dessen Bevölkerung sich seit Ende der 1980er Jahre gewaltfrei gegen die serbische Repression wehrte, gab es frühzeitige Mahnungen. Sie wurden 1999 während der Verhandlungen von Rambouillet und Paris zu Vorschlägen ziviler Konfliktberatung verdichtet, aber niemals in der praktischen Politik in Betracht gezogen. Ähnlich ist es auch Vorschlägen aus den politischen Beratungsinstituten der Bundesregierung ergangen.

Heute sind Nichtregierungsorganisationen in großer Zahl in Projekten ziviler Konfliktbearbeitung engagiert (Adressen zum Beispiel Fiebich 2001; Gugel/ Jäger 1999). Beispiele – auch

individueller Initiativen – aus Israel/Palästina, Nordirland, Mazedonien, Kolumbien, Sri Lanka, USA, Japan, Mali, Südafrika, Philippinen und Brasilien – bietet das Buch von Petra Gerster und Michael Gleich (2005). Hier können nur wenige Beispiele deutschen Engagements genannt werden, ohne auf die vielen, vielen Projekte von NGOs aus anderen Ländern einzugehen:

- Das Komitee für Grundrechte und Demokratie (2005) veranstaltet seit etwa zehn Jahren ‚Ferien vom Krieg' für serbische, kroatische, bosnische und kosovo-albanische Kinder, jüngst auch für palästinensische und israelische Jugendliche mit dem Ziel, Feindbilder aufzulösen.
- Das ‚Forum Ziviler Friedensdienst' betreibt die Ausbildung von Friedensfachkräften und setzt diese in zahlreichen Projekten zusammen mit Pax Christi, Ohne Rüstung leben, dem Bund für Soziale Verteidigung und dem Förderverein Willy-Brandt-Zentrum in Südosteuropa und Nahost ein (Forum ZFD 2005).
- Auch im Bereich der deutschen Entwicklungspolitik spielt zivile Konfliktbearbeitung etwa durch GTZ, DED und andere Organisationen eine zunehmende Rolle. Günther Gugel und Uli Jäger (1999) beschreiben zum Beispiel das erfolgreiche Langzeit-Projekt der ‚Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit' in Mali ‚Frieden für die Wüstenkrieger'.
- Das Berghof Zentrum Sri Lanka betreibt mit Unterstützung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Schweizer Außenministerium neben vielen anderen NGOs, seit 2001 ein Projekt zur Unterstützung des Friedensprozesses in Sri Lanka mit vier Hauptbestandteilen, welche die Komplexität solcher Vorhaben verdeutlichen: 1. Das individuelle und institutionelle ‚Capacity Building', das heißt die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für die Gestaltung von Friedensprozessen; 2. die Entwicklung von Modellen und Perspektiven zur Stärkung des Friedensprozesses sowie zu Staatsreform, Machtteilung und Föderalismus; 3. die Bildung einer ‚kritischen Masse' von ‚Akteuren des friedlichen Wandels' und 4. die Organisation von Problemlösungsprozessen und Dialogen.
- Schließlich ist noch auf die vielen Netzwerke, Projekte der Kirchen, Institute für Friedensforschung und spezialisierten Kampagnen, die sich für friedliche Lösungen einsetzen, hinzuweisen. Dabei sind auch die Institutionen der UN nicht zu vergessen (Gugel/Jäger 1999; Frey 2005). Ein Zusammenschluss zahlreicher deutscher Organisationen ist die ‚Plattform Zivile Konfliktbearbeitung', die wiederum in Kooperation auch mit vielen internationalen Organisationen steht (Fiebich 2001). Für diese stellvertretend sei hier nur die ‚peace brigades international' genannt (www.pbi-deutschland.de und www.peacebrigades.org)
- Auf Initiative von Johan Galtung (1998), dem norwegischen und internationalen Friedensforscher der ersten Stunde, wurde ‚Transcend. A Peace and Development Network for Conflict Transformation by Peaceful Means' gegründet, das Friedensforscher aus vielen Ländern der Erde zusammenbringt und ihre Arbeitsergebnisse öffentlich macht. Die von Galtung entwickelte Transformations-Theorie spielt auch in der deutschen Friedensbewegung eine große Rolle in der Diskussion und Entwicklung von Konzepten der Zivilen Konfliktbearbeitung für konkrete Fälle (www.transcend.org).

5 Die EU: ZKB nach innen und MKB nach außen

Dem Bemühen um ZKB wird vorgehalten, dies wäre zwischen Staaten nicht möglich. Das internationale Umgehen der Staaten untereinander sei letztlich auf Gewaltverhältnissen aufge-

baut. Darum sei eine militärgestützte Politik unumgänglich. Diese Aussage findet ihren Ausdruck in dem Diktum vom Militär als letzten Mittel der Politik. Die EU zeigt nun jedoch, dass es möglich geworden ist, über lange Zeit in Kriegen verfeindete Staaten in einen Verbund zu überführen, indem sie ihre Konflikte nicht mehr militärisch und auch nicht mit Militäreinsatz drohend lösen. Die EU-Staaten betreiben zur Lösung ihrer Konflikte ausschließlich ZKB. Das wird oft als schwierig und zu langsam empfunden, ist jedoch ein großer Fortschritt gegenüber dem bisherigen militärischen Konfliktaustrag.

Allerdings ist die EU bisher keineswegs bereit, das Prinzip ihrer zivilen Konfliktlösung auf die Außenwelt zu übertragen. Im Gegenteil betreibt sie seit dem Ende des Ost-West-Konflikts eine systematische Um- und Aufrüstung für eine internationale Interventionspolitik. Ihr und ihren Gesellschaften bleibt also die Aufgabe, auch internationale Politik den Prinzipien der ZKB zu unterwerfen. Anstöße dazu gehen bereits seit längerer Zeit von den jeweiligen Friedensbewegungen aus.

6 Das Monitoring-Projekt (MP)

Die ‚Kooperation für den Frieden' (2006), eine Dachorganisation von etwa 50 deutschen Friedensorganisationen, beschloss bei ihrer Strategiekonferenz im Januar 2005, ein ‚Monitoring-Projekt für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention' (MP) ins Leben zu rufen. Beim MP geht es um Alternativen zum militärischen/gewaltsamen Konfliktaustrag im innen- wie im außenpolitischen Bereich.

Niemand darf erwarten, dass Weltabrüstung schnell zu erreichen ist. Dazu sind die mit Rüstung und Militär verbundenen Interessen, die sie stützenden Gruppen und das traditionelle Denken in Gewalt und Gegengewalt zu stark. Trotzdem ist sehr wohl vorstellbar, dass:

- der tatsächliche gewaltsame militärische Konfliktaustrag zurückgedrängt wird;
- ihm durch internationales Recht und internationale Gerichtsbarkeit Handlungsfelder entzogen werden;
- die Potentiale in den Staaten und Gesellschaften, die sich um zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention bemühen, daraufhin ausgebaut werden und dadurch auch in der öffentlichen Wahrnehmung an Gewicht gewinnen;
- dass frühzeitig kritische Informationen zu drohenden Konflikten vermittelt werden, eine öffentliche Debatte entzündet wird und eine energische Lobby- und Medienarbeit verbunden mit Vorschlägen zur Prävention betrieben wird. Dabei ist es eine wesentliche Aufgabe für zivilgesellschaftliche Gruppen, als ‚Gänse auf dem Kapitol' zu agieren und eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen;
- in den Gesellschaften eine Kultur des friedlichen Konfliktaustrages entwickelt wird, die sich auf die herrschende Politik auswirkt;
- erfolgreiche Prävention und zivile Konfliktbearbeitung ihre große Überlegenheit für Menschen und Wirtschaft in konkreten Fällen allgemein sichtbar machen;
- und nicht nur Bürger und Bürgerinnen der Zivilgesellschaft sich hierfür engagieren, sondern auch in den nationalstaatlichen wie auch in den internationalen Organisationen MitarbeiterInnen sich zunehmend in diesem Sinne einsetzen, um ihre je spezifischen Aufgaben besser erfüllen zu können.

Es soll also ein Prozess gefördert werden, der in der Praxis zu verstärkter Kriegsprävention und ziviler Konfliktbearbeitung führt, der immer mehr Mittel und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt und von daher eine Eigendynamik erhält. Das MP soll in Dossiers zivile Alternativen anschaulich vorführen. Diese Initiative bezieht sich auf gegenwärtige Konflikte, auf die deutsche und EU-Politik einwirken könnten. Das MP soll die Arbeit der Friedensbewegung noch stärker auf das Feld der

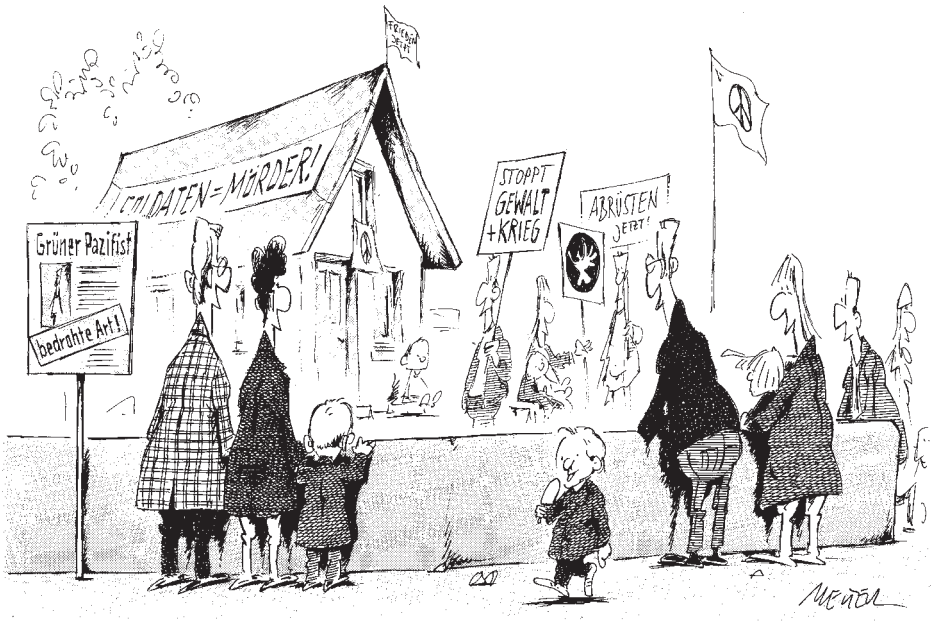
alternativen Strategie orientieren. Freilich wird Protest deshalb nicht überflüssig. Ein wichtiges Strategieziel ist es, im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, dass ZKB möglich ist. Bisher sind drei Dossiers erschienen, und zwar zum Iran-Atom-Konflikt (Buro 2006b), zur türkisch-kurdischen Auseinandersetzung (Buro 2007) und zum israelisch-palästinensischen Konflikt (Buro/Ronnefeldt 2007). Ein Dossier zum Krieg in Afghanistan ist in Bearbeitung. In allen wird der historische Hintergrund des Konflikts skizziert und es werden Forderungen an die beteiligten Akteure und Vorschläge für das Verhalten der Friedensbewegung genannt.

7 Perspektiven

Angesichts der bereits laufenden und der zu erwartenden Kriege um Rohstoffe und militärstrategische Dominanz wird das Thema Zivile Konfliktbearbeitung die Friedensbewegung noch lange beschäftigen, und zwar in konzeptioneller wie auch in praktischer Hinsicht. Bei immer stärkeren sozialen Verwerfungen wird auch die innenpolitische Arbeit dieser Art noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Für die Reichweite und einen möglichen Erfolg in ziviler Konfliktbearbeitung ist im konkreten Fall von Bedeutung

- ob die eigene Regierung beziehungsweise die EU in den Konflikt direkt oder indirekt einbezogen ist. In Afghanistan kämpfen deutsche Soldaten, während dies im Irak-Krieg nicht der Fall ist. Dementsprechend wird sich auch die Öffentlichkeit für den Afghanistan-Krieg mehr interessieren;
- ob die eigene Regierung weitreichende Interessen mit dem Konflikt und der Art seiner Konfliktbearbeitung verbindet oder ob sie eine mehr neutrale Haltung zu ihm einnehmen kann. Ein starkes Interesse an zivilen Formen der



Konfliktbearbeitung würde es erlauben, glaubhafte Vermittlerdienste anzubieten.
- ob sich im eigenen Land sinnvolle Aktionsmöglichkeiten anbieten und für den relevanten Teil der Zivilgesellschaft eine Motivation besteht sich zu beteiligen;
- ob Friedens- und Entwicklungsdienste im Konfliktgebiet geleistet werden können;
- ob die Medien bereit sein werden, sich ernsthaft mit ZKB zu befassen. Der Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sagte nach der erfolgreichen Arbeit der Organisation in Lettland und Estland sinngemäß: Weil wir so erfolgreich waren, gab es keine gewaltsamen Konflikte. Allerdings haben uns deshalb die Medien nicht wahrgenommen, so dass die Öffentlichkeit kaum etwas von der erfolgreichen zivilen Konfliktbearbeitung erfahren hat. Dies ist in der Tat ein ernsthaftes Problem. Deshalb gehört zur Durchsetzung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention stets eine öffentliche Debatte und energische Medienarbeit. Erforderlich ist, dass JournalistInnen sich darauf einstellen, die komplizierten und oft langwierigen Wege dieser zivilen Prozesse zu verfolgen, um die darin enthaltene Dramatik in ihren Berichten ausdrücken zu können[2].

Letztlich wird jedoch entscheidend sein, ob Gesellschaften und Regierungen angesichts des riesigen Ausmaßes der Weltprobleme begreifen, dass Konflikte kooperativ gelöst werden müssen, während militärischer Konfliktaustrag nur Ressourcen, Kooperation und Solidarität der Gesellschaften zerstören. Der lange Marsch der Friedensbewegung zur Zivilen Konfliktbearbeitung ist also noch lange nicht an seinem Ziel angekommen.

Prof. Dr. Andreas Buro ist Beiratsmitglied im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Kontakt: andreas.buro@gmx.de.

Anmerkungen

[1]Die folgenden Ausführungen stützen sich auf meinen Aufsatz ‚Die deutsche Friedensbewegung nach 1945. Zwischen Expertenarbeit, gesellschaftlichen Lernprozessen, Mobilisierung und drohender Marginalisierung' (in: Sahm/Sapper/Weichsel (Hg.) 2002: 131-160)

[2]Vgl. die Arbeit von Journalisten im Netzwerk ‚Peace counts': www.peace-counts.org

Literatur

Böge, Volker/Wilke, Peter 1984: Sicherheitspolitische Alternativen. Baden-Baden: Nomos.

Brandes, Volkhard (Hg.) 1974: Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik. Handbuch 1-4, Perspektiven des Kapitalismus/Unterentwicklung/Inflation – Akkumulation – Krise. Frankfurt: EVA.

Buro, Andreas 1968: Bausteine für Reden & Diskussionen über den Krieg in Vietnam. Offenbach: Eigenverlag von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung.

Buro, Andreas 1977: Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen. In: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 4, Schwerpunkt: Friedensbewegung. Frankfurt/Main: edition suhrkamp, 871ff.

Buro, Andreas 1997: Totgesagte leben länger: Die Friedensbewegung. Von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung. Idstein: KOMZI.

Buro, Andreas 2004: CIMIC – ein brisanter Cocktail, Friedens Forum 4/2004, 20ff.

Buro, Andreas 2006a: Das Monitoring-Projekt. Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Buro, Andreas 2006b: Dossier I. Der Iran-Konflikt. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Buro, Andreas 2007: Dossier II. Der türkisch-kurdische Konflikt. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Buro, Andreas/Grobe, Karl 1984: Vietnam! Vietnam? Frankfurt/Main: edition suhrkamp.

Buro, Andreas/Ronnefeldt, Clemens 2007: Dossier III. Der Israel-Palästina-Konflikt. Bonn: Kooperation für den Frieden.

Calließ, Jörg (Hg.) 2004: Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten. Loccumer Protokolle 27/03, Loccum.

Ebert, Theodor 1982: Soziale Verteidigung. 2 Bde. Waldkirch: Waldkircher Verlag.

Ebert, Theodor 2001: Pazifismus. 2 Bde. Münster: Agenda.

Evers, Tilman (Hg.) 2000: Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen: Leske+Budrich.

Fiebich, Carina 2001: Konfliktbearbeitung in Deutschland. Ein Wegweiser. Bonn: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Forum Ziviler Friedensdienst 2005: Jahrbuch 2004/2005. Bonn: Forum ZFD.

Frey, Ulrich 2005: Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe für Friedensarbeit. Düsseldorf: Ev. Kirche im Rheinland.

Frey, Ulrich 1997: Friedensbericht 1996: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. 1. Jahrbuch für Konfliktlösung. Chur/Zürich: Rüegger.

Galtung, Johan 1998: Die andere Globalisierung. Münster: Agenda.

Gerster, Petra/Gleich, Michael (Hg.) 2005: Die Friedensmacher. München/Wien: Hanser.

Gugel, Günther/Jäger, Uli 1999: Global handeln für Frieden und Entwicklung. Tübingen: Friedenspädagogik.

Horlemann Jürgen/Gäng, Peter 1966: Vietnam. Genesis eines Konflikts. Frankfurt/Main: edition suhrkamp.

Human Security Centre at the University of British Columbia 2005: Human Security Report, Oxford University Press. www.humansecurityreport.info

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 1981: Frieden mit anderen Waffen. Reinbek: rororo.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 1991: Hatte die Friedensbewegung nicht doch Recht? Hintergründe, Fakten und Zusammenhänge zum Golfkrieg. Sensbachtal: Komitee-Eigenverlag.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 1992: Ziviler Ungehorsam, Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Sensbachtal: Komitee-Eigenverlag.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 2004: EU-Militarisierung zerstört die „Zivilmacht Europa". Köln/Sensbachtal: Komitee-Eigenverlag.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) 2005: Ferien vom Krieg – Warum denn Unterschiede machen? Köln: Komitee-Eigenverlag.

Otto, Karl A. 1977: Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt/Main/New York: Campus.

*Otto, Karl A.*1981: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. In: Reiner Steinweg (Red.): Unsere Bundeswehr? Zum 25-jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution (Friedensanalysen 14). Frankfurt/M.: edition suhrkamp, 52-105.

Paech, Norman 2001: ‚Die Auffassung der Bundesregierung ist falsch'. In: Blätter für Deutsche und internationale Politik 12/2001, 1516 ff.

Rupp, Hans Karl 1970: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren. Köln: Pahl-Rugenstein.

Sahm, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hg.) 2002: Die Zukunft des Friedens. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Senghaas, Dieter 1992: Friedensprojekt Europa. Frankfurt/Main: edition suhrkamp.

Weller, Christoph/Kirschner, Andrea 2005: Zivile Konfliktbearbeitung – Allheilmittel oder Leerformel? Möglichkeiten und Grenzen eines viel versprechenden Konzepts. In: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005.

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Partizipation und Globalisierung

Das Engagement von Nichtregierungsorganisationen als unverzichtbarer Motor für die gerechte Gestaltung der Globalisierung

1 NRO – mehr als nur ‚nicht staatlich'

Warum Nichtregierungsorganisationen (NRO) diesen Namen tragen, der sich allein aus der Abgrenzung zu staatlichen Institutionen ableitet, sei dahin gestellt. Besser würde die Bezeichnung *Zivilgesellschaftliche Organisationen* passen – ein Begriff, der viel stärker deutlich machen würde, dass diese Organisationen heute nicht mehr wegzudenken sind, dass sie wertvoller Bestandteil moderner, demokratischer und pluralistischer Gesellschaften sind, in denen die Menschen einzeln, aber eben auch gemeinsam und organisiert an der Gestaltung von Politik im weitesten Sinne aktiv teilhaben.

NRO – ich halte mich im Folgenden an den üblichen Begriff – sind nicht nur für die gewachsenen Demokratien von Bedeutung. Ebenfalls in Entwicklungsländern und Transformationsländern sind sie wichtige Teilhaber von Demokratisierungsprozessen. Und auch in den sich rasch wandelnden internationalen Beziehungen im Zeitalter der Globalisierung spielen sie eine wichtige Rolle, die in Zukunft noch weiter zunehmen wird.

NRO werden vielfach kritisch beäugt und ihre Legitimität in Frage gestellt. Natürlich ist es richtig, kritische Fragen zu stellen und wache Augen für mögliche Fehlentwicklungen zu haben – das gilt für staatliche und internationale Organisationen und Institutionen gleichermaßen. Ich bin davon überzeugt, dass die *Weltgesellschaft* das Engagement in und von NRO dringend benötigt, um der Globalisierung ein menschliches Gesicht zu geben. Nur die gerechte Gestaltung der Globalisierung kann gutes Leben in der *Einen Welt* sichern. Dies soll im Folgenden in aller Kürze gezeigt werden.

2 Zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation

Der Begriff der Nichtregierungsorganisation umfasst ein breites Spektrum von Organisationen. Das gilt allgemein und besonders für die Bereiche der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und Globalisierungsfragen, der Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte, die an dieser Stelle von besonderem Interesse sind. Die Kirchen und die politischen Stiftungen in Deutschland spielen insbesondere für die operative Arbeit traditionell eine wichtige Rolle. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl heterogener Organisationen mit unterschiedlichen Zielrichtungen. Allein der Dachverband der entwicklungspolitischen NRO in Deutschland VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) zählt über 100 Mitglieder.

Die Anfänge, Vorläufer und historischen Wurzeln von NRO können bis weit in die Vergangenheit zurückverfolgt werden. Die älteste humanitäre Organisation der Welt beispielsweise, über nationalstaatliche Grenzen hinweg aktiv, war das 1863 gegründete *Rote Kreuz*.

Für sehr viele derjenigen, denen das Schicksal der Menschen in armen Ländern und unterdrückten Gesellschaften nicht egal ist, war und bleibt die soziale Bewegung der 1968er ein zentraler Bezugspunkt. Hier wurde das moderne Verständnis von Menschen-, Frauen- und Bürgerrechten, von demokratischer Teilhabe, von Selbstbestimmung, Selbsthilfe und Solidarität

begründet – normative, aber auch universelle Werte, die heute zentrale Beweggründe sind, um sich für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung einzusetzen.

Entscheidend für die langfristigen und positiven Auswirkungen der 1968er Bewegung war, dass es nicht bei Bekenntnissen zu bestimmten Werten und politischen Zielen geblieben ist. Gegen Missstände aufstehen, Öffentlichkeit herstellen, Allianzen bilden, sich organisieren – das waren die Prinzipien, die Einfluss geschaffen und neue Bewegung in Politik und Gesellschaft gebracht haben. Sich einmischen und unterdrückten Menschen in anderen Teilen der Welt eine Stimme geben – das waren dann auch die Wege der vielen engagierten Menschen, die sich schon in den 1960er und 1970er Jahren für die Belange von Armen und Unterdrückten in anderen Teilen der Welt eingesetzt haben.

Diese *Dritte-Welt-Bewegung* war der offiziellen Politik nicht selten ein Stück voraus. Ein bedrückendes historisches Beispiel ist die Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland, die nicht entschuldigt werden kann. Die deutliche Kritik gegenüber dem Apartheid-Regime und die offene Haltung gegenüber den südafrikanischen Befreiungsbewegungen, wie sie z.B. die 1974 gegründete Anti-Apartheid-Bewegung vertrat, hielten spät und nur halbherzig Einzug in die Politik der Bundesregierungen.

Heute sind es häufig Vertreterinnen und Vertreter von NRO selbst, die ihren Einfluss auf die Politik der nationalen Regierungen und internationalen Organisationen für eher gering oder sehr begrenzt halten. Das im Einzelnen zu messen und insgesamt zu bewerten, ist sicherlich auch für die Wissenschaft ein schwieriges Unterfangen. Gerade für den Bereich der Entwicklungspolitik sind Einfluss und Mitgestaltungsmöglichkeiten aber kaum zu bestreiten. Erstens, weil es in Deutschland mittlerweile in vielen Fragen zwischen einer großen Zahl von Entwicklungspolitikerinnen, Entwicklungspolitikern und von entwicklungspolitisch Engagierten einen weit reichenden Konsens gibt, der Kanäle öffnet. Zweitens, weil viele NRO inzwischen eine kluge Medienarbeit betreiben und deren Positionen in Teilen der veröffentlichten Meinung gerne aufgegriffen und von der Politik gehört werden. Drittens, weil Sachkenntnisse und Erfahrungen viele NRO zu kompetenten Institutionen der Politikberatung machen. Und viertens, weil zahlreiche NRO, zum Teil mit erfreulichen Budgets ausgestattet, selbst operativ tätig sind, also unmittelbar gestaltend einwirken.

Die Arbeit von NRO in Deutschland bestätigt eindrucksvoll, dass die Zeiten klassischer Außenpolitik, die lange eine Domäne meist einer kleinen Elite innerhalb der Regierungen war, unwiederbringlich vorbei sind. Und mehr noch: Auch die häufig geäußerte These, NRO würden zur gesellschaftlichen Unterfütterung staatlicher Außenpolitik beitragen, trifft kaum die Wahrheit. NRO vertreten häufig ganz eigenständige Positionen, artikulieren diese zum Teil sehr medienwirksam, verfügen über beachtliche Unterstützergruppen, formieren nicht selten Allianzen über Grenzen hinweg. Sie bilden also eigenständige Handlungszusammenhänge und sind alles andere als ein verlängerter Arm nationalstaatlicher Außenpolitik.

Der Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel hat den Begriff der *Gesellschaftswelt* geprägt. Dieser Begriff hilft zu verstehen, dass in unserem Zeitalter der Globalisierung nicht nur Grenzen durchlässiger, weltumspannende Kommunikation leichter und die Möglichkeiten wirtschaftlicher Austauschprozesse enorm gestiegen sind. Die *Gesellschaftswelt* gibt den Hinweis, dass sich auch die Akteure verändert haben. Menschen, ja ganze Gesellschaften haben sich emanzipiert und überlassen wichtige Fragen unserer Zeit nicht mehr allein Politikern, Politikerinnen und großen Konzernen. Czempiel schreibt: „Aus der Staatenwelt ist die Gesellschaftswelt geworden. In ihr dominieren Bedürfnisse der Gesellschaften und ihre Anfor-

derungen an die politischen Systeme“ (Czempiel 1999: 244).

Die Zivilgesellschaften und ihre Organisationen sind mittlerweile fester Bestandteil der Globalisierung (Brunnengräber 2005). In meinen Augen sind sie nicht nur integraler, sondern auch integrierender Bestandteil. Die Geschichte der Nationalstaaten hat bis weit in das vergangene Jahrhundert gezeigt, dass unkontrollierte Nationalstaaten Mechanismen entwickelt haben, die immer wieder zu Unterdrückung, Gewalt und Krieg geführt haben. Und selbst niedergeschriebene Menschen- und Bürgerrechte, ein demokratisches Staatswesen und Gewaltenteilung allein bringen noch keine im Kern stabilen Demokratien hervor. Unverzichtbar ist das Engagement der Menschen, unverzichtbar ist eine Zivilgesellschaft, die sich äußert, aktiv ist und Konflikte friedlich austragen kann. Die Kirchen und die politischen Parteien spielen in Deutschland dabei eine wichtige Rolle. Doch engagierte Bürgerinnen und Bürger haben auch andere Wege gewählt. Resultat sind die *Zivilgesellschaftlichen Organisationen*. An ihrer grundsätzlichen Legitimität kann kein Zweifel bestehen. Sie sind Ausdruck einer lebendigen, engagierten und pluralistischen Demokratie.

3 Die Herausforderung: Globalisierung gerecht gestalten

Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Globalisierung. Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten haben ein Ausmaß erreicht, wie es die Menschheit noch nie erlebt hat. Dieser Prozess der Globalisierung verläuft bisher sehr ungleichmäßig, er hat Gewinner, aber eben auch Verlierer hervorgebracht.

Die Weltgemeinschaft steht vor großen politischen (Frieden, Good Governance), sozialen (menschenwürdiges Leben), ökologischen (Klimawandel, Umweltschutz, Artenvielfalt) und wirtschaftlichen (breitenwirksames Wachstum) Herausforderungen. Um nur einige zu nennen: Nahezu die Hälfte der Menschen in Entwicklungsländern – 2,6 Milliarden – leben in Armut; sie müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Und noch immer leben 985 Millionen Menschen weltweit sogar in extremer Armut. Für einen großen Teil der Weltbevölkerung sind ausreichend Nahrung und Kleidung, ein Dach über dem Kopf, eine ausreichende Gesundheitsversorgung, Bildung und angemessen entlohnte Arbeit keine Selbstverständlichkeit. Für einen großen Teil der Weltbevölkerung ist ein menschenwürdiges Leben mit Zukunftsperspektiven bestenfalls eine Hoffnung.

Gleichzeitig können wir beobachten, wie die Kluft zwischen arm und reich international, aber auch innerhalb vieler Gesellschaften zunimmt und große Konzerne Milliardengewinne mit fraglichen Geschäftspraktiken einfahren. Ich habe deshalb viel Verständnis für die Menschen, die ihre Sorge vor einem unregulierten, nur marktorientierten Globalisierungsprozess kundtun. Doch wir werden die ablaufenden Prozesse nicht zurücknehmen können. Die Anforderungen an Politik und Zivilgesellschaften sind deshalb, den Risiken und Fehlentwicklungen der Globalisierung richtig zu begegnen und die Chancen zu nutzen. Diese Chancen sind groß und sie lassen sich konkret benennen: weniger Armut und mehr Wohlstand, mehr Stabilität und mehr Frieden und Nachhaltigkeit.

Risiken begegnen und Chancen nutzen heißt nichts anderes, als die Globalisierung zu gestalten – gestalten durch demokratische Politik und gesellschaftliches Engagement und sie nicht dem Spiel der so genannten freien Marktkräfte zu überlassen. Die vordringlichen Aufgaben sind dabei fair geregelte Weltmärkte, die den Entwicklungsländern bessere Chancen in der Weltwirtschaft bieten, verbindliche Sozialstandards zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weltweit sowie verbindliche ökologische Standards für eine nachhaltige Welt-

wirtschaft und Energiepolitik. Langfristig braucht eine faire und gerechte Gestaltung der Globalisierung effektive *Global-Governance*-Strukturen. Strukturen, in denen die Vereinten Nationen und andere multilaterale Institutionen, die Nationalstaaten und auch die NRO eine demokratische und effektive Arbeitsweise und Arbeitsteilung mit dem gemeinsamen Ziel nachhaltiger Entwicklung verwirklichen können.

4 NRO und Entwicklungspolitik: Einmischung mit Erfolgen

Deutsche Entwicklungspolitik ist in den vergangenen 10 Jahren endgültig erwachsen geworden. Aus der Entwicklungshilfepolitik von damals ist eine moderne Strukturpolitik geworden mit den Zielen, Frieden zu sichern, Armut zu bekämpfen, Globalisierung zu gestalten und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Hintergrund ist ein häufig schwieriger und langatmiger Lernprozess, auch auf internationaler Ebene, der immer mehr Verantwortliche zu der Erkenntnis gebracht hat, dass nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens – aber nicht nur dort – für das Überleben der Menschheit unerlässlich ist. Die Millenniumserklärung und die daraus abgeleiteten Millenniumsentwicklungsziele sind wichtige Meilensteine auf einem Weg, der noch keinen Abschluss gefunden hat.

Dieser Reifungsprozess hat sich nicht nur auf Seiten der staatlichen Entwicklungspolitik vollzogen. Entlang der Weltkonferenzen der Vereinten Nationen in den 1990er Jahren, beginnend mit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, ist eine wachsende Zahl von NRO aktiv geworden. Große Konferenzen der VN sind ohne Teilnahme oder Parallelveranstaltungen von NRO kaum noch denkbar. Das ist gut so, denn staatliche Entwicklungspolitik bedeutet nur allzu häufig das Bohren dickster Bretter. Dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet, ist eine aufgeklärte Entwicklungspolitik heute eine langfristige, auf Kohärenz und Partizipation angelegte Politik. Obwohl sie im wohl verstandenen Eigeninteresse auch der Industrieländer ist, gerät sie in der Praxis nicht selten in Konflikt mit anderen kurz- und mittelfristigen Interessen der nationalen Regierungen. In Budgetfragen beispielsweise befindet sie sich quasi in einem ständigen Konflikt mit dem Finanzressort, denn Entwicklungspolitik könnte – trotz aller Errungenschaften der vergangenen Jahre – Mittel in ganz anderen Größenordnungen gebrauchen.

Da in vielen Einzelfragen, aber auch bei den großen Zielrichtungen – Bekämpfung der Armut weltweit, menschliche Sicherheit, gerechte Gestaltung der Globalisierung, Bewahrung der Schöpfung – ein großes Maß an Übereinstimmung herrscht, empfinde ich die Arbeit der NRO in Deutschland vor allem als eine Art Lobbyarbeit für ein gemeinsames Anliegen. Das heißt nicht, dass es nicht auch deutliche Meinungsunterschiede gäbe und einige NRO sich nicht auch mit vehementer Kritik an der Regierungspolitik zu Wort melden würden. Da eine kohärente Entwicklungspolitik heute de facto eine Querschnittsaufgabe ist, die mehr oder weniger von allen Ressorts mitzutragen ist, dies aber nicht immer gelingt, habe ich für die eine und andere kritische Äußerung mehr als nur Verständnis. Es hat in der Vergangenheit aber durchaus auch Fälle gegeben, in denen ich die Kritik für überzogen oder in der Sache für verfehlt gehalten habe.

NRO sind also wichtige Akteure, die auf Missstände aufmerksam machen und Lösungsvorschläge aufzeichnen, die helfen, Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen und die dazu beitragen, bestimmte Positionen mehrheitsfähig zu machen. Und nicht zuletzt sind sie wichtige Träger dessen, was man im weitesten Sinne als ‚entwicklungspolitische Bildungsarbeit' bezeichnen kann. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, dass eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürger offen für entwicklungs-

politische Themen ist. Diese Sensibilität ist inzwischen stark ausgeprägt. Eine Umfrage der unabhängigen Hilfsorganisation *Oxfam* in Deutschland hat ergeben, dass 83 Prozent der Befragten die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern für ein wichtiges oder sehr wichtiges Thema halten.

Beispiele für erfolgreiche Kampagnen, für das Einwirken oder Mitwirken von Seiten der NRO sind nicht schwer zu finden. Die Beispiele sind genauso unterschiedlich und vielschichtig wie das Feld der NRO. Dazu gehören sehr spektakuläre Fälle, so beispielsweise die verhinderte Versenkung der ausgedienten Shell-Ölplattform *Brent Spar* im Jahr 1995, die ohne die Initiative und die Aktionen von *Greenpeace* kaum zustande gekommen wäre. Dazu gehören auch Kampagnen, die ganz konkrete politische Ziele verfolgt haben. Das Zustandekommen der ersten effektiven multilateralen Entschuldungsinitiative auf dem G7-Gipfel 1999 in Köln geht nicht nur auf das konsequente Engagement der damals Rot-Grünen Bundesregierung zurück. Dieses hatte durch die vielen Initiativen im Vorfeld durch NRO und Kirchen eine entscheidende öffentlichkeitswirksame Unterstützung erfahren.

Der wohl größte Erfolg bisher ist das Verbot von Landminen. 1992 hatten sechs Organisationen, darunter *Medico International* und *Human Rights Watch*, eine Kampagne (*International Campaign to Ban Landmines*) ins Leben gerufen. Die Anstrengungen führten schließlich zum 1999 geschlossenen Vertrag von Ottawa, der die Produktion und die Anwendung von Anti-Personen-Minen verbietet und der mittlerweile von 156 Staaten ratifiziert worden ist. Zwei Jahre zuvor hatte die Kampagne den Friedensnobelpreis erhalten, genau 20 Jahre nachdem mit *Amnesty International*

bereits schon einmal eine bedeutende NRO diese hohe Auszeichnung bekommen hatte. Die *International Campaign to Ban Landmines* ist mittlerweile ein Zusammenschluss von mehr als 1400 NRO in 90 Ländern und in der Sache nach wie vor aktiv.

Nicht vergessen werden darf die häufig eher stille, weniger in die Medien getragene, aber deshalb keinesfalls weniger bedeutende Arbeit vieler NRO. Das weite Feld der humanitären Hilfe kennt hier unzählige Fälle, in denen in Katastrophensituationen und im Alltag der Armut Menschen geholfen und Menschenleben gerettet werden konnten. 1999 haben die *Ärzte ohne Grenzen* (*Médecins sans Frontières*) ebenfalls den Friedennobelpreis erhalten. In meinen Augen war dies eine sehr gute Entscheidung des Nobelkomitees, die symbolisch zeigt, welchen hohen Stellenwert die humanitäre Hilfe auch über die unmittelbar geleistete Hilfe hinaus hat.

Ein eindrucksvolles und bewegendes Beispiel, wie aus der Initiative von zwei Menschen – in diesem Fall Rüdiger Nehberg und Annette Weber – eine erfolgreiche Initiative werden kann, ist die im Jahr 2000 gegründete Menschenrechtsorganisation *TARGET* mit dem Ziel, gegen die weibliche Genitalverstümmlung anzugehen. Den beiden Initiatoren gelang – wohl, weil sie die richtigen Wege und Formen der Ansprache wählten –, was kaum jemand für möglich gehalten hätte. Mit Hilfe religiöser Führer kam es schließlich zu einer Konferenz in Kairo, an dessen Ende ein sensationelles Ergebnis stand. Die Versammlung entschied, dass die weibliche Genitalverstümmelung ein Vergehen wider den Schöpfer sei, gegen die höchsten Werte des Islam verstoße und daher ein strafbares Verbrechen sei. Das war der Beginn einer Kampagne, auch mit tatkräftiger Unterstützung meines Ministeriums, die die grausame Praxis der Genitalverstümmelung in afrikanischen Ländern deutlich zurückdrängen konnte (Wieczorek-Zeul 2007: 86ff.).

5 Arbeit und Zusammenarbeit zwischen Erfolg und Anpassungsdruck

In jüngster Zeit werden Untersuchungen diskutiert, nach denen die Entwicklungszusammenarbeit von NRO im Vergleich zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit weder gezielter noch effizienter sei. Für mich ist das nicht die entscheidende Fragestellung. Zielsetzung muss sein, dass sowohl die Arbeit staatlicher als auch die der nichtsstaatlichen Organisationen ein Höchstmaß an Effizienz hinsichtlich der Ziele Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit erreicht. Komparative Vorteile gibt es nicht per se auf der einen oder anderen Seite. Je nach Bereich und Aufgabenstellung kann es sein, dass staatliche, gewerkschaftliche, humanitäre, gänzlich unabhängige Organisationen oder Stiftungen die jeweils beste Form der Zusammenarbeit mit den Partnern in den Entwicklungsländern anbieten können. Gerade in dem Feld Entwicklungspolitik sollte es nicht um Konkurrenz, sondern um Arbeitsteilung und das Erreichen gemeinsamer Ziele gehen. Dass nicht alle Kampagnen und Projekte gleich gut laufen, ist selbstverständlich. Ein kritischer Blick und die Fähigkeit zur Selbstreflektion muss ein stetiger Begleiter sein. Das ist heute allerdings angesichts der Komplexität der politischen Anforderungen und der kaum noch überschaubaren Zahl der Akteure – gerade auch auf Seiten der NRO – ein anspruchsvolles Unterfangen.

Aus der Zeit der Anfänge der Dritte-Welt-Bewegung stammt die Meinung, dass die Bewegung und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen die eigentlichen Träger der Solidarität mit den Menschen in Entwicklungsländern seien. Und aus der weltpolitischen Umbruchphase nach Ende des Kalten Krieges, in dessen Folge mehr und mehr NRO aktiv wurden, stammt die eigene Positionierung als Hoffnungsträger einer gerechten Globalisierung. Ein

wahrer Kern bleibt auch bei kritischer Distanz erhalten. Gesellschaftlichen Organisationen, die sich auf bestimmte politische Fragen konzentrieren, ist es eher möglich, nach Werten zu handeln und Ideale hochzuhalten, während staatliche Institutionen immer auch die vielschichtigen Interessen der gesamten Gesellschaft berücksichtigen und einen Ausgleich herstellen müssen.

Doch auch die NRO unterliegen mittlerweile einem Wandel, einem Anpassungsdruck, der dazu führt, dass sich ihr ursprüngliches Profil verändert. Die Welt ist nach dem Ende des Kalten Krieges komplizierter, die Anforderungen, die sich daraus auch für NRO ergeben, sind schwieriger geworden. Gleichzeitig sind gerade humanitäre NRO zu Organisationen geworden, die von Regierungen nicht nur geschätzt werden, sondern mit denen auch gezielt eine Zusammenarbeit gesucht wird. Aus Sicht einiger NRO-Vertreter liegen in diesen Entwicklungen mehr Risiken als Chancen: Die erzwungene Professionalisierung und die zum Teil entstandene Konkurrenz zwischen den NRO könne zur Verwässerung ursprünglicher Zielsetzungen führen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen berge die Gefahr, die Unabhängigkeit zu verlieren und instrumentalisiert zu werden.

Und auch andere Fragen werden kritisch diskutiert: Ist der Neutralitätsanspruch humanitärer NRO in einer Zeit, in der Menschenrechte eine höhere Bedeutung erhalten haben und über die Weiterentwicklung des Völkerrechts im Sinne eines Rechtes auf humanitäre Intervention und einer *Responsibility to Protect* diskutiert wird, noch angebracht? Oder erfordert die gerechte Gestaltung der Globalisierung eine eindeutig politische Positionierung? Bergen die Größe und der exklusive Zugang bestimmter NRO zu bestimmten Gremien und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Gefahren im Sinne einer unkontrollierten Lobbyarbeit?

Die wachsende Bedeutung von NRO gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe muss dazu führen, dass Standards, Kontrollen und Evaluationen eine ähnlich große Rolle spielen wie im staatlichen Sektor. Und die übergeordneten Zielsetzungen, Menschen in Entwicklungsländern zu helfen, Armut zu bekämpfen und die Globalisierung gerecht zu gestalten, erfordern Abstimmung und Arbeitsteilung für einen effizienten Einsatz der Mittel.

In Deutschland haben wir ein hohes Niveau der Zusammenarbeit erreicht. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) pflegt seit langer Zeit einen offenen Umgang mit NRO (BMZ 2005: 165ff.). Es gibt einen regelmäßigen Meinungsaustausch und auf Fachebene zum Teil enge Kontakte. Außerdem unterstützt das BMZ Programme und Projekte deutscher NRO, wenn bestimmte Voraussetzungen wie Gemeinnützigkeit, Kompetenz oder eine Verbesserung der Lage armer Bevölkerungsschichten durch das Projekt gegeben sind. Seit 1988 ist *bengo* im Auftrag des BMZ tätig. Diese *Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit* berät und hilft bei der Beantragung öffentlicher Mittel auch seitens der Europäischen Union. Zwischen 1962 und 2004 haben NRO BMZ-Fördermittel in Höhe von 9,64 Mrd. Euro erhalten. 2007 wurden den NRO 451 Mio. Euro, das waren mehr als zehn Prozent der Gesamtausgaben des BMZ, zur Verfügung gestellt. Herausragende Empfänger der Förderung sind nach wie vor die Kirchen, die mit der Bundesregierung an der Zielsetzung arbeiten, die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Auch die politischen Stiftungen, die wichtige Beiträge zum Aufbau und zur Stabilisierung demokratischer Strukturen und zur Stärkung von Zivilgesellschaften in Entwicklungsländern leisten, erhalten einen großen Teil der Fördermittel.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Programmen, die ganz gezielt mit nichtstaatlichen

Trägern entwickelt wurden oder auf eine Umsetzung durch NRO abzielen. Der *Zivile Friedensdienst* (ZFD) ist ein derartiges, erfolgreiches Projekt, das seit 1999 geholfen hat, in etwa 40 Ländern Friedenspotentiale zu stärken und bei Konflikten zu vermitteln. Der ZFD ist „ein neues Instrument der Friedenspolitik" (Evers 2007: 156). Auch der vom BMZ finanzierte, neu geschaffene entwicklungspolitische Freiwilligendienst *weltwärts*, der bereits mit 100 Entsendeorganisationen zusammenarbeitet, ist auf gutem Weg, ein derartiger Erfolg zu werden.

Anders als das BMZ hatte sich das Auswärtige Amt nur zögerlich gegenüber den NRO geöffnet. Ein erster Schritt wurde 1992 mit der Einrichtung des *Gesprächskreises Humanitäre Hilfe* getan. Erst unter der Rot-Grünen Bundesregierung wurden die Kontakte mit NRO intensiviert und deren Positionen im eingerichteten *Forum Globale Fragen* mehr Gehör geschenkt. Auch in der Menschenrechtspolitik des Auswärtigen Amtes hat es eine wichtige Änderung gegeben. Beim Erstellen der Asyllageberichte werden nun auch die Stellungnahmen von NRO, beispielsweise von *Amnesty International* berücksichtigt. Inzwischen ist auch im Auswärtigen Amt der Umgang mit NRO ein Stück Normalität.

Die Anforderungen an eine effektive Arbeit unter sich wandelnden Rahmenbedingungen werden – soweit ich dies beobachten kann – von Seiten der meisten NRO sehr ernst genommen. Die wachsende Zahl von Akteuren z.B. im Bereich der humanitären Hilfe, schafft natürlich Probleme der Koordination. Mit Hilfe von verbesserten Abstimmungsprozessen und Verhaltensstandards wird den Problemen entgegengewirkt. Lernbereitschaft ist deutlich zu erkennen. Der Dachverband VENRO hat beispielsweise die Tsunami-Hilfe der deutschen NRO untersucht und daraus konkrete Verbesserungsvorschläge abgeleitet (VENRO 2007).

6 Vernetzte Zusammenarbeit für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung

Im Jahr 1981 erschien der so genannte *Brandt-Report*, der Bericht der Nord-Süd-Kommission *Das Überleben sichern*. Heute wissen wir, dass die Kommission ihrer Zeit voraus war. Willy Brandt schrieb damals in seinem Vorwort für die deutsche Ausgabe von der Notwendigkeit des Umdenkens in Bezug auf das Verhältnis von Nord und Süd. Und er formulierte: „Dies erfordert Verständnis, Engagement und Solidarität – im Verhältnis zwischen Menschen, Völkern und ihren Staaten" (Brandt-Report 1981: 15). Wohl gemerkt: Bei Willy Brandt kamen zuerst die Menschen, dann die Völker (heute würden wir sagen: Zivilgesellschaften) und an dritte Stelle die Staaten.

Heute sind wir dieser Vision ein gutes Stück näher gekommen. Die Weltgemeinschaft hat dazu gelernt. Das Ziel, die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen und die Armut zu halbieren, wird von sehr vielen in Politik und Gesellschaft sehr ernst genommen. Und die Menschen und ihre gesellschaftlichen Organisationen sind wichtige Träger von praktischer Solidarität.

Regierungen und NRO müssen sich in ihrer Arbeit ergänzen. Der Zusammenhang von *Good Governance* und Entwicklung hat uns gelehrt, wie wichtig und unverzichtbar funktionierende Staatlichkeit ist. Die Entwicklung unserer eigenen Demokratie hat uns gezeigt, wie wichtig das Engagement der Menschen innerhalb der Zivilgesellschaften ist. Im Zeitalter der Globalisierung haben NRO über nationale Grenzen hinweg eine wichtige Bedeutung. Ihre Funktionen reichen von der Bildung einer kritischen Öffentlichkeit über die Erweiterung von Interessenvertretungen bis hin zur Stärkung des VN-Systems.

Engagierte Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitiker in Regierung und Par-

lament können Unterstützung von NRO in aller Regel gut gebrauchen, da entwicklungspolitische Zielsetzungen nicht selten in Konflikt mit anderen kurz- und mittelfristigen Interessen des Staates geraten und das aufgeklärte Eigeninteresse nicht überall auf Einsicht stößt. Drängeln aus der Gesellschaft ist also hilfreich.

Engagement aus der Gesellschaft braucht dabei nicht immer Organisationen. Ein Bereich, aus dem ich mir eine stetig wachsende Unterstützung wünsche, ist der Konsum. Das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher, ihre bewussten Entscheidungen, bestimmte Produkte zu kaufen – nämlich fair gehandelte Produkte – und andere zu meiden, kann ganz maßgeblich dazu beitragen, Einkommen und Arbeitsbedingungen armer Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern.

Entwicklungspolitik mit dem Ziel der gerechten Gestaltung der Globalisierung ist eine entscheidende Zukunftsaufgabe, ohne die ein gutes und sicheres Leben der Menschheit in der *Einen Welt* nicht zu schaffen sein wird. Der notwendige Wandel wird nur durch Zusammenarbeit gelingen. Ich denke an eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Parlamenten, Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft über nationale Grenzen hinweg und in enger Zusammenarbeit mit den Partnern in den Entwicklungsländern. Der Weg hin zu erfolgreicher *Global Governance* ist noch lang. Die Zivilgesellschaften und ihre Organisationen spielen dabei ein wichtige, eine unverzichtbare Rolle.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, geb. 1942, seit 1965 Mitglied der SPD, 1979 bis 1987 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1998 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Literatur

Brandt-Report 1981: Bericht der Nord-Süd-Kommission: Das Überleben sichern. Frankfurt a.M.: Ullstein.

Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hg.) 2005: NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2005: Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Berlin: Bundesregierung.

Czempiel, Ernst-Otto 1999: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. München: Beck.

Evers, Tilmann 2007: Working on Conflict. Der Zivile Friedensdienst nach sechs Jahren. In: Klein, Ansgar/Roth, Silke (Hg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: VS, 141-161.

VENRO 2007: Lernen aus der Katastrophe – Die Tsunami-Hilfe der deutschen NRO. VENRO-Arbeitspapier Nr. 18. Bonn: VENRO.

Wieczorek-Zeul, Heidemarie 2007: Welt bewegen. Erfahrungen und Begegnungen. Berlin: Vorwärts.

Wolfgang Thierse

Veränderungsprozesse der politischen Kultur in Deutschland

1 Facetten politischer Kultur

„Politische Kultur" – das ist einer jener Begriffe, die in aller Munde und dennoch schwer zu fassen sind. Einst geprägt von Sozialwissenschaftlern in den USA, hat das Zauberwort längst auch in der europäischen Politikwissenschaft und in den Medien Karriere gemacht. Als schillerndes Beiwerk schmückt es gar den Titel eines auf Hochglanzpapier gedruckten Zeitgeistjournals: ‚*Cicero. Magazin für politische Kultur*'. Die Beliebtheit dieses unscharfen Begriffs in Wissenschaft, Politik und Feuilleton hat nun die Politikwissenschaft zu grundsätzlichen Überlegungen auf den Plan gerufen. Das Wissenschaftszentrum Berlin widmete ihm 2007 gleich ein ganzes Jahrbuch (Gosewinkel/Schuppert 2008)!

Die Herausgeber des Jahrbuchs unterscheiden „sechs Bedeutungsschichten des Konzepts ‚politische Kultur'": Sie beschreiben politische Kultur als ein „Set von Einstellungen und Meinungen", als „Welt von Symbolen und Bedeutungen", als „Institutionenkultur", als „Konfliktkultur", als „Kommunikationskultur" und schließlich als „Entscheidungskultur". Der Vorteil dieses Zugangs zum Phänomen „politische Kultur" ist zweifellos, dass hier auch seine subjektive Dimension in den Blick gerät. Soll über die „Veränderungsprozesse der politischen Kultur" diskutiert werden, dann muss auch und vor allem über die widersprüchliche Wahrnehmung dieser Prozesse geredet werden. Denn die Demokratie ist zunächst ein Regelwerk und ein Gefüge von Institutionen, aber sie ist damit nicht vollständig beschrieben. Beide – Regelwerk und Institutionen – können aus sich heraus nicht das notwendige Maß an Gemeinwohlorientierung erzeugen und gewährleisten, das die Demokratie für ihr Funktionieren braucht. Demokratie ist auf die engagierte Mitarbeit verantwortlicher Akteure angewiesen, auf ihre demokratischen Überzeugungen, auf ihre Tugenden, die die Gemeinwohlorientierung ausmachen.

2 Politikferne trotz Aufschwung

Glaubt man den Umfragen, ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie so gering wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Enttäuschung, Resignation, Wut und Klage dominieren, gepaart mit einem tief sitzenden Misstrauen gegenüber Politikern, Parlamenten, Parteien. Geradezu dramatisch mutet der Vertrauensverlust in Ostdeutschland an, wo die traditionellen Volksparteien gegen eine wachsende Staats-, Politik- und Demokratieferne anzukämpfen haben, von der die Parteien an den Rändern profitieren.

Eine aktuelle Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat jene Bevölkerungsgruppen ermittelt, die mehrheitlich die demokratische Praxis kritisch beurteilen: Arbeitslose (73 Prozent), Anhänger von Rechtsparteien (71 Prozent), Befragte aus Hartz-IV-Haushalten (63 Prozent), Ostdeutsche (61 Prozent), Menschen mit einem Haushaltnetto-Einkommen unter 700 Euro (60 Prozent), Anhänger der Linken (59 Prozent). Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist also besonders gering bei jenen, die die eigene wirtschaftliche Situation negativ beurteilen bzw. die zu den Verlierern der Wiedervereinigung zählen.

Auch die meisten Mitglieder des Kabinetts von Kanzlerin Merkel bekommen regelmäßig

schlechte Noten. Als das Forsa-Institut in seiner Juli-Umfrage die Befragten aufforderte, doch bitte einmal die Minister den einzelnen Ressorts zuzuordnen, stellte sich heraus, dass diese ihnen, den Wählern, weitgehend unbekannt sind! Wirklich überrascht hat mich dieses Ergebnis nicht. Es illustriert einmal mehr die Stimmungslage. Unser Land, so scheint es, verharrt in Stagnation: Dass Deutschland zu den führenden Industrienationen gehört, weiterhin „Exportweltmeister" ist und die Reformanstrengungen des letzten Jahrzehnts Früchte tragen – all das scheint nicht zu zählen. Über 80 Prozent der Menschen – so meldete das *ZDF-Polit-Barometer* – seien der Auffassung, dass die Große Koalition bei der Lösung der anstehenden Probleme „eher nicht" vorankomme. Über 80 Prozent! Diese Zahl stammt von Ende Mai. Im gleichen Monat berichtete die Bundesagentur für Arbeit, was sie übrigens in ähnlicher Form seit vielen Monaten vermeldet: Die positive Grundtendenz am Arbeitsmarkt hält weiter an, die Beschäftigung wächst! Im Mai 2008 ist die Arbeitslosenquote von 9,1 Prozent im Vorjahr auf 7,8 Prozent gesunken, Deutschland hat 529.000 Arbeitslose weniger! Klare Aussagen, die sich allerdings nicht im Meinungsbild niederschlagen.

Wie lässt sich dieser augenfällige Widerspruch, diese eklatante Differenz zwischen verbreiteter individueller Wahrnehmung und der Wirklichkeit selbst erklären? Offenbart sich in diesem Widerspruch, der ja zugleich auch Symptom für die Veränderungsprozesse der politischen Kultur ist, ein bloßes Vermittlungsproblem, oder liegen die Gründe tiefer? An welchen Entwicklungen lassen sich die Veränderungen ablesen? Und was steht eigentlich zur Umgestaltung, ja möglicherweise zur Disposition, wenn von „Veränderungsprozessen der politischen Kultur" in der Demokratie die Rede ist? Und wer sind die Akteure dieser Veränderungs- und Gestaltungsprozesse, wer steht hier in der Verantwortung?

3 Acht Anmerkungen zur politischen Kultur

Die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland hat über Jahrzehnte ihre enorme Leistungs- und Integrationsfähigkeit unter Beweis gestellt – zuletzt im Prozess der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die bundesdeutsche Demokratie hat den Rückhalt der Menschen gefunden – angesichts einer politischen Ordnung, die ein Leben in Würde und Freiheit gewährt, angesichts der Legitimation und Kontrolle staatlicher Macht durch die Bürgerinnen und Bürger, angesichts eines Lebens in Frieden und steigendem Wohlstand. Der Lebensstandard aller Bevölkerungsgruppen einschließlich der Rentner, Pensionäre und Bezieher staatlicher Hilfen ist immer weiter angewachsen. Das alles galt für die 1950er bis zu den 1980er Jahren der alten Bundesrepublik. Die goldenen 1970er Jahre – das sozialdemokratische Jahrzehnt schlechthin – waren der Gipfelpunkt eines gelungenen Zusammenhangs von Demokratieentwicklung, Wohlstandsmehrung und der Ausweitung sozialstaatlicher Sicherheiten.

Das alles scheint weit weg und ist doch als Maßstab bei vielen in Erinnerung. Ausgerechnet mit der deutschen Vereinigung, mit der Überwindung der Ost-West-Systemauseinandersetzung, mit der Öffnung der Welt ist der so ungebrochen erscheinende Aufwärtstrend gebrochen. Mit Beginn des überfälligen Umbaus des Sozialstaats begann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und ihre Institutionen zu bröckeln. Das lässt sich an vielfältigen Entwicklungen ablesen, die in der einen oder anderen Form den Alltag der Menschen berühren, verändern und Bewährtes zum Teil radikal in Frage stellen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien im Folgenden einige zentrale politisch-kulturelle Spannungs- und Handlungsfelder skizziert.

3.1 Globalisierung

Die wirtschaftliche Globalisierung, die sowohl Beschleunigung wie Entgrenzung aller ökonomischen, aber auch kommunikativen, aller sozialen und ideellen Verhältnisse meint, und alle damit verbundenen Veränderungen setzen gewachsene gesellschaftliche Strukturen und alte Sicherheiten, auch ideelle und moralische Sicherheiten, unter Druck. Der rasante ökonomische, wissenschaftliche, technische, soziale Wandel, die Informationsflut, die Gleichzeitigkeit und Nähe des kulturell Verschiedenen, ja Fremden, – all das erzeugt Veränderungs- und Überforderungsängste bei vielen Menschen und ruft Verunsicherungen hervor. Und zugleich steigert sich das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Vergewisserung, nach Orientierung, nach Identität.

Was wir erleben und was die Menschen mehr oder minder bewusst empfinden, ist eine gewachsene Diskrepanz zwischen dem Tempo und der Reichweite ökonomischer, technologischer Entwicklungen und Prozesse einerseits und der Langsamkeit und Begrenztheit demokratischer, politischer Prozesse und Entscheidungen andererseits. Und das nicht nur hinter den Kulissen! Ich erinnere nur an zwei Beispiele: an den rasanten Abschied von Nokia aus Bochum vor wenigen Monaten und an die folgenreiche Fusion von Mannesmann und Vodafone vor einigen Jahren. Innerhalb weniger Monate war die Titanenschlacht des Managements entschieden und damit auch das Schicksal von mehreren tausend Beschäftigten und ihren Angehörigen.

Verglichen damit kommen politische Entscheidungsprozesse (Steuerreform, Gesundheitsreform, Rentenreform) quälend langsam voran, denn die davon Betroffenen werden beteiligt und angehört, es werden Kompromisse ausgehandelt, Mehrheiten gesucht. Diese Diskrepanz zwischen „langsamer“ Politik und „schneller“ Ökonomie führt vielfach zu Ungeduld, zu Enttäuschung, zu Abwehr, zu Häme, ja zu immer tiefer gehender Skepsis gegenüber der Demokratie, ihren Institutionen und ihrem handelnden Personal. Die vermeintliche oder tatsächliche Ohnmacht der Politik gegenüber wirtschaftlichen Entscheidungen und einem Standortwettbewerb der Unternehmen um die geringsten Gemeinkosten befördert nicht das Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit, im Gegenteil. Die realistische Antwort auf diese Herausforderungen, auf die Globalisierung ist Europa (trotz aller auch weiterhin notwendigen nationalstaatlichen Anstrengungen). Aber diesem Europa begegnen die Bürger mit nicht weniger Skepsis. Ein Teufelskreis.

3.2 Demographischer Wandel

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft stellt ein Zukunftsproblem, eine enorme politische Herausforderung dar. In Deutschland gibt es zu wenig Menschen, die sich für Familie und für Kinder entscheiden. Dadurch wird sich absehbar das Verhältnis zwischen den Generationen verschieben – mit Folgen für unsere großen Sozialversicherungssysteme wie Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, die schon jetzt sichtbar sind. Richtig spürbar wird der demografische Wandel ab 2010, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit Schritt für Schritt in den Ruhestand gehen. Herrscht heute noch eine im bundesweiten Durchschnitt hohe Arbeitslosigkeit, wird es schon in wenigen Jahren einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften geben, da immer weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten.

3.3 Erosion des sozialen Zusammenhalts

Seit Jahren beobachten wir einen Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung, der zuneh-

menden Individualisierung, der Erosion des sozialen Zusammenhalts. Die Kraft der traditionellen Ideen – der Traditionen überhaupt –, die Kraft der Institutionen schwindet, was nicht zuletzt daran erkennbar ist, dass den Kirchen, den Gewerkschaften, und den Volksparteien gleichermaßen die Mitglieder abhanden kommen. Ein Wandel der Lebensbedingungen, der Lebenseinstellungen, der Werte ist unübersehbar.

3.4 Reformskepsis

Viele Menschen haben Zukunftsängste und fürchten sich vor einem sozialen Abstieg. Sie machen das System dafür verantwortlich: Laut der bereits zitierten FES-Studie von 2008 sieht nur jeder Dritte den kommenden fünf Jahren mit Zuversicht entgegen. 57 Prozent der Befragten stehen den Sozialreformen in Deutschland skeptisch gegenüber und verlangen mindestens eine Reformpause. Die Skepsis gegenüber neuen Reformen hat ganz sicher zu tun mit Fehlern und Fehlverhalten von Politikern, mit falschen Versprechungen, mit dem Überschuss an „Verheißungen", der jeden Kraftakt an Reformen begleitet, und der immer folgenden Enttäuschung bei der Umsetzung und Verwirklichung von Reformen.

Wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Politik wegbricht – und das ist etwas anderes als die, wie ich finde, demokratische Tugend der Skepsis gegenüber Politikern „da oben" –, wenn für sie keine Alternativen mehr erkennbar sind, dann verschwindet das notwendige Engagement, dann verstärkt sich der Trend zur Personalisierung und Skandalisierung von Politik, eine Tendenz, bei der am Ende den Politikern wie den demokratischen Institutionen gegenüber nur noch mit Geringschätzung, mit Häme gar begegnet wird.

3.5 Die Rolle der Massenmedien

Die Ungeduld und Verdruss erzeugende Diskrepanzwahrnehmung wird verschärft durch die Massenmedien: das eilige Medium Fernsehen, die Tendenz zur Boulevardisierung, zur – das Stichwort ist schon gefallen – Skandalisierung und Hysterisierung politischer Kommunikation. Demokratie bedeutet immer auch, dass die letzte Kontrolle und das abschließende Urteil über Politik und Politiker der Öffentlichkeit zukommt und den Wählerinnen und Wählern überlassen ist. Ohne die „vierte Gewalt" der Medien ist das nicht möglich. Aber auch dort, in den Medien, wirken Interessen und trüben gelegentlich die Urteilskraft. Nicht nur Boulevardzeitungen pflegen die Schizophrenie, einerseits zu verlangen, dass sich alles ändert und gleichzeitig zu protestieren, wenn sich etwas ändert – getreu dem Motto: Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute, weil gut verkäufliche Nachricht.

Natürlich gibt es auch ihn – den Qualitätsjournalismus. Es gibt erkennbare Bemühungen zu berichten, zu informieren, aufzuklären, Bericht und Meinung zu trennen, dem Rezipienten etwas zuzutrauen. Es gibt Journalisten, die ihr Metier beherrschen, ihren Gegenstand genau kennen und es verstehen, ihn in Zusammenhänge einzuordnen. Dafür, dass solcher Qualitätsjournalismus bereits nicht mehr als selbstverständlich gelten kann, sind wohl veränderte Arbeitsbedingungen, rigide Personaleinsparungen, härterer Konkurrenzdruck verantwortlich zu machen. Auch aus Redaktionen guter Zeitungen ist zu hören, dass man sich dort nicht mehr streite über die morgige Ausgabe, darüber, was wichtig und unwichtig sei. Streite man aber doch, würden eher Anzeigenchef und Geschäftsführer entscheiden als Redakteure.

Dieser verhängnisvolle Trend wird institutionalisiert, wenn der Geschäftsführer eines ambitionierten Zeitungsverlages, der konkrete Renditeerwartungen zu erfüllen hat, zugleich die

Position des Chefredakteurs ausübt. Dass dieses bei der *Berliner Zeitung* eingeführte Modell nicht einer Stärkung der Redaktion, den redaktionellen Interessen dient, ist augenscheinlich. Das belegt auch eine großformatige Anzeige, die im Juli 2008 in der *TAZ* erschien – mit der Überschrift „Verleger gesucht": Die Redaktion der *Berliner Zeitung*, heißt es, suche einen „seriösen Verleger, eine seriöse Verlegerin", der oder die eine Zeitung nicht nur mache, „um sofort Geld zu verdienen". Und weiter: „Die Redakteure sind nicht käuflich, die Redaktion der *Berliner Zeitung* ist es." Erbeten werden „nur ernst gemeinte Angebote an: Redaktion – keinesfalls Chefredaktion – der *Berliner Zeitung*, zu Händen Redaktionsausschuss." Die Redaktion in ihrer Not weiß sich offenbar nicht mehr anders als mit den Mitteln der Satire zu helfen: Der Verlagsgeschäftsführer und Chefredakteur hat inzwischen angekündigt, dass von den 130 Redakteursstellen bald schon 40 wegfallen werden.

Aber es ist nicht allein der Konkurrenzdruck, der die Medienlandschaft verändert. Im Berliner Medienbetrieb agieren verschiedene Typen von Journalisten – und um nicht der Journalistenschelte bezichtigt zu werden: Ich berufe mich hier auf Beobachtungen von Insidern. Da gibt es neben den Vertretern des Qualitätsjournalismus den Typus des eher jungen, unbedarften, ahnungslosen Redakteurs, der angesichts der Themenfülle und der Hektik des medialen Betriebes es nicht schafft oder nicht schaffen will, sich zu jedem Thema aufs Neue eine Meinung zu bilden, Informationen zu sammeln, Zusammenhänge zu durchschauen. Also hetzt man dem Mainstream von Meinung hinterher. Immer mehr Verbreitung findet der Typus des meinungsstarken und durchsetzungsorientierten Journalisten, der „im politischen Geschäft als gleichberechtigter Macht-Mitstreiter agieren" will, obwohl er „von niemandem gewählt und legitimiert" ist (Jürgen Leinemann). Qualitätsjournalismus wäre aber, wenn nicht der Bote, sondern endlich wieder die Botschaft in den Mittelpunkt rückte!

In einer Berliner Obdachlosenzeitung las ich einen pointierten Satz, der eigene Erfahrungen gut illustriert: „Im Grunde genommen brauchen die Medien keine Wirklichkeit mehr. Sie sind durchaus in der Lage, ein System der Wirklichkeit zu inszenieren, auf das sie sich fortan beziehen." Tatsächlich gewinnt man den Eindruck, dass Meldungen „die Runde machen". Ein Medium fängt an, die anderen folgen, fühlen sich verpflichtet, eine Sache zu behandeln, nicht weil sie als wichtig gilt, sondern weil andere sie wichtig gemacht haben. Besonders oft gibt die *Bild*-Zeitung ein Thema vor, agiert als Leitmedium der Republik. Auch in seriösen Tageszeitungen gilt es als Erfolgskriterium, eine Nachricht „gemacht" zu haben, also zitiert zu werden in Rundfunk und Fernsehen. Talk-Shows wollen Nachrichten „machen"; wie oft ihnen das gelingt, gilt in den Redaktionen als höchster Bewertungsmaßstab.

Demokratie lebt von Öffentlichkeit. Sie erst schafft politische Legitimation. Das setzt aber nicht nur voraus, dass der politische Akteur öffentlich handelt, sondern auch, dass die Massenmedien ihre Funktion in diesem Zusammenhang erfüllen. Die Zukunft der Demokratie, schreibt der Politologe Ulrich Sarcinelli, hänge nicht zuletzt davon ab, „ob sich die Interaktionseffekte zwischen Politik und Medien als hilfreich bei der Lösung politischer Probleme erweisen oder als problemverstärkend" (Sarcinelli 2003: 10).

Natürlich kümmert es den Wissenschaftler richtigerweise nicht, ob Medien der Regierung oder der Opposition helfen, sondern ob sie sich überhaupt angemessen mit Politik befassen. Er hätte auch daran erinnern können, dass die Pressefreiheit eine dienende Freiheit im Sinne der Demokratie ist; sie hat die Aufgabe der Rückkopplung von verliehener politischer Macht an den Souverän. So gesehen umfasst Artikel 5 des Grundgesetzes nicht die Freiheit, auf ernste

politische Information und Meinungsbildung zu verzichten. Dahin wird aber die Entwicklung getrieben. Sarcinelli schreibt: „Die Medien entfernen sich weiter von der Politik und folgen stärker ihrer eigenen Logik." (ebenda) Die sei bestimmt durch die Nachfrage des Marktes, auf dem „die Erhöhung der Informationsqualität nicht unbedingt zur Steigerung der Verkaufzahlen und Einschaltquoten" (ebenda) beitrage.

3.6 Verletzungen des Gerechtigkeitsempfindens

Die Übellaunigkeit, der Frust, die verbreitete Skepsis sind mit dem Hinweis auf das Fehlverhalten von Politikern, auf die Zumutungen der Reformpolitik, auf die Qualität der Medien kaum hinreichend erklärt. Nach meiner Wahrnehmung haben wir es auch mit tief gehenden Verletzungen des Gerechtigkeitsempfindens zu tun, an denen die vom Parlament beeinflusste und gestaltete Politik nur mittelbar beteiligt ist. Ich denke an die obszönen Einkommenssteigerungen, die sich viele Vorstände deutscher Banken und Großunternehmen genehmigen, und an die Gehaltserhöhung von Kassenvorständen, während sie Lohnzurückhaltung predigen, Filialen schließen, Bilanzprobleme haben, innovative Produkte nicht rechtzeitig auf den Markt bringen, Betriebsrenten verschlechtern, zu wenig Ausbildungsplätze vorhalten, von den Patienten immer mehr Eigenleistungen verlangen.

Ich halte es für schlicht unanständig, wenn die Wirtschaftseliten und ihre Funktionäre von Staat und Gesellschaft optimale öffentliche Güter fordern, aber eigene Beiträge und Steuern dazu möglichst vermeiden, wenn sie von den Reformen des Sozialstaats sprechen, aber seinen Abbau meinen. Das sind die Widersprüche, die die Menschen in ihrer Bewusstseinslage und ihrem Gefühlshaushalt bestimmen.

Vertreter der deutschen Wirtschaft klagen: Wir haben eine zu hohe Steuerlast, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stehe ernsthaft in Frage, es drohe die Abwanderung deutscher Firmen ins Ausland – nein, sie findet ja schon statt. Immer dann, wenn es riesige Gewinne gibt, erleben die Betroffenen Abwanderung, Bedrohung ihrer Arbeitsplätze – das ist es. Doch Deutschland ist nicht das Armenhaus Europas! Und angesichts der Erfolgsbilanzen deutscher Konzerne fragen sich viele Menschen, warum diese trotz riesiger Gewinne mitunter keine Löhne zahlen, von denen eine Familie auskömmlich leben kann, Arbeitsplätze streichen, Menschen in die Arbeitslosigkeit schicken. Hier scheint die Logik des Kapitalismus darin zu bestehen, dass eine höhere Arbeitslosigkeit Voraussetzung für steigende Gewinne wäre – eine ziemlich brutale und schwer zu verarbeitende Botschaft. An die Stelle des vertrauten „Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen!" tritt eine neue bitterböse Realität: „Die Gewinne von heute sind die Entlassungen von morgen!"

Solcher Art Beobachtungen, Widersprüche, schwer zu begreifende Erfahrungen erzeugen eben jene heftigen Ängste. Wut und Verzweiflung zerstören das Vertrauen in die Demokratie, in ihre Institutionen, in ihr Personal. Denn an sie – an die Demokratie, an die politischen Akteure und Institutionen – richten sich die Erwartungen. Offensichtlich zu hohe. Entsprechende Enttäuschungen, Schuldzuweisungen und Verachtung sind die Folge. Sie heißt „Politikverdrossenheit" und nimmt inzwischen demokratiegefährdende Züge an. Die Kritik an wirtschaftlichem und sozialem Verhalten, an wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen – sie richtet sich, sie wird gelenkt: gegen die Demokratie! Das ist wahrlich beunruhigend.

Nun wissen wir aber: Demokratische Politik entscheidet und funktioniert nach anderen Kriterien als die Wirtschaft, in der es Demokratie so gut wie gar nicht gibt. Als gesellschaftliches Korrektiv sorgt sie für sozialen Ausgleich, kümmert sich um die Verfügbarkeit und faire Verteilung der öffentlichen Güter, definiert die Mindeststandards in der Bildung, hält eine funk-

tionsfähige Infrastruktur vor, setzt rechtliche und soziale Rahmen für wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Unternehmen profitieren davon. Diese sind eben nicht in der Lage, diese Rahmenbedingungen selber zu organisieren und zu garantieren – das ist Aufgabe von Politik. Das also gilt es immer wieder neu und unter veränderten und hoch widersprüchlichen Bedingungen zu lernen und zu begreifen: die Möglichkeiten und Grenzen von demokratischer Politik.

Demokratie ist eine Praxis, die Fehler und Irrtümer der Verantwortlichen einkalkuliert. Deshalb verleiht sie Macht nur auf Zeit und bindet sie an Kontrolle, Rechenschaft und öffentliche Diskussion. Das gilt für die politische Macht, aber längst nicht so für wirtschaftliche Macht. Dass auch diese Macht fehlbar ist, hat sich in Zusammenbrüchen von Börsen und Großunternehmen immer wieder gezeigt. Aber nicht die dafür Verantwortlichen, sondern die Beschäftigten und die Steuerzahler müssen die Rechnung bezahlen. Auch das lehrt die Erfahrung. Und auch das verdirbt die Stimmung.

3.7 Demokratiekompetenzen und politische Bildung

Angesichts der verbreiteten Skepsis gegenüber dem demokratischen Staat und seinen Institutionen, gegenüber den Parteien, aber auch angesichts der Erfolge rechtsextremer Gruppierungen und Ideologien insbesondere in den ostdeutschen Ländern stehen auch das Selbstverständnis und die Qualität der politischen Bildung neu zur Debatte. Die Radikalität des ökonomischen und sozialen Umbruchs hat bei nicht wenigen Ostdeutschen innere Verunsicherungen, ein Gefühl des Mangels an sozialer Geborgenheit erzeugt. Und nicht alle haben den Umbruch intellektuell, ideologisch, moralisch wirklich verarbeitet. Es gibt eben nicht nur einen ökonomisch-sozialen Umbruch, sondern auch vielfältige Phänomene moralischer Entwurzelung. Die Sehnsucht nach mehr Sicherheit und klarer Orientierung hat auch eine Kehrseite: die leichtere Verführbarkeit zu falscher Sicherheit und falscher Orientierung, die einhergeht mit wachsender Ungeduld.

In solch einer Situation ist es umso dringlicher, Demokratie zu erklären, sie verständlich zu machen, ihre Vorzüge zu erläutern, für sie zu werben, ihre Verfahren und Institutionen zu erklären, aber auch ihre Schwierigkeiten, ihre Langsamkeit, ihre Zerbrechlichkeit begreifbar zu machen. Denn Demokratie ist – wie Oskar Negt sagte – „die einzige Herrschaftsform, die in ständiger erneuerter Kraftanstrengung gelernt werden muss“ (Negt 2002). Sie ist wie keine andere Staatsform auf Engagement, auf aktive, uneigennützige Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen – nämlich immer dann, wenn es um öffentliche Angelegenheiten geht, die nicht unmittelbar das Eigeninteresse, aber das der Allgemeinheit betreffen. Die Demokratie kann nur so lange bestehen, wie neben den vielen Einzelinteressen, die in ihr zur Geltung gebracht werden, das gemeinsame Interesse an ihrem Bestand vital bleibt.

Was passiert, wenn sich Unzufriedenheit mit Demokratieverachtung paart, wenn gesellschaftliche Eliten und wirtschaftliche Verlierer sich zu einer Abkehr vom „System“ verbinden, hat das Ende der Weimarer Republik gezeigt. Auch wenn sich die Geschichte so nicht wiederholen wird: Das Potential autoritärer, demokratiefeindlicher Haltungen ist in allen Demokratien vorhanden – und es nimmt zu, wenn wirtschaftliche Modernisierungsschübe den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Erst allmählich begreifen wir, dass die gegenwärtigen ökonomischen Veränderungen bestimmte Garantien, die bislang zu unserem Gesellschaftsvertrag gehörten, allmählich untergraben. Deshalb brauchen wir Erziehung zu verantworteter Freiheit, Demokratieerziehung. Die Fähigkeit, Gleichheit von Ungleichheit, Recht von Unrecht zu unterscheiden, soziale Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien als kostbares Angebot für Freiheit

und Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erkennen, das sind Schlüsselqualifikationen für die Bürger einer demokratischen Gesellschaft.

3.8 Kulturelle Orientierungen

Der Erwerb von solcherart Orientierungswissen, von Maßstäben, von Haltungen und Einstellungen, also von Werten, ist Aufgabe von Bildungs- und Erziehungsprozessen insgesamt – also das, was man üblicherweise eine Querschnittsaufgabe nennt. Und da reicht es natürlich nicht, auf die politische Bildung allein zu verweisen. Vielmehr muss auch die kulturelle Bildung in den Blick genommen werden. Gerade in Zeiten tief greifender Veränderungsprozesse brauchen wir einen stabilen Bestand an Werten, an kultureller Bildung und Orientierung. Es geht darum, jungen Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zum Raum der Kultur zu ermöglichen, denn die Kultur ist in besonderer Weise der Ort der Werte- und Zielverständigung der Gesellschaft wie der Ort der Reflexion und freien Kreativität des Einzelnen. Die Kultur schafft Erfahrungsräume, in denen die Menschen jenseits ihrer Marktrollen, nämlich Produzent und Konsument zu sein, agieren und sich wahrnehmen können. Im kulturellen Raum wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zweck, über das Eigene und Fremde reflektiert, kommuniziert, gespielt, gehandelt. Der kulturelle Raum ist der Raum der Freiheit, und genau deshalb ist dieser Raum so wichtig für die Ausbildung von Identität, ohne falsche Abgrenzung und Ausgrenzung.

4 Demokratie – eine Aufgabe für alle

Bislang war die Demokratie, insbesondere im Westen, eine Erfolgsgeschichte, verbunden mit persönlichem Aufstieg und Wohlstand. Seit wir Probleme zu bewältigen haben, auf die der Nationalstaat alleine nicht mehr erfolgreich reagieren kann, erscheint vielen die Zukunft als ungewiss. Die Populisten rechts und links profitieren von der Missstimmung und instrumentalisieren sie. Aus eigener, aus doppelter deutscher Erfahrung wissen wir: Diktaturen funktionieren nicht, Demokratien dagegen schon.

Wie kann nun – angesichts der skizzierten Veränderungsprozesse – demokratische Politik Vertrauen wiedererlangen und ihren Teil zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen beitragen? Wie kann sie ihrer Zukunftsverantwortung gerecht werden und wer sind in diesem Prozess ihre natürlichen Partner?

Zunächst möchte ich eine Lanze für die Parteien brechen, denen manche Kritiker aus den Medien und aus den Wirtschaftsverbänden einen zu großen Einfluss auf die Geschicke des Landes bescheinigen. Doch bedeutet weniger Parteieneinfluss tatsächlich mehr Demokratie, wie sie immer wieder suggerieren? Am Beispiel des Bundesrates liegt ein „Ja“ auf diese Frage nahe. Aber wer soll an die Stelle der Parteien treten, wenn es um die Organisation politischer Mehrheiten geht? Diese Frage hat noch keiner der Parteienkritiker schlüssig beantworten können!

Es bleibt die Aufgabe gerade von Volksparteien, die Konsense oder Kompromisse vorzubilden, auf die die demokratische Gesellschaft insgesamt zur Lösung ihrer Probleme angewiesen ist. Die Bündelung und zugleich Relativierung von durchaus berechtigten Partikularinteressen wird nicht von den partikularen Interessenten selbst geleistet! Das sei denen gesagt, die fast schon triumphierend das Ende oder jedenfalls eine Krise der Volksparteien ausrufen.

Parteien sind zu Transparenz verpflichtet. Sie unterliegen hohen Ansprüchen an interne demokratische Entscheidungsprozesse, strengen Regeln der Finanzierung ihrer Arbeit und sind damit offener als jeder Verein, jede Regierungs-

organisation oder jeder *Bürgerkonvent*. Die Verstöße von Parteien gegen diese Regeln, die in den vergangenen Jahren bekannt wurden und das Vertrauen in sie beschädigt haben, sind ja Belege für die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Regeln.

Politik – und daran sei mit Blick auf die Parteien erinnert – ist nicht für Erlösung zuständig, ist kein Religionsersatz, sondern in ihr geht es um Lösungen, um jeweils etwas bessere Lösungen. Demokratie verteidigen heißt, die notwendigen Veränderungen ansprechen, diskutieren, mehrheitsfähig machen und Schritt für Schritt verwirklichen. Das sind alles mühsame Vorgänge. Aber so ist Demokratie nun einmal, mit Befriedigung von Erlösungsbedürfnissen hat das alles wenig zu tun, manchmal sogar mit deren bitterer Enttäuschung. Doch das ist allemal besser als jene schlimme Vermischung von säkularisierter Religion und politischer Heilslehre, wie sie für beide Diktaturen des 20. Jahrhunderts charakteristisch war. Dies sollten wir uns immer mal wieder in Erinnerung rufen! Dann wären wir besser gewappnet gegen den überbordenden Ärger, die organisierte Übellaunigkeit, den Ablenkungs- und Empörungsjournalismus.

Was an den Debatten über die Vertrauenskrise der Demokratie immer wieder ins Auge sticht, ist der bestens funktionierende Vorwurfsreflex: Die Verantwortung für die beschriebenen Probleme wird mit großer Geste und Selbstverständlichkeit vorzugsweise „der Politik" zugewiesen. In den großen Debatten, aber vielfach auch im individuellen Selbstverständnis hat sich leider noch immer nicht die Einsicht durchgesetzt, dass für das Gestaltungsvermögen und die Leistungsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens seiner Natur gemäß alle Gesellschaftsmitglieder verantwortlich sind – eben nicht nur die gewählten Volksvertreter, sondern alle Bürgerinnen und Bürger, also auch Chefredakteure und Journalisten, Unternehmer und Vorstände großer Konzerne, Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Lobbyisten aus dem Bankensektor. Auch wenn manche Berichterstattung, manche Talkshow es vermuten lassen: Demokratie ist alles andere als eine Showveranstaltung, ein Event. Sie ist vielmehr auf die aktive Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte an der politischen Willensbildung angewiesen.

In einem viel zu wenig beachteten „Gemeinsamen Wort zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens" haben im November 2006 der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz diesen grundsätzlichen Zusammenhang eindringlich erläutert: Politisches Handeln in der Demokratie habe immer das Wohl der Gesamtheit zu bedenken. Nicht nur Politiker, „sondern alle Handelnden – und Handlungsfähigen – stehen für das Gelingen der Demokratie in der Pflicht. Alle müssen über die Grenzen ihrer jeweiligen Rollen hinaus sehen und denken. Auch in ihrer Reaktion auf das Verhalten von Menschen in anderen Rollen müssen sie verantwortungsvoll handeln. Dem Gemeinwohl zu dienen, obliegt allen. Gerechtigkeit und Solidarität zu üben, muss ein gemeinsames Anliegen aller Demokraten in ihren verschiedenen Aufgaben sein" (Evangelische Kirche Deutschland/Deutsche Bischofskonferenz 2006: 18f).

Das Bewusstmachen der eigenen Verantwortung für die Demokratie – das wäre der Beitrag, den jedes Gesellschaftsmitglied zur Überwindung der viel beschworenen Vertrauenskrise leisten kann. Denkbar wäre ja, dass der damit verbundene Perspektivenwechsel, dieser Blick auf die eigenen Handlungsoptionen, zu einer Verbesserung der Tonlage in den aktuellen Debatten beiträgt.

Natürlich muss auch über institutionelle Veränderungen, über die Verlebendigung der Demokratie nachgedacht und diskutiert werden. Möglich wäre beispielsweise, auch auf Bundesebene mehr Elemente direkter Demokratie einzuführen, ohne zugleich auf Wunder hoffen

zu dürfen. Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid können und sollen die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern ergänzen. Doch die für Plebiszite auf Bundesebene notwendige Verfassungsänderung, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre, ist bislang immer an CDU und CSU gescheitert.

Es bleibt dabei: Letztlich bietet nur massenhaftes demokratisches Engagement für das Gemeinwohl eine Chance, dem ökonomischen Druck, der Erosion des sozialen Zusammenhalts und dem schwindenden Vertrauen in die politische Gestaltungskraft entgegenzuwirken. Die Veränderungsprozesse der politischen Kultur bieten neue Perspektiven, neue Aufgaben, neue Anlässe sich einzumischen, sich für die Demokratie zu engagieren!

Dr. h.c. mult. Wolfgang Thierse ist stellvertretender Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Beiratsmitglied des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen.
Kontakt: wolfgang.thierse@bundestag.de

Literatur

Evangelische Kirche Deutschland/Deutsche Bischofskonferenz 2006: Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens. Hannover/Bonn.

Gosewinkel, Dieter/Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) 2008: Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit. WZB-Jahrbuch 2007. Berlin: edition sigma.

Negt, Oskar 2002: Der gute Bürger ist derjenige, der Mut und Eigensinn bewahrt. Reflexionen über das Verhältnis von Demokratie, Bildung und Tugenden. In: Frankfurter Rundschau vom 16.09.2002, S. 10.

Sarcinelli, Ulrich 2003: Demokratie unter Kommunikationsstress? Das parlamentarische Regierungssystem in der Mediengesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/2003, 39-46.

Thomas Leif

Pressefreiheit unter Druck
Recherche-Journalismus als Qualitäts-Anker

„Man wundert sich. Darüber, dass der Journalismus in Deutschland offenbar so gleichgeschaltet ist, dass sich jeder alles gefallen lässt." So lautete der derbe Kommentar von Michael Schmatloch, Chefredakteur des Donaukuriers in Ingolstadt, zu den insgesamt zurückhaltenden Reaktionen der Medien auf die Vorratsdatenspeicherung. Der Protest der bayerischen Regionalzeitung war unübersehbar. Am 3. November 2007 erschien der Donaukurier mit einer schwarzen Titelseite und einem pointierten Leitartikel zur zunehmenden Gefährdung der Pressefreiheit.

Ingolstadt war eine Ausnahme. Mitte April 2007 beklagte der frühere NRW-Innenminister und Bundestagsvizepräsident, Burkhard Hirsch (FDP), das ‚Schweigen im Blätterwalde' (message 2/2008): „Es scheint so, als ob der Berufsstand in kollektive Schreckstarre verfallen ist." Dabei müsste eigentlich allen klar sein, welche fundamentale Freiheitseinschränkung mit der Daten-Sammelflut des Staates verbunden ist. Georg Mascolo, neuer Chefredakteur des Spiegels, spricht von einem „Kollateralschaden, dessen Ausmaß noch unübersehbar ist." „Die Vorratsdatenspeicherung bedroht die Pressefreiheit vermutlich mehr als die aller meisten Gesetze wie etwa der so heftig umstrittene Große Lauschangriff." (message 2/2008)

Die gesetzlich abgesicherte Sammelwut des Staates, sieht eine sechsmonatige Speicherung aller Telekommunikations-Verbindungsdaten vor. Nummern, Dauer, Datum und Uhrzeit werden gespeichert. Bei Mobilfunknutzern wird sogar der Standort bei Gesprächsbeginn registriert, aber auch die Identifikationsnummern der Handys und des jeweiligen Teilnehmers sowie SMS-Verbindungsdaten. Polizei und Justiz dürfen im Fall ‚schwerer Straftaten' auf die Daten zurückgreifen. Die Speicherung der Daten müssen die Telekommunikationsfirmen übernehmen.

Zuständig für diese ‚Dienstleistung' ist unter anderem die Deutsche Telekom. Ausgerechnet der Konzern mit nach wie vor relevantem Staatseinfluss, der selbst mit großem Aufwand Aufsichtsräte des Unternehmens und Journalisten über Jahre ausspionieren ließ. Auf einzelne Wirtschaftsredakteure sollen sogar Spitzel angesetzt worden sein. (vgl. Der Spiegel 23/2008: 20 f.) Um den größten Skandal der Telekom-Firmengeschichte aufzuarbeiten, wurde der frühere Vorsitzende des Bundesgerichtshofes Gerhard Schäfer als ‚Chefaufklärer' angeworben. Schäfer hat sich bereits als unabhängiger Ermittler bei der Aufarbeitung der BND-Affäre einen Namen gemacht. Im so genannten 175-seitigen ‚Schäfer-Bericht' vom April 2006 ist genau nachzulesen, wie der Geheimdienst Journalisten systematisch ausforschte und warum bestimmte Journalisten mit dem Geheimdienst kooperierten. Selbst Magazine, die gerne mit ‚Fakten. Fakten. Fakten' werben, haben bis heute die Aufklärung ihrer nachgewiesenen Verstrickungen in diesen Skandal verhindert. Man darf also gespannt sein auf die internen Ermittlungen des ‚unbestechlichen' Juristen Schäfer im Telekom-Konzern und die (noch völlig unkalkulierbare) Ermittlungsbilanz der Staatsanwaltschaft in Bonn.

Anfang August 2007 sorgte ein weiterer staatlicher Übergriff für Furore. Gegen 17 Journalisten wurde ermittelt, weil sie aus Geheimakten des BND-Ausschusses zitiert hatten und sich damit des Geheimnisverrats mitschuldig gemacht haben sollen. Der Vorsitzende des

BND-Ausschusses, Siegfried Kauder (CDU), wollte ein Exempel statuieren: „Für mich war wichtig, die Schotten dicht zu halten im Ausschuss, weil die Ausschussarbeit deutlich behindert war." Ziel des Ermittlungsverfahrens sei es, herauszufinden, „wo die undichten Stellen sind, und sicherzustellen, dass es in Zukunft so nicht läuft." (SZ, 4./5.8.2007) Ein Schlüsselzitat, das im Kern die innere Haltung von Politikern gegenüber unangenehmen Medienveröffentlichungen dokumentiert.

„Freie Presse im Fadenkreuz" titelte die Frankfurter Rundschau; sogar die Chefredakteure der betroffenen Medien verfassten eine Empörungs-Erklärung. Wie absurd und doppelbödig diese Intervention des Staates war, zeigt, dass im BND-Ausschuss selbst Zeitungsartikel als ‚geheim' eingestuft wurden. Zudem ist jedem Politiker bekannt, dass in jedem Untersuchungsausschuss einzelne Informationen und ‚vertrauliche Papiere' gezielt an Journalisten weitergeleitet werden. Im so genannten ‚Visa-Untersuchungsausschuss' gegen Joschka Fischer wurde die Instrumentalisierung der Medien zur Perfektion getrieben. Im Hintergrund bündelte ein hoch-professioneller und medienerfahrener Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion die gesamte Pressearbeit und führte Journalisten mit seinen Informationen wie Marionetten. Auch frühere Untersuchungsausschüsse – etwa zur CDU-Spendenaffäre – wurden mit detailliert abgestuften Hintergrundrunden für ausgewählte Journalisten unterfüttert. Im Lichte dieser gängigen Praxis wirkt dieses publizistisch aufgeblasene ‚Ermittlungsverfahren' in der Rückschau etwas sonderbar. Ein Lehrstück im Fach ‚negative campaigning' und politischer Doppelmoral.

Nur ein halbes Jahr zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht mit einem Urteil erneut die Pressefreiheit gestärkt. Die Richter erklärten die Durchsuchungsaktion beim Magazin Cicero und in den Privaträumen eines Autors für verfassungswidrig. Cicero hatte im April 2005 aus einem ‚vertraulichen' BKA-Dokument zitiert. In ihrem Urteil vom 27.2.2007 stellten die Richter fest, dass der Staat auch nicht über den Umweg der Durchsuchungsaktion an die ‚undichten Stellen' herankommen dürfe. „Auch wenn die betreffenden Angehörigen von Presse oder Rundfunk selbst Beschuldigte sind, dürfen in gegen sie gerichteten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Beihilfe zum Dienstgeheimnisverrats Durchsuchungen sowie Beschlagnahmungen zwar zur Aufklärung der ihnen zur Last gelegten Straftat angeordnet werden, nicht aber zu dem Zweck, Verdachtsgründe insbesondere gegen den Informanten zu finden," heißt der Leitsatz des so genannten ‚Cicero-Urteils'.

Obgleich dieses Urteil in seiner Eindeutigkeit den zentralen Mitarbeitern deutscher Sicherheitsbehörden bekannt sein dürfte, kommen sie in der täglichen Praxis offenbar immer noch zu einer anderen Güterabwägung. Die Aushebelung des Informantenschutzes und die Identifikation von Hinweisgebern in den Behörden haben für viele Spitzenakteure in Fraktionen, Ministerien und Sicherheitsbehörden offenbar immer noch einen höheren Stellenwert als die Akzeptanz von Schutzrechten der Medien. Im Lichte zahlreicher weiterer Fälle, die unter anderem die Journalistengewerkschaften (vgl. www.djv.de) ausführlich dokumentiert haben, hat sich – trotz eindeutiger Urteile – an der Überprüfungs-Mentalität vieler Politiker nichts geändert.

Im Juni 2008 wurde bekannt, dass im Saarland sogar die Telefonanschlüsse von Oppositionspolitikern und Journalisten ausgespäht wurden. Die damalige Innenministerin wurde frühzeitig über diesen Vorgang informiert. (Der Spiegel 27/2008: 34 f.) Auch der BND zog offenbar weder aus dem BVG-Urteil vom Februar 2007 noch aus den Ergebnissen des ‚Schäfer-Berichts' ernsthafte Konsequenzen. Denn bereits kurz nach Vorlage dieser Expertise wurde der e-mail-Verkehr der Spiegel-Journalistin Susanne Ko-

elbl mit dem afghanischen Handelsminister Amin Farhang überwacht. Besonders pikant: Eine zentrale Konsequenz des Schäfer-Berichts war eine Weisung des Bundeskanzleramtes an den BND, Journalisten in Zukunft weder auszuspähen noch als Mitarbeiter anzuheuern. Offenbar ist der BND-Apparat nicht einmal für erfahrene und ambitionierte BND-Präsidenten wie Ernst Uhrlau kontrollierbar. Mitte Juni 2008 bekannte der höchste ‚Geheimdienstler der Republik' auf einer Journalistenkonferenz in Hamburg, dass auch er sich auf Grund solcher nicht genehmigter Aktionen ‚auf einem Schleudersitz', befinde.

Der Fall Koelbl legt die Interpretation nahe, dass Nachrichtendienste ein unkontrollierbares Eigenleben – jenseits der Hausleitung und jenseits der parlamentarischen Kontrolle – führen. Vor diesem Hintergrund gibt es begründete Zweifel an der BND-Theorie der vielen ‚Einzelfälle'. Die Fülle der Einzelbeispiele, die hier nur exemplarisch präsentiert werden kann, legt einen Schluss nahe: Sicherheitsbehörden agieren bei der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit oft im rechtsfreien Raum. Zum Teil agieren sie freihändig, zum Teil aber auch von jeweils verantwortlichen Politikern gestützt. Sie verfolgen mit ihren rechtswidrigen Aktionen zwei zentrale Ziele:

Erstens wollen Sie die Informanten und ihr Kommunikationsnetz identifizieren, um hier interne Sanktionen zu veranlassen und das Leck ‚dicht zu machen'. Zweitens wollen Sie durch zum Teil bewusst spektakuläre, öffentliche Aktionen – etwa im Fall des BND-Untersuchungsausschusses – potentielle Informanten in den Behörden abschrecken. Die Kombination der beiden strategischen Ziele soll helfen, staatliches Handeln vor allem in der Grauzone von Geheimdiensten, Polizei und privaten Dienstleistern des Sicherheitsgewerbes von öffentlicher Berichterstattung fernzuhalten. Angestrebt wird ein kontrollfreier Handlungskorridor des Sicherheitsapparates, der schon heute – im Fall der Geheimdienste – von einer parlamentarischen Kontrollkommission begleitet, aber nicht effizient kontrolliert wird.

Da dieser Befund von den wichtigsten Kontrolleuren von CDU und SPD selbst geteilt wird, erscheint eine freie Presse die letzte Instanz zu sein, die überhaupt ein Minimum an Transparenz auf dem Terrain der Sicherheitsbehörden garantieren könnte. Die Kritik- und Kontrollfunktion können die Medien jedoch nur einlösen, wenn sie sich auf ein fachlich fundiertes Informantennetz stützen können. Dies ist den Akteuren in den Diensten bekannt. Deshalb fokussieren sie ihre Aktivitäten auf die Abschreckung von Informanten und die Kriminalisierung von Journalisten.

1 Die privilegierte Sonderstellung von Informanten

Kein relevanter Skandal der Nachkriegsgeschichte, kein Korruptionsfall und kein nachgewiesener Untreuefall wäre ohne die Mitwirkung von Informanten ans Tageslicht gekommen. Oder umgekehrt: Die Medien können ihre rechtlich geregelte Sonderstellung als ‚Vierte Gewalt' beziehungsweise als wirksame Kontrollinstanz in der Öffentlichkeit nur wahrnehmen, wenn sie auf das Wissen und die Quellen von Informanten zurückgreifen können. Informanten sind das Herz-Kreislauf-System für guten Journalismus. Ohne Informanten mit relevanten Informationen, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, würde der Journalismus auf ein ‚Generalanzeiger-Niveau' zurückfallen und seine Aufgaben im demokratischen Gemeinwesen nicht mehr erfüllen können. Die Privilegien der Medien, vor allem das Zeugnisverweigerungsrecht, verlieren aber ihren Sinn, wenn der Schutz von Informanten im Kern von staatlichen Stellen nicht mehr akzeptiert wird.

Informanten verhalten sich wie ‚scheue Rehe'. Ihre Quellen versiegen, sobald sie nur die Spur einer Gefahr wittern oder das Vertrau-

en zu ihren Kooperationspartnern im Journalismus verlieren. Der skizzierte Maßnahmenkatalog – von der Vorratsdatenspeicherung über Razzien bis hin zu Abhöraktionen – kann als groß angelegte Treibjagd auf Informanten gewertet werden. Reflektierte Informanten mit substanziellen Informationen verstehen diese Signale und ziehen sich ins Unterholz der Bürokratie oder die Nischen ihrer Unternehmen zurück. In diesem Sinne müssen die permanenten Abschreckungsrituale von Politik und Verwaltung als effizient, aber auch als schädlich für eine funktionierende Demokratie eingeschätzt werden. Die damit verbundene schleichende Veränderung der politischen Kultur besorgt aber offenbar weder Journalisten, noch die Medienkommissionen der Parteien oder das aufgeklärte Bildungsbürgertum. Offenbar geht man davon aus, dass die Karlsruher Richter es schon richten werden.

Das Motivationsspektrum von Informanten ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Oft geht es um fachliche und moralische Motive. Viele Informanten sind getrieben von einem Gerechtigkeitsgefühl. Viele können es offenbar nur schwer ertragen, wenn Willkür, Korruption, oder Rechtsverstöße etc. ‚einfach so durchgehen'. Intern – in Behörden und Unternehmen – können sie Missstände aller Art kaum artikulieren, ohne Gefahr zu laufen, ihren Arbeitsplatz oder zumindest ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Zudem wissen Sie, dass interne Kritik den Akteuren oftmals Gelegenheit gibt, Spuren zu vertuschen, die Verantwortung zu diffundieren oder Missstände rasch (präventiv) zu regulieren. Medienresonanz – so das Gefühl zahlreicher seriöser Informanten – ist die einzige Ressource, die überhaupt noch etwas bewegt. Da formal zuständige Kontrollgremien – von Datenschützern bis zu Personalräten und vielen mehr – ihre Aufsichts- und Überwachungsfunktion oft nur auf dem Papier, aber selten wirksam durchführen, ist das Vertrauen in diese Institutionen nur begrenzt.

Sicher gibt es für Informanten auch andere Motive. Rache-Bedürfnisse auf Grund von (ungerechtfertigten) Sanktionen, Karriere-Blockaden oder gar Mobbing-Aktionen können Triebfedern sein. Sicher spielt gelegentlich auch Rivalität eine Rolle; mitunter mögen auch wirtschaftliche Interessen im Spiel sein. (Verkauf von Daten wie im Fall Liechtenstein). Einzelne PR-Agenturen haben sich zudem darauf spezialisiert, relevante Medien mit negativen Informationen im Sinne ihrer Auftraggeber zu füttern. Marktvorteile erreicht man heute zum Teil auch durch die Verbreitung von ‚heiklen' Informationen über die entsprechenden Akteure. In der Politik steht das Wachstums-Modell ‚negative campaigning', inszeniert von PR-Agenturen oder professionellen ‚Gegner-Beobachtern', vor einem Konjunktur-Hoch. Bereits im jüngsten Bundestagswahlkampf wurden wichtige ‚Kampagnen-Themen' von den Parteien über ausgewählte Journalisten erfolgreich in die Medien geschleust. Diese Aktionen werden mit Hilfe von ‚Informanten' gesteuert.

Was später als ‚Recherche' der Medien präsentiert wird, ist heute oft professionell gesteuerte Kommunikation.

Der Umgang, die Kontrolle, Pflege und der Schutz von Informanten gehören also – im Spiegel dieser Entwicklungen – zu den Kernaufgaben professioneller Journalisten. Sie müssen vor allem die Motivlage der Informanten sauber sezieren, Daten und Fakten intensiv prüfen und vor allem in jedem Fall einem aufwändigen Gegencheck unterziehen. Dies gilt ganz besonders für die vorsätzlich selektive Informantenarbeit von Fraktionsmitarbeitern in den Untersuchungs-Ausschüssen. Diese Informanten wissen mittlerweile, wie man ‚investigativen Journalismus' inszenieren kann, welche Medien und Autoren die Funktion von Leitmedien wahrnehmen und wie die Verwertungsketten von Informationen über Agenturen etc. tatsächlich laufen. Zunehmend werden Autoren von ihren Vorgesetzten ‚angehalten', ihre Informanten zu

nennen, sozusagen als Qualitätsnachweis ihrer Recherchen. Allen Journalisten müsste bewusst sein, dass diese Methode der Anfang vom Ende eines Vertrauensverhältnisses mit Informanten wäre.

Im Umkehrschluss suchen sich professionelle Informanten auch ‚ihre Journalisten' und ‚ihr Medium'. Der potentielle Wirkungshorizont einer ‚Geschichte', die Mechanik ihrer Verwertung, die Garantie der Anonymität, langjähriges Vertrauen sind nur einige Kriterien, die die Zusammenarbeit prägen oder ausschließen. Die Faustregel lautet: Je relevanter das Informanten-Material, umso vorsichtiger der Informant. Mit Blick auf die eingangs geschilderten staatlichen Maßnahmen heißt dies: Die gängige Kommunikation über Telefon und Internet ist nicht mehr sicher, sie gefährdet den einst geschützten Kommunikationsraum zwischen Journalisten und Informanten. Wahrscheinlich werden künftig persönliche Treffen mit wichtigen Informanten wieder wichtiger.

2 Eine Antwort auf die Abschreckung von Informanten: Besseres Quellenmanagement und intensivere Recherche

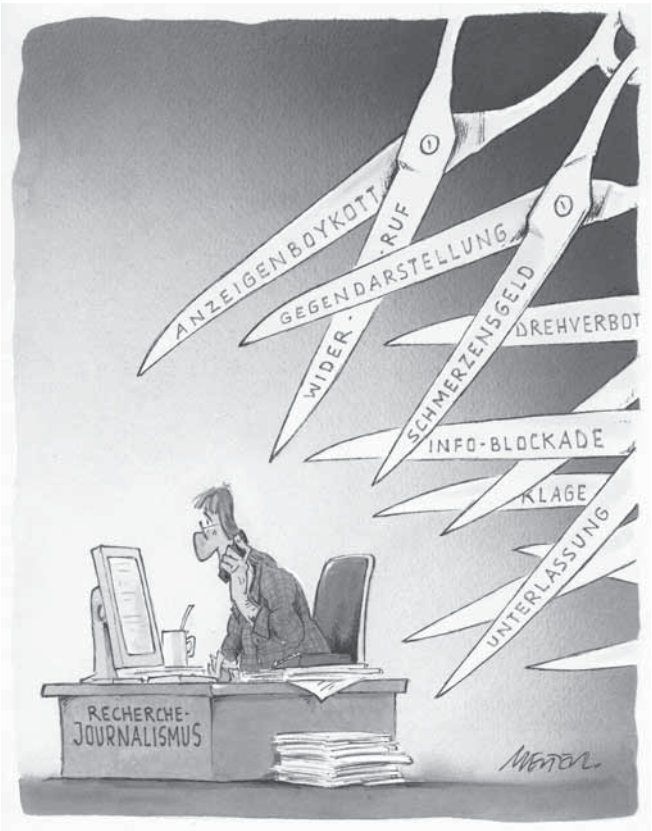
Man kann die skizzierten Eingriffe beklagen, man kann – wie Der Spiegel im Fall Koelbl – rechtlich gegen Überwachungsmaßnahmen vorgehen. Den Rückzug von Informanten muss man wohl nüchtern registrieren. Dies beeinträchtigt die Recherche-Möglichkeiten, sollte aber gleichzeitig Ansporn sein, alle Anstrengungen bei der Informationsbeschaffung zu verstärken. Denn viele Journalisten kommen offenbar auch ohne Informanten aus. „80 Prozent der Journalisten haben gar keinen echten Informanten – sie glauben, der Pressesprecher sei ein Informant." Diese nüchterne Lageeinschätzung von Kuno Haberbusch (NDR) in der Welt am Sonntag (11.6.2008), mit der Textzeile „Redaktionsleiter von Zapp kritisiert die Faulheit deutscher Journalisten" zugespitzt, rührte eigentlich an einem Tabu. Aber die pointierte These provozierte keine Gegenreaktionen, sondern wurde als Schlüsselzitat immer wieder kommentarlos nachgedruckt.

Haberbusch weist auf Missstände im Journalismus hin, die auch der Medienforscher Lutz Hachmeister bei der Wächterpreis-Verleihung der ‚Stiftung Freiheit der Presse' Anfang Mai 2008 in Frankfurt in einer bemerkenswerten Rede analysiert hat. Qualitäts-Journalismus müsse unabhängig von Ökonomie sein, unabhängig von Public Relations und den Standpunkten der eigenen Medienunternehmen. Guter Journalismus für alle Medien beruhe auf den „vier Faktoren Zeit, Geld, Recherche und Stil." (dpa, 7.5.08) Weiter führte Hachmeister aus: Die „ungesunden Beschleunigungstendenzen im Online-Journalismus" seien fühlbar, „auch die verschärfte Konkurrenz um Pseudo-Nachrichten in der Hauptstadt, wo die wirklich entscheidenden politischen und legislativen Prozesse, die sich auf der Ebene von Ministerialbeamten und Lobbyisten abspielen, zu selten reportiert werden".

Zu den Säulen ‚Zeit, Geld, Recherche, Stil', die in der Frankfurter Rede akzentuiert wurden, könnte noch eine fünfte Säule ergänzt werden. Von großer Bedeutung sind natürlich die Quellen von Journalisten, ohne die wahrscheinlich kein einziger Skandal von Relevanz in der Nachkriegsgeschichte die Öffentlichkeit erreicht hätte. „Quellen hat man, aber über Quellen redet man nicht." Diese Journalisten-Weisheit hat leider auch ihre Gültigkeit, wenn die Informanten möglicherweise mit zweifelhaftem Material hantieren. Darüber schreibt etwa Bernhard Honnigfort in seinem bitteren Text „Kein Sumpf, nirgends. Die ‚sizilianischen Verhältnisse' in Sachsen gab es nicht. Staatsanwälte stellen Ermittlungen ein." (FR 30.4.2008) Wir erinnern uns: Vor etwa einem Jahr berichtete nicht nur der Spiegel vom ‚Sächsischen Sumpf'; die Leipziger Volkszeitung war von „Kriminellen Ver-

strickungen bis in höchste Kreise“ alarmiert; und sogar renommierte Medien- und Politikmagazine ließen den ‚mafiösen Sumpf’ von einem ‚Top-Experten‘ ausführlich vermessen. Nur: Der angebliche Sumpf war eine Erfindung von wenigen Verfassungsschutz-Mitarbeitern. Teile eines 10 000 Seiten Konvoluts, das zwischen 2003 und 2006 zusammengetragen wurde, dienten den ‚Experten‘ als Vorlage für „Hysterie und Leichtfertigkeit.“ Der FR-Korrespondent schreibt: „Roth (Anm.: einer der Autoren zum mafiösen Sumpf) und weitere Journalisten haben zwischenzeitlich strafbewehrte Unterlassungserklärungen bzw. eine entsprechende Presseerklärung abgegeben oder sich telefonisch bei dem betroffenen früheren Staatsanwalt entschuldigt.“ Der ausführliche Bericht unabhängiger Experten zum ‚Sachsen Sumpf‘ u.a. auch in der Süddeutschen Zeitung und der FAZ‘, aber auch der so genannte ‚Schäfer-Bericht‘ zur Bespitzelung und Kooperation von Journalisten mit dem BND sind wertvolle Dokumente für alle Journalisten, die sich mit dem Dunst der Dienste umgeben. Desinformation gehört in diesem Milieu offenbar zur Innenausstattung einer Profession. Rund um die Geheimdienste wird viel fragwürdiges Material verbreitet, ohne Quellencheck, ohne Zweifel und ohne kritische Gegenposition.

Die Problematik von (vermeintlichen) Experten als Quellen wird unter Journalisten oder auf Medienfachtagungen selten reflektiert. Zu diesem auch von der Medienkritik ignorierten journalistischen Tabu-Thema gibt es eine hoch interessante interne Anleitung der Nachrichtenagentur AP zum „Umgang mit Quellen“ (FH/Letzte Aktualisierung 02.10.2006). Hier werden alle Mitarbeiter auf die Regeln bei der Quellenprüfung, auf die Problematik von Blogs und Quellen im www, auf die Quellenaufbewahrung und Quellenhinweise aufmerksam gemacht. Besonders aufschlussreich ist das Kapitel ‚Experten/Schwarze Liste‘. Hier heißt es: „In dieser – bislang noch sehr unvollständigen – Liste aufgeführte Experten oder Institutionen haben uns aus unterschiedlichen Gründen schon Probleme bereitet und werden daher in



der AP-Berichterstattung nicht berücksichtigt. Alle AP-Mitarbeiter, die schlechte Erfahrungen mit Experten/Institutionen gemacht haben, mögen diese bitte per Mail an (...) mailen, damit wir sie ggf. in diese Liste aufnehmen können." Nur zwei Fallbeispiele: „Geheimdienste: Udo Ulfkotte (nicht umstrittener Geheimdienstexperte, der inzwischen auch als ddp-Mitarbeiter firmiert und damit für uns endgültig nicht mehr in Frage kommt). Gesundheit: Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin und Diätetik (DIET) (betreibt sehr geschickt verdeckte Produkt-PR; wurde vor zwei Jahren von der ‚SZ' als unseriös enttarnt)." Die interne Liste der Nachrichtenagentur AP ist eine sehr wertvolle Quelle. Gleichwohl müssten nicht nur die großen Nachrichtenredaktionen diese Sensibilität pflegen, wenn interessengebundene ‚Rentenexperten' oder ‚Automobilexperten' die jeweilige Marktlage aus ihrer PR-Perspektive erklären.

3 Informanten und Skandale

Skandale beschäftigen die Medien oft monatelang, die Geschichten im Umfeld von Amtsmissbrauch und Korruption werden selten von Journalisten ‚ausgegraben', sondern oft von gut präparierten Informanten ‚gesetzt'. Rudolf Scharpings verhängnisvolle Verbindung mit dem Waffen-Lobbyisten und PR-Mann Moritz Hunzinger wurde zunächst dem Spiegel offeriert; erst danach dem Stern, für den sich der Deal schließlich auszahlte. Ernst Weltekes Adlon-Ausflug zur Euro-Taufe mit familiärer Entourage wurde von seinen Konkurrenten und einstigen Weggefährten im Finanzministerium mit Hilfe von Rechnungsbelegen skandalisiert. Wie im Fall der RWE-Lobbyisten Laurenz Meyer und Hermann-Josef Arentz kannten die professionellen Informanten die Medien-Dynamik und bauten auf geschicktes Timing, kalkuliertes Dementi, dosierte Materialergänzung – und schließlich den öffentlichen Abgang.

Oft wird in solchen Fällen mit großem Aufwand versucht, die ‚Nestbeschmutzer' (Informanten) zu finden, um die undichten Löcher zu schließen. Im Fall Florian Gerster, einst Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), lancierten interessierte Referenten sogar einen FAZ-Artikel. Ganz unverhohlen wurde die frühere stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer an den Informanten-Pranger gestellt: „Die Hauptverdächtige Engelen-Kefer ist unterdessen auf Tauchstation ..." hieß es lakonisch (FAZ 29.11.2003). Der ‚Feldherr' wollte damit nicht nur die ‚Teflon-Frau' treffen, sondern alle potenziellen Informanten in der Bundesagentur für Arbeit. Die Medien veröffentlichten in diesem Fall zwar das Material von Gersters Konkurrenten – und Nachfolger –, aber sie bohrten nicht nach: Die wirklichen Skandale um die freihändige Vergabe und mangelhafte Durchführung von millionenschweren Beratungs-Projekten der BA im IT-Bereich sind bis heute nicht aufgedeckt.

Das gleiche Prinzip ist im Fall der RWE-Konzernkommunikation zu besichtigen. Zwar gibt es interne Ermittlungen nach den undichten Stellen im Controlling. Aber RWE als Finanzier von Politikern auf Bundes-, Landes- und auf Kommunalebene blieb bis heute weitgehend ungeschoren. Noch bis in den frühen Januar meldeten selbst seriöse Nachrichtensendungen: „Meyer und Arentz hätten ihre Zahlungen *ohne* Gegenleistung bekommen. Bis heute hat sich kaum jemand dafür interessiert, *welche* Dienste die Geldempfänger für ihre Tätigkeit geleistet haben. Den Medien reichen offenbar spektakuläre Rücktritte, die Strukturen und die wahren Motive für die Rücktritte bleiben meist im Dunkeln. Es reicht, wenn die vorliegenden Informationen plausibel erscheinen.

In Fall RWE ist den Kommunikations-Experten ein genialer Coup gelungen. Politiker haben im grellen Scheinwerferlicht die politische Bühne verlassen. Die Rolle des RWE-Managements wurde bis heute nicht hinterfragt.

Dies liegt auch daran, dass die Pressestelle Medienanfragen konsequent unbeantwortet ließ. Einen Informations-Anspruch gegenüber Unternehmen gibt es für Journalisten nicht. Eigentlich ein Thema für die zahlreichen Berufsverbände der PR-Industrie, den Bundesverband der Pressesprecher oder den Deutschen Presserat.

Aber auch Chefredakteure könnten sich gegen die als naturgegeben wahrgenommene Informationssperre wehren. Ähnlich wie bei der Kampagne zur ‚Autorisierungs-Zensur von Politiker-Interviews' oder der Beschränkung von Prominenten-Fotografen (‚Fall Caroline') könnte man die ‚Schweige-Zensur' von betroffenen Unternehmen vehement thematisieren.

4 Wer schweigt, der bleibt – Informationsblockaden staatlicher Stellen

Formal sieht die Lage gegenüber Behörden und staatlichen Stellen zwar besser aus. Der überall gültige Informations-Ermittlungsanspruch leitet sich aus der Presse- und Rundfunkfreiheit ab. Der Grundkonsens: „Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe. Insbesondere dadurch, dass sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt und auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt." In fast allen Landespressegesetzen gibt es dementsprechend eine ausdrückliche Normierung: „Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dienenden Auskünfte zu erteilen", heißt es etwa im § 4 Landespressegesetz NRW.

Doch diese Auskunftspflicht der Behörden entwickelt sich in der Praxis immer mehr zu einer Farce. Ministerien und Behörden mauern immer dann, wenn es heikel wird. Die Ausnahmeregeln kennen die Pressesprecher auswendig. Schwebendes Verfahren, Vorschriften über die Geheimhaltung, Datenschutz oder schutzwürdige Interessen. Die Abschottung und die von manchen Ministerien – wie dem Gesundheitsministerium – sogar öffentlich eingeräumte ‚Auswahl' von Informationen amputiert gezielt die Pressefreiheit und züchtet einen ‚Generalanzeiger-Journalismus'. Ein Beispiel: Immer wieder wurde die Öffentlichkeit zum Thema ‚NPD-Verbot' gezielt desinformiert. Führende Politiker versuchen den Konflikt mit dem Bundesverfassungsgericht allein auf die Rolle der zahlreichen NPD-V-Leute zu reduzieren. Tatsächlich haben aber die beiden von den Innenministerien eingesetzten Arbeitsgruppen von Verfassungsschützern und Staatsrechts-Experten gewichtige andere Gründe gegen ein NPD-Verbot aufgelistet. Sie haben die jahrelang abwartende, beobachtende Rolle der Politik kritisiert, die militante Gewaltbereitschaft der NPD in Frage gestellt und die hohen Hürden des Parteienverbots begründet. All diese Argumente wurden aus dem öffentlichen Diskurs ausgeblendet, auch weil die Behörden die fundierten, aber unbequemen Berichte der beiden Beratungs-Gremien nicht herausgeben.

Desinformation durch Informationsverweigerung und gezielte Auslassung. Diese Technik funktioniert auch, weil zu viele Journalisten sich zu schnell von den Behörden abweisen lassen. Oft hilft in Konfliktfällen schon die Forderung einer schriftlichen Begründung für die Informations-Blockade. Solche Ablehnungen – die meist verweigert werden – könnten Journalisten sammeln und öffentlich machen. Dies wäre der wirksame Protest gegen die Informationsverhinderung von Pressesprechern.

Denn ihr Bild von einer funktionierenden Presse ist ganz einfach. Die Medien sollen das veröffentlichen, was die Pressestellen ihnen mitteilen. Rückfragen überflüssig, Nachfragen unnötig. Das rheinland-pfälzische Innenministerium sieht Medien sogar in der Rolle eines ausführenden Organs, wie ein entsprechendes Dokument zum Umgang der Polizei mit den Medien belegt. Wenn diese Praxis aber weiter klaglos hingenommen wird, verkümmert die Auskunftspflicht der Behörden bald und wird

so praktiziert wie die rigide Informationspolitik der Unternehmen. Offenbar verfahren auch Medienvertreter hier nach dem Motto des Broadway-Kolumnisten Walter Winchell, der den PR-Leuten aus dem Herzen sprach: „Zu viel Recherche macht die schönste Geschichte kaputt."

Der restriktive Umgang mit dem Informationsfreiheitsgesetz auf Bundes- und Landesebene illustriert zudem – bezogen auf das Informationsverhalten – das Klima des überholten Obrigkeitsstaates. Veröffentlicht wird nur das, was mit Hilfe der Ausnahmeregelungen nicht verhindert werden kann. Aber auch hier muss eingeräumt werden, dass nur wenige Journalisten an diesem Instrument der Informationsbeschaffung interessiert sind.

5 Das süße Gift der PR – Die Technik der gekauften Kommunikation

Nick Davies, erfahrener Sonderkorrespondent der britischen Tageszeitung ‚The Guardian', hat die britische Qualitätspresse einem aufwändigen Test unterzogen. Seine Ergebnisse sind niederschmetternd und vielleicht eine Folie für deutsche Kommunikationswissenschaftler, die ähnliche Tendenzen in der deutschen Medienlandschaft bislang nicht erkannt haben. „Ich war gezwungen mir einzugestehen, dass ich in einer korrumpierten Profession arbeite", so das Fazit des 400-seitigen Werks mit dem Titel ‚Flat Earth News'. „Die Journalisten seien im ‚professionellen Käfig' ihrer ‚Nachrichtenfabriken' gefangen und zu ‚Churnalisten' verkommen. (nach ‚to churn out': auswerfen). Sie schrieben Pressemitteilungen oder Agenturmeldungen nur noch schnell um, ohne selbst nachzuforschen. Dieser Zustand mache die Massenmedien äußerst anfällig für die Verbreitung von Falschmeldungen, irreführenden Legenden und Propaganda."

In seiner Buch-Rezension zitiert Henning Hoff in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (www.faz.net) schockierende Zahlen einer empirischen Untersuchung von 2000 Berichten (im Frühjahr 2006) der britischen Qualitätspresse. „Sechzig Prozent bestanden ausschließlich oder hauptsächlich aus PR-Material oder Berichten von Nachrichtenagenturen, die aber auch nur bei zwei Prozent als Quelle angegeben worden waren. (...) Nur zwölf Prozent der Texte ließen auf eigene Recherchen schließen." Die Ursache für diese Entwicklung – die wohl keine britische Spezialität ist – sieht Davis so: „Das Grundproblem ist, dass eine kommerzielle Logik die journalistische abgelöst hat." Nicht nur im Online-Markt wird heute nicht mehr von Journalismus, sondern von ‚Geschäftsmodellen' gesprochen. Journalismus als Ware, die mit möglichst geringem (personellem) Aufwand hergestellt werden soll? Nick Davies erschütternde Analyse endet mit einer erschütternden Botschaft: „Ich fürchte, ich beschreibe nur den Tumor, der uns umbringt, ohne eine Therapie anbieten zu können."

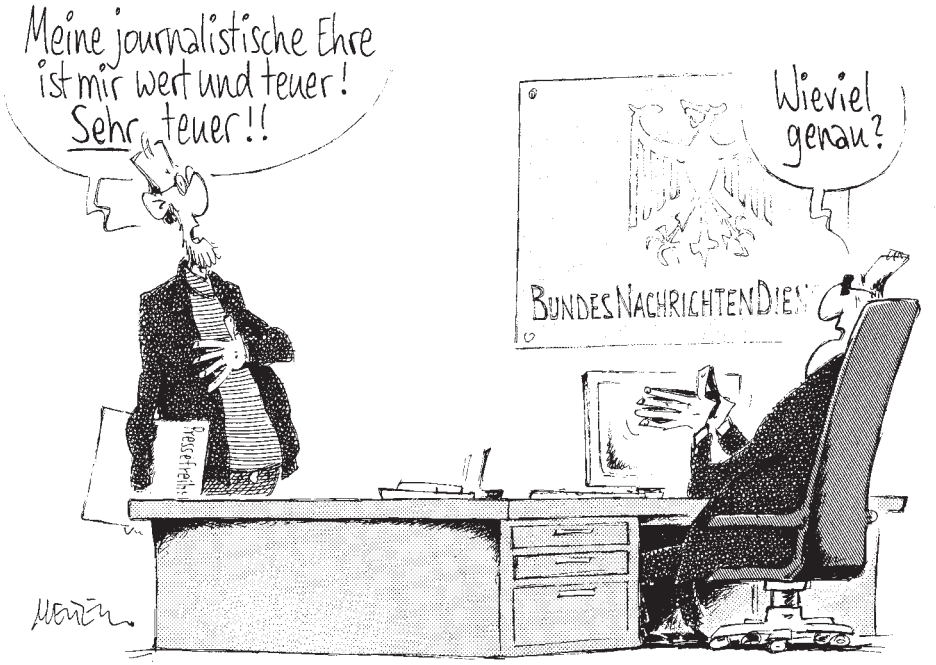
6 Auswege: Recherche-Journalismus als Qualitäts-Katalysator

Al Gore – der bekannteste Weltklima-Kämpfer – hat vor kurzem „Belanglosigkeiten und Unsinn" in den Medien kritisiert. „Die Grenze zwischen Nachrichten und Unterhaltung" werde zerstört. Die Vereinigten Staaten seien „anfällig für massenhafte und dauerhafte Zerstreuung". Nicht nur beim Klimawandel würden die Tatsachen genauso „beiseite gewischt und missachtet", weil sie unbequem seien, wie es bei den Tatsachen zum Irak-Krieg geschehen sei. Al Gore sieht in dieser Entwicklung einen „Angriff auf die Vernunft." Aber der Friedensnobelpreisträger geht einen Schritt weiter und appelliert an die konsumfreudigen Bürger. Sie sollten sich weniger mit Klatsch und Tratsch beschäftigen, sondern mit wichtigeren Themen. Wie könne es sein – so seine Frage – „dass wir viel mehr Zeit damit zubringen, über Britney Spears' Glatze und Paris Hiltons Gefängnis-

aufenthalt zu reden?“ Diese unbequeme Frage nach den Konsumgewohnheiten der Mediennutzer gilt nicht nur für die USA, sie wird auch in Deutschland noch tabuisiert. Die Kritik wirft die Frage nach dem Stellenwert des Qualitätsjournalismus und den Chancen der Recherche auf.

Die prominent präsentierte Kritik aus der jüngsten Zeit ist im Prinzip nicht neu: Das Spannungsverhältnis zwischen vernachlässigten *ernsthaften* Themen und *belangloser* Berichterstattung wurde schon vor einem Jahrzehnt in vielen Facetten analysiert. Neil Postmans Kritik unter dem Titel „Wir amüsieren uns zu Tode“ (1985) hat zum Teil den engen Kreis der professionell mit Medienfragen beschäftigten Akteure überschreiten können. Aber man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass die Kluft zwischen dem Einfluss der Medien in der Demokratie einerseits, der Analyse ihrer Arbeitsweise, Wirkungsmechanismen und Defizite andererseits, größer geworden ist. Die Wirkungen der Medien auf Wirtschaft und Gesellschaft wachsen, die Medienkritik und Medienanalyse bleiben aber eine Orchideen-Disziplin, oft eingehegt im Interessengeflecht von Verlegern.

Aber was ist Qualität im Journalismus? „Qualität ist für uns Quote. Wenn Qualität keine Quote bringt, ist für uns das Spiel vorbei.“ Dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der ProSiebenSat.1 Media AG, Guillaume de Posch, ist für diese Definition seiner Programmausrichtung zu danken, die er in Hamburg Mitte Oktober 2007 vor dem Club Hamburger Wirtschaftsjournalisten vorgetragen hat. (dpa, 16.10.07) Diese ehrliche Maxime gilt, ganz gleich, wer de Posch noch folgen wird. Der Medienmanager spricht aus, was die meisten seiner Kollegen im Kreis der ‚Medien-Manager‘ über ‚Qualität‘ wirklich denken, aber so nicht aussprechen würden.



Bei der Definition kommt es darauf an, *wer* sich *wie* zu diesem Thema äußert: Folgende Definitionsansätze illustrieren das weite Spektrum der Sichtweisen:

- Eine Führungskraft in der Weiterbildung der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz analysierte treffend den mainstream der Programmverantwortlichen in seiner Welt: „Qualität gibt es auf jedem Niveau." Er ließ keinen Zweifel daran, dass die beliebige Bandbreite seiner Qualitäts-Definition jeden Tag in den Programmen neu ausbalanciert wird. Quotenverlauf, Konkurrenz-Vergleich, Umschaltzeiten, Altersdurchschnitt: Das sind die ‚harten Daten', die das innere Geländer der Programm-Macher stützen. Der Rest ist Geschmackssache.
- Frank Schirrmacher – Exponent des Print-Journalismus und einer der FAZ-Herausgeber – nutzte Ende Oktober (SZ, 29.10.07) eine Dankesrede zum Jacob Grimm Preis Deutsche Sprache 2007 für eine ungewöhnliche Prognose: „Jeder, der Augen hat zu sehen, wird erkennen, dass das nächste Jahrzehnt das Jahrzehnt des Qualitätsjournalismus sein wird; er schafft die Bindekräfte einer medial disparaten Gesellschaft. (...) Die, die sich nicht anstecken lassen, die ihre Qualität, also ihre Inhalte, unverändert lassen, werden sein, was diese Gesellschaft dringender benötigt denn je: der geometrische Ort, an dem die Summe des Tages und der Zeit gezogen wird." Der Blick in die Zukunft vermeidet die Sicht auf die Gegenwart. Auch diese optimistische Unschärfe belegt, dass der Qualitäts-Diskurs offenbar auf analytisch unbefestigtem Gelände stattfindet.
- Relevante Inhalte, überprüfte Informationen, Quellenvielfalt, das Interesse an Aufklärung, eine reflektierte Haltung zum Beruf sind Klammern für einen Qualitätsjournalismus, der demokratische Teilhabe ermöglichen und gesellschaftliche Integration fördern kann. Qualitätsjournalismus in diesem Sinne ist der Kitt, der eine demokratische Gesellschaft zusammenhält und einen Diskurs über wichtige Entscheidungen für das Zusammenleben der Menschen in Rede und Gegenrede vorantreibt. Aus dieser ‚Relevanz' leiten sich übrigens die rechtlichen Privilegien – auch bezogen auf den Informantenschutz – ab.

Dieser Qualitätsjournalismus wird in Deutschland in vielen Medien täglich – auch in Nischen-Programmen und -Publikationen – praktiziert, aber unzureichend genutzt. Dieser Qualitätsjournalismus wird gleichzeitig massiv bedroht: durch Sparzwang, um übertriebene Renditeerwartungen von Verlegern und Aktionären zu erfüllen, von quoten-getriebenen und boulevardsüchtigen Medienmachern, die den inneren Kompass ihres beruflichen Auftrags verloren haben, und von einem Publikum getrieben, das Zerstreuung, Nutzwert und Nervenkitzel sucht.

Was aber kann eine intensive Vermittlung, Förderung und Pflege von Recherche in den Redaktionen zur Entfaltung eines Qualitätsjournalismus beitragen?

Erstens: Recherche muss von der Ausnahme zum Normalzustand in den Redaktionen werden. Recherche ist das Rückgrat für guten Journalismus. Sie kostet Zeit und Geld und verlangt von den Journalisten besonderes Engagement. Jedenfalls müssen sie mehr tun, als unbedingt von ihnen erwartet wird. Um die Normalität zu ermöglichen, sollte man Abschied von unproduktiven Mythen nehmen. Abschied vom Mythos des investigativen Journalismus. Denn den gibt es nur in seltenen Ausnahmefällen. Stattdessen sollte man sich hinwenden zu einem klassischen Recherche-Journalismus, der die wesentlichen Recherche-Qualifikationen ausbildet, pflegt und profiliert. Dieser Schritt zu mehr Bescheidenheit würde alle dementieren, die die (investigative) Recherche als unerreichbar, unbezahlbar – und deshalb nicht praktizierbar – klassifizieren. Gleichzeitig würden mit der Verankerung der Recherche in der All-

tagspraxis breite Lernfelder für viele Medienmacher eröffnet, die heute meist brach liegen. Redaktionen, die sich konzentriert der Recherche widmen (im NDR-inforadio oder der SWR-Hörfunk-Redaktion ‚Recherche und Reportage', Sonder-Rechercheuren selbst in Lokalzeitungen o.a.), greifen diesen Grundgedanken erfolgreich auf und stützen die für die Entwicklung eines Qualitäts-Journalismus notwendige Recherchekultur. Auch die Leser goutieren offenbar – so mehrere Umfragen – hintergründigen Journalismus.

Zweitens: Recherche darf nicht nur als Marketinginstrument und für das Branding von Magazinen missbraucht werden. Eine Umfrage unter Chefredakteuren des g+j Verlages hat vor Jahren ergeben, dass sie die Recherche für das wichtigste Instrument zur Etablierung eines erfolgreichen Journalismus halten. Welche Konsequenzen diese Einschätzung nach sich ziehen müsste, blieb unbeantwortet. Investitionen in Recherche? Oft bleibt es bei folgenlosen Ankündigungen. Fast alle Magazine in öffentlich-rechtlichen und privaten Medien schmücken sich bei ihren Auftritten mit Superlativen zur Recherche, auch wenn sie wissen, dass sie die selbst formulierten Ansprüche nur selten einlösen. Ziel sollte es sein, nicht nur von Recherche zu reden, sondern Recherche zu ermöglichen, zu fördern und finanziell abzusichern.

Drittens: Recherche müsste eigentlich auf der Liste der aussterbenden Arten platziert werden. Der mögliche Nutzen der Recherche steht in einem ungünstigen Verhältnis zur Intensität der Weiterbildungsangebote. Im aktuellen Programm etwa der Akademie für Publizistik (Hamburg) gibt es einen Kurs mit dem Titel ‚Sauberes Handwerk – Recherche-Strategien' (der 2x angeboten wird). Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit und PR wird dagegen allein mit acht eigenständigen Seminar-Modulen bedient. Dies ist nur ein Fallbeispiel, das stellvertretend für die gesamte (Weiter)-Bildungslandschaft steht. Diese Diskrepanz zwischen Notwendigem und Überflüssigem in der Journalistenausbildung von Gelsenkirchen bis Hannover ist durchaus ein Spiegel des krisenhaften Zustands einer bedrohten Disziplin. Aber jede Krise birgt auch Chancen. Die in Deutschland vernachlässigte Recherche-Ausbildung hinterlässt ein riesiges, unausgeschöpftes Potential.

Viertens: Dieses Potential müsste durchgehend in der Journalistenaus- und -weiterbildung vorangetrieben werden. Praxis darf nicht nur simuliert werden, echte Praxis mit realistischen Aufgaben und konkreten, veröffentlichungsfähigen Geschichten muss der Werttreiber und Motor der Ausbildung sein. Recherche braucht Leidenschaft, Interesse, Antrieb und professionelle Begleitung. „Nichts ist erregender als Erfolge ..." Diese leicht abgewandelte Formel eines berühmten Journalisten sollte das Leitmotiv für eine effiziente Recherche-Ausbildung sein. Elektrisieren, unterstützen, Grenzen zu überschreiten, der Abschied von der passiven Ergänzungsrecherche hin zu einer eigenständigen Rechercheleistung können viel bewirken und Motivation für Recherchejournalismus auslösen. In diesem Sinne kann eine solide, stimmig aufgebaute, theoretisch fundierte und praktisch inspirierte Recherche-Ausbildung Nutzwert-Journalismus im besten Sinne sein, Nutzwert-Journalismus für eine demokratische Öffentlichkeit.

Fünftens: Folgt man den einschlägigen journalistischen Lehrbüchern, steht die Recherche am Anfang jeder journalistischen Produktion. Dass dieser Grundsatz längst aus der Praxis ausgewandert ist, wurde skizziert. Auffallend ist die zunehmende Trennung von zwei Produktionsstufen, vor allem in TV-Redaktionen. Die redaktionelle Vorbereitung (Konflikt-Szenario, Location, Protagonisten, Casting etc.) wird von einem Mitarbeiter übernommen. Diese Vor-Recherchen werden dann an den Produzenten übergeben, der das vorgegebene Thema nach Vorgabe umsetzt. Mit dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die Recherche-Tiefe

oft auf dem Niveau eines Anzeigenblattes stagniert. Das Wichtigste im Journalismus sollte also wieder wichtig werden. Deshalb lohnt es sich, den bedrohten Qualitätsjournalismus mit dem Sauerstoff Recherche zu beleben.

Eine intensive Recherche-Ausbildung birgt keine Risiken, hat aber viele nützliche (Neben)-Wirkungen zur Steigerung der Medien-Qualität:

- Mehr Recherche schärft das Auswahl-Sensorium für Wichtiges und Unwichtiges. Relevantes wird wieder relevant (Inhalt).
- Mehr Recherche sensibilisiert für die sozialkommunikative Rolle im Verhältnis zu Informanten, Zeugen und Quellen (Vertraulichkeit).
- Mehr Recherche belebt die verschüttete Verifikations- und Falsifikationskultur (Aufgabe der Überprüfung von Fakten und Vorgängen).
- Mehr Recherche reduziert die Fehleranfälligkeit und erhöht so die Glaubwürdigkeit.
- Mehr Recherche bildet die Grundlage für bessere Interviews und die Erzählung der Geschichten. (Handwerk) In den erstklassigen Ausbildungsstätten in den USA heißt es bei erkannten Mängeln: „you didn't do enough research."
- Mehr Recherche ist ein Bypass für mehr journalistisches Selbstbewusstsein und damit der notwendigen Stärkung einer bedrohten journalistischen Berufsidentität (Ethik/Haltung).
- Mehr Recherche bringt für die Medien Marktvorteile durch die Präsentation von echter Exklusivität und damit verbundener Aufmerksamkeit für qualitätsvollen Journalismus. Recherche könnte Markenkern und Abgrenzungsmerkmal zur Konkurrenz sein.
- Mehr Recherche fördert – schließlich – die oft verwaiste Fachkompetenz in den Redaktionen und bringt Folgegeschichten, weil das Vertrauen von Informanten oft auch an das erkennbare Qualitätsniveau der Medien gekoppelt ist. Der Kreis schließt sich; vereinfacht könnte man sagen: Die Investitionen in Recherche-Kompetenz zahlen sich aus.
- Mehr Recherche sensibilisiert für den professionellen Umgang mit schwierigen Informanten und komplizierten Quellen.

Selbstverständlich müssten die vorgeschlagenen Instrumente und Maßnahmen für die Medienpraxis genau definiert, begründet und dann auch überprüft werden. Jedes Haushaltsgerät in Deutschland wird besser überprüft als die Ausbildung einflussreicher Verlage. Im Zuge der Zertifizierungs- und ‚benchmark'-Kultur könnten auch Aspekte der Recherche-Qualität von erfahrenen Medienmachern und Kommunikationswissenschaftlern überprüft werden. Ergebnisse, Missstände und Leuchttürme könnten jedes Jahr in einem ‚Weißbuch Medienqualität' dokumentiert werden. Die grassierende Enttäuschung – vieler Bürger über die Medien, aber auch das wachsende Interesse an Medienfragen – fände hier ein wirksames Forum.

Zusammengefasst: Recherche kann den gewünschten und geforderten Qualitätsjournalismus beatmen, im Sinne der Mediennutzer und einer aufgeklärten Öffentlichkeit einen besseren Journalismus ermöglichen. Guter Recherche-Journalismus macht unabhängig(er) von Quellen, die eine gesteuerte Kommunikation anstreben. Das wäre dann eine erste Antwort auf den „Angriff auf die Vernunft.", der offenbar nicht nur Al Gore umtreibt und den Angriff staatlicher Stellen, für die Pressefreiheit offenbar nur noch eine leere Formel ist.

Dr. Thomas Leif, Chefreporter Fernsehen SWR Landessender Mainz; Vorsitzender von netzwerk recherche (nr) und Herausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen. Jüngste Veröffentlichung: Beraten und Verkauft, McKinsey und Co., Der große Bluff der Unternehmensberater, München 2008 (akt. Neuauflage).

Tugenden und Techniken für die Recherche –
Mit Tatendrang und Temperament zu besseren Ergebnissen.

1. Für alle Recherchen gilt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Interesse, Arbeitsfreude und Engagement führen immer zum Erfolg.
2. Gute Recherche lebt davon, Informationen und Wissen zu sammeln u n d zu systematisieren. Umfangreiches Informationsmaterial muss ausgewählt, verdichtet, erweitert und zugespitzt werden.
3. Die Kunst besteht darin, den Rohstoff Information aus Archiven, von Informanten, Experten, dem web etc. kreativ zu verknüpfen. Es gilt der alte Grundsatz: Wer viel weiß, hat bessere Ideen. Und: Einfache Ideen tragen oft einen genialen Funken in sich.
4. Bei der professionellen Recherche geht es im Kern darum, die zentralen Fragen zu stellen und sie – ihrer Bedeutung nach – zu ordnen, wichtiges und unwichtiges voneinander zu trennen. Prüfen – analysieren – verwerfen – nachhaken: In einem Prozess des Nachdenkens entsteht ein Recherche-Plan mit ersten Hypothesen zum Thema. Diese Hypothesen werden dann Schritt für Schritt überprüft.
5. Zielgerichtet fragen und Informanten öffnen – das ist die Königsdisziplin für Rechercheure. Es geht nicht darum, irgendeinen Experten zu finden, sondern die kompetenten Fachleute auf der Basis eines soliden Wissens-Fundamentes zu befragen. Es gilt: Immer auch die Gegenseite zu integrieren; bei der Recherche gibt es keine Favoriten. Informanten sind das A und O im Journalismus. Sie werden geschützt wie der eigene Augapfel; sie werden gehegt und gepflegt.
6. Über alle Gespräche und Kontakte wird ein gründliches Protokoll geführt. Alle Beweise und Belege werden sorgfältig dokumentiert. Der Rechercheur muss ‚Akten lieben lernen' und begreifen, dass man sich nie allein auf sein Gedächtnis verlassen kann.
7. Rechercheure brauchen die Sekundärtugend eines Langstreckenläufers. Denn Qualität kommt von Qual. Ausdauer, Hartnäckigkeit und Fleiß ersetzen die übliche Fast-Food-Mentalität. Das Prinzip der ‚Wiedervorlage' von unerledigten Fällen ist das Lesezeichen für Rechercheure. Denn nur so werden wichtige Themen zu Ende gebracht.
8. Nichts geht ohne Vertrauen und Vertraulichkeit. Nur so können Informanten gewonnen und Quellen gesichert werden. Trotzdem muss Misstrauen und Skepsis ständiger Begleiter sein. Es geht um die Balance zwischen Vertrauen und Skepsis.
9. Inspiration – das gilt besonders für die Recherche – kommt von Arbeit. Die Ergebnisse solider Recherchen steigern die Produktqualität und damit die Marktposition von Journalisten. Es lohnt sich also zu recherchieren.
10. Das Wichtigste zum Schluss: Überzeugende Recherchen verbessern die Quellenlage. Gute Stories sind das beste Mittel zur Akquise neuer Geschichten; sie sind vertrauensbildende Maßnahmen für relevante Informanten, misstrauische Beamte und skeptische Behörden.

Jörg Rohwedder/Felix Kolb

Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen

Am Anfang der Bewegungsstiftung stand die Erfahrung, dass der kluge Einsatz von relativ kleinen Geldbeträgen einen großen Effekt haben kann. Die Anti-AKW-Bewegung hatte in den Jahren 1995 und 1996 bereits intensiv gegen die ersten Castor-Transporte in das atomare Zwischenlager Gorleben protestiert. Für den Transport im Jahr 1997 sollte zu einer großen Mitmachaktion – einer gewaltfreien Sitzblockade – aufgerufen werden. Das Geld für die erste Auflage der Aufrufe von ‚X-tausendmal quer' kam als Darlehen von einigen jungen Erben. Das Konzept ging auf: Der Aufruf wurde insgesamt über 250.000 mal gedruckt und verteilt. Das Wendland erlebte mit 9.000 Beteiligten die bis dahin größte direkte gewaltfreie Aktion in Deutschland. Die Darlehen konnten aus den eingehenden Spenden zurückgezahlt werden.

Die jungen Erben ahnten, dass sie Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung waren, die noch keinen öffentlichen Ausdruck gefunden hatte. Die wachsende Konzentration von Vermögen begünstigte sie als Erben; dennoch sahen sie die strukturellen Verhältnisse sehr kritisch, durch die sie privilegiert wurden. Im Sommer 2001 boten sie ein Seminar mit dem Titel ‚Mit Geld die Welt verändern' an. Sie inserierten dafür im Kleinanzeigenteil der ‚taz, die tageszeitung' und suchten Vermögende, die sich ähnliche Fragen stellen. Es wurde über ethisch-nachhaltige Geldanlage gesprochen und darüber, wie Spenden besonders wirkungsvoll eingesetzt werden können.

Sechs der zehn TeilnehmerInnen am Seminar gehörten weniger als ein Jahr später zu den neun GründungsstifterInnen der Bewegungsstiftung, die sie im März 2002 mit einem Startkapital von 250.000 Euro ausstatteten (siehe Tabelle 1). Inzwischen haben rund 90 StifterInnen ein Vermögen von vier Millionen Euro zusammen getragen. Mit ihren Zustiftungen wollen sie die Arbeit sozialer Bewegungen für eine gerechtere, ökologischere und friedlichere Welt unterstützen.

In ihrer Genese deuten sich die wichtigen Merkmale der Stiftung bereits an. Die Bewegungsstiftung

- fördert soziale Bewegungen mit Geld und Beratung
- ist eine Gemeinschaftsstiftung, in der sich StifterInnen und Aktive aus den geförderten Projekten beteiligen können
- öffnet einen geschützten Raum, in dem über die eigene Vermögenssituation gesprochen werden kann
- legt das Stiftungskapital so an, dass gesellschaftlicher Fortschritt schon durch die Geldanlage gefördert wird.

	2002	2003	2004	2005	2006	2006
Stiftungskapital	482.122 €	840.928 €	1.244.130 €	1.577.209 €	2.136.620 €	3.769.376 €
Anzahl der StifterInnen	23	32	41	53	69	84

Tabelle 1: Wachstum der Bewegungsstiftung inklusive Stiftung bridge, 2000-2007

1 Fördern, wo andere aufhören

Soziale Bewegungen setzen Protest und öffentliche Aktion als zentralen Hebel politischer Einflussnahme ein. Sie gleichen damit fehlende Machtressourcen aus und setzen das Prinzip um, dass sich Ziel und Mittel entsprechen sollen. Viele Stiftungen und SpenderInnen schrecken vor dieser Ausdrucksform politischer Partizipation zurück. Sie nehmen an, dass jede Form von Protest die Gemeinnützigkeit und damit die steuerliche Abzugsfähigkeit der Spende gefährden würde. Ein bedauerlicher Irrtum: Denn das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit sind im Grundgesetz verankert. Die Bewegungsstiftung schließt die entstandene Lücke und fördert gerade Kampagnen, die Proteste und öffentliche Aktionen im angemessenen Umfang enthalten. Sie lotet dabei aus, was im Sinne der Abgabenordnung und der Finanzverwaltung noch tolerabel ist.

Die Förderstrategie der Stiftung fußt sowohl auf den Erfahrungen von sechs Jahren Fördertätigkeit als auch auf der wissenschaftlichen Analyse von Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen (vgl. Kolb 2007). Die Förderung setzt bei den Erfolgsfaktoren an, die durch Bewegungsorganisationen selbst beeinflusst werden können: Analyse der gesellschaftlichen Situation, strategisches Vorgehen, Kompetenz der Aktiven, gute Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierung, Bündnisse und die dafür notwendigen Geldmittel.

Da Geld nur ein wichtiger Faktor unter verschiedenen anderen ist, sind auch die Zuschüsse nur ein Teil der Förderstrategie. Darüber hinaus stellt die Stiftung Wissen und Kontakte zur Verfügung. Rund zwanzig Prozent der Mittel, die für die Förderung zur Verfügung stehen, fließen in Personalkosten für Beratung und Begleitung der Förderprojekte. In der Beratungs- und Förderintensität unterscheiden wir zwischen der Basis- und der Kampagnenförderung.

Mit der Kampagnenförderung unterstützen wir Kampagnen, die von sozialen Bewegungen getragen werden. Als ‚Kampagne' definieren wir eine Reihe zeitlich begrenzter und aufeinander abgestimmter Aktivitäten mit einer Dauer von mehreren Wochen bis zu mehreren Jahren.

Themenfeld	Zuschüsse		Zuschusshöhe	
	Anzahl	Anteil	Summe	Anteil
Ökologie	9	20,5 %	39.400 €	25,8 %
Soziale Gerechtigkeit	9	20,5 %	35.125 €	23,0 %
Globalisierungskritik/ Eine Welt	6	13,6 %	23.500 €	15,4 %
Flüchtlinge / Migration	9	20,5%	20.400 €	13,4 %
Demokratie / Bürgerrechte	4	9,1 %	17.600 €	11,5 %
Frieden	5	11,1 %	9.700 €	6,4 %
Frauenrechte	2	4,5 %	6.900 €	4,5 %
Summe:	44	100 %	152.625€	100 %

Tabelle 2: Zuschüsse Kampagnenförderung der Bewegungsstiftung, 2002-2007

Ihr Ziel ist es, auf Grundlage einer Analyse der Ausgangssituation politische bzw. gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen oder einer Verschlechterung entgegenzuwirken. In sechs Jahren haben wir Kampagnen mit 44 Zuschüssen in Höhe von über 150.000 Euro gefördert (vgl. Tabelle 2). Einige Kampagnen haben wir einmalig unterstützt, andere über einen längeren Zeitraum hinweg. Ein typischer Zuschuss beträgt heute zwischen 3.000 und 7.000 Euro.

Auch das Ziel der Basisförderung steht schon im Namen: Es geht darum, eine solide und langfristige Basis zu schaffen, auf der von uns unterstützte Kampagnen und Organisationen politisch effektiv arbeiten können. Wir kombinieren eine grundsätzliche Zielvereinbarung mit hoher Flexibilität, die Zuschussmittel so zu verwenden, wie es die Situation gerade erfordert. Dabei geht die Stiftung langfristige Partnerschaften mit den Förderprojekten ein und vervielfacht den Wirkungsgrad von Zuschüssen.

Pate für dieses Konzept stehen ausgerechnet konservative Stiftungen in den USA, die auf diese Weise sehr erfolgreich den neokonservativen roll back der letzten zwei Jahrzehnte initiiert und finanziert haben – im Gegensatz zu vielen links-progressiven Stiftungen, die sich in einer Vielzahl von kleinen und kurzfristigen Projektförderungen verzettelten (vgl. Krehely et al. 2004).

Zweck der Basisförderung ist – im Gegensatz zur Kampagnenförderung – nicht die Umsetzung einer bestimmten abgegrenzten Aktivität, sondern das Erreichen eines mittelfristigen politischen oder organisatorischen Ziels. Zum Beispiel könnten Stiftung und Förderungsempfänger das organisatorische Ziel vereinbaren, dass die Mitgliederzahl – und damit die finanzielle Basis der Organisation – innerhalb von drei Jahren verdoppelt wird. Beide vereinbaren auch, ob und wie die Bewegungsstiftung über die finanzielle Unterstützung hinaus, z.B. durch Beratung, daran mitwirken kann, dass das Ziel erreicht wird.

Die Zuschüsse können vom Förderungsempfänger dann so verwendet werden, wie es ihm am sinnvollsten erscheint. Die Stiftung erhält keine detaillierte Abrechnung darüber, ob Technik gekauft oder Beratung beansprucht wurde. Wenn es die Situation erfordert, können freie Kapazitäten auch für dringende Aktionen verwendet werden, die neben dem vereinbarten Ziel liegen. Diese Flexibilität erlaubt es Bewegungen, zeitgerecht auf aktuelle Themen und Ereignisse zu reagieren, ohne monatelang auf spezifische Projektzuschüsse warten zu müssen und ihre Arbeitskraft darauf zu verwenden, detaillierte Abrechnungen einzureichen (vgl. Schmitz 2008).

Für die Basisförderung verwenden wir zwischen 50 und 75 Prozent der Zuschussmittel. Ein Zuschuss kann aktuell zwischen 10.000 und 60.000 Euro betragen. Die Basisförderung wird zunächst für drei bis fünf Jahre nur an Projekte vergeben, mit denen wir bereits Kooperationserfahrung haben. Die langfristige Partnerschaft in der Förderung soll es Kampagnen und Bewegungsorganisationen erlauben, sich auf die politische Auseinandersetzung und ihre inhaltliche Programmarbeit zu konzentrieren. Wie gut das Konzept funktioniert, illustriert die erfolgreiche Arbeit der Organisation ‚LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie', deren Arbeit wir seit der Gründung mit einer Basisförderung unterstützen.

Im Mittelpunkt der Förderung stehen aber nicht allein Organisationen. Die Bewegungsstiftung verfügt auch über ein Förderinstrument, mit dem besonders aktive Personen gefördert werden. Für den Erfolg sozialer Bewegungen sind VollzeitaktivistInnen von großer Bedeutung. In ihrem langjährigen Engagement bauen sie Erfahrungen und Kompetenzen auf, die für die politische Arbeit unschätzbar wertvoll sind. Wir nennen diese Menschen ‚BewegungsarbeiterInnen'. Sie bilden das Rückgrat der Protestbewegungen gerade in Zeiten rückläufigen Engagements und helfen Menschen, sich zu engagieren, wenn sich ein politisches Thema zuspitzt

und sie deshalb aktiv werden wollen. Derzeit unterstützt die Bewegungsstiftung acht BewegungsarbeiterInnen.

Seit ihrer Gründung unterstützt die Bewegungsstiftung eine Reihe von BewegungsarbeiterInnen. Mittlerweile gehen Jahr für Jahr etwa 40.000 Euro direkt an Menschen, die eine besondere Rolle in Protestbewegungen spielen. Der Fördertopf für die Projekte wird dadurch nicht leerer. Aus einem einfachen Grund: Die BewegungsarbeiterInnen werden nicht durch Gelder der Stiftung unterstützt, sondern jeweils von einem Kreis von PatInnen, die sich der Arbeit der jeweiligen Aktiven besonders verbunden fühlen und dafür regelmäßig Geld zur Verfügung stellen. In der Regel suchen sich die BewegungsarbeiterInnen ihre UnterstützerInnen in ihrem eigenen Umfeld. Doch nach und nach konnte auch die Stiftung durch ihre Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, dass der Kreis derer wuchs, die am liebsten eine konkrete Person direkt fördern wollen.

Der Stiftungsrat wählt nach strengen Kriterien die Personen aus, die mit der Bezeichnung ‚BewegungsarbeiterIn' UnterstützerInnen finden und für sich gewinnen können. Neben einer Schlüsselrolle, die die BewegungsarbeiterInnen in ihrer Bewegung spielen sollen, müssen sie auch wirtschaftlich bedürftig sein – die Summe ihrer Einkünfte darf das Fünffache des ALG II Regelsatzes nicht übersteigen. BewegungsarbeiterInnen arbeiten von der Bewegungsstiftung unabhängig. Sie sind nicht an Weisungen gebunden und berichten vor allem ihren PatInnen. Alle zwei Jahre überprüft der Stiftungsrat, ob die inhaltlichen und wirtschaftlichen Anforderungen für eine Bewegungsarbeit noch erfüllt werden.

2 Mitsprache und Beteiligung

Die Bewegungsstiftung will aber nicht allein Wissen und Geld weiter geben, sondern auch von den Erfahrungen der Aktiven lernen und deren Know-how in die zentralen Entscheidungen der Stiftung einfließen lassen. Alle Förderprojekte stellen zwei VertreterInnen für die Versammlung der geförderten Projekte für den Zeit-

raum der Förderung und der folgenden drei Jahren. Die Versammlung der Projekte, die sich zwei Mal im Jahr trifft, entsendet eine Person in den Stiftungsrat.

Die Projekte sind damit den StifterInnen gleich gestellt, die sich ebenfalls in einem eigenen Organ, dem Beirat der StifterInnen, vier Mal im Jahr versammeln und wichtige Belange der Stiftung diskutieren und Empfehlungen für die Förderentscheidung abgeben. Auch der Beirat der StifterInnen entsendet eine Person in den Stiftungsrat.

Der Stiftungsrat trifft alle strategischen Entscheidungen und befindet über die Förderungen und die Geldanlage. Neben den beiden gewählten VertreterInnen besteht er aus drei weiteren Personen, die über Erfahrungen, besonderes Wissen oder wissenschaftliche Kenntnisse über soziale Bewegungen verfügen und für jeweils fünf Jahre in den Rat berufen werden. Der Stiftungsrat entscheidet üblicher Weise im Konsens seiner fünf Mitglieder. Ist ein Konsens nicht zu erreichen, so sieht die Satzung eine qualifizierte Mehrheit von 80 Prozent vor. Keine Interessensgruppe kann also die Arbeit der Stiftung dauerhaft blockieren, gleichzeitig kann eine große Opposition aber auch nicht dauerhaft überstimmt werden.

Alle an der Stiftung Beteiligten treffen sich ein Mal im Jahr zu einer zweitägigen Strategiewerkstatt, in der wichtige Fragen der Stiftung diskutiert und dem Rat Empfehlungen für seine Entscheidungen ausgesprochen werden.

StifterInnen, Aktive aus geförderten Projekten und Ratsmitglieder treffen sich darüber hinaus in Kleingruppen, die sich der Begleitung und Evaluation von Förderprojekten widmen, oder in thematischen Arbeitsgruppen, die für unterschiedliche Zeiträume und Themen eingerichtet werden können.

Die auf den ersten Blick komplexe Struktur soll ein Dilemma auflösen, das in der Institution ‚Stiftung' begründet ist. Stiftungen werden üblicherweise gegründet, um ein Vermögen deutlich über die Lebensspanne seiner StifterInnen hinaus an einen festgelegten Zweck zu binden. Der Zweck der Bewegungsstiftung ist es, soziale Bewegungen zu unterstützen. Soziale Bewegungen widmen sich wechselnden Themen und entwickeln dabei jeweils gesellschaftlich adäquate Aktionsformen. Die Mitsprache- und Entscheidungsstruktur, die wir für die Bewegungsstiftung entwickelt haben, soll das Stiftungsvermögen dauerhaft an den Zweck binden, aber gleichzeitig ausreichende Offenheit und Flexibilität ermöglichen, um gesellschaftliche Entwicklungen aufnehmen zu können.

Die Konstruktion der Treuhandstiftung ermöglicht es hierbei, größere Vermögen auch einem bestimmten Bewegungsthema zu widmen. So wurde im Jahr 2003 unter dem Dach der Bewegungsstiftung die Stiftung ‚bridge – Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft' gegründet. Themen wie Datenspeicherung, biometrische Merkmale in Ausweisdokumenten und Nachvollziehbarkeit von digitaler Kommunikation kamen nur langsam in die öffentliche Aufmerksamkeit. Gleichzeitig hatten soziale Bewegungen die Aktionsformen, die sich vor allem über das Internet boten, noch nicht für sich erschlossen. Grund genug, eine Treuhandstiftung zu gründen, die sich in die bestehenden Organe der Bewegungsstiftung einfügt, aber ein klar abgegrenztes Vermögen von inzwischen 600.000 Euro dem spezifizierten Zweck widmet.

Auf Austausch und Kooperation zwischen Bewegungsstiftung und Treuhandstiftung bridge, zwischen StifterInnen und Aktiven in den Projekten legen wir viel Wert. Es bleibt in einem solchen Umfeld nicht aus, auch über die unterschiedlichen Rollen und das strukturelle Ungleichgewicht zu sprechen, in dem die Akteure aufeinander treffen. Denn allem guten Willen zum Trotz: Es bleibt dabei, dass sich Vermögende aus einer privilegierten Situation heraus an der Stiftung beteiligen.

Gleichwohl wirft es Fragen und Probleme auf, über ein Vermögen verfügen zu können,

das deutlich größer ist, als für ein gutes Leben notwendig ist. Fragen und Probleme, für die es in der Gesellschaft wenig GesprächspartnerInnen gibt, die Verständnis für diese Situation aufbringen können. Mit Seminaren und Tagungen hat die Bewegungsstiftung genau diesen Raum angeboten, in dem eine Debatte geführt wurde, die wir im folgenden Abschnitt skizzieren.

3 Progressive Philanthropie – Wandel statt Almosen

Die Bewegungsstiftung sieht sich als Teil einer Entwicklung im Stiftungssektor, die in den USA mit Stichworten wie ‚social justice philanthropy' oder ‚social change philantrophy' bezeichnet wird. Eine wachsende Zahl von vor allem jungen Stiftungen bricht mit der Tradition, nur Almosen zu verteilen, und geht stattdessen direkt an die Ursachen von Ungerechtigkeit. Auch im deutschen Sprachraum entwickelt sich eine Bewegung von Stiftungen, Initiativen und Einzelpersonen, für deren Kennzeichnung wir den Begriff ‚progressive Philanthropie' vorgeschlagen haben (Rohwedder/Kolb 2007).

Bei zeitgenössischen Definitionen von Philanthropie liegt das Hauptaugenmerk auf der altruistischen Tat. Die Menschenfreunde von heute helfen anderen uneigennützig. Sie geben, wo die Not am größten ist. Sobald das größte Leiden an einer Stelle gelindert ist, wenden sie sich anderen Hilfebedürftigen zu. Wer Spenden sammelt, weiß, dass Kinderaugen und Tierbabys die Brieftaschen am erfolgreichsten öffnen. Eine Tatsache, die bereits andeutet, dass das Befinden des Gebenden wichtiger ist, als gemeinhin eingeräumt wird. Folglich ist es auch als Provokation zu verstehen, wenn Jan Philipp Reemtsma schreibt, dass es ihm beim Geben auch darum geht, sich selbst zu verwirklichen. Schließlich verschaffe er sich gesellschaftlichen Einfluss, rege Diskussionen an und gäbe Impulse zu einer Veränderung (Reemtsma 2005).

Dieses aufrichtige Verständnis von der Psychologie des Stiftens und Spendens ist der Idee der ‚progressiven Philanthropie' sehr nahe. Progressive PhilanthropInnen treffen ihre Entscheidung für eine Unterstützung, weil sie sich der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen überhaupt bewusst sind und weil sie gegen diese Entwicklung aktiv werden wollen. Sie wollen ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden und Menschenrechten Geltung verschaffen. Das soll der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichen – und damit auch ihnen selbst.

Gleichzeitig vermeiden sie es, ihre Ziele über die Bedürfnisse der Empfänger zu stellen. Sie treten vielmehr in einen Dialog – direkt oder vermittelt über Stiftungen – ein und verhindern so, einer Entwicklung Vorschub zu leisten, die in den USA aktuell diskutiert wird. Dort beginnen Hilfsorganisationen damit, ihre Arbeit mehr und mehr an den Interessen weniger, aber finanziell potenter und dabei dominanter SpenderInnen zu orientieren, statt an den Interessen der Hilfsbedürftigen (Ostrander 2006).

Das primäre Ziel von ‚progressiver Philanthropie' stimmt mit den Zielen sozialer Bewegungen überein. Die Ursachen von Ungerechtigkeit sollen behoben werden, statt allein die Symptome zu lindern. Angesichts des Elends in dieser Welt ist die Fähigkeit zum Mitleid und die selbstlose Bereitschaft zum Schenken ein Ausdruck von Humanität. Es ist gut und richtig, dass Schwachen und Bedürftigen in konkreten Notlagen geholfen wird. Alles andere wäre zynisch. Aber zugleich gilt es zu bedenken, dass die auf den konkreten Fall zielende karitative Linderung des Elends ungewollt zu einer Fortschreibung von Abhängigkeit und Unmündigkeit, ja zur Verstetigung oder Steigerung des Elends im Ganzen beitragen kann.

Hilfe zur Selbsthilfe heißt eine Antwort auf diese Problematik: Lehre die Hungernden das Fischen, anstatt ihnen jeden Tag einen Fisch zu geben! Was aber, wenn ihnen der Zutritt zum

See verwehrt wird, weil dieser in Privatbesitz ist? Oder wenn die Fische durch Chemikalien vergiftet sind? Oder die Fischer für einen Hungerlohn auf einem Boot arbeiten müssen, das ihnen nicht mehr gehört?

In all diesen Fällen sind die Menschen, denen das Fischen gelehrt wurde, wieder auf das Mitleid und die Gaben anderer angewiesen. Hilfe zur Selbsthilfe oder Empowerment hängt von lokalen und überlokalen Randbedingungen ab. Diese müssen ihrerseits Gegenstand von Veränderung sein, sollen die Verhältnisse vor Ort auf Dauer anders werden. Kämpfe um politische Macht, Kämpfe um die Deutung von Problemen (einschließlich ihrer Ursachen und Lösungsmöglichkeiten), Kämpfe um politische Teilhabe und Kontrolle sind dabei unvermeidlich. Wer davor zurückschreckt, wer sich auf Mildtätigkeit oder gar Almosen beschränken will, mag sich als ‚edel und gut' verstehen, wird aber wider Willen zur Versteinerung der Verhältnisse beitragen (Rucht 2006).

Progressiv wird Philanthropie also erst dann, wenn sie nach gesellschaftlichem Fortschritt sucht, der eine möglichst gleiche Teilhabe aller BürgerInnen an ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen ermöglicht. ‚Progressive Philanthropie' zeichnet sich dadurch aus, Partei für die Schwachen zu ergreifen und sich klar in einem ‚Dafür' oder ‚Dagegen' zu positionieren. Dabei sind die Positionen nicht parteipolitisch festgelegt. Im Gegenteil, Philanthropie hat die Freiheit, sich über die Grenzen von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften hinweg in sich wandelnden Bündnissen und sozialen Bewegungen zu organisieren. Dabei sind die gewählten Methoden nicht beliebig. Sie sind gekennzeichnet durch den Grundsatz, dass sich Ziel und Mittel entsprechen müssen. Gesellschaftlicher Fortschritt soll mit gewaltfreien und demokratischen Mitteln erreicht werden. Die ProtagonistInnen für einen Wandel arbeiten dabei transparent und ermöglichen eine Beteiligung derjenigen, die betroffen sind.

Auf Basis dieser Definition haben Bewegungsstiftung, ‚filia. die Frauenstiftung' und die Stiftung ‚medico international' 2006 die Initiative für ein Netzwerk links-progressiver Stiftungen ergriffen. Grundlage war eine Recherche der Bewegungsstiftung, die aus verschiedenen Quellen nach Gemeinschaftsstiftungen gesucht hat, die einen gesellschaftlichen Fortschritt fördern, in dem sie soziale Bewegungen unterstützen, eine Mitsprache verschiedener Interessensgruppen ermöglichen, ihr Vermögen nach ethischen Kriterien anlegen und ihre Arbeit transparent machen.

Von 60 Stiftungen, die zu einer Zusammenarbeit eingeladen wurden, haben sich zwanzig dazu entschieden. Einem ersten Vernetzungstreffen im November 2007 folgte mit dem Stiftungstag ‚Biete Wandel – Suche Geld' im April 2008 die erste öffentliche Veranstaltung. 17 Stiftungen präsentierten ihre Arbeit der Öffentlichkeit. In Arbeitsgruppen und Podien konnten sich Stiftungsinteressierte darüber informieren, wie sie das für sie richtige Förderprojekt finden oder wie sie eine Stiftung testamentarisch bedenken. Mit 80 BesucherInnen und einer guten Medienresonanz erfüllte die Veranstaltung die Erwartungen der InitiatorInnen.

Im November dieses Jahres sind die beteiligten Stiftungen wieder eingeladen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu planen. Eine Frage stellt sich dabei allen Stiftungen gleich und bietet gute Möglichkeiten für Kooperationen: Wie kann das eigene Vermögen so angelegt werden, dass eine fortschrittliche Gesellschaftsveränderung gefördert wird und sich gleichzeitig Erträge ergeben, aus denen die Projekte gefördert werden können?

4 Doppelte Dividende

Der Anlageausschuss der Bewegungsstiftung, zusammengesetzt aus ExpertInnen, Stiftern und einem Vorstandsmitglied der Stiftung, hat umfangreiche Anlagekriterien entwickelt, in deren

Klimawandel und globale Armut

Wie Stiftungen & PhilanthropInnen zur Lösung beitragen

Tagung
(nicht nur) für Vermögende
14. bis 16. November 2008
in Loccum

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Menschheit mit einer Reihe von globalen Herausforderungen konfrontiert: Den Klimawandel einzudämmen, Hunger und Armut zu überwinden sowie Krieg und Bürgerkrieg zu beenden. Und diese Liste ließe sich noch verlängern.

Viele Stiftungen und Philanthropen proklamieren selbstbewusst, dass sie dabei helfen wollen, diese Herausforderungen zu meistern. Am Beispiel von Klimawandel und globaler Armut diskutiert die Tagung, wie und wo Stiftungen und vermögende Privatpersonen einen effektiven Beitrag leisten können.

Der reguläre Tagungspreis beträgt 320 Euro inklusive Unterbringung und Verpflegung. Für MitarbeiterInnen von Stiftungen und Bewegungsorganisationen sowie für SchülerInnen, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Arbeitslose stehen 20 Plätze zum ermäßigten Preis von 160 Euro zur Verfügung.

Soziale Bewegungen verändern die Gesellschaft. Die Bewegungsstiftung unterstützt ihre Arbeit für Demokratie, Frieden, Ökologie und soziale Gerechtigkeit durch Zuschüsse und Beratung.

Bewegungs-stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen

Anmeldung und weitere Informationen:

Bewegungsstiftung

Artilleriestraße 6
27283 Verden

Telefon: 04231-957 540
Fax: 04231-957 541

info@bewegungsstiftung.de
www.bewegungsstiftung.de

Mittelpunkt ethische Positivkriterien stehen. Wir investieren vor allem in Unternehmen, die sich am Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative beteiligen, dabei technische oder soziale Innovationen erproben und sich an internationale Rechtskataloge halten. Diese Positivkriterien korrespondieren mit dem Kriterium, einen möglichst großen Hebel der Veränderung anzusetzen. Das sehen wir dann als gegeben an, wenn es uns unter Einhaltung der Positivkriterien gelingt, unser Geld direkt – also ohne kostenpflichtig einen Intermediär einzuschalten – an die EmpfängerInnen zu geben. Dabei erwarten wir für unser Vermögen dann einen größeren Hebel, wenn wir Unternehmen und Projekte finden, die es sonst auf dem Kapitalmarkt schwer haben, sich Mittel zu beschaffen.

Unser Vermögen wird gleichzeitig aber auch nach den konventionellen Kriterien der Geldanlage investiert. Wir berücksichtigen also auch eine angemessene Mischung von Risiko, Liquidität und Rendite. Dabei unterscheiden wir die Anlagekategorien festverzinsliche Anlage, Kredite an Projekte, Beteiligungen, Aktienfonds und liquide Mittel. 30 Prozent des Stiftungsvermögens sind als Kredite an Projekte vergeben oder über Beteiligungen direkt in Unternehmen investiert. Mit diesen 30 Prozent erzielen wir den aus unserer Sicht größten Hebel der Veränderung. Dabei erreichen wir mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 4,3 Prozent in den letzten Jahren auch die ökonomischen Ziele, die wir uns vorgenommen haben.

Die Kriterien und die mit der Anlage verbundenen Verfahrensabläufe zeigen, dass die Art und Weise, wie die Bewegungsstiftung ihr Vermögen verwaltet, ebenso bedeutsam und arbeitsintensiv ist wie ihre Fördertätigkeit. Dabei ist die Stiftung in der glücklichen Lage, auf umfangreiche und kompetente Arbeitskraft einiger Stifter zurückgreifen zu können, die unentgeltlich für die Stiftung tätig sind.

Als Stiftung, die eine ethisch nachhaltige Geldanlage verfolgt, erreichen wir mit dem eingesetzten Vermögen eine doppelte Dividende: Durch ihre Zuschüsse fördern wir progressive gesellschaftliche Veränderungen. Durch eine entsprechende Geldanlagestrategie wird diese Wirkung noch gesteigert.

Jörg Rohwedder und *Felix Kolb* sind geschäftsführende Vorstände der Bewegungsstiftung.

Literatur

Kolb, Felix 2007: Protest and Opportunities. The Political Outcomes of Social Movement. Frankfurt/Main: Campus.

Krehely, Jeff/Meaghan House/Kernan, Emily 2004: Axis of Ideology. Conservative Foundations and Public Policy. Washington DC: National Committee for Responsive Philanthropy.

Ostrander, Susan A. 2006: Your Inner Philanthropist. What gets lost when donors follow their own hearts instead of recipients' needs, in: Stanford Social Innovation Review, Jg. 4, Heft 3, 70-71.

Reemtsma, Jan Philipp 2005: Ex-zentrische Positionen. In: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.): Stiftungsjahr 2005. Berlin: Eigenverlag, 10ff.

Rohwedder, Jörg/Kolb, Felix 2007: Progressive Philanthropie: Geben für sozialen Wandel. In: Kolb, Felix (Hg.): Damit sich was bewegt. Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern. Hamburg: VSA-Verlag, 109-120.

Rucht, Dieter 2006: Wandel statt Almosen – die Probleme an der Wurzel packen. In: Bewegungsstiftung aktuell, Nr. 1/2006.

Schmitz, Regina 2008: Exilios Finanzierungsmix. Herausforderung projektbezogener Förderung. In: Stiftung und Sponsoring, Heft 3/2008, 12-14.

Christian Lahusen/Ansgar Klein/Heike Walk

Der Arbeitskreis Soziale Bewegungen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)

Im Arbeitskreis Soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft sind Politik- und Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen organisiert, die soziale Bewegungen, politische Partizipation und kollektive Aktion mit unterschiedlichen Methoden und theoretischen Ansätzen analysieren. Gegenstand der Untersuchungen sind neben links-libertären neuen sozialen Bewegungen unter anderem auch rechte soziale Bewegungen sowie die Bürgerrechtsbewegungen der ehemaligen sozialistischen Staaten. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich ein enger internationaler Austausch, insbesondere im Kontext der angelsächsischen Forschungsdiskussion entwickelt. Im Rahmen des Arbeitskreises werden Forschungsergebnisse ausgetauscht und wird über laufende und geplante Studien zu sozialen Bewegungen berichtet. Neben Informations- und Erfahrungsaustausch dient der Arbeitskreis der Vernetzung derjenigen, die im breiten Feld der Bewegungsforschung aktiv sind.

Der Arbeitskreis ist darum bemüht, die verstreuten Forschungen, die in Frauenforschung, Verbändeforschung, NGO-Forschung, sowie in Diskussionen über internationale Beziehungen, Zivilgesellschaft und Sozialkapital geführt werden, zu integrieren. Dies ist besonders wichtig, da in Deutschland die Institutionalisierung der Bewegungsforschung an den Universitäten und Institutionen bislang kaum gelungen ist.

Der Arbeitskreis organisiert regelmäßig Tagungen. Deren jeweiligen Themenschwerpunkte werden von den Sprecherinnen und Sprechern des Arbeitskreises konzipiert. Die Vorträge werden zum Teil im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen veröffentlicht, mit dem eine enge Kooperation besteht.

Die Sprecherinnen und Sprecher werden alle zwei Jahre auf der Jahrestagung der DVPW neu gewählt.

Weitere Infos unter: http://aksb-online.de/

Anschriften der Sprecherinnen und Sprecher des AK Soziale Bewegungen

PD Dr. Ansgar Klein
Mahlower Straße 25
12049 Berlin
ansgar.klein@snafu.de

Prof. Dr. Christian Lahusen
Fachbereich 1
Universität Siegen
57068 Siegen
lahusen@fb1.uni-siegen.de

PD Dr. Heike Walk
Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft
P 2-2
Hardenbergstr. 36A
10623 Berlin
walk@ztg.tu-berlin.de

Ansgar Klein

Zivilgesellschaft und Demokratie
Ideengeschichtliche, demokratietheoretische und politisch-soziologische Zugänge

1 Der Ausgangspunkt: Gesellschaftstheorie und politische Theorie bei Marx und Habermas

20 Jahre ‚Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen' sind ein schöner Anlass, um einen Einblick in konzeptionelle Zusammenhänge und Hintergrundannahmen zu geben, die die Redaktionsarbeit der Zeitschrift in diesem langen Abschnitt begleitet haben. Ihren Ausgang nimmt die Darstellung mit Themen und Autoren der Studentenbewegung. In Auseinandersetzung mit ihnen geraten Fragen von Demokratie und Zivilgesellschaft ins Zentrum der Theoriediskussion. Die hier aufgeworfenen Fragen normativer Theorie orientieren den Zugang zur politischen Soziologie und geben ihnen eine weiterreichende Perspektive.[1]

Die folgende Darstellung ist eine werkgeschichtliche Rekonstruktion der Arbeiten des Autors aus den vergangenen 20 Jahren.[2] Sie rekapituliert den eigenen wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Werdegang und legt dabei auch die konzeptionellen Hintergründe aus Ideengeschichte, Demokratietheorie und politischer Soziologie dar, die nicht nur im Zentrum der eigenen wissenschaftlichen Arbeit standen und stehen, sondern das Forschungsjournal in seiner 20jährigen publizistischen Tätigkeit maßgeblich mit geprägt haben. Eine eigentümliche Konsequenz dieser Darstellung ist die in der Darstellung des Öfteren vorkommende ‚Ich-Form', die – so jedenfalls die Hoffnung des Autors – der angestrebten konzeptionellen Ausrichtung des Beitrags keinen Abbruch tut.

Ausgangspunkt der Darstellung ist meine Frankfurter Diplomarbeit „Emanzipation und Handlungstheorie – Implikationen der Werke von Karl Marx und Jürgen Habermas für eine handlungstheoretisch zentrierte Gesellschaftstheorie" (Klein 1987). Zentraler Kritikpunkt dieser Arbeit war das Desiderat an politischer Theorie in den Schriften von Karl Marx, ihr demokratietheoretischer Bezugspunkt waren die Schriften von Jürgen Habermas, der innerhalb der Frankfurter Schule auf die Notwendigkeit einer eigenständigen Theorie der Politik und Demokratietheorie immer wieder aufmerksam gemacht hat.

Für die weitere Entwicklung des hier darzustellenden Forschungsprogramms hatte die Frankfurter Diplomarbeit einen initiierenden Charakter insbesondere hinsichtlich der weiteren Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Ideengeschichte und Demokratie, mit dem Konzept der Zivilgesellschaft und mit der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements, aber auch für eine Vertiefung politisch-soziologischer Zugänge zu sozialen Bewegungen, NGOs, Verbänden und Parteien.

Bei der Abfassung der Diplomarbeit hatte ich mich insbesondere auf die handlungstheoretischen Konzeptionen von Arbeit und Interaktion bezogen, die Jürgen Habermas in der Folge vor allem in seinem gesellschaftstheoretischen Hauptwerk „Theorie des kommunikativen Handelns" ausgearbeitet hat. Gesellschaftstheoretisch war die Antwort der Theorie des kommunikativen Handelns auf die Probleme der Differenzierung moderner Gesellschaften eine Unterscheidung in System und Lebenswelt. Die lebensweltlichen Grundlagen kommunikativer Interaktion, die sich – so auch mein Ausgangspunkt – nicht systemtheoretisch fassen lassen, liegen den politischen Institutionen zugrunde.

Politiktheoretisch thematisierte die Diplomarbeit nach einer Werkrekonstruktion von Marx und Habermas die besonderen Integrationsleistungen politischer Institutionen des demokratischen Rechtsstaates im Spannungsfeld von Wertinstitutionalisierung und dem Wandel gesellschaftlicher Organisationsformen. Bei den folgenden Arbeiten des Autors zur politischen Ideengeschichte und Demokratietheorie spielte im Anschluss daran das politikwissenschaftliche Hauptwerk, das Jürgen Habermas 1992 publizierte („Faktizität und Geltung"), eine besondere Rolle.

Mit Bezug insbesondere auf die Kritiken von Axel Honneth an einer kognitivistischen Engführung der Theorie des kommunikativen Handelns und ihrer diskursethischen Grundlagen mündete die Diplomarbeit in dem Hinweis auf die Notwendigkeit, jenseits eines „Zwangs des besseren Arguments (…) der eigenständigen Dynamik politischer Prozesse" im Spannungsfeld von Öffentlichkeit, Erfahrung und politischer Institutionenbildung größere Aufmerksamkeit zu schenken (Klein 1987: 230). Im Anschluss an die Diplomarbeit habe ich in den folgenden Jahren über die Zugänge der politischen Soziologie, insbesondere der sozialen Bewegungsforschung, diese „eigenständige Dynamik politischer Prozesse" tiefer zu ergründen versucht.

2 Lebenswelt und kommunikatives Handeln: Relevanzen für Politik und Demokratie

Die Bedeutung von Lebensweltbezügen, Werthorizonten, Symbolen, von Erinnerungspolitik, Emotionen und Identitätskonfigurationen und -konzepten für den politischen Prozess, aber auch für die Integrationskraft politischer Institutionen habe ich in der Folge in unterschiedlichen Zugängen zum Gegenstand von wissenschaftlichen Analysen und Editionen gemacht.

2.1 Heimatbegriff

Eine erste große Möglichkeit bot hier das Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung, einen großen, am Ende zweibändigen Sammelband zum Begriff „Heimat" herauszugeben. Ausgangspunkt der im Lektorat vorliegenden Manuskripte war ein traditionalistischer Zugang zum Heimatverständnis, den es zu erweitern galt. Der Band hat denn auch in den Heimatverbänden zu Öffnungs- und Lernprozessen beigetragen und den Begriff an Milieus angeschlossen, die ihm in einer traditionalistischen Prägung zuvor eher skeptisch gegenübergestanden haben.

Ich habe zu diesem Zwecke an Konzepte des Sozialraums und der Lebenswelt angeschlossen, an die kritische Volkskunde (Bausinger-Schule), an phänomenologische Ansätze und auch an Fragestellungen der Erinnerungspolitik und der Ökologiebewegung. Es galt zudem die Bezüge von Heimatbewegung und Regionalismus sowie die Zugänge aus Jugendforschung, Migrationsforschung und Stadtsoziologe aufzunehmen. Im einleitenden Beitrag (Klein/Cremer 1990) werden die angesprochenen Zusammenhänge erläutert und wird auf die Bedeutung des Heimatbegriffs im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und lebensweltlicher Beharrungstendenzen aufmerksam gemacht (ebenda: 41). Vor diesem Hintergrund wird ein zwingender Zusammenhang des Heimatbegriffs mit einem politischen Konservatismus unplausibel. Vielmehr werden – im Sinne von Hinweisen auf die progressiven Potentiale eines wertgebundenen Konservatismus, wie sie sich etwa auch bei Anthony Giddens finden – Anschlüsse an aktuelle gesellschaftliche und politische Gestaltungsanforderungen deutlich, die die Bedeutung des Heimatbegriffs in einer von Kolonialisierungstendenzen bedrohten Lebenswelt deutlich machen.

Die Bedeutung von Ligaturen in einer modernen Gesellschaft lässt die Frage hervortre-

ten, „wieweit Formen von Gemeinschaft *in* der modernen Gesellschaft möglich werden" (ebenda: 47). Die Frage nach ‚Heimat in einer offenen Gesellschaft' kann mit der demokratischen Frage, mit den Traditionen des politischen Republikanismus und dem Konzept des ‚Verfassungspatriotismus' verbunden werden:

„Verfassungspatriotismus ist ein recht paradoxer Begriff. Kollektive Identität in dem von diesem Begriff angesprochenen Sinn scheint eine nüchterne und unpathetische Angelegenheit zu sein. Im Wortteil ‚Patriotismus' klingt freilich noch der Überschwang affektiver Besetzungen mit. Auffällig ist die merkwürdige Zwischenstellung des Vorschlags. Er verbindet Identifikation und affektive Besetzung mit der gleichzeitig abwägenden Distanz. Er zielt damit auf Mentalitäten und Einstellungen, die den Umkreis der eigenen Heimatwelt, Lebenswelt und Gemeinschaft hinsichtlich der Bedingungen der Möglichkeit von Koexistenz mit anderen Heimatwelten, Lebenswelten und Gemeinschaften zu überschreiten gelernt haben, ohne auf Intimität, Nähe und Vertrautheit verzichten zu wollen. Der hier sichtbar werdende Zwang zur Relativierung der eigenen Lebensform bedeutet zugleich eine Vision des Miteinanders von Heimatwelten. Die Paradoxie scheint die einzig mögliche Antwort auf die Herausforderungen der Modernität zu sein … Als Zielhorizont der Demokratie bildet die Vorstellung koexistierender Heimatwelten und Lebensformen einen wichtigen Anknüpfungspunkt auch für die politische Bildung." (ebenda: 55)

2.2 Nationalismus

In zeitlicher Überschneidung mit den Arbeiten zum Heimatbegriff stand die eigene Beschäftigung mit der politischen Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts. Inhaltlich enge Berührungspunkte der Problemstellungen, die bereits in Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff deutlich wurden, stellten sich natürlich beim Thema ‚Nationalismus' ein. Insbesondere gilt das für das Spannungsverhältnis von ‚ethnos' und ‚demos'. Aus diesem Grunde möchte ich an dieser Stelle ein längeres Zitat aus der gemeinsam mit Gerhard Göhler verfassten Einleitung zur politischen Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts aufnehmen:

„Der Nationalismus steht in eigentümlicher Weise quer zu den sonstigen Ausdifferenzierungen des politischen Denkens im 19. Jahrhundert. Sein Einfluss lässt sich ausnahmslos in allen seinen Strömungen – auch im Anarchismus und Sozialismus – ausmachen. Das mit dem Nationalismus verbundene revolutionäre Potential gesellschaftlicher und politischer Veränderungen entfaltet sich zunächst in einem engen Zusammenspiel mit dem Liberalismus – was in dieser Phase zu einer entsprechenden Distanznahme seitens des Konservatismus beiträgt. Die flexible Auslegbarkeit des Nationalismus in den divergierenden Konzepten einer ‚Staatsbürgernation', ‚Kulturnation' oder ‚Volksnation' und das Spannungsfeld zwischen ‚Ethnos' und ‚Demos' in der Bezugnahme auf die Nation ermöglichen jedoch die Loslösbarkeit der nationalen von der konstitutionellen Frage. Die durch die Doktrin von der Volkssouveränität herausgehobene politische Bezugsebene des Volkes als Träger der politischen Herrschaftsrechte steht in vielfältigen Spannungsverhältnissen zu anderen Bezugsebenen des Volkes als ethnischer, kultureller, sozio-ökonomischer Einheit. Die Anerkennung dieses Spannungsverhältnisses ist die Basis für eine Zivilgesellschaft demokratischer Selbstlegitimation. Jede Gleichsetzung des ‚Demos' als des Trägers der politischen Souveränität mit einem spezifischen ‚Ethnos' führt im Ergebnis zu einer Unterdrückung oder Zwangsassimilation von anderen ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozioökonomischen Bevölkerungsteilen innerhalb eines politischen Verbandes.

Die Ambivalenz des Nationalismus offenbart sich auch in seiner Entwicklung während

des 19. Jahrhunderts. Die frühe Nationalbewegung des ‚Risorgimento-Nationalismus' speist sich aus den Konzepten der ‚Staatsnation' und der ‚Kulturnation' und entwickelt sich gemeinsam mit dem politischen Liberalismus. Der spätere ‚integrale Nationalismus' überhöht die Werte der eigenen Nation und lässt sich als Integrationsideologie mit einem Machtstaatsdenken mühelos verbinden. Nach außen kann so eine expansive, militärisch instrumentierte Außenpolitik ebenso gerechtfertigt werden wie nach innen eine Ausgrenzungspolitik gegen Teile der Bevölkerung. Machtstaatsdenken, Antisemitismus und Sozialdarwinismus werden im ‚völkischen Nationalismus' gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem einflussreichen Deutungsmuster mit schwerwiegenden politischen Folgen. Angesichts der Auflösungserscheinungen der kommunistischen Gesellschaftssysteme gegen Ende des 20. Jahrhunderts könnte es sich erweisen, dass der Nationalismus das letztlich schwerwiegendste Erbe ist, das noch das 21. Jahrhundert vom 19. Jahrhundert übernehmen wird. Die Probleme der internationalen Organisation wie auch der Sprengsatz der nationalen Frage in Vielvölkerstaaten, dessen Explosivität wir derzeit erneut erleben, scheinen diese Vermutung zu erhärten." (Klein/Göhler 1991: 278)[3]

2.3 Wertediskussion

Im Jahr 1995 bot die Bundeszentrale für politische Bildung die Möglichkeit der Befassung mit der aktuellen Wertediskussion einige Jahre nach der deutschen Einheit. Der entstandene Sammelband zur aktuellen Wertedebatte in Deutschland, an dem sich erfreulicherweise zahlreiche bedeutende Meinungsbildner der Republik beteiligten, erörtert zunächst die Bedeutung von Werten für die politische Ordnung. Beleuchtet werden in diesem Zusammenhang etwa die Kommunitarismusdebatte, die Bedeutung der Verfassung, die Rolle von Konflikten für demokratische Lernprozesse, die Bedeutung von Menschenrechten, von Gemeinsinn und Solidarität. Im Anschluss werden historische, soziale und politische Dimensionen des Wertewandels diskutiert: Individualisierung, Geschlechterverhältnis, Protest und Gewalt, Politikverdrossenheit und Partizipation oder die Rolle der Religion. Nach einem dritten Teil zur aktuellen Wertediskussion in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Bürgerinitiativen präsentiert der abschließende Teil ausgewählte Fallbeispiele für aktuelle Wertekonflikte: den deutschen Einigungsprozess, Wissenschaft und Verantwortung, Gentechnologie, ökologische Konflikte etc.

In der Einleitung für den Sammelband „Grundwerte in der Demokratie" (Klein 1995b) spielten Fragen der kollektiven politischen Identität natürlich weiterhin eine bedeutende Rolle. Sie werden verschärft durch Prozesse des sozialen Wandels und eine damit verbundene kulturelle Pluralisierung. Nicht überzeugen kann die im Feuilleton wie auch im politischen Diskurs oftmals vertretene Kritik am ‚Wertezerfall':

„Seit den sechziger Jahren lassen sich, abgestützt vor allem durch die Erfolge der Bildungsexpansion, Prozesse einer Umbildung und Neugruppierung von Werten beobachten. Sie haben zu einer Gewichtsverlagerung von den zuvor dominierenden Pflicht- und Akzeptanzwerten zu den Selbstentfaltungswerten geführt. An neuartigen Wertebindungen zwischen Selbstentfaltungswerten und Pflicht- und Akzeptanzwerten, die der These des ‚Werteverfalls' widersprechen, orientieren sich große Teile der Bevölkerung." (Klein 1995b: 10)

In der Folge wird die Bedeutung postmaterieller Orientierungen für die Demokratie und den politischen Wertehorizont liberaler Demokratien erörtert. Hervorgehoben wird die Bedeutung der ‚regulativen Idee des Gemeinwohls', hinter der eine ‚anerkennungsfähige Idee sozialer Gerechtigkeit' steht, sowie die Notwendigkeit des Zusammenspiels eines ‚ne-

gativen' Freiheitsverständnisses mit den ‚positiven' Freiheiten der sich öffentlich betätigenden Bürgerinnen und Bürger im politischen Gemeinwesen:

„Bürgersinn bleibt auf die vorpolitischen Ressourcen von Moral, Religion, Ethik und Religion angewiesen. Er bildet sich in zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen bürgerschaftlicher Betätigung und setzt eine politische Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger voraus, die für die Probleme ihrer Bürgerinnen und Bürger sensibel bleibt." (ebenda: 13).

Ein später gemeinsam mit Rudolf Speth verfasster Beitrag für den von Gotthard Breit und Siegfried Schiele herausgegebenen Band „Werte in der politischen Bildung" konnte die hier nur angedeutete Bedeutung der Zivilgesellschaft für Prozesse des politischen Lernens und für demokratische Werte ausführlicher erörtern (Klein/Speth 2000b: 265; zitiert nach der Ausgabe 2004):

„Die politische Kultur kann in modernen westlichen Gesellschaften nicht länger eine sittliche Lebensordnung sein, kein Ethos, das eine bestimmte Lebensführung vorschreibt. Eine demokratische politische Kultur muss mit einem minimalen Bestand an Grundwerten auskommen. Dieser Minimalbestand darf gerade nicht die Lebensführung als Ganzes normieren wollen, sondern kann nur ein Grundkonsens sein, in dem die unterschiedlichsten Wertorientierungen übereinstimmen. Gleichwohl soll dieser Grundkonsens den Nährboden bereitstellen, auf dem die demokratischen Tugenden der Bürger wachsen können. Die Grundwerte der Demokratie sind Teil dieser politischen Kultur, über die der Staat nicht mehr verfügen kann, die er nicht reproduzieren kann, auf die er aber angewiesen ist, wenn die demokratische Bearbeitung von politischen Fragen gelingen soll. Die demokratische Ordnung ist also auf Bedingungen angewiesen, die sie nicht selbst erzeugen kann, für deren Reproduktion sie aber mehr oder weniger günstige Voraussetzungen schaffen kann. Mit einem Appell an die Grundwerte der Demokratie und mit der Klage über den Verfall dieser Werte ist wenig erreicht, zeigen sie doch schlagend die Grenzen staatlichen Handelns.

Im Folgenden werden wir zunächst einige klärende Bemerkungen zum Wertebegriff machen, um zu verdeutlichen, dass Werte immer etwas damit zu tun haben, wie wir uns als Personen verstehen und welche Identität wir haben. Für die Diskussion über Grundwerte ergibt sich daraus die Folgerung, dass ethische Konzeptionen im politischen Raum der Demokratie nicht als vorpolitische Werte einfach aufgerufen werden können, sondern nur über den Filter eines partizipatorischen und deliberativen Prozesses Geltung erlangen können."

2.4 Menschenrechte

In einem Beitrag für die Zeitschrift „Politische Bildung", der ein Themenheft zu Menschenrechten einleitete, geht es um die Frage der Universalität der Menschenrechte.

„In den 90er Jahren hat die Debatte über die ‚asiatischen Werte' Zweifel an der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte gesät. Als westliche Werte, so die von einigen asiatischen Staaten vorgetragene Kritik, könnten die Menschenrechte nicht vorbehaltlos für alle Kulturen gelten. Das westliche Verständnis der Menschenrechte sei einseitig individualistisch; es vernachlässige die Pflichtendimension. Diese Haltung des ‚ja, aber' zu den Menschenrechten lässt sich folgendermaßen beschreiben: ‚Auf der einen Seite steht die formale Anerkennung eines menschenrechtlichen Universalitätsanspruchs, auf der anderen Seite gleichzeitig seine inhaltliche Relativierung unter Berufung auf Kulturpluralismus oder religiöse Tradition, möglicherweise auch im Namen der Menschenpflichten' (Bielefeldt 1998: 35). So sieht der Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington den Grund für das unterschiedliche Verständnis

der Menschenrechte in einem ‚Kampf der Kulturen': ‚Die Wiener Erklärung enthielt keine ausdrückliche Bekräftigung der Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit und war damit in vieler Hinsicht schwächer als die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die die UNO 1948 beschlossen hatte. Diese Verschiebung spiegelte den Niedergang der westlichen Macht.' (Huntington 1996: 314)

Die von Huntington vertretene kulturrelativistische Sicht ist weit verbreitet. Sie findet sich beispielsweise auch in einem Aufsatz des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog: ‚Für hungrige Menschen hat ein Recht wie die Meinungsfreiheit zwangsläufig geringere Bedeutung als für satte. Für einen Afrikaner, der noch in seiner Stammestradition lebt, ist die Idee der Individualrechte zwangsläufig weniger interessant als für die Mitglieder der individualistischen westlichen Gesellschaften.' (Herzog 1996: 4) Diese Äußerung hat entsprechende Kritik auf sich gezogen. ‚Gerade für die Armen und Ärmsten ist die Meinungs- und Informationsfreiheit von größter Bedeutung. Denn erst Redefreiheit ermöglicht es ihnen, ihre wirkliche Lage bekannt zu machen.' (Herzinger 1996) Ähnlich auch der Einwand des Generalsekretärs von Amnesty International Volkmar Deile: Die Trennungslinien im Menschenrechtsverständnis verlaufen nicht zwischen den Kulturen, sondern mitten durch sie hindurch: ‚In jedem Kulturkreis haben Menschen Unrechtserfahrungen machen müssen, sich dagegen gewehrt und in diesen Auseinandersetzungen ein Verständnis von Menschenwürde entwickelt. Für die Beheimatung der universell geltenden Menschenrechte gibt es deshalb in allen überlebensfähigen Kulturen und Religionen Anknüpfungspunkte und soziale Träger, wie die weltweite Menschenrechtsbewegung beweist.' (Deile 1999: 31) In diesem Sinn haben auch auf der Wiener Menschenrechtskonferenz zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen asiatischer Länder gegen die kulturrelativistische Sicht ihrer eigenen Regierungen protestiert, die sich damit nur eine Rechtfertigung zur Unterdrückung ihrer Kritiker sichern wollen." (Klein 2000a: 17f.)

2.5 Symbole und Ästhetik der repräsentativen Demokratie

Im gleichen Jahr (1995) bot die Verhüllung des Reichstags durch Christo und Jean Claude die Chance, die Frage nach Ästhetik und Symbolik in der Demokratie aufzunehmen.

In den kontroversen Diskussionen um das Projekt der Reichstagsverhüllung durch die Künstler Christo und Jean-Claude wurde auch eine Kontroverse über politische Symbolik in der Demokratie deutlich. Nachdem der Deutsche Bundestag nach kontroverser Debatte in fraktionsoffener Abstimmung am 25. Februar 1994 dem Projekt zugestimmt hatte, lag es nahe, den herausragenden Anlass wissenschaftlich aufzugreifen und auch publizistisch zu nutzen. In der Debatte des Deutschen Bundestages war von der politischen Symbolik des Reichstags und vom Bedarf eines würdevollen Umgangs mit dieser Symbolik ebenso die Rede wie von einem liberalen Umgang mit politischer Symbolik im Interesse der ‚Berliner Republik' des vereinten Deutschlands.

Vor diesem Hintergrund ermöglichte die Reichstagsverhüllung eine Auseinandersetzung über Kunst, Symbolik und Politik. Der entstandene Sammelband (Klein u. a. 1995), der in Teilen auch als ein Themenschwerpunkt der Wochenzeitung „Das Parlament" für Abonnenten und in Sonderauflage auch für die Besucher des verhüllten Reichstags zur Verfügung gestellt wurde, dokumentiert zunächst die Breite der politischen Positionen zur Reichstagsverhüllung, führt dann ein in die beinahe 20jährige Vorlaufgeschichte und die spezifischen kunsttheoretischen Zugänge, um sich dann den ‚historischen Tiefenschichten' des Reichstags als politisches Symbol zuzuwenden.

In der Auseinandersetzung mit dem Reichstag und seiner Bedeutung in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus und der Geschichte des Reichstagsgebäudes kann eine anhaltende und tief gehende Kontroverse in der deutschen Geschichtswissenschaft nicht übersehen werden, die den Reichstagsbrand und die Frage der Täterschaft betrifft. Im Nachgang zu der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Kunst, Symbolik und Politik entstand daher ein bis heute aktuelles Internetforum zur Frage des Reichstagsbrandes, das die Kontroverse um die Täterschaft und die damit verbundenen wissenschaftshistorischen und politischen Hintergründe aufzuhellen bemüht ist.[4]

Einen Schwerpunkt der Auseinandersetzung bildeten die ‚politikwissenschaftlichen Zugänge' zu Fragen des Verhältnisses von politischer Symbolik und kollektiver Identität, zu den symbolischen Dimensionen politischer Repräsentation und zur Rolle politischer Urteilskraft angesichts symbolischer Politik:

„Politische Symbole sind Bestandteil des gemeinsamen Zeichenvorrats einer politischen Gemeinschaft. Sie verweisen auf die für die politische Gemeinschaft grundlegenden Gemeinsamkeiten von Überzeugungen und Werten. Mit der Wahl der Symbole entscheidet sich immer auch das Selbstverständnis eines Gemeinwesens. Daher bedarf auch die Demokratie – entgegen eines verbreiteten Missverständnisses – der Anschauung und symbolischen Repräsentation dessen, was das politische Gemeinwesen an Traditionen, Gemeinschaftserfahrungen und Überzeugungen verbindet. Daher erweist sich das demokratische Procedere im Streit über die ästhetischen Formen der Staatsrepräsentation als Beitrag für eine demokratische Symbolpolitik, die selber eine prinzipielle Unabgeschlossenheit der Sinndeutung symbolisiert." (Klein 1995a: 20)

Die Überlegungen schließen an die institutionentheoretische Begründung der Bedeutung symbolischer Repräsentation an, die Gerhard Göhler in einem Forschungskolloquium zu Fragen der Institutionentheorie entwickelt hat (Klein 2006: 33).

2.6 Masse-Macht-Emotionen

Der Bedeutung politischer Emotionen ging im Jahr 1997 eine vom Verfasser gemeinsam mit Frank Nullmeier initiierte und realisierte Fachtagung für das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen nach, aus der schließlich auch der 1999 erschienene Band ‚Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen' (Klein/Nullmeier/von Wersch 1999a; dies. 1999b) hervorgegangen ist. In einem ersten Schritt galt es die Potentiale einer politischen Soziologie der Emotionen gegenüber einer lange Zeit dominanten Massenpsychologie und -soziologie deutlich zu machen. Dabei war nicht nur der pauschale Irrationalismusvorwurf der Massenpsychologie kritisch zu hinterfragen, sondern auch eine „positive Bewertung von Emotionen im Kontext aktivbürgerlichen politischen Handelns" möglich zu machen (Klein/Nullmeier/von Wersch 1999a: 10).

Im ersten der fünf Abschnitte dieses Bandes unter dem Titel ‚Masse, Barbarei, Fundamentalismus' wird auf grundlegende Konzepte und Ausgangspunkte sowie aktuelle Bezugspunkte des Massediskurses eingegangen. Sichtbar werden Argumente einer Kontroverse, die zwischen dem Plädoyer, auf den Begriff Masse ganz zu verzichten, und einem analytischen Rückgriff auf massenpsychologische Theorien angesiedelt ist.[5] Daran anschließend werden theoretische Schlaglichter auf die „Geschichte von ‚Masse' und ‚Emotionen' in den Sozialwissenschaften" geworfen – von Max Weber über Robert Michels bis hin zur Kritischen Theorie. In diesem Teil geht es darum, Bandbreite und Fülle der Anknüpfungsmöglichkeiten für eine politische Soziologie der Emotionen deutlich zu machen. Im Abschnitt ‚Sozialwissenschaftliche

Analytik der Emotionen' werden dann erste Ansatzpunkte und Überblicke über dieses neu zu erschließende Feld eröffnet, das ohne die Kenntnis sozialer Bewegungen und der über sie verfertigten Theorien zwischen ‚Massediskurs und Bewegungsforschung' nur schwerlich weiter betrachtet werden dürfte. Der fünfte Teil zu ‚Kulturen der Massenemotionalität' zeigt exemplarisch an drei Feldern, dass die Suche nach angemessenen Konzepten zur Untersuchung von Masse, Macht und Emotionen für die Politikwissenschaft auch Fragen mit kulturtheoretischen und -empirischen Implikationen aufwirft.

In einem gemeinsam mit Frank Nullmeier und Oliver von Wersch verfassten abschließenden Ausblick „Zum künftigen Umgang mit ‚Emotionen' in der Politikwissenschaft" (Klein/Nullmeier/von Wersch 1999b) werden Voraussetzungen der Theoriefähigkeit von Emotionen in der Politikwissenschaft erörtert. Zentral ist der Ausschluss jeglichen ‚psychologischen Reduktionismus':

„Statt einer vorpolitischen Konstitution von Gefühlen unterstellt eine politikwissenschaftliche Theorie der Emotionen die Entfaltung, Gestaltung und Veränderung von Emotionen im politischen Prozess." (Klein/Nullmeier/von Wersch 1999b: 347)

Die Auszeichnung bestimmter Emotionen als Kardinal-, Universal- oder Grundemotionen im Rahmen einer ‚Zentrierungsstrategie' (Beispiel: die Furcht in Hobbes Begründung politischer Ordnung), aber auch eine ‚Dezentrierungsstrategie', die im Rückgriff auf frühmoderne Affektlehren von einer Vielzahl von Gefühlen ausgeht, die durch die Institutionen der modernen Gesellschaft transformiert werden (Beispiel: Die Verwandlung von durchaus bösen Leidenschaften in Interessen bei A.O. Hirschman oder Stephen Holmes), waren nur partiell erfolgreich. Beide Strategien hinterlassen eine Vielfalt von Typologisierungsversuchen der zahlreichen Emotionsbegriffe. Strategien der ‚Theoretisierung' können materialistisch (Freud) oder verstehend-hermeneutisch ansetzen (Habermas, Lorenzer). Bei Habermas führt die Theorieanlage zur Privilegierung moralischer bzw. moralisch relevanter Gefühle gegenüber anderen Gefühlsklassen. Jon Elster erweitert den Rational-Choice-Ansatz durch die Suche nach Kausalerklärungen mit Hilfe psychologischer Mechanismen und auch Fritz W. Scharpf entwickelt eine Typologie von ‚Interaktionsorientierungen', die Raum für das Feld der Emotionen schafft.

Besonders reizvoll erschien die Analyse der Bedeutung von Emotionen in der normativen politischen Theorie: Grundlegend fungiert hier das Konzept der politischen Institutionen als Filter oder Transformator. Als Filter lassen politische Institutionen aus affektuell motivierten Handlungen rationale Ergebnisse hervorgehen (sei es die ‚unsichtbare Hand' des Marktes bei Adam Smith oder der Rechtsstaat bei Kant, der auch für ein ‚Volk von Teufeln' eine bürgerschaftliche Republik zu errichten vermag). Als Transformator beeinflussen und verändern sie in erziehender Wirkung die Motivationen. Ist dies bei Kant im Rahmen einer liberalen Konzeption deemotionalisierender Rationalisierung zu beobachten, so findet sich in einem an Rousseau angelehnten Republikanismus eine moralisierende Umwandlung des gesamten Präferenz- und Orientierungsgefüges.

Mit dem Konzept der deliberativen Demokratie bei Habermas wird die liberale Konzeption wieder gestärkt – setzt er doch auf die rationalisierende Wirkung von Verfahren öffentlicher Deliberation, ohne, wie die neueren kommunitaristischen Ansätze, auf die Transformation von Egoismen und Emotionen in Bürgertugenden zu bauen, die weit reichende Erziehungs-, Moralisierungs- und Vergemeinschaftungsleistungen voraussetzen. Allerdings muss auch Habermas eine ‚entgegenkommende politische Kultur' voraussetzen. Diese ist nicht als affektuelle Gemeinschaft zu verstehen, sondern wird

von universalistischen moralischen Gehalten in Gestalt von Menschenrechten und politischen Prinzipien getragen.

Freilich: Ohne einen bestimmten Grad der Achtung und Wertschätzung der ethischen Entwürfe kollektiver wie individueller Art, ohne eine wechselseitige auch emotionale Annäherung kann eine Gesellschaft, eine Demokratie, nur unter ansonsten günstigen Umständen dauerhaft politisch integriert werden. Eine Gesellschaft ist in ihren Grundstrukturen zudem nur dann als gerecht und wohlgeordnet zu bezeichnen, wenn sie einen bestimmten Grad auch der sozialen Achtung und Wertschätzung der ethischen Entwürfe beinhaltet. Gerechtigkeit impliziert mehr als Koexistenz, sie fordert auch ein Netz der sozialen Wertschätzung und des Respekts vor der Besonderheit des jeweiligen kulturellen Entwurfs.

Wie aber ließe sich der deliberative Diskurs des öffentlichen Vernunftgebrauchs selber emotional absichern, wenn er weder aus sich selbst heraus die emotionalen Bedingungen seiner Stabilisierung schafft noch auf die externe Zufuhr durch vorpolitische Instanzen angewiesen sein kann? Hierfür wären die politischen Prozesse, aus denen affektuelle Bindungen hervorgehen, weiter zu fassen als die stark kognitiv ausgerichteten Prozesse der Deliberation:

„Als eine mögliche Konsequenz aus diesen letzten Überlegungen könnte es darauf ankommen, die kognitivistische Ausrichtung des deliberativen Demokratiemodells zu mildern und es mit nicht-diskursiven Formen der Interaktion enger zu verknüpfen. In diesen träte die Klärung von Geltungsfragen hinter das Verstehen, Verstehenwollen und die Suche nach Bedingungen des wechselseitigen verständnisvollen (nicht gleichgültigen) Gelten-Lassens und Weiterkommunizierens im Dissens zurück. In derartigen über das Diskursive erweiterten kommunikativen Arrangements spielte die argumentative Prüfung des normativen Gehalts moralischer Gefühle und die argumentative Prüfung des kognitiven Gehalts von Emotionen ebenso eine Rolle wie die auf wechselseitiges Verstehen ausgerichtete Explikation individueller und kollektiver Gefühlslagen und die gemeinsame Suche nach einem Modus für folgende Interaktionen.

Diskurse wie explikative Momente ständen im Zeichen einer Gefühlsmoderation, -entfaltung und -gestaltung, die ein weites Spektrum an Emotionen zur Geltung brächte, solange diese von Formen der Wertschätzung auch dann begleitet würden, wenn sich keine gemeinsamen Werte ausfindig machen ließen und ein normativer Konsens nicht zu erreichen wäre. Eine durch Verständniswillen und Wertschätzung moderierte und gestaltete Emotionalität wie eine von emotionaler Wertschätzung getragene Rationalität wären damit ins Zentrum der Selbstreproduktion demokratischer Gesellschaften zu stellen. Die Bedingungen der Möglichkeit von Wertschätzung, Gefühlsmoderation und Unterstützung diskursiver wie explikativer Arrangements innerhalb des politischen Systems wie im gesellschaftlichen Alltag herzustellen, muss dabei als permanente Aufgabe demokratischer Politik verstanden werden.“ (Klein/Nullmeier/von Wersch 1999b: 358)

3 Politische Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts

Angeregt durch die Frankfurter Diplomarbeit rückte die Auseinandersetzung mit ordnungspolitischen Grundideen und normativen Ansätzen der Demokratietheorie unter Berücksichtigung ihrer ideengeschichtlichen Hintergründe in den Vordergrund. Sie bot die Möglichkeit, Spannungsfelder der Demokratietheorie zwischen Ideologiebildung und normativer Theorie auszuleuchten. Vor diesem Hintergrund hat der Autor das 1990 erfolgte Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung dankbar aufgegriffen, sich als Autor zusammen mit Gerhard Göhler an die Darstellung der politischen

Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts zu wagen (Klein/Göhler 1991).

In dem gemeinsamen großen Buchbeitrag bearbeitete der Autor die Themen Vor- und Frühsozialismus, Sozialismus, Anarchismus und Nationalismus sowie mit Gerhard Göhler den einleitenden Gesamtüberblick zum 19. Jahrhundert.[6] Da es sich bei der Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts um eines der Hauptwerke des Autors handelt (neben der Arbeit zum „Diskurs der Zivilgesellschaft"), soll sie hier etwas ausführlicher im Überblick dargestellt werden.

In besonderer Weise wurde der ‚Wandel der bürgerlichen Gesellschaft' zu einem Orientierungspunkt der ideengeschichtlichen Darstellung. Da dieser Orientierungspunkt auch für die spätere Berliner Dissertationsschrift des Autors zum Diskurs der Zivilgesellschaft grundlegend war, soll er hier ausführlicher zitiert werden:

„Im klassischen alteuropäischen Verständnis ist das ‚Haus' die maßgebliche ökonomische Einheit und Grundlage gesellschaftlicher Beziehungen. Bürgerliche Gesellschaft ist die politisch-ständische Ordnung des Gemeinwesens, die sich über den Lebenskreis des Bürgers im Haus erhebt und in deren Herrschaftsform der Bürger eingebettet ist. Bürgerliche Gesellschaft ist von der politischen Herrschaftsform, dem ‚Staat', nicht abgelöst: civitas, societas civilis, res publica bezeichnen gleichermaßen die Gemeinschaft der Bürger, bürgerliche Gesellschaft ist so im klassischen Verständnis societas civilis sive politica. Dieses bereits von Aristoteles formulierte Gesellschaftsmodell bleibt, trotz aller Veränderungen der Herrschaftsstruktur, bis weit in die Neuzeit hinein maßgeblich. Erst im 17. und 18. Jahrhundert führt die Emanzipation des Bürgertums zu einem strukturellen Umbruch. Bürgerliche Gesellschaft als politische Organisationsform der Bürger, in welche der private ökonomische Bereich ständisch abgestuft eingelagert ist, wird nun zum primär ökonomischen Betätigungsfeld des sich emanzipierenden Bürgertums, welches der politischen Staatsgewalt gegenübersteht.

Im Zuge der Zentralisierung der Herrschergewalt im neuzeitlichen territorialen Flächenstaat nivelliert der absolutistische Staat, insbesondere auf dem Kontinent, soweit möglich die bestehenden ständisch-feudalen Strukturen mit ihren abgestuften und vielfach selbst gegebenen Rechten, um seine Bürger gleichermaßen zu ‚Untertanen' zu machen. Das bedeutet zunächst eine Entrechtung der societas civile sive politica, den Verlust ihres status politicus und eine Frontstellung der altständischen Gesellschaft gegenüber dem absolutistischen Staat. Zugleich ergeben sich partielle Interessenidentitäten – einerseits zwischen Adel, Klerus und Krone, um Herrschaftspositionen aufrechtzuerhalten und wechselseitig abzusichern, andererseits aber auch zwischen Bürgertum und Krone, sofern der Abbau feudaler Privilegien der expandierenden Wirtschaftsgesellschaft zugute kommt und sofern diese überdies, wie in England, so stark ist, um nachhaltigen Einfluss auf die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen nehmen zu können. (Klein/Göhler 1991: 260)

Mit der Entwicklung umfassender Marktbeziehungen werden Eigentum, Markt und Kapital zu den dominierenden Prinzipien der ‚bürgerlichen Gesellschaft'. Die zentrale Stellung der Ökonomie für das menschliche Zusammenleben ist durchaus mit den Geboten der Religion (v. a. im Calvinismus) und der Moral vereinbar. Das Bürgertum sucht sich vor diesem Hintergrund von ständisch-feudalen Einengungen und staatlichen Eingriffen zu emanzipieren, um einen politisch berechenbaren Rahmen für eine rational begründete, religiös und moralisch fundierte sowie autonom gestaltete Lebensführung herzustellen.

„An die Stelle einer berufsständisch oder durch ererbte Privilegien vorgegebenen Hierarchie tritt ein durch Besitz, Stellung im Produktionsprozess und Bildungsniveau definiertes,

prinzipiell durchlässiges soziales Gefüge. An die Stelle überkommener korporativer Bindungen tritt der Individualismus als maßgebendes Prinzip sozialer Beziehungen. Charakteristische Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft ist der freie Zusammenschluss in Vereinen, Assoziationen und Gesellschaften. Mit der Dekorporierung sind für die Individuen neue, durchgängige Orientierungen erforderlich. Sie finden sich in gesamtgesellschaftlich auftretenden politischen und sozialen Bewegungen mit ihren Ideen und Ideologien (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus etc.). (…)

Einer entstehenden bürgerlichen Öffentlichkeit fällt die Aufgabe zu, gesellschaftliche Praxis horizontal im Prinzip der Publizität zu vermitteln. Die sich auf eine Infrastruktur freier Assoziationen stützende bürgerliche Öffentlichkeit soll die Vermittlung partikularer Interessen und einer aufs Allgemeine gerichteten Vernunft ermöglichen. (…)

In der bürgerlichen Gesellschaft wird der Begriff des Bürgers doppeldeutig. Ursprünglich ‚Stadtbürger', bezeichnet er nun einerseits in politischer Verallgemeinerung den ‚Staatsbürger' (citoyen), andererseits spezifiziert er den Bürger als Angehörigen eines besonderen Standes in Abgrenzung gegen Adel, Geistlichkeit und Bauernstand durch seine ‚Bürgerlichkeit'. Sie drückt sich in Kultur und Lebensführung des Bürgertums, aber auch in seinen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen als eine eigene Identität aus. Bürgerlichkeit als Lebensform, aber auch als leitende utopische Idee einer Gesellschaft der Freien und Gleichen – Grundvorstellung des Liberalismus – ist Kennzeichen des Bürgertums als sozialer Formation, vornehmlich des Bildungsbürgertums und der bildungsinteressierten Geschäftsleute." (Klein/Göhler 1991: 261-262)

Die Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft führt im 19. Jahrhundert zu einer bisher nicht gekannten Verbindung von politischen Theorien und sozialen und politischen Bewegungen. Das politische Denken des 19. Jahrhunderts ist weithin durch ideologische, d.h. auf Interessenlagen realhistorischer Bewegungen verweisende Zuordnungen charakterisierbar, so dass es nun in liberale, konservative, sozialistische und anarchistische Theorien eingeteilt werden kann (lediglich der Nationalismus liegt quer dazu). An die Stelle der Entfaltung von Argumenten aus zugrunde liegenden Prinzipien tritt allmählich die Konkurrenz von ‚Weltanschauungen', die den Vernunftanspruch zwar nicht aufgeben, aber bei aller theoretischer Elaboriertheit doch vor allem ihre politischen Ordnungsvorstellungen und die daraus resultierenden Zielsetzungen präsentieren.

Im Folgenden beschränke ich mich – unter Aussparung der Überlegungen zum Anarchismus und Frühsozialismus – auf das problematische Verhältnis zur Demokratie bei Karl Marx:

„Für die weitere Entwicklung des sozialistischen politischen Denkens gewinnt das Werk von Karl Marx und Friedrich Engels eine besondere Bedeutung. In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts werden ihre Auffassungen, ausgebaut zur politischen Weltanschauung des Marxismus, zum dominierenden Einflussfaktor der organisierten Arbeiterbewegung. Dies gilt trotz der notwendigen Einschränkung, dass der Marxismus in England bedeutungslos bleibt und sich in Italien, Frankreich oder Russland seinen politischen Einfluss auf die Arbeiterbewegung mit nichtmarxistischen Formen des Sozialismus und mit dem Anarchismus teilen muss. Angesichts eines wachsenden politischen Einflusses der sozialistischen Arbeiterbewegung im sich schrittweise demokratisierenden politischen System und den Herausforderungen veränderter politischer Handlungsbedingungen eines entwickelten Kapitalismus kommt es innerhalb des Marxismus zu Kontroversen über die zu verfolgende Transformationsstrategie. Diese führen zur internen Ausdifferenzierung politischer Strömungsrichtungen. Es entstehen neben einem orthodox-

marxistischen Zentrum der Revisionismus und die radikale Linke. Im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzungen stehen die Bewertung der politischen Demokratie und das Verhältnis von Reform und Revolution. Die Debatten deuten die Differenzen an, die anlässlich des Ersten Weltkrieges zu einer Trennung der sozialistischen und kommunistischen Bewegung führen.

Gegenstand dieser Diskussionen ist nicht zuletzt das Verhältnis von Sozialismus, Liberalismus und demokratischer Bewegung. Mit dem Liberalismus teilt der Sozialismus von vornherein die Fortschrittsgewissheit des Denkens und die Bezugnahme auf die Prinzipien der Französischen Revolution. Mit seiner Forderung einer politischen Beteiligung der Arbeiterschaft wird der Sozialismus zu einem bedeutenden Einflussfaktor der politischen Demokratisierung. Er bleibt aber hinsichtlich des Verhältnisses von konstitutioneller und sozialer Frage ambivalent und fällt mit der von ihm proklamierten politischen Übergangsform einer ‚Diktatur des Proletariats' hinter die Positionen eines demokratischen Republikanismus zurück. In der auf Marx rekurrierenden sozialistischen Theorie ist die soziale Revolution die Voraussetzung einer umfassenden Demokratisierung und kann in einer klassenlosen Gesellschaft auf staatlich-politische Institutionen im herkömmlichen Sinn verzichtet werden. Die Konzeption der ‚Diktatur des Proletariats', die die soziale Revolution durch die Gewaltmittel des eroberten Staates absichern will, wird zum Ausgangspunkt eines tief greifenden Zerwürfnisses mit dem Anarchismus. Dieser lehnt die diktatorische Geburtshelferrolle des Staates für eine herrschaftsfreie Gesellschaft mit prinzipiell antiinstitutionalistischen Argumenten ab." (Klein/Göhler 1991: 275-279)

Die Auseinandersetzung mit der Marxschen Gesellschaftstheorie macht die Notwendigkeit einer Unterscheidung von bürgerlicher Gesellschaft und Zivilgesellschaft deutlich. Den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft hatte Marx von Hegel übernommen (siehe Klein/Göhler 1991; Klein 2001a: 97-130; Klein 2001b). Darunter wurde im Wesentlichen – und bei Marx ja mit einem sehr kritischen Zugang – die moderne Wirtschaftsgesellschaft ihrer Zeit verstanden. Die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft war noch für die politische Generation von 1968 ganz in dieser Tradition immer vor allem eine Kritik der kapitalistischen Gesellschaft. Für den Autor wurde dieses verkürzte Verständnis von bürgerlicher Gesellschaft zu einem zentralen Ansatzpunkt, um sich intensiv mit der Zivilgesellschaft auseinanderzusetzen und die Theoriedebatte voranzutreiben.

4 Der Diskurs der Zivilgesellschaft

In einem Beitrag für das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen finden sich erste Skizzen für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem zeitgenössischen Diskurs der Zivilgesellschaft seit den 1970er Jahren (Klein 1991). 1999 erschien dann die Arbeit „Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung", die zugleich als Promotion an der FU Berlin angenommen wurde (Klein 2001a).[7] Die Arbeit analysiert die politischen Verwendungskontexte und das Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft in den Transformationsprozessen vor allem in Ostmitteleuropa, aber auch in den Reformdiskussionen der sozialistischen europäischen Linken, der neuen sozialen Bewegungen, der neuen Frauenbewegung und der transnational agierenden NGOs, die auf Konzepte einer ‚internationalen Zivilgesellschaft' rekurrieren. In einem zweiten, demokratietheoretischen Teil werden die ideengeschichtlichen Bezüge der neueren Begriffsverwendung und seine demokratietheoretischen Bezüge dargestellt. In der Folge habe ich das Thema immer wieder aufgegriffen (Klein 2005; 2006) und auch für die Diskussionen über das

‚bürgerschaftliche Engagement' fruchtbar gemacht.

Normativ arbeiten sich im Konzept der Zivilgesellschaft zwei große Theorietraditionen des politischen Denkens aneinander ab: Die eine große Tradition ist der Liberalismus mit den Akzentsetzungen sowohl auf negative Abwehrrechte als auch auf – im *politischen Liberalismus* profiliert – positive Freiheitsrechte, die für das moderne demokratische Verständnis von prägender Bedeutung sind (Klein 2001: 278-294).[8] Die andere große Tradition ist der politische Republikanismus mit seinem Akzent auf Bürgertugenden, der insbesondere über die sogenannte Kommunitarismusdiskussion seit den 1980er Jahren eine neue Aufmerksamkeit erfahren hat. Doch zu starke Tugendzumutungen sind in einer freiheitlichen Gesellschaft zu vermeiden. Normativ spannungsvoll bleibt daher im Diskurs der Zivilgesellschaft das Bemühen, das Erbe von Liberalismus und Republikanismus miteinander zu vermitteln. Dies lässt sich von Herfried Münkler über Michael Walzer und Charles Taylor, von Seyla Benhabib bis Jürgen Habermas beobachten (Klein 2001: 271ff.).

4.1 Zur Methodik des Begriffsverständnisses

Für das neuere Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft lassen sich zwei analytische Zugänge unterscheiden. Zum einen eine bereichslogische Unterscheidung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft sowie einer dieser vorgelagerten Privatsphäre (so auch Klein 2001): Dieser Zugang setzt sich aus Sicht der Systemtheorie eines Niklas Luhmann zwar dem Vorwurf aus, hinsichtlich der Vielzahl ausdifferenzierter gesellschaftlicher Teilsysteme unterkomplex anzusetzen. Größere Nähe gibt es etwa hinsichtlich soziologischer Unterscheidungen von System und Lebenswelt oder auch von System- und Sozialintegration. Der bereichslogische Zugang zur Zivilgesellschaft bietet eine Gesellschaftstopographie mit vor allem heuristischer, die Erkenntnis aufschließender Funktion. Dies gilt nicht nur für die dann erforderliche Benennung der spezifischen Merkmale und Eigenheiten des Bereiches der Zivilgesellschaft im Unterschied zu Staat und Markt, sondern natürlich auch hinsichtlich der dann konzeptionell sichtbar werdenden intermediären Räume zwischen Zivilgesellschaft und Staat und zwischen Zivilgesellschaft und Markt.

Der andere Zugang zum Begriffsverständnis, der in den letzten Jahren vor allem am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung akzentuiert worden ist, setzt mit einer handlungslogischen Unterscheidung an. Auch dieser handlungslogische Zugang startet mit der Grundeinsicht der modernen Soziologie, dass moderne Gesellschaften sich durch Prozesse der Differenzierung entwickeln. Doch er konzentriert sich auf die in Folge dieser Differenzierungsprozesse entstehenden handlungslogischen Konsequenzen: So wird in der Tradition des Soziologen Talcott Parsons etwa mit dem Bereich Wirtschaft das Gewinnstreben und eine Handlungskoordination durch das Medium Geld, mit dem Bereich Staat die Handlungsorientierung an Machtzuwachs verbunden. Mit dem Bereich Gemeinschaft kann das Streben nach Einfluss und mit dem Bereich Kultur kann ‚Commitment' als Handlungsorientierung verbunden werden.

Bei Jürgen Habermas finden sich die Unterscheidung zwischen System und Lebenswelt: System sind Staat und Markt (vermittelt durch Geld bzw. Macht) und Lebenswelt ist der Bereich der Gesellschaft, der durch kommunikatives Handeln vermittelt ist. Hier ist gesellschaftstheoretisch die Zivilgesellschaft angesiedelt. Handlungslogische Unterscheidungen kontrastieren die Machtorientierung im politischen Raum und das Profitstreben im wirtschaftlichen Raum mit der Orientierung an Solidarstreben und dem Ethos der Selbstorganisation als handlungslogisches Prinzip im zivilgesellschaftlichen

Raum. Damit rücken – unter Anerkennung der prinzipiellen Gleichheit trotz Verschiedenheit und damit der Autonomie und freien Entfaltung aller Gruppen und Assoziationen – Interaktionsformen in den Vordergrund, die, so Dieter Gosewinkel und Dieter Rucht, verhandlungsförmigen und/oder deliberativen Mustern folgen und auf Kompromiss bzw. Konsens angelegt sind.

4.2 Demokratietheoretische Zugänge

Zivilgesellschaft ist nicht eindeutig verbunden mit einem spezifischen demokratietheoretischen Ansatz, wohl aber mit einem mehr oder weniger stark ausgeprägten demokratiepolitischen Anspruch (zum Folgenden siehe Klein 2001: 311-376). Die politischen Funktionszuweisungen – und damit der demokratietheoretische Fokus – unterscheiden sich bei den Autoren der neueren Zivilgesellschaftsdebatte entlang verschiedener normativer demokratietheoretischer Zugänge.

In einem akzentuiert republikanischen Verständnis verstehen Helmut Dubiel, Ulrich Rödel und Günther Frankenberg (1999) Zivilgesellschaft in Anschluss an Hannah Arendt als den Ort gesellschaftlicher Selbstregierung. Diese Funktionszuschreibung ist allerdings mit guten Gründen als unrealistisch bezeichnet worden. Auf der anderen Seite hat Jürgen Habermas (1992) Zivilgesellschaft als eine Art Frühwarnsystem für die administrativen und repräsentativen Strukturen eines demokratischen Staates beschrieben. Rainer Schmalz-Bruns (1995) und andere Autoren haben diese Funktionszuschreibung wiederum als zu schwach kritisiert und ihrerseits demokratietheoretische Programme (‚reflexive Demokratie') entwickelt, die mit Blick auf Zivilgesellschaft eine Demokratisierung repräsentativer Demokratien ins Auge fassen.

Konzepte der ‚reflexiven Demokratie' fragen danach, wie Institutionen der Demokratie demokratisch fortentwickelt werden können und sehen in der Zivilgesellschaft den Ort der Selbstverständigung demokratischer Praxis über ihre Erfahrungen und Entwicklungsalternativen. Im Anschluss an Konzepte der ‚deliberativen Demokratie' steht dabei die Öffnung von Institutionen und Entscheidungsprozessen für öffentliche Debatten und Argumente im Vordergrund. Dann geht es nicht so sehr um die Anzahl der Beteiligten, sondern um die Zugangsoffenheit für gute Gründe und Betroffenheitsgesichtspunkte in Entscheidungsverfahren. In Konzepten der ‚assoziativen Demokratie' (Schuppert 1997) wird danach gefragt, wie weit sich das Organisationsgefüge von Verbänden, Vereinen und Netzwerken zu binnendemokratischen und zwischenorganisatorischen Demokratieräumen im Sinne einer ‚Schule der Demokratie' entwickeln kann und wie ihre Rolle in politischen Entscheidungsprozessen gestärkt werden kann. Am bekanntesten ist natürlich das direktdemokratische Argument, das hierzulande demokratiepolitisch die größte Aufmerksamkeit genießt, obwohl diese Vorrangstellung demokratietheoretisch nicht unbedingt zwingend ist.

4.3 Politische Kontexte des neueren Zivilgesellschaftsdiskurses

Der neuere ‚Diskurs der Zivilgesellschaft' ist in starkem Maße auch zeitgeschichtlich und politisch motiviert. Ich möchte die These wagen: Ohne ein erhebliches politisches Interesse an der Begriffsverwendung seitens verschiedener Akteure wäre ‚Zivilgesellschaft' heute nicht als *politischer Begriff* etabliert. In der frühen 1990er Jahren haben viele Kommentatoren den Zivilgesellschaftsdiskurs im Wesentlichen als eine auf Ost-Mittel-Europa beschränkte Diskussion verstanden. Obwohl ich diese Rezeption (und auch die Verkürzung der Zivilgesellschaft auf die Perspektive einer ‚nachholenden Revolution') für falsch halte, ist natürlich die Zivilge-

sellschaftsdebatte insbesondere in den Ländern Polen, der damaligen Tschechoslowakei und Ungarn von großem Einfluss gewesen.

4.3.1 Zivilgesellschaft im Prozess demokratischer Transformation

Seitens der Dissidenten- und Bürgerbewegungen war ohne Zweifel die ‚Solidarnosc' in Polen von größtem politischem Gewicht (zum Folgenden Klein 2001: 35-96). Für die polnischen Aktivisten war Zivilgesellschaft vor allem ein politisch-strategisches Konzept, das von sehr harten politischen Erfahrungen ausging: In Polen war den Vertretern der Dissidenz und später der Bürgerbewegung eines klar: Sie konnten die autoritäre Staatsmacht nicht gewaltsam herausfordern, weil dies nur zu Reaktionen der Gewalt geführt hätte und die Macht der Zivilgesellschaft zerstört hätte. Die von Hannah Arendt getroffene Unterscheidung von Macht und Gewalt ist für das Verständnis der gewählten politischen Strategie instruktiv: Ganz ausdrücklich wurde der Aufbau von Strukturen der Zivilgesellschaft als einer Gegengesellschaft betrieben. Er war nur unter der Voraussetzung möglich, dass der Machtanspruch des Staates nicht gewaltsam provoziert, dafür aber um so wirksamer kulturell unterminiert wurde – bspw. durch den Aufbau von alternativen Universitäten und Theatern oder den Aufbau der Samisdad-Presse des Untergrundes. Natürlich sind für die Transformationsprozesse nicht nur in Polen, sondern in ganz Mittelosteuropa zwei bedeutende externe Faktoren anzuführen: der Einfluss des inzwischen verstorbenen Papstes Johannes Paul II. und die Politik des KPdSU-Generalsekretärs Gorbatschows, der auf die Durchsetzung des Machtanspruches des Hegemonialstaates verzichtet hatte und so Freiräume eingeräumt hat, die die Akteure der Zivilgesellschaft nutzen konnten.

Insgesamt wurde die Diskussion zur Zivilgesellschaft in Ost-Mittel-Europa mit großer Differenziertheit und facettenreich geführt, was hier nicht ausgeführt werden kann. Nur einige wenige Hinweise an dieser Stelle: Bei Václav Havel findet sich ein eher ideologiekritischer Zugang zur Zivilgesellschaft in Gegenstellung zu dem auf machtgestützten Lügen aufgebauten System kommunistischer Herrschaft und einer kontrollierten Öffentlichkeit. Diese Lesart wurde im Umfeld der Charta 77 mit expliziten Bezügen auf die Menschenrechtsakte von Helsinki verfochten und wurde zur einflussreichen Deutungsfolie der ‚samtenen Revolution'. In Ungarn war das Konzept der Zivilgesellschaft stärker verbunden mit auf freie Märkte zielenden Akzentsetzungen.

Diskussionen über Zivilgesellschaft als politisch-strategischer Bezugspunkt, aber auch normativen Reflexionshorizont für demokratische Transformationsprozesse finden sich – übrigens in Europa kaum rezipiert – zur selben Zeit in Lateinamerika und Asien. Ausgangspunkt der dortigen Diskussionen war die Überwindung der Militärdiktaturen. Etwas später setzte die Diskussion in Afrika ein. Die Transformationsforschung unterscheidet die drei Phasen der ‚Liberalisierung', ‚Demokratisierung' und der ‚demokratischen Konsolidierung'. Sie gibt Hinweise auf einen phasenspezifischen Funktionswandel der Zivilgesellschaft. Ist diese in der Liberalisierungsphase das politische Zentrum der Entwicklung, so übernehmen bereits in der Phase der Demokratisierung neue Akteure, vor allem Parteien, die Federführung – ein Prozess, der bei den Akteuren des demokratischen Aufbruchs oftmals auch zu persönlichen Enttäuschungen führt, zugleich aber einige der Akteure aus der Zivilgesellschaft der Liberalisierungsphase an die Spitze der staatlichen und politischen Institutionen und Organisationen führt. In der Konsolidierungsphase schließlich bilden sich Strukturen und Akteurskonstellationen der Zivilgesellschaft im Rahmen des neuen politischen Systems erst allmählich zu stabilen Formen heraus.

4.3.2 Zivilgesellschaft in den westlichen Demokratien

In den westlichen Demokratien gibt es eigene Zugänge zur Zivilgesellschaftsdiskussion (dazu Klein 2001: 97-204). Eine besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die ‚neuen sozialen Bewegungen'. Diese suchen nach normativen Bezugspunkten und einem ordnungspolitischen Deutungsrahmen für ihre eigenen Aktivitäten und für den eigenen Akteursstatus, den sie als einen politischen Status gegenüber den Parteien und Verbänden des Systems der Interessenvermittlung reklamieren. Die Bewegungsakteure möchten konzeptionell beschreiben, was sie machen und wer sie als politischer Akteur eigentlich sind. Auch wenn ein Teil der Akteure mit den Grünen den Weg der Parteibildung genommen hat, gehen die neuen sozialen Bewegungen nicht im Parteiensystem auf. Der Diskurs der Zivilgesellschaft wird in den westlichen Demokratien zu einem ordnungspolitischen Deutungsrahmen der neuen sozialen Bewegungen und auch – hier mit einem transnationalen und internationalen Akzent – der NGOs.

Die Frauenbewegung hat eigene Zugänge in die Diskussionen über Zivilgesellschaft eingebracht (Klein 2001: 186-204): Mit der Parole der neuen Frauenbewegung ‚das Private ist politisch' wurden geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Rollenmuster und Ungleichheiten hinterfragt und grundlegende Abgrenzungen der politischen Ideengeschichte zwischen Privatsphäre, Zivilgesellschaft und Staat in Frage gestellt. Galt im klassischen Republikanismus der *oikos*, das Haus, noch als unhinterfragte Voraussetzung der Bürgertugenden einer von Männern beherrschten Polis, so wird in den Konzeptdebatten der neuen Frauenbewegung zur Zivilgesellschaft die Familie zur Urform einer nach Kriterien von individuellen Autonomieansprüchen zu bewertenden Assoziation der Zivilgesellschaft selber. Unhintergehbar wird im Kontext dieser Diskussionen zumindest die Einsicht, dass der Raum des Privaten historisch wandelbaren Grenzziehungen unterliegt, die selber einen politischen Charakter haben.

4.3.3 Internationale Zivilgesellschaft

Einen weiteren ideengeschichtlich bedeutenden Verwendungskontext des Konzepts der Zivilgesellschaft stellt die Debatte über transnationale oder internationale Zivilgesellschaft dar (Klein 2001: 205-249). Die Protagonisten der Diskussion kommen zunächst vor allem aus der Gesellschaftspolitik. NGOs und globalisierungskritische Bewegungen beziehen sich auf ein Konzept internationaler Zivilgesellschaft und verstehen sich zumeist selber als Akteure dieser internationalen Zivilgesellschaft (dazu siehe auch Walk/Klein/Brunnengräber 2001; Klein 2002; Klein/Walk/Brunnengräber 2005; Roth/Klein 2006). Ausgangspunkt ist die von der internationalen Politikforschung seit 1989 festgestellte Entwicklung eines zunehmenden Einflussgewinns der ‚Gesellschaftswelt' in einer Politikarena, in der zuvor die ‚Staatenwelt' gleichsam als Monopolist agieren konnte. Empirisch variiert der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf politische Entscheidungsprozesse – konzeptionell in der Politikwissenschaft als Wandel von ‚government' zu ‚governance' reflektiert.

Im internationalen Politikfeld gibt es über 300 Regime, in denen Probleme politisch nicht mehr alleine durch die Staatenwelt reguliert werden. Es sind in jedem dieser Regime – etwa die Artenkonvention, der Klimaschutz oder die Antarktiskonvention – jeweils andere Netzwerke von Akteuren und ganz verschiedene Staffelungen von Macht und Einfluss auch zivilgesellschaftlicher Organisationen auf die Entscheidungsfindung anzutreffen – das ist eine empirische Frage (siehe dazu die Beiträge in Geiling/Klein/Koopmans 2001 und in Brunnengräber/Klein/Walk 2005).

Das Konzept der internationalen Zivilgesellschaft öffnet den Blick insbesondere für die Entwicklung transnationaler Netzwerke und die dort möglichen Lern- und Sozialisationsprozesse mit ihren Folgen für ein gemeinsames normatives Hintergrundverständnis, für Prozesse der Herausbildung transnationaler Öffentlichkeit, deren Strukturen und deren Auswirkungen für öffentliche Meinungsbildung und für die Einflussnahme der public interest-Organisationen und NGOs auf politische Entscheidungsfindung.[9]

Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Demokratisierung der Weltgesellschaft dürfte aus einer analytisch-empirischen Perspektive insbesondere bei der Beratung der Normen und Ziele für die globale Regulation und Rahmensetzung und bei der Überwachung und Kontrolle der Einhaltung dieser Normen durch die unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Akteure liegen. Von besonderem Interesse sind auch die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure des Nordens und des Südens.[10]

Der Autor hat – hier den vorsichtig-optimistischen Erwartungen von Autoren wie Jürgen Habermas durchaus folgend – die Diskussionen über eine europäische Zivilgesellschaft innerhalb der Konzeptdebatte über Zivilgesellschaft mit Interesse verfolgt (Klein 2001: 243-249). Doch kann hier nur mit Blick auf empirische Entwicklung und mit analytischer Schärfung des Blicks vorgegangen werden. Ein Kongress am WZB zum Thema „Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa“ hat diese Herausforderungen aufgenommen. In der Einleitung des aus dem Kongress entstandenen Bandes schreiben die Herausgeber Hans-Jörg Trenz, Ansgar Klein und Ruud Koopmans:

„In der Diskussion um eine Demokratisierung der EU zeichnet sich eine allgemeine Präferenz für ein voluntaristisches Integrationsmodell ab, das gegenüber allen substantialistischen Zweifeln und Einwänden den unbestreitbaren Vorteil besitzt, die europäischen Bürgerinnen und Bürger in das EU-Regieren einzubinden und handlungsfähig zu machen. (…) Die Beiträge in diesem Sammelband teilen die Skepsis gegenüber den von der Politik propagierten Lösungsansätzen einer Föderalisierung und Konstitutionalisierung der EU als Königsweg für eine Lösung des europäischen Demokratieproblems. Die herbei gewünschte Föderation ist immer auch Ausdruck eines überkommenen Wunsches nach Einheitlichkeit, aber auch nach Eindeutigkeit und zeugt von daher eher von der Fantasielosigkeit ihrer Advokaten, die sich neuartige experimentelle Designs nicht vorstellen können.

Grundsätzlich problematisch erscheint nach wie vor die Versöhnung des föderalen Gedankens mit den von der Europaforschung herausgearbeiteten Eigenarten des EU-Netzwerkregierens in einem dynamischen Mehrebenensystem. In einem Mehrebenenspiel drohen sich die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Verfahren demokratischer Selbstbestimmung immerzu gegenseitig zu behindern. Damit Demokratie in Europa nicht zum Hindernis für Demokratie im Nationalstaat wird, und umgekehrt die nationalen Eigeninteressen nicht die prinzipiell möglichen Effizienzgewinne europäisch-koordinierter Lösungsstrategien in den einzelnen Politikbereichen blockieren, muss verhindert werden, dass sich Identitäten auf den unterschiedlichen Ebenen verschanzen und gegenseitig ausschließen bzw. Öffentlichkeiten voneinander abgrenzen statt ineinander zu diffundieren.

Die Erfolgsgeschichte europäischer Integration zeigt, dass eine solche Umwandlung von Nullsummenspielen zwischen nationaler und europäischer Ebene in Positivsummenspiele, von denen beide Seiten profitieren können, nicht nur prinzipiell möglich, sondern bereits vielfach alltäglich geworden ist. Empirische Untersuchungen zur kollektiven Identitätsbildung zeugen heute schon davon, dass sowohl die Gefahr einer sich wieder verfestigenden Kon-

frontationslinie zwischen den partikularen (nationalen) Gruppenidentitäten als auch die Gefahr des Aufbrechens neuer Konflikte zwischen nationalen und europäischen Identitätsmustern gering ist. Die beispielsweise in Eurobarometer-Surveys befragten Europäer fühlen sich mehrheitlich ihrem Nationalstaat *und* Europa zugehörig. Nicht das ‚entweder – oder' der sich ausschließenden Identitäten, sondern das ‚sowohl – als auch' der multiplen Identitäten bestimmt die gängigen Identitätsmuster der Europäer.

Die Beiträge in diesem Sammelband lassen sich schließlich auch auf einen Vorschlag reduzieren, die Suche nach den Konstituenten für Demokratie in Europa im Sinne eines vorgefassten Demos der Suche nach den Bedingungen für die Entfaltung demokratischer Praxis im Sinne einer sich selbst konstituierenden Bürgerschaft unterzuordnen. Erst die Einbindung der europäischen BürgerInnen in unterschiedliche, sich überlagernde Öffentlichkeiten und ihre Teilnahme am politischen Prozess der EU vermag eine Aussöhnung nationaler Konfliktlinien herbeizuführen und interkulturelle Verständigungsprozesse im europäischen Raum zu stimulieren. Anstelle des Demos rückt dann die politische Öffentlichkeit ins Rampenlicht, die die Selbstkonstitution bzw. Selbstimagination einer solchen europäischen Bürgerschaft ermöglicht. Der Demos als ein kommunikatives Konstrukt kann von jeder Substanz des Kollektiven losgelöst werden. Für die Ausbildung demokratischer Handlungspotentiale ist ein geteiltes Schicksal ausreichend, oft nur eine vage Betroffenheit, die an öffentliche Kommunikation Anschluss findet. (…)

Eine supranationale Verfassung erscheint aus dieser Perspektive verzichtbar. Die EU kann sich auch mit dem auf Dauer gestellten experimentellen Design einer verfassungsunabhängigen bürgerschaftlichen Partizipation zufrieden geben. Gemäß des Paradigmas einer sich selbst tragenden Demokratisierung wird jede Form der Kritik, die der EU vorwirft, nicht demokratisch genug zu sein, als Beitrag für ihre inhärente und vermutlich niemals abgeschlossene Demokratisierung willkommen geheißen. Von daher kann die sich ausbreitende Sorge der europäischen Bürgerinnen und Bürger in die demokratische Verfasstheit europäischen Regierens als ein gutes Zeichen gewertet werden, das uns von allen Zweifeln in die Demokratiefähigkeit der EU abbringen sollte." (Trenz/Klein/Koopmans 2003: 15-18; siehe auch Rucht/Richter/Klein 2003)

5 Zivilgesellschaft im reformpolitischen Diskurs

Die theoretisch-konzeptionelle Auseinandersetzung mit Zivilgesellschaft hat der Autor seit dem Jahr 2000 mit der reformpolitischen Diskussion verknüpft (Klein 2005 und 2006 stehen hier für eine Vielzahl weiterer Beiträge). Seit dem Jahr 2000 konnte der Autor selber als Akteur innerhalb dieser Diskussion wirken: Im Jahr 2000 wurde er von der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen, für die Ende 1999 konstituierte Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' des Deutschen Bundestags die wissenschaftliche Arbeit der Fraktion zu koordinieren. In dieser Funktion als wissenschaftlicher Referent der damaligen Mehrheitsfraktion in einer rot-grünen Koalition konnte der Autor nicht nur auf den Abschlussbericht der Enquete-Kommission und die Vergabe von Gutachten Einfluss nehmen, sondern vor allem – dies ist für einen Wissenschaftler besonders wertvoll – seine Überlegungen im engsten Kontakt mit den Perspektiven von Verbänden, Vereinen, Unternehmen, Kommunen, Bundesländern und Bundesregierung fortentwickeln.

Nach Abschluss der Enquete-Kommission wechselte der Autor im Jahre 2002 in die Funktion des Gründungs-Geschäftsführers eines neuen bundesweiten Netzwerkes: dem ‚Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement'

(BBE). Diese berufliche Position hat er auch derzeit inne. Das BBE war auf Empfehlung der Enquete-Kommission durch die Mitglieder des Nationalen Beirats für das 2001 als UN-Kampagnenjahr auch in Deutschland durchgeführte ‚Internationale Jahr der Freiwilligen' im Sommer 2002 gegründet worden. Es soll nicht nur die Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission unterstützen, sondern insgesamt das bürgerschaftliche Engagement und die Strukturentwicklungen der Zivilgesellschaft unterstützen. Insofern konnte der Autor unmittelbar an seine Tätigkeiten im Rahmen der Enquete-Kommission anknüpfen.

Das BBE hat mittlerweile über 200 Mitglieder – von den Kirchen und wichtigen Stiftungen inkl. des Bundesverbands Deutscher Stiftungen über die Bundesverbände der Wohlfahrt, Kultur, des Sports, der Umwelt, Unternehmen und Gewerkschaften, Wissenschaftsinstitute bis hin zu Kommunen, den kommunalen Spitzenverbänden, allen Bundesländern und der Bundesregierung.

In seiner beruflichen Funktion, ergänzt durch zahlreiche Beiratsfunktionen, nimmt der Autor seit dessen Gründung intensiv an den Reformdiskussionen innerhalb des BBE und seiner Mitgliedsorganisationen teil und konnte so einen guten Überblick über den reformpolitischen Diskurs der Zivilgesellschaft gewinnen.[11] Als Mitbegründer und Mitglied der Steuerungsgruppe des Gesprächskreises ‚Bürgergesellschaft und aktivierender Staat' der Friedrich-Ebert-Stiftung konnte der Autor seit 2002 ebenfalls einen kontinuierlichen Austausch über eine zivilgesellschaftlich ausgerichtete Reformpolitik entwickeln.[12]

Aus den vorausgegangenen Überlegungen ist deutlich geworden, dass das neuere Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft in den westlichen Demokratien insbesondere von sozialen Bewegungen und NGOs geprägt worden ist. Dieses Begriffsverständnis wurde in den Diskussionen zu ‚Ehrenamt' und ‚bürgerschaftlichem Engagement' aufgegriffen. Doch ist der Begriff längst auch in den reformpolitischen Diskussionen der Parteien angekommen. Der ursprüngliche emphatische Anspruch der neuen sozialen Bewegungen und einiger Autoren der frühen Zivilgesellschaftsdebatte, die Zivilgesellschaft als eine Alternative zur repräsentativen Demokratie zu verstehen, wurde in der reformpolitischen Diskussionen und den sie reflektierenden Theorie und Programmen rasch korrigiert: In den Vordergrund traten nunmehr stabilisierende, ergänzende und dynamisierende Funktionen der Zivilgesellschaft für liberale repräsentative Demokratien und eine Komplementarität von Staat und Zivilgesellschaft.

Der 2000 publizierte Text von Bundeskanzler Schröder ‚Die zivile Bürgergesellschaft' löste zunächst größere Erwartungen an die seit 1998 amtierende rot-grüne Bundesregierung aus, dass Zivilgesellschaft in ihrer Reformpolitik eine größere Rolle spielen könnte. Doch blieb der Impuls ohne relevante praktische Wirkungen in den großen Themen der Reformpolitik (siehe dazu auch Klein 2002 und die weiteren Beiträge in jenem Band). Allerdings konnte die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von diesem Impuls profitieren.

Zunächst gehe ich kurz auf unterschiedliche Funktionen der Zivilgesellschaft ein. In einem zweiten Schritt behandle ich skizzenhaft zentrale Leitbilder des Reformdiskurses in ihrem Anschluss an Zivilgesellschaft und deren Funktionen. In einem dritten Schritt skizziere ich die reformpolitische Perspektive der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' und die daran anknüpfenden Diskussionen über eine Agenda der ‚Engagementpolitik' und ihre demokratiepolitischen Bezüge.

5.1 Funktionen der Zivilgesellschaft

Zunächst soll grundlegend zwischen verschiedenen Erwartungen an und Funktionen der Zi-

vilgesellschaft unterschieden werden: zwischen politischen und kulturellen Funktionszuweisungen und der Funktion der Zivilgesellschaft als Koproduzent sozialer Leistungen.

5.1.1 Politische Funktionen

Emphatische Überhöhungen der Zivilgesellschaft als dem eigentlichen Ort der gesellschaftlichen Selbstregierung und als Alternative zum Staat, wie sie sich etwa aus einer radikaldemokratisch-republikanischen Perspektive bei dem Frankfurter Autorentrio Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel (1989) finden, bilden eher die Ausnahme. In der Demokratietheorie finden sich, wie bereits dargestellt, auch bescheidenere politische Funktionszuweisungen an die Zivilgesellschaft, etwa bei Habermas als Frühwarnsystem für ungelöste Probleme.

Bei näherer Hinsicht wird ein ganzes Funktionsbündel deutlich, das in der reformpolitischen Diskussion mit dem Konzept der Zivilgesellschaft verbunden wird. Diese Funktionen machen deutlich, dass Zivilgesellschaft keine Alternative zur liberalen repräsentativen Demokratie darstellt, sondern sie ergänzt.

Aus der Perspektive der von Habermas entfalteten ‚deliberativen Demokratie' rückt die an Erbe und Tradition des politischen Liberalismus anschließende *deliberative Funktion* der Zivilgesellschaft als Resonanzverstärker und Artikulator gesellschaftlicher Probleme in der Öffentlichkeit in den Vordergrund. Aus dieser Warte geraten der Strukturwandel der Öffentlichkeit, die Rolle des Mediensystems und die Offenheit der Institutionen des politischen Systems für die Anliegen, Themen und Gesichtspunkte der Öffentlichkeit in den Blick.

Ebenfalls im Anschluss an die Tradition des politischen Liberalismus liegt eine *demokratisch-liberale Interventions-Funktion* der Zivilgesellschaft. Sie bezieht sich auf die verbesserte und intensivierte Vermittlung gesellschaftlicher Interessen ins politische System über die sich entwickelnden Formen der Einbindung auch zivilgesellschaftlicher Akteure in politische Entscheidungsprozesse. Die mögliche Bandbreite reicht hier vom ‚single-issue-Lobbyismus' bis hin zu anspruchsvollen Aktivitäten und Strategien eines ‚public interest-Lobbyismus', der die Agenda von Menschenrechts-, Frauen, Umwelt- oder Entwicklungshilfeorganisationen prägt.

Zu den politischen Funktionen ist – unter Bezugnahme auf einen über den Staat hinausreichendes Verständnis des Politischen – auch die *politische Selbstregulierung der Gesellschaft* zu rechnen, die unmittelbar an die republikanische Tradition des Zivilgesellschaftskonzeptes anknüpft. Dieser Dimension zuzurechnen ist auch die Perspektive einer Demokratisierung gesellschaftlicher Einrichtungen (von Kindergärten und Schulen bis Krankenhäusern und Altenheimen), wie sie in der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' entfaltet worden ist. In dieser Perspektive liegt auch eine Stärkung binnenorganisatorischer Demokratie in Verbänden.

5.1.2 Kulturelle Funktionen

In der reformpolitischen Debatte spielen die kulturellen Funktionen der Zivilgesellschaft zumeist eine besondere Rolle. Zum einen ist die Zivilgesellschaft ein bedeutender Ort der politischen Sozialisation. Zum anderen wird ihr eine sozialintegrative Funktion zugeschrieben.

Zur *Sozialisationsfunktion der Zivilgesellschaft*: Schon Alexis de Tocqueville sprach von der Zivilgesellschaft als ‚Schule der Demokratie'. Die Praxis des Bürgerengagements kann jenen Zusammenhang von Einstellungen, Werthaltungen und Handlungsdispositionen fördern und entwickeln, auf den demokratische politische Institutionen so dringend angewiesen sind. In den Assoziationsformen der Zivilgesellschaft können Toleranz, Respekt und der Verzicht auf Gewalt praktiziert und damit die Voraussetzun-

gen für eine Rationalisierung ethischer Fragen geschaffen werden (Klein/Speth 2000).

Ganz in diesem Sinne weist der amerikanische Sozialphilosoph Michael Walzer auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Entfaltung einer mehrdimensionalen Bürgeridentität hin (dazu auch Klein 2001: 161-185). Sie ist der Ort, an dem Toleranz und dialogische Praxis erst zur gemeinsamen Lebensform werden. Hier können die kulturell differenzierten Identitäten der Bürger und sozialen Gruppen (die Walzer am Vorbild der multi-ethnischen USA vor Augen hat) soweit aufeinander bezogen werden, dass eben die Art der Anerkennung von Andersheit entsteht, derer es bedarf, um in der Einstellung des Staatsbürgers über die soziale Geltung ausdifferenzierter Gerechtigkeit befinden zu können. Die Zivilgesellschaft kann demzufolge als ein politischer Raum verstanden werden, in dem der zivilisatorische Kitt einer wie immer fragilen gemeinsamen Lebensform, der alleine kulturell pluralisierte Gesellschaften zusammenhält, entsteht.

In einer Gesellschaft, deren Akteure von unterschiedlichen lebensweltlichen Totalitätsentwürfen, Weltbildern und Lebensformen gekennzeichnet ist, sind die fragilen, kulturell pluralisierten Teilöffentlichkeiten auf wechselseitige kulturelle Durchdringung angelegt. Im Rahmen der politischen Gemeinschaft liegt hier die Voraussetzung für die Ausbildung eines nachtraditionalen metapolitischen Konsenses. Politik lässt sich nur noch radikal weltimmanent rechtfertigen und die demokratischen Prozeduren sind dann die einzig modernen Formen politischer Rechtfertigung. Das praktizierte Bürgerengagement nimmt demokratische Rechte in Anspruch und macht die Notwendigkeit einer Selbstbegrenzung der zivilgesellschaftlichen Akteure auf die demokratischen Rechte und Verfahren erfahrbar. Dies trägt zu einer Verankerung der Demokratie und ihrer Verfahren in der politischen Kultur bei.

Eine zivilgesellschaftliche Beteiligungskultur kann und muss auch durch institutionenpolitische Bemühungen gefördert werden. Das hat Autoren wie Claus Offe und Ulrich K. Preuß dazu veranlasst, eine auf die Assoziationsverhältnisse der Zivilgesellschaft gerichtete ‚Staatsbürgerqualifikationspolitik' in Verbindung mit einer Absenkung der politischen Entscheidungsprozesse auf die Mikroebene zivilgesellschaftlicher kollektiver Willensbildung vorzuschlagen (Klein 2001: 179-186). Der Kern dieser Idee zielt auf die Öffnung der politischen Institutionen für Prozesse der Deliberation, die ihre Anstöße aus der Zivilgesellschaft bekommen. Eine solche Öffnung soll nicht nur zu einer Verbesserung der politischen Entscheidungen, sondern auch zur Verbesserung der kognitiven und moralischen Qualität der individuellen Präferenzen auf der Input-Seite des politischen Entscheidungsprozesses beitragen.

Die *sozialintegrative Funktion* der Zivilgesellschaft ist insbesondere von Robert D. Putnam unterstrichen worden. In seiner Konzeption des Sozialkapitals steht die vertrauensbildende Rolle zivilgesellschaftlicher Assoziationen im Vordergrund. Diese Funktion wird etwa im Programmen der Entwicklung strukturell schwacher Stadtteile (‚Soziale Stadt'), aber auch bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt über Formen der gemeinnützigen Arbeit ganz gezielt in förderpolitische Programme aufgenommen. Die von Putnam als so wichtig erachteten face-to-face-Netzwerke haben nach dem derzeitigen Stand der Forschung allerdings nicht unmittelbar die Erhöhung des sozialen Vertrauens zur Folge und es scheint kein eindimensionaler Zusammenhang zwischen freiwilligen Assoziationen und Vertrauen zu bestehen (Geissel/Kern/Klein/Berger 2004).

Mit der Differenzierung von verbindendem (‚bonding') und überbrückendem (‚bridging') sozialen Kapital reagiert Putnam darauf, dass zivilgesellschaftliche Assoziationen und deren Netzwerke durchaus auch zu Desintegration

führen können, wenn sie die bestehenden Bindungen innerhalb von Gruppen festigen und sich dabei nach außen abschließen. Besonders wichtig für die soziale Integration sind daher Assoziationsverhältnisse und Netzwerke, welche in der Lage sind, Brücken zwischen Gruppen aufzubauen. Die Bedeutung einer Öffnung der Zivilgesellschaft für multi-ethnische und multireligiöse Kooperation erschließt sich mit Blick auf eine beobachtbare Tendenz der Ethnisierung sozialer Probleme und die Risiken einer parallelgesellschaftlichen Abschottung.

Die theoretischen und empirischen Gesichtspunkte der Sozialkapital-Diskussion, die hier angesprochen sind, konnte ein vom Autor geleiteter Kongress am WZB im Jahre 2002 mit dem Titel ‚Demokratie und Sozialkapital – die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure' näher in den Blick nehmen. In der Einleitung zu einem der aus dem Kongress hervorgegangenen Bände schreiben Brigitte Geißel, Kristine Kern, Ansgar Klein und Maria Berger:

„Bei der Überprüfung der theoretischen Ansätze konzentrieren sich die meisten Beiträge auf Putnams Thesen zur Vertrauens*bildung* in freiwilligen Assoziationen und zur *Wirkung* des dort gewonnenen Vertrauens auf soziale und politische Integration. Die empirisch basierte Kritik bezieht sich vor allem auf vier explizite Thesen und implizite Prämissen Putnams: 1) die Bildung des sozialen Vertrauens durch die Vereinsmitgliedschaft, 2) die Nicht-Berücksichtigung von Selbstselektionsprozessen bei der Vereinsmitgliedschaft, 3) die Übertragung des in Assoziationen gewonnenen Vertrauens auf andere Bereiche und 4) die *per se* integrierende und demokratieförderliche Auswirkung von *face-to-face*-Assoziationen.

Aus empirischen Studien ergibt sich im Gegensatz zu diesen Annahmen erstens, dass das Niveau des allgemeinen Vertrauens keineswegs in allen Ländern mit der Vereinsdichte und der Verbreitung von Vereinsmitgliedschaften zusammenhängt. Die Bildung von Vertrauen auf der Individualebene wird vielmehr je nach gesellschaftlichem Kontext durch zahlreiche unterschiedliche Faktoren determiniert – in einigen Ländern eher durch individuelle Faktoren und in anderen Ländern durch das nähere bzw. weitere soziale Umfeld. (…) Sozialstrukturelle Differenzen, die bei Bourdieu eine wichtige Rolle spielen, erweisen sich somit zumindest in einigen Gesellschaften als zentral für die Vertrauensbildung, während die Mitgliedschaft in Vereinen nicht in jedem Land ausschlaggebend ist.

Zweitens spielen bei der Vereinsmitgliedschaft Selbstselektionsprozesse eine wichtige Rolle. Der Eintritt in Vereine ist vom individuellen Niveau des sozialen Vertrauens abhängig, d.h. Menschen mit einem höheren Maß an Vertrauen in ihre Mitmenschen sind wesentlich eher zu sozialem Engagement bereit. Somit ist soziales Vertrauen vielfach nicht die *Folge* von Vereinsmitgliedschaft, sondern eine *Voraussetzung*.

Drittens führt die Bildung von Vertrauen in *face-to-face*-Assoziationen nicht *per se* zur Erhöhung des generalisierten sozialen oder politischen Vertrauens. Der vermutete Zusammenhang zwischen Mikro- und Makroebene, also die Übertragung von Vertrauen in die anderen Vereinsmitglieder auf das generalisierte soziale Vertrauen oder auf Vertrauen in die politischen Institutionen (‚politisches Vertrauen'), kann empirisch kaum bestätigt werden. Faktisch hat das soziale Vertrauen, das in zwischenmenschlichen *face-to-face*-Netzwerken entwickelt wird, wenig mit dem generalisierten Vertrauen und dem Vertrauen in die politischen Institutionen zu tun und führt keineswegs zu einer gut funktionierenden Demokratie. (…)

Die aktuelle Diskussion über die Integrationswirkungen von Sozialkapital konzentriert sich seit einigen Jahren viertens auf die Berücksichtigung ihrer ‚dunklen' und desintegrierenden Seiten. Wie bereits diskutiert, existieren *‚good'* und *‚bad'* zivilgesellschaftliche Assoziationen (z.B. Mafia, Gangs, Korruption), das Engagement in diesen Netzwerken kann ent-

sprechend zu sozialem oder zu unsozialem Kapital führen und damit sowohl zu sozialer und politischer Integration als auch zu Desintegration.

Im Anschluss an die Debatte um Integrations- und Desintegrationsfunktionen von Sozialkapital werden mittlerweile unterschiedliche Formen von Netzwerken voneinander abgegrenzt, welche einerseits eher club-intern verbindenden und damit exkludierenden *(bonding)* und andererseits überbrückenden *(bridging)* Charakter haben. (…) Gemeint sind also Netzwerke, die bestehende Bindungen innerhalb von Gruppen festigen bzw. Netzwerke, welche in der Lage sind, Brücken zwischen Gruppen aufzubauen. Auch wenn eingewandt werden kann, dass diese Unterscheidung problematisch und in ihrer Erklärungskraft begrenzt ist, weil viele Assoziationen eine Kombination beider Formen darstellen, erscheint sie etwa bei der Analyse ethnischer Gemeinschaften und Assoziationen hilfreich." (Geissel/Kern/Klein/Berger 2004: 9-10; Klein 2004)

5.1.3 Funktion des sozialen Koproduzenten

Für die politische Diskussionslage ist festzuhalten, dass in Deutschland reformpolitische Wege, die auf Zivilgesellschaft als Koproduzenten setzen, durch die vorherrschenden Orientierungen auf Staat und Markt bislang weitgehend verstellt waren. Bezeichnenderweise haben Modelle eines ‚Dritten Weges', wie sie in England etwa von Anthony Giddens verfochten werden, hierzulande bislang keine Rolle gespielt. Doch auch die Fixierung auf Erwerbsarbeit ist eine Hürde für die Fortentwicklung der Funktion sozialer Koproduktion: Die im Rahmen eines freiwilligen Engagements erbrachten Leistungen der ca. 24 Millionen Menschen, die in Deutschland laut den Erhebungen des ‚Freiwilligensurvey' 1999 und 2004 mit ca. 5 Wochenstunden freiwillig tätig sind[13], werden – wie auch die Tätigkeiten der Familienarbeit und Eigenarbeit – gesellschaftspolitisch unterschätzt und in ihrer eigenständigen Anforderungen und Qualitäten nicht hinreichend gewürdigt. Den Reduktionismus einer ausschließlich auf die Erwerbsarbeit fixierten Reformdiskussion kritisiert das Konzept der ‚Tätigkeitsgesellschaft'.

Angesichts der nachlassenden finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand rückt jedoch in jüngeren Reformkonzepten das bürgerschaftliche Engagement verstärkt als Koproduzent sozialer Leistungen in den Vordergrund. Während die *Funktion der sozialen Selbsthilfe* eher bescheiden im Nahraum sozialer Problemlösung ansetzt und auf eigene Bedarfe und Betroffenheiten zielt, setzt die *Funktion des sozialen Koproduzenten* in einer sehr viel weiter ausholenden Perspektive am Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen zur sozialen Wohlfahrtsproduktion an. Diese Perspektive soll im Folgenden kurz skizziert werden.

In den Bereichen Sozialpolitik und soziale Dienste haben zivilgesellschaftliche Akteure und Handlungsformen historisch eine prominente Rolle gespielt. Viele sozialpolitische Organisationseinheiten und Leistungsbereiche sind das Ergebnis von Bewegungen und Protestaktionen zivilgesellschaftlicher Akteure. Dennoch haben sich im Zuge der Modernisierung Tendenzen der Bürokratisierung und Professionalisierung herausgebildet, die in vielen Bereichen zu einer Marginalisierung des bürgerschaftlichen Engagements beigetragen haben. Diese Entwicklungen wurden durch die betriebswirtschaftliche Modernisierungswelle der 1990er Jahre (New Public Management, Einführung von Wettbewerb und Privatisierung etc.) noch verstärkt. Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement sind allenfalls in den Nischen und an den Rändern des modernisierten sozialstaatlichen Leistungssystems zu finden. Dennoch zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass zivilgesellschaftliche Akteure und Ressourcen – trotz fortbestehender Markteu-

phorie – eine zunehmend wichtige Rolle bei der Erbringung sozialer Leistungen spielen.

Die Deutung dieser Entwicklung in den bereits bestehenden Mustern der Subsidiarität beschreibt zwar die Übertragung staatlicher Leistungen auf zivilgesellschaftliche Akteure, verbleibt aber in einer bloßen Perspektive der stellvertretenden Übernahme staatlicher Leistungen und kann die entstehenden neuen Formen der Leistungserbringung und die hier erforderlichen neuen Regulierungsbedarfe nicht angemessen konzipieren. In vielen Bereichen des Sozialstaats hat sich längst ein welfare mix aus staatsförmigen Finanzierungs- und Regulierungsstrukturen, marktbezogenen Erbringungsformen und zivilgesellschaftlichem Engagement herausgebildet. Konzepte des ‚welfare-mixes' thematisieren daher nicht nur einen Umbau des öffentlichen Dienstes, sondern je nach Aufgabenfeldern zu entwickelnde, neue Kombination und Formen der sozialen Leistungserbringung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Daraus entstehen hybride Organisationsformen und Handlungssektoren. Sie können oftmals sehr viel besser effektive Leistungserbringung mit einer lokalen Anbindung und mit Gemeinwohlorientierung verbinden.

Unterstützende Argumente für Konzepte des ‚welfare mix' kommen hingegen aus der so genannten Dritte Sektor-Forschung. In einem verwaltungswissenschaftlichen und organisationssoziologischem Zugang analysiert sie Organisationen, die sich vom Behörden und Staat durch geringere Grade der Amtlichkeit, von Unternehmen und Wirtschaft durch eine nonprofit-Orientierung und von Familien und Gemeinschaft durch eine formale Struktur abgrenzen. In solchen Dritte-Sektor-Organisationen sind nach einer internationalen Studie der John Hopkins Universität im Durchschnitt 5 % aller Beschäftigten tätig, in Deutschland 2,1 Millionen Menschen. Nimmt man die Ergebnisse des im Auftrag der Bundesregierung nunmehr zum zweiten Mal erhobenen Freiwilligensurveys hinzu, die ein freiwilliges Engagement bei 34% der Bundesbürger (d.h. ca. 22 Millionen) mit einem zeitlichen Aufwand von im Durchschnitt 5 Stunden pro Woche ergeben (und in einer zweiten Erhebung mit leicht steigendem Trend bestätigt) haben, so werden sowohl volkswirtschaftliche als auch sozialpolitische Potentiale der Zivilgesellschaft deutlich.

Gegen die von Frank Nullmeier erhobenen Bedenken, die Zivilgesellschaft verfüge über keine Institutionen der Bündelung, der wechselseitigen Abstimmung und des Ausgleichs und die Ressource des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements sei nicht derart verlässlich und einplanbar belastbar, dass man darauf ganze Reformprogramme aufbauen könne, kann mit Rückgriff auf die Dritte-Sektor-Forschung argumentiert werden (zum Diskussionsstand über den Dritten Sektor siehe Birkhölzer/Klein/Priller/Zimmer 2005): Die Dritte-Sektor-Forschung stellt auf die stärkere Belastbarkeit und Verlässlichkeit formaler Organisationen ab. Aus der Perspektive der Koproduktion sozialer Leistungen sind organisatorische Dimensionen der Zivilgesellschaft von größerer Bedeutung als bei der Betrachtung ihrer kulturellen Funktionen, bei der vor allem die Individuen in den Blick geraten.

Die starke Staatsabhängigkeit der Finanzierung von Organisationen des Dritten Sektors sowie die bei Ausübung ihrer politischen Funktionen entstandenen korporatistischen Strukturen, etwa mit Blick auf die Wohlfahrtsverbände und ihre Rolle in der Sozialpolitik, sind allerdings ein Hindernis für die Ausbildung eines gemeinsamen Sektorbewusstseins zivilgesellschaftlicher Organisationen als Voraussetzung von bereichsübergreifenden Koordinationen, deren Fehlen Nullmeier kritisch vermerkt hat. Auch wenn sich dafür mittlerweile erste Anzeichen beobachten lassen, so dominiert doch nach wie vor die Konzentration der Verbände und Vereine auf die jeweiligen Bereiche (Soziales, Kultur, Umwelt, Sport). Aus der Perspektive

der Dritte Sektor-Forschung wird es hingegen möglich, strukturelle Entwicklungen der Dritte Sektor-Organisationen und die erforderlichen Reformbedarfe rechtlicher Rahmenbedingungen und staatlichen Handelns anzusprechen.

5.2 Reformpolitische Leitbilder

In der reformpolitischen Diskussion finden wir Leitbilder, die an Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement anknüpfen (Klein 2006: 282ff.). Diese sollen hier kurz und daher auch sehr zugespitzt skizziert werden:

Der ‚*schlanke Staat*' steht in der Tradition eines auf die Selbstregulierungskräfte von Markt und Gesellschaft setzenden (neo-) liberalen Staatsverständnisses. Im Zentrum stehen hier Entbürokratisierung, Deregulierung und eine Logik des freien Spiels von Angebot und Nachfrage, die sich in der politischen Konsequenz vor allem am Markt orientiert.

Der ‚*ermöglichende Staat*' war das dominierende Leitbild der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements'. Seine Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für Engagement und Zivilgesellschaft zu schaffen und auszubauen. Diese Aufgabe schließt gesetzliche Rahmungen gemeinnütziger Organisationen, von Stiftungen oder Vereinen ebenso ein wie die Modalitäten des Zuwendungsrechts oder die Arbeitsbedingungen von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen.

Der ‚*aktivierende Staat*' war das dominierende Staatsleitbild der rot-grünen Bundesregierung (siehe auch Klein 2002).[14] In der Reformdiskussion fügen sich im Leitbild des aktivierenden Staates Konzeptdimensionen zur Optimierung des Zusammenspiels zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft; zur Qualitätsentwicklung und sozialverträglichen Gestaltung nicht-staatlicher Wohlfahrtsbeiträge; zur Aktivierung innovativer und zukunftsfähiger wirtschaftlicher Handlungsziele; zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft; zur Leistungsverbesserung öffentlicher Verwaltungen und Einrichtungen zusammen.

Mit Blick auf die zahlreichen bereits engagierten Bürgerinnen und Bürger steht das Leitbild des ‚aktivierenden Staates' freilich in der Gefahr eines paternalistischen Zugangs (warum sollen diese jetzt nochmals und weitergehend vom Staat aktiviert werden?), hat aber dort seine Berechtigung, wo noch nicht engagierten Bürgerinnen und Bürgern niedrigschwellige Zugänge ins Engagement hinein geboten werden können. Mit Blick auf die mit der ‚Agenda 2010' unternommenen Schritte ‚from welfare to work', d.h. mit dem Versuch, den Bezug von Sozialleistungen mit einem Zwang zur gemeinnützigen Arbeit zu verbinden, wird aus Sicht von Kritikern nicht nur ein problematisches Sozialstaatsverständnis vertreten, sondern auch die Freiwilligkeit des Engagements als Prinzip ausgehöhlt.

Mit Blick auf die praktische Umsetzung des Leitbilds des aktivierenden Staates im Rahmen der ‚Agenda 2010' haben Kritiker vor der Idealisierung der Organisationen des Dritten Sektor als einer autonomen, homogenen oder stabilen zivilgesellschaftlichen Gegenwelt gewarnt und deren ambivalentes Potential betont: Gesellschaftliche Wertehaltungen und der allgemeine ‚Modernisierungsdruck' prägen auch das Selbstverständnis und die Handlungsorientierung von freien Trägern, die sich sowohl zur besseren Durchsetzung und Flankierung neoliberaler Marktmodelle und autoritärer Kontrollstrategien eignen, wie auch weiterhin das Potenzial in sich bergen, alternative und stärker bedürfnisorientierte Lebens- und Arbeitsmodelle politisch zu verteidigen und in der Praxis zu erproben.

Der ‚*gewährleistende Staat*' setzt auf die Aktivierung gesellschaftlicher Kräfte und stellt für deren Leistungserbringung geeignete rechtliche Regelungsstrukturen bereit. Er verabschie-

det sich zwar energisch von der Vorstellung des unbedingten Vorrangs der staatlichen Leistungserbringung, nicht aber von der Regulierungsfunktion als solcher und von der besonderen Bedeutung öffentlicher Güter, deren Produktion der Staat weiterhin mit geeigneten Regulierungsformen absichert.

Auf der kommunalen Ebene, wo 80 Prozent allen Engagements stattfinden, steht das Leitbild der ‚Bürgerkommune' im Zentrum. Das Leitbild der Bürgerkommune integriert die Dimensionen des Bürgers als politischem Auftraggeber, als Adressaten der Leistungserstellung und als Mitgestalter des Gemeinwesens und benennt den Reformbedarf für Politik und Verwaltung. Im kommunalen Bereich dominierte in den 1990er Jahren in Deutschland das an betriebswirtschaftlichem Denken ausgerichtete ‚Neue Steuerungsmodell'. Das Leitbild der Bürgerkommune relativiert die einseitige Orientierung am Kunden und stärkt Partizipations- und Gestaltungswünsche der Bürgerinnen und Bürger (dazu auch Klein/Schmalz-Bruns 1997: 32-35).

5.3 Der zivilgesellschaftliche Reformansatz der Enquete-Kommission

Neben den Aktivitäten im Rahmen des von den Vereinten Nationen ausgerufenen ‚Internationalen Jahrs der Freiwilligen' 2001 in Deutschland hat vor allem die Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' zu einer größeren Aufmerksamkeit für Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement beigetragen. Ihre Arbeitsergebnissen und Gutachten sind in 11 Bänden dokumentiert und eröffnen Zugänge zu Möglichkeiten einer modernen zivilgesellschaftlichen Reformpolitik (siehe Klein 2000 und 2005).

Zu den Leistungen der Enquete-Kommission gehören insbesondere (1) die Konturierung der Organisationsformen und Strukturen der Zivilgesellschaft und ihrer Entwicklungsbedarfe sowie die daraus resultierende organisations- und institutionenpolitische Reformperspektive. Diese akzentuiert die Modernisierung und Demokratisierung der zivilgesellschaftlichen Organisationsformen und Strukturen, aber auch der gesellschaftlichen Einrichtungen; (2) die Ausleuchtung der Bezüge von Zivilgesellschaft zu Staat und Wirtschaft sowohl mit Blick auf die möglichen Leistungen der Zivilgesellschaft als auch auf die Möglichkeiten der Stärkung der Zivilgesellschaft durch Staat und Markt; (3) schließlich kann in Anknüpfung an die Ergebnisse der Enquete-Kommission die Randstellung, die früher der Ehrenamtsförderung zugekommen ist, deutlich korrigiert werden. Das reformpolitische Feld einer ‚Engagementpolitik' mit ihren demokratiepolitischen Bezügen reicht weit in die großen Themen der Reformpolitik und kann so deutlich aufgewertet werden (Olk/Klein 2008; Olk/Klein/Hartnuss 2009).

5.3.1 Organisationsdimensionen und Infrastruktur der Zivilgesellschaft

Für die Engagementförderung war lange Zeit eine ‚Rekrutierungsperspektive' leitend, die aus der Perspektive der Trägerorganisationen des Engagements und einer diese unterstützenden Politik versucht hat, immer mehr Menschen für ein Engagement zu gewinnen, wenn nötig auch durch finanzielle Anreize. Durch die Zusammenführung der Diskussionen über politisches Engagement inklusive seiner unkonventionellen Formen, über Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe wurde zunächst die Formenvielfalt zivilgesellschaftlicher Aktivitäten deutlich. Aber es wurde zudem die Perspektive der Engagierten und ihrer Nachfrage nach attraktiven Inhalten, Feldern und Formen des Engagements eingenommen. Über die Frage nach Motiven des Engagements gerieten die organisato-

rischen und institutionellen Strukturen der Zivilgesellschaft und deren Angemessenheit und Attraktivität für Engagierte in den Blick. Die Entwicklung von Strukturen, Organisationen und Institutionen als Voraussetzung der Stärkung der Zivilgesellschaft wurde zu einem Fokus der reformpolitischen Überlegungen.

Für die Weckung der Bereitschaft zum Engagement – auch jenseits des breiten Bereichs der Selbstorganisation in vielfältigen kleinen Vereinen und Initiativen – ist es von zentraler Bedeutung, ob Institutionen insgesamt beteiligungsorientiert ausgestaltet sind. Dies gilt nicht nur für die Organisationen im ‚Dritten Sektor' wie Vereine, Verbände sowie soziale Dienste und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. Auch öffentliche Einrichtungen in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft – wie z.B. Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen – sind potentielle Orte für engagierte Mitwirkung und Beteiligung. Im gesamten öffentlichen Bereich ist daher die Öffnung der Strukturen für Beteiligung und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Ziel der Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements entscheiden weniger Maßnahmen der Werbung, Rekrutierung oder sozialen Vergünstigung einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger, als vielmehr die Entwicklung einer Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen, die bürgerschaftlich geprägt und beteiligungsorientiert ist. Der bürgerschaftliche Charakter sozialer Einrichtungen und Dienste oder öffentlicher Verwaltungen bemisst sich keineswegs daran, wie viele ehrenamtlich Mitarbeitende gewonnen werden konnten. Entscheidend ist vielmehr, inwieweit es diesen Institutionen gelingt, sich tatsächlich in die Bürgergesellschaft und in ihr lokales Umfeld einzubetten – wie z.B. die Schule, die gemeinwohlorientiert handelt und sich auch in ihren Unterrichtsformen für die Beiträge bürgergesellschaftlicher Akteure öffnet, oder die Gesundheitseinrichtung, die mit Selbsthilfegruppen zusammen arbeitet etc. Es geht also um eine bürgerschaftlich geprägte und beteiligungsorientierte Kultur des Planens und Entscheidens in gesellschaftlichen Institutionen unterschiedlicher Bereiche – wie Wohnen, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Umweltschutz. Der überfällige Umbau erfordert das Umdenken der etablierten Akteure.

Eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements ist nicht zu beschränken auf Engagement und Beteiligung in ‚Randbereiche' und ‚Nischen', in die Professionalität, privatwirtschaftliche Lösungsmuster oder staatliches Handeln nicht hineinreichen. Auch in den zentralen Institutionen und Bereichen – den großen Betrieben, dem Gesundheitssystem, der Arbeitsmarktverwaltung, den Schulen – als Zentren professionalisierter Versorgung und Dienstleistung und/oder privatwirtschaftlicher Lösungsmuster sollte konsequent danach gefragt werden, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der hier anstehenden Aufgaben und Probleme leisten kann und welche Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden müssen.

Für die Engagementförderung werden vor diesem Hintergrund zum einen Fragen einer engagementfreundlichen Organisationsentwicklung von Vereinen, Verbänden oder Stiftungen (Bürgerstiftungen), aber auch das Angebot von Freiwilligendiensten relevant. Sie sind die Infrastruktur der Zivilgesellschaft. Zum anderen wird die Stabilisierung und Fortentwicklung spezieller engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen als Thema der Engagementförderung erkannt. Sie weisen eine ausgesprochene Vielfalt an Gestaltungsformen bezüglich Trägerschaft, Rechtsform, Aufgabenschwerpunkten und Organisationsstruktur auf. Dazu gehören neben den Freiwilligenagenturen und -zentren, den Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen beispielsweise Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren, soziokulturelle

Einrichtungen, Bürgerbüros, Lokale Agenda 21-Initiativen und lokale Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in Kommunal- und Landkreisverwaltungen (Landesehrenamtsagenturen oder -stiftungen).

5.3.2 Die Entwicklung von Rahmenbedingungen und Kontexten als reformpolitische Aufgabe

Die zahlreichen Empfehlungen der Enquete-Kommission zu den Themen und Bereichen Steuerrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, Vereinsrecht, Stiftungsrecht, Haftungsrecht, Zuwendungsrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht etc. machen die Bedeutung staatlicher Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement deutlich. Doch erst eine Akzentuierung des Verständnisses der Zivilgesellschaft als organisierter Zivilgesellschaft macht Potentiale und Erfordernisse einer Reformpolitik sichtbar, die sich nicht nur auf der Ebene der individuellen Anreize bewegen.

Dies betrifft zum einen den Ausbau einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, zum anderen die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die starke Staatsabhängigkeit der Finanzierung der Organisationen des Dritten Sektors, die im internationalen Vergleich in Deutschland augenfällig ist, wird beispielsweise durch das öffentliche Dienstrecht und die kameralistische Einbindung ebenso festgeschrieben wie durch die steuerrechtlichen Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts, die eine Querfinanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten durch am Markt erzielte Einnahmen verhindern. Mögliche Ziele einer organisationspolitisch ansetzenden Reformpolitik wären die Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft und der engagementfördernden Infrastrukturen, die Entwicklung eines eigenen Sektorenbewusstseins der Akteure und der Ausbau von Kooperationen, Allianzen und Netzwerken für ihr stärker abgestimmtes Vorgehen. Unter derart verbesserten Voraussetzungen könnten insbesondere die Funktionen der Koproduktion sozialer Leistungen in einem welfare mix, aber auch die politischen und kulturellen Funktionen der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Es setzt sich erst allmählich die Einsicht durch, dass der Staat durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft auch sich selber zu stärken vermag.

Notorisch schwach ausgeleuchtet sind die Wechselbezüge von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Marktwirtschaft lebt wie auch der Staat von Voraussetzungen, die sie nicht selber schaffen kann, d.h. von Vertrauen und sozialem Kapital. Umgekehrt ist eine Dezentralisierung von ökonomischer Macht, wie sie Marktgesellschaften kennzeichnet, ein für Zivilgesellschaft förderlicher Kontext. Doch lassen sich im modernen Kapitalismus auch Akteure und Formen unternehmerischen Handelns finden, die Zivilgesellschaft auszehren: Negativbeziehungen zwischen Unternehmertum und Zivilgesellschaft, so Jürgen Kocka in einem Beitrag für das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen im Jahre 2003, finden sich wohl vor allem in besonders mobilen, räumlich fluiden, nirgendwo sesshaften Formen früheren und heutigen Unternehmertums, in der New Economy gestern und im internationalen Finanzkapitalismus heute. Es gibt, so Kocka, Formen des Kapitalismus, die sich relativ zur Zivilgesellschaft parasitär verhalten.

Die soziale Verantwortung von Unternehmen hat auch in Deutschland eine lange Tradition, doch stand sie bislang zumeist im Schatten der alles überragenden Verantwortungszuschreibungen an den Staat. Sie ist deshalb bisher auch nicht – wie etwa in der angelsächsischen Unternehmenskultur – zum Bestandteil eines strategisch ausgerichteten unternehmerischen Handelns geworden. Durch den Wandel der Sozialstaatlichkeit in Deutschland und die immer deutlicher werdenden Notwendigkeiten der kooperativen Erbringung sozialer Leistungen durch

Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft sind die angelsächsischen Konzeption von ‚Corporate Social Responsibility' und ‚Corporate Citizenship' in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus nicht nur der öffentlichen Diskussion, sondern auch der unternehmerischen Wahrnehmung geraten. In den Diskussionen wird hingegen deutlich, dass neben der Logik des Marktes für Unternehmen auch die Übernahme einer Rolle als zivilgesellschaftlicher Akteur möglich ist. Das machen zahlreiche praktische Aktivitäten von Unternehmen, von Unternehmensstiftungen oder auch Mäzenatentum deutlich.

Der Umgang mit einem differenzierten Rollenverständnis von Unternehmen als wirtschaftliche Akteure einerseits, als Akteure der Zivilgesellschaft andererseits ist jedoch weder in der Unternehmenskultur noch in der Kultur der Zivilgesellschaft hierzulande stark verankert. Zu anhaltendem Misstrauen tragen auch Positionierungen mancher Wirtschaftsführer bei, die sich auf die Diskussionen um ‚Corporate Citizenship' nur als einen taktisch verstandenen Resonanzverstärker ihrer immer schon vorgetragenen Deregulierungsforderungen an den Staat zu beziehen scheinen.

Doch auch die Eigenverantwortung der zivilgesellschaftlichen Akteure für die Lösung des Reformbedarfs bei den Organisationsformen und Strukturen der Zivilgesellschaft ist nicht aus den Augen zu verlieren. Insbesondere die großen Verbände haben mittlerweile begriffen, dass sie ohne eigene Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Engagements in Verbänden und Einrichtungen in Zukunft mit immer weniger interessierten Freiwilligen werden rechnen müssen. In vielen Institutionen und Organisationen, in denen Haupt- und Ehrenamtliche zusammenarbeiten, gibt es Probleme und Konflikte zwischen beiden Seiten. Während die Hauptamtlichen die vermeintliche Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch das Ehrenamt befürchten, unzureichende Qualifikationen und die Störung eingespielter Arbeitsabläufe durch Ehrenamtliche beklagen, sehen sich Ehrenamtliche als ‚Handlanger' und ‚billige Arbeitskräfte' oder aber als marginalisierte Randfiguren missachtet und missbraucht.

Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen lassen sich nicht ausschließlich durch bessere Managementtechniken lösen. Eine Lösung der Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten und eine verbesserte Kooperation von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und hauptamtlichen Kräften ist nachhaltig nur dann zu erwarten, wenn die Modernisierungskonzepte der hiervon betroffenen Organisationen, Einrichtungen und Dienste die Dimension der bürgerschaftlichen Mitwirkung systematisch mit einbeziehen und wenn eine Kultur des Entscheidens und Planens entwickelt wird, die offen ist für die knappe und begehrte Ressource der freiwilligen Mitarbeit. Um Interessenkonflikte zu entschärfen, müsste zudem das Leistungsprofil professioneller und vergüteter Arbeit neu bestimmt und ggf. auch erweitert werden. Bei der Entwicklung organisationsbezogener Leitbilder, der Aufbau- und Ablaufstrukturen und in strategischen Management- und Entscheidungsprozessen muss daher stärker als bisher die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement und bürgerschaftlicher Mitwirkung berücksichtigt werden.

5.3.3 Engagementpolitik als neues Politikfeld

Die Entwicklung engagementpolitischer Ziele und Interventionsformen hat im nationalen Rahmen vor allem seit dem Jahr 2000 an Dynamik gewonnen – das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001, die Arbeit der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' bis 2002, die Einrichtung eines Unterausschusses ‚Bürgerschaftliches Engagement' im Deutschen Bundestag und das direkt im Anschluss an diese Kommission gegründete ‚Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engage-

ment‘ (BBE) haben die Ausgangslage in Deutschland für ein eigenständiges Politikfeld ‚Engagementpolitik‘ deutlich verbessert (Klein 2008; Olk/Klein 2008; Olk/Klein/Hartnuss 2009).

Die Diskussionen über Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement haben zwar in den letzten Jahren an Profil gewonnen, aber in der reformpolitischen Debatte bislang keine zentrale Rolle gespielt. Versuche, einen Überblick über die reformpolitischen Diskussionen zu gewinnen, lassen jedoch den Eindruck entstehen, dass angesichts der Grenzen von Staat und Markt die Rolle der Zivilgesellschaft in den reformpolitischen Diskussionen künftig stärker bewertet werden könnte. Die hier vorgeschlagene Unterscheidung von unterschiedlichen Funktionen der Zivilgesellschaft erlaubt es, ihren Beitrag zur Problemlösung funktionsspezifisch differenziert zu erörtern. Es gilt vor allem die organisations-, institutionen- und demokratiepolitischen Möglichkeiten der Zivilgesellschaft stärker im Rahmen der Reformdiskussionen zu profilieren. Dabei kann an die Empfehlungen der Enquete-Kommission angeknüpft werden.

Entscheidend ist aus einer solchen Perspektive vor allem die Stärkung einer Kultur des kooperativen Handels und Entscheidens, die zentrale Lebensbereiche und Institutionen prägen sollte. Ein beteiligungsfreundlicher Politikstil und eine Öffnung der öffentlichen Verwaltung für die Belange engagierter Bürgerinnen und Bürger ist allemal eine wirksamere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als die ausschließliche Bereitstellung eines (mehr oder weniger geringen) Etats zur finanziellen Unterstützung. Es wird also darauf ankommen, dass Modernisierungskonzepte in Politik und einzelnen Handlungsbereichen – wie etwa Gesundheit, Soziales, Arbeit, Jugend und Kultur – ausdrücklich auch Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements systematisch einbeziehen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit geboten werden, nicht nur als Kunde und Klient Einfluss zu nehmen, sondern Mitverantwortung tragen und kompetent mitreden und mitgestalten zu können.

„Über lange Zeit war die Förderung des Engagements, seiner rechtlichen Rahmenbedingungen und engagementförderlicher organisatorischer und institutioneller Kontexte nur als (Neben-)Aspekt bereits etablierter Bereichspolitiken – etwa Sozial-, Familien- oder Gesundheitspolitik – behandelt worden. Doch mehr und mehr wird der Zusammenhang von bereichsspezifischen (Soziales, Umwelt, Sport, Kultur, Kommunen etc.) und bereichsübergreifenden, aus einer Querschnittsperspektive deutlich werdenden Entwicklungen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement thematisiert (Demokratisierung und Partizipation, Organisations- und Institutionenentwicklung, Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, nationale und europäische Rahmungen etc.).“ (Olk/Klein/Hartnuss 2009, hier zitiert aus dem Buchexposé)

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist vielgestaltig und differenziert. Erst im Aufbau begriffen ist ein bereichsübergreifendes Verständnis der Engagementförderung. Dazu zählen nicht nur rechtliche Fragestellungen bspw. des Vereinsrechts, des Stiftungsrechts, des Zuwendungsrechts oder des Gemeinnützigkeitsrecht mit seinen steuerrechtlichen Konsequenzen für gemeinnützige Organisationen, sondern auch förderpolitische Fragestellungen, die bspw. auf Forschung zu und Ausbildung für den Bedarf gemeinnütziger Organisationen des Dritten Sektors, auf die Stärkung von Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, auf Information und Beratung oder den Ausbau von rechtlich geregelten Angeboten von Freiwilligendiensten zielen.

In dieser Perspektive ist auf die demokratiepolitischen Dimensionen der Engagementpolitik und die sich hier stellenden Aufgaben hinzu-

weisen. Wer sich engagiert, möchte auch mitgestalten und mitentscheiden. Doch es macht einen Unterschied, ob man die Spielräume der Partizipation aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Organisationen (assoziative Demokratie), aus der Perspektive einer Beteiligung von Organisationseliten oder Experten (deliberative Demokratie) oder aus der Warte einer direktdemokratischen Entscheidungsfindung betrachtet. Zudem öffnen sich mit der Perspektive einer gesellschaftlichen Demokratisierung – mit den Möglichkeiten der Öffnung der gesellschaftlichen Einrichtungen von Kindergarten und Schule über Krankenhäuser bis zu Altenheimen – weitere große Themenfelder und Aufgaben der Engagementpolitik. Aus einer ordnungspolitischen Perspektive wird zudem deutlich, dass auf Ebene lokaler und kommunaler Partizipation zwar eine deutliche Ausweitung von Beteiligungsrechten erfolgte, dass aber die Kommunen im föderalen Gefüge immer weniger reale, auch durch vorhandene finanzielle Spielräume abgedeckte Gestaltungsmöglichkeiten haben.

6 Der Beitrag der politischen Soziologe zur Analyse zivilgesellschaftlicher Akteure

Der Autor hält seit 1988 engen Kontakt zu den Diskussionen der politischen Soziologie. Als Mitbegründer (1988) und Mitherausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen (geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift seit Mitte der 1990er Jahre) ist er an der Konzeptentwicklung von Themenheften, der Ansprache von AutorInnen, der Gewinnung und Kooperation mit GastherausgeberInnen, aber auch an der diskursiven Intervention in laufende Debatten zu Fragen der politischen Partizipation und zum breiten Spektrum der Akteursanalysen der politischen Soziologie (v.a. soziale Bewegungen, Verbände, Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Medien) beteiligt. Als Mitherausgeber der Buchreihe ‚Bürgergesellschaft und Demokratie' im VS-Verlag (seit 2003) konnte und kann er dieses Profil weiter entwickeln.

6.1 Analytische Anschlüsse an normative Theorie

Das Interesse an politischer Theorie und Ideengeschichte hat der Autor immer auch verbunden mit dem neugierigen Blick auf die reale Verfasstheit von Akteuren in der demokratischen Gesellschaft. Im Rahmen seiner ideengeschichtlichen Arbeiten hat er den Zusammenhang von Ideologie und Interesse angesprochen und die Begriffsentwicklung von Zivilgesellschaft in den Kontext des zeitgenössischen, von politischen Akteuren maßgeblich mitgeprägten Diskurses gestellt. Das Verhältnis von normativer Theorie und analytisch-empirischer Forschung aus der Sicht der politischen Soziologie kann auch eine Kontroverse in der Bewegungsforschung in den 1990er Jahren illustrieren:

Den Bewegungsforscherinnen und -forschern ist vorgeworfen worden, sie seien als oftmals mit dem Gegenstand ihrer Forschung sympathisierende WissenschaftlerInnen nicht hinreichend objektiv. Vor dem Hintergrund von sich abzeichnenden Mobilisierungsprozessen auf der rechtsradikalen Seite des politischen Spektrums hat ein Teil der WissenschaftlerInnen Bedenken geäußert, den Begriff der sozialen Bewegungen auf andere als links-libertäre soziale Bewegungen – also die ‚guten' Bewegungen – anzuwenden. Doch das analytische Instrumentarium der Bewegungsforschung muss auch für rechte soziale Bewegungen anwendungstauglich sein.

Der Autor hat in einem Editorial für ein Themenheft des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen ‚Bewegungen von Rechts. Analyse und Kritik' zusammen mit Kai-Uwe Hellmann das Thema aus der Sicht der sozialen Bewegungsforschung aufgegriffen:

„Es besteht offenbar Diskussionsbedarf über das Verhältnis von deskriptiv-analytischer Be-

wegungsforschung und der Normativität ihrer Annahmen. Deutlich wird dieses Problem insbesondere durch die Fragestellung des vorliegenden Themenheftes. Die Analyse sozialer und politischer Akteure des neuen Rechtsextremismus mit dem Instrumentarium der professionellen Bewegungsforschung scheint ebenso ertragreich wie notwendig. Zugleich aber wird die normative Kluft deutlich, die sich hinsichtlich inhaltlicher Ausrichtung und symbolischer Integration rechter Bewegungen – wenn es sich denn um solche handelt – gegenüber den linkslibertären Bewegungen der 70er und 80er Jahre und ihren institutionalisierten Fortsetzungen auftut. Dieses Problem dürfte innerhalb der künftigen Bewegungsdiskussion einen zentralen Stellenwert einnehmen. (…)

Es erscheint daher durchaus fragwürdig, den analytischen Begriff der sozialen Bewegung nur auf einen bestimmten Fall anzuwenden – dies kann nicht Zweck einer Definition sein. Insofern wäre allenthalben zu fragen, inwieweit vorliegende Begriffsbestimmungen (…) gerade in ihrer spezifischen Ausprägung Merkmale aufweisen, die nicht verallgemeinerbar sind. Ließen sich diese Besonderheiten im Wesentlichen auf implizite normative wie inhaltlich-substantielle Annahmen zurückführen, dann wäre dies deutlicher zu machen. Zugleich wäre die Bestimmung eines allgemeinen analytischen Begriffs von sozialer Bewegung zu überdenken, der in der Lage ist, den sozialen Formenreichtum des Phänomens zu integrieren." (Kai-Uwe Hellmann/Ansgar Klein 1994: 3ff.)

Auch hinsichtlich des Konzepts der Zivilgesellschaft muss sorgsam unterschieden werden zwischen normativen und analytischen Dimensionen der Begriffsverwendung.

Das Konzept der Zivilgesellschaft kann ohne Rückgriff auf die politische Ideengeschichte, politische Theorie, Gesellschaftstheorie und Demokratietheorie nicht profiliert werden. Doch eine analytische und empirische Vermessung realer Zivilgesellschaften setzt weitere Anforderungen und ist zwangsläufig ein Vorhaben interdisziplinärer Art. Die politische Soziologie bspw. kann Handlungslogik und Organisationsformen zivilgesellschaftlicher Akteure – vom Verein über Bürgerinitiative und soziale Bewegungen bis zu Verbänden und Parteien – untersuchen, die Governance-Forschung die sich wandelnden Strukturen von Entscheidungsprozessen, die Netzwerkforschung die Interaktion der Akteure, die Rechtswissenschaften die Auswirkungen staatlicher Organisationsvorgaben. Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft – genannt seien nochmals die Stichworte ‚Corporate Citizenship' und ‚Corporate Social Responsibility' – gewinnt in den Diskussionen der Wirtschaftsethik, der Verbraucherforschung, der Wirtschaftssoziologie u. a. zunehmend an Gewicht.

Am Beispiel von zwei grundlegenden Problemen der Konzeptdebatte über Zivilgesellschaft soll das Spannungsfeld von normativem Konzept und analytisch-empirischer Forschung kurz deutlich gemacht werden:

Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft im analytischen Zugriff: Mit einer Kritik am normativen Überschwang, mit dem das Konzept der Zivilgesellschaft oft verknüpft ist, hat Roland Roth in einem Beitrag für das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2003 auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzungen mit den Problemen ‚realer Zivilgesellschaften' hingewiesen (siehe auch seinen Beitrag in Geissel/Kern/Klein/Berger 2004). Zivilgesellschaft tritt immer in spezifischer historischer Gestalt auf, ist immer auch gefährdet und wird begleitet von unzivilen Strukturen, Formen und Entwicklungstrends. Reale Zivilgesellschaften können nur unter Berücksichtigung der politischen, ökonomischen und soziostrukturellen Faktoren und ihrer Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft untersucht werden. Normative Perspektiven und empirische Realitäten – im Konzept der Zivilgesellschaft besteht hier großer Unterscheidungsbedarf – gilt es daher auseinander zu halten.

Ganz offensichtlich verbinden sich mit dem Konzept der Zivilgesellschaft jedoch normative Mindestanforderungen. Die meisten Autoren nennen hier in Abgrenzung zu unzivilem Handeln die Kriterien Gewaltlosigkeit und Toleranz. Interessant sind aktuell Versuche, die kulturellen Potentiale der Zivilgesellschaft zu nutzen, um unzivile Entwicklungen einzudämmen.

Ein zweites, für das Verhältnis von normativer Theorie und empirisch-analytischer Forschung instruktive Problem ist die *Zuordnung von Organisationen zum Typus ‚zivilgesellschaftlicher Akteur'*:

„Soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bürgerforen, politische Vereinigungen und andere Assoziationen (Habermas 1992a: 451) nehmen die ‚Perspektive von Bürgern (ein), die sich an der Verwirklichung des Systems der Rechte aktiv beteiligen und die, mit Berufung auf und in Kenntnis von veränderten Kontextbedingungen, die Spannung zwischen sozialer Faktizität und Geltung praktisch überwinden möchten' (ebd.: 464). Offensichtlich setzt Habermas zur Kennzeichnung der Voraussetzungen, an denen sich das selbst begrenzende Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure zu orientieren hat, jenen Zusammenhang von Einstellungen, Werthaltungen und Handlungsdispositionen voraus, für die die republikanische Tradition den Begriff der Bürgertugenden reserviert hat. Dies ist umso bemerkenswerter, als er sich gegen die ‚Tugendzumutung der republikanischen Tradition' (ebd.: 627) abzugrenzen bemüht ist. Habermas unterstreicht immer wieder die Notwendigkeit einer ‚entgegenkommenden politischen Kultur' (Habermas 1992a: 385, 395, 434, 446, 642; vgl. Buchstein 1994a).

Mit den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Selbstbegrenzung sichert sich Habermas normativ gegen die Fallstricke ab, die soziologisch betrachtet auftauchen, wenn man antidemokratische Formen sozialer Bewegungen berücksichtigt (ebd.: 449). Man denke etwa an das von Habermas selbst angeführte Beispiel populistischer Bewegungen, aber auch an fundamentalistische, nationalistische, rechte und/oder gewaltbereite Bewegungen. Habermas zählt diese nicht zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren, verweist diesbezüglich aber auf die linkslibertären neuen sozialen Bewegungen, weil diese zumindest in größeren Teilen den von ihm formulierten normativen Ansprüchen gerecht werden (Rödel 1994a). Doch zusätzlich zu dieser hoch gehängten normativen Meßlatte rekurriert er auf ein ‚organisationsbezogenes Kriterium der Entstehungsbedingungen (der öffentlichen Meinung, A.K.) innerhalb der meinungsbildenden Assoziationen', als die er die zivilgesellschaftlichen Akteure beschreibt (Große Kracht 1997: 352). Deutlich wird die Intention dieses organisationssoziologischen Selektionskriteriums, wenn man Ausführungen von Habermas im Vorwort zur Neuausgabe seines Öffentlichkeitsbuches mit Erläuterungen, die in ‚Faktizität und Geltung' zu finden sind, vergleicht.

In seinem Vorwort rechnet Habermas in einer breit angelegten Summenformel zum institutionellen Kern der Zivilgesellschaft ‚nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis, die (...) von Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien, über unabhängige Medien, Sport- und Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen reichen' (Habermas 1990b: 46). Bereits hier nimmt er die ‚hochgradig verstaatlichte(n) politische(n) Parteien' als Teil des administrativen Systems von diesem institutionellen Kern aus. In ‚Faktizität und Geltung' sind es dann die ‚mehr oder weniger *spontan* entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen', die den Kern der Zivilgesellschaft bilden (Habermas 1992a: 443, Hervorhebung A.K.)." (Klein 2001: 336ff.)

Die organisationsinterne Struktur meinungsbildender Assoziationen wird von Habermas

zum Kriterium seiner Definition zivilgesellschaftlicher Akteure gemacht. Damit freilich werden gerade besonders einflussreiche meinungsbildende Organisationen – Parteien, Gewerkschaften, Medien – nicht der Zivilgesellschaft zugerechnet. Das zugrunde gelegte organisationssoziologische Kriterium überzeugt nicht einmal mit Blick auf die Analyse sozialer Bewegungen: Auch hier lassen sich strategisch handelnde Bewegungsorganisationen und Verletzungen binnendemokratischer Spielregeln beobachten.

„Habermas handelt sich mit seinem organisationssoziologischen Selektionskriterium für zivilgesellschaftliche Akteure auch ein schwerwiegendes normatives Folgeproblem ein, auf das Große Kracht mit Recht hinweist: ‚Die Frage, inwieweit öffentlich vorgebrachte Meinungen als ‚richtig', d.h. mit guten Gründen als verallgemeinerungsfähig gelten und damit legitimer weise die ‚Vermutung der Vernünftigkeit' für sich beanspruchen können, wird auf dieser Grundlage nicht mehr im gesellschaftlichen Widerstreit, im Pro und Kontra der öffentlichen Kommunikationsflüsse allererst thematisiert; vielmehr verlagert sie sich schon vorgängig zur öffentlichen Debatte in die demokratisch-egalitären Organisationsstrukturen einzelner Assoziationen hinein, womit die nachträgliche Verallgemeinerungsprüfung in realen öffentlichen Diskursen überflüssig zu werden scheint, zumindest jedoch an normativer Relevanz verliert' (Große Kracht 1997: 353)." (Klein 2001: 338)

Offensichtlich kann, wie hier deutlich wird, ein normativer Forschungsansatz auch zu analytischen Fehlübersetzungen führen. Ein handlungslogisch ansetzendes Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft erweist sich hier einem topographischen Begriffsverständnis und den daraus entstehenden Zuordnungsbemühungen als deutlich überlegen. Es macht offensichtlich mehr Sinn, Organisationshandeln konkret zu bewerten nach der jeweils zugrunde liegenden *dominanten* Handlungslogik, als von vornherein bestimmte Organisationstypen für einen zivilgesellschaftlichen Handlungsraum zu reservieren und andere daraus kategorisch auszuschließen.

6.2 Akteursanalysen

Unter den vom Autor edierten Themenheften aus 20 Jahrgängen des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen finden sich Themenhefte zu einzelnen Strängen der neuen sozialen Bewegungen (Umweltbewegung, Frauenbewegung, Solidaritätsbewegung, Bürgerbewegungen, Verbraucherbewegung, transnationale Aktionsnetzwerke), zu rechten sozialen Bewegungen; regionalistischen Bewegungen oder religiösen Bewegungen. Das Forschungsjournal hat sich auch mit zahlreichen Aspekten der Bewegungsforschung auseinandergesetzt.[15] Es finden sich dort aber auch Themenhefte zur organisationssoziologischen Analyse des Non-Profit-Bereichs (dem sog. Dritten Sektor), zu Medien und neuen Medien, politischer Kommunikation und Politikberatung. Neben den sozialen Bewegungen haben sich Themenschwerpunkte auch mit Analysen zu NGOs, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien beschäftigt.

Die Konzeption und Einleitung von Themenheften des Forschungsjournals hat der Autor in besonders interessanten Fällen zum Anlass einer vertiefenden Auseinandersetzung genommen – so etwa mit Fragen der politischen Eliteforschung (Klein 1992), mit dem Stand der Gewerkschaftsreformen Anfang der 1990er Jahre (Klein/Legrand/Leif 1993), mit den NGOs (Klein 1997;2002; Klein/Walk/Brunnengräber 2005 Roth/Klein 2006), bzgl. einer Bilanz der neuen sozialen Bewegungen Ende der 1990er Jahre (Klein/Legrand/Leif 1999) und der Bewegungsforschung (Klein 2003a) oder zum Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen (Klein 2003b). Im Folgenden möchte ich auf diese Texte kurz eingehen.

6.2.1 Soziale Bewegungen

Der Autor hat sich mit unkonventionellen Formen politischer Partizipation seitens v.a. der neuen sozialen Bewegungen intensiv auseinandergesetzt. Insbesondere war er interessiert an einer Sichtweise, die die Potentiale sozialer Bewegungen als demokratischer Produktivkraft nicht gering schätzt, die Bedeutung sozialer Bewegungen als zivilgesellschaftliche Akteure anerkennt[16] und einräumt, dass sich Mobilisierungen von Protest dauerhaft auf hohem Niveau abspielen. Eine solche Sichtweise würdigt die Bedeutung von Bewegungsorganisationen, ist sensibel für Institutionalisierungseffekte und offen für den Formwandel sozialer Bewegungen (als eine Zwischenbilanz siehe Klein/Legrand/Leif 1999).

Im Rahmen einer vom Forschungsjournal durchgeführten Delphi-Befragung wurden folgende möglichen Zukunftsentwicklungen angesprochen:

„Als ein Ergebnis der Studie kann die übereinstimmende Aussage festgehalten werden, dass (und dies belegen auch aktuelle ereignisanalytische Untersuchungen, Protest-Event-Analysen) bewegungsförmige Proteste nach Hochzeiten der Massenmobilisierung in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts auch zum Jahrtausendwechsel und für die Zukunft im 21. Jahrhundert eine Rolle spielen und politische Machthaber/Regimes weltweit weiterhin herausfordern werden. Doch wird die Bewegungslandschaft heterogener und differenziert sich organisatorisch aus. So ist mit der Eskalationsdynamik zwischen links-libertären und rechts-autoritären Bewegungen zu rechnen, die im Kontext der Globalisierung entlang der Konfliktlinie von Inklusion/Exklusion neuen Auftrieb erhalten könnte. Innerhalb des Bewegungssektors kommt es aus dieser Sicht also zu weiteren Polarisierungen.

An die Stelle bewegungsförmiger Massenmobilisierung, so wird es von vielen Beobachtern ebenfalls erwartet, tritt der von institutionalisierten Bewegungsorganisationen professionell kanalisierte und medial vermittelte Protest. Bereits heute beobachtbar ist ein deutlicher Wandel der Organisationsstrukturen und des Handlungsrepertoires sozialer Bewegungen: Auch zukünftig werden sich die Trends zunehmender Professionalisierung, Organisierung, Netzwerk- und Allianzbildung sowie zu massenmedialen, symbolischen Aktionsformen fortsetzen. Gerade hinsichtlich der letztgenannten Aspekte werden jedoch deutliche Unterschiede zwischen sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen in den OECD-Staaten und Protestakteuren im Süden und Osten erwartet. Hingewiesen wird mit Blick auf die OECD-Staaten jedoch auch auf die erwartbare Tendenz einer weiteren Abkoppelung der NGOs von sozialen Bewegungen.

Für westlich-postindustrielle Gesellschaften wird zudem eine Veränderung in den Motivationsstrukturen der Akteure in sozialen Bewegungen und damit für die Mobilisierungspotentiale der Bewegungen prognostiziert: Weiterhin bestimmt aus Sicht der meisten AutorInnen ein ausgeweitetes Verständnis des Politischen die Motive des Engagements für soziale Bewegungen – in einem Bereich jenseits von Staat und Markt, wie er in den Diskussionen über die Zivilgesellschaft und den Dritten Sektor ausgeleuchtet wird. Der Blick insbesondere auf das Politikverständnis Jugendlicher macht jedoch deutlich, dass sich Protestmotive von umfassenden ideologischen Deutungsrahmungen zunehmend abkoppeln; zugleich wird mit einer Zunahme identitätspolitischer Anerkennungskämpfe gerechnet. Weitgehend entideologisierte, an individueller Betroffenheit orientierte Beteiligungsmotive, ein kurzfristiges, punktuelles Engagement und ein Primat des Pragmatismus werden demnach in künftiger Protestpartizipation eine wichtige Rolle spielen.

Den Experteneinschätzungen zufolge werden sich Protestanlässe verändern und sowohl

regionale als auch globale, transnationale Problemlagen thematisieren. Die Entgrenzung des Politischen und der Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Politik konfrontieren auch den Bewegungssektor verstärkt mit den Anforderungen einer Verknüpfung lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebenen." (Ansgar Klein/Markus Rohde 2000)

In den vergangenen Jahren haben sich mit Blick auf diese Expertenprognosen insbesondere die Bedeutung von transnationalen Bewegungs- und Aktionsnetzwerken mit den sie begleitenden Bewegungsorganisationen und Handlungsinstrumenten sowie die Bedeutung von religiös-fundamentalistischen Bewegungen in Begleitung einer die Medien instrumentalisierenden, entgrenzten Gewaltanwendung in den Vordergrund des Interesses geschoben.

Die Bewegungsforschung ist mittlerweile zu einem integralen Bestandteil der politischen Soziologie geworden:

„Zu den neueren Herausforderungen der Bewegungsforschung, die an dieser Stelle nur angerissen werden können, gehören u.a. die folgenden Entwicklungen, Problemkreise und emergierenden Forschungsfelder:

- Die neuen sozialen Bewegungen haben seit den 1980er Jahren einen Institutionalisierungsprozess durchlaufen. (…) Die Organisationen des Bewegungssektors entfalten ihre spezifische Stärke jedoch nach wie vor in der öffentlichen Problemartikulation, passen ihr Handlungsrepertoire den Anforderungen der Mediendemokratie an und greifen bei Bedarf auch auf die Ressource der Protestmobilisierung zurück. Der Bewegungssektor verfügt zwar auch über institutionalisierte Organisationen, doch geht er nicht in ihnen auf. Er bietet so weiterhin attraktive Betätigungsfelder für ein politisches Engagement, das sich nicht organisatorisch vereinnahmen lassen möchte. Die Bewegungsforschung kann vor diesem Hintergrund von den Forschungen zu Verbänden und *public interest groups* sowie der NGO-Forschung (…) profitieren.
- Das Handlungsinstrumentarium sozialer Bewegungen wandelt sich. Absehbar ist der Bedeutungsrückgang der Mobilisierung größerer Versammlungsöffentlichkeiten. Stattdessen werden professionelle Kampagnen und Aktionsformen an Gewicht gewinnen, die durch Inszenierung auf die Wahrnehmungsfilter der Medien ausgerichtet sind. (…) Die Bewegungsforschung muss daher verstärkt mit der Kommunikationswissenschaft kooperieren.
- Die Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen und der Wandel ihres Handlungsinstrumentariums legt es nahe, die Bewegungsforschung systematisch im Diskussionskontext der Forschungen zu bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft zu verankern. (…) Protest tritt dann in ein Kontinuum von Handlungsformen, zu dem auch die ehrenamtliche oder berufliche Übernahme von Funktionen in Bewegungsorganisationen, die Spendenakquise und die professionelle Durchführung einer Kampagne gehören können.
- Die so genannte Dritte-Sektor-Forschung (…) untersucht den Bereich der Nonprofit-Organisationen; der institutionalisierte Bewegungssektor mit seinen Organisations- und Rechtsformen ist Teil dieses Forschungsgebiets.
- Die Entwicklung einer Anzahl von Verbänden (gut untersucht ist dies etwa für die Umweltverbände (…)) wird von Bewegungen stark beeinflusst; Verbände können durchaus auch die Funktion von Bewegungsorganisationen übernehmen und Protestmobilisierungen koordinieren. Verbände- und Bewegungsforschung müssen enger zusammenarbeiten.
- Zwar sind Versuche der neuen sozialen Bewegungen, mit Bündnis 90/Die Grünen eine eigene ‚Bewegungspartei' auszubilden, auf-

grund der Anforderungen des Parteiensystems gescheitert, doch bleiben soziale Bewegungen durchaus ernst zu nehmende Herausforderer der politischen Parteien – ihre besonderen Vorteile bei der öffentlichen Problemartikulation schlagen derzeit insbesondere auf der Ebene grenzüberschreitender Protestmobilisierung zu Buche. (…) Das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Parteien dürfte daher keineswegs ein Thema der Vergangenheit sein.

- Die nach 1989 intensivierten Bemühungen der Transformationsforschung haben deutlich gemacht, dass soziale Bewegungen und Zivilgesellschaften in Übergangsphasen von Gesellschaften zur Demokratie eine bedeutende positive Rolle spielen können. (…) Nachdem sich die Euphorie in den 1990er Jahren gelegt hat, treten Probleme ‚defekter' und gefährdeter Demokratien, aber auch die Einflüsse transnationaler Normen und der sie stützenden Akteursnetzwerke auf die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten (…) wieder in den Vordergrund. Im Rahmen vergleichender Politikwissenschaft und insbesondere der Transformationsforschung dürfte die Bewegungsforschung auch künftig eine wichtige Rolle spielen.
- Soziale Bewegungen sind – wie auch Zivilgesellschaften (…) – keineswegs per se normativ ‚gute' politische Akteure. Rechte oder fundamentalistische, populistische oder religiöse Bewegungen dürften künftig einen zentralen Gegenstand der Bewegungsforschung darstellen.
- Bewegungsorganisationen mit grenzüberschreitendem Handlungsradius haben maßgeblich dazu beigetragen, dass sich unter dem Kürzel ‚NGO' mittlerweile ein eigenes Feld der politischen Soziologie ausgebildet hat (…), das die verstärkte Kooperation von Bewegungsforschung, Verbändeforschung (…), aber auch die Rezeption der Theorien internationaler Beziehungen erfordert. Die von der Verbändeforschung adressierten Problemkreise der ‚schwachen' oder auch der ‚moralischen' Interessen (…), der *public interest groups* und des Lobbyismus (…) sind längst auch zu Themen im Rahmen der Bewegungsforschung geworden.
- Die Untersuchung transnationaler Protestmobilisierungen erfordert komplexere Forschungsdesigns als jene von Protestmobilisierungen im nationalstaatlichen Rahmen – vor allem in Hinblick auf den Deutungsrahmen, die Identitätsbildung der Trägerschichten und die politischen Gelegenheitsstrukturen. Die Bewegungsforschung bedarf hier des engen Austauschs und der verstärkten Kooperation mit den Forschungen zu internationalen Beziehungen, aber auch zur Demokratietheorie, in der die einschlägigen Diskussionen in der Reichweite von Konzepten der ‚kosmopolitischen Demokratie' (…) bis hin zu ‚governance' (…) geführt werden. Von der Medienforschung sind konzeptionelle wie empirische Hinweise über Voraussetzungen und Effekte öffentlichkeitswirksamer Kampagnen transnationaler Bewegungsnetze zu erwarten. (…)
- Transnationale Netzwerke sozialer Bewegungen stellen nicht nur besondere organisatorische Herausforderungen für die Akteure dar, sondern sind auch Schauplätze des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Werthorizonte. (…) Menschenrechtliche Rahmungen von Problemstellungen und die Debatte über universelle versus partikulare Wertvorstellungen erfordern die enge Kooperation der Bewegungsforschung mit Kulturwissenschaften und Philosophie.

Soziale Bewegungen und Protest verlieren keineswegs an gesellschaftlicher Bedeutung und sind beileibe nicht zu einem bloß historischen Thema abgesunken (damit soll nicht bestritten werden, dass die historische Bewegungsforschung beeindruckende Resultate erzielt). Viel-

mehr scheinen sich die ausdifferenzierten Formen politischen Handelns den Aktionsformen sozialer Bewegungen insgesamt stärker anzunähern – mit durchaus ambivalenten Folgen für die Stabilität von Demokratie. Die Bewegungsforschung hat mit ihren Fragestellungen und Paradigmen, mit ihren Untersuchungsergebnissen zu einzelnen Bewegungen, Bewegungsfamilien und -sektoren, die mittlerweile qualitativ wie quantitativ mehr als bemerkenswert sind, wichtige Beiträge für die Sozialwissenschaften geleistet. Transnationale Protestnetzwerke und das Verhältnis von Bewegungen und NGOs stellen die Forschung in den nächsten Jahren ebenso vor große Aufgaben wie die zunehmende Mobilisierung religiöser, fundamentalistischer oder populistischer Bewegungen. Doch die Entwicklung von Demokratie, Menschenrechten und Zivilgesellschaft auf nationaler wie internationaler Ebene erfordert künftig eine stärkere Öffnung der Bewegungsforschung für interdisziplinäre Kooperationen. Hier liegt die Zukunft der Bewegungsforschung. Zu fragen ist allerdings, ob sie diesen Anforderungen überhaupt gewachsen ist.“ (Klein 2003: 15-18)

6.2.2 NGOs

Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung transnationaler Aktionsnetzwerke und der dafür angemessenen Organisationsbedarfe hat sich der Autor verstärkt mit Fragen der NGOs beschäftigt. In besonderer Weise konnte er bei seiner Annäherung an dieses Themenfeld von einer engen Kooperation mit Heike Walk und Achim Brunnengräber profitieren, die sich schon früh – angeregt von ihrem akademischen Lehrer Elmar Altvater – intensiv mit NGOs auseinandergesetzt haben. Aus dieser Kooperation sind mehrere Publikationen entstanden (Klein 1997; Walk/Klein/Brunnengräber 2001; Klein/Walk/Brunnengräber 2005). Hervorheben möchte ich an dieser Stelle den Band „NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen“, der als Schriftenreiheband bei der Bundeszentrale für politische Bildung 2005 erschienen ist. In dem einleitenden Beitrag (Klein/Walk/Brunnengräber 2005) setzen wir uns mit der Begrifflichkeit, dem Konzept ‚Global Governance‘, dem Selbstverständnis transnationaler NGOs, ihrer Rolle in den Vereinten Nationen und der Frage nach der Legitimation von NGOs auseinander.

Von besonderem Interesse – und in der Forschung zumeist zu wenig beachtet – ist das Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen. Dies lässt sich in drei Phasen beschreiben:

„Im Verhältnis der NGOs zu den neuen sozialen Bewegungen können drei Entwicklungsphasen unterschieden werden. In einer ersten Phase, die die 1970er und 1980er Jahre umfasst, übernehmen NGOs zum Teil die Funktion von Bewegungsorganisationen. Für das Verständnis grenzüberschreitender Problemzusammenhänge und den Ausbau transnationaler Aktionsnetzwerke spielen die NGOs in dieser Phase eine zentrale Rolle im Bewegungssektor: Der Internationalismus der Studentenbewegung war noch stark orientiert an der Idee der nationalen Befreiung. Auch die Solidaritätsbewegung für die Dritte Welt orientierte sich an Zielsetzungen der Entwicklung nationaler Gesellschaften und Staaten und blieb noch weitgehend auf den Handlungsrahmen des Nationalstaats beschränkt. In dieser ersten Phase sind es die NGOs mit ihrer transnationalen Orientierung und Organisationszusammenhängen, die grenzüberschreitende Netzwerke aufbauen und ihre Erfahrungen auch an die nationalen Bewegungssektoren vermitteln.“ (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 62)

Deutlich wird in dieser ersten Phase bereits, dass die Rolle von NGOs als Organisationen für transnationale Protestmobilisierung abhängig ist von ihrer Fähigkeit, regionale, nationale und internationale Handlungsebenen miteinander zu verknüpfen. Dies stellt besondere Anforderungen an Kampagnenführung und die damit verbundene Mobilisierung öffentlicher Meinung.

„Eine zweite Phase im Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen beginnt mit dem Schlüsseljahr 1989 und dem damit verbundenen Wandel der Kontextbedingungen für NGOs und soziale Bewegungen. NGOs profitieren vom Bedeutungszuwachs der transnationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Sie machen auf die Bedeutung grenzüberschreitender Problemstellungen (z.B. Klimawandel, Meeresverschmutzung, weltweite Flüchtlingsströme) aufmerksam, kritisieren das Versagen der internationalen Politik bei der Problembearbeitung und -regulierung und werden angesichts einer offensichtlichen Strukturschwäche der internationalen Politik von dieser in die Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung stärker einbezogen. NGOs nehmen vielfältige Rollen in der transnationalen Politik ein: Sie sind investigativ tätige Aufklärer, skandalisieren als Wächter Verfehlungen von Staat und Wirtschaft, setzen sich als Advokaten für schwache und unterrepräsentierte Interessen ein, stellen Expertise bereit, setzen sich als moralische Unternehmer für Kollektivgüter ein und erbringen Dienstleistungen etwa in Entwicklungshilfe oder im humanitären Bereich. (…) Sie verfügen über transnationale Strukturen und Vernetzungen und nutzen selbstverständlich auch die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmedien, um transnationale Solidarität und Vernetzung zu erzeugen.

Zwar sind die NGOs längst auch bis zu den Verhandlungstischen transnationaler Politik vorgedrungen, doch liegt ihre Stärke – so die Auskunft des ehemaligen Geschäftsführers von Greenpeace – nicht ‚in der Konferenzteilnahme, sondern im Erzeugen von öffentlichem Druck' (Bode 2002: 127). Protest und Kampagnen sind ihr ‚Standbein', die Lobby-Arbeit ihr ‚Spielbein'. Thematisch orientierte Netzwerke auf internationaler und regionaler Ebene, transnational vernetzte NGOs auf nationaler Ebene und sich horizontal vernetzende Basisbewegungen bilden im Zusammenspiel ein beträchtliches Gegengewicht gegen den mangelnden Basisbezug und die hierarchische Struktur der Lobbying-Organisationen." (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 64)

NGOs werden zu erfolgreichen Akteuren des Agenda Settings bei der Kritik von Globalisierungsfolgen. Zwar ist ihre Lobby- und Verhandlungstätigkeit immer auch von Protestmobilisierungen begleitet (Paris 1982; London 1984; Bonn 1985; Venedig 1987; Berlin 1988), doch mit den Protesten anlässlich der WTO-Konferenz in Seattle 1990 und in Genua 2001 wird eine stärkere Rolle globalisierungskritischer Bewegungen deutlich. Dies läutet eine dritte Phase des Verhältnisses von NGOs und sozialen Bewegungen ein:

„Natürlich gehört zu den Gründen für das Erstarken der neuen Bewegungen die veränderte Politik der USA unter der Regierung von George W. Bush. Die kanadische Journalistin Naomi Klein berichtet, dass die Bush-Administration erhebliche Anstrengungen unternimmt, um die us-amerikanischen NGOs auf eine regierungskonforme Haltung einzuschwören und auf eigenständige politische Ansätze zu verzichten (Klein 2003). Die veränderte weltpolitische Situation lässt einen auf Verhandlung, Beratung und Kompromiss orientierten Politikstil der NGOs also zunehmend ins Leere laufen. Doch es gibt auch Gründe für das Erstarken der neuen Bewegungen bei den NGOs selbst: Erfolge und Misserfolge der NGOs begründen gleichermaßen die Mobilisierungsdynamik der neuen globalisierungskritischen Bewegung.

Zunächst zu den Folgen von Erfolgen der NGOs: Die NGOs haben in zweifacher Hinsicht Lernprozesse in den nationalen Bewegungssektoren ausgelöst: Zum einen werden die eigenen Probleme nunmehr von vielen als globale Probleme begriffen, die es durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und auf der Ebene der internationalen Politik zu lösen gilt. Sie haben zum anderen aber auch die Organisationsformen der nationalen Bewegungssekto-

ren verändert. Grenzüberschreitende Kooperationen konnten schon seit den 1980er Jahren eingeübt werden. NGOs als ‚transnationale Bewegungsorganisationen' gehören zudem auch zu den Organisationskernen der entstehenden globalisierungskritischen Bewegungen. Insofern sind die Erfolge der NGOs die Voraussetzung dafür, dass sich globale Bewegungsnetze herausbilden. (…)

Doch nicht zuletzt sind es die Misserfolge der NGOs, die diesen neuen Bewegungen Auftrieb verleihen. Drei Aspekte gilt es dabei zu unterscheiden: Zwar konnten die NGOs ihre Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen der internationalen Politik ausbauen. Doch schienen ihnen auch hier deutliche Grenzen gesetzt zu sein: Insbesondere in den ‚harten' Feldern der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik waren sie zumeist ausgeschlossen und werden erst in neuerer Zeit am Rande beteiligt. (…) So ist es kein Zufall, dass gerade Fragen der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu den Hauptthemen der neuen Protestmobilisierung gehören. Ein weiterer Grund für die Dynamik der neuen Protestbewegung liegt in den substantiell geringen Erfolgen, die die NGOs seit der Konferenz von Rio im Jahr 1992 verbuchen können. Die von ihnen ins öffentliche Bewusstsein getragenen Problemzusammenhänge verschärfen sich weiterhin und politische Lösungen rücken in weitere Ferne. Schließlich haben sich viele NGOs von den Bewegungssektoren losgelöst und abgekoppelt, weil sie für ihre oftmals sehr spezifischen Probleme und Erfahrungen in der Arena der internationalen Politik nur wenig Verständnis bei nationalen Bewegungsakteuren erhoffen. Diese wiederum haben die immer unüberschaubareren und komplexen Verhandlungsrunden, an denen sich die NGOs beteiligen, mit zunehmender Skepsis beobachtet.

So können von der neuen Mobilisierungsdynamik vor allem diejenigen NGOs profitieren, die die Abkopplung von nationalen Bewegungssektoren nicht mitvollzogen haben. Sie können bei Verhandlungen und Konferenzen künftig wieder verstärkt auf ihr Bewegungs-‚Standbein' verweisen und mit öffentlichen Protesten drohen. Die anderen NGOs müssen die Mobilisierungsdynamik der globalisierungskritischen Bewegungen in ihren Handlungskalkülen und ihrer Strategiebildung wohl künftig stärker berücksichtigen. So bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen weiter entwickeln wird." (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 65-67)

6.2.3 Politische Eliten

Aus einer Fachkonferenz zum Thema ‚Rekrutierung der politischen Klasse in Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen' Ende 1991 ist eine intensivere Auseinandersetzung mit Fragen politischer Eliten entstanden. Der zusammen mit Thomas Leif und Hans-Josef Legrand edierte Band konnte zu seiner Zeit eine große auch öffentliche Resonanz erzielen und war einer der Ausgangspunkte der dann – auch unter Beteiligung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker – einsetzenden Debatte (Klein 1992).

Das Interesse des Autors richtete sich in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Spannungen zwischen den Klassikern der Elitentheorie (Mosca, Pareto, Michels), demokratischen Konzepten der Elitenherrschaft (Schumpeter, Downs, Aron, Stammer) und der neueren empirischen Eliteforschung (D. Herzog u.a.). Hier rückt das Konzept der ‚politischen Klasse' in den Vordergrund, das die Kommunikation zwischen den Funktionseliten einer demokratischen Gesellschaft unterstreicht und dies in den Zusammenhang moderner Formen von Governance stellt:

„Angesichts des steigenden und kommunikationsabhängiger werdenden Steuerungsbedarfs tritt der Staat als Steuerungszentrum in Verhandlungen mit den gesellschaftlichen Grup-

pen zur Erzielung von Kooperationsbereitschaft (das staatliche Gewaltmonopol wird freilich als Hintergrundargument in der politischen Steuerungstheorie nicht aufgegeben). Die Renaissance der ‚Politischen Klasse' modifiziert das aus der Theorie demokratischer Elitenherrschaft bekannte Motiv einer Maximierung politischer Handlungsrationalität zu dem Motiv einer Optimierung der Steuerungsrationalität eines weit gefassten politischen Systems. Effektivität und Output-Orientierung sind die Zielwerte, die erst in einem zweiten Schritt mit der normativen Erwartung demokratischer Repräsentativität des Elitehandelns abgeglichen werden. (…) Für das Zusammenfallen von Steuerungsmacht und demokratischer Repräsentativität soll darüber hinaus eine kritische Öffentlichkeit Sorge tragen." (Klein 1992: 22)

Der Autor hat vor dem Hintergrund einer sich verdichtenden Intra-Eliten-Kommunikation und einer damit auch verbundenen Tendenz der Abkoppelung von Funktionseliten insbesondere ein arbeitsteiliges Verhältnis von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen und dessen Beitrag zu einer Erhöhung der Responsivität des politischen Systems in den Blick genommen:

„Mit den wachsenden Problemen der Parteien gerät ein sich einspielendes arbeitsteiliges Verhältnis von Parteien, Verbänden und sozialpolitischen Bewegungen im politischen Raum in den Blick, innerhalb dessen die Bewegungen vor allem die Generierung und Artikulation von Interessen, die Parteien und Verbände deren Aggregation, Transformation und Weiterleitung übernehmen. (…) Nicht abwegig erscheint angesichts der Ausdifferenzierung des intermediären Systems die Erinnerung an das Prinzip der Gewaltenteilung. Die dominante Rolle der Parteien im politischen System von Massendemokratien hat die Machtkontrolle durch Gewaltenteilung längst faktisch dementiert. Die Parteien unterlaufen nicht nur die formal-institutionelle Trennung von Exekutive und Legislative, sondern nehmen über ihre Personalpolitik auch Einfluss auf die Besetzung der strategischen Positionen der Judikative. Die in der Verklammerung staatlicher und gesellschaftlicher Willensbildung durch die Parteien enthaltenen Risiken der Machtkonzentration in der Demokratie können (…) durch die Ausdifferenzierung des intermediären Systems gemindert werden." (Klein 1992: 23f.)

Der Beitrag schließt mit dem Hinweis auf die wachsende Bedeutung von Medien sowie Experten und Beratern für politische Steuerung und mit kritischen Fragen hinsichtlich der demokratietheoretisch unterstellten Kontrollfunktion von Herrschaft seitens einer kritischen Öffentlichkeit.[17]

6.2.4 Gewerkschaften

Anfang der 1990er Jahre war der Autor einer der publizistischen Berater des gewerkschaftseigenen Bund-Verlags für dessen politisches Buchprogramm. Vor diesem Hintergrund hat er sich mit den Gewerkschaften intensiver auseinandergesetzt.

1993 stand das Interesse an der Organisationsreform des DGB im Vordergrund. Der Autor versammelte zusammen mit Hans-Josef Legrand und Thomas Leif einschlägige Autorinnen und Autoren, um Fragen der Organisationsreform der Gewerkschaften, Herausforderung von Zielgruppenorientierungen gewerkschaftlicher Politik und Zukunftsperspektiven zu erörtern (siehe Klein/Legrand/Leif 1993).

Im Jahr 2002 hat der Autor das Thema erneut – im Rahmen eines Themenheftes des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen – aufgegriffen. Angesichts des zunehmend absehbaren Einfluss- und Bedeutungsverlustes der Gewerkschaften standen deren Handlungsstrategien im Vordergrund:

„Zählten die Gewerkschaften 1991 noch 11,8 Million Mitglieder, so sind es derzeit etwa 7,8 Millionen. Besorgniserregend sind dabei der

geringe Anteil jugendlicher Mitglieder und die gesamte gewerkschaftliche Mitgliederstruktur, die längst nicht mehr die Struktur der Beschäftigten widerspiegelt. Der Wandel in der Arbeitswelt (Frauenbeschäftigung, – befristete – Angestelltentätigkeiten, Bedeutungsverlust ‚traditioneller' Branchen, Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors und ‚neuer' Bereiche wie etwa der Informations- und Kommunikationsbranchen) hat sich in ihren Organisationsbemühungen noch nicht nieder geschlagen: Die Gewerkschaften organisieren zu wenig Frauen, Jugendliche und Angestellte sowie hoch qualifizierte Beschäftigte aus expandierenden (Zukunfts-) Branchen in ihren Reihen. Diese Defizite gelten als schwere Hypothek für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften und gefährden schon heute ihre gesellschaftspolitische Bedeutung als Vertreterin der Interessen aller Beschäftigten.

Nicht ohne Grund also wird in Öffentlichkeit und Wissenschaft immer öfter die Frage nach der Zukunft der Gewerkschaften gestellt. Welche Perspektive die Arbeitnehmervertreter zwischen Kampforganisation und Co-Management haben, ist strittig. Kontrovers wird auch diskutiert, ob sie ihre prekäre Situation aufgrund mangelnder Anpassungsfähigkeit und fehlender Innovationsbereitschaft selbst zu verantworten haben, oder ob sie in erster Linie eine ‚unvermeidbare' Folge des sozioökonomischen Strukturwandels ist. Wahrscheinlich kommen beide Faktoren zusammen; dynamisiert wird die Entwicklung nach unten durch einen verheerenden Kommunikationsstil, eine zementierte Funktionärskultur und eine mitverschuldete Isolierung im parlamentarischen Raum, besonders im gespannten Verhältnis mit der SPD." (Krüger/Kuleßa/Klein/Leif 2002: 2)

Die dominante Rolle der Gewerkschaften, die ihnen das ‚Modell Deutschland' von den 1950er bis in die 1970er Jahre ermöglicht hatte, war durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die ökonomischen und sozialen Folgen der deutschen Einheit, die Europäisierung der Politik und die Globalisierung der Wirtschaft erschüttert. Der rasche Wandel von Branchenstrukturen hat die gewerkschaftliche Organisationslandschaft stark verändert. Durch Megafusionen droht dem Dachverband DGB gegenüber den großen Organisationen IG Metall und VERDI die weitgehende Bedeutungslosigkeit. Vor diesem Hintergrund stellten sich Fragen zur gewerkschaftlichen Handlungsstrategie:

„Gewerkschaftliche Handlungsstrategien, die mehr als nur reaktiv und schadensbegrenzend wirken sollen, sondern Gestaltungsspielräume in der Globalisierung aufzeigen, sind noch nicht entwickelt. Fusionen im nationalstaatlichen Rahmen mögen ein wichtiger und richtiger Schritt sein. Als Antwort machen sie aber nur dann Sinn, wenn die innere Heterogenität nicht zu neuen internen Zerreißproben führt, sondern zu Verhandlungsmacht nach außen gebündelt werden kann. Die Europäisierung der Gewerkschaften steckt noch in den Kinderschuhen. So ‚ist die internationale Tarifkoordination zahnlos, noch gibt es keine europaweiten Tarifverhandlungen', wie der Gewerkschaftskenner Jonas Viering anmerkt. (…) Das Setzen auf Europäische Betriebsräte (EBR) (spezielle Gremien in multinationalen Unternehmen) scheint ein möglicher Ausweg. Sie verfügen jedoch über weitaus geringere Mitbestimmungsrechte als in Deutschland und vermögen es bisher kaum, eine transnationale Identität auszubilden. Sie transportieren vielmehr die ‚politische Kultur der Heimat der jeweiligen Konzernmutter in die andern Länder'. (…)

Wie für andere traditionelle Organisationen (Parteien, Verbände) kann eine bescheidene Lösungsoption lauten: Den Kontakt mit jenen Akteuren der Zivilgesellschaft, z.B. Nichtregierungsorganisationen, zu suchen, deren Praxis von transnationalem Handeln bestimmt wird. Die Verbindungen zwischen einigen Gewerkschaften und der globalisierungskritischen Organisation Attac sind ein erster Schritt in diese

Richtung. Auffällig ist jedoch, dass die organisatorische Umarmung per Rundbrief an alle Funktionäre durch die IG Metall nicht im Ansatz von den anderen Gewerkschaften (mit Ausnahme von ver.di) geteilt wird. Was ist modische Begleitung, was Substanz?

Gewerkschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen vor der Herausforderung, Strukturen zu schaffen, die sie attraktiv für neue – vor allem junge – Mitglieder machen. Um den fortschreitenden Einflussverlust in gesellschaftspolitischen Reformdebatten zu bremsen, müssen sie inhaltliche Impulse zur politischen und ökonomischen Gestaltung setzen, die wahrgenommen und debattiert werden." (Krüger/Kuleßa/Klein/Leif 2002: 3-4)

6.2.5 Parteien

Die Auseinandersetzung mit den Parteien stand im Mittelpunkt des Themenheftes 3/2001 des Forschungsjournals ‚Parteienmodernisierung – der gepflegte Reformstau' sowie eines Beitrags des Autors für den Band ‚Impulse für eine neue Parteiendemokratie' (Klein 2003). Dort habe ich das Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen und die Wirkungen sozialer Bewegungen auf das Parteiensystem eher illustrierend ausgeleuchtet, indem ich (1) einen Blick auf die Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen als Voraussetzung der rot-grünen Wahlerfolge geworfen habe; (2) den prekären Wechselbeziehungen von sozialen Bewegungen und Parteien nachgegangen bin; (3) die Gründe diskutierte (Wandel des Politikverständnisses, aber auch die Krise der Mitgliederpartei als Organisationstyp), warum soziale Bewegungen auch künftig für Parteien interessante Partner sein können; (4) in diesem Zusammenhang sind die Herausforderungen der politischen Gestaltung des Globalisierungsprozesses von besonderer Bedeutung: Hier haben soziale Bewegungen und NGOs schneller und effektiver mit einem Agenda Setting reagiert als die Parteien. Der steigende Bedarf an transnationalen politischen Regulierungen bietet der globalisierungskritischen Bewegung auch in den kommenden Jahren die Chance, sich gegenüber den Parteien zu profilieren.

„Mit dem Wandel des politischen Engagements korrespondiert ein Wandel des Politikverständnisses, das in Deutschland in besonderer Weise etatistisch geprägt ist: ‚In einer entwickelten und pluralistischen Bürgergesellschaft können die Parteien nicht mehr den Anspruch erheben, alleine Themen setzen zu können. Dafür sind mittlerweile die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen zu selbstbewusst und zu stimmgewaltig.' (Enquete-Kommission 2002: 322). Zwar engagieren sich in den neuen sozialen Bewegungen auf Dauer nur Minderheiten; das Aktivitätsniveau ist zudem erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Doch die institutionelle Infrastruktur des Bewegungssektors ermöglicht eine Kontinuität an Interventionsfähigkeiten der neuen sozialen Bewegungen in den politischen Prozess auch bei abflauenden Bewegungskonjunkturen. Parteien müssen sich daher auf Dauer auf diese für sie oftmals unbequemen Mitspieler einstellen.

Diese Entwicklung muss nicht als Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung hin zu einer ‚fragilen Demokratie' (Inglehart 1998) gedeutet werden. Sie kann auch zu einer Modernisierung der repräsentativen Demokratie beitragen. Lauter geworden sind allerdings Stimmen, die eine Separierung und Entfremdung von Parteiendemokratie und Zivilgesellschaft konstatieren: ‚Zivilgesellschaft wirkt weder subversiv noch konformistisch gegenüber der organisierten Politik, sie geht ihren eigenen Weg. Klammer bleiben die nach wie vor hohe Wahlbeteiligung und gemeinsame Wertbezüge. Im Übrigen verstehen sich Zivilgesellschaft und Politik immer weniger' (Raschke 2003b).

Die gewachsenen Herkunftsmilieus, auf die sich die Parteien lange Zeit stützen konnten, haben sich ausdifferenziert. In diesem Prozess

haben sich Parteienidentifikationen abgeschwächt. Der Wechselwähler wird zum Normalfall. Der Mitgliederschwund der Parteien wird auch in der Parteienforschung zurückgeführt auf die ‚beträchtliche Verbreiterung und Ausdifferenzierung alternativer Beteiligungsangebote' (Gabriel/Niedermayer 2001: 296). Die hier entstandene Konkurrenz gefährdet die Zukunft der großen Mitgliederparteien. Es gelingt den Parteien nicht, ‚den erhöhten ichbezogenen Partizipationsansprüchen von Beteiligungswilligen mit entsprechenden organisatorischen Bindungsanreizen zu begegnen' (Wiesendahl 2001: 595). Innerparteiliche Mitwirkung tritt gegenüber den von den Parteiführungen gesteuerten Kommunikations- und Entscheidungsprozessen immer mehr in den Hintergrund. Die Volksparteien als große Mitgliederparteien stehen vor der Entscheidung: Entweder finden sie neue Möglichkeiten, ihre Rolle in der Bürgergesellschaft neu zu bestimmen und über veränderte Formen der Mitwirkung Mitgliedschaft neu zu definieren, oder sie entscheiden sich für den Weg einer weiteren Abkopplung von den Mitgliederstrukturen und der Steuerung der Parteiapparate von einer kleinen Parteielite im Zusammenspiel mit den Medien, wie es unter dem Stichwort der ‚Amerikanisierung' von einflussreichen Parteistrategen schon seit längerem gefordert wird.

Ihrer schwindenden Verankerung in der Gesellschaft begegnen die Parteien vor allem mit Reformrhetorik. Betrachtet man die zaghaften, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Reformversuche der Parteien, so drängt sich der Verdacht auf, dass nicht die Einsicht in die Notwendigkeit von mehr Transparenz und Parteiendemokratie Triebkraft der Veränderungen ist, sondern ihr profaner Selbsterhaltungswille. Und wo Reformvorschläge das Potenzial für eine grundlegendere Neubestimmung des Verhältnisses von Partei und Zivilgesellschaft durchaus bieten könnten, bleiben die Initiativen halbherzig. So hat der ehemalige Bundesgeschäftsführer der SPD, Matthias Machnig, vorgeschlagen, die SPD als ‚Netzwerkpartei' neu aufzustellen und sie wieder zu einem Zentrum der gesellschaftlichen Diskurse zu machen. Umgesetzt wurde nur eine technokratische Version der Idee – die programmatischen Konsequenzen wurden nicht gezogen. Mit den Mitteln der modernen Kommunikationstechnik wurde zwar der Informationsfluss zwischen Parteizentrale und einzelnen Mitgliedergruppen verbessert, doch wurde der Ausbau intermediärer Strukturen und die Stärkung vermittelnder Akteure, die diese Idee bis in den Ortsverein tragen könnten, versäumt. Statt eine neue Aufgabenteilung zwischen einem ‚ermöglichenden' und ‚aktivierenden' Staat und den Akteuren der Zivilgesellschaft auf die Agenda zu setzen und dies in den einzelnen Politikfeldern zu thematisieren, blieb die Idee der Netzwerkpartei in den technischen Anfängen stecken (Boehme, Kuleßa, Klein, Leif 2001)." (Klein 2003: 107-108)

7 Ausblick

Der hier dargestellte Überblick über die wissenschaftlichen Arbeiten des Autors im Zeitraum 1990 bis 2008 soll schließen mit einigen Hinweisen für die Perspektiven der weiteren Arbeit.

Im Jahr 2006 hat der Autor einen weiteren Kongress am WZB zum Themenspektrum der zivilgesellschaftlichen Reformpolitik durchgeführt. Aus diesem Kongress wird der Band Bode/Evers/Klein (2008) hervorgehen und ist 2007 bereits das Themenheft ‚Bürgergesellschaft. Wunsch und Wirklichkeit' des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen entstanden. In diesem Zusammenhang ist auch das Bemühen zu sehen, Konturen des Begriffs ‚Engagementpolitik' zu schärfen (siehe auch Olk/Klein 2008). Der Autor bereitet derzeit – zusammen mit Thomas Olk und Birger Hartnuss – einen umfangreichen Sammelband vor (Olk/Klein/Hartnuss 2009). Da es innerhalb des bürgerschaftlichen

Engagements zwischen partizipativen und dienstleistungsbezogenen Funktionen zu unterscheiden gilt, gehören auch Fragen der Koproduktion sozialer Leistungen im ‚welfare mix' und sozialpolitische Rahmenbedingungen ins Zentrum künftiger Reflexionen über ‚Engagementpolitik'.

Es wird nicht verwundern, wenn zum Zentrum künftiger wissenschaftlicher Arbeiten des Autors die weitere Begleitung des Diskussionen über die Zivilgesellschaft – die weitere Entwicklung des Diskurses –, die Erforschungen sozialer Bewegungen und die demokratietheoretischen Entwicklungen gehören. Insbesondere hat das Konzept der ‚assoziativen Demokratie' in der deutschen Diskussion mehr Aufmerksamkeit verdient. Während in der angelsächsischen Diskussion Autoren wie Laski, Hirst oder Cohen und Rogers zu einschlägigen Referenzgrößen der Diskussion zählen, sind in der deutschen Debatte nach Gierke und H. Preuss kaum aktuelle Anknüpfungspunkte vorhanden, um den Beitrag der zivilgesellschaftlichen Assoziationen zur Demokratie vertieft zu behandeln.

PD Dr. Ansgar Klein, Herausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, seit 2002 Geschäftsführer des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE); seit 1998 Sprecher des Arbeitskreises ‚Soziale Bewegungen' der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW); seit 2003 Mitherausgeber der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie" beim VS-Verlag Wiesbaden; Privatdozent an der Universität Bremen; diverse Lehraufträge an Universitäten und Fachhochschulen.

Anmerkungen

[1]Der Beitrag wurde als Habilitation am Fachbereich Sozialwissenschaften (08) der Universität Bremen 2006 eingereicht und am 7.11.2007 angenommen. Gutachter waren Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. Hubertus Buchstein und Prof. Dr. Roland Roth.

[2]So ist es auch zu erklären, dass im Folgenden nur Werke des Autors zitiert werden. Die Fundstellen von zitierten Autoren finden sich dort und sind hier nicht eigens angegeben worden.

[3]Die Seitenzahl bezieht sich auf die mittlerweile in dritter Auflage publizierte Buchfassung.

[4]http://www.zlb.de/projekte/kulturbox-archiv/brand/; das vom Autor gegründete Forum ist in der historischen Fachöffentlichkeit einschlägig und wird seit 1999 gemeinsam mit der Berliner Landes- und Zentralbibliothek herausgegeben.

[5]Hier spielten natürlich die Erfahrungen mit politischen Ereignissen zu Beginn der 1990er Jahre wie etwa den Progromen in Rostock-Lichtenhagen eine Rolle.

[6]Der Band erlebte in der Bundeszentrale mehrere Auflagen mit über 100.000 Exemplaren, ist bis heute in der wissenschaftlichen Lehre in Gebrauch und wurde vom Fourier-Verlag im Jahr 2000 noch einmal nachgedruckt (mittlerweile auch dort vergriffen).

[7]Die Arbeit erhielt 1999 den Wissenschaftspreis der Arbeitsstelle ‚Aktive Bürgerschaft' des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Münster.

[8]Positive Freiheiten von Versammlungs- bis zu Rederecht sind die den politischen Bürgerstatus begründenden und auch absichernden Freiheiten. Erst im Kontrast einer mit diesen Rechten routinemäßig verfahrenden modernen demokratischen Gesellschaft – obwohl diese Formulierung mit Blick auf die Folgen des 11. Septembers auch schon problematisch geworden zu sein scheint – mit autoritären und illiberalen Gesellschaften wird der Glanz dieses Erbes des politischen Liberalismus wieder erfahrbar, den wir auch ablesen können an der Strahlkraft des Konzepts der Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen autoritär verfasster Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund wird

verständlich, warum etwa ein Theoretiker wie Jürgen Habermas bei den Transformationsprozessen von 1989 von einer ‚nachholenden Revolution' gesprochen hat. Diese Tradition des politischen Liberalismus, die ja auch das moderne Rechtsstaatsverständnis prägt, findet sich ideengeschichtlich in einer Linie, die von Kant bis Habermas reicht.

[9]Ein vom Autor koordinierter Kongress zum Thema „Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung" im Jahr 2000 bot die Möglichkeit, den Globalisierungsfolgen wie auch den analytischen Herausforderungen an ein Konzept ‚internationaler Zivilgesellschaft' nachzugehen (siehe dazu Geiling/Klein/Koopmans 2001; Walk/Klein/Brunnengräber 2001).

[10]2004 hat der Autor zu diesen Fragen einen Kongress am WZB geleitet, in dessen Mittelpunkt die Frage „ Dominanz des Nordens? Akteure und Praxisfelder internationaler Zivilgesellschaft" stand (siehe dazu auch Roth/Klein 2006).

[11]Zum weit gespannten Themenspektrum des BBE siehe: http://www.b-b-e.de/.

[12]Dazu siehe http://www.fes.de/sets/s_gekr.htm.

[13]Der Autor war Mitglied des Beirats des zweiten im Auftrag des BMFSFJ durchgeführten Freiwilligensurveys 2004. Die Ergebnisse sind 2006 im VS-Verlag publiziert worden.

[14]Siehe dazu auch die Publikationen des Gesprächskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat" der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.fes.de/sets/s_gekr.htm.

[15]Zu den behandelten Fragen der Bewegungsforschung im Rahmen einzelner Themenhefte des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen gehören: Symbolik und Habitus; Geschlechterverhältnis; Institutionalisierungsfolgen; die Dynamik von Bewegung und Gegenbewegung; städtische und ländliche Bewegungen; Identität und soziale Bewegungen; Protest und Gewalt; Wirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen; siehe auch die Homepage http://www.fjnsb.de/frame1.htm.

[16]Zu Zivilgesellschaft als politisches Ordnungsmodell der neuen sozialen Bewegungen siehe Klein 2001: 144-189.

[17]Im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen haben wir hier anschließende Themenstellungen mit Themenheften zu „Gegenexperten in der Risikogesellschaft" (Heft 3/1990), „Soziale Bewegungen und Medien" (Heft 1/1996), „Ratlose Politiker – Hilflose Berater, Politikberatung in Deutschland" (Heft 3/1999), „Politische Kommunikation in Deutschland" (Heft 3/2000) oder „Strategisches Niemandsland – Vom Dilemma der Strategiebildung in der Politik" (Heft 2/2005) und „Neue Bewegungen im Internet" (Heft 2/2006) aufgegriffen und vertieft.

Literatur (chronologisch):

Klein, Ansgar 1987: Emanzipation und Handlungstheorie – Implikationen der Werke von Karl Marx und Jürgen Habermas für eine handlungstheoretisch zentrierte Gesellschaftstheorie. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (unveröffentlicht).

Klein, Ansgar/Cremer, Will 1990: Heimat in der Moderne. In: dies. (Hg.): Heimat, Analysen, Themen, Perspektiven, 2 Bde. Bielefeld-Bonn: Westfalen-Verlag und Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 294 I/II), 33-55.

Klein, Ansgar/Göhler, Gerhard 1991: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, in: Hans-Joachim Lieber (Hg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn und München 1991, 259-656: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 299, und Olzog Verlag. Zweite, überarbeitete Auflage Bonn 1993, dritte Auflage. Wiesbaden 2001: Fourier-Verlag.

Klein, Ansgar 1991: Das Projekt der Zivilgesellschaft – Anmerkungen zur Renaissance der demokratischen Frage, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Schüren Verlag Marburg, Jg. 4, Heft 1, 70-80.

Klein, Ansgar 1992: Politische Eliten in der Demokratie, in: Thomas Leif/ Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein (Hg.): Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn-Berlin: Bouvier (2. Auflage 1993), 16-34.

Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas 1993: Die Blockademacht partikularer Interessen. Die Diskussion zur Gewerkschaftsreform stellt die Organisations- und Politikfähigkeit des DGB auf den Prüfstand, in: Thomas Leif/Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand (Hg.): Reform des DGB. Herausforderungen, Aufbruchspläne und Modernisierungskonzepte, Köln: Bund Verlag.

Hellmann, Kai-Uwe/Klein, Ansgar 1994: Editorial, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 7, Heft 4, 1994, 2-9.

Klein, Ansgar 1995a: Zur Ästhetik der repräsentativen Demokratie. Die Reichstagsverhüllung und das Selbstverständnis der künftigen Berliner Republik, in: Ansgar Klein/Ingo Braun/Christiane Schroeder/Kai-Uwe Hellmann (Hg.): Kunst, Symbolik und Politik. Die Reichstagsverhüllung als Denkanstoß, Opladen: Leske+Budrich, 13-22.

Klein, Ansgar 1995b: Der Wertewandel als Herausforderung der politischen Kultur. Annäherungen an den inneren Zustand der deutschen Republik, in: ders. (Hg.): Grundwerte in der Demokratie, Köln-Bonn: Bund Verlag und Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 330, 9-13.

Klein, Ansgar/Braun, Ingo/Schroeder, Christiane/Hellmann, Kai-Uwe (Hg.) 1995: Kunst, Symbolik und Politik. Die Reichstagsverhüllung als Denkanstoß, Opladen: Leske+Budrich, 13-22.

Klein, Ansgar 1997: Kommunitarismus und Zivilgesellschaft: Eine Renaissance des Linksliberalismus? In: Georgios Chatzimarkakis/Holger Hinte (Hg.): Freiheit und Gemeinsinn. Vertragen sich Liberalismus und Kommunitarismus? Bonn: Lemmens Verlag, 304-320.

Klein, Ansgar 1997: Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partizipativen und demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung, in: Elmar Altvater/Achim Brunnengräber/Markus Haake/Heike Walk (Hg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster: Westfälisches Dampfboot, 308-332.

Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer 1997: Herausforderungen der Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung, in: dies. (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen: Baden-Baden und Bonn, Nomos Verlagsgesellschaft und Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 347, 7-38.

Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas 1999: Einleitung, in: dies. (Hg.): Neue soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 7-12.

Klein, Ansgar/Nullmeier, Frank/von Wersch, Oliver 1999a: Einleitung, in: Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg): Masse-Macht-Emotionen, Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 9-26.

Klein, Ansgar/Nullmeier, Frank/von Wersch, Oliver 1999b: Zum künftigen Umgang mit ‚Emotionen' in der Politikwissenschaft", in: Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg.): Masse-Macht-Emotionen, Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 357-372.

Klein, Ansgar 2000a: Die Menschenrechte in Geschichte und Gegenwart, in: Politische Bildung, Jg. 33, Heft 1, Wochenschau Verlag, 7-25.

Klein, Ansgar/Speth, Rudolf 2000b: Demokratische Grundwerte in der pluralisierten Gesellschaft. Zum Zusammenspiel von politischen

Verfahren und bürgerschaftlichem Engagement, in: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. und Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), 30-55 (wieder abgedruckt in: Siegfried Schiele (Hg.): Politische Mündigkeit. Zehn Gespräche zur Didaktik politischer Bildung, Schwalbach/Ts. 2004: Wochenschau Verlag, 263-287).

Klein, Ansgar 2000c: Zivilgesellschaft als Reformpotential für Gesellschaft und Politik? Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", in: Politische Bildung, Jg. 33, Heft 4, 60-69.

Klein, Ansgar/Rohde, Markus 2000: Editorial. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 13, Heft 1, 2-3.

Klein, Ansgar 2001a: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung (zugleich Dissertation an der FU Berlin). Opladen: Leske+Budrich.

Klein, Ansgar 2001b: Der frühe Marx, in: Bernd Heidenreich (Hg.): Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, III. Die soziale Frage. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 67-100.

Klein, Ansgar 2001c: Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft im Jahr 2015, in: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hg.): NAKOS Extra. Berlin: (Selbstverlag), 68-80.

Geiling, Heike/Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud 2001: Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung. Einleitung, in: Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Heiko Geiling (Hg.): Globalisierung, Partizipation, Protest. Opladen: Leske+Budrich, 7-20.

Walk, Heike/Klein, Ansgar/Brunnengräber, Achim 2001: NGOs – die Entschleuniger der Globalisierung?, in: Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg.): NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess. Opladen: Leske+Budrich, 9-22.

Klein, Ansgar 2002a: Der Diskurs der Zivilgesellschaft, in: Thomas Meyer/Reinhard Weil (Hg.) Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn: J.H. W. Dietz Nachf., 37-64.

Klein, Ansgar 2002b: Überschätzte Akteure? Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung, Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2002, 3-5.

Krüger, Sabine/Kuleßa, Peter/Klein, Ansgar/Leif, Thomas 2002: Editorial: „Ohne sie zieht die neue Zeit." Gewerkschaften in der Sackgasse, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 15, Heft 2, 2-6.

Klein, Ansgar 2003a: Konkurrenz für die Parteien? Überlegungen zur Zukunft der „neuen" sozialen Bewegungen, in: Manuela Glaab (Hg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform. Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Band 15, München, 95-116.

Klein, Ansgar 2003b: Bewegungsforschung: Quo vadis? Ein Überblick zu Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand, in: Vorgänge, Heft 4, Leske+Budrich, 12-21.

Trenz, Hans-Jörg/Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud 2003: Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU. Diagnose und Therapiefähigkeit, in: Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Hans-Jörg Trenz/Ludger Klein/Christian Lahusen/Dieter Rucht (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske+Budrich, 7-19.

Rucht, Dieter/Richter,Emanuel/ Klein, Ansgar 2003: Einführung: Zugänge zur Demokratiefrage in der EU, in: Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Hans-Jörg Trenz/Ludger Klein/Christian Lahusen/Dieter Rucht (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske+Budrich, 23-29.

Geißel, Brigitte/Kern, Kristine/Klein, Ansgar/Berger, Maria 2004: Einleitung: Integrati-

on, Zivilgesellschaft und Sozialkapital, in: Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS-Verlag, 7-15.

Klein, Ansgar 2004: Einleitung: Arbeiten am Konzept Zivilgesellschaft, in: Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS-Verlag, 19-22.

Klein, Ansgar 2005: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft – die reformpolitische Diskussion, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 36, Heft 4, 4-19 (und Gastherausgeberschaft des Themenheftes „Bürgerschaftliches Engagement – Unbegrenzte Möglichkeiten?“).

Klein, Ansgar/Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 2005: Mobile Herausforderer und alternative Eliten. NGOs als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung? In: Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Bonn und Wiesbaden: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreiheband 400 und VS-Verlag (zweite Auflage 2008 im VS-Verlag).

Birkhölzer, Karl/Klein, Ansgar/Priller, Eckhard/Zimmer, Annette 2005: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven des Dritten Sektors/Dritten Systems. Eine Einleitung, in: dies (Hg.): Dritter Sektor/Drittes System: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag, 9-15.

Klein, Ansgar 2006: Zivilgesellschaft im reformpolitischen Diskurs, in: Hubertus Buchstein/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution. Festschrift für Gerhard Göhler zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos, 281-299.

Roth, Silke/Klein, Ansgar 2006: Einleitung: Humanitäre NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik, in: Ansgar Klein/Silke Roth (Hg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 5-24.

Klein, Ansgar/Klein, Ludger 2007: Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit. Editorial, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20, Heft 2, 3-6.

Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar 2008: Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag (im Erscheinen).

Klein, Ansgar 2008: Zivilgesellschaft und Engagementpolitik als Themen der Politikberatung, in: Claus Leggewie/Christoph Sachße (Hg.): Soziale Demokratie, Zivilgesellschaft und Bürgertugenden. Festschrift für Adalbert Evers. Frankfurt/M.-New York: Campus, 219-236.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar 2008: Engagementpolitik – ein neues Politikfeld und seine Probleme, in: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag (im Erscheinen).

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuss, Birger 2009: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS-Verlag (in Vorbereitung).

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 2008 im 47. Jahrgang

Herausgeber:
Vorgänge e.V. in Zusammenarbeit mit der Gustav Heinemann-Initiative und der Humanistischen Union. Die **vorgänge** werden unterstützt von Prof. Dr. Ingrid Breckner, Prof. Dr. Ute Gerhardt, Gerd Muschner und Dr. Dieter Wunder.

Redaktion:
Thymian Bussemer, Ulrich Finckh, Jochen Gördeler, Michael Th. Greven, Eike Hennig, Danyel Reiche, Jutta Roitsch-Wittkowsky, Dieter Rulff.

Verantwortlicher Redakteur:
Dieter Rulff
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
E-Mail: dieterrulff@freenet.de.

vorgänge verstehen sich als kritisches Informationsorgan und publizierter Ausdruck der Bürgerrechtsbewegung. Bereits seit 1961 erörtern überwiegend Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaftler, Sprecher von Bürgerrechtsorganisationen, Politiker und Publizisten in den Themenheften der **vorgänge** aktuelle politische, kulturpolitische sowie sozialwissenschaftliche Fragen – verständlich und informativ.

Jede Ausgabe hat ein gesellschaftspolitisches Problem als thematischen Schwerpunkt: Das Titelthema wird von den Autoren dabei in zahlreichen Diskussionsbeiträgen aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert und kritisch bewertet. Daneben werden Verlautbarungen, Grundrecht-Reporte, Stellungnahmen dokumentiert und kommentiert. Kommentare und Kolumnen reagieren auf die aktuellsten gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Einschlägige Buchbesprechungen runden das Thema ab.

vorgänge richten sich an alle politisch interessierten und bürgerrechtlich engagierten Leser.

Themenschwerpunkte:

182	Die Aufgabe des Staates
181	Achtundsechzig
180	Parteien im Umbruch
179	Die nachhaltige Gesellschaft
178	Vom Rechtsstaat zur Sicherheitsgesellschaft
177	Deutsche Mythen

Themen und Inhaltsangaben zu aktuellen und früheren Heften der **vorgänge** unter: http://vorgaenge.humanistische-union.de.

Erscheinungsweise:
Vierteljährlich mit ca. 130 Seiten Umfang pro Heft.

Bezugspreise:
Jahresabonnement 43,– Euro (für Studenten, Referendare, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende gegen Nachweis 28,– Euro), Einzelheft 14,– Euro, Doppelheft 28,– Euro. Alle Preise jeweils inkl. MwSt., zzgl. Portokosten. Abbestellung vierteljährlich zum Jahresende. Mindestabonnementdauer: 1 Jahr

ISSN 0507-4150

BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG
Axel-Springer-Str. 54 a • 10117 Berlin • Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de
Internet: http://www.bwv-verlag.de

Ansgar Klein

20 Jahre Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
Eine Zwischenbilanz

1 Der Gründungskontext des Forschungsjournals

Die neuen sozialen Bewegungen (NSB), so das Resümee von Dieter Rucht und Roland Roth im unlängst erschienenen Handbuch ‚Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945', stellten in den 1970er Jahren schon die Hälfte aller Proteste und in den 1980er Jahren sogar Dreiviertel (Roth/Rucht 2008: 649). Diese Dauerhaftigkeit und das Anwachsen der NSB lagen der Wahl des Zeitschriftentitels zugrunde. Die Initiative zur Gründung des ‚Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen' (FJ NSB) ging aus von einigen Mitgliedern einer ‚Ad-hoc-Gruppe' zu Fragen der Bewegungsforschung im Rahmen der ‚Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft' (DVPW), in der sich seit 1982 bis zu 150 vor allem jüngere WissenschaftlerInnen unter dem Eindruck der herausragenden Bedeutung der NSB vernetzt hatten.

Obwohl es auch Vorbehalte und Bedenken gegen das Vorhaben gab, konstituierte sich schließlich 1987 eine kleine Crew für die Vorbereitung der Zeitschriftengründung, zu der Thomas Leif (Wiesbaden), Jupp Legrand, Ulrike Wasmuth und Helmut Zander (damals alle Bonn) gehörten. Etwas später kamen Thomas Hermann und Ansgar Klein hinzu. Um den Zugang zur Zeitschriftenarbeit offen gestalten zu können, wurde als Herausgeber eine ‚Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen' ohne eigene Formalstruktur genannt – ein deutliches Signal an die Ad-hoc-Gruppe der DVPW zur Mitwirkung und Inklusion. Die genannten sechs Personen fungierten als ‚Redaktion' der Gründungsphase. Bereits mit dem vierten Heft des 1. Jahrgangs zogen sich drei Mitglieder der Gründungscrew zurück. Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand und Thomas Leif – die seit 1994 auch offiziell als Herausgeber fungieren – führten die Redaktionsarbeit fort.

Im Editorial des ersten Heftes, das im Eigenverlag produziert wurde (diese Situation hielt bis Ende 1989 an), wurden als Argumente für die Zeitschriftengründung eine fehlende Plattform für die Bedarfe der anwachsenden Bewegungsforschung und die Publikation entstehender Forschungsarbeiten sowie die Bedeutung der NSB als gesellschaftliche Emanzipationsbewegung angeführt. Schon bei der Gründung sollte das Forschungsjournal daher nicht nur ein Forum der Wissenschaft, sondern auch eine Plattform für politische Reflektionen darstellen.

Im Editorial des ersten Heftes vom Januar 1988 heißt es: „Ziel der Zeitschrift ist es, den Austausch zwischen Forschung und Politik, zwischen Bewegungen und Wissenschaft, zwischen Bewegungsaktivisten und ‚traditioneller politischer Praxis' sowie Reflexionen innerhalb dieser drei Bereiche zu initiieren, zu fördern und zu verstetigen. Das bedeutet eine Informationsbasis für alle Interessierten zu schaffen, Sensibilitäten für relevante Themen im politischen Prozess zu wecken sowie vorhandene Berührungsängste abzubauen und Brücken zu schlagen. Gleichzeitig heißt dies für uns als Redaktion, aber auch für unsere Leserschaft, sich nicht ideologisch zu ‚verbunkern', sondern Offenheit zu zeigen, abweichende, sperrige Meinungen zu tolerieren und unbequeme Kritik zu ertragen. Die Vielschichtigkeit und Komplexität der neuen sozialen Bewegungen in Theorie und Praxis wird sich deshalb auch in der Auswahl der AutorInnen und ihren jeweiligen Zugangsweisen widerspiegeln – zugespitzt: von Wertkonservativen bis Graswurzelrevolutionären." (FJ NSB, Jg.1, Heft 1: 5)[1]

Das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen hat sich bereits früh mit thematischen Schwerpunkten befasst, die jenseits seiner eigenen Titelgebung liegen. Im Fokus (siehe unten) stand und steht, wie es Roland Roth ausgedrückt hat, die „Resonanz – bewegter – Themen in gesellschaftlichen Einrichtungen und politischen Institutionen" (bereits Heft 4/88 beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen mit dem provokativen Titel-Motto: „Langweiler aller Parteien, verschont uns!"). Seitdem die Mobilisierungskonjunkturen der neuen sozialen Bewegungen deutlich rückläufig sind, aber auch mit Blick auf die ganze Breite gesellschaftlicher Bewegungssektoren, in denen die Bewegungsfamilie der ‚neuen sozialen Bewegungen' nur einen Teil darstellt, wurde daher die Kritik an einem verengten Titel der Zeitschrift immer öfter vorgetragen. Diese Kritik ist von der Sache her durchaus berechtigt, doch haben sich Herausgeber und Redaktion angesichts des publizistisch eingeführten Titels, der mittlerweile in der Leserschaft mit dem (unten noch detailliert darzustellenden) weiten Themenfokus verbunden wird, für dessen Beibehaltung entschieden.

Geblieben ist seit der Gründung der Zeitschrift auch das DIN A5-Format, zunächst mit etwa 70 Seiten, heute eher einem Umfang von 140 Seiten. Diese Formatentscheidung betonte den Journalcharakter. Es ging nicht um eine Konkurrenz zum akademischen Nachwuchsparcours von PVS oder KZfSS. Gewünscht sind seither eher kürzere Arbeitsberichte als umfassende, akademisch ausladende Texte. In der Umschlaggestaltung gibt es jedoch deutliche Veränderungen. Während die ersten Jahrgänge noch deutlich von den bunten Angeboten der neuen sozialen Bewegungen geprägt waren, wird die Umschlaggestaltung monochromer und seriöser, um schließlich in den letzten Jahren bei einem honorig dunklen Anthrazit, nicht ohne themenspezifische Vignette, zu enden. Geblieben sind jedoch die Karikaturen von Gerhard Mester, die jeweils witzig-hintergründige Kommentare darstellen.

Auch die von den Herausgebern im ersten Erscheinungsjahr entwickelten verschiedenen Rubriken werden in der Regel bis heute bedient. Neben einem von der Redaktion bzw. Gastredaktionen vorgestellten thematischen Schwerpunkt mit mehreren Beiträgen gibt es den Pulsschlag, in dem aktuelle Forschungsprojekte und Kommentare zu Journalbeiträgen versammelt sind. Treibgut versteht sich als Informationsbörse zu Tagungen und Aktionsterminen, zu Materialien und Kontakten. Es folgt Bewegung in der Literatur mit einer aktuellen Auswahlbibliographie und Zeitschriftenschau. Nicht mehr gepflegt werden die Rubriken Brandung mit aktuellen Dokumenten oder auch eine Serie mit Beiträgen zur Geschichte der Bewegungsforschung. Die Rubrikgliederung unterstreicht den Charakter der Zeitschrift als Arbeitsjournal für die Bewegungsforschung, für Aktive und Interessierte in anderen gesellschaftlichen Milieus. Die Erscheinungsweise als Vierteljahresschrift blieb über die Verlagswechsel hinweg erhalten.

2 Verlagsetappen

Die Startkosten in der Gründungsphase der Zeitschrift wurden durch einen zinslosen Kredit des ‚Ökofonds' der GRÜNEN aus Rheinland-Pfalz getragen, den die Redaktion später vollständig zurückgezahlt hat. Nach 2 Jahren im Eigenverlag, der zusätzlich erhebliche Verwaltungsarbeiten und technische Arbeiten für die Redaktion bedeutete (von der Adresspflege und dem postalischen Versand bis zum Lay-Out im Vorcomputer-Zeitalter), ging das Forschungsjournal 1991 eine Kooperation mit dem Marburger SP-Verlag (später Schüren-Presseverlag) ein, die 3 Jahre lang Bestand hatte. Mit Beginn des Jahrgangs 1994 begann eine Kooperation des Forschungsjournals mit dem in den

Sozialwissenschaften renommierten Westdeutschen Verlag. Bis ins Jahr 1999 erschien die Zeitschrift dort. Die Zusammenarbeit stellte das Forschungsjournal in einen publizistischen Kontext mit den großen ‚Flagschiffen' der deutschen sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenlandschaft wie etwa der PVS oder KZfSS. Eine geplante erhebliche Erhöhung des Abonnementpreises beim Westdeutschen Verlag bewog Herausgeber und Redaktion schließlich zu einem erneuten Verlagswechsel, da es gemeinsames Ziel war, den Verkaufspreis des Forschungsjournals so leserinnenfreundlich wie möglich zu gestalten.

Seit 2000 erscheint das Forschungsjournal nun im Stuttgarter Verlag Lucius&Lucius. Der

Verlag wurde 1996 in Übernahme des wirtschaftswissenschaftlichen Programms vom Gustav Fischer Verlag begründet. Seine Schwerpunkte lagen zunächst im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Mit der Übernahme des sozialwissenschaftlichen Programms vom F. Enke Verlag 1999 und von fünf sozialwissenschaftlichen Zeitschriften zum Jahresbeginn 2000 – darunter auch dem Forschungsjournal – bekam der Verlag ein sozialwissenschaftliches Profil. Das Forschungsjournal erscheint dort mittlerweile zusammen mit 14 weiteren sozialwissenschaftlichen Zeitschriften, darunter u.a. ‚Analyse & Kritik', ‚Feministische Studien', ‚Soziale Systeme', die ‚Zeitschrift für Sozialreform' oder die ‚Zeitschrift für Soziologie'. Die Redaktion arbeitet mit der kleinen Verlags-Crew flexibel und unkompliziert zusammen. Zwar ist auch das Forschungsjournal vom Abonnementrückgang im Zeitschriftenbereich keineswegs verschont worden, doch gelingt es seitdem, durch Kontingentverkäufe einzelner Themenhefte die verlaglichen Einnahmen insgesamt im schwarzen Bereich zu halten.

3 Zeitschriftenarbeit als Engagement: Entwicklungen der Redaktion im Überblick

Die gesamte Redaktionsarbeit des Forschungsjournals und auch große Teile der Herstellung basieren auf dem Faktor ‚Engagement'. Vor dem Hintergrund einer weitgehend bis heute ausgebliebenen Institutionalisierung der sozialen Bewegungsforschung im deutschen Wissenschaftsbetrieb und der von Redaktion und Herausgebern gewählten publizistischen Grundaufstellung im Zwischenraum von Wissenschaft und Praxis gab und gibt es für die Zeitschrift keinerlei institutionelle Anbindung und Unterstützung, wenn sich auch in den über 20 Jahren der redaktionellen Arbeit ein dichtes, noch zu beschreibendes Netzwerk von Kooperationspartnern herausgebildet hat.

Um gleichwohl die gesetzten Ziele zu erreichen, war das Forschungsjournal daher angewiesen auf eine ausschließlich engagementbasierte, ehrenamtliche Arbeit, auf wechselnde Grundfinanzierung durch Eigenmittel, auf Verlagszuwendungen oder die Kofinanzierung einzelner Hefte und Tagungen. So konnte und kann aber im Gegenzug jegliche institutionelle Abhängigkeit vermieden werden. Was auf der einen Seite eine echte Herausforderung an die Redaktionsarbeit darstellt – die fehlenden Ressourcen für die Redaktionsarbeit, die auch durch einen Förderverein[2] nur teilweise kompensiert werden können –, war und ist auf der anderen Seite zugleich ein Vorteil und gibt dem Forschungsjournal sein eigentümliches Gepräge: Die Redaktionsarbeit bietet Interessierten die Möglichkeit der weitgehenden Mitwirkung und Partizipation, die Möglichkeit, eigene Ideen bis hin zu Themenheftkonzeptionen einzubringen. Die möglichen redaktionellen Spielräume sind nach wie vor das Hauptmotiv des engagierten Mitwirkens in der Redaktion.

Trotz einer durch die hohen Arbeitsanforderungen und biografischen Entwicklungen gegebenen Fluktuation von MitarbeiterInnen hat sich im Kern der Redaktion eine oftmals vieljährige Bindung an die Redaktion eingestellt, auf die die Zeitschrift auch angewiesen ist, um ein professionelles Niveau zu halten und fortzuentwickeln. Ergänzt werden diese Kompetenzen durch Initiative und Kompetenzen vieler jüngerer MitarbeiterInnen. Die Mischung der Kompetenzen und die in einem großen Team mögliche Arbeitsteilung, durch die sich die Belastungen aufteilen, sind die Vorteile einer ehrenamtlichen Redaktionsarbeit, die freilich auch einen höheren Koordinationsaufwand zur Folge haben. Für LeserInnen erklärt sich vor diesem Hintergrund die große Zahl der im aktuellen Impressum der Zeitschrift ausgewiesenen RedakteurInnen und redaktionellen MitarbeiterInnen. Bewährt hat sich darüber hinaus die enge Zusammenarbeit mit KollegInnen aus der Wis-

senschaft, die ihre Kompetenzen als Gastherausgeber (früher: externe RedakteurInnen) in die Heftkonzeption und -realisation einbringen.

Die engagementbasierte Unterstützung der Zeitschrift geht jedoch über die Redaktion hinaus. Seit Gründung ist mit Gerhard Mester einer der profiliertesten politischen Karikaturisten der Bundesrepublik der Zeitschrift eng verbunden. Die Redaktion kann auf sein mittlerweile weit über 10.000 Karikaturen umfassendes Werk zurückgreifen. Die Gestaltung von Titeln, Flyern, Anzeigen oder Einladungen zu Veranstaltungen liegt seit vielen Jahren bei Nina Faber aus Wiesbaden – auch ihre hoch professionelle Arbeit stellt sie der Zeitschrift im Modus des Engagements zur Verfügung. Volker Klemm von unserem Satzbüro com.plot in Mainz erbringt seine professionellen Leistungen zu Freundschaftspreisen, die uns niedrige Produktionskosten ermöglichen. Kai-Uwe Hellmann schließlich unterstützt seit vielen Jahren unseren Förderverein durch Übernahme von Vorstandfunktionen.

An dieser Stelle können nicht alle gewürdigt werden, die seit den 1990er Jahren die Redaktionsarbeit des Forschungsjournals mit getragen haben. Neben den Herausgebern gehören zu den langjährigsten Redakteuren Markus Rohde und Ludger Klein (beide seit 1994), Peter Kuleßa (seit 1996), Jochen Roose (seit 2000). Alex Flohé (seit 2001) sowie Rudolf Speth und Karin Urich (beide seit 2003). Für jeweils mehrere Jahre zählten Kai-Uwe Hellmann, Michael Hasse, Irene Michels, Nele Böhme und Heike Walk zu den Säulen der Redaktion.

4 Der Beirat

Der Beirat wird auf Einladung der Herausgeber von Repräsentanten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik gebildet, die für die publizistische Arbeit und Wirkung der Zeitschrift von herausragender Bedeutung sind. Bereits im ersten Heft des Forschungsjournals waren dies Andreas Buro (Mitbegründer der Ostermärsche/ Friedensbewegung), Volkmar Deile (Christliche Friedensbewegung, später Generalsekretär von Amnesty International), Robert Jungk (Zukunftsforschung, Friedens- und Ökologiebewegung), Peter von Oertzen (SPD-Parteivorstand), Antje Vollmer (DIE GRÜNEN), und Ute Gerhard Teuscher (Frauenforschung). Im Mai 1989 schied Peter von Oertzen aus dem Beirat aus; neu hinzu kamen Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD-Vorstand) und Karin Benz-Overhage (Vorstand der IG Metall).

1992 wurde der Beirat als Konsequenz aus der deutschen Einheit und der Bedeutung der Bürgerbewegungen um ostdeutsche RepräsentantInnen erweitert: Neu hinzu kamen Ulrike Poppe (Bürgerbewegungen), Wolfgang Thierse (SPD) und Vera Wollenberger (später: Vera Lengsfeld), die bis Ende 1998 dem Beirat angehörte. Im Jahr 1999 kamen als weitere Beiratsmitglieder Warnfried Dettling (Publizist) und Friedhelm Hengsbach (Christliche Gesellschaftsethik) hinzu. Eine vorerst letzte Erweiterung fand der Beirat 2002 mit der Aufnahme um zwei der bedeutendsten Vertreter der sozialen Bewegungsforschung in Deutschland: Roland Roth und Dieter Rucht.

Der Beirat vertritt zum einen auf einer repräsentativen Ebene für die Zeitschrift bedeutende wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Bereiche, zu denen er bei Bedarf der Redaktion die Türen öffnet, Kontakte vermittelt oder aus denen er Impulse für die redaktionelle Arbeit gibt. Zum anderen sind Mitglieder des Beirats in der Zeitschrift selber oftmals mit Beiträgen engagiert – wie auch das vorliegende Jubiläumsheft deutlich macht.

5 Kooperationsnetzwerke

Von Beginn an war das Forschungsjournal ohne Einbettung in dichte Kooperationsnetze nicht vorstellbar. Schon die dargestellte Gründungssituation verdeutlicht die Bedeutung der sozial-

wissenschaftlichen Anbindung. Aus einer adhoc-Gruppe der DVPW heraus gegründet, hat das Forschungsjournal bis heute sehr enge Kooperationen mit dem längst formal aufgewerteten ‚Arbeitskreis soziale Bewegungen' in der DVPW (dazu den Beitrag von Christian Lahusen, Heike Walk und Ansgar Klein in diesem Heft). Ansgar Klein ist seit vielen Jahren dort zugleich als einer der Sprecher tätig. Diese wissenschaftlichen Netze führten auch zu einer sehr engen Kooperation mit den Verbändeforschern in der DVPW und deren Arbeitskreis. In den halbjährlichen Berichten des DVPW-Rundbriefes wird bereits seit längerem aus beiden Arbeitskreisen gemeinsam berichtet und dabei auch die Arbeit des Forschungsjournals integriert.

Eingebettet in die wissenschaftlichen Netze entstand eine enge Kooperation mit Dieter Rucht und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (siehe auch die im Jubiläumsteil des Heftes abgedruckte Liste von Tagungen und Kongressen des Forschungsjournals). In diesem Zusammenhang wurden – zusammen mit weiteren Partnern – mehrere große Wissenschaftskongresse konzipiert und umgesetzt, aus denen Themenhefte des Forschungsjournals, aber auch zahlreiche eigenständige Buchpublikationen gespeist wurden. Von Anfang an veranstaltete das Forschungsjournal, oftmals auch in Kooperation mit dem AK Soziale Bewegungen der DVPW, wissenschaftliche Fachtagungen (siehe auch hier den Überblick zu Tagungen in diesem Heft). Die Realisation dieser Tagungen war vor allem durch eine enge Kooperation und Unterstützung durch die Friedrich Ebert- Stiftung, die Heinrich Böll-Stiftung, die Hans Böckler-Stiftung, die Otto Brenner-Stiftung, die Stiftung MITARBEIT und die Bundeszentrale für politische Bildung möglich. Die 2002 gegründete Bewegungsstiftung hat das Forschungsjournal von Anfang an mit großer Sympathie begleitet (siehe dazu auch den Beitrag von Jörg Rohwedder und Felix Kolb in diesem Heft).

Die publizistische Arbeit des Forschungsjournals profitiert von den mitgewachsenen Wissenschaftsnetzen nicht zuletzt über äußerst wertvolle konzeptionelle Inputs aus dem Bereich der Universitäten und Institute. Über die Rolle von ‚externer Redaktion', in den vergangenen Jahren über die Rolle eines/einer ‚Gastherausgeber/in' entstanden Konzeptionen zahlreicher Themenhefte. Natürlich sind die wissenschaftlichen Kontakte für die Redaktion auch bei der Realisation von einzelnen Themenheften in völliger Eigenregie unverzichtbar. Das auf der Homepage des Forschungsjournals einsehbare Register aller Hauptbeiträge gibt Auskunft über alle AutorInnen, die für das Forschungsjournal geschrieben haben.

Neben den wissenschaftlichen Netzen sind für die Zeitschrift ihre Kontakte zu Bewegungsakteuren, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Politik von gleichrangiger Bedeutung. Sie sind nicht nur Gegenstand zahlreicher Artikel und Analysen in der Zeitschrift, sondern es entstehen in vertrauensvollen Kontakten auch immer wieder wichtige Themen und Beitragsideen. Durch das Konzept des Forschungsjournals, Themenhefte anzubieten, können hier immer wieder neue Kooperationen entstehen.

In den 1990er Jahren konnte die Redaktion dem Bund-Verlag, der zu dieser Zeit den Aufbau einer anspruchsvollen politischen Buchreihe unternahm, folgenreiche Hinweise für dessen Programmplanung geben. Leider wurde im Zusammenhang mit einer Reorganisation des Verlags das anspruchsvolle und durchaus aussichtsreiche Vorhaben wieder eingestellt. Seine publizistischen Wirkungen konnte das Forschungsjournal in den 1990er Jahren nicht zuletzt auch durch ganzseitige Dokumentationen in der Frankfurter Rundschau erweitern, die mittlerweile jedoch aufgrund redaktioneller Veränderungen der ‚neuen' Frankfurter Rundschau kaum noch zum Tragen kommen. Bei

einer deutlich steigerungsfähigen Auflage werden die Themen des Journals durch mittlerweile zahlreiche Sammelbände zu Themen wie politische Klasse, Masse-Macht-Emotionen, Paradigmen der Bewegungsforschung, Engagementpolitik, Lobbypolitik in verschiedenen Verlagen gestärkt (siehe dazu auch den in diesem Heft veröffentlichten Überblick über Bücher im Zusammenhang mit dem Forschungsjournal).[3]

6 Diskursiver Interventionismus: Der politische Anspruch

Das Augenmerk des Forschungsjournals gilt der ganzen Breite der zivilgesellschaftlichen Akteurskonstellationen sowie den Konfliktfeldern von Bewegungsakteuren, Verbänden und Parteien. Im interdisziplinären Austausch wird so die Gesellschaft von der weichen Seite des institutionellen Wandels beleuchtet. Bezüge zum weiteren Feld sozialer Bewegungen werden bewusst gesucht. Im Zentrum des Programms stehen empirische wie theoretische Arbeiten vor allem aus der Bewegungsforschung, der politischen Soziologie und der Demokratietheorie. Neben dem beabsichtigten Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Forschung ist es Ziel der Zeitschrift, den Austausch zwischen Forschung und Politik, zwischen Bewegungen und Wissenschaft sowie zwischen Bewegungsaktivisten und politischer Praxis zu fördern und zu festigen. Konzipiert ist die Zeitschrift als offenes Diskussionsforum; hinzu kommen Dauerrubriken zum Stand der Bewegungsforschung und zur Ideengeschichte der Bewegungsforschung sowie ein ausführlicher Literaturteil, Forschungsberichte, Material- und Veranstaltungshinweise.

Das Forschungsjournal hat sich den Platz zwischen Praxis und Theorie ausgesucht und sich als Beobachter und Kommentator gleichsam zwischen den Stühlen eingerichtet (zum Folgenden Klein 2003). Die Zeitschrift hat sich schon sehr bald nach seiner Gründung von den Vorgaben der ausdifferenzierten Teil- und Bindestrichdisziplinen der Sozialwissenschaften gelöst. Mit Blick auf praxisrelevante Diskurse hat sie negativen Effekten der wissenschaftlichen Spezialisierung, die erst allmählich auch im eingefahrenen Wissenschaftsbetrieb als problematisch erkannt werden, gegenzusteuern versucht. Immer wieder spricht die Redaktion für einen Themenschwerpunkt nicht nur die Bewegungsforschung, sondern auch die Forschungen zu NGOs, Verbänden und Parteien an. Sie greift dabei auf die politische Theorie, die Ökonomie, die Sozialpsychologie, die Philosophie oder die Medienwissenschaften zurück.

Die Separierung der Analyse zerschneidet die gegebenen Zusammenhänge und wirkt so auch kontraproduktiv. Dies gilt auch für das bisherige Nebeneinander von wissenschaftlichen Diskursen zu Zivilgesellschaft und Drittem Sektor, das die Zusammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Dimensionen sozialer Bewegungen, zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Non-Profit-Bereich ausblendet. Den interdisziplinären Zugriff auf die Theorie verbindet das Forschungsjournal mit dem publizistischen Anspruch der Intervention in die politische Praxis. Wir wollen – mit den beschränkten Mitteln unserer Zeitschrift – diskurspolitisch intervenieren. Über das Kernfeld der Bewegungsforschung hinaus ist ein Einfluss des Forschungsjournals – das zeigt der Blick in die Zitationsapparate fachöffentlicher Publikationen, aber auch eine mediale Themenkonjunktur – bspw. bei Themen wie ‚politische Klasse', ‚politische Strategie', ‚Lobbyismus', ‚Zivilgesellschaft' oder ‚bürgerschaftliches Engagement' durchaus erkennbar.

Diskurspolitik ist ein sperriges Wort. Es verbindet die Diskurse in Wissenschaft und Öffentlichkeit – immer auch normativ aufgeladen, aber ebenso empirisch unterfüttert – mit dem Anspruch der Einflussnahme auf politische Gestaltung. Diskurspolitik zielt auf den Aufbau von Handlungsverbindlichkeiten entlang thema-

tischer Fokussierungen. Aus Reden soll Handeln entstehen. Das Forschungsjournal versteht sich als Akteur eines ‚Diskurses der Zivilgesellschaft' und einer gesellschaftspolitischen Reformpolitik. Der Raum des Politischen erschöpft sich aus dieser Perspektive gerade nicht in staatlichem Handeln, sondern bezieht auch die nichtstaatlichen Akteure, ihre öffentlichen Artikulationen und den intermediären Raum zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt ein. Entsprechend interessiert sich die Zeitschrift für das – oftmals konflikthafte – Zusammenspiel der staatlichen und staatsnahen Akteure mit sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Protagonisten, bezieht normative Bezüge der gesellschaftspolitischen Akteure ein und richtet vor diesem Hintergrund auch den Blick auf einzelne Politikfelder, auf die Institutionen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung und die Strukturen des öffentlichen Raums.

Diskurspolitische Interventionen sind nicht nur angewiesen auf einen funktionsfähigen öffentlichen Raum, sondern sie sind auch angewiesen auf ein ‚responsives' Handeln politischer Akteure und Institutionen, das diese Impulse aufnimmt und nachvollziehbar in politische Gestaltung übersetzt. Beide Voraussetzungen sind jedoch sehr anspruchsvoll.

Diskurspolitische Interventionen wollen nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit, sondern benötigen diese Aufmerksamkeit als Voraussetzung einer Einflussnahme auf politische Gestaltung. Doch das Geschäft der Aufmerksamkeitsgewinnung ist schwieriger geworden: Der öffentliche Raum hat sich gewandelt. Er ist segmentiert, kommerzialisiert, vielfach komplex manipuliert. Ein früherer Bundespräsident hat gar von einer ‚Refeudalisierung' der Öffentlichkeit gesprochen.

Die Filter der medialen Aufmerksamkeit haben längst dazu geführt, dass sich auch Bewegungsakteure an diese Selektionskriterien anpassen. Ihre Chance, Öffentlichkeit zu erzeugen, ist geringer geworden, und es bedarf auf Seiten aller Akteure einer professionellen Medienkompetenz, um diese Chance zu wahren. Doch geht es nicht nur um technische Nachrüstung der Handlungsroutinen zivilgesellschaftlicher Akteure (Platzierung von Themen in den Medien, Prominenz, dramaturgische Gesichtspunkte der Inszenierung etc.). Bedarf besteht insbesondere auch bei der Reorganisation der kommunizierten Inhalte entlang medialer Aufnahmefähigkeit sowie bei der Fortentwicklung institutioneller Formen der gesellschaftlichen und politischen Kommunikation. Die enorm gewachsene Bedeutung politischer Kommunikation hat bei den politischen Akteuren die Wahl von Strategien symbolischer Politik erhöht. Die Besetzung von Themen und Begriffen bedeutet jedoch keineswegs, dass daraus politische Gestaltungsoptionen generiert werden. Oftmals erweist sich der symbolpolitische Schleier als Barriere politischer Gestaltung, die es zu überwinden gilt. Ein mühsames und zumeist vergebliches Unterfangen.

Es gibt eine wahre Flut an Informationen und Expertise und zugleich nimmt das Rauschen der bloßen Unterhaltung in den Medienkanälen zu: Überangebote an Unterhaltungsangeboten, an Hobby und Regenbogen, Action und Talk verstellen den Blick auf relevante Informationen. Doch auch mit Blick auf Expertise und Analyse sind die Angebote kaum zu überschauen. Viele gesellschaftspolitisch relevante Themen werden heute in medialen Parallelwelten diskutiert. Fachöffentlichkeiten und Teilöffentlichkeiten haben es schwer, Impulse jenseits ihrer gehegten Terrains zu platzieren. Wo alles schon gesagt zu sein scheint, bedarf es der intelligenten Fokussierung der Argumente und Analysen. Nötig ist die Bündelung inhaltlicher Zusammenhänge mit Blick auf mittelbar absehbaren politischen Gestaltungsbedarf zentraler gesellschaftspolitischer Reformfelder. Notwendig ist auch der weitere Ausbau zivilgesellschaftlicher Kommunikationsnetze.

Diskurspolitik will politische Gestaltung beeinflussen. Ohne aufgeschlossene politische Eliten, aber auch ohne eine intelligente institutionelle Reformpolitik, die auf eine weitere Demokratisierung der repräsentativen Demokratie zielt, wird Diskurspolitik blockiert. Konzepte wie das der ‚deliberativen' oder der ‚reflexiven' Demokratie formulieren die Ansprüche an institutionelle Öffnung für diskurspolitische Interventionen. Doch bergen bloße institutionelle Ausweitungen politischer Beratungsrunden und Kommunikationsnetzwerke das Risiko einer abgeschlossenen Elitenkommunikation – wenn auch unter deutlicher Ausweitung um zivilgesellschaftliche Akteure. Diskurspolitik bleibt darüber hinaus angewiesen auf die Impulse der ‚direkten' wie auch vor allem der ‚assoziativen' Demokratie. Gesellschaftspolitische Reformen und diskurstheoretische Interventionen benötigen die Rückendeckung und die Resonanz einer ausgeweiteten Beteiligungspraxis der Bürgerinnen und Bürger. Daher gehören zu den Voraussetzungen gelingender Diskurspolitik engagementpolitische und demokratiepolitische Reformen.

Die spezifische funktionale Stärke des Bewegungssektors liegt in der Fähigkeit zur öffentlichen Problemartikulation. Da soziale Bewegungen auf öffentliche Problemartikulation ausgerichtet sind, bleiben sie – von der Verwaltung der Macht enthoben – bezogen auf Wertfragen, diskursive Intervention und Expertise. Die Institutionalisierung des Bewegungssektors bietet durchaus Chancen dafür, Diskurse mit politischem Gestaltungsanspruch zu führen. Expertise und Professionalität sind hier unbestritten vorhanden. Rollenspezifikation und Organisation gehören mittlerweile zu den Kennzeichen dieses Bewegungssektors, der damit freilich immer auch in der Gefahr steht, dass sich die neuen zivilgesellschaftlichen Organisationseliten von den mobilisierungsfähigen Sektoren der Gesellschaft abkoppeln.

Absehbar ist ein Bedeutungsrückgang der Mobilisierung größerer Versammlungsöffentlichkeiten. Stattdessen werden professionelle Kampagnen und Aktionsformen an Gewicht gewinnen, die durch Inszenierung auf Medienselektion abzielen. Protest ist jedoch keineswegs mehr das identifizierende Merkmal sozialer Bewegungen. Insbesondere im transnationalen Kontext europäischer Protestmobilisierung, aber auch im nationalen Kontext kommt es zu einer neuen Doppellogik kollektiven Handelns: Auf der einen Seite werden in den Institutionen die institutionalisierten Akteure des Bewegungssektors zu den Promotoren einer partizipatorischen Einflussnahme. Ihr Handlungsmodus ist das deliberativ-argumentative, advokatorische Handeln. Auf der anderen Seite wird der Protest zum Handlungsmodus einer populären Streitpolitik außerhalb der Institutionen – zuweilen durchaus auch instrumentell von institutionellen Akteuren in den Dienst genommen. Expertendissens und populärer Protest bilden das ambivalente Doppelgesicht des Bewegungshandelns, das sich innerhalb wie außerhalb der Institutionen bewegt. Trotz dieser Ambivalenz erscheint Protest weiterhin als unverzichtbare Ressource für diskurspolitische Interventionen und sozialen wie politischen Wandel.

Die Analyse des gesellschaftlichen Bewegungssektors und seiner verschiedenen, auch anti-demokratischen Bewegungsfamilien wird weiterhin die Agenda des Forschungsjournals prägen. Wir gehen dabei von der absehbaren Bedeutungssteigerung europäischer und transnationaler Mobilisierungen und Vernetzungen sowie der globalisierungskritischen Bewegungen aus. Die diskurspolitische Agenda des Forschungsjournals kann zugespitzt als eine engagement- und demokratiepolitische Agenda bezeichnet werden, die das Ziel einer weitergehenden Demokratisierung repräsentativer Demokratien mit dem genauen Blick auf Infrastrukturen und Akteure der Zivilgesellschaft einerseits, auf politikfeldspezifische Diskurse und Entwicklungen andererseits verbindet.

7 Thematische Entwicklungen und Akzente im Überblick

7.1 Alte und neue soziale Bewegungen: Zur Konstitution der Bewegungsforschung

In der Gründungsphase des Forschungsjournals stand die Auseinandersetzung mit den Konzepten und Begriffen der Bewegungsforschung im Zentrum der redaktionellen Arbeit. Das Konzept der neuen sozialen Bewegungen (NSB) wurde in Abgrenzung zu den ‚alten' sozialen Bewegungen, v.a. der Arbeiterbewegung, diskutiert und als Positivbestimmungen des ‚Neuen' galten Elemente des neuen Bewegungstypus wie die Anerkennung von Pluralität, eine Aufwertung lebensweltlicher und kultureller Konflikte, eine rebellische Subjektivität und die Rehabilitierung des Bürgerbegriffs. Erst in den 1990er Jahren zeichnete sich klarer als Dach der thematischen Vielfalt der NSB das Leitthema einer Demokratisierung ‚liberaler' Demokratien als gemeinsame übergreifende Botschaft ab. Hier setzte auch die ordnungspolitische Theoriedebatte der ‚Zivilgesellschaft' an (Klein 2001: 97-265). Mittlerweile zeigen alle empirischen Befunde eine allgemeine Akzeptanz von unkonventionellen Formen der Partizipation. Die hier anknüpfenden Fragestellungen von politischer Theorie wie auch politischer Soziologie, die ausgeweiteten Fragestellungen einer Engagement- und Demokratiepolitik, ihrer Akteure und Strukturen haben die Agenda des Forschungsjournals mit geprägt.

7.2 Kontroversen

Das Bemühen um eine problemsensible redaktionelle Strategie und Themensetzung war freilich – durchaus ein Erfolg – begleitet von Kontroversen.

7.2.1 Wie wissenschaftlich ist die Bewegungsforschung?

Nicht überraschend waren etwa die in der Bewegungsforschung heftig diskutierten Vorbehalte aus der Politikwissenschaft gegenüber einer zu starken Nähe zahlreicher ihrer Protagonisten zum Untersuchungsgegenstand (Greven 1988), verbunden mit dem Zweifel an deren Wissenschaftlichkeit. Diese grundlegende Skepsis kann – bei aller Berechtigung des Hinweises auf wissenschaftliche Distanz und Standards – mittlerweile als Teil der Wissenschaftsgeschichte betrachtet werden. Dies macht auch Jochen Rooses Rezension aktueller nationaler und internationaler Standardwerke der Bewegungsforschung in diesem Heft deutlich.

Fragen der Bewegungsforschung werden im Forschungsjournal kontinuierlich aufgegriffen, vor allem in den Rubriken. Doch es widmeten sich auch zahlreiche Themenhefte ausschließlich dem Thema und seine Teilaspekten.[4] Die Redaktion hat auch sozialpsychologische und kulturwissenschaftliche Zugänge aufgegriffen.[5] Zur Kontinuität der Auseinandersetzung zählen auch Themenschwerpunkte zu einzelnen Themensträngen wie der Solidaritätsbewegung (Heft 3/1994), zu den Bürgerbewegungen (Heft 1/1992; Heft 4/1995), zur Umweltbewegung (Heft 4/1996; Heft 4/2002), zur Schwulen- und Lesbenbewegung (Heft 4/2000), zur Frauenbewegung (Heft 2/2001) und zur Verbraucherbewegung (Heft 4 /2005).

7.2.2 Rechte soziale Bewegungen?

Ein weiterer Konflikt, der im Forschungsjournal aufgenommen und in der Folge breit diskutiert wurde, nahm seinen Ausgang von der Frage, ob denn von ‚rechten sozialen Bewegungen' gesprochen werden dürfe und ob das Forschungsjournal sich diesem Thema widmen sollte. Seit den 1990er Jahren nahmen Sozialproteste, rechtsradikale und ausländerfeindliche Aktivitäten an Bedeutung zu – der Bewegungsbegriff verlor seine politische Eindeutigkeit im Sinne progressiver Politik. Auch rechte Gruppen organisieren sich zunehmend bewegungsförmig und machen dabei Anleihen bei der Praxis der Arbeiterbewegung, der APO und der NSB. Es entbrannte eine

Kontroverse darüber, ob die Befassung mit den links-libertären ‚neuen sozialen Bewegungen' nicht auch eine Reservation des Bewegungsbegriffs auf prodemokratische Akteursformationen bedeuten sollte. Hatte sich doch die ‚Bewegungsforschung' bis in die 1980er Jahre mit einem Vorbehalt konfrontiert gesehen, der aus der bitteren Erfahrung mit dem Nationalsozialismus den Schluss gezogen hatte, dass Bewegungen und Demokratie ein natürliches Gegensatzpaar bildeten (siehe dazu das Themenheft ‚Masse-Macht-Emotionen' 3/1997 und Klein/Nullmeier 1999).

Würde, so die Sorge, eine Analyse rechter sozialer Bewegungen den Begriff der Bewegungen, dessen Nähe zur Demokratie mühsam gegen Skeptiker hatte dargestellt werden müssen, wieder antidemokratisch aufladen und damit diskursiven Terraingewinn gefährden? Im Selbstbewusstsein der analytischen Stärken der Bewegungsforschung setzte sich gegenüber diesen Bedenken eine Haltung durch, die antidemokratische Bewegungen analysiert und zugleich die Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Bewegungsfamilien im Lichte normativer Wertungen stärkt. Mittlerweile hat sich eine Analyse rechter sozialer Bewegungen als einer Bewegungsfamilie im gesellschaftlichen Bewegungssektor durchgesetzt. Das Forschungsjournal hat dem Thema mehrere Schwerpunkte gewidmet (‚Bewegungen von rechts? Analyse und Kritik', Heft 4/1994; Hellmann 1995, ‚Alte Gefahr – Neue Wege. Was tun gegen Rechts?' Heft 4/2003; ‚Rechtsradikale Zivilgesellschaft?', Heft 4/2008, in Vorbereitung).[6]

7.2.3 Bewegungsforschung und Frauenbewegung

Im Gefolge der 1968er-Bewegung wurde deutlich, dass die ‚neue Frauenbewegung' nur über eine kritische Abgrenzung die Bedeutung geschlechtsspezifischer Rollenmuster, Arbeitsteilung und Ungleichheiten thematisieren konnte (siehe auch im Themenschwerpunkt dieses Heftes den Beitrag von Barbara Schaeffer-Hegel). Bereits im ersten Jahrgang des Forschungsjournals formulierten Bärbel Clemens und Ulrike C. Wasmuth eine deutliche Kritik an der Bewegungsforschung: „Wer sich heute in einer gut sortierten Bibliothek einen Überblick über den Forschungsstand über die Theorien und Praxis der neuen sozialen Bewegungen – kurzum: der neue-soziale-Bewegungsforschung – verschaffen möchte, findet ein breites Spektrum vor. Die Frage der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen, die Mitgliedschaft, die Entwicklungsformen, das Verhältnis zwischen Staat und außerparlamentarischen Bewegungen oder der Weg zur Institution resp. Autonomie. Dabei stellt sich die Frage, ob wir wieder eine Geschichte der Männer schreiben? Mit keiner Analyse wird bislang das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in den neuen sozialen Bewegungen erwähnt – es sei denn in Studien, die sich explizit mit der Frauenbewegung und deren innerer Dynamik befassen –, es wird nicht analysiert, welchen expliziten Beitrag Frauen in den einzelnen Bewegungssträngen leisten, deren eigene Symbolik bzw. die Rollenverteilung in den Basisgruppen. Warum gibt es diese Forschungslücke? Auch hier – vergleichbar mit anderen Wissenschaftszweigen – kann festgestellt werden, da die Bewegungsforschung vornehmlich von Männern betrieben wird, deren Forschungsinteresse per definitionem nicht das Geschlechterverhältnis einschließt." (Heft 4/1988: 3)

Zudem wurde eine schlichte Einordnung der ‚neuen Frauenbewegung' unter die ‚neuen sozialen Bewegungen' in Frage gestellt: „Die neue Frauenbewegung führt jedoch unverkennbar eine alte soziale Bewegung fort. Es geht nicht an, sie als ein Spaltprodukt der Studentenbewegung oder als eine Neugründung der frühen 1970er Jahre zu betrachten." (Clemens 1988: 7f.) – Das Forschungsjournal hat sich bemüht, die hier eingeklagte Perspektive zu verfolgen.[7]

7.3 Wachsende soziale Ungleichheit: Herausforderung für die Bewegungsforschung

Mit Blick auf die zunehmende soziale Ungleichheit standen und stehen Fragen nach deren Konsequenzen für soziale Bewegungen und Protestmobilisierung des Öfteren auf der Redaktionsagenda. Führt die wachsende soziale Ungleichheit dazu, dass Protest und Engagement linkslibertärer Bewegungen sich zu einem reinen Mittelschichtsphänomen entwickeln, dass bürgerschaftliches Engagement sich reduziert auf ein ‚bürgerliches Engagement', dass der Modus des advokatorischen Handelns immer stärker paternalistische Züge annimmt? Welche Mobilisierungsstärke haben marginalisierte Gruppen? Führt die wachsende soziale Ungleichheit zu einem Rückgang der ‚postmateriellen Werte', die die neuen sozialen Bewegungen so stark gemacht haben? Werden dadurch andere Bewegungsakteure – etwa rechte soziale Bewegungen oder populistische Bewegungsformen – gestärkt?[8] Auch das Engagement von MigrantInnen ist in diesem Zusammenhang eine wichtiges Thema.[9]

7.4 Zivilgesellschaft und die Demokratisierung liberaler Demokratien

Das Forschungsjournal hat sich systematisch mit dem Diskurs der Zivilgesellschaft auseinandergesetzt und dieses Thema seitdem in zahlreichen Themenheften aufgegriffen (siehe dazu auch den Beitrag ‚Zivilgesellschaft und Demokratie' von Ansgar Klein in diesem Heft).[10] Ergänzend wurden immer wieder auch Fragen der Demokratietheorie und -praxis aufgegriffen, sei es im direkten Zusammenhang mit der Zivilgesellschaftsdebatte[11], in Bilanzierung von demokratisierenden Potentialen der neue sozialen Bewegungen[12], als politikfeldspezifische Analyse – etwa des Gesundheitssektors[13] –, und zu Theoriefragen wie Local Governance[14], das ‚Ende der Politik' oder ‚Postdemokratie'.[15] Die besondere Bedeutung, die in Demokratien Öffentlichkeit und Medien einnehmen, wird in einer ganzen Reihe weiterer Themenhefte vor allem empirisch-analytisch mit Blick auf Gelegenheitsstrukturen und Kontextbedingungen von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgegriffen.[16]

7.5 Globalisierungskritische Bewegungen

Einen weiteren Akzent setzte die Redaktion in Folge einer wachsenden Bedeutung transnationaler Bewegungsmobilisierung auf die Analyse globalisierungskritischer Bewegungen wie auch der Rolle der Nichtregierungs-Organisationen (NGOs).[17] Im Verhältnis der NGOs zu den neuen sozialen Bewegungen können drei Entwicklungsphasen unterschieden werden.[18] In einer ersten Phase, die die 1970er und 1980er Jahre umfasst, übernehmen NGOs zum Teil die Funktion von Bewegungsorganisationen. Für das Verständnis grenzüberschreitender Problemzusammenhänge und den Ausbau transnationaler Aktionsnetzwerke spielen die NGOs in dieser Phase eine zentrale Rolle im Bewegungssektor. Eine zweite Phase im Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen beginnt mit dem Schlüsseljahr 1989 und dem damit verbundenen Wandel der Kontextbedingungen für NGOs und soziale Bewegungen. NGOs profitieren vom Bedeutungszuwachs der transnationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Sie verfügen über transnationale Strukturen und Vernetzungen und nutzen selbstverständlich auch die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmedien, um transnationale Solidarität und Vernetzung zu erzeugen. Protest und Kampagnen sind ihr ‚Standbein', die Lobby-Arbeit ihr ‚Spielbein'.

Thematisch orientierte Netzwerke auf internationaler und regionaler Ebene, transnational vernetzte NGOs auf nationaler Ebene und sich horizontal vernetzende Basisbewegungen bil-

den im Zusammenspiel ein beträchtliches Gegengewicht zum mangelnden Basisbezug und zur hierarchischen Struktur von Lobby-Organisationen. Es ist den NGOs gelungen, gegenüber Staat und Wirtschaft die öffentliche Themensetzung bei der Kritik der Globalisierungsfolgen mitbestimmen zu können. Sie machen so Defizite der öffentlichen Debatte deutlich, verleihen durch Mobilisierung ihren Themen Aufmerksamkeit und zwingen die abgeschottete Elitenkommunikation zu Reaktionen.

Die Teilnahme der NGOs in der Lobby und am Verhandlungstisch internationaler Gipfeltreffen und Konferenzen war von Anfang an eng verknüpft mit Protestmobilisierungen, sei es in Paris (1982), London (1984), Bonn (1985), Venedig (1987) oder Berlin (1988). Doch erst mit den Mobilisierungen von Seattle anlässlich einer Konferenz der WTO im Jahre 1999, die als ‚Battle of Seattle' internationale Aufmerksamkeit erlangte, und mit den Mobilisierungen von Genua im Jahre 2001 rückte die globalisierungskritische Bewegung in den Fokus des öffentlichen Bewusstseins (Walk/Boehme 2002). In den vergangenen Jahren ist hierzulande vor allem die globalisierungskritische Bewegung Attac in den Vordergrund getreten. Mit dem Auftreten der globalisierungskritischen Bewegung wird eine dritte Phase im Verhältnis von NGOs und sozialen Bewegungen eingeleitet.

7.6 Die Bedeutung Europas

Der osteuropäische Transformationsprozess hat nicht nur die Rolle von Bürgerbewegungen und die Funktion von Zivilgesellschaften im Transformationsprozess in den Vordergrund auch des Interesses des Forschungsjournals gerückt[19], sondern auch die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses insgesamt: Kann die Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft positive Auswirkungen auf den Globalisierungsprozess haben. Wie ist die europäische Zivilgesellschaft verfasst, wie vernetzt? Das Forschungsjournal hat europäischen Themen kontinuierlich eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei entstanden Themenhefte, die sich mit den Folgen der dominanten Marktorientierung der EU für die neuen sozialen Bewegungen, mit der Bedeutung regionalistischer Bewegungen, mit der Demokratieschwäche der EU und mit den Lobbystrukturen zivilgesellschaftlicher Akteure in der EU auseinandersetzen.[20]

7.7 Das breite Spektrum der politischen Soziologie

Die Forschungen zu sozialen Bewegungen haben mit Konzepten wie dem der ‚politischen Gelegenheitsstrukturen' oder auch in den Diskussionen über die Institutionalisierung sozialer Bewegungen immer schon die ganze Breite der Fragestellungen der politischen Soziologie vorausgesetzt. Dieses Interesse wird von der Redaktion des Forschungsjournals geteilt. Es entstanden zahlreiche Themenhefte zu einzelnen Akteurstypen. Eine dominante Rolle nimmt dabei die Auseinandersetzung mit der Parteienforschung ein.[21] Auch der Krise der Gewerkschaften widmete die Zeitschrift zwei Themenhefte.[22] Weitere Themenhefte widmeten sich den NGOs, Non-Profit-Organisationen, Verbänden, Vereinen und auch den Kirchen.[23] Das Spektrum der Themenhefte beinhaltet auch eine Auseinandersetzung mit der Wahlforschung, der Macht der Bürokratie, der Bedeutung von Expertise/Gegenexpertise und Politikberatung und der Bedeutung von Mediationsverfahren bei Konflikten.[24] Mit Konferenzen zu den Themen ‚Lobbyismus' (2003) und ‚politische Strategie' (2007) hat das Forschungsjournal weitergehende Diskursimpulse setzen können.[25]

7.8 Der reformpolitische Diskurs

Das Forschungsjournal setzt als eine dem Anspruch nach ‚politisch-wissenschaftliche' Zeitschrift im Kontext reformpolitischer Diskussio-

nen eigene Akzente. Durchgehend zielte die Zeitschrift auf einen engagement- und demokratiepolitischen Fokus bei der Kommentierung reformpolitischer Prozesse und Inhalte. In diesem Zusammenhang wurde und wird auch die Entwicklung des Sozialstaats kontrovers diskutiert – zum einen in den Folge zunehmender Ungleichheit für politischen Protest und soziale Mobilisierung, zum anderen aber auch in den Chancen, die in einer Entwicklung vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft liegen.[26]

8 Ausblick

Die Bewegungsforschung hat sich – anders als die Frauenforschung – in Deutschland kaum wirklich institutionalisieren können. Außer dem WZB, das sich – ein Verdienst insbesondere von Dieter Rucht – seit vielen Jahren als das deutsche Zentrum der Bewegungsforschung mit exzellenten internationalen Vernetzungen hat etablieren können, sind Lehrstühle an Universitäten und Fachhochschulen mit ausgewiesener Denomination für die Bewegungsforschung seltene Ausnahmen, an einer Hand aufzuzählen. Vor diesem Hintergrund stellt das Forschungsjournal in der deutschsprachigen Landschaft nach wie vor die einzige Zeitschrift mit einem ausgewiesenem Bewegungsschwerpunkt dar. International – auch im europäische Ausland – hat sich die Bewegungsforschung deutlich stärker auch wissenschaftlich institutionalisieren können. Insbesondere ist hier auf die internationale Fachzeitschrift ‚Mobilization' hinzuweisen (http://www.mobilization.sdsu.edu/).

Die Einbindung in die internationale Diskussion und Forschung, aber auch eine Reihe weiterer Faktoren führten schließlich dazu, dass die Fokussierung auf die ‚neuen sozialen Bewegungen' aufgegeben wurde und eine bis heute anhaltende Konzentration auf spezifische Fragen unterhalb oder im Rahmen allgemeiner Theorien sozialer Bewegungen erfolgt ist (Roth/Rucht 1988). Im Zuge dieser Entwicklungen wurden ursprüngliche Fixierungen auf paradigmatische Linien gelockert sowie wechselseitige Wahrnehmungen und Einflüsse verstärkt. Unter dem Eindruck der internationalen, insbesondere auch der US-amerikanischen Diskussion, sind, so Roland Roth[27], die analytischen Instrumente der Bewegungsforschung im Hinblick auf formale Merkmale sozialer Bewegungen geschärft worden, so dass sich im Ausland wie in Deutschland eine zunehmende semantische Konvergenz abzeichnet. Demnach werden der Anspruch gesamtgesellschaftlicher Veränderung, der Netzwerkcharakter, die kollektive Identität und Protesthandlungen als konstitutive Merkmale sozialer Bewegungen betrachtet.

Eine paradoxe Wirkung des Wissenschaftsbetriebs bereitet der Redaktion Sorgen: Durch die Vergabe von Punkten für wissenschaftliche Publikationen in Zeitschriften mit Gutachtersystem und v.a. in internationalen Zeitschriften wird es für junge WissenschaftlerInnen mit Pflicht zur Karriereorientierung zunehmend unattraktiver, in anderen Zeitschriften zu publizieren. Beiträge im Forschungsjournal zählen im Wissenschaftsbetrieb nur in einer zu vernachlässigenden Weise. Einmal mehr wird hier deutlich, dass der Ort zwischen Wissenschaft und Praxis in der Wissenschaft selber (in Forschung und Lehre) allzu gering gewichtet wird.

Erfreulicherweise gibt es jedoch weiterhin auch zahlreiche junge AutorInnen, die sich jenseits der strukturell angelegten Zwänge des Wissenschaftsbetriebs am Forschungsjournal beteiligen und dessen publizistische Agenda mit tragen. Die vom Forschungsjournal systematisch verfolgte diskurspolitische Perspektive einer Stärkung von Engagement- und Demokratiepolitik und der hier anknüpfenden theoretischen wie politisch-soziologischen Diskussion scheint aktueller denn je. Insofern ist die hier vorgelegte Zwischenbilanz zugleich der Ausgangspunkt einer fort zu schreibenden Agenda.

Ansgar Klein, seit Mitte der 1990er Jahre als einer von drei Herausgebern zugleich redaktioneller Koordinator des Forschungsjournals, Sprecher des Arbeitskreises ‚Soziale Bewegungen' der DVPW, Mitherausgeber der Buchreihe ‚Bürgergesellschaft und Demokratie', Mitbegründer und Mitglied der Steuerungsgruppe des Arbeitskreises ‚Bürgergesellschaft und aktivierender Staat' der Friedrich-Ebert-Stiftung, Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Bremen, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Anmerkungen

[1]Die vorliegende Darstellung gibt eine persönliche Einschätzung des Autors wieder. In der Redaktion des Forschungsjournals, wie könnte es anders sein, werden die hier vorgetragenen Einschätzungen und Wertungen sicherlich an der einen oder anderen Stelle mit anderen Akzenten versehen.

Die Zitate aus Heften des Forschungsjournals verweisen auf die nachfolgend abgedruckte Liste aller seit 1988 erschienenen Hefte des Forschungsjournals. Siehe auch die Homepage des Forschungsjournals: http://www.fjnsb.de

[2]Zum Förderverein siehe: http://fjnsb.parallel-universum.info/fjnsb/pages/frameVerein.htm.

[3]Siehe auch die Buchreihe ‚Bürgergesellschaft und Demokratie' seit 2003 im VS-Verlag.

[4],Symbolik und Habitus in Neuen Sozialen Bewegungen' (Heft 1/1988); ‚Neue Soziale Bewegungen und soziale Kontrolle' (Heft 2/1988); ‚Geschlechterverhältnis in Neuen Sozialen Bewegungen' (Heft 3/1988); ‚Institutionalisierungstendenzen der Neuen Sozialen Bewegungen' (Heft 2/1989), ‚Großstadt und neue soziale Bewegungen' (Heft 3/1990); ‚Bewegung, Gegenbewegung und Staat' (Heft 2/1991); ‚Power in der Provinz – Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen' (Heft 4/1991); ‚Von der DDR zu den FNL. Soziale Bewegungen vor und nach der Wende' (Heft 1/1992); ‚Perspektiven der Bewegungsforschung. Fragestellungen – Anregungen – Kritiken' (Heft 2/1992); ‚Soziale Bewegungen und soziologische Theorie' (Heft 2/1994); ‚Protest und Gewalt. Paradigmen auf dem Prüfstand' (Heft 4/1998); ‚Bewegungs-Delphie 2000. Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert' (Heft 1/2000) ; ‚Immer in Bewegung – Nie am Ziel. Was bewirken soziale Bewegungen?' (Heft 1/2006).

[5]In diesem Zusammenhang zu nennen sind ‚Soziale Bewegungen und kollektive Identität' (Heft 1/1995) und ‚Subkultur und Subversion' (Heft 2/1995) und ‚Popmoderne und Protest. Musik zwischen Subversion und Aneignung' (Heft 3/2006).

[6]Die Analyse fundamentalistischer und religiöser Bewegungen mit den Instrumenten der Bewegungsforschung ist mittlerweile selbstverständlich geworden (zur Bedeutung von Religion in sozialen Bewegungen siehe Heft 4/2004; Willems 2004). Aus redaktioneller Sicht sind hier wichtige Desiderate wie auch Zukunftsaufgaben der Heftplanung festzustellen.

[7]Siehe dazu auch die Themenhefte ‚Geschlechterverhältnis in Neuen Sozialen Bewegungen', Heft 4/1988 und ‚Geschlechtsblinder Diskurs? Bewegungsforschung und Frauenbewegung im internationalen Vergleich', Heft 2/2001.

[8]Dazu die Hefte ‚Strukturwandel und neue soziale Milieus' (Heft 3/1990), ‚Marginalität und Mobilisierung' (Heft 2/1997) und ‚Barfuß oder Lackschuh? Soziale Ungleichheit und Protest' (Heft 1/2007).

[9]Siehe dazu das Themenheft ‚Migration kontrovers. Integrationspolitik im europäischen Vergleich' (Heft 1/2001).

[10]Schwerpunkte waren dabei die Diskussionen über den Dritten Sektor der non profit-Organisationen (‚Zwischen Markt und Staat', Heft 4/1992), die Diskussionen der politischen

Theorie (‚Kommunitarismus und praktische Politik' Heft 3/1995 und Heft ‚Konturen der Zivilgesellschaft. Zur Profilierung eines Begriffs', 2/2003), die Rolle der Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen (Heft1/1997 ‚Zivilgesellschaft im Transformationsprozess'), die politische Soziologie von Vereinen (‚Zwischen Meier und Verein. Modernisierungspotentiale im Ehrenamt', Heft 1/2004) wie auch des bürgerschaftlichen Engagements (‚In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements', Heft 2/2000) und der Diskussionsstand einer sich entwickelnden Engagementpolitik (‚Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit', Heft 2/2007).

[11]Siehe das Themenheft ‚Zivilgesellschaft und Demokratie', Heft 1/1994, sowie ‚Zukunft für die Menschenrechte', Heft 1/1999.

[12]Siehe das Sonderheft anlässlich des 10jährigen Bestehens des Forschungsjournals ‚Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven' (Heft 1/1998).

[13]Dazu das Themenheft ‚Partizipation und Mitgestaltung. Wege aus der Intensivstation Gesundheitswesen', Heft 3/2002.

[14]Dazu das Themenheft ‚Local Power. Mehr Bürgerengagement durch Governance?' (Heft 3/2005).

[15]Dazu die Hefte ‚Das Ende der Politik. Krisentendenzen und Reformpotentiale' (Heft 3/1998) und ‚Postdemokratie. Ein neuer Diskurs?' (Heft 4/2006).

[16]Dazu die Themenhefte ‚Medien und Neue Soziale Bewegungen' (Heft 1/1989), ‚Soziale Bewegungen und Medien' (Heft 1/1996), ‚Politische Kommunikation in Deutschland' (Heft 3/2000), ‚Wissen ist Macht. Wer bestimmt die Weltinformationsgesellschaft?' (Heft 2/2004), ‚Neue Bewegungen im Internet?' (Heft 2/2006) und ‚Kampagnen: Inszenierte Öffentlichkeit als Instrument politischer Kommunikation' (Heft 3/2007).

[17]Es entstanden vor diesem Hintergrund Themenhefte wie ‚Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen' (Heft 2/1996) und ‚Transnationale Aktionsnetzwerke. Chancen für eine neue Protestkultur?' (Heft 1/2002).

[18]Zum folgenden siehe ausführlich Klein/Walk/Brunnengräber 2005.

[19] Siehe die Hefte ‚Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten' (Heft 2/1990), ‚Von der DDR zu den FNL. Soziale Bewegungen vor und nach der Wende' (Heft 1/1992), ‚Osteuropa in der Krise. Bewegungen ohne Einfluss' (Heft 2/1993), ‚Das Erbe der Bürgerbewegungen' (Heft 4/1995) und ‚Zivilgesellschaften im Transformationsprozeß' (Heft 1/1997).

[20]Siehe die Hefte ‚Europa im Umbruch. Neue Soziale Bewegungen im Schatten des europäischen Binnenmarktes' (Heft 1/1993), ‚Gespaltenes Europa. Regionen und Nationen in Bewegung' (Heft 2/1999), ‚Der EU-Koloss – demokratiefreie Zone?' (Heft 4/2001), ‚Zivilgesellschaft in Brüssel – Mehr als ein demokratisches Feigenblatt?' (Heft 2/2008).

[21]Siehe ‚Parteien und Neue Soziale Bewegungen' (Heft 4/1988), ‚Parteienmodernisierung: Der gepflegte Reformstau' (Heft 3/2001) und ‚Wandel der Parteiendemokratie – Macht ohne Substanz?' (Heft 4/2007).

[22]Siehe die Hefte ‚Gewerkschaften zwischen Morgen und Grauen' (Heft 3/1992) und „Ohne sie zieht die Zeit" Gewerkschaften in der Sackgasse?' (Heft 2/2002).

[23]Siehe die Hefte ‚Alternativökonomie: Zwischen Traum und Trauma' (Heft 2/1989), ‚Triumph der Verbände – Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat' (Heft 3/1991), ‚Zwischen Markt und Staat. Dritter Sektor und Neue Soziale Bewegungen' (Heft 4/1992), ‚Die herausgeforderten Kirchen. Religiosität in Bewegung' (Doppelheft 3-4/1993), ‚Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen' (Heft 2/1996) und ‚Zwischen Meier und Verein. Modernisierungspotentiale im Ehrenamt' (Heft 1/2004).

[24]Siehe die Hefte ‚Gegenexperten in der Risikogesellschaft' (Heft 1/1990), ‚Mediation.

Konfliktregelung durch Bürgerbeteiligung' (Heft 4/1997), ‚Ratlose Politiker – Hilflose Berater. Politikberatung in Deutschland' (Heft 3/1999), ‚Bundestagswahl 2002. Analyse eines Zufalls' (Heft 1/2003) und ‚Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik. Regiert die Ministerialbürokratie das Land?' (Heft 3/2004).

[25]Siehe die Hefte , Lobbyismus in Deutschland – Fünfte Gewalt: unkontrolliert und einflussreich?' (Heft 3/2003), ‚Strategisches Niemandsland. Vom Dilemma der Strategiebildung in der Politik' (Heft 2/2005) und ‚Strategie in der Politik – Anatomie einer Überforderung' (Heft 1/2008).

[26]Siehe dazu die Hefte ‚40 Jahre Soziale Bewegungen. Von der verordneten zur erstrittenen Demokratie' (Sonderheft 1989); , Zukunft der Reformpolitik. Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen' (Heft 1/1991), ‚Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft' (Heft 2/1998), ‚Mission impossible. Ein Jahr Rot-Grün' (Heft 4/1999) sowie ‚Bürgergesellschaft: Wunsch und Wirklichkeit' (Heft 2/2007).

[27]Dieser Absatz lehnt sich wie einige weitere Absätze des Beitrags eng an ein Manuskript von Roland Roth an, das für Heft 4/2008 des Forschungsjournals in Vorbereitung ist.

[28]Die Zitate aus Heften des Forschungsjournals verweisen auf die nachfolgend abgedruckte Liste aller seit 1988 erschienenen Hefte des Forschungsjournals. Siehe auch die Homepage des Forschungsjournals: http://www.fjnsb.de/

Literatur

Clemens, Bärbel 1988: Die Frauenbewegung, das Geschlechterverhältnis und die Theorien zu „Neuen soziale Bewegungen", in: FJ NSB, Jg.1, Heft 4, 5-15.

Greven, Michael Th. 1988: Zur Kritik der Bewegungswissenschaft. In: FJ NSB, Jg.1, Heft 4, 51-60.

Hellmann, Kai-Uwe 1995: Rechtsextremismus. In: FJ NSB, Jg. 8, Heft 2, 117-118.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen.

Klein, Ansgar 2003: Diskurspolitischer Interventionismus. Zum Selbstverständnis und Anspruch des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, in: FJNSB, Jg. 16, Heft 2, 24-28; siehe auch die Homepage des Forschungsjournals unter http://fjnsb.parallel-universum.info/fjnsb/pages/frameJournal.htm

Klein, Ansgar/Nullmeier, Frank (Hg.) 1999: Masse-Macht-Emotionen, Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Klein, Ansgar/Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 2005: Mobile Herausforderer und alternative Eliten. NGOs als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung? In: Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn und Wiesbaden: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreiheband 400 und VS-Verlag, 10-77.

Mester, Gerhard 2008: Das kann nur besser werden! Karikaturen, Oberursel: Publik Forum Verlagsgesellschaft.

Roose, Jochen 2008: Handbuch, Lehrbuch, Kompendium – Drei resümierende Blicke auf Bewegungsforschung(sliteratur), in diesem Heft.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M./New York: Campus.

Walk, Heike/Boehme, Nele (Hg.) 2002: Globaler Widerstand – Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Willems, Ulrich 2004: Religion und soziale Bewegungen – Dimensionen eines Forschungsfeldes. In: FJ NSB, Jg. 17, Heft 4, 28-41.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
Die Ausgaben im Überblick

Weitere Informationen unter: http://fjnsb.parallel-universum.info/fjnsb/pages/frame1.htm

Symbolik und Habitus in Neuen Sozialen Bewegungen
(FJ NSB Jg. 1, Heft 1/1988, 70 Seiten, Selbstverlag)

Neue Soziale Bewegungen und soziale Kontrolle
(FJ NSB Jg. 1, Heft 2/1988, 67 Seiten, Selbstverlag)

Geschlechterverhältnis in Neuen Sozialen Bewegungen
(FJ NSB Jg. 1, Heft 3/1988. 74 Seiten, Selbstverlag)

Parteien und Neue Soziale Bewegungen
(FJ NSB Jg. 1, Heft 4/1988, 82 Seiten, Selbstverlag)

Medien und Neue Soziale Bewegungen
(FJ NSB Jg. 2, Heft 1/1989, 82 Seiten, Selbstverlag)

Alternativökonomie: Zwischen Traum und Trauma
(FJ NSB Jg. 2, Heft 2/1989, 127 Seiten, Selbstverlag)

Institutionalisierungstendenzen der Neuen Sozialen Bewegungen
(FJ NSB Jg. 2, Heft 3-4/1989, 142 Seiten, Selbstverlag)

40 Jahre Soziale Bewegungen Von der verordneten zur erstrittenen Demokratie
(FJ NSB Jg. 2, Sonderheft/1989, 186 Seiten, Selbstverlag)

Gegenexperten in der Risikogesellschaft
(FJ NSB Jg. 3, Heft 1/1990, 114 Seiten, Schüren)

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten
(FJ NSB Jg. 3, Heft 2/1990, 120 Seiten, Schüren)

Strukturwandel und neue soziale Milieus
(FJ NSB Jg. 3, Heft 3/1990, 120 Seiten, Schüren)

Großstadt und neue soziale Bewegungen
(FJ NSB Jg. 3, Heft 4/1990, 120 Seiten, Schüren)

Zukunft der Reformpolitik Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den GRÜNEN
(FJ NSB Jg. 4, Heft 1/1991, 120 Seiten, Schüren)

Bewegung, Gegenbewegung und Staat
(FJ NSB Jg. 4, Heft 2/1991, 120 Seiten, Schüren)

Triumph der Verbände – Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat
(FJ NSB Jg. 4, Heft 3/1991, 120 Seiten, Schüren)

Power in der Provinz – Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen
(FJ NSB Jg. 4, Heft 4/1991, 120 Seiten, Schüren)

Von der DDR zu den FNL
Soziale Bewegungen vor und nach der Wende
(FJ NSB Jg. 5, Heft 1/1992, 108 Seiten, Schüren)

Perspektiven der Bewegungsforschung
Fragestellungen – Anregungen – Kritiken
(FJ NSB Jg. 5, Heft 2/1992, 108 Seiten, Schüren)

Gewerkschaften zwischen Morgen und Grauen
(FJ NSB Jg. 5, Heft 3/1992, 124 Seiten, Schüren)

Zwischen Markt und Staat
Dritter Sektor und Neue Soziale Bewegungen
(FJ NSB Jg. 5, Heft 4/1992, 125 Seiten, Schüren)

Europa im Umbruch
Neue Soziale Bewegungen im Schatten des europäischen Binnenmarktes
(FJ NSB Jg. 6, Heft 1/1993, 110 Seiten, Schüren)

Osteuropa in der Krise
Bewegungen ohne Einfluss
(FJ NSB Jg. 6, Heft 2/1993, 144 Seiten, Schüren)

Die herausgeforderten Kirchen
Religiosität in Bewegung
(FJ NSB Jg.6, Heft 3-4/1993, 204 Seiten, Schüren)

Zivilgesellschaft und Demokratie
(FJ NSB Jg. 7, Heft 1/1994, 124 Seiten, Westdeutscher)

Soziale Bewegungen und soziologische Theorie
(FJ NSB Jg. 7, Heft 2/1994, 124 Seiten, Westdeutscher)

Solidaritätsbewegung
Zwischen Hoffnung und Resignation
(FJ NSB Jg. 7, Heft 3/1994, 136 Seiten, Westdeutscher)

Bewegungen von rechts?
Analyse und Kritik
(FJ NSB Jg. 7, Heft 4/1994, 124 Seiten, Westdeutscher)

Soziale Bewegungen und kollektive Identität
(FJ NSB Jg. 8, Heft 1/1995, 124 Seiten, Westdeutscher)

Subkultur und Subversion
(FJ NSB Jg. 8, Heft 2/1995, 124 Seiten, Westdeutscher)

Kommunitarismus und praktische Politik
(FJ NSB Jg. 8, Heft 3/1995, 142 Seiten, Westdeutscher)

Das Erbe der Bürgerbewegungen
(FJ NSB Jg. 8, Heft 4/1995, 124 Seiten, Westdeutscher)

Soziale Bewegungen und Medien
(FJ NSB Jg. 9, Heft 1/1996, 131 Seiten, Westdeutscher)

Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen
(FJ NSB Jg. 9, Heft 2/1996, 141 Seiten, Westdeutscher)

Soziales Handeln und politisches Lernen
(FJ NSB Jg. 9, Heft 3/1996, 145 Seiten, Westdeutscher)

Bilanz der Umweltbewegung
(FJ NSB Jg. 9, Heft 4/1996, 139 Seiten, Westdeutscher)

Zivilgesellschaften im Transformationsprozess
(FJ NSB Jg. 10, Heft 1/1997, 139 Seiten, Westdeutscher)

Marginalität und Mobilisierung
(FJ NSB Jg. 10, Heft 2/1997, 124 Seiten, Westdeutscher)

Masse – Macht – Emotion
(FJ NSB Jg. 10, Heft 3/1997, 124 Seiten, Westdeutscher)

Mediation
Konfliktregelung durch Bürgerbeteiligung
(FJ NSB Jg. 10/, Heft 4/1997, 124 Seiten, Westdeutscher)

Neue soziale Bewegungen
Impulse, Bilanzen und Perspektiven
(FJ NSB Jg. 11, Heft 1/1998, 173 Seiten, Westdeutscher)

Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft
(FJ NSB Jg.11, Heft 2/1998, 124 Seiten, Westdeutscher)

Das Ende der Politik
Krisentendenzen und Reformpotentiale
(FJ NSB Jg. 11, Heft 3/1998, 137 Seiten, Westdeutscher)

Protest und Gewalt
Paradigmen auf dem Prüfstand
(FJ NSB Jg. 11, Heft 4/1998, 134 Seiten, Westdeutscher)

Zukunft für die Menschenrechte
(FJ NSB Jg. 12, Heft 1/1999, 134 Seiten, Westdeutscher)

Gespaltenes Europa
Regionen und Nationen in Bewegung
(FJ NSB Jg. 12, Heft 2/1999, 122 S.Seiten, Westdeutscher)

Ratlose Politiker – Hilflose Berater
Politikberatung in Deutschland
(FJ NSB, Jg. 12, Heft 3/1999, 124 Seiten, Westdeutscher)

Mission impossible
Ein Jahr Rot-Grün
(FJ NSB, Jg. 12, Heft 4/1999, 125 Seiten, Westdeutscher)

Bewegungs-Delphi 2000
Protest und Bewegung im 21. Jahrhundert
(FJ NSB, Jg. 13, Heft 1/2000, 123 Seiten, Lucius & Lucius)

In Amt und Ehren?
Zukunft bürgerschaftlichen Engagements
(FJ NSB, Jg. 13, Heft 2/2000, 149 Seiten, Lucius & Lucius)

Politische Kommunikation in Deutschland
(FJ NSB, Jg. 13, Heft 3/2000, 136 Seiten, Lucius & Lucius)

Anders oder gleich?
Homosexuelle mischen sich ein
(FJ NSB, Jg. 13, Heft 4/2000, 124 Seiten, Lucius & Lucius)

Migration kontrovers
Integrationspolitik im europäischen Vergleich
(FJ NSB, Jg. 14, Heft 1/2001 163 Seiten, Lucius & Lucius)

Geschlechtsblinder Diskurs?
Bewegungsforschung und Frauenbewegung im internationalen Vergleich
(FJ NSB, Jg. 14, Heft 2/2001 149 Seiten, Lucius & Lucius)

Parteienmodernisierung:
Der gepflegte Reformstau
(FJ NSB, Jg. 14, Heft 3/2001, 148 Seiten, Lucius & Lucius)

Der EU-Koloss –
demokratiefreie Zone?
(FJ NSB, Jg. 14, Heft 4/2001, 123 Seiten, Lucius & Lucius)

Transnationale Aktionsnetzwerke
Chancen für eine neue Protestkultur?
(FJ NSB, Jg. 15, Heft 1/2002, 124 Seiten, Lucius & Lucius)

„Ohne sie zieht die Zeit"
Gewerkschaften in der Sackgasse?
(FJ NSB, Jg. 15, Heft 2/2002, 124 Seiten, Lucius & Lucius)

Partizipation und Mitgestaltung
Wege aus der Intensivstation Gesundheitswesen
(FJ NSB, Jg. 15, Heft 3/2002, 195 Seiten, Lucius & Lucius)

Etablierte Herausforderer?
Akteure und Diskurse
der Umweltpolitik
(FJ NSB, Jg. 15, Heft 4/2002, 115 Seiten, Lucius & Lucius)

Bundestagswahl 2002
Analyse eines Zufalls
(FJ NSB, Jg. 16, Heft 1/2003, 151 Seiten, Lucius & Lucius)

Konturen der Zivilgesellschaft
Zur Profilierung eines Begriffs
(FJ NSB, Jg. 16, Heft 2/2003, 168 Seiten, Lucius & Lucius)

Lobbyismus in Deutschland –
Fünfte Gewalt: unkontrolliert und einflussreich?
(FJ NSB, Jg. 16, Heft 3/2003, 139 Seiten, Lucius & Lucius)

Alte Gefahr – Neue Wege
Was tun gegen Rechts?
(FJ NSB, Jg. 16, Heft 4/2003, 124 Seiten, Lucius & Lucius)

Zwischen Meier und Verein
Modernisierungspotentiale im Ehrenamt
(FJ NSB, Jg. 17, Heft 1/2004, 126 Seiten, Lucius & Lucius)

Wissen ist Macht
Wer bestimmt die Weltinformationsgesellschaft?
(FJ NSB, Jg. 17, Heft 2/2004, 126 Seiten, Lucius & Lucius)

Macht der Bürokratie – Ohnmacht der Politik
Regiert die Ministerialbürokratie das Land?
(FJ NSB, Jg. 17, Heft 3/2004, 134 Seiten, Lucius & Lucius)

Does Religion matter?
Zum Verhältnis von Religion und Sozialer Bewegung
(FJ NSB, Jg. 17, Heft 4/2004, 128 Seiten, Lucius & Lucius)

Advokaten internationaler Solidarität. Vom Kampf um die Entwicklungspolitik
(FJ NSB, Jg. 18, Heft 1/2005, 124 Seiten, Lucius & Lucius)

Strategisches Niemandsland
Vom Dilemma der Strategiebildung in der Politik
(FJ NSB, Jg. 18, Heft 2/2005,142 Seiten, Lucius & Lucius)

Local Power
Mehr Bürgerengagement durch Governance?
(FJ NSB, Jg. 18, Heft 3/2005, 146 Seiten, Lucius & Lucius)

Unterschätzte Verbrauchermacht
Potenziale und Perspektiven der neuen Verbraucherbewegung
(FJ NSB, Jg. 18, Heft 4/2005, 166 Seiten, Lucius & Lucius)

Immer in Bewegung – nie am Ziel
Was bewirken soziale Bewegungen?
(FJ NSB, Jg. 19, Heft 1/2006, 147 Seiten, Lucius & Lucius)

Neue Bewegungen im Internet?
(FJ NSB, Jg. 19, Heft 2/2006, 154 Seiten, Lucius & Lucius)

Popmoderne und Protest
Musik zwischen Subversion und Aneignung
(FJ NSB, Jg. 19, Heft 3/2006, 112 Seiten, Lucius & Lucius)

Postdemokratie
Ein neuer Diskurs?
(FJ NSB, Jg. 19, Heft 4/2005, 148 Seiten, Lucius & Lucius)

Barfuß oder Lackschuh?
Soziale Ungleichheit und Protest
(FJ NSB, Jg. 20, Heft 1/2007, 148 Seiten, Lucius & Lucius)

Bürgergesellschaft: Wunsch und Wirklichkeit
(FJNSB, Jg. 20, Heft 2/2007, 241 Seiten, Lucius & Lucius)

Kampagnen: Inszenierte Öffentlichkeit als Instrument politischer Kommunikation
(FJNSB, Jg. 20, Heft 3/2007, 148 Seiten, Lucius & Lucius)

Wandel der Parteiendemokratie – Macht ohne Substanz?
(FJNSB, Jg. 20, Heft 4/2007, 156 Seiten, Lucius & Lucius)

Strategie in der Politik – Anatomie einer Überforderung
(FJNSB, Jg. 21, Heft 1/2008, 144 Seiten, Lucius & Lucius)

Zivilgesellschaft in Brüssel – Mehr als ein demokratisches Feigenblatt?
(FJNSB, Jg. 21, Heft 2/2008, 168 Seiten, Lucius & Lucius)

1968 – Alles nur Geschichte? – Aktualität und Folgen eines bewegten Jahres
(FJNSB, Jg. 21, Heft 3/2008, Lucius & Lucius)

Herausgeforderte Zivilgesellschaft
Bürgerschaftliches Engagement als Element rechtsradikaler Strategie
(FJNSB, Jg. 21, Heft 4/2008, Lucius & Lucius, in Vorbereitung)

Buchpublikationen im Umfeld des Forschungsjournals

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über ausgewählte Veröffentlichungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungsjournals. Sie enthält auch alle Publikationen, die im Zusammenhang mit Fachtagungen, Kongressen, Themenheften des Forschungsjournals und in Kooperationen des Forschungsjournals mit Partnern zustande gekommen sind.

Thomas Leif 1985:
Die professionelle Bewegung.
Friedensbewegung von innen.
Bonn: Forum Europa Verlag.

Josef Janning/Hans-Josef Legrand/Helmut Zander (Hg.) 1987:
Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA.
Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Ulrike C. Wasmuth (Hg.) 1989:
Alternativen zur „alten" Politik. Neue soziale Bewegungen in der Diskussion.
Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Thomas Leif 1990:
Die strategische (Ohn-)macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren.
Opladen: Westdeutscher Verlag.

Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein (Hg.) 1991:
Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand.
Bonn-Berlin: Bouvier. (2. Auflage 1993)

Joachim Raschke 1991:
Krise der Grünen – Bilanz und Neubeginn. Herausgegeben von der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen.
Marburg: Schüren-Presseverlag (2. Auflage 1993)

Gerhard Mester/Rainer Latsch 1993:
Brüder zur Sonne zur Freiheit. Liedertexte
Köln: Bund Verlag.

Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein (Hg.) 1993:
Reform des DGB.
Herausforderungen, Aufbruchspläne und Modernisierungskonzepte.
Köln: Bund Verlag.

Kai-Uwe Hellmann 1996:
Systemtheorie und neue soziale Bewegungen.
Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft.
Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif (Hg.) 1999:
Unter Mitarbeit von Michael Hasse und Markus Rohde
Neue soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen, Perspektiven.
Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg.) 1999:
Unter Mitarbeit von Oliver von Wersch
Masse – Macht – Emotionen.
Zu einer politischen Soziologie der Emotionen.
Opladen-Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Rudolf Speth 2000:
Nation und Revolution.
Politische Mythen im 19. Jahrhundert.
Opladen: Leske+Budrich.

Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Heiko Geiling (Hg.) 2001:
Globalisierung, Partizipation, Protest.
Opladen: Leske+Budrich.

Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg.) 2001:
NGOs als Legitimationsressource.
Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess.
Opladen: Leske+Budrich

Ansgar Klein 2001:
Der Diskurs der Zivilgesellschaft.
Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen.
Opladen: Leske+Budrich.

Karin Urich 2001:
Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90.
Köln-Weimar-Wien: Böhlau.

Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Hans-Jörg Trenz/Christian Lahusen/Ludger Klein/Dieter Rucht (Hg.) 2002:
Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa.
Opladen: Leske+Budrich.

Thomas Körner/Freimut Wössner/Gerhard Mester 2002:
Kreidezeit.
Szenen aus dem Klassenzimmer.
Göttingen: Die Werkstatt.

Heike Walk/Nele Böhme (Hg.) 2002:
Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus.
Münster: Westfälisches Dampfboot.

Thomas Leif/Rudolf Speth (Hg.) 2003:
Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland.
Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Rudolf Speth 2003:
Der BürgerKonvent – Kampagnenprotest von oben ohne Transparenz und Bürgerbeteiligung.
Düsseldorf: Arbeitspapier der Hans Böckler Stiftung.

Jochen Roose 2003:
Die Europäisierung von Umweltorganisationen.
Die Unweltbewegung auf dem langen Marsch nach Brüssel.
Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hg.) 2004:
Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration.
Wiesbaden: VS-Verlag.

Rudolf Speth 2004:
Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.
Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier Nr. 96.

Karl Birkhölzer/Ansgar Klein/Eckhard Priller/Annette Zimmer (Hg.) 2005:
Dritter Sektor/Drittes System:
Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven.
Wiesbaden: VS-Verlag.

Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk (Hg.) 2005:
NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen.
Bonn und Wiesbaden: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreiheband 400 und VS-Verlag (2. Auflage Wiesbaden: VS-Verlag 2008).

Ludger Klein/Bernd Simon 2006:
Doing it for Germany. A Study of ‚Die Republikaner' and ‚Junge Freiheit'. In: Bert Klandermans/Nonna Mayer (Hg.): Extreme Right Activists in Europe. Through the Magnifying Glass.
London: Routledge, 151-171.

Bernd Simon/ Ludger Klein 2006:
Identity in German Right-Wing Extremism: Levels, Functions, and Processes. In: Bert Klandermans/Nonna Mayer (Hg.): Extreme Right Activists in Europe. Through the Magnifying Glass.
London: Routledge, 224-247.

Rudolf Speth 2006:
Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen
Von „Du bist Deutschland" bis zur „Stiftung Marktwirtschaft"
Düsseldorf: Arbeitspapier der Hans Böckler Stiftung.

Thomas Leif 2006:
Beraten und verkauft. McKinsey & Co –
der große Bluff der Unternehmensberater.
München: Bertelsmann Verlag.

Markus Rohde 2007:
Integrated Organization and Technology Development (OTD) and the Impact of Socio-Cultural Concepts – A CSCW Perspective.
Datalogiske skrifter: University of Roskilde.

Ludger Klein 2007*:*
Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft! Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit.
Bonn: Studie für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat" der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ansgar Klein/Silke Roth (Hg.) 2007:
Humanitäre NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik.
Wiesbaden: VS-Verlag.

Albrecht Lüter 2008:
Die Kommentarlage. Profilbildung und Polyphonie in medienöffentlichen Diskursen.
Wiesbaden: VS-Verlag.

Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.) im Erscheinen:
Bürgergesellschaft als Projekt.
Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland.
Wiesbaden: VS-Verlag.

Fachtagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Kongresse des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen im Überblick

1987: Symbol und Habitus in neuen sozialen Bewegungen, Saarbrücken

1988: Medien und Bewegung – Bewegung und Medien, Saarbrücken

1989: Neue soziale Bewegungen im internationalen Vergleich, Saarbrücken

1990: Zukunft der Reformpolitik, Saarbrücken

1991: Die Rekrutierung der politischen Klasse in sozialen Bewegungen und etablierten politischen Organisationen, Saarbrücken

1994: Soziale Bewegungen und kollektive Identität, Saarbrücken

1994: Kommunitarismus und Gerechtigkeit. Zwischen Philosophie und praktischer Politik, Freudenberg

1995: Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen, Saarbrücken

1996: Soziales Handeln und politisches Lernen, Freudenberg

1996: Marginal(isierte) Bewegungen, Saarbrücken

1997: Masse-Macht-Emotionen, Freudenberg

1997: Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft? Akteure zwischen Pflicht und Engagement, Saarbrücken

1998: Das Ende der Politik. Reformstau und Konzeptstillstand: Analysen und Alternativen, Freudenberg

1999: Politikberatung in Deutschland, Freudenberg

2000: Politische Kommunikation in Deutschland, Freudenberg

2001: Internationale Aktionsnetzwerke – Chancen für eine neue Protestkultur?, Bergneustadt

2002: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der Journalistenakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2003: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2003: Lobbyismus in Deutschland, Berlin

2004: Strategiebildung und Strategieblockaden, Berlin

2004: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2005: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2005: Bürgerschaftliches Engagement und Local Governance, Berlin

2006: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2007: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2007: Politische Strategie. Strategie in der Politik – Anatomie einer Überforderung, Berlin

2008: Praxisseminar „Einführung in die wissenschaftlich-politische Zeitschriftenarbeit“ in Zusammenarbeit mit der JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

2008: „In der Lobby brennt noch Licht“. Lobbyismus als Schatten-Management in Politik und Medien in Zusammenarbeit mit netzwerk recherche, Berlin

Wissenschaftliche Kongresse unter Mitwirkung des Forschungsjournals

Die Kongresse fanden jeweils in Berlin statt und wurden in Kooperation des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, der Arbeitskreise „Soziale Bewegungen“ und „Verbände“ der DVPW und des WZB durchgeführt wurden. Für 2006 kommen als weitere Partner die Sektion Sozialpolitik der DGS, der Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hinzu. 2008 findet der Kongress in Kooperation mit netzwerk recherche statt.

2000: Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung, Berlin (WZB)

2001: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Berlin (WZB)

2002: Demokratie und Sozialkapital – Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure, Berlin (WZB)

2004: Dominanz des Nordens? Akteure und Praxisfelder internationaler Zivilgesellschaft, Berlin (WZB)

2006: Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit, Berlin (WZB)

2008: „In der Lobby brennt noch Licht“ – Lobbyismus als politisches Schatten-Management in Politik und Medien, Berlin (FES)

Tagungsbericht

Solidarität – heute! Konferenz zum 40. Jahrestag von medico international

1968, im Gründungsjahr der sozialmedizinischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international, fand in Berlin der *Internationale Vietnamkongress* statt. Tausende versammelten sich, um gegen den Krieg der USA im Fernen Osten und anderswo zu protestieren und nach angemessenen Formen internationaler Solidarität zu suchen. Seitdem haben sich die Verhältnisse massiv verändert, ist die Welt im Zug der Globalisierung näher zusammengerückt. Kriege, Ausbeutung und Elend aber halten an und sind zugleich neu zusammengesetzt und neu ausgerichtet. Stand Solidarität noch bis in die 1980er Jahre immer auch im Bezug auf die nationalen Befreiungskämpfe in Afrika, Asien und Lateinamerika, so ist heute klar, dass diese Kämpfe zwar spätkoloniale Formen der Beherrschung zu sprengen vermochten und insofern nicht vergeblich waren, den Gewinn von Nationalstaatlichkeit oder den Sturz von Diktaturen aber kaum in gesellschaftliche Emanzipation verwandeln konnten. In diesen Umkreis gehört dann das Verschwinden der Blockkonfrontation in der Folge des Zusammenbruchs der ‚realsozialistischen' Staaten und, parallel dazu, die radikale Aufkündigung der Klassenkompromisse der Zeit nach 1945. Hierher gehört schließlich und im Kern, dass im global entfesselten Kapitalismus tagtäglich mehr Menschen auf einen Status reduziert werden, den der Philosoph Giorgio Agamben als den des ‚nackten Lebens' bezeichnet.

Standortbestimmung

Als medico international beschloss, das vierzigste Gründungsjubiläum zum Anlass einer der Solidarität gewidmeten Konferenz zu nehmen, ging es deshalb darum, der Spontaneität des Mitgefühls wieder jene politische Bedeutung zu geben, die im Zuge der neoliberalen ‚Modernisierung' verloren ging. Ausgangspunkt musste dann aber die Erfahrung sein, dass das kritische Hinterfragen der gegenwärtigen Weltordnung trotz wachsender Akzeptanz kapitalismuskritischer Positionen noch immer seltsam stumpf wirkt. Da die Durchsetzungsmacht des globalisierten Kapitals bisher nirgendwo nachhaltig gebrochen, kaum gebremst werden konnte, erzeugt die Kluft zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung und den eskalierenden sozialen und ökologischen Verheerungen weithin ein Gefühl der Ohnmacht, das sich bis zur Angst verdichten kann. Der Konferenz ging es deshalb zuerst auch um diese Kluft und um ein besseres Verständnis der lähmenden Macht dieser Ohnmacht. Vor dem sachlichen Ertrag der anderthalbtägigen Debatten liegt ihr Erfolg deshalb schon in der von den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausdrücklich geteilten Erfahrung, dass es zur katastrophalen Tendenz kapitalistischen ‚Fortschritts' realistische Alternativen gibt, und dass es zu deren Entfaltung und Durchsetzung maßgeblich eben auf das ankommt, was die Konferenz zum Thema gemacht hatte: Solidarität. Unterstrichen wurde das schon in der Eröffnung im Frankfurter Schauspielhaus, als zum Schluss der Rede der indischen Bürgerrechtlerin und Ökofeministin Vandana Shiva um die Türme der Deutschen Bank ein Gewitter losbrach.

Das Gemeinsame

Will man den sachlichen Ertrag der Suche nach einer Neubestimmung solidarischen Handeln auf den Punkt bringen, so geht es heute, anders als zur Zeit der Gründung medicos, eben nicht mehr nur darum, dass ‚wir hier' im Norden ‚uns' mit ‚denen dort' im Süden solidarisieren. Solidarität heute ist weniger eine Frage des ‚Mit' als eine Sache des ‚Zwischen' geworden, eine Sache der Gleichen, und sei es nur der vom Katastrophenkapitalismus gleichermaßen Bedrohten.

Programmatischen und strategischen Charakter gewinnt dieses ‚Zwischen' in den weltweiten Auseinandersetzungen um die Verteidigung wie die Durchsetzung einer gemeinsamen Verfügung aller über die ‚Commons', die Öffentlichen Güter. Vandana Shiva führte dazu schon zur Eröffnung aus, dass es im Kampf um die Commons zuerst um die Garantie der elementaren Rechte des Lebens und Überlebens geht, und dass damit zugleich das sie alle zusammenführende „Recht auf Rechte" eingefordert wird, das sie treffend als „Definitionsrecht des Menschseins" selbst bezeichnete: „Wenn wir realisieren, dass Vielfalt kein Hindernis für die Solidarität darstellt, werden sich ganz neue Wege eröffnen, auf dieser Welt zu leben. Wir müssen das Definitionsrecht darüber zurückfordern, was Menschsein auf diesem Planeten im Jahr 2008 bedeutet. Dabei müssen wir alle mit einbeziehen, denen Nahrung verweigert wird oder die Opfer ungerechter Kriege sind, die auf diesem Planeten geführt werden. Und während wir alle gemeinsam solidarisch nach einer Lösung suchen, müssen wir unerschrocken gegen den Diebstahl unseres gemeinsamen Reichtums, unserer Commons vorgehen."

Wie seine Vorrednerin bezog sich dann auch der Hamburger Historiker und Arzt Karl Heinz Roth auf eine global zu entfaltende Politik der Öffentlichen Güter. In durchaus nicht selbstverständlicher Übereinstimmung mit Shiva band Roth die gemeinsame Verfügung aller über die Commons dann an die Zusammenführung von Prozessen der sozialen Aneignung dieser Güter ‚von unten' und Prozessen der Verrechtlichung solcher Aneignungen, mit denen sukzessive neue Formen ihrer demokratischen Kontrolle ausgebildet werden können: „Die soziale Aneignung von Wasser, von Elektrizität, von Boden, aber auch von Produktionsmitteln und Technologie (...) bedeutet Behauptung und Entwicklung eines sozialen Existenzrechts, bedeutet die enteigneten, die privatisierten, die kommerzialisierten Güter dieser Erde wieder in Öffentliche Güter zu verwandeln und sie in einer egalitären, basisdemokratischen Weise zu nutzen und zu verwalten." Dem zweiten Prozess kommt dabei, so Roth weiter, die Funktion der „Verstetigung" des in autonomer Initiative Erkämpften zu: „Soziale Aneignung, das ist die Erfahrung der letzten 20 Jahre, bedeutet zunächst nicht sehr viel, wenn sie nicht verstetigt wird, wenn sie nicht verrechtlicht und institutionalisiert wird. Genau da könnte die Funktion der Netzwerke und sozialen Bewegungen liegen, indem sie die globalen Initiativen miteinander verbinden und koordinieren und so Strukturen bereitstellen, die das Erkämpfte unumkehrbar machen."

Zwischen Shiva und Roth brachten Mónica Baltodano, ehemalige Comandante der nicaraguanischen *Frente Sandinista* und Mitbegründerin des oppositionellen *Movimiento para el rescate del Sandinismo* (MRS), und Ilija Trojanow, kosmopolitischer Schriftsteller bulgarischer Herkunft, zwei Tugenden ins Spiel, ohne die Solidarität nicht zu entfalten ist: die Tugend der Ausdauer und die der Empathie. Eindringlich führte Trojanow aus, dass Empathie als affirmative Grundlage der Solidarität zum dann ethisch und politisch auch ausdrücklich gewollten „Verwischen" des „Unterschieds zwischen dem Eigenen und dem Fremden" führt, zu der „Erkenntnis, dass das, was uns wichtig ist, nur in einem fortwährenden, fruchtbaren, dynamischen Austausch entsteht. Der aber kann sich nur durch Verschmelzung mit dem momentanen Fremden vollziehen. Nicht in der Überfremdung liegt im 21. Jahrhundert die Gefahr, sondern darin, dass uns die Fremde ausgeht."

Die soziale Frage global stellen

Mit diesem Auftakt waren die wesentlichen Markierungen auch für die Debatten des folgenden Tags gesetzt. Bestimmte das erste Podium Solidarität zunächst in der für Gastgeber medico entscheidenden Perspektive von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, unternahm das zweite Podium dies in den Perspektiven

sozialer Bewegungen. Eine durchgängige und insofern gemeinsame Problematik machten Monika Hauser, Mitbegründerin der Frauenhilfsorganisation medica mondiale, und Mónica Baltodano dabei in der noch immer fortdauernden „Nicht-Wahrnehmung und Ignoranz von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen" aus, die „sich durch alle Bereiche zieht: das Militär, die Justiz, die Außen- und Sicherheitspolitik, die Medien und auch durch die humanitäre und Entwicklungszusammenarbeit." Eine weitere gemeinsame Problematik beschrieben die Politikwissenschaftlerin und attac-Aktivistin Frauke Banse und Karl Heinz Roth dann in der Notwendigkeit, gerade aus dem Respekt für die nie ganz einzuholende Diversität sozialer Erfahrungen auf die „Bündnisfähigkeit" und „transnationale Koordination" der Widerstände zu setzen.

Zwischen den beiden Podien benannte der Münsteraner Befreiungstheologe Michael Ramminger in einer beißend ironischen Kritik an der „Heuchelei als der Pest der Gegenwart" eine dritte und gleichermaßen unumgängliche Tugend solidarischen Handelns neben dem Mitgefühl und dem Beharrungsvermögen in der Auflehnung: die Befähigung der im weltweiten Ausbeutungsgefälle „Bessergestellten" zum „Verrat am eigenen Interesse, zum Klassenverrat. Denn was wären soziale Bewegungen und Befreiungsbewegungen ohne die Dissidenten aus Ober- und Mittelschicht. Es geht darum, die Heuchelei zu durchbrechen, nicht die Philanthropie zu verwerfen, darum, Menschlichkeit an Rechte zu binden und an der Einsicht festzuhalten, dass es ohne strukturelle Revolutionen keine menschliche Gesellschaft geben kann."

Den Nachmittag eröffneten dann Arbeitsgruppen zum Zusammenhang von moralischer Ökonomie und sozialer Aneignung, von transnationaler Öffentlichkeit und Menschenrechten, von internationaler Sozialarbeit zwischen Herrschaftssicherung und Emanzipation, zu ‚Alternativen von unten' und schließlich der für medico strategischen Idee eines Globalen Gesundheitsfonds. Zu dieser Idee sprachen Peter Tinnemann, Arzt an der Berliner Charité, der Gesundheitswissenschaftler Jens Holst, ebenfalls aus Berlin, und Franziska Fürst vom *Consortium on social protection in developing countries*, einer Kooperation zwischen Weltgesundheitsorganisation WHO, Internationaler Arbeitsorganisation ILO und der deutschen Entwicklungsagentur GTZ. Dabei stellte Tinnemann das Projekt eines ‚Global Social Trust' vor, der sich zunächst aus freiwilligen, doch regelmäßig zu entrichtenden Solidarbeitägen finanzieren ließe, die dezentral in nationalen, bei Gewerkschaften oder NGOs anzusiedelnden Gliederungen verwaltet werden könnten. Eine solche Stiftung solle einerseits zentral Bedürftigkeiten im Zugang zu Gesundheit ermitteln und andererseits die dezentrale Verteilung sozialer Unterstützung an Empfängerländer organisieren.

In der Diskussion wurde vor allem die Freiwilligkeit einer solchen Stiftung problematisiert, die vom ‚gutem Willen' globaler Spendenaktionen abhängig sei und abhängig mache und die Staaten aus der Verantwortung entlasse. Andere verglichen das Konzept mit einer Weltkrankenkasse und wandten ein, dass das Solidarprinzip schon in Deutschland nicht zu halten und die Globalisierung eines fragwürdigen Systems selbst fragwürdig sei. Tinnemann antwortete, dass eine solche Stiftung natürlich nur als strategisch erster Schritt zur transnationalen Institutionalisierung einer globalen Gesundheitsinfrastruktur verstanden werden dürfe und deshalb selbst nur ein Zug in fortgesetzter politischer Auseinandersetzung sein könne.

Satyagraha

Im Anschluss an die Arbeitsgruppen des Nachmittags bestritten IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, Petra Buhr vom ‚Netzwerk Freies Wissen' und Frauke Banse das Abschlusspodium zu möglichen Strategien sozialer Bewegung. Dabei versicherte Urban nachdrücklich, dass auch er sich kämpferischere

Gewerkschaften im Verbund mit einer ‚Mosaik-Linken' wünsche. Zu Recht aber verwies er darauf, dass sich Menschen, die nach einem Jahr Arbeitslosigkeit mit Hartz IV in die Armut und zunehmend auch in erzwungene Arbeit gedrängt werden, nicht ohne weiteres in Kämpfe begeben, die allzu leicht verloren gehen können. Als eine Eisenbahnerin, die sich gegen die Privatisierung der Bahn eingesetzt und darüber politisiert hatte, der skeptischen Analyse zustimmte und dennoch auf ihrer Forderung nach einer öffentlichen Bahn bestand, kam die Debatte noch einmal auf den schon mehrfach in den Blick geratenen Zusammenhang zwischen der strategischen Reflexion des politisch Möglichen und Notwendigen einerseits und den ebenso individuell wie kollektiv zu übenden Tugenden solidarischen Handelns andererseits zurück: dem Mitgefühl, der Fähigkeit, sich auch im Bruch mit eigenen Interessen den Fremden, den Anderen und ‚Unteren' an die Seite zu stellen und, beides zusammenführend, der Ausdauer im Widerspruch zum Bestehenden. Nicht wenige werden sich dabei an den Hindu-Ausdruck *satyâgraha* erinnert haben, mit dem Vandana Shiva zu Beginn der Konferenz den Zusammenhang dieser Tugenden eben mit der Klarsicht und Nüchternheit strategischen Denkens benannt hatte. Der Begriff selbst wurde von Mahatma Gandhi geprägt, der dazu zwei Worte zusammengeführt hatte: das Wort *satyâ*, das von der Wahrheit als von dem spricht, was sein soll, und das Wort *graha*, das den Mut und die Begeisterung nennt, mit dem man sich augenblicklich und dauernd von der Angst befreit und an der Wahrheit festhält. In solchem Wahrheitsenthusiasmus liegt der Aufruf genau zu dem zivilen Ungehorsam, in dem Solidarität zugleich zum Kern individueller Ethik wie einer globalen, kollektiven Politik des Gemeinsamen wird. Eine Dokumentation der Konferenz in Ton, Bild und Text finden Sie unter www.medico.de

Thomas Seibert, Frankfurt

Analyse

Führung braucht Follower, Strategie nicht

Politische Akteure sehen sich heute mit einem Dilemma konfrontiert: In einem Umfeld globaler Verflechtung, zunehmender grenzüberschreitender Herausforderungen und rasanten gesellschaftlichen Wandels scheinen ihre Handlungsspielräume kontinuierlich abzunehmen. Wie gut es gelingt, den staatlichen Rahmen an diese Entwicklungen anzupassen, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Institutionelle Bedingungen und politische Kultur, heißt es, geben einen Handlungskorridor zur Bewältigung von politischen Reformprozessen vor. Erweitern lassen sich diese Grenzen politischen Handelns durch die strategische Gestaltung von Politik.

Gestaltungsmöglichkeiten und Restriktionen strategischer Politik werden nach der ‚Grundlegung' von Raschke und Tils (2007) und einer Reihe weiterer Publikationen (Forschungsjournal NSB 2008) zurzeit wieder intensiv diskutiert. Doch Politik wird vom Menschen gemacht, und so hat im Zuge der Diskussionen über Reformbedarf und Reformleistung der Politik auch der politische Akteur wieder Eingang in die Debatten gefunden. Allenthalben, im nationalen wie europäischen Kontext, auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene wird ‚politische Führung' eingefordert, um die angesichts national und international stark veränderter Rahmenbedingungen notwendigen Veränderungen einzuleiten und zielsicher umzusetzen. ‚Leadership' hat Konjunktur (siehe beispielsweise Helms 2005; Glaab 2007). Doch mit dem inflationären Gebrauch des ursprünglich aus dem angelsächsischen Raum stammenden Begriffs verschwimmen auch seine Konturen. Dazu kommt: während die Frage nach der politischen Führung in Politik, Wissenschaft und Medien eine zunehmend größere Rolle zu spielen scheint, ablesbar an einer ganzen Reihe – vornehmlich

anglo-amerikanischer – Titel zur Leadership-Thematik, ist dieses Feld im deutschsprachigen Kontext hingegen theoretisch bislang wenig entwickelt.

Kern des Leadership-Gedankens – bezogen auf die Politik – ist, dass politische Führung eine relevante Größe im Hinblick auf das Politikergebnis darstellt (‚leadership matters'). Für die deutsche Politikwissenschaft, mit ihrem habituellen Fokus auf Institutionen eine nicht zu unterschätzende Umorientierung. Unter Berücksichtigung der US-amerikanischem Forschung in diesem Bereich, soll im Folgenden eine Herangehensweise an das Konzept politischer Führung vorgeschlagen werden, die sich insofern vom Stand der Debatte unterscheidet, als dass sie eine bislang vollständig vernachlässigte Variable von Führung in den Mittelpunkt rückt: Follower.

Keine Führung ohne Anhänger

Im Gegensatz zur institutionalistischen Herangehensweise, die bisher in der deutschen Politikwissenschaft gewählt wurde (Helms 2000, 2005, Glaab 2007, Grasselt/Korte 2007), fassen wir politische Führung als soziales, und damit *inter-personales* Konstrukt zwischen mindestens zwei Akteuren auf: Dem Führenden (Leader) auf der einen, und seiner Anhänger (Follower) auf der anderen Seite. Edinger (1990) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ein (An-)Führer eine soziale Rolle ist, die man nicht allein ausfüllen kann, sondern die der Akzeptanz der Mitglieder einer Gemeinschaft bedarf. Erst der ‚imaginäre soziale Pakt', den Leader und Follower schließen, macht den Führer zum Führer und die Anhänger zu Anhängern. Dass der politische Führungsprozess neben seiner *top-down*- auch eine interdependente *bottom-up*-Säule besitzt, ist in der US-amerikanischen Leadership-Forschung mittlerweile unumstritten (siehe *inter alia* Kelley 1988, 1992, Chaleff 2003). Oder in den Worten von Barbara Kellerman, Expertin am Center for Public Leadership der Harvard University (2004: xiv): „(T)here is no leadership without followership."

Der Leader nimmt die Bedürfnisse beziehungsweise Vorstellungen der Gruppe wahr und passt sich diesen an, besitzt aber im Laufe der Verbindung verschiedenste Möglichkeiten, die Gefolgschaft auf seine Ziele ‚umzulenken'. Hier wird deutlich: Sowohl der Führende, als auch die Geführten sind auf ständige Kommunikation angewiesen, um dem Gegenüber die Grundlagen ihrer Beziehung zu übermitteln und deren bestehende Gültigkeit zu überprüfen. Und auch die Follower unter sich bedürfen der ständigen Kommunikation, um ihre individuellen Präferenzen zu akkumulieren, zu vergleichen und letztlich in Einklang zu bringen.

Follower sind keine Untertanen

Im Deutschen wird der Begriff ‚Follower' mit Anhänger beziehungsweise Anhängerschaft wiedergegeben, wobei diese auch durch die Begriffe ‚Unterstützer' und ‚Gefolgschaft' ersetzt werden können. Das Wort ‚Gefolgschaft' weckt bei politischen Praktikern wie Wissenschaftlern gerade in Deutschland negative Assoziationen. Doch das Wesen parlamentarisch-repräsentativer Demkokratien lebt von der Delegation von Macht durch Wahlen. In westlichen, demokratischen Systemen umschreibt der ‚Gefolgschaftsbegriff' also nichts weiter als Staatsbürger. Folglich impliziert der Begriff Gefolgschaft kein bedingungsloses Folgen wie beispielsweise bei einem Befehl, sondern ermöglicht durchaus eine Abwägungsleistung seitens der Folgenden, so wie man ‚einem Rat folgt'. Anhänger sind also keine passiven ‚Schäfchen' und nicht gleichzusetzen mit willfährigen Untertanen im Sinne Heinrich Manns, der Diederich Heßling als prototypischen Untertanen illustriert: bedingungslos ergeben kommt dieser ohne kritisches Überprüfen und Hinterfragen, ja ganz ohne eigene Meinung aus. Anhänger so aufzufassen, hieße letztlich einem antiquierten,

elitären Verständnis repräsentativ-demokratischer Politik anzuhängen (vgl. Rost 1991). Denn sowohl die Partizipationsansprüche als auch die Erwartungen der Bürger haben sich verändert. Weniger denn je können der Staat und seine ‚führenden' Protagonisten heute einseitig durch hierarchische Steuerung intervenieren, weniger denn je können politische Organisationen für sich in Anspruch nehmen, die Vielfalt politischer Optionen und gesellschaftlich relevanter Interessen abzubilden.

Zwei Entwicklungen haben im letzten halben Jahrhundert die Kluft zwischen Führendem und Geführten deutlich verkleinert: Zum einen die 68er-‚Revolution', die – wie immer man sich in diesem Jubiläumsjahr zu ihr positioniert – das Obrigkeits- und Ergebenheitsdenken der Vor- und frühen Nachkriegsgesellschaft davonfegte: tradierte Hierarchien lösten sich auf, soziale Konventionen wurden durch Individualisierung obsolet. Seitdem haben sich Kommunikations- und Partizipationserwartungen verändert. Zwar zählt die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden nicht mehr zu den Hauptformen gesellschaftlich-politischen Engagements – an ihre Stelle sind weniger dauerhafte, weniger verbindliche und vor allem thematisch fokussierte Mitwirkungsmöglichkeiten getreten. Zudem hat die Informationsrevolution die Macht von Followern deutlich erhöht, indem sie den Wissensvorsprung von Führungspersönlichkeiten hat schrumpfen lassen. Die Bürger der Bundesrepublik sind nicht mehr auf die Veröffentlichung amtlicher Statistiken angewiesen, wenn sie beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands mit der anderer Länder vergleichen wollen. Alles was sie nun dafür benötigen ist ein PC mit Internetanschluss. Zudem bieten die Medien, nicht zuletzt das Internet, die Möglichkeit, sich zu organisieren, zu mobilisieren und bei Missständen ‚zurückzuschlagen', wie uns das Beispiel LIDL deutlich vor Augengeführt hat.

Führung und Wandel

Für Glaab (2007: 306) und den amerikanischen Leadership-Pionier James MacGregor Burns (2003) zielt politische Führung auf Wandel ab. Bei dem Begriff ‚Wandel' geht man in der Regel von der Transformation (bestimmter Teile) der Umwelt aus. Durch *Policies* will die politische Führungspersönlichkeit beispielsweise die Kaufkraft der Bundesbürger stärken, die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen ausweiten, oder die Flut an Billig-Imitaten deutscher Markenwaren stoppen. Mit Nye (2008) hingegen lässt sich argumentieren, dass Führung auch den Erhalt des Status Quo beinhalten kann. In der Tat hätte die Konzernleitung von Google, Inc. versucht, die Spitzenposition ihres Unternehmens unter den Internet-Suchmaschinenbetreibern auch nach der geplanten, aber letztlich gescheiterten Fusion von Yahoo! und Microsoft zu erhalten, ebenso wie die SPD gerade bestrebt ist, ihre dominante Stellung innerhalb des linken Spektrums der deutschen Parteienlandschaft gegenüber der Linken zu behaupten. Ein Politiker muss nicht nur Veränderungen herbeiführen, sondern auch auf diese reagieren können und das Ziel verfolgen, Kontinuität beizubehalten – etwa den Erhalt der bundesdeutschen Wohlfahrtssysteme unter veränderten demographischen Bedingungen.

Meist aber kann der Status Quo nur durch einen Wandel der inneren (Organisations-)Struktur beibehalten werden. Letzteres entspricht Grasselt und Kortes Vorstellung von politischer Führung als Vorantreiben eines „organisatorischen Wandel(s)" (2008: 18). Die Frage ‚Wandel oder kein Wandel?' sollte deshalb durch die Frage ‚Wandel wovon?' ersetzt werden.

Die treffendste Konzeptualisierung erscheint in dieser Beziehung Heifetz' (1994) Charakterisierung, wonach Leadership stets auf das Überwinden einer *adaptive challenge* abzielt. Diese Herausforderung ist so groß, dass sie die Funktionsfähigkeit eines Systems, in unserem Fall des politischen, in Frage stellt und technische

Routinemaßnahmen nicht zur Lösung ausreichen (ebenda: 35). Für Heifetz bedeutet dies, dass sich die spezifische Organisation wandeln muss. In unserem Verständnis jedoch kann Anpassung an eine Herausforderung auch in der Veränderung der Umwelt liegen. Ziel kann also entweder der organisatorische Wandel (Wandel im Innern), der Wandel der Umwelt (Wandel des Äußeren), oder beides (innerer und äußerer Wandel) sein. Dies verweist auf einen weiteren, wichtigen Punkt: der Abgrenzung von politischer Führung zu Politikmanagement und politischer Strategie.

Politische Führung vs. Politikmanagement vs. politische Strategie

Politische Führung beschäftigt sich also mit der Überwindung von Problemen, für die Routinelösungen nicht ausreichen. Hier liegt der Unterschied zum Politikmanagement: Denn Management entwickelt vornehmlich technische Problemlösungen, während Leadership durch die gezielte Herbeiführung von (innerem wie äußerem) Wandel charakterisiert ist (Yukl 2002: 5f). Manager vollbringen day-to-day-Tätigkeiten, die gekennzeichnet sind durch Routine und Sicherheit und versuchen so gerade Risiko zu vermeiden. Ihr Motto lautet: ‚If it ain't broke, don't fix it.' Weil politische Führung auf weitaus substantielleren Wandel statt auf rein technische Problemlösung abzielt, ist diese auch mit höherem Risiko verbunden. Denn: Wandel ist mit Veränderungen verbunden, die Bekanntes und Gewohntes – also auch Weltbilder – infrage stellen; er bedingt meist eine Form von Verlust für bestimmte Stakeholder, die versuchen, diesem entgegenzuwirken und somit auch das persönliche Risiko für den Führenden zu scheitern, noch erhöhen. Es potenziert sich also der Faktor Risiko der Problemlage beziehungsweise des Lösungsvorschlags mit dem persönlichen Risiko des Leader.

Mit ihren Status Quo-orientierten, risikoscheuen Zielsetzungen geht die Präferenz von Managern für Kompromissfindung durch Verhandlungen in einer Gruppe einher (Zaleznik 1998: 67ff). Dieses Kriterium ermöglicht es jedoch auch Führungspersönlichkeiten bis zu einem gewissen Grad Manager zu sein, wenn wir nämlich deren präferierten Stil zur Herbeiführung ihrer Ziele betrachten. Somit können politische Führung und Politikmanagement anhand ihrer Zieldimension klar voneinander unterschieden werden. Hingegen stellt Management als Führungsstil eine distinkte Form von (politischer) Führung dar.

Eine weitere wichtige Ressource politischer Führung: Politische Strategie, definiert als Konstrukte, die auf rationalem, i.S.v. effizientem, Einsatz angewandter Mittel zur Erlangung von Zielen beruhen (Raschke/Tils 2007: 127). Glaabs (2007: 312) Einordnung von Strategie als ein Instrument politischer Führung, da insbesondere die Ziele politischer Strategie weitaus klarer definiert und spezifiziert sind, entspricht auch der Einschätzung von Politikakteuren (Seehofer 2008: 50; siehe auch Glaab 2007a: 76).

Zudem weisen *policy maker* grundsätzlich auf die *top-down*-Struktur des strategischen Prozesses und damit auf den wesentlichen Unterschied zu politischer Führung hin. Während politische Führung auf der Interaktion von Leader und Follower beruht, dominieren Hierarchien und Geheimhaltung das strategische Handeln (Raschke /Tils 2007: 37).

In Arbeiten zur politischen Strategie wird gern auf die Metapher des Schachspielens zurückgegriffen. Auch für die Unterscheidung zwischen politischer Führung, Politikmanagement und politischer Strategie lässt sich diese heranziehen: Demnach würden Züge wie das routinemäßige Abspielen einer Eröffnung, so zum Beispiel der Venezianischen oder selbst der aggressiven ‚Bobby-Fischer-Eröffnung', bei welcher der amerikanische Großmeister den Königsbauern stets um zwei Felder nach vorne auf E4 zog, dem Politikmanagement entspre-

chen, weil sich hier eben jene Routine mit der Vermeidung übermäßigen Risikos bei gleichzeitig konservativer Zielsetzung verquickt.

Politische Strategie ist relativ leicht als vorausplanende Aneinanderreihung von Zügen zu transponieren, die möglichst effizient zur klar definierten Zielerreichung, also dem Matt des Gegners führen sollen. Hierbei kann die *grand strategy* in mehrere Unterstrategien (beispielsweise dem Schlagen der gegnerischen Dame oder eines Übergewichts an Springern oder Türmen) differenziert worden sein. Egal welche Form der Strategie, sie alle folgen keinen anderen Gesetzen als der Zweck-Mittel-Rationalität.

Während politische Strategie mit einem Strategen und einem Kontrahenten auskommt, bedarf politische Führung mindestens zweier Akteure auf einer Seite des Bretts. Somit wäre Leadership vergleichbar mit dem Verhalten eines Schachmeisters, der versucht seinen Schützling dafür zu gewinnen, sein Spiel von einer bis dato stets praktizierten defensiven Grundhaltung in eine offensive Spielweise zu transformieren, weil diese nicht nur erfolgversprechender für ihn selbst, sondern auch attraktiver für das Publikum sei.

Niemand führt allein

Niemand kann Führung ausüben, wenn er nicht Follower an sich bindet, die seine Führungsposition anerkennen. Politiker, die ihre Gefolgschaft ignorieren, tun dies auf eigene Gefahr. Fragen Sie Gerhard Schröder. Letztlich hat dessen Nicht-Berücksichtigung der eigenen Partei und ihrer sozialdemokratischen Stammwählerschaft bei der Ausarbeitung, Durch- und Umsetzung der Agenda 2010, Schröder die Kanzlerschaft – und damit die ultimative politische Führungsposition in der Bundesrepublik – gekostet. Basta-Politik und Einbahnstraßenkommunikation gegenüber der Parteibasis verhinderten jenen offenen Dialog zwischen Führung und Gefolgschaft, der gerade dem aufklärerisch-linken Bedürfnis nach einer ausgeprägten Diskussionskultur entsprochen hätte. Dadurch verdichtete sich das Gefühl der Entfremdung zwischen Kanzler und Genossen, zwischen Backstage und Frontstage-Politik. George W. Bush hat sich einmal als ‚the decider' charakterisiert, ein (Selbst-)Bild, in dem sich auch Gerhard Schröder gefallen haben dürfte. Er ist in dieser Rolle gescheitert, weil die Führung der alten, stolzen deutschen Sozialdemokratie weder alleinig über Wahlsiege ‚erkauft' noch über Rücktrittsdrohungen erzwungen werden kann. Formale Machtpositionen verleiten ihre Inhaber bisweilen dazu nicht hinzuzulernen. Die Zeche bezahlt nun die SPD, die sich seit der Agenda 2010 mit Oskar Lafontaine und seiner Linkspartei auseinanderzusetzen hat.

Leonard Novy arbeitet bei der Bertelsmann Stiftung zu den Themen Governance und politische Kommunikation.

Mark T. Fliegauf ist Magistrand am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaften der LMU München.

Literatur

Burns, James McGregor 2003: Transforming Leadership: A New Pursuit of Happiness. New York: Atlantic Monthly Press.

Chaleff, Ira 2003: The Courageous Follower: Standing Up to and for Our Leaders. San Francisco: Berret-Koehler.

Edinger, Lewis J. 1990: ‚Approaches to the Comparative Analysis of Political Leadership', *Review of Politics* (52), 509-523.

Forschungsjournal NSB 2008: Strategie in der Politik. Anatomie einer Überforderung, Jg. 21, H. 1.

Glaab, Manuela 2007: ‚Politische Führung als strategischer Faktor', *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2), 303-332.

Glaab, Manuela 2007a: ‚Strategie und Politik: das Fallbeispiel Deutschland'. In: Fischer, T./Schmitz, P.G./Seberich, M. (Hg.), Die Stra-

tegie der Politik. Ergebnisse einer vergleichenden Studie. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 67-115.

Grasselt, Nico/Korte, Karl-Rudolf 2007: Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken. Wiesbaden: VS Verlag.

Heifetz, Ronald A. 1994: Leadership Without Easy Answers. Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press.

Helms, Ludger 2005: Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag.

Kellerman, Barabara 2004: Bad Leadership: What It Is, How It Happens, Why It Matters. Boston, MA: Harvard Business School Press.

Kelley, Robert E. 1988: In Praise of Followers, Harvard Business Review (66:6), 142-148.

Kelley, Robert E. 1992: The Power of Followership: How to Create Leaders People Want to Follow and Followers Who Lead Themselves. New York: Doubleday.

Nye, Jr., Joseph S. 2008: The Powers to Lead. Oxford und New York, NY: Oxford University Press.

OECD, World Values Survey, http://www.worldvaluessurvey.org.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2007: Politische Strategie. Eine Grundlegung. Wiesbaden: VS Verlag.

Rost, Joseph C. 1991: Leadership for the 21st Century. New York, NY: Praeger.

Seehofer, Horst 2008: Zehn Gedanken zur Strategie in der Politik. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 21, H. 1, 48-51.

Yukl, Gary 2002: Leadership in Organizations. 5. Auflage. Upper Saddle River, NJ: Prentice Hall.

Zaleznik, Abraham 1998: Managers and Leaders: Are they different? In: Harvard Business Review on Leadership. Cambridge, MA: Harvard Business School Press, 61-88.

Tagungsbericht

Tocqueville schrieb nicht über Fußballvereine

‚The Third Sector and Sustainable Social Change: New Frontiers for Research' – unter diesem Motto stand die gemeinsame Konferenz der International Society for Third Sector Research (ISTR) und des European Research Networks (EMES), die vom 9. bis 12. Juli in Barcelona stattfand und mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer denn je anzog: Rund 600 Anmeldungen aus über 60 Ländern weist das Programmheft aus. Sie trafen sich in mehr als 120 Paper und Panel Sessions, um sich über die verschiedensten Themen der Dritten-Sektor-Forschung austauschten. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Plenumsveranstaltungen durchgeführt.

Im Rahmen eines solchen Berichtes ist es natürlich unmöglich, alle Themen der Konferenz zusammenzufassen. Gleichwohl lassen sich einige Forschungsschwerpunkte benennen, die in der internationalen Forschungscomunity gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit erfahren. Dazu gehört zweifelsohne die Einbindung des Dritten Sektors in die Produktion wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen unter den Vorzeichen von Globalisierung, Europäisierung und Marketisierung. Gleich 17 Panels befassten sich mit derartigen Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln. Ersichtlich wurde: Der Dritte Sektor wird rund um den Erdball von Seiten des Staates in immer stärkerem Maße in die Wohlfahrtsproduktion eingebunden und sieht sich dabei einem Prozess der Hybridisierung ausgesetzt, in dem die Grenzen zwischen Markt, Staat und Gemeinwohlorientierung verwischen. Dabei brechen traditionelle Governancearrangements wie etwa die korporatistischen Strukturen in verschiedenen europäischen Staaten auf und werden durch komplexe Partnerschaftsmodelle ersetzt, mit denen der Staat eine Risiko-

verlagerung auf den Dritten Sektor erreichen möchte. In diesem Zusammenhang werden verstärkt Partnerschaftsmodelle auf der Grundlage komplexer vertraglicher Regelungen eingeführt. Zudem entstehen Quasimärkte, auf denen Organisationen des Dritten Sektors mit Marktanbietern konkurrieren und deshalb ihre Organisationskultur anpassen müssen. Zahlreiche Beiträge fokussierten auf die damit verbundenen Herausforderungen, die sich für Organisationen des Dritten Sektors ergeben. Vor allem der Professionalisierungsdruck auf den Dritten Sektor wurde intensiv diskutiert. Deutlich wurde dabei, dass sich der Dritte Sektor besonders dort massiven Problemen ausgesetzt sieht, wo er enge historisch gewachsene Verbindungen zu sozialen Bewegungen aufweist. Vielfach ruft die politisch forcierte Transformation von der zivilgesellschaftlichen Bewegung zum professionellen Sozialdienstleister tiefgreifende innerorganisatorische Konflikte hervor.

Dritter Sektor = Zivilgesellschaft?

Ein weiteres wichtiges Thema der Konferenz war die Frage, inwieweit sich ein Dritter Sektor und eine demokratische politische Kultur gegenseitig bedingen und unter Umständen zur Herausbildung einer globalen Zivilgesellschaft beitragen können. Hier verliefen die Diskussionsbeiträge sehr kontrovers. Während einige Teilnehmer den Dritten Sektor als Nukleus einer demokratieförderlichen Zivilgesellschaft betrachteten, verwiesen Kritiker darauf, dass dieser Zusammenhang keinesfalls als gesichert angenommen werden kann. Insbesondere die in der Dritten-Sektor-Forschung weitverbreitete Annahme Robert Putnams, das Vorhandensein eines starken Assoziationswesens garantiere in der Tradition Alexis de Tocquevilles eine demokratische politische Kultur, wurde verschiedentlich in Frage gestellt. Vielfach wurde gefordert, in der weiteren Auseinandersetzung um die demokratischen Potentiale des Dritten Sektors nicht mehr jede gemeinnützige Organisation als zivilgesellschaftliche Bewegung zu klassifizieren, sondern statt dessen nach den Tätigkeitsbereichen, Zielsetzungen und Organisationsstrukturen zu differenzieren und einen qualitativen demokratietheoretischen Turn zu wagen. Paul Dekker aus den Niederlanden brachte es schön auf den Punkt: „Tocqueville schrieb nicht über Fußballvereine – also tun wir nicht so, als ob jeder Fußballverein unsere Demokratie vorantreibt."

Neben diesen beiden thematischen Hauptsträngen fand eine Reihe weiterer Perspektiven auf den Dritten Sektor in Barcelona Berücksichtigung, darunter die Frage nach der Evaluation gemeinnütziger Dienstleistungserstellung, dem Management von Organisationen des Dritten Sektors und seiner Finanzierung sowie seinen Potentialen zur Überwindung von Geschlechterungleichheiten. Auch Fragestellungen aus der Philanthropie- und Corporate Social Responsibility-Forschung fanden verstärkt Eingang in die Panel der 8. ISTR-Konferenz.

Interdisziplinarität als Herausforderung

Wie bei allen Großveranstaltungen dieser Art waren die einzelnen Beiträge von sehr unterschiedlicher Qualität. Während Interdisziplinarität für gewöhnlich ein sehr bereicherndes Element internationaler Tagungen ausmacht, stellt sie für die ISTR eine außergewöhnliche Herausforderung und bisweilen auch eine Belastung dar. Die Tatsache, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als einem Dutzend Disziplinen und mehr als 60 Ländern in Spanien zusammenkamen, führte bisweilen zu einer wahrhaft babylonischen Sprachverwirrung. Alleine die Begriffe *Governance* und *Dritter Sektor* dürften in Barcelona in mindest zehn verschiedenen Anwendungen gebraucht worden sein, was der Herausbildung einheitlicher Konzepte und Begrifflichkeiten nicht gerade förderlich ist. Es zeigte sich, dass im Grunde nur Panel Sessions, in denen die Panel Chairs

im Vorfeld der Konferenz eine Auswahl der Beiträge vorgenommen hatten, Ergebnisse und produktive Debatten hervorbrachten.

Gleichwohl war der Vernetzungsnutzen der Konferenz immens. Alles was Rang und Namen in der Dritten-Sektor-Forschung hat, versammelte sich in Barcelona, das ein sehr gutes Forum für die Anbahnung internationaler Forschungsprojekte bot. Die ISTR sollte diese Forumsfunktion ihrer Konferenzen in jedem Falle beibehalten und etwas am Modus der Panel und Paper Sessions feilen. Das nächste Mal hat sie 2010 dazu die Gelegenheit. Dann findet die Konferenz voraussichtlich in Istanbul statt. Abstracts und ausgewählte Beiträge der Konferenz in Barcelona können unterdessen der ISTR-Website entnommen werden: www.istr.org/conferences/barcelona/index.htm

Matthias Freise, Münster

Tagungsbericht

Frauen in der Revolte: 1968 in Ost- und Westdeutschland

Diese Tagung hatte mehrere Ziele zugleich im Blick: Frauen sollte zur Sprache verholfen werden gegenüber der vorherrschenden Männer-Dominanz in der Deutung von ‚68'. Das ost-west-deutsche Gespräch sollte befördert werden. Die westdeutsche Geschichte ist gut dokumentiert, aber vom ‚Kratzen am Beton' in der DDR – Titel des neuen Fotobandes von Barbara Metselaar –, der Sicht von Frauen auf ‚68' und dem Stand des Ost-West-Austauschs in jener Zeit ist doch wenig bekannt. Und schließlich versuchte diese Tagung das Gespräch zwischen Zeitgenossinnen und jüngeren Frauen anzuregen, um zu hören, ob aus deren Sicht ein brauchbares Erbe bleibt. Die Methode der Tagung war das vorbereitete Erzählen im moderierten Gespräch. Dieses biografische Verfahren war zu Wende-Zeiten mit Grund und Nutzen weit verbreitet und ist heute keineswegs überholt. Sowohl die SchülerInnenarbeit bei der Ev. Akademie Thüringen wie auch die biografisch und erfahrungsbezogen angelegten Konfliktseminare der Mitveranstalterin owen e.V. arbeiten erfolgreich damit. Bei der Tagung ‚Frauen in der Revolte' setzten wir das Erzählen ein als ganz direkte Antwort darauf, dass die historische Zäsur ‚68' ‚überkommentiert und unterforscht' ist.

Der erste Abend stand unter dem Motto ‚Palimpsest'. Historisch meint dies einen für das erneute Beschreiben abradierter Papyrus, übertragen eine künstlerische oder literarische Collage. Eine solche entstand durch Berichte und Bildausschnitte der west-ost-deutschen Akteurinnen Ulrike Poppe – in den 1980ern u.a. bei ‚Frauen für den Frieden' –, Cillie Rentmeister – Anfang der 1970er Mitinitiatorin der Rockgruppe Flying Lesbians – und Barbara Metselaar Berthold – Fotografin, die in den 1970ern „in den Westen gegangen" war. Verschiedene Wirklichkeiten und Perspektiven wurden zusammengefügt, überschnitten sich in teils überraschender Weise und produzierten auch instruktive Verwirrungen in gesichert geglaubter Sichtweisen auf Ost- und West-Verhältnisse. Dies galt etwa für die Beschreibung der Generationenkonflikte in beiden ‚Nach-NS-Deutschländern', für das Zustandekommen von Politisierung, von Frauenbildern und -bewusstsein und für die Beschreibung eines regen (sub-)kulturellen Lebens zwischen Berlin, DDR und Prag.

Pflicht-Ethik und Rebellion

Ulrike Poppe beschrieb für die DDR, wie der Regimewechsel ausgeblieben, aber die Welt doch eine andere geworden sei. Weil der realsozialistische DDR-Staat ‚seine' Bevölkerung vor ‚Begehrlichkeiten' abschirmen wollte, hatte schon 1965 das 11. Plenum das Ende einer kurzen kulturpolischen Liberalisierung eingeläutet. Nun drohten viele junge Leute ‚am Mief zu ersticken'. Die ‚internationalistisch' eingesickerten neuen Ideen von Revolte und Selbstbefrei-

ung (Che!) wurden von ihnen „reingezogen wie ein Joint", wobei spezifische Widersprüche erfahrbar wurden. Die USA wurde offiziell sowohl als Hort des Imperialismus wie als Ort der schwarzen Bürgerrechtsbewegung rezipiert, während weder Zivilprotest noch Jugendkultur gewünscht waren, sondern im Konflikt mit dem Kontrollanspruch des DDR-Staates standen. Die internationalen Vietnamkriegsproteste wurden staatsseitig unterstützt, nicht aber selbstgemalte Anti-Vietnamkriegs-Plakate: Der Staat produzierte Irritation und Distanzierung. Der Kampf gegen die ‚sozialistische Pflicht-Ethik' wurde verknüpft mit dem Streit um lange Haare, Jeans, Beat und Leonard Cohen, freie Liebe und selbstbestimmte Alltagskultur.

Der Rekurs auf die ‚Pflicht-Ethik' des sozialistischen Staates und der Elterngeneration bezog sich auf die spezifisch ostdeutsche Problematik des NS-Bezugs in den deutschen Generationenkonflikten der 1950er/1960er-Jahre. Konnten die jungen Westdeutschen den Eltern wie dem Staat das NS-Erbe (wie berechtigt im Einzelnen auch immer) vorhalten, so traf die kritische DDR-Jugend auf einen sich als antifaschistisch definierenden Staat und zahlreiche Anti-NS-RepräsentantInnen. Gerade der ‚antifaschistische Grundkonsens' konnte ursächlich dafür sein, dass Eltern stärkere Loyalität gegenüber dem Staat empfanden. Wo sie selber das Ausharren für eine bessere Zukunft propagierten, forderten ihre Kinder die Einlösung der Ideale, so dass der Zusammenstoß von Utopie und Wirklichkeit zum Generationenkonflikt wurde. Der Verweis auf die NS-Dimension führte gleichwohl zur Kontroverse: Barbara Metselaar sah keine NS-Debatte, sondern schlicht die Auseinandersetzung mit spießigen, kleinbürgerlichen Eltern im Gange. Der Konflikt sei dort entstanden, wo Leute politisch waren in dem Sinne, dass sie taten, was ihnen wichtig war. Das junge, provozierende Bewusstsein habe darin bestanden, Subjekt sein zu wollen. Dass das oppositionell-politisch sei, war vor allem eine Zuscheibung von außen: von einem Staat ohne liberalen Puffer und die darauf angesetzten Stasi-Aktivitäten etc. Aus Sicht eines paranoiden Staates war alles ‚politisch' und ‚oppositionell', was sich ohne Staatsaufsicht und -steuerung regte.

Prag und der Westen

Die reformpolitisch belebte CSSR und insbesondere Prag war in den 1960ern beliebtes Reiseziel der DDR-Bevölkerung – wie auch vieler WestberlinerInnen und Westdeutschen. Der ‚Prager Frühling' und seine Niederschlagung durch die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 führte zu zahlreichen Protestaktionen und massenhaften Verhaftungen (übrigens waren weit weniger Studierende als vielmehr überwiegend Auszubildende und ArbeiterInnen). Die Frustration, das Gefühl vom Ende aller Hoffnungen auf Liberalisierung waren prägend für die ostdeutsche Hippie- und Oppositionsszene nach 1968. Verbunden mit den schließlich in der DDR laufenden über 1.000 Ermittlungsverfahren mit drastischen Strafmaßen wird deutlich, warum manches von dem, was Aufregendes im Westen geschah, in der DDR entrückt und verspielt erschien. Diese Debatte spielte auch am folgenden Tag mehrfach eine Rolle. Es bestand eine Gleichzeitigkeit der Ereignisse bei sehr unterschiedlichen Anlässen und Zielen, wie auch Jirina Siklova aus Prag unterstrich.

Wie viel von der Realsozialismus-Spezifik im Westen ‚ankam', war je nach Biografien und Netzwerken sehr unterschiedlich. Neben den Sprachproblemen trug insbesondere die ideologische Aufstellung der West-Linken dazu bei, dass ihr Verständnis für die tschechische Situation gring war – respektive erst später erarbeitet wurde. Dass es in der Auflösungsphase des SDS einzelne Richtungen gab, die ansatzweise wahrnahmen, was im realsozialistischen Raum so geschah, konnte ausschlaggebend für die persönlich-biografische Zuordnung sein: So schloss sich Sybille Plogstedt den Trotzkisten

an, weil sie bei deren Realsozialismus-Interesse, ihren Prag-Kontakten und der Prager Haft-Erfahrung anknüpfen konnte. Später in den 1970ern bot die SPD mit ihrer Ostpolitik für ein solches Interesse einen politischen Ort.

Sexuelle Befreiung und Machismo

Jenseits des politischen Prag-Protests gehört die alltagskulturelle Revolte, freiere Körperlichkeit und sexuelle Liberalisierung für Ost- wie Westdeutsche in jene Zeit. Für die DDR wird gern das lockerere, entspanntere Verhältnis zu Körperlichkeit und Sex proklamiert – in paradoxer Kombination mit der Atmosphäre grauer Kleinbürgerlichkeit, die die Stagnation der 1970er Jahre begleitete. Hieran konnte Cillie Rentmeister anknüpfen, die anhand von Filmschnipseln in die kulturelle Wirkung des Jugendaufbruchs gegen die Adenauer-Atmosphäre einführte: Während noch der Kuppler-Paragraf zur polizeilichen Campingplatzkontrolle führte, läutete die Pille die Zeit der ‚Beziehungskisten' ein, die Sex und Reproduktion trennen konnten. Aufklärung wurde Schulthema, Helga und Oswald Kolle schafften den Schritt ins Kino (‚Deine Frau, das unbekannte Wesen'), Beate Uhse steuerte die praktischen Tipps bei. Die DDR präsentierte Siegfried Schnobl: ‚Sozialismus ist nicht lustfeindlich', ‚Mann und Frau intim', alles wissenschaftlich und ohne Nacktdarstellungen.

Die westdeutschen KulturprovokateurInnen wurden nicht zuletzt durch die Medien als kinderfeindlich interpretiert und stilisiert: Auf dem berühmten Spiegel-Coverfoto, das die Kommunarden nackt von hinten abbildet, wurde das kleine Kind wegretuschiert, das im Original rechts dabei steht –, während doch tatsächlich diese Kohorte die Mütter der Baby-boomer-Generation war, wie Cillie Rentmeister anhand aussagekräftiger Statistiken zeigte.

Die Kinder-Frage spielte eine Rolle sowohl in der Differenzierung der Frauenszene des Westens als auch für die Entstehung von Konfliktbewusstsein bei den Frauen Ost wie West, die schließlich den Zusammenhang zwischen Sex/Reproduktion und Macht thematisierten. Auf diesem Weg sei auch in der DDR Frauenbewusstsein und -solidarität entstanden, bestätigte am nächsten Tag Franziska Groszer, Mitgründerin der Ostberliner ‚Kommune 1-Ost'. Als eher unsolidarisch und konkurrent beschrieb dagegen Barbara Metselaar Berthold die Beziehungen zwischen Frauen in der ostdeutschen Hippie-Szene. In ihrem Film ‚Wir wären so gerne Helden gewesen', der die ostdeutsche 68er-‚Bohème auf Zeit' portraitiert, bleiben die Macho-Sprüche unwidersprochen (es habe keine Forderung nach Gleichberechtigung gegeben, sagt einer der Helden und sieht hierin einen „wunderschönen Teil von Tradition"). Das Bild von den emanzipierten Ost-Frauen bekommt an solchen Stellen Risse. ‚Sexuelle Befreiung' und Machismo gingen im Osten wie im Westen miteinander einher, und mehr Zeit, dem nachzugehen, wäre wünschenswert gewesen. Beim Podiumsgespräch am folgenden Tag verwiesen auch die Westfrauen darauf, dass Konfliktbewusstsein für Geschlechterverhältnisse bei vielen erst mit den 1970er Jahren entstand.

Öffentlichkeit und Erfahrung

Auffallend ist jedenfalls, dass Öffentlichkeit und Massenmedien im Westen zur Verallgemeinerung von Deutungen wesentlich beigetragen haben und offenbar ein nicht zu unterschätzendes Transportmittel für kulturellen Wandel waren. Das zeigte sich auch an der publicity der von Cillie Rentmeister zitierten Frauen-Rock-Feste. Sie und die Rockmusik der Flying Lesbians als „selbstgeschaffenes Initiationsritual" für ein neues Frauen-Selbstbewußtsein nahmen die Auftrittmöglichkeiten liberaler Öffentlichkeit wahr, und selbst die skandalisierende Presse warb für sie.

Diese Dynamik entfiel in der DDR systembedingt. Beziehungen und kulturelle Dynami-

ken blieben hier ausschließlich über private Netzwerke vermittelt; ein Grund, weshalb Beziehungen in der DDR von Westdeutschen als verbindlicher, wesentlicher wahrgenommen wurden. Es gibt die These, dass die Nischenkultur der DDR in jener Nach-68-Zeit einen Schub erfuhr, als die kulturelle Revolte zu Ende gebracht war und Frauen-Belange in einer Liberalisierung des Abtreibungsrechts und der Sozialpolitik der Honecker-Ära aufgelöst wurden. Barbara Metselaar Betholdt sah drei mögliche Strategien für die kulturell Alternativen, in der ‚Normalisierung' unterzukommen: Sich in der informellen Szene der größeren Städte ein Plätzchen suchen; aufs Land ziehen; Ausreise/Exil. Für alle Wege finden sich reichlich Beispiele; sie selber wählte letzteres. Sogar die innerdeutsche Begegnung zwischen Gleichgesinnten wurde erschwert durch diese Privatheit der Revolte: Im späteren Podiumsgespräch sagt Franziska Groszer: „Wärt ihr uns doch in unserer ‚Kommune 1' besuchen gekommen!" Und Elisabeth Weber antwortet: „Wir wussten nichts von euch, wir konnten euch nicht sehen! Für uns in West-Berlin war Ost-Berlin grau und öde."

Im Film ‚Wir wären so gerne Helden gewesen' sieht das Hippieleben so aus wie im Westen jener Zeit: Klamotten, Frisuren, Einrichtung, Musik, Tanzen, Knutschen, Alkohol (statt Joints). Aber der persönliche Preis war höher. Die Ostdeutschen riskierten, auch wenn sie gar nicht ausdrücklich ‚politisch' waren, Bespitzelung und Repression, sobald die selbstgewählte Freiheit dem Staat missfiel. Eine Teilnehmerin meinte, hätten sie damals schon gewusst, welches Repressionsarsenal die Staatsseite bereithielt, hätten sie manches nicht gemacht.

Bei der Thüringer Tagung wurde dieser Unterschied im persönlichen Preis für die Revolte auch an den Haftbiografien der Anwesenden deutlich: Anne Nienhaus etwa saß über fünf Jahre im Frauengefängnis Hoheneck wegen verschiedener Diskussionkreis-Aktivitäten, unter anderem im Zusammenhang der Sprengung der Leipziger Universitätskirche (1968); Sybille Plogstedt war – als Westdeutsche mit Prag-Beziehungen – fast 1,5 Jahre in Prag inhaftiert. Jirina Siklova beeindruckte durch ihren Humor, den sie durch ihre Hafterfahrung gestärkt hatte. Sie sagte, sie müsse dem Staat etwas bezahlen für die Fülle an Erfahrungen, die ihr durch die Haft ermöglicht wurden.

Zeitzeuginnen im Gespräch

Diese Frauen saßen in der Gruppe von Zeitzeuginnen, die am zweiten Tag durch Ulrike Poppe und Anne Ulrich befragt wurden. Die älteste, Jirina Siklova, gehört zu den namhaftesten tschechischen SoziologInnen, unterzeichnete 1968 das ‚Manifest der 2000 Worte' und später die Charta 77 und baute nach 1989 die Prager ‚Gender Studies' mit auf. Franziska Groszer, Autorin, konnte über die Kommune 1-Ost-Kontexte berichten. Anne Nienhaus illustrierte eine politische Sozialisation aus links-sozialdemokratischem, DDR-gebundenem Elternhaus. Für Westdeutschland debattierten Elisabeth Weber, in den 1980ern Referentin der grünen Bundestagsfraktion für Osteuropa, und Sybille Plogstedt, 1968 in Prag inhaftiert, in den 1970ern Gründerin und Redakteurin der Frauenzeitschrift ‚Courage'. Auch hier waren biografische Collagen gewollt, die Ausschnitte aus der Vielfalt von Zugängen und Wegen zeigen sollten. Die Heterogenität dieser Biografien sperrt sich gegen eine zusammenfassende Darstellung in diesem Bericht. Einige thematische Übereinstimmungen können jedoch genannt werden. Auch hier wurde deutlich, dass Erfahrungen und Einschätzungen oft nicht nach West versus Ost eingeteilt werden können. Gemeinsam war etwa der Verweis auf die ‚kalten' 1950er Jahre als Vorfeld der Politisierung in den 1960ern, die Erfahrung von Schweigen, Verlogenheit, Unglaubwürdigkeit von Eltern und in der Schule. Viel Erfahrungen mit ‚Rissen' in der wahrnehmbaren Welt wurde beschrieben. Eltern, Schule

und Staat wurde das wertegebundene Engagement nicht geglaubt – bzw. scheiterte ihre Glaubwürdigkeit am jeweiligen ideologischen Anspruch der Autoritäten , es entstand alternatives Denken und Abwendung (die im Westen der frühen 1970er ins ‚ideologische Zeitalter' führte, wie Elisabeth Weber und Sybille Plogstedt illustrierten). Im Osten bezeichneten sich manche als ‚sozialistisch' aus Mangel an Alternativen, beschrieb Franziska Groszer: selbst die von ihnen unterstützte tschechische Vorstellung von einem ‚Sozialismus mit menschlichem Angesicht' erschien manchen „wie Äpfel, die nach Sägemehl schmecken". Was für die DDR formuliert wurde, galt zu Teilen auch für den Westen: ‚1968' bedrohte alles, was die Elterngeneration für sich aufgebaut hatten, weshalb diese es ablehnen musste.

Über den Prag-Bezug der damaligen Weltwahrnehmung wurde ausführlich debattiert. Jirina Siklova gab Auskunft über die – durch Kader hergestellte – reformpolitische Atmosphäre in der tschechischen Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft seit den frühen 1960er Jahren, ein Hintergrund dafür, dass die CSSR als „Tor zur Welt" wahrgenommen wurde gegenüber einer DDR, die sich anfühlte wie „Leben ohne echte Berührung, wie eingesperrt, künstlich" (Franziska Groszer). Auch für WestberlinerInnen war Prag ein attraktives Reiseziel, nicht nur architekturgeschichtlich, sondern eben auch kulturell spannend. – Umso fataler, dass nach dem russischen Einmarsch die politische Abschottung so erfolgreich griff.

Das Frauen-Thema in der Revolte

Für die hier versammelten Frauen spielte das Frauenthema in der Hochzeit der Bewegung keine zentrale Rolle. Jirina Siklova („Warum wir den westlichen Feminismus ablehnen") beforschte in den 1960ern kritisch die soziale Situation von Frauen und die staatliche Vereinbarkeits-Politik. Gleichwohl sei 1968 und 1977 kein Zeitpunkt der besonderen Thematisierung von Frauen gewesen, solange es um Freiheit von Zensur und um Liberalisierung für alle ging. Jirina Siklova gründete nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 dann das Biografie-Archiv ‚Frauen-Gedächtnis' als Baustein der Prager ‚Gender Studies'. Zugleich trafen sich die Frauen in der Einschätzung, dass die ihnen vorgelebten ‚role models' sie stark prägten. Und nicht zuletzt teilten sie auch die Erfahrung: Frauen können alles erreichen, zahlen dafür aber einen hohen persönlichen Preis. In der Uni konnten viele die Erfahrung machen, dass Frauen sich beteiligen konnten (schön und klug). Eine Debatte entstand um den Bewusstsein bildenden Slogan ‚Das Private ist politisch': Elisabeth Weber fand ihn seinerzeit stalinistisch, weil sie die Unterscheidung zwischen Privatheit und Staatlichkeit wertschätzen gelernt hatte; Sybille Plogstedt verteidigte ihn als Konglomerat der Erkenntnis, dass Reproduktion und öffentliche Machtverteilung zusammenhängen. Das Private ist immer noch politisch: Frauen aus der Scham der Gewalterfahrung zu befreien, das will z.B. das neue Gewaltschutz-Gesetz; und das Private gegen staatlichen Kontrollwahn zu schützen im Bereich informeller Sicherheit zielt auf die freiheitlich gepolte Aufrechterhaltung der Unterscheidung zwischen privat und öffentlich/staatlich. Der Bedarf nach Begriffsklärung veraltet nicht; Slogans erklären die Welt nicht, sondern es bedarf der Betrachtung des Kontexts.

Was bleibt aus Sicht der Jungen?

Am Sonntag folgte dann ein Podiumsgespräch der jüngeren Frauen: Töchter der 68erinnen (Jana Simon, Margarete Misselwitz, Johanna Bussemer) im Gespräch mit Dana Jirous (Jg. 1978) und Marina Grasse (die ältere Generation). Sie könnten es manchmal nicht mehr hören, dieses 68er-Gerede. Junge Leute hätten die Beschwörung des 68er-Mythos satt, in der ein diffuser moralischer Anspruch sich mehr dafür interessiert, die Jugend der Elterngeneration zu

verklären (verbunden mit dem Aufruf, irgendwie zu sein wie sie) als dafür, die Alltagskämpfe und Interessen der jüngeren Leute sui generis anzuschauen. Es wurde sehr deutlich, dass 1968 Geschichte ist und dass erst ein vom Appell befreites Gespräch zwischen den Generationen dazu beitragen kann, eine Befragung der älteren Generation der Frauen spannend zu machen. Gerade die Anschauung der Sozialisationsbedingungen von ‚damals' macht auch den Töchtern deutlich, wie sie im Unterschied dazu aufgewachsen sind: Die Eltern haben mit ihnen geredet (gegen das Schweigen zwischen den Generationen); berufstätige Mütter, Feminismus, Gleichberechtigung als Anspruch waren normal. Nervig sei die Haltung „das haben wir alles auch schon probiert", wichtig die Wahrnehmung, dass auch damals engagiertes Handeln sich seine Strukturen selber schaffen und politische Phantasie entwickeln musste (gegen die Haltung ‚wir können eh nichts tun').

Die jüngeren Frauen sind pragmatisch aufgestellt, sie sind sich komplexen gegenwärtigen Herausforderungen bewusst, wach und interessiert, mit internationalen Erfahrungen. Und was Lebensgestaltung angeht, ist in Ost wie West der einen Glück, was der anderen Graus ist: Kind oder nicht, Kollektiv oder Kleinfamilie. Diese Entscheidungen sind abhängig von privaten Perspektiven und dem Umgang mit der Job-Unsicherheit und dem Interesse, mobil zu sein für interessante Aufgaben. Die Töchter lieferten selber interessante zeitgeschichtliche Einblicke wie etwa die, dass vielerorts im Westen – auch in Westberlin – „die Wende nicht stattfand", soll heißen: die ostdeutschen Umbrüche nichts verändert haben. Eine andere Überraschung war die Diagnose, dass für ostdeutsche Kids die ambivalente Haltung der Eltern gegenüber dem Staat nicht immer nachvollziehbar war: War die ‚internationale Solidarität' an den Schulen nicht dasselbe wie das, was die schulkritischen Eltern proklamierten? Und die Tochter, die nur weg will, versteht nicht, warum die DDR-kritischen Eltern plötzlich bleiben wollen, als sich die Chance zum Reformieren des Systems bietet.

Wirbel gab es dann noch einmal bei der Frage nach politischen Themen der Zukunft: Eines war ‚interkulturelle Begegnung' und die Empörung darüber, dass Migration ständig als Problemthema statt als Feld selbstbewusster, integrierter junger Leute verstanden wird, die wollen, dass ihnen zugehört wird. An der Kopftuch- und der Frauen-in-Afghanistan-Frage entzündete sich dann ein Streit um Kulturliberalismus vs. Universalismusanspruch hinsichtlich Frauenrechten: Die älteren Frauen reagierten deshalb empfindlich auf ‚Kulturliberalismus', weil sie der Meinung waren, dass dieser politisch zu lang gut geheißen worden war. Gerade weil die Forderung nach einem Ende der Sichtweise ‚Migration ist das Problem' richtig ist, bedeutet diese Auseinandersetzung eine echte politische Herausforderung der Zukunft.

Am Ende waren viele Aspekte aufgerissen worden, viele Emotionen und Assoziationen in Bewegung geraten. Resultate zu systematisieren war nicht das Anliegen, hätte der Veranstaltung an einigen Stellen jedoch geholfen. Gelungen ist eine Gesprächstagung, die durch engagierte Begegnung und auch viel Lachen in Erinnerung bleibt. Die Nachfolgetagung ‚Frauen in der Revolte II: 1989' folgt am 31.10./1.11.08 in Berlin-Schwanenwerder. Informationen dazu demnächst unter www.eaberlin.de/programm.php.

Anne Hampele Ulrich, Berlin

Dossier 68er-Bewegung

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein Dossier zur 68er-Bewegung zusammengestellt. Das online zugängliche Dossier bietet eine Zusammenstellung von Hintergrundtexten, Analysen, Interviews und Zeitzeugenberichten zum Thema 1968. Darüber hinaus finden sich Zeitzeugenvideos sowie zahlreiche Bild- und Tondokumente, so zum Beispiel eine Bildergalerie zu den Protestformen der 68er (www.bpb.de, Menüpunkt Themen -> Geschichte -> 68-Bewegung).

Zudem hat die Bundeszentrale bereits einige Bücher verlegt, die zum 40-jährigen Jubiläum der 68er-Bewegung herausgekommen sind. Dazu zählen das von Martin Klimke und Joachim Scharloth herausgegebene kulturgeschichtliche Handbuch ‚1968' und ‚Rebellion und Wahn' von Peter Schneider ebenso wie das umstrittene ‚Unser Kampf' von Götz Aly. Sämtliche Bücher sind gegen einen Unkostenbeitrag von je 4 Euro bestellbar (www.bpb.de, Menüpunkt Publikationen -> Schriftenreihe).

Die 68er in Westdeutschland und Europa

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mehrere internationale Fachtagungen veranstaltet. Unter dem Titel ‚Alte Linke – neue Linke' setzten sich Forscherinnen und Forscher aus Deutschland und Europa mit dem Thema 1968 in internationaler und globaler Perspektive auseinander und versuchten, die Ereignisse und Folgen von ‚68' kritisch zu deuten. Einen Tagungsbericht sowie kurze Inhaltsangaben der Vorträge finden sich unter www.rosalux.de/cms/index.php?id=15252. Ein Tagungsband soll Anfang 2009 erscheinen. Eine zweite Tagung, ausgerichtet in Kooperation mit der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, richtete den Fokus auf die Perspektive der mittel- ost- und südosteuropäischen Länder. Hierfür ist ein Tagungsbericht bereits abrufbar unter www.rosalux.de/cms/index.php?id=15307.

Auf dem Server der Rosa-Luxemburgstiftung gibt es darüber hinaus weitere Texte und Hinweise auf Publikationen zum Thema ‚40 Jahre 1968'. Kontakt: www.rosalux.de.

Armut in Deutschland I

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt auf, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter anwächst. 13 Prozent aller Bundesbürger gelten als arm, haben also monatlich weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung, und noch einmal so viele werden nur durch Sozialtransfers wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld II vor dem Abrutschen in Armut bewahrt. Besonders dramatisch ist, dass sich die Zahl derjenigen erhöht hat, die trotz Arbeit armutsgefährdet sind. Dementsprechend bilanziert auch Arbeitsminister Olaf Scholz: „Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet."

Der Armuts- und Reichtumsbericht kann im Internet auf der Internetpräsenz des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales herunter geladen werden unter www.bmas.de, Menüpunkt Soziale Sicherung -> Pressemitteilungen (25.06.08).

Armut in Deutschland II

Mit dem Thema Armut setzt sich auch ein Film des Vereins Medienladen e.V. (www.medienladen-ev.de). auseinander. Unter dem Titel ‚Nur einmal gut essen gehen – Arm und Reich in Deutschland' dokumentiert der Film das Leben und die alltäglichen Kämpfe von Menschen, die in Deutschland in Armut leben. Zusätzlich werden Interviews geführt mit Expertinnen und Experten, Betriebsräten, Politikerinnen und Politikern und Personen, die sich für Armutsbekämpfung einsetzen. Der Film erläutert Hintergründe und Auswirkungen von Armut.

Bestellt werden kann der Film bei Medienladen e.V. (80 Euro für die Langfassung, 60 Euro für

eine pädagogische Kurzfassung für öffentliche Vorführungen, 30 Euro bei ausschließlicher privater Nutzung). Kontakt: Medienladen e.V. im Künstlerhaus, Gerhard Faul, Königstr. 93, 90402 Nürnberg. Tel.: (0911) 205 91 54, Fax: (0911) 231 34 69; eMail: filmhaus@medienladen-ev.de.

Global Education Week 2008

Vom 17. bis zum 23. November findet die Global Education Week (GEW) statt. Die GEW, ausgerichtet vom Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon, soll auf das Globale Lernen aufmerksam machen. Ziel der Aktionswoche ist es, die Bereiche Umwelt, fairer Handel, Frieden, Menschenrechte und Gender unter globaler Perspektive zu betrachten und Maßnahmen sowie Aktionen zugunsten gleichberechtigter und solidarischer Nord-Süd-Beziehungen zu initiieren. Das Schwerpunktthema der diesjährigen GEW in Deutschland sind Menschenrechte. NGOs, Schulen, Universitäten und Initiativen sind aufgerufen, sich mit Projekten an der Global Education Week zu beteiligen und dabei vor allem Kinder und Jugendliche einzubeziehen und für das Thema Menschenrechte zu sensibilisieren.
Weitere Informationen und Kontakt: www.globaleducationweek.de; World University Service (WUS), Karola Hoffmann, Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden, Tel.: (0611) 9446170; eMail: globaleducationweek@wusgermany.de.

Jahrbuch Globales Lernen 2007/2008

Die entwicklungspolitische Dachorganisation VENRO hat zum ersten Mal das ‚Jahrbuch Globales Lernen' herausgegeben. Das Buch, das Auskunft gibt über die vielfältigen Aktivitäten von NGOs und Gruppen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, richtet sich vor allem an Pädagogen, die sich für entwicklungspolitische Arbeit und ‚Eine-Welt'-Themen interessieren. Das Buch enthält neben Materialhinweisen und nützlichen Adressen Berichte zur Lage des ‚Globalen Lernens' in den einzelnen Bundesländern mitsamt vielen Praxisbeispielen.
Das Buch kann kostenlos im VENRO-Sekretariat bestellt werden. Tel.: (0228) 94 677-0, eMail: Sekretariat@venro.org.

Rebellenkraftwerke

Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben 1997 als erste Netzbetreiber aus der Anti-Atom-Bewegung die Stromversorgung ihrer Stadt – Schönau in Baden-Württemberg – übernommen. Hervorgegangen sind die EWS aus der Bürgerinitiative ‚Eltern für eine atomfreie Zukunft', die nach der Katastrophe von Tschernobyl gegründet wurde. Die Gesellschafter der EWS, deren Strom man nach der Liberalisierung des Energiemarktes deutschlandweit beziehen kann, setzen sich für eine rationelle und ressourcenschonende Energiebereitstellung ein und möchten mit ihrem Ökostrom einen aktiven Beitrag zum schnellen Ausstieg aus der Atomenergie leisten und die Förderung regenerativer Energien vorantreiben.
Mit dem so genannten ‚Sonnencent', einem Aufschlag von 0,5 bis 2 Cent pro verbrauchter Kilowattsunde, unterstützen die Kundinnen und Kunden der EWS das Förderprogramm ‚Rebellenkraftwerke': In das Stromnetz eingespeiste Kilowattstunden aus ökologischen Stromerzeugungsanlagen, die im Besitz von Schulen, kirchlichen Organisationen, Betreibergemeinschaften und Privatpersonen sind, werden nach bestimmten Kriterien mit den Erträgen aus dem Sonnencent gefördert. Damit können diese Anlagen wirtschaftlich operieren und deren „Betreiber zu echten ‚Stromproduzenten' werden", so die EWS.
Weitere Informationen und Kontakt: www.ews-schoenau.de, eMail: info@ews-schoenau.de.

Online-Wörterbuch zur Sozialpolitik

Die Schweizer Initiative ARTIAS (Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale) hat ein Wörterbuch zur Sozialpolitik im Internet veröffentlicht. Von A wie ‚Abweichendes Verhalten' bis Z wie ‚Zweiklassenmedizin' werden sozialpolitische und mit Sozialpolitik zusammenhängende Begriffe erläutert. Zumeist mit Querverweisen und Quellenangaben versehen, bietet das Online-Wörterbuch einen umfassenden Überblick über sozialpolitische Themen und Begriffe. Das Wörterbuch kann unter www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/alpha.cfm abgerufen werden.

Nachhaltiges Wirtschaften

Das Worldwatch Institute hat in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Organisation Germanwatch den Bericht ‚Zur Lage der Welt 2008. Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft?' herausgegeben. Anlass für den diesjährigen Themenschwerpunkt ist, dass zunehmend auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit Wert gelegt wird. Dies betrifft Fragen der Produktion, des Konsums oder auch der politischen Rahmensetzungen. Der vorliegende Band geht der Frage nach, ob es sich bei diesen Bemühungen nur um „ein Strohfeuer, eine vorübergehende Mode" handelt oder ob „ein notwendiger umfassender Umbau unseres Wirtschafts- und Finanzsystems erreicht werden" kann.

Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2008. Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft? Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008,336 Seiten. Preis: 19,90 Euro, ISBN 978-3-89691-743-0. Die Einleitung (Ralf Fücks/Christina Steenbock) sowie eine gekürzte Fassung des ersten Kapitels (Gary Gardner/Thomas Prugh) sind über die Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung online abrufbar (www.boell.de/oekologie/oekologie-2503.html).

Social Justice-Trainings

Unter dem Titel ‚Lernen in der Begegnung. Theorie und Praxis von Social Justice-Trainings' hat das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) einen Reader für die außerschulische Jugendbildungsarbeit zusammengestellt. Der aus zwei Teilen bestehende Reader stellt zunächst Materialien zum Konzept von Social Justice- und Diversity Trainings zusammen, bevor im zweiten Teil renommierte Autorinnen und Autoren über Aspekte unterschiedlicher Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus schreiben. Der Reader umfasst 64 Seiten und kann bei IDA e.V. kostenlos bestellt werden.

Kontakt: IDA e.V., Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf. Tel.: (0211) 159 255-5, Fax: (0211) 159 255-69. www.idaev.de, eMail: info@idaev.de.

Online-Journal Behemoth

Der Akademie-Verlag gibt zusammen mit dem Forschungsbereich ‚Riskante Ordnungen' der Universität Leipzig das neue Online-Journal *Behemoth. A Journal on Civilisation* heraus. Thematisiert werden soll „der Zustand einer Gesellschaft, die lernen muss, dass der Machtvorrat des Staates nicht mehr ausreicht, um dauerhaft stabile Verhältnisse zu garantieren." Der hauptsächlich geistes- und sozialwissenschaftliche Fokus wird durch die Einbindung anderer Disziplinen wie Ethnologie, Anthropologie oder Area Studies ergänzt.

Das Journal, in dem Beiträge in englischer und deutscher Sprache veröffentlicht werden, ist frei zugänglich unter www.behemoth-journal.de.

20 Jahre Mehr Demokratie

Bei seiner aktuellen Jahrestagung hat der Verein Mehr Demokratie e.V. sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Der Verein setzt sich für eine Verstärkung direktdemokratischer Verfahren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ein.

Auch die Europäische Union ist in den letzten Jahren vermehrt zum Ziel der Anstrengungen des Vereins geworden.
Zur Jubiläumsfeier waren deutsche und internationale Expertinnen und Experten geladen, um über die Zukunft demokratischer Entscheidungsprozesse zu diskutieren. Die Beiträge unter anderem von Heidrun Abromeit oder Otmar Jung sind über die Internetpräsenz des Vereins zugänglich (www.mehr-demokratie.de, Menüpunkt Über Uns -> Jahrestagung 2008).

Freiwilligendienst Ü30

Freiwilligendienste richten sich zumeist an Jugendliche oder junge Erwachsene. Allerdings wollen auch immer mehr Menschen, die dieses Alter überschritten haben, an dem durch Freiwilligendienste geschaffenen friedlichen internationalen Dialog teilhaben. Der Arbeitskreis ‚Lernen und Helfen in Übersee' e.V. hat ein Informationsblatt zum Thema ‚Internationale Freiwilligendienste für Menschen ab 30' zusammengestellt. Neben den Kontaktdaten der jeweiligen Entsendeorganisationen sind stichwortartig Angaben zum Programm, den Voraussetzungen, der Einsatzdauer und der Einsatzregion enthalten. Das Infoblatt kann unter www.entwicklungsdienst.de, Menüpunkt Infothek, herunter geladen werden.

Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Seit Jahren wird über Konzepte und Wirkung der öffentlichen Entwicklungshilfe diskutiert. Im INEF-Report 93 zeichnet der renommierte Wissenschaftler Franz Nuscheler diese Debatte nach und plädiert für eine kohärente und partnerschaftliche Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit. Die Reformbemühungen der OECD-Staaten, die auf eine stärkere Koordinierung und Harmonisierung abzielten, müssten um weitergehende, grundlegende Veränderungen der Strukturpolitik aller Akteure ergänzt werden.
Der Report kann herunter geladen werden unter http://inef.uni-due.de/page/documents/Report93.pdf.

Kindersoldaten

Die Zahl der Konflikte, in denen Kindersoldaten eingesetzt werden, hat sich in den letzten vier Jahren von 27 auf 17 reduziert. Doch die Situation der etwa 250.000 Kinder und Jugendlichen, die immer noch weltweit als Soldaten eingesetzt werden, hat sich im selben Zeitraum kaum verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt der neue ‚Weltreport Kindersoldaten 2008'. Die Anstrengungen, die die internationale Staatengemeinschaft unternehme, reichten nicht aus, da sie den Großteil der betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht oder zu spät erreichten.
Der Report, der von der ‚Coalition to Stop the Use of Child Soldiers' herausgegeben wird, dokumentiert für 197 Länder die Rekrutierungspraxis und den Einsatz minderjähriger Soldaten sowie ihre Entlassung aus der Armee und Reintegration in die Gesellschaft. Der Report kann in englischer Sprache komplett herunter geladen werden unter www.childsoldiersglobalreport.org; auf der Seite findet sich auch die Einleitung in deutscher Sprache.

‚Gegengipfel' zur UNO-Konferenz

Parallel zur UNO-Konferenz über Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity) trafen sich im Mai diesen Jahres Gentechnik-Kritiker zur so genannten ‚Planet-Diversity-Konferenz'. Über 700 TeilnehmerInnen aus aller Welt, überwiegend aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, aus dem Verbraucherschutz- oder Landwirtschaftsbereich, diskutierten über Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen und kulturellen Vielfalt. Materialien zur Konferenz, die unter anderem von Greenpeace, der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Weltverband Biologische Landwirtschaft (IFOAM) und der Vereinigung deutscher Wissenschaftler ausge-

richtet wurde, sind im Internet unter www.planet-diversity.org abrufbar. Zu finden sind Manuskripte von Workshop-Beiträgen, Zusammenfassungen von Podiumsdiskussionen oder auch Videos von einzelnen Veranstaltungsteilen.

Grundrechte-Report 2008

Der von insgesamt neun Bürger- und Menschenrechtsorganisationen herausgegebene, jährlich erscheinende Grundrechtereport informiert über die ‚Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland'. Im Report 2008 werden insbesondere die Sicherheitsgesetzgebungen von Bund und Ländern sowie deren Umsetzungen kritisch beleuchtet. Als besonders bedenklich sehen die AutorInnen die Entwicklung, dass „Versprechungen fast totaler Sicherheit durch zunehmende Kontrolle, Überwachung und präventive Maßnahmen" an die Stelle nüchterner Betrachtungen von Risiken gesetzt werden.
Der Report ist im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen und kann im Buchhandel erworben werden; Preis: 9,95 Euro, ISBN 978-3-596-17925-4.

Themendossier Menschenrechte

Der Deutsche Bildungsserver, ein seit 1995 bestehender Gemeinschaftsservice von Bund und Ländern, bietet ein neues Dossier zum Thema Menschenrechte und Menschenrechtsbildung an. In deutscher und englischer Sprache wird hier ein Überblick über die offiziellen Erklärungen der Menschenrechte (UN, EU), die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung im nationalen und internationalen Kontext sowie über unterschiedliche Handlungsfelder im Bereich der Bildung mit Bezug auf Menschenrechte gegeben. Zudem werden Organisationen vorgestellt, die im Feld der Menschenrechte und Menschenrechtsbildung tätig sind. Menschenrechte, so der Deutsche Bildungsserver, seien ein zentrales Thema der deutschen und europäischen Entwicklungs- und Bildungspolitik.
Den Deutschen Bildungsserver findet man unter www.bildungsserver.de, das Dossier unter (www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=5784).

Internationales Reisenetzwerk

Die Grundidee der weltweit operierenden Friedensorganisation Servas International ist es, persönliche Kontakte unter den Völkern der Welt herzustellen und so Pazifismus zu fördern. 1949 von dänischen Studierenden gegründet, vereinigt Servas International heute 14000 Gastgeberinnen und Gastgeber in 120 Ländern, die Besucher für zwei Tage kostenlos aufnehmen. Alle Servas-Fördermitglieder können das Angebot der weltweiten Reiseaustausch-Organisation nutzen, es ist jedoch nicht erforderlich, selbst Gastgeber zu werden. Auch innerhalb von Deutschland bieten rund 1450 Gastgeberinnen und Gastgeber Übernachtungsmöglichkeiten an.
Weitere Informationen und Kontakt unter www.servas.de (deutsche Dependance) oder unter www.servas.org (Servas International).

Politikhungrig?

Die Monatszeitschrift mit Biss

Herausgegeben u.a. von: Micha **Brumlik**, Dan **Diner**, Jürgen **Habermas**, Rudolf **Hickel**, Jörg **Huffschmid**, Rainer **Rilling**, Friedrich **Schorlemmer** und Rosemarie **Will**

Mehr Informationen auf www.blaetter.de

Irritationen und Orientierungen
Neue Literatur zu ‚68'

Entgegen der Annahme, dass mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zu den im kollektiven Gedächtnis unter der Chiffre ‚68' gespeicherten Ereignissen auch das Interesse an diesem Protestjahr langsam aber sicher schwinden würde, ist ‚68' auch dieses Jahr nicht nur Gegenstand mehr oder minder aufschlussreicher Debatten gewesen, sondern auch Thema einer ganzen Reihe neuer Buchpublikationen. Im Unterschied beispielsweise zu den mobilisierungsstarken ‚58er'-Protesten der ‚Kampf dem Atomtod'-Kampagne entpuppt sich ‚68' als kaum abschließend zu normalisierender Bezugspunkt einer gar nicht mal ausschließlich bundesdeutschen Erinnerungspolitik.

Die seit einiger Zeit zu verzeichnenden Versuche, die Deutung von ‚68' unter dem Vorzeichen analytischer Sorgfalt und wissenschaftlicher Unparteilichkeit zu betreiben, werden dabei immer wieder von einem normativen Überschuss der Ereignisse eingeholt, der sich wissenschaftlich nur zum Teil einholen und disziplinieren lässt. Sehr deutlich zeigt sich auch, dass sowohl die eher zeitgeschichtlich orientierte Forschung wie auch die geschichtspolitisch motivierten Kontroversen nicht länger nur von den direkt Beteiligten getragen werden.

Der Vielschichtigkeit der 1968er-Jahre trägt auch die im folgenden vorgestellte Literaturauswahl Rechnung, die nicht nur die Zugehörigkeit der Autoren und Autorinnen zu einer generationellen Kohorte hinter sich lässt, sondern auch Texte ganz unterschiedlicher Art beinhaltet. Literarisch und selbstreflexiv angelegte Arbeiten stehen neben sich mit wissenschaftlichem Anspruch munitionierenden Streitschriften. Geschichtswissenschaftliche Perspektiven fächern sich nach verschiedenen Schwerpunkten auf – etwa transnationaler und globaler oder auch kulturwissenschaftlicher Art – und neben die wortsprachliche Erinnerung tritt die Darstellung visueller Dimensionen der Erinnerung, neben die historiographische Analyse bisher wenig beleuchteter Teilaspekte die Rekonstruktion der nachträglichen und unabgeschlossenen Deutungskämpfe zu ‚68'.

In der Vielfalt der Beiträge und Interventionen schält sich zwar kein durchgehender Konsens der Deutungen heraus, es lassen sich aber verschiedene generalisierende Deutungsmuster von Typus ‚Autoritätszerfall' oder ‚Antiliberalismus', ‚Fundamentalliberalisierung' oder ‚unabgegoltener Emanzipationsversuch' unterscheiden, die den Diskussionen und Analysen spezifische Konturen verleihen. Erhellend und instruktiv sind dabei gar nicht mal nur die abgeklärt auftretenden Analysen, sondern auch jene Wortmeldungen, die gerade die Ambivalenz der Ereignisse und der durch sie gesetzten, überraschenden Zäsur sowohl für die Beteiligten wie auch die Gesellschaftgeschichte in den Mittelpunkt rücken.

Eine ‚schöne und schreckliche Zeit'

Quer zu den primär wissenschaftlich-politischen Darstellungen legt Peter Schneider mit seiner autobiographischen Erzählung ‚Rebellion und Wahn' ein gelungenes Beispiel einer in diesem Sinn differenzierten und reflexiven Darstellung vor. Seines Zeichens einer der Wortführer des SDS und Beteiligter der antiautoritären Hochphase des Protestes in West-Berlin, führt Peter Schneider zugleich einen Kunstgriff der darstellerischen Verfremdung vor. Es sind nämlich genau genommen zwei Peter Schneiders, die dieses Buch verfasst haben: Der heutige Schriftsteller und der junge, am Beginn seiner Laufbahn stehende Endzwanziger, der in einmontierten zeitgenössischen Tagebuchsplittern zu Wort kommt und dem Leser dabei zugleich in seinen Klarsichtigkeiten wie in seinen Widersprüchen und teilweise auch seiner Zerrissenheit vorgestellt wird. Peter Schneider hat sich

für seine stark autobiographische Darstellung allerdings nicht nur auf das eigene Gedächtnis und sein Tagebuch verlassen, sondern auch eingehende Gespräche mit Freunden und Akteuren geführt und historische Recherchen einfließen lassen, ohne nun seinerseits als Historiker auftreten zu wollen. Überdies wird sein Buch nur zu einem Teil durch die politischen Ereignisse zusammengehalten, zu einem ebenso großen Teil durch eine mitunter ebenso intensive wie verworrene Liebesgeschichte.

‚Rebellion und Wahn' zeichnet sich damit durch eine seltene und ausgeprägte Fähigkeit aus, die Erinnerung nicht um jeden Preis zu vereindeutigen, sondern gerade durch die Darstellung der Ambivalenzen und Spannungslagen sowohl der damaligen Protagonisten wie auch des rückblickenden heutigen Autoren-Ichs das spezifische Kolorit der Zeit verständlich zu machen. Ohne nachträgliche Besserwisserei gegenüber seinem frühen alter ego und ohne Verleugnung seiner eigenen Beteiligung kann Schneider seinem Gegenstand so das spezifische Fluidum eines Ereignisses bewahren, das Lebensläufe umgekrempelt und Geschichte geschrieben hat.

Schneider weitet den Horizont seiner Darstellung zudem auch deutlich über die Protestjahre 1967 und 1968 aus. Seine Bildungsgeschichte führt ihn aus einem von projektiven Feinderklärungen, bigotter Moral und ebenso zaghaftem wie selbstgerechtem Aufbegehren gegen seinen akademischen Mentor Arnold Bergstraesser und ein vergleichsweise liberales Elternhaus geprägten Freiburg nach Berlin. Sie beglaubigt die Einschätzung, dass nicht „die ‚kleine radikale Minderheit', die einen Aufstand gegen die Eltergeneration wagte, (…) in Erklärungsnot (ist), sondern jene Mehrheit, die nicht rebellierte und so tat, als könne man nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Zivilisationsbruch des Judenmords in Papas und Großpapas Fußstapfen treten und mit deren Scheitel, in deren Schlipsen und Anzügen einer Karriere nachgehen, als wäre nichts gewesen." (32)

Die Blütezeit des Protestes stellt Schneider vor allem im Rahmen der Berliner Hochburg und mit genauer Kenntnis des Innenlebens des SDS dar. Ereignisse und Aktionen wie der Anti-Schah-Protest, die Springer-Aktionen oder der Vietnamkongress des SDS gewinnen in Schneiders Erzählung selbst vor dem Hintergrund ihrer Omnipräsenz in einschlägigen Darstellungen durch die Brechung der persönlichen Wahrnehmung und ihre Einbettung in die Alltäglichkeit eine bemerkenswerte Prägnanz und Tiefenschärfe. Gerade weil Schneider auf denunziatorische Gesten zugunsten des Versuchs eines auch literarisch überzeugenden Verstehens verzichtet, lassen sich allerdings auch Erschöpfungs- und Überhitzungsprozesse des Protestes in ihrer inneren Dynamik nachvollziehen. Die heftigen, auch psychisch sich ausdrückenden Konflikte lösen in Schneiders Rückblick die Frontstellung zwischen rebellierenden Studenten und bundesdeutschem ‚Establishment' ein Stück weit auf und zeigen, wie streng die Protestierenden in der Bundesrepublik auch mit sich selbst zu Gericht gegangen sind und wie sich bis in das Medium des Schriftstellers – die Sprache – hinein bald auch Verknöcherungen und Leerlauf um sich greifen. Im Spiegel einer privaten, ja intimen Liebesgeschichte, die vielleicht aber so singulär dann auch wieder nicht sein mag, lassen sich auch untergründige und verschlungene Beziehungen einer noch halbwegs vorpolitischen Sphäre mit der Schauseite des Protestes bereits vor dem Auftauchen der Neuen Frauenbewegung und ihrer Politisierung des Privaten zumindest erahnen.

Durch eine Stippvisite bei dem sich auf einem italienischen Anwesen von den Folgen des Attentates erholenden Freund Rudi Dutschke eingeleitet, wechselt Schneider aber auch die zuvor ausschließlich deutsche Szene. Aus dem zunehmend erschöpfenden Berliner Umfeld („Ohne Wahn keine Rebellion" (278)) verlagert sich der Schauplatz seiner Erinnerungen nach Italien, genauer nach Trento, wo er Zugang zur

dortigen Protestbewegung gewinnt. Ein bisschen gibt Schneiders italienische Reise nicht nur den idealisierten mediterranen Kontrast zum revolutionären Übereifer in der Frontstadt des Kalten Krieges Berlin ab, sondern führt auch einen weit mehr in die traditionellen Lebensformen eingebetteten Protest vor, der sich in einer familiären Unterstützung der Rebellen durch italienische Mamas und Papas ebenso ausdrückt wie in einer Ausstrahlungskraft weit in die Industriearbeiterschaft hinein. Neben guten Gründen für eine traditionsreiche Italiensehnsucht zeigen sich aber auch hier eigenwillige Rituale der Rebellen und mit den ‚Roten Brigaden' im späteren Verlauf ein Terrorismus, der sich zwar mit seinem direkten Anschluss an das Erbe der italienischen Partisanen und Widerstandskämpfer zunächst fast moralisch geadelt glaubt, letztlich aber doch zu einem traurigem Element in einer von Mafia, Staat und Postfaschismus rege forcierten blutigen Eskalation wird.

Aus Peter Schneiders Erzählperspektive wäre diese Zeit aber ein Vorgriff – als Unruhestifter aus Italien ausgewiesen, ergreift ihn Katerstimmung. Über die Rückeroberung der Normalität und die literarische Arbeit an seiner Hommage an Georg Büchner (Lenz) erarbeitet er sich Alternativen zum Versanden des Aufbruchs in Selbstzerstörung und Depression.

Älter und vielleicht auch weiser geworden, kann Schneider daher in seinem Epilog an seine Kinder gerichtet festhalten: „Es ist nötig – und wird immer wieder nötig sein und Mut erfordern –, gegen selbsternannte Herren der Welt und eine feige und übergeschnappte Obrigkeit zu rebellieren. Aber noch mehr Mut gehört dazu, gegen die Führer in der eigenen Gruppe aufzustehen und zu sagen: ‚Ihr spinnt! Ihr seid verrückt geworden!' – wenn ebendies der Fall ist." (362)

Ein ‚besinnungslos deutsches' 1968

Nicht nur Schneider bringt sich hier als Vater und die eigenen Kinder als imaginäre Leser seines Rückblicks ins Spiel. Auch Götz Aly versucht seinen ‚Kampf' nicht zuletzt auch den eigenen Kindern verständlich zu machen. Er wählt dazu im Unterschied zu Schneider aber nicht das Format einer semi-biographischen Selbstbefragung, sondern das der saloppen Vorwärtsverteidigung im pamphletistischen ‚pulp fiction'-Format. Im Unterschied zu Schneider kann Aly auch weniger auf das biographische Substrat der antiautoritären Anfangsphase des Protestes im Umfeld von SDS und Kommune I zurückgreifen, sondern nur auf die pseudoproletarischen Zerfallsprodukte des Protestes. Vielleicht erklärt sich der streckenweise gereizte, projektive und ressentimentgeladene Ton von Alys Text ein Stück weit auch aus dieser ebenso kleinen wie folgenreichen Akzentverschiebung: Wo Schneider – wie gesagt – eine ‚autobiographische Erzählung' vorlegt, die im positiven Sinn Souveränität im Verhältnis zur eigenen Geschichte gewonnen hat, muss sich Aly einer „schwere(n) Selbstprüfung" (24) unterziehen, gegenüber der er sich im Austeilen gegenüber ehemaligen Weggenossen ein wenig Luft zu verschaffen scheint. Wo Schneider Tiefenschärfe und Differenzierungsvermögen aufbaut, setzt Aly auf das zugespitzte Deutungsmuster, das gewollt oder ungewollt auch in der medialen Aufbereitung des Jubiläumsjahrs einen unübersehbaren initiierenden Skandal abgegeben hat.

Im abstrusen Titelkalauer ‚Unser Kampf' klingt dieser rote Faden schon an: Die Frage nach dem Fortleben der Vorgeschichte der Bundesrepublik in eben dieser wendet Aly in einem Salto mortale auf die Neue Linke zurück: Aus den ‚Kindern von Marx und Coca-Cola' werden die Wiedergänger der „rechtsradikale(n) Studentenbewegung der Jahre 1926 bis 1933" (10) und aus den tiefbraun belasteten bundesdeutschen Eliten aufs Ganze gesehen doch recht besonnene und vernünftige Herren. Wo die offizielle Bundesrepublik mit den NS-Prozessen die tiefgreifende Aufarbeitung der Vergangenheit deutlich vor 1968 zumindest begonnen habe,

wollten die 68er, während sie dem ‚großen Steuermann' Mao Zedong hinterherliefen, von den in die Millionen gehenden Opfern der postrevolutionären Prozesse in China und den Verbrechen der Kulturrevolution mal wieder nichts gewusst haben. Und den schon einmal von den Nazis verjagten und dennoch nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten in den Universitäten bereiteten diese Krawallbrüder ein unheimliches dejà vu: Was der autoritäre Führerstaat von deren Liberalismus übriggelassen hatte, wurde nun im Namen der sozialistischen Räterepublik üblem Spott preisgegeben.

Aly treibt seine waghalsige Rochade zwar nicht so weit, dass er mit einem umgedrehten Marx im Nationalsozialismus die ‚Farce' und in der Kritik der Neuen Linken die ‚Tragödie' einer historischen Kontinuitätslinie verortet. Er droht allerdings in den polemisch-provokativ daherkommenden und rhetorisch aufgeheizten, letztlich aber eher schwachen Teilen seines Opus über einen dann wirklich nur – wie der Untertitel formuliert – ‚irritierten Blick zurück' nicht weit hinauszukommen und mit seinem ‚SDS–SS–NSDStB'-Szenario die besinnungslosen ‚USA–SA–SS'-Blödigkeiten des Protestes nur seitenverschoben zu wiederholen. Hintergründe auch zur Entstehung dieser Formel, vor allem aber eine Schilderung der Protestjahre am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin - der Wirkungsstätte Alys und remigrierter Politikwissenschaftler –, die sich streckenweise wie eine Gegendarstellung zu Aly liest, bietet die „andere Erinnerung" von Hajo Funke.

Zwar beansprucht Alys ‚Kampf' mit der Erschließung neuer Quellen, der Sichtung von Akten der staatlichen Kontrahenten der 68er und der Nachlässe der liberalen Emigranten, die wissenschaftliche Analyse einen substanziellen Schritt vorangebracht zu haben und der erfahrene Autor wird ja auch Gründe für das Verwirrspiel seiner Gesamtkonstruktion haben.

Zur weiterführenden Beantwortung der Frage, wie die unbestreitbar besonders unversöhnlichen und gewaltsamen Verlaufsformen der weltweiten Protestbewegung in den Nachfolgestaaten der Achsenmächte des Zweiten Weltkrieges – Deutschland (West), Italien und Japan – zu erklären sind, wäre aber ein zumindest kursorischer internationaler Vergleich und ein Blick über den Tellerrand Berlins und der Bundesrepublik wohl angebracht gewesen. Zwei Bände aus der neueren Literatur schlagen genau diesen Weg ein: ‚1968. Jugendrevolte und globaler Protest' von Norbert Frei und ‚Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive' von Jens Kastner und David Mayer.

1968 als globalhistorisches Phänomen

Zwar versehen Jens Kastner und David Mayer den Titel ihres Sammelbandes ‚Weltwende 1968?' mit einem Fragezeichen, doch die Antwort, die der Sammelband gibt, ist eindeutig: 1968 war ein Phänomen, das bei weitem nicht nur in der Bundesrepublik oder in Westeuropa wirkte. Und es spielte sich auch nicht nur in Groß- und Universitätsstädten ab, sondern manifestierte sich auch in einer Protestbewegung der Arbeiter. Deshalb fordern die Herausgeber Leser und Schreiber dazu auf, ‚Veteranenblick und Manöverduktus hinter sich' zu lassen und 1968 damit ‚reicher, breiter und komplexer' zu diskutieren. So finden sich in dem Sammelband zwar klassische Themen wie der Feminismus und die Frauenbewegung (Kristina Schulz), die Bürgerrechtsbewegung in den USA (Albert Scharenberg) oder Prag 1968 (Dieter Segert), aber auch 1968 in der Sozialistischen Föderation Jugoslawiens (Boris Kanzleiter), im Senegal (Amadou Lamine Sarr) oder in Lateinamerika (Daniel Mayer).

Doch Kastner und Mayer öffnen den Blick nicht nur in geographischer Hinsicht, sie erweitern auch den Zeitraum der Betrachtung, indem sie ‚1968' als Chiffre betrachten „für einen Zeitraum verstärkter gesellschaftlicher Umbrüche, sozialer

und politischer Mobilisierungen und intellektueller wie künstlerischer Erneuerung“ (11). Sie fassen den Zeitraum von der Kubanischen Revolution 1959 bis zum Ölschock und dem Putsch gegen Allende in Chile 1973. Und zum dritten öffnen Kastner und Mayer den Blick über den Personenkreis der Studierende hinaus und machen deutlich, dass auch Alte und Neue Linke, ArbeiterInnen und SchülerInnen den Protest in den unterschiedlichen Ländern trugen – und das, obwohl sie verschiedenen Generationen angehören.

Die unterschiedlichen Dimensionen dieser Weltwende machen Kastner und Mayer fest an strukturellen Hintergründen, dem Gewicht des Proletarischen, der Neuen Linken und anderen neuen Akteuren, der Dekolonialisierung und dem Befreiungsnationalismus, der Krise des realen Sozialismus sowie an Ideen und intellektuellen Praktiken wie etwa der Theologie der Befreiung (Martina Kaler-Dietrich).

Die Herausgeber spitzen 1968 zugleich als ‚Phyrrusniederlage und Kollateralerfolg‘ zu und relativieren die oft gepriesenen Erfolge des Jahres 1968, da ein Großteil der Welt nicht einmal von jenen Reformen profitiert habe, die man im öffentlichen Diskurs Europa ‚1968‘ zuschreibe. „Den Sinn für historische Proportionen dieser Art neu auszurichten, ist nicht zuletzt der Zweck kritischer globalgeschichtlicher Perspektiven“ (21), fassen die Herausgeber ihre Zielrichtung zusammen.

Norbert Frei, der nicht zuletzt mit seinen Arbeiten zur bundesdeutschen ‚Vergangenheitspolitik‘ ein ausgewiesener Kenner deutscher Geschichte vor und nach 1949 ist, wird man Sinn für historische Proportionen schwerlich absprechen können. Ungeachtet seiner bisherigen Forschungsschwerpunkte sieht auch er den Schlüssel für eine angemessene Deutung des Phänomens 1968 allerdings nicht in einer methodologisch nationalen, sondern in einer internationalen Perspektive.

Den Auftakt seiner Darstellung bildet der französische Mai 1968 in Paris und anderswo, der mit einer Bagatelle an der Universität Nanterre begann, in Dany le Rouge und den ‚enragés‘ seine Ikonen fand und in einer nicht zuletzt durch eine Rückkopplung mit der landesweiten medialen Übertragung an Fahrt gewinnenden ‚Nacht der Barrikaden‘ kulminierte. Zum französischen ‚68‘ gehören aber auch wilde Streiks und Fabrikbesetzung, zwiespältige Reaktionen der traditionellen Linken – etwa der noch starken Kommunistischen Partei – und die Gegenmobilisierung des konservativen Lagers unter Führung eines anfänglich bedrängten de Gaulle, dessen Ära trotz einer zunächst klaren Bestätigung bald am Anfang vom Ende angelangt ist.

Unter dem Vorzeichen ‚Im Anfang war Amerika‘ beschreibt Frei aber vor allem die US-amerikanischen Vorläufer der globalen Protestbewegung sehr eingehend und detailliert. Frei geht hier bis zur afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung zurück und verfolgt den durch sie gesetzten Impuls über das ‚Free Speech Movement‘ an der Universität in Berkeley, die Bewegung gegen den Vietnam-Krieg, die kalifornische Gegenkultur der Hippies sowie den Zerfall der Bewegung, für die die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Umfeld der New Yorker Columbia University stehen, und darüber hinaus über die pragmatische Inkorporation ihrer Impulse.

Mit der informativen Darstellung des französischen und des US-amerikanischen ‚68‘ führt Frei zugleich seine Deutungshypothese einer globalen Einbettung auch der bundesdeutschen Entwicklung ein. Dennoch stellt auch er die Frage nach einem deutschen Sonderweg und sieht in der „vergangenheitspolitischen Aufladung des Konflikts“ (78) angesichts der „Kritik der ‚unbewältigten Vergangenheit‘“ und des „politisch-moralischen Skandalon[s] der nahezu ungebrochenen respektive fast vollständig wiederhergestellten Kontinuität der Funktionseliten vom ‚Dritten Reich‘ zur Bundesrepublik“ (ebd.) die Ursache für eine besonders tiefe Entfremdung

zwischen den Generationen und die zentrale Besonderheit von 1968 in der Bundesrepublik. Freilich beginnt die vergangenheitspolitische Auseinandersetzung nicht erst mit 1968 und auch die selbstverständlicher werdende Protestkultur hat ihre Vorläufer in der Adenauer-Ära, die Frei eingehend untersucht. Insofern muss die Avantgarderolle der 68er eingeschränkt werden. Überdies wichen Sie vor dem konkreten und personell greifbaren Nachleben des Nationalsozialismus mitunter geradezu in die Höhenluft theoretischer Konstruktionen aus. Frankfurts Neue Linke im Umfeld der Kritischen Theorie und die ‚Berliner Aufbrüche' mit der Freien Universität als wichtigem Bezugspunkt, aber auch die Eskalationen im eigentlichen bundesdeutschen Protestjahr 1967 sowie die kulturelle Seite des sich ausbreitenden neuen Lebensgefühls stellt Frei insgesamt mit Augenmass und sicherem Gespür für Nuancen anschaulich und quellengestützt dar.

Auch andere Schauplätze im Westen und auch die Bewegungen im Osten kommen im Weiteren ins Bild. Die enorm gewaltsamen Proteste in Japan, die weit über das Studentenmilieu hinausgreifenden und die sich in jahrelangem Terror radikalisierenden italienischen Auseinandersetzungen werden dabei ebenso beleuchtet wie die friedlich-provokativen und dabei nicht einflusslosen Aktionen der niederländischen Provos und Kabouters oder die stark im Zeichen eines pop- und subkulturellen Aufbruchs stehenden Ereignisse in Großbritannien und im schillernden ‚swinging London'.

Dass der Prager Frühling aus keiner Gesamtdarstellung von 1968 wegzudenken ist, beherzigt auch Norbert Frei. Die zerschlagene Hoffnung auf einen Reformsozialismus mit menschlichem Antlitz bleibt in den Annalen des globalen ‚68' ein wichtiges Kapitel. Emanzipative Impulse machten sich aber auch da bemerkbar, wo nicht sowjetische Panzer dem Spuk ein Ende bereiten. Zwar reichten die polnischen Demonstrationen 1968 nicht ganz an das Format der späteren Solidarnosc-Bewegung heran. Die antisemitische Kampagne, mit der der Parteiapparat ihnen begegnete, markiert dafür aber eine besonders abstoßende Antwort, die am Beginn einer Welle der Auswanderung steht. Die DDR-Bürger waren für Frei 1968 wie vom Schlag getroffen. Nicht nur hinterließ das Prager Beispiel auch dort seine Spuren, ganz buchstäblich ging es vielmehr um den ‚Beat'. In einer vorwegnehmenden Reaktion belegte die DDR-Führung eine ganze Reihe von beliebten Musikgruppen mit Auftrittsverboten und stimulierte damit nicht zuletzt einen Sehnsuchtstourismus in die Tschechoslowakei. Die Modernisierung der Lebensstile und der Alltagskultur war damit fürs Erste allerdings in eine Nischenexistenz verbannt.

Insgesamt bietet Norbert Frei mit weitem Horizont eine abgewogene, dichte und informative Beschreibung einer Umbruchzeit, die er abschließend differenziert und mit Sinn für Licht- und Schattenseiten bei allen beteiligten Parteien, in der Tendenz aber positiv bewertet. ‚68' war nicht nur der Schaum auf der Welle eines ohnehin ablaufenden Wandlungsprozesses, sondern – ohne dessen präzedenzlose Vorreiterrolle zu behaupten – deren Beschleuniger und Katalysator. Und diese Wandlungsprozesse liefen bei allen nationalen Unterschieden doch deutlich in eine Richtung, die auch unterhalb der durch die Kontrahenten aufgerufenen Semantik die Bundesrepublik lebenswerter und demokratischer hat werden lassen. „Man nehme nur drei der klassischen ‚68er'-Begriffe – Emanzipation, Partizipation, Transparenz –, und man stellt fest, dass eigentlich in allem sich binnen weniger Jahre ein Zuwachs zeigte: mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und mehr Rechte für gesellschaftliche Randgruppen; mehr Mitsprache an der ‚Basis' der Parteien, in Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden; mehr Offenheit und Begründungspflicht im Verwaltungshandeln von Staat und Gemeinden; mehr Demokratie bei der Po-

lizei. Wenn die Bundesrepublik in den siebziger Jahren ein Land der Bürgerinitiativen wurde – zum Vorteil etwa der Idylle am Kaiserstuhl und lebensraumbedrohter Feldhamster in vielen Fluren, aber mit gelegentlichen Nachteilen für den fließenden Verkehr –, dann war auch das ein Ergebnis von ‚68'." (227) Die Konsequenzen von 68 nehmen bei Frei jenseits der utopischen Großziele und dystopischen Befürchtungen mithin ein übersichtliches Maß und fast eine gewisse Normalität an – was bei Niklas Luhmann noch nach Verballhornung klang („und von da ab konnte man über den Rasen laufen"), klingt hier fast nach einer Aussöhnung der Bundesrepublik mit ihren Herausforderern.

Auch wenn Frei ‚68' global und damit auch ‚im Osten' und in der DDR untersucht, liegt der Schwerpunkt seiner Darstellung dennoch im Westen und in der Bundesrepublik. Schon mit seinen kursorischen Ergänzungen geht er aber ein gutes Stück über den Standard hinaus.

Das Jahr 1968 in der DDR

40 Jahre nach den Ereignissen um 1968 drehen sich die Debatten nämlich vor allem um die Rezeption dieses Jahres in der Bundesrepublik und allenfalls noch in Prag. Der Bürgerrechtler und Zeithistoriker Stefan Wolle rückt demgegenüber die DDR in den Fokus seines Buchs ‚Der Traum von der Revolte'. Teils autobiografisch, teils dokumentarisch zeichnet er ein Bild der DDR-Gesellschaft der 1960er Jahre. Unter den Überschriften ‚Tauwetter und Dauerfrost', ‚Der Frühling braucht Zeit', ‚Sommernachtsträume' und ‚Ein endloser Herbst' schildert er, wie sich die Bürger in ‚ihrer' DDR eingerichtet haben, wie der Staat vergeblich versuchte, die Wirtschaft flott zu bekommen und wie fern der Realität der Begriff der ‚sozialistischen Menschengemeinschaft' war. Inspiriert vom Tauwetter in der Tschechoslowakei hofften viele Menschen in der DDR auf Veränderung. Und die, die es ernst mit dem Kommunismus meinten, setzten auf einen ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz' und einen dritten Weg zwischen dem, was sie in der DDR erlebten und dem, was sie im Kapitalismus befürchteten. Mit der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings' durch Truppen, die auch aus der DDR kamen, wurden diese Träume zunächst beerdigt. Doch sie waren nicht gestorben. Sie lebten in den Köpfen vieler Bürgerrechtler weiter. Und diese glaubten, ihren Traum von einem ‚dritten Weg' 1989 endlich verwirklichen zu können. Doch spätestens nach dem Mauerfall am 9. November 1989 mussten sich diese Bürgerrechtler damit abfinden, dass auch dieses Mal der Traum vom ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz' ein Traum bleiben würde. Denn die Menschen stimmten mit den Füßen ab und machten aus dem Ruf ‚Wir sind das Volk' schnell den Ruf ‚Wir sind ein Volk'. Viele Bürgerrechtler mussten zusehen, wie die Bewegung, die sie mit losgetreten hatten, nun in eine ganz andere Richtung marschierte. Sie hatten „teilweise gegen ihren Willen – eine Revolution ausgelöst, die zur Vernichtung des sozialistischen Systems führte. Die versäumte Revolte von 1968 ließ sich in der DDR nicht mehr nachholen" (239).

Eine derartige Bilanz einer weit vor ihrem Ziel gescheiterten oder nicht weit genug getriebenen Veränderung spukte nach 1968 auch in den Köpfen einer – in der Bundesrepublik vergleichsweise marginalen, aber dennoch erhebliche Schockeffekte auslösenden – Absplitterung der Protestbewegungen, die die bewaffneten Befreiungskämpfe und Guerilla-Strategien der Dritten Welt in der Bundesrepublik reinszenieren wollten.

Der Marsch gegen die Institutionen

1968 gab nicht also nicht nur den Startschuss für die Entwicklung der Bürgergesellschaft, in der sich Menschen für die Demokratie einsetzten und zum Marsch durch die Institutionen ansetzten. Einigen gingen die Proteste und Veränderungen nicht weit genug und sie machten

sich auf den Weg zum Marsch gegen die Institutionen. Ihre Antwort auf 1968 war der Terror. Der intellektuelle Kopf der Roten Armee Fraktion war dabei Ulrike Meinhof. Kristin Wesemann setzt sich in ihrer 2007 veröffentlichten Dissertation mit Ulrike Meinhof auseinander und versucht, eine politische Biografie zu schreiben, die die wesentlichen Stationen und Motivationen Meinhofs auf dem Weg in den Terrorismus abbilden soll.

Wesemann geht dabei auf Distanz zu den Mythen, die sich um Ulrike Meinhof ranken. Sie schildert zunächst die Jugend, die geprägt ist durch ihre Ziehmutter Renate Riemeck. Diese gab sich als aufrechte Kommunistin, obwohl sie zuvor in der NSDAP nicht nur auf dem Niveau einer Mitläuferin aktiv war, wie Wesemann herausarbeitet. Die Ziehmutter legte jedoch den Grundstein für den Anspruch von Ulrike Meinhof, die Schuld der Elterngeneration zu sühnen. Riemeck war eine starke Verfechterin der These, dass nur in der DDR ein wirklicher Bruch mit dem Faschismus stattgefunden habe und nicht in der Bundesrepublik. Dies impfte sie der Ziehtochter sehr überzeugend ein. „Meinhof glaubte, Verantwortung wahrzunehmen und eine neue Schuld zu verhindern, indem sie die Demokratie bekämpfte. Im Kommunismus, dessen Gestalt sie nie näher beschrieben hat, sah sie die einzige Möglichkeit, die Schuld der Vergangenheit zu tilgen", schreibt Wesemann (29). Damit erklärt sie auch, dass Meinhof gerade in dem Moment in den Untergrund ging, als die Sozialdemokraten mit Willy Brandt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik den Kanzler stellten. Sie konnte die Hoffnungen vieler Deutscher, die Brandts ‚Mehr Demokratie wagen' geweckt hatte, nicht teilen. Im Gegenteil: Für sie kam der Weg, friedlich und demokratisch ihren Standpunkt zu vertreten, nicht in Frage. Obwohl sie in der Bundesrepublik wohnte, lernte und arbeitete, fühlte sie sich politisch und gesellschaftlich in der DDR zu Hause und hielt dem SED-Staat die ‚emotionale und rationale Treue', wie Wesemann betont (13). „Für Meinhof war die DDR der einzig legitime deutsche Staat. Dort sah sie die Feinde Hitlers vereint, die den Nationalsozialismus mithilfe des Kommunismus für immer zu verhindern wüssten. Wer, wie die meisten Bundesbürger, den ostdeutschen Staat als kommunistische Diktatur begriff, gegen die es sich zu wehren galt, den stufte schon die Studentin Meinhof als heimlichen Nationalsozialisten oder zumindest als vom Wohlstand Verblendeten ein", macht Wesemann die grundsätzliche Ablehnung der Bundesrepublik durch Ulrike Meinhof deutlich (14). Unter diesem leitenden Aspekt rekonstruiert Wesemann Meinhofs Leben als Mädchen, Studentin, Journalistin und Terroristin – bis hin zum bis heute noch nicht endgültig geklärten Tod im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim. Und sie kommt zu dem Schluss, dass es Meinhof trotz ihres Fanatismus nicht geglückt ist, ihre Art der Vergangenheitsbewältigung durchzusetzen. Daran sei sie letztlich gescheitert. In der Rekonstruktion der Biografie stößt Wesemann dabei auf einen weiteren, bislang in der Literatur eher unterbelichteten Aspekt: Die Ablehnung der Bundesrepublik ging mit einer Ablehnung des Staates Israel und einem ausgeprägten Antizionismus einher. „Spätestens von Mitte der sechziger Jahre an gelangte Meinhof über den Umweg vom Antiimperialismus und Antikapitalismus auf die holprige Straße des linken Antisemitismus, der sich in dieser Zeit aus der Vorstellung nährte, der Nationalsozialismus sei nur die abscheulichste Auswirkung des Kapitalismus gewesen, zu dessen Teilhabern die Juden gehörten" (25). Diese Grundeinstellung manifestiere sich in der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung der Palästinenser.

Was den einen ihre ‚Knarre' und das ‚natürlich darf geschossen werden' war, war den anderen – mit gänzlich anders gearteten Folgen für sich und andere – ihre Kamera und der fotografische ‚Schnappschuss'.

Die Macht der Bilder

1968 ist tatsächlich nicht nur ein Jahr der Worte, es ist auch und vor allem ein Jahr der Bilder. Und einer der Fotografen, der den Geist von 1968 einfing wie kaum ein anderer, ist Michael Ruetz. Er legt zum Jubiläumsjahr einen umfangreichen Bildband vor, der von ihm selbst und von Rolf Sachsse kommentiert wird. Ruetz schwankt bei seinen Bildern zwischen der Distanz des Berichterstatters und der Nähe des Beteiligten und Sympathisanten. Deshalb war er aber auch in der Lage, die Erinnerung an 1968 auf eine ganz besondere Art und Weise zu prägen. In dem Bildband findet sich beispielsweise ein Porträt Rudi Dutschkes, eines der unbekanntesten Bilder, aber auch eines der eindringlichsten. Es zeigt ihn vor dem SDS-Büro des Landesverbands Berlin, im gestreiften Pullover, die Hände in den Hosentaschen. Er hat auch die Ohrfeige der Journalistin Beate Klarsfeld dokumentiert, die diese dem damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger verpasst. Ein Bild zeigt Kiesinger unmittelbar nach dem Schlag, auf dem sich Kiesinger an den Kopf greift und Klarsfeld zurückweicht. Auf dem zweiten Bild versucht Kiesinger die Journalistin zu greifen.

Doch es sind nicht nur die berühmten Persönlichkeiten, die Ruetz auf seine Bilder bannt. Wie kein anderer bildet er die Demonstrations- und Wohnkultur der 1960er und 1970er Jahre ab. So haben seine Bilder nicht nur einen hohen künstlerischen Anspruch, sondern auch einen einmaligen dokumentarischen Wert. Sie sind zu einer historischen Quelle dieser unbequemen Zeit geworden.

Kultur- und medienwissenschaftliche Perspektiven

Um Quellen nutzen und zum Sprechen bringen zu können, bedarf es allerdings auch eines aufschlussreichen konzeptionellen Rüstzeugs. Martin Klimke und Joachim Scharloth liefern mit ihrem 68-Handbuch eine Grundlage zu Dechiffrierung der Bildsprache und der Symbolwelten des Protestes. Wo der politikwissenschaftliche und historisch-soziologische Blick auf diese kulturellen Welten sozialer Bewegungen in der Gefahr schwebt, kulturelle Praktiken und subversive Strategien etwas naiv zum Nennwert zu nehmen und die spezifische Logik symbolischer Formen zu verkennen, liegen Kurzschlüsse der Art: ‚Mao-Mütze gleich Totalitarismus' und ‚RAF-Emblem gleich Aufruf zur Gewalt' nah. Spätestens mit dem Vordringen solcher Embleme in die Modeindustrie (Prada-Meinhof-Chic, Mao-Look) wird allerdings unübersehbar, dass eine wissenschaftliche Analyse es sich so leicht nicht machen darf. Das Handbuch kommt also zur rechten Zeit. In den Rubriken ‚Medien und Öffentlichkeit', ‚Performanz und Subversion', ‚neue kulturelle Praktiken' (künstlerische Ausdrucksformen und alltagskulturelle Praktiken), ‚Gewaltdiskurse' und ‚Rückblicke' legen auch viele jüngere Wissenschaftler Markierungen in das neu zu erschließende Feld einer kulturwissenschaftlichen 68-Forschung. Öffentlichkeitsformen wie das Kursbuch, Graffitis oder Protestinszenierungen, Aktionsstrategien wie Antirituale, das Straßentheater oder ein situationistisch inspiriertes Umherschweifen und die kulturellen Praktiken der Sit-Ins, Go-Ins und so weiter werden in einer von ideologischen Grabenkämpfen weitgehend unbelasteten und daher den Phänomenen gegenüber sehr aufmerksamen Art untersucht. Die Einbeziehung der Aktionskünste der 1960er (Happening, Fluxus, Performance), von Literatur, Rock- und Neuer Musik und Film, aber auch von Praktiken wie dem ‚Diskutieren' machen deutlich, dass die kulturwissenschaftliche Annäherung an ‚68' eine nicht auf das explizit und als solches immer schon markierte Politische begrenzte Perspektive entwirft. In der Sprach- und Sexualpolitik des Protestes, in der Frauenbewegung oder in bestimmten subkulturellen Unterströmungen werden ohnehin auch die Grenzen des Politischen neu verhandelt. Auch das staatliche Gewaltmonopol kommt in

den Fokus einer dann auch praktisch werdenden Befragung. Gegenüber Ansätzen, die einen konventionellen Politikbegriff immer schon voraussetzen, gelingen der kulturwissenschaftlichen Analyse auch an dieser Stelle intelligente Themenfindungen und Einblicke: Etwa in der Analyse der Textgattung des terroristischen Manifestes im Vergleich zu Strategien der künstlerischen Avantgarden (Dada, Surrealismus) oder des Terrorismus als Medienereignis. Insgesamt ist der Band von Klimke und Scharloth ein beachtenswertes Beispiel dafür, dass eine neue Analyseperspektive zwar nicht zu völlig grundstürzenden Umwertungen der Ereignisse führen wird, in vielerlei Hinsicht das Verständnis aber vertieft und vor allem eine analytische, spannende und unbefangene Ergänzung gegenüber der Selbstbezüglichkeit der Rechtfertigungsliteratur der Gegner und Aktivisten von ‚68' bieten kann. „‚1968' ist und wird vielschichtig, facettenreich und widersprüchlich bleiben. Es kann daher in den nächsten Jahren nur darum gehen, die verschiedenen narrativen Konstruktionen in Bezug auf diese Zeit zu erweitern, hin zu einem gleichberechtigten Nebeneinander verschiedener, auch in Opposition stehender Geschichten von ‚1968'." (4) Gegenüber den vor allem in der politischen Dimension angesiedelten Deutungskontroversen könnte sich diese Ambition der Herausgeber als fruchtbar erweisen.

Bilanzen, Breschen, Biedermeier

Wolfgang Kraushaar gehört zwar nicht zur ersten Reihe dieser Aktivisten, hat sich aber immerhin als ‚Tangentialachtundsechziger' beschrieben. Er gehört zu denjenigen Autoren, die sich mit einer nicht abreißenden Reihe von Publikationen zu fast schon offiziösen Deutungsexperten entwickelt haben. Seine zum Jubiläumsjahr vorgelegte ‚Bilanz' gewinnt vor dem Hintergrund seiner Studien zu 1968 und zur Protestpolitik in der Bundesrepublik den Status einer Summe und des Versuchs einer kompetenten Gesamtdarstellung. Obschon Kraushaars ‚Bilanz' sich nicht in die Reihe der Pauschalkritiker einordnet, die ‚68' immer schon als Irrweg und gefährlichen Rückfall eingeordnet haben, bildet doch der Gestus der Warnung auch bei Kraushaar eine Art untergründiger Melodie, die sich an verschiedenen Akteuren und Wortführer oder einzelnen Aktionen und Kampagnen immer wieder zu einer unmissverständlichen Kritik verdichtet. Ohne Zweifel handelt es sich mit Kraushaars Bilanz um ein zeitgeschichtliches Referenzwerk, das in der weiteren Diskussion seinen Platz finden wird. Fraglich ist jedoch, ob jeder Versuch, zu einer abschließenden, offiziösen Einschätzung zu kommen, nicht von vorneherein zentrale Charakteristika von 1968 unterschätzen muss.

Das Irritierende, Oszillierende und Umstrittene des Protestes lässt sich vermutlich niemals gänzlich ‚reterritorialisieren' und aus der historischen Darstellung wegkürzen.

Der französische politische Theoretiker Claude Lefort hat in einer kurzen Einschätzung schon wenige Wochen nach dem Pariser Mai genau diese Erkenntnis formuliert. „Man beeilt sich, Interpretationen aufzustellen, man möchte, dass die Ordnung wiederhergestellt wird, wenn schon nicht in den Fakten, dann zumindest im Denken. Man möchte das Überraschende daran vergessen, den Diskurs von heute mit dem von Gestern zusammenfügen und rasch Nutzen ziehen aus der Gelegenheit –, so wie Plünderer nach einem Erdbeben. Man möchte die Bresche schließen, da wo man sich gerade befindet. Vergeblich…" (37). Der kurze, unter dem Titel ‚Die Bresche' jetzt neu und erstmals auf deutsch publizierte Text ‚Die neue Unordnung' ist von Daniel Cohn-Bendit nach Angabe des Verlags als „die beste Interpretation der 68er-Bewegung, die je geschrieben wurde" bezeichnet worden. Im Unterschied zu den seinerzeitigen Publikationen anderer Deutungsspezialisten musste Lefort seinen zeitgenössischen Text daher nicht schamhaft vor sich selbst und den

Augen der Öffentlichkeit verbergen, sondern hat ihn zwanzig Jahre später erneut einer, ebenfalls im neuen Band enthaltenen Relektüre unterzogen und kommentiert: Während die „Bedeutungslosigkeit des Mais 68 (…) den Beweis führen (soll), dass die Gesellschaft, in der wir leben, der Sinnlosigkeit und der Leere anheim gegeben ist" (85), geht es Lefort um die Anerkennung der Einzigartigkeit, des Überraschenden und der Ereignishaftigkeit der 68er-Geschehnisse und darum, ‚68' als ein Symptom unserer heutigen Gesellschaften wahrzunehmen. Im Unterschied zu manchen Unterstellungen von Totalitarismus und Antiliberalismus hebt er hervor, dass die Akteure keine eigene Macht ohne Widersprüche und Gegensätze errichten wollten, sie hätten vielmehr einen neuen öffentlichen Raum geschaffen und eine „Befreiung des Wortes" (82) erreicht – sie hätten eine Bresche geschlagen. Leforts Bändchen ist schmal und hat einen Umfang von nur 92 Seiten – dennoch macht die philosophische Annäherung deutlich, dass die Unabgeschlossenheit der Kontroversen etwas mit dem Ereignis selbst und seinem Einsatz zu tun haben könnten und ein Abschluss auch durch neue zeithistorische Studien nicht mit Sicherheit zu erwarten ist.

Albrecht von Luckes ‚68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht' liest sich in mancher Hinsicht wie eine Weiterführung dieser Perspektive am bundesdeutschen Fall. Von Lucke belässt es nicht bei dem Allgemeinplatz, dass ‚68' weiterhin umstritten und die Konsolidierung einer allgemeinverbindlichen zeitgeschichtlichen Deutung noch nicht in Sicht ist, sondern dechiffriert diesen Befund als symptomatisch für die ‚Lage der Nation' nach 1968. Die Erinnerung an ‚68' und seine Deutung ist nämlich längst selbst ein Politikum eigener Art geworden. Der Kampf um die Deutungsmacht in diesem Politikfeld kommt auch mit dem zeitlichen Abstand nicht wirklich zur Ruhe, weil der politisch Aufbruch wie ein Eichmaß immer wieder auch zur zeitgenössischen Selbstverständigung herangezogen wird. Und vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die wechselnden Gestalten der Erinnerung, die von Lucke aus den Mediendiskursen und Selbstverständigungsdebatten der letzten Jahrzehnte herauspräpariert, sich auch in Abhängigkeit von politischen Kräfteverhältnissen und Problemlagen erheblich wandeln. Mit dem klugen Schachzug, die Debatten zu ‚68' nicht nur als den ruhigen Gang der Forschung störendes Beiwerk im Vorwort zeitgeschichtlicher Untersuchungen pflichtgemäß zu erwähnen, sondern sie als eigenständigen Topos direkt in den Blick zu nehmen, hat von Lucke einen wichtigen Beitrag zur Aufhellung der Tiefendimension unserer öffentlichen Kultur geliefert. Dass er das als Nachgeborener mit viel Verve, sprachlichem Geschick und im besten Sinn ‚engagiert' tut, macht seine These eines Fortlebens von ‚68' auch im eigenen Text sehr deutlich: „Angesichts der gewaltigen ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen der Gegenwart ist es längst wieder an der Zeit, der Republik mit demokratischem Engagement Beine zu machen" (82).

Albrecht Lüter (Berlin)/*Karin Urich* (Mannheim)

Besprochene Literatur

Aly, Götz 2008: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt am Main: S.Fischer.

Frei, Norbert 2008: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Funke, Hajo 2008: Das Otto-Suhr-Institut und der Schatten der Geschichte. Eine andere Erinnerung. Berlin: Verlag Hans Schiler.

Kastner, Jens/Mayer, David (Hg.) 2008: Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive. Wien: mandelbaum.

Klimke, Martin/Scharloth, Joachim 2008: 1968. Handbuch zur Kultur- und Medienge-

schichte der Studentenbewegung. Stuttgart: J.B.Metzler'sche Verlagsbuchhandlung.

Kraushaar, Wolfgang 2008: Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin: Ullstein.

Lefort, Claude 2008: Die Bresche. Essays zum Mai 68. Übersetzt und mit einer Einleitung versehen von Hans Scheulen. Wien: Turia + Kant.

Lucke, Albrecht von 2008: 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin: Wagenbach.

Ruetz, Michael 2008: Die unbequeme Zeit. Das Jahrzehnt um 1968. Göttingen: Steidl.

Schneider, Peter 2008: Rebellion und Wahn. Mein '68. Eine autobiographische Erzählung. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Wesemann, Kristin 2007: Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie. Baden-Baden: Nomos.

Wolle, Stefan 2008: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Berlin: Ch. Links.

Handbuch, Lehrbuch, Kompendium – Drei resümierende Blicke auf Bewegungsforschung(sliteratur)

Es sind meist weniger die einschneidenden Ereignisse, deren Zäsurcharakter häufig erst im Rückblick deutlich wird, sondern eher die runden Jahreszahlen, die zu einem Resümee anregen – wie der Themenschwerpunkt des Heftes nur zu deutlich macht. Nach 20 Jahren Forschungsjournal ist also auch in der Literaturlandschaft über soziale Bewegungen ein resümierender Blick an der Zeit. Drei Publikation bieten sich dafür an, weil sie Überblickscharakter haben – jedes in etwas anderer Weise.

Handbuch Soziale Bewegungen

Das von Roland Roth und Dieter Rucht herausgegebene Handbuch macht mit seinem Titel den breiten Anspruch deutlich: „Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945". Bemerkenswert sind hier vor allem die Einschränkungen, die der Titel *nicht* vornimmt. Es geht nicht um die neuen sozialen Bewegungen seit 1945, sondern Bewegungen insgesamt. Zudem beschränkt sich das Handbuch nicht auf die Bundesrepublik, also im fraglichen Zeitraum vor allem Westdeutschland, sondern auch die Bewegungen der DDR gehören in das Handbuch.

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte. Den Auftakt macht eine Einleitung, die neben der Zielsetzung des Buches eine Diskussion des Begriffs soziale Bewegungen enthält und auf die Schwierigkeiten bei der Abgrenzung des Gegenstandes und der Aufteilung in mehrere Bewegungen aufmerksam macht. Zudem wird das Beobachtungsraster für die Einzelbewegungen vorgestellt, dem die späteren Einzelkapitel durchweg folgen: 1. die Abgrenzung des Gegenstandes, 2. historische Vorläufer und die Ausgangssituation, 3. Entwicklungslinien der Bewegung, 4. Ideologie und Zielsetzungen, 5. Organisationen und Netzwerke, 6. Strategien und Aktionen sowie 7. Wirkungen und Perspektiven. Es handelt sich dabei nicht um eine ausargumentierte Theorie zu sozialen Bewegungen, sondern eher um ein analytisches Gerüst zur Abdeckung unterschiedlicher Aspekte – und natürlich einer Vereinheitlichung der Kapitel. Bevor dann allerdings die Bewegungen dargestellt werden, widmen sich sechs Kapitel dem historisch-politischen Kontext. In vier Kapiteln werden Epochen der bundesrepublikanischen Geschichte skizziert, ein weiteres Kapitel widmet sich der DDR, ein abschließender Blick gilt dem wiedervereinigten Deutschland. Diese Kapitel folgen keiner einheitlichen Gliederung, und sie nehmen auch in unterschiedlichem Ausmaß direkt Bezug auf soziale Bewegungen.

Der dritte Teil, der Hauptteil des Buches, sind Darstellungen zu einer Liste von 21 sozialen Bewegungen: Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Anti-Atomkraftbewegung, Friedensbewegung, städtische so-

ziale Bewegungen, Dritte-Welt-Bewegung, bürger- und menschenrechtliches Engagement in der Bundesrepublik, Dissidentengruppen in der DDR, die Bürgerbewegung der DDR, studentische Bewegungen und Kampagnen, Linksradikalismus seit der Studentenbewegung, rechtsextremistische Bewegungen, globalisierungskritische Bewegung, selbstverwaltete Betriebe, Kommunebewegung, Schwulenbewegung, Jugendproteste und -konflikte, Mobilisierung von und für Migranten, Arbeitslosenproteste und Kampagnen gegen Bio- und Gentechnik. Die lange Liste zeigt die Breite der abgedeckten Themen. Nicht alle Kapitel sind trennscharf gegeneinander abgegrenzt. So zieht beispielsweise das Kapitel zu großstädtischen sozialen Bewegungen die Themen Wohnungsnot, (Mieter-)Selbsthilfe und städtischen Umweltschutz zusammen, bei der Umweltbewegung wird der Tierschutz ein- und die Anti-AKW-Bewegung ausgeschlossen, die Dritte-Welt-Bewegung ist von der Globalisierungskritik getrennt. Ein teilweise eng vernetztes Bewegungsspektrum mit Überlappungen in den Zielen, den tragenden Organisationen und Milieus macht eine rein empirisch gesteuerte Trennung unmöglich. Stattdessen werden eher die in der Forschung vorgenommenen Unterscheidungen mit den dort vorkommenden Überschneidungen akzeptiert. Die Kapitel zu den einzelnen Bewegungen sind der Kern des Handbuchs und hoch informativ. Für die Bewegungen wurden einschlägige Autoren gewonnen, die als Experten ihres Gegenstandes einen guten Überblick über den Kenntnisstand bieten. Die einzelnen Kapitel bieten keine substanziell neuen Einsichten, die nicht auch anderswo in der Literatur bereits zu finden wären. Das ist aber auch nicht die Aufgabe eines Handbuches. Hier ist der Kenntnisstand zum Verlauf, den Zielen und der Akteursstruktur einer Großzahl von Bewegungen zusammengetragen worden. Der Wert des Handbuchs ergibt sich aus seiner einmaligen Breite, mit der soziale Bewegungen in Deutschland abgebildet werden.

Ein recht heterogenes Kapitel zu unterschiedlichen übergreifenden Aspekten steht am Ende. Das Resümee der Theoriebildung über soziale Bewegungen fällt sehr kurz und kursorisch aus. Die Autoren verweisen stattdessen auf einführende Bücher, insbesondere das Einführungsbuch von Hellmann und Koopmans (1998, vgl. auch unten). In diesem Kontext wird auch mit einigen Andeutungen auf die wissenschaftliche Infrastruktur der Bewegungsforschung verwiesen, etwa die Zeitschriften Mobilization und Social Movement Studies. Natürlich ist auch das Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen erwähnt, nicht ohne den irreführenden Titel „*Neue* soziale Bewegungen" zu kritisieren. Als empirischen Überblick stellen die Autoren Protestereignisdaten aus dem PRODAT-Projekt vor, die über die Beschreibungen der einzelnen Bewegungen interessante Querschnittsinformationen über das Protestgeschehen insgesamt (aber natürlich nur das *Protest*geschehen) bieten. Schließlich werden die Effekte der sozialen Bewegungen in Deutschland betrachtet und dabei unweigerlich auch die Schwierigkeit, wissenschaftlich solide Aussagen über Effekte von Bewegungen zu machen. Der Vergleich der deutschen Bewegungslandschaft mit den Bewegungen in anderen Ländern und einige demokratietheoretisch-normative Überlegungen zu sozialen Bewegungen stehen am Schluss. Dieses Überblickskapitel hätte in großen Teilen besser am Anfang des Buches stehen können. Insbesondere die empirischen Überblicke sind ein guter Hintergrund für die einzelnen Bewegungsbetrachtungen, schließlich werden hier nicht die Ergebnisse der Einzelkapitel zusammengezogen, sondern mit den Protestereignisdaten steht eine eigene Datenquelle zur Verfügung.

Das Handbuch wird ergänzt durch einige Serviceteile. So stehen am Ende ein Register und eine tabellarische Zusammenfassung von politisch bedeutsamen Ereignissen und wichtigen Protestereignissen. In dieser Tabelle zeigt

sich die Verbindung von Ost- und Westdeutschland eher als Hindernis. Eine deutlichere Markierung, in welchem Teil Deutschlands die Ereignisse stattgefunden haben, wäre hier hilfreich gewesen. Zudem nennt jedes Kapitel am Ende kurz weiterführende Literatur. Die Literaturhinweise sind kommentiert und damit für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema sehr gut geeignet. Die Fotos und Illustrationen geben auch einen optischen Eindruck der Veränderungen in der Bewegungslandschaft.

Ein Meilenstein der Bewegungsforschung

Das Handbuch zu sozialen Bewegungen in Deutschland ist ein Meilenstein der deutschen Bewegungsforschung. Nicht, weil hier neue Erkenntnisse, neue Ansätze oder Befunde präsentiert würden, sondern weil es in seiner kompakten Zusammenfassung des Wissensstandes wertvoll und einmalig ist. Auf den ersten Blick verzichtet das Handbuch weitgehend auf eine theoretische Steuerung. Es ist beschreibend angelegt, trägt die Ereignisse, Dynamiken und Kontexte zusammen, aus denen heraus die Entwicklung der Bewegungen verständlich wird. Auf den zweiten Blick lässt sich dies aber auch als die gewählte Perspektive des Handbuchs verstehen: Bewegungen lassen sich nicht in ein allgemeines Schema pressen, sie folgen keinen generellen Gesetzmäßigkeiten, sondern sind ein Ergebnis von gesellschaftlich-historischen Situationen und ihrer inneren Dynamik. Folgt man dieser Perspektive – und dafür gibt es gute Gründe – dann hat ein historisch beschreibender Blick auf die Gesellschaft, in der die Bewegungen entstanden sind und sich entfaltet haben, Vorrang vor einer theoretischen Diskussion von Einflussfaktoren. Insofern kann der Vorwurf zu geringer theoretischer Steuerung hier nicht verfangen, denn es handelt sich um eine Entscheidung für eine historisch-beschreibende Perspektive. Das Ergebnis sind hoch interessante und gut lesbare Beschreibungen der Bewegungen in Deutschland seit 1945. Das Handbuch ist für einen breiten Leserkreis, auch jenseits der Wissenschaft, interessant und dokumentiert einen wichtigen Teil deutscher Geschichte und Gegenwart.

Lehrbuch soziale Bewegungen

Deutlich anders setzt das Lehrbuch von Thomas Kern zu sozialen Bewegungen an. Dies gilt nicht nur für die Textgattung. Den umfangreichen 770 Seiten des Handbuchs stehen 200 Seiten Lehrbuch gegenüber. Ein Kontrast ergibt sich aber auch auf der konzeptionellen Ebene. Kern wählt einen theoretischen Zugang auf soziale Bewegungen. Ausgangspunkt für ihn ist die Modernisierungstheorie. Soziale Bewegungen werden betrachtet als kollektiv gestaltende Reaktion auf Modernisierungsfolgen.

Zunächst stellt Kern die Antriebskräfte der Modernisierung vor (Pluralisierung von Sinnhorizonten, Entfesselung der Marktkräfte auch jenseits der Wirtschaft mit der Folge, dass Innovationen befördert werden, Expansion formaler Organisationen und im Zusammenhang mit diesen Faktoren (und ihnen vorgelagert) die funktionale Differenzierung). Aus dem Modernisierungsprozess ergeben sich nun vier Folgeprobleme: 1. Anonymität durch den Zerfall der traditionalen Gemeinschaften und einem Übergang zu interessengesteuerter Interaktion, die nach Tönnies dem Typ der Gesellschaft entspricht; 2. ein Bedarf, die zugenommene und monopolisierte staatliche Gewalt einzuhegen nach innen gegenüber den eigenen Bürgern und nach außen mit Blick auf Kriege; 3. Armut durch Exklusion bestimmter Gruppen aus den Funktionssystemen mit sich gegenseitig verstärkender Wirkung (Exklusion aus dem Bildungssystem führt zu Exklusion aus dem Wirtschaftssystem führt zu Exklusion aus dem politischen System etc.); 4. Ignoranz von Folgeproblemen des eigenen Handelns durch die ausdifferenzierten funktionalen Teilsysteme der Gesellschaft. Damit sind die Bereiche benannt, denen sich soziale Bewegungen mit ihrer Kritik widmen.

Die Vorstellung einer der Bewegungen orientiert sich an diesen Problembereichen. So werden die Friedens- und die Bürgerrechtsbewegung als Kontrolle staatlicher Gewalt interpretiert. Die Frauenbewegung behandelt die Anonymitätsproblematik im Sinne der Thematisierung von Intimität und Formen des Zusammenlebens. Weitere betrachtete Bewegungen sind die neue christliche Rechte in den USA, die globalisierungskritische Bewegung und die Umweltbewegung. Die Beschreibungen der Bewegungen beziehen sich dominant auf Deutschland und die USA, zum Teil ergänzt um Bemerkungen zu anderen Ländern. Überraschend ist hier das Fehlen der Arbeiterbewegung aus zwei Gründen: Zum einen ist die Arbeiterbewegung die naheliegendste Bewegung für die Thematisierung und Problematisierung von Armut. Hier wurden die Ideen eines Wohlfahrtsstaates bewegungsförmig verfolgt. Zum anderen hat die Arbeiterbewegung am deutlichsten eine bruchlose lange Geschichte. Hier ließe sich gegebenenfalls nachverfolgen, wie eine Bewegung auf die sich ändernde Dynamik der Modernisierung reagiert.

Bis hierhin hat Kern in seinem Buch die sozialen Bewegungen in die Makrotheorien der Modernisierung und Differenzierung eingeordnet, während die Bewegungstheorien mittlerer Reichweite unerwähnt blieben. Das ändert sich im fünften Kapitel. Als Mechanismen der Mobilisierung und damit zur Erklärung vor allem von Länderunterschieden führt Kern nun diese Ansätze ein. Er geht auf das Problem kollektiven Handelns nach Olson ein, das sich durch Koalitionsbildung in verschiedenen Formen und mit verschiedenen damit zusammenhängenden Folgeproblemen lösen lässt. Dann wird kurz auf die Ansätze der Ressourcenmobilisierung, des Framing mit Identitätskonstruktion und der Gelegenheitsstrukturen eingegangen. Diese Kapitel fallen kurz aus, auch Kern verweist auf das Lehrbuch von Hellmann und Koopmans (1998). Die in der amerikanischen Tradition für sich stehenden Ansätze werden hier in den Gesamtrahmen als Mechanismen eingeordnet, die den konkreten Ablauf von Makrozusammenhängen erklären.

Die Diskussion von Bewegungswirkungen erfolgt ebenfalls auf der Makroebene. Bewegungen werden in Anschluss an Luhmann und Ahlemeyer als spezifische Form der Gesellschaftsbeobachtung gedeutet, die sich in ihrer gesamtgesellschaftlichen Perspektive unterscheidet von der Beobachtung der funktionalen Teilsysteme. Sozialen Bewegungen kommt damit eine eigene, modernisierende Rolle zu, mit der die funktional ausdifferenzierten Teilsysteme ergänzt werden, die aber auch aufgrund der unspezifischen Problematisierungsweise sozialer Bewegungen zu Blockaden führen kann.

Steuerndes Lehrbuch

Nach der Ankündigung eines Lehrbuchs mit dem Titel „Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen“ überrascht der Inhalt. Die in der internationalen Diskussion dominierenden Theorien mittlerer Reichweite, wie Ressourcenmobilsierung, Framing, politische Gelegenheitsstrukturen und Identitätsansätze (siehe unten), werden eher beiläufig und recht kurz betrachtet. Sie werden in einen gesellschaftstheoretischen Rahmen, basierend auf der Modernisierungs - und Differenzierungstheorie eingebettet. Kern entscheidet sich für ein Lehrbuchkonzept, das man als „steuerndes Lehrbuch“ bezeichnen könnte. Das Buch ist nicht eine Zusammenstellung unterschiedlicher Ansätze und Ergebnisse zu einem Forschungsthema. Stattdessen wird eine theoretische Linie gewählt und durchargumentiert.

Damit handelt es sich nicht allein um ein Lehrbuch, sondern vielmehr um einen eigenen theoretischen Beitrag zur Erforschung sozialer Bewegungen.

Der Ansatz von Rucht (1994), der soziale Bewegungen in Zusammenhang brachte mit jeweils dominanten Strukturproblemen im Mo-

dernisierungsprozess und damit die neuen sozialen Bewegungen als eine logische Stufe der Problematisierung aktueller Entwicklungsprobleme sieht, wird von Kern weiterentwickelt. Weil Kern die Differenzierungstheorie aufnimmt und unterschiedliche Entwicklungsrichtungen und -probleme identifiziert, muss er nicht, wie Rucht, jeweils einen dominanten Strukturkonflikt identifizieren und andere Themen als „sekundäre Bewegungen" (Rucht 1994: 125) bezeichnen. Die Ausdifferenzierung führt parallel zu mehreren strukturellen Veränderungen, die Bewegungen wahrscheinlich machen. Auch die Veränderungsrichtung der Bewegungen bleibt bei Kern offen. Sie sind als modernisierende Bewegungen denkbar, die Problemlösungen befördern. Von ihnen kann aber auch das Gegenteil ausgehen. Im strengen Sinne empirisch überprüfbar sind Kerns Argumente gleichwohl nicht. Er versucht auch gar nicht, beispielsweise ein historisches Argument zu machen mit einem Vergleich zu vormodernen Bewegungen. Hier würden sich vermutlich Schwierigkeiten zeigen, denn zum Beispiel religiöse Bewegungen gab es natürlich schon deutlich länger als die Modernisierung, etwa die Reformation oder die Entstehung des Christentums. Kern nimmt somit eher eine diagnostische, hoch interessante Einordnung heutiger sozialer Bewegungen vor.

Die theoretische Arbeit wird mit der Herausgabe als Lehrbuch eher versteckt. Kerns Argumente sollten aber in der Bewegungsforschung wahrgenommen werden, weil sie eine interessante Perspektive eröffnen zur Einordnung sozialer Bewegungen in die Gesellschaftstheorie.

Kompendium zur Bewegungsforschung

Dass sowohl das Handbuch von Roth und Rucht als auch die Analyse von Kern aus der deutschen bzw. europäischen Soziologie heraus entstanden sind, wird im Vergleich zum Kompendium sofort deutlich. Das „Blackwell Companion to Social Movements", das bereits 2004 erstmals erschienen ist und nun in einer preiswerten Paperback-Edition vorliegt, trägt als Sammelband unterschiedliche Ansätze und Befunde über soziale Bewegungen zusammen. Dabei stehen die Theorien mittlerer Reichweite im Vordergrund.

In fünf Abschnitten resümiert das Kompendium den Forschungsstand der internationalen Bewegungsforschung. Den Auftakt machen Kapitel zu den Bedingungen von Bewegungen. Koopmans beschäftigt sich in einem Beitrag mit Gründen für Protestwellen. Neben Randbedingungen, die für mehrere Bewegungen gleichzeitig günstig sind, verweist er auf Dynamiken zwischen Bewegungen, die gegenseitig ihre Mobilisierungschancen begünstigen. Auch Gründen für ein Abflauen von Mobilisierungswellen geht Koopmans nach. Buechler beschäftigt sich mit der Geschichte von Ansätzen struktureller Widersprüche (Structural Strain und Breakdown), die bis zu den 1970er Jahren die Diskussion dominierten und dann fast vollständig durch den Ressourcenmobilisierungsansatz mit der Unterstellung rational handelnder Mobilisierungsakteure und dem Blick auf den organisatorischen Unterbau von Bewegungen verdrängt wurden. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit politischen Gelegenheitsstrukturen, kulturellen Rahmenbedingungen und Ressourcenmobilisierung.

Der zweite Abschnitt nimmt sich die strategischen Akteure vor. Die Konzentration liegt hier auf der organisatorischen Meso-Ebene, auch wenn handlungstheoretische Perspektiven gewählt werden, denn die betrachteten Akteure erhalten durch ihre Position in Organisationen ihre Bedeutung. Die Rolle von Organisationen in Bewegungen beleuchten Clemens und Minkoff. Es geht weiterhin um Führungsfiguren in Bewegungen (Morris/Staggenborg), Koalitionspartner, Gegner und Dritte Akteure (Rucht), die staatliche Kontrolle von Protest durch Polizei (della Porta), öffentliche Meinung und Medien

(Gamson), Taktiken (Taylor/van Dyke), Diffusionsprozesse (Soule) und Transnationalisierung sozialer Bewegungen (Smith). In diesen Kapiteln wird die mit dem Ressourcenmobilisierungsansatz etablierte Grundprämisse, dass Bewegungen und Bewegungsakteure als rationale Akteure zu denken sind, besonders deutlich.

Der dritte Abschnitt nimmt die Mikroperspektive ein. Hier geht es um individuelle, vor allem sozialpsychologische Voraussetzungen der Bewegungsteilnahme. Diani geht dem Zusammenhang von Vernetzung und Partizipation nach, Klandermans untersucht die sozialpsychologischen Voraussetzungen von Partizipation. Weitere Kapitel widmen sich Framing-Prozessen (Snow), emotionalen Dimensionen (Goodwin/Jasper/Polletta) und kollektiver Identität (Hunt/Benford).

Der vierte Abschnitt beleuchtet Folgen von Bewegungen. Dabei wird ein breites Spektrum möglicher Folgen abgedeckt. Erfolge mit Blick auf politische Entscheidungen sind das Thema von Amenta und Carren. Bei Giugni geht es um persönliche und biografische Folgen, die kulturellen Folgen diskutiert Earl und bei Whitter stehen Effekte von Bewegungen auf andere Bewegungen im Zentrum.

Im fünften und letzten Abschnitt werden sechs Bewegungen vorgestellt: die Arbeiterbewegung (Fantasia/Stephen-Norris), die Frauenbewegung (Marx Ferree/McClurg Mueller), die Umweltbewegung (Rootes), die Friedensbewegung (Marullo/Meyer), ethnische und nationalistische Bewegungen (Olzak) sowie religiöse Bewegungen (Kniss/Burns). Auf revolutionäre Bewegungen haben die Herausgeber bewusst verzichtet, weil sich damit ein ganz neues Literaturfeld auftut und Verbindungen zwischen der Revolutionsforschung und der Bewegungsforschung bislang eher selten sind. Doch gerade deshalb wäre ein Kapitel zu revolutionären Bewegungen in diesem Band eine große Bereicherung gewesen.

Einführung und Systematisierung

Der Band hat einen Doppelcharakter. Zum einen wird die Forschung zu dem jeweiligen Themengebiet resümiert. Die Beiträge machen die jeweiligen Grundthesen deutlich. Neulinge im Feld können hier also lernen, was Framing ist oder welche Ressourcen aus Sicht des Ressourcenmobilisierungsansatzes entscheidend sind. Zum anderen haben die Kapitel eine systematisierende Zielsetzung und sind damit eigenständige Beiträge in der Theoriedebatte. Hier werden Erkenntnisse zusammengezogen und konkrete Mechanismen benannt, wie bzw. unter welchen Bedingungen die Entstehung, der Erfolg oder der Rückgang von sozialen Bewegungen wahrscheinlich werden.

Das Kompendium ist *das* zentrale Werk zur internationalen Bewegungsforschung. Die Autorennamen lesen sich wie das Who is Who der Bewegungsforschung. Die Forschungsthemen sind in einer bemerkenswerten Breite abgedeckt.

Drei Grundsatzwerke der Bewegungsforschung

Ein Vergleich der drei Bücher – jedes mit einem generalisierten Anspruch an die Erforschung sozialer Bewegungen – macht die unterschiedlichen Möglichkeiten für einen solchen Zugang deutlich und unterstreicht den Unterschied zwischen einer deutschen bzw. europäischen und einer amerikanisch geprägten Herangehensweise. In den 1990er Jahren schien sich dieser Unterschied aufgelöst zu haben und die Reihe der Autoren des Kompendiums macht deutlich, dass der Unterschied nicht klar zu ziehen ist. (So findet sich Rucht sowohl als Herausgeber des Handbuchs als auch im Kompendium als Autor.) Dennoch bleibt ein deutlicher Kontrast in der Grundperspektive der Bücher. Im Kompendium finden sich ausschließlich Theorien mittlerer Reichweite, die sich fast ausschließlich auf die Meso- und Mikroebene beziehen. Eine Anknüpfung an soziologische Großtheorie wird nicht einfach ausgelassen. Buechler beschäftigt

sich mit dem Structural Strain Ansatz, der auf Parsons' Systemtheorie zurückgeht, worauf Buechler freilich nicht hinweist. Bei seinen Vorschlägen zur Wiederaufnahme der Ansätze zu strukturellen Spannungen und Zusammenbruch der Ordnung fehlt aber jede Einordnung in soziologische Gesellschaftstheorie. Eine größere Distanz zu dem Buch von Kern und einer deutschen Diskurstradition, die soziale Bewegungen und Gesellschaftstheorie zusammenführt (z.B. Luhmann, Habermas, Offe, Eder), lässt sich wohl kaum vorstellen.

Ähnlich diametral unterschiedlich fällt der Vergleich des Handbuchs von Roth und Rucht mit dem Beitrag von Koopmans im Kompendium aus. In beiden Fällen ist der Ausgangspunkt, dass Bewegungen sich nicht als isolierte „Fälle" betrachten lassen, sondern sie in einem komplexen Beziehungsgefüge zu ihrer Umwelt stehen, also von Umweltbedingungen ermöglicht und beeinflusst werden, aber auch diese Umweltbedingungen selbst maßgeblich beeinflussen. Doch während das Handbuch daraus den Schluss zieht, sich auf eine fallweise Deskription der Prozesse und Interaktionen zu konzentrieren, geht es Koopmans um die theoretische Identifikation der verursachenden und vermittelnden Prozesse zwischen beiden. Der Unterschied zwischen der deutschen Bewegungsliteratur und der internationalen ist erstaunlich deutlich angesichts einer international eng vernetzten Wissenschaftslandschaft und sich überschneidender Autorenschaften. Die spezifisch deutsche Sichtweise, insbesondere die gesellschaftstheoretische Anbindung, scheint international nicht anschlussfähig zu sein.

Die drei hier vorgestellten Bücher geben gemeinsam einen guten Eindruck vom Stand der Bewegungsforschung. In Kombination machen sie die verschiedenen Zugangsweisen zum Phänomen sehr gut deutlich. Die Bewegungsforschung hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem auf internationaler Ebene etabliert mit einer Reihe von Ansätzen zur Erklärung von Mobilisierung. Dazu gibt es zu einer Fülle von unterschiedlichen Bewegungen und Mobilisierungen in Deutschland empirische Ergebnisse – freilich in unterschiedlicher Dichte und Systematik. Es werden aber auch Lücken sichtbar, thematisch wie wissenschaftsstrukturell. Vor 150 Jahren war für die Bewegungsforschung die Frage nach dem Zusammenhang von Sozialstruktur und Mobilisierung zentral. Bei Marx' Kapital fiel Gesellschaftsanalyse, Untersuchung von sozialer Ungleichheit und Bewegungs- bzw. Revolutionsforschung zusammen – freilich in einer stark normativen Perspektive und in Vermischung von Soziologie und Philosophie. Die Sozialstrukturanalyse im Sinne einer Analyse von Klassen, Schichten oder Milieus ist aus der Bewegungsforschung heute praktisch verschwunden. Einen Beitrag zu den sozialstrukturellen Gruppen, die Bewegungen tragen, sucht man in dem Kompendium vergeblich. Mit dem Fokus auf die Meso-Ebene mobilisierender kollektiver Akteure sind die gesellschaftlichen Ursachen von Mobilisierungen aus der Forschung aktiv verabschiedet worden und die Frage nach der sozialen Basis von Bewegungen weitgehend verschwunden. Gleichermaßen haben damit die Anschlüsse an die Sozialstrukturanalyse wie die allgemeine Gesellschaftstheorie an Bedeutung verloren. In Hinblick auf letztere ist das Buch von Kern eher eine Ausnahme, die eben international keinen Nachhall findet.

Die Bewegungsforschung hat sich international zu einem eigenständigen Gebiet mit einer eigenständigen Theorietradition entwickelt. So arbeitet die Revolutionsforschung weitgehend isoliert von der Bewegungsforschung, gleiches gilt für die Konfliktsoziologie, die gerade mit ihrem Blick auf den Zusammenhang von Konfliktakteuren und der Konfliktdynamik, entstehend aus der Interaktion beider Seiten, wichtige Einsichten bieten könnte. Auch die Diskussion um eine allgemeine Rational Choice-Theorie findet kaum Niederschlag in der Bewegungsforschung, obwohl hier die Unterstellung rational

kalkulierender Akteure von großer Bedeutung ist. Die Bewegungsforschung steht für sich. Das lässt sich als Eigenständigkeit und Stärke interpretieren, verweist aber auch auf Perspektiven der Weiterentwicklung. Eine solche Weiterentwicklung kann auf ein solides Fundament von Erkenntnissen zurückgreifen, das in den drei besprochenen Büchern zusammengenommen umfassend und in seinen verschiedenen Verzweigungen abgebildet wird.

Jochen Roose, Berlin

Besprochene Literatur

Kern, Thomas 2007: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M./New York: Campus.

Snow, David/Soule, Sarah/Kriesi, Hanspeter (Hg.) 2007: The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Blackwell.

Zitierte Literatur

Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M./New York: Campus.

Karikaturen als ‚Beunruhigungsmittel', Zeichnen als Staatsbürgerpflicht

Als das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen vor 20 Jahren im Eigenverlag startete, war für Lay-Out und Klebeumbruch – damals gab es noch echte ‚Fahnen' – bereits ein Mann an Bord, der auch heute noch dazu gehört. Obschon nie Redaktionsmitglied, tritt er nach wie vor kontinuierlicher und offensichtlicher in Erscheinung als jede/r andere Journal-Gestalter/in (er selbst würde sich in seiner bescheidenen Zurückhaltung wohl nicht so bezeichnen). Die Rede ist von unserem ‚Hauskarikaturisten' Gerhard Mester alias ‚Klinge'. Seit 1988 darf sich das Journal aus seinem mittlerweile 11.000 Zeichnungen umfassenden Wiesbadener Archiv bedienen. Ebenfalls seit 20 Jahren prägen seine Karikaturen das Profil von Publik-Forum, wo nun sein neuer Karikaturenband erschienen ist. Seine Zeichnungen finden sich ansonsten überwiegend in der Tagespresse sowie in einer Reihe Zeitschriften, etwa in den Bereichen Medizin, Kirche und Pädagogik.

Da informelle, persönliche Beziehungen für ein ehrenamtliches Projekt wie das Forschungsjournal von besonderer Bedeutung sind, wundert es nicht, wenn als Hintergrunddetail von Klinges Karikaturen (z.B. auf Türschildern) auch mal Namen auftauchen, die eindeutig dem Kreis der Herausgeber zuzuordnen sind. Manchmal werden die Herausgeber selbst Gegenstand seiner Karikaturen: Aufmerksame Leserinnen und Leser finden in diesem Jubiläumsheft beispielsweise den Meister selbst im Kreise zweier Herausgeber auf einer der mittlerweile nahezu legendären Lay-Out-Sessions der Gründerjahre, während der dritte Herausgeber telefonisch mehr oder minder sachdienliche Anweisungen zur Fertigstellung eines Heftes gibt.

Von Beginn an augenfällig sind aber auch die Überschneidungen von Themenschwerpunkten des Journals und den Themen, denen sich Klinge in seinen Karikaturen widmet: Da finden sich vermeintlich oder tatsächlich soziale Bewegte aus unterschiedlichsten Milieus – sehr oft aus dem ‚links-alternativen' –, Motive aus Umwelt- und Friedensbewegung, aus den Kontexten von Kirche und Religion oder zu den Höhepunkten des Geschlechterkonfliktes,

da gibt es mitunter erhellende Einblicke in Politik und Parteien, in Wohlfahrtsverbände und andere NGOs, es werden Folgen der Globalisierung sichtbar gemacht, da ist die Segregation in den Stadtteilen ebenso auf Punkt und Strich gebracht wie die Bildungsmisere oder Defizite im Gesundheitswesen, wird das Groteske der Fremdenfeindlichkeit rechtsradikaler Skins demaskiert, brechen sich abstrakte gesellschaftspolitische Problemstellungen herunter in Alltagssetting… Alleine mit der Aufzählung der von Gerhard Mester in den Blick genommenen Motive ließen sich Seiten füllen; zu der mit diesen Motiven verbundenen Positionierung Klinges später mehr.

Wenn wir unseren Autorinnen und Autoren nahe legen, in ihren Beiträgen eine Karikatur von Klinge zu platzieren, stoßen wir dabei schon mal auf Widerstände. Meines Erachtens begründen sich diese Widerstände nicht zuletzt auch darauf, dass aus der Warte der schreibenden Zunft Provokation, Demaskierung, Zu- und Überspitzung, die eine gute Karikatur ausmachen, oftmals zu weit gehen, die unterhaltsame Komponente der Karikatur für das eigene Anliegen zu unseriös erscheint oder Karikaturen die eigene Position gar unterminieren.

Dabei ist eine Eigenart der politischen Karikatur ja gerade die Subversion, etwa indem sie gängige Versionen sozialer Wirklichkeit in neue, häufig unerwartete Kontexte setzt. In jedem Fall bietet sie mehr als bloßes Schmuckwerk zum Geschriebenen, zumal sie weitaus mehr als das Wort zum Ausdruck bringen kann (und im Vergleich bspw. zum Fachartikel auch ‚darf'). Wenngleich sie dabei unterhaltsam und amüsant sein sollte, ist dies nicht ihre wesentliche Aufgabe: Einerseits regt der neue Mester-Band sehr häufig zum nachdenklichen Schmunzeln, aber auch zum Lachen an. Darüber hinaus bleibt andererseits der/dem Betrachter/in angesichts einiger Zeichnungen nur das ambivalente, stolpernd-polternde Lachen, das schwarzer Humor gemeinhin nach sich zieht. (Gute) Karikaturen wollen und sollen zuvorderst Dissonanzen schaffen. Sie können dies besonders gut, weil sie viel unmittelbarer und geballter als das Geschriebene gleichzeitig die Gefühlswelt, das subjektive Denken und unser Wertesystem ansprechen.

In Walther Keims einleitenden Betrachtungen zum Karikaturenband heißt es unter anderem: „Den Bewohnern unserer (…) Welt (…) ihre Grenzverletzungen und Sturzfahrten zu diagnostizieren, einer egoistischen, konsumsüchtigen Ellenbogen- und Bereicherungsgesellschaft ihre Goldgräbersucht und ihre verlorenen Utopien vor Augen zu führen – dieser ‚Kriegslist' und Intelligenz fühlt sich der begabte Karikaturist verbunden. Allerdings: Bei dieser Ausgangslage kann man Pietät und Takt nicht immer verlangen. (…) Mitunter hat man den Eindruck, die Künstler selbst büßten für uns eine Haftstrafe ab, wenn Gewalt und Terror unsere narrativen Lebensbilder zerstören. Dann wird selbst die Karikatur zu einem der Lachlust entzogenen Vorgang."

Gerhard Mester selbst zufolge sind Karikaturen kein Beruhigungs-, sondern ein Beunruhigungsmittel. Als solches sind sie ein Baustein des partizipativ-demokratischen Diskurses: Sie können die öffentliche Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Missstände lenken, politisches Interesse fördern und den politischen Mainstream gegen den Strich bürsten.

Gerhard Mester schätzt den gegenwärtigen Wirkungsgrad seiner Zunft – im Gegensatz zu ihren historischen Vorgängern etwa während der Bauernkriege, der Reformation und Gegenreformation – eher skeptisch ein. Er versteht seine Arbeit jedoch als ‚staatsbürgerliche Pflicht' und nimmt diese wie das Wahlrecht wahr, dessen Bedeutung aus Warte des Individuums zwar begrenzt erscheint: „Wenn aber keiner mehr wählen ginge, weil ‚es bringt sowieso nix', da hätten wir unsere Freiheit schon verloren". Dieses Zitat, die oben skizzierte Motivwahl, insbesondere aber seine Zeichnungen verweisen auf den Moralisten und Humanisten: Gerhard Mester geht es auch immer um politische Beteiligung, um

Verantwortungsübernahme in politischem Handeln und Gestalten und nicht zuletzt um eine geschärfte kritische, gesund-misstrauische Aufmerksamkeit gegenüber den politischen Eliten. Hierauf gründet sich der Brückenschlag zur Zivilgesellschaft, zu sozialen Bewegungen und NGOs und damit schließlich auch die langjährige, hoffentlich anhaltende freundschaftliche wie kollegiale Liaison mit dem Journal.

Zweifelsohne gehört Gerhard Mester zur Ersten Liga deutscher Karikaturisten. Bewahrt hat er sich aber eine bescheidene Bodenhaftung: Er sieht in seinem Schaffen neben dem Broterwerb vor allem das Handwerk, das ihm auch noch Spaß bereitet. Dass er dieses Handwerk beherrscht, sich seine Kunstfertigkeit und sein unverkennbarer Stil auch in der Liebe zum Detail zeigen, dessen Entdeckung oftmals zum Nachbrenner der Amüsiertheit wird, davon möge sich die/der geneigte Leser/in selbst in seinem neuen Karikaturenband überzeugen. Der ist ein echtes Pfund (540 Gramm) und versammelt auf 118 Seiten 143 Karikaturen.

Ludger Klein, Sankt Augustin/Frankfurt a.M.

Besprochene Literatur

Gerhard Mester 2008: Das kann nur besser werden! Oberursel: Publik-Forum.

Krasse Töchter

Krass: „grob, auffallend, ungewöhnlich“: das Adjektiv wurde im 18. Jh. aus lat. *crassus* „dick, grob“ entlehnt (Duden, das Herkunftswörterbuch, 3. Auflage). Mit genau diesen Wortbedeutungen beschreibt der von Gabriele Rohmann im Herbst 2007 herausgegebene Sammelband Mädchen und junge Frauen. Auf dem Cover ist eine in silber-metallicfarbene Silhouette einer Frau zu sehen, die sich in stage-diving Manier von schemenhaft dargestellten, pinkfarbenen Händen auffangen lassen will. Gerade diese Farbwahl entspricht den typischen Mädchenfarben, die bereits im Kindesalter beim Puppenspielen oder im Teenageralter bei den ersten Schminkversuchen präsente Farben sind. Dieses Farbenspiel steht ganz im Gegensatz zu den einzelnen Texten im Sammelband, die genau die klischeehafte Mädchenrolle aushebeln, in dem sie die Beteiligungen von Mädchen und jungen Frauen an vorerst männerdominierten Szenen aufzeigen.

Mädchen und junge Frauen in ‚femininen‘ und ‚maskulinen‘ Jugendszenen

Die Covergestaltung des Buches ist an das Musikgeschäft angelehnt, sowie auch einige Überschriften der Texte Songtiteln entsprechen. Um Musik geht es auch im ersten Teil des Sammelbandes, in dem über die Geschichte von Frauen in der Rock- und Popmusik berichtet wird. Viele Jugendkulturszenen sind stark durch Musikstile geprägt, so z.B. die Metal- und Hip-Hop-Szene, aus deren Musikrichtungen sich erst die entsprechende Szene mit ihren modischen Erscheinungsformen, eigenen Wertevorstellungen und Rollenbildern entwickelte.

Im zweiten Teil schwenkt die Blickrichtung auf Mädchen und junge Frauen in ‚femininen‘ Jugendszenen, wie die der Visual kei und der Gothic-Szene, sowie Riot Grrrls und Ladyfeste. Jede dieser Jugendkulturen wird im Verlauf des Buches von allen Seiten beleuchtet. In Interviews kommen die Szeneanhängerinnen selbst zu Wort, wodurch nicht nur die Außenansicht einer Szene, sondern auch die Innenansicht der sich der Szene zugehörig fühlenden Mädchen und jungen Frauen ermöglicht wird.

Im Gegensatz dazu greift der dritte Teil die Thematik Mädchen und junge Frauen in ‚maskulinen‘ Jugendszenen mit der gleichen Vielfalt und Vorgehensweise der AutorInnen auf. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich Mädchen und junge Frauen in der jeweiligen Szene etablieren konnten. Entweder sie nehmen an der

Szene eher passiv als „Mitläuferin", „Freundin von..." teil oder passen sich den maskulinen Verhaltensweisen der Männer an. Um völlige Akzeptanz dieser maskulinen Jungendkulturen zu erhalten, bleibt oft nur eine Assimilation mit den maskulinen Vorgaben der jeweiligen Szene.

„Like they way I do" – Wie junge Frauen ihren Weg finden

Die SzeneanhängerInnen selbst kommen im vierten Teil zu Wort. Ob Rapperin, Sprayerin oder B-Girl, allen Texten liegen die Erfahrungswerte der Mädchen und jungen Frauen mit ihrem Eintritt in die Szene zu Grunde und beschreiben, wie sie es schafften, sich in der Szene einen Namen zu machen. Dies war möglich, da sie sich mit der Szene identifizieren konnten und in den szenerelevanten Tätigkeiten (rappen, sprayen, B-Girling) viel Einsatz zeigten und Talent bewiesen.

Im fünften Teil richtet sich der Blick auf die Rolle der Medien in der Entwicklung der Mädchen und jungen Frauen. Die kommerziellen Medien bedienen weiterhin die Stereotypen ‚weiblich'/‚männlich', anstatt andere Wege und Alternativen zur Entfaltung von Mädchen und jungen Frauen aufzuzeigen.

Der sechste und letzte Abschnitt befasst sich mit der Vorstellung und Betrachtung von Jugendmädchenarbeit und deren zukünftigen Entwicklung. Dabei kommen die AutorInnen zu der Erkenntnis, dass es keine Mädchenarbeit nach Schema X geben kann, da sich die Prämissen ständig ändern. Die Erwartungshaltung der Gesellschaft gegenüber Mädchen und Frauen sowie wiederum die Erwartungshaltung der Mädchen und Frauen an die Gesellschaft unterliegen einem ständigen Wandel und dieser muss bei der Mädchenarbeit berücksichtigt werden.

Verwendung des Sammelbandes (in der Praxis)

Jeder Bericht, der in den sechs Teilen des Sammelbandes einer Thematik zugeordnet ist, steht für sich alleine, wobei die einzelnen Texte über die Einteilung der Kapitel hinaus ineinander übergreifen bzw. bereits angesprochene Themen und Diskurse aufgreifen und/oder weiterführen. Demzufolge lohnt es, den Sammelband in der Summe seiner einzelnen Beiträge zu sehen.

Im Verzeichnis der AutorInnen, FotografInnen und IllustratorInnen gibt es einen Verweis der Herausgeberin auf die Homepage www.krasse-toechter.de. ‚Frau' erwartet eine Homepage mit Informationen zum gleichnamigen Buch sowie weiterführende Informationen und Links. Leider läuft die Homepage ins Leere und es ist nur das Wort ‚krass' zu lesen. Dies sollte nur vorübergehend ein Platzhalter für die vielen angesprochenen Themen und Bedürfnisse der jungen Mädchen und Frauen sein und es bleibt zu hoffen, dass aus dem Platzhalter bald eine entsprechende Internetpräsenz entsteht.

Dieser Band ermöglicht in seiner Vielfältigkeit und Interdisziplinarität eine breite wissenschaftliche Verwendung. So richtet er sich an die Kulturwissenschaften, die Soziologie, das Musikbusiness, die Medienwissenschaften, den Journalismus, die Erziehungswissenschaften sowie an die Politikwissenschaften.

Wie im Auftakt der Herausgeberin erwähnt „Und Töchter, nun ja, sind sie alle", sind alle Mädchen und junge Frauen ‚Töchter' einer bestimmten Zeit, Bewegung und Herkunft. Sie müssen ihren Weg durch den Dschungel der uns immer komplexer werdenden Gesellschaften schlagen, um für sich selbst den best möglichen eigenen Lebensweg zu gehen.

Ariane Seitz, (Tochter) Mannheim(s)

Besprochene Literatur

Rohmann, Gabriele (Hg.) 2007: Krasse Töchter: Mädchen in Jugendkulturen. Berlin: Archiv der Jugendkulturen e.V.

Alternative Gelder und Tauschringe im internationalen Vergleich

In den Monografien von Peter North geht es um die ‚Alternative Geldbewegung', um Einrichtungen, die mit den deutschen Tauschringen vergleichbar sind. In der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Literatur gibt es zu diesem Themenkreis zwar eine Fülle von Beiträgen, eine wissenschaftliche Infrastruktur getragen von ForscherInnen, die sich über Jahre mit diesen sozialen Innovationen beschäftigen, hat sich hierzulande jedoch nicht herauskristallisiert. Anders in Großbritannien, wo gleich mehrere AutorInnen mit einer Fülle von Publikationen aufwarten und so eine Kompetenz in diesem Forschungsfeld entwickelt haben. In den hier vorgestellten Publikationen werden die Hintergründe einer ganzen Reihe dieser neuen Geldsysteme beleuchtet, die Triebfedern untersucht, die zu ihrer Entstehung führten, ihre Erfolge wie auch die Erfahrungen des Scheiterns.

LETS Manchester

Der Geograf Peter North, legt mit seiner im Jahre 2006 veröffentlichten Arbeit ein Zwischenresümee seiner mittlerweile mehr als zehnjährigen Forschungstätigkeit vor. Er analysiert die ‚Local Exchange and Trading Systems' (LETS) der Stadt Manchester durch die Linse der Theorien sozialer Bewegungen.

Bei der theoretischen Grundlegung geht North kurz auf die Ressourcenmobilisierungstheorie sowie Ansätze zum ‚Politischen Prozess' ein, denen er hinsichtlich der Frage wie soziale Bewegungen entstehen durchaus eine gewisse Bedeutung beimisst. Wesentlicher sind für ihn jedoch die ‚identitätsorientierten Ansätze', vor allem das Werk Merluccis. Um dem Charakter der von ihm analysierten mikro-politischen Bewegung gerecht zu werden, greift er auf Foucaults Konzept von ‚Heterotopia' zurück, das alternative und dabei in sich selbst durchaus widersprüchliche soziale Räume beschreibt.

North bezieht sich in seinen drei Fallstudien zum einen auf das Manchester LETS, einem 1992 gegründeten Tauschring, der wenige Jahre später 550 Mitglieder umfasste, inzwischen allerdings seinen Betrieb eingestellt hat, zum anderen auf LETSGo, einem gescheiterten Versuch, ein ökonomisch bedeutsames System unter Beteiligung der örtlichen Geschäftswelt in Manchester zu gründen und zum dritten auf den ebenfalls nicht erfolgreichen Versuch ein LETS in einem sozialen Problemfeld (in Hattersley) zu etablieren.

Es handelt sich hierbei um ethnografische Langzeitstudien; nach der Hauptuntersuchung Mitte der 1990er Jahre folgten weitere Analysen über das LETS Manchester in den Jahren 2001 und 2005. Ausführlich wird in der Arbeit der soziale Kontext, insbesondere das politische Umfeld in Manchester dargestellt. Im Vergleich zu vielen anderen empirischen Arbeiten in diesem Bereich hat der Autor eine ungeheure Fülle an Material gesammelt. Möglich war dies durch die Vorgehensweise der teilnehmenden Beobachtung, wobei er aber auch Gefahr lief, die Distanz zum Untersuchungsgegenstand zu verlieren (vgl. North, 2006: 45).

Eine internationale Bewegung und ihre libertären Wurzeln

In dem 2007 erschienenen Buch finden sich neben einer komprimierten Darstellung der LETS in Manchester Darstellungen der Alternativwährungen im postsozialistischen Ungarn, im neo-liberal geprägten Neuseeland sowie im krisengeschüttelten Argentinien. Gerade die zuletzt genannte Schilderung ist besonders eindrucksvoll – auf knapp fünfundzwanzig Seiten findet sich eine komprimierte Darstellung der so genannten ‚Trueque', die im Gegensatz zu anderen Systemen dieser Art zumindest kurzzeitig aus dem Nischendasein heraus traten. Nach dem Zusammenbruch der etablierten Ökonomie im Jahre 2002 erlebten sie einen enormen Aufschwung. In dieser Zeit wirtschaftli-

cher Not dienten sie zunächst als Rettungsboote, die wesentlich zum Überleben großer Teile der argentinischen Bevölkerung beitrugen, letztendlich erwiesen sich die Strukturen jedoch als zu schwach, um dem enormen Zulauf gewachsen zu sein.

North verwebt diese unterschiedlichen praktischen Erfahrungen mit einer Vielfalt theoretischer Interpretationen. Bemerkenswert ist dabei seine Auseinandersetzung mit libertären Denkern. Es ist schon faszinierend, wenn ein linker, letztendlich marxistisch geprägter Autor sich durchaus wohlwollend den ‚utopischen Sozialisten' zuwendet. Dies gilt vor allem für die Klassiker des 19. Jahrhundert wie Robert Owen.

Anmerkungen zum Scheitern von Tauschsystemen

Alles in allem präsentiert North keine Erfolgsstorys. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn er den Ursachen für die misslungene Institutionalisierung alternativer Geldsysteme weiter nachgegangen wäre. Im Schlusskapitel seines 2006 erschienen Buches finden sich hierzu zwar Hinweise, allerdings bleiben auch Fragen offen. Welche Auswirkungen hatte beispielsweise der lang anhaltende Wirtschaftsaufschwung in Großbritannien auf das LETS Manchester? Man darf spekulieren, dass manche der 1995 noch arbeitslosen aber durchaus qualifizierten TeilnehmerInnen nach der Jahrhundertwende wieder in die traditionelle Arbeitswelt integriert wurden und weniger oder keine Zeit mehr für die Alternativwirtschaft ihres LETS hatten. Dabei wäre es auch interessant gewesen, nach der spezifischen Rolle der OrganisatorInnen zu fragen, einerseits ihre Motivation zu eruieren, andererseits die sich vielleicht erschöpfende Energie der Träger dieses LETS nachzuzeichnen. Damit wäre auch ein Brückenschlag in die Zukunft geleistet worden, denn in allen genannten Ländern sind diese sozialen Bewegungen nach wie vor durchaus lebendig.

North betrachtet diese alternativen Einrichtungen ausschließlich als Geldsysteme. Das ist zwar nicht falsch, jedoch ein wenig einseitig. Deutlich wird dies in dem Kapitel über die argentinischen Systeme: Für die dort gebräuchliche Bezeichnung ‚Trueque', also Tausch, bringt er kein wirkliches Verständnis auf (North 2007: 149). Für einen englischsprachigen Autor ist dies insofern verständlich, als die entsprechende Übersetzung ‚Barter' sich auf die andersartigen kommerziell betriebenen Einrichtungen bezieht. Die grundlegende Bedeutung von ‚Reziprozität' wie sie sowohl in der Alltagssprache wie auch in verschiedenen theoretischen Schriften zum Ausdruck kommt, wäre wohl auch für seinen Forschungsansatz interessant.

Trotz dieser kritischen Randnotizen – beide Arbeiten sind lesenswert, weil sie soziale Innovationen theoretisch fundiert und dabei doch gut verständlich präsentieren. Derek Wall feierte das 2006 erschienene Buch als ein ‚seltenes Meisterstück' (Wall 2007: 520). Dem kann man beipflichten. Allerdings wendet sich North mit dem Band von 2006 eher an ein Fachpublikum, während das ein Jahr später vorgelegte Werk einem breiteren Leserkreis zugänglich ist.

Rolf F. H. Schröder, Bremen

Besprochene Literatur

North, Peter 2006: Alternative Currency Movements as a Challenge to Globalisation? A Case Study of Manchester's Local Currency Networks, Aldershot und Burlington: Ashgate.

North, Peter 2007: Money and Liberation. The micropolitics of alternative currency movements. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Verwendete Literatur

Wall, Derek 2007: Realist Utopias? Green Alternatives to Capitalism, in: Environmental Politics, 16:3, 518-522.

Datenbank Bewegungsforschung

Das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen gibt in einer Datenbank einen Überblick über laufende Forschungsvorhaben zum Bereich Neue Soziale Bewegungen. Deshalb sind alle Forscherinnen und Forscher, Studentinnen und Studenten sowie Forschungseinrichtungen aufgerufen, entsprechende Projekte an das Forschungsjournal zu melden. Sie werden dann auf der Internet-Seite des Forschungsjournals (www.fjnsb.de) veröffentlicht.

Benötigt werden folgende Angaben: 1. Titel des Vorhabens, 2. Zeitraum, auf den sich das Projekt bezieht, 3. Name und Anschrift des Bearbeiters/der Bearbeiterin, 4. Name und Anschrift der Institution, an der die Arbeit entsteht, 5. Name und Anschrift des Betreuers/der Betreuerin, 6. Art und Stand der Arbeit (Abschlussarbeit, Projekt, Dissertation etc.), 7. Laufzeit des Forschungsvorhabens, 8. Art der Finanzierung.

Diese können per Post (Gabriele Schmidt, Falckensteinstraße 5, 10997 Berlin) oder per E-Mail (gabi_sch@gmx.de) an die Rubrikverantwortliche übermittelt werden.

Aktuelle Bibliographie

1968

Fichter, Tilman 2007: Gespräch mit Tilman Fichter, Wolfgang Kraushaar und Christian Semler: „Rudi, RAF und rote Socken". In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 9, 47-53.

Gilcher-Holtey, Ingrid 2007: Die APO und der Zerfall der Gruppe 47. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 25, 19-24.

Jesse, Eckhard 2007: Die Ursachen des RAF-Terrorismus und sein Scheitern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 40-41, 15-23.

Kraushaar, Wolfgang 2007: Agnoli, die APO und der konstitutive Illiberalismus einer Parlamentskritik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 1, 160ff.

Kury, Helmut 2007: Mehr Sicherheit durch mehr Strafe? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 40-41, 30-37.

Pohlmann, Friedrich 2007: Das blutige Band der Symphatie. Der deutsche Terrorismus im roten Jahrzehnt. In: Merkur, Jg. 61, H. 702, 1026-1038.

Röhl, Bettina 2007: Die RAF und die Bundesrepublik – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 40-41, 6-8.

Semler, Christian 2007: Die radikale Linke und die RAF – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 40-41, 3-5.

Siemens, Anne 2007: Die Opfer der RAF. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 40-41, 9-15.

Thaysen, Uwe/Falter Jürgen W. 2007: Fraenkel versus Agnoli? Oder: Was ist aus der ‚Parlamentsverdrossenheit' der 60er Jahre für die heutige ‚Postparlamentarismus'-Diskussion zu lernen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2, 401-413.

Von Lucke, Albrecht 2007: 40 Jahre 2. Juni. Die Geburt der 68er-Generation aus der Gewalt-Debatte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2007, 727-741.

Walther, Rudolf 2007: Vor vierzig Jahren: Der zweite Juni. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 6, 11-15.

Wunschik, Tobias 2007: Baader-Meinhof international? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 40-41, 23-29.

Regierung und Parteien
National

Decker, Frank 2007: Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 35-36, 26-33.

Decker, Frank 2007: Die Renaissance der Sozialisten. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 5, 32-37.

Haas, Melanie 2007: Auswirkungen der großen Koalition auf das Parteiensystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 35-36, 18-26.

Kleinert, Hubert 2007: Abstieg der Parteiendemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, No. 35-36, 3-11.

Looman, Marijke 2007: Auf dem Gipfel der Macht. Partizipation von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Jg. 25, H. 1, 74-87.

Meyer, Thomas 2007: Zwischenruf: Warnsignal oder Demokratiegefahr. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 5, 40.

Zivilgesellschaft

National

Britz, Gabriele et al. 2007: Verwaltungsinformation und Informationsrichtigkeit – Pflichten und Ansprüche nach dem Umweltinformations- und dem Informationsfreiheitsgesetz. In: Die Öffentliche Verwaltung, H. 17, 717-726.

Corsten, Michael/Kauppert, Michael 2007: Wir-Sinn und fokussierte Motive. Zur biographischen Genese bürgerschaftlichen Engagements. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, H. 6, 346-363.

Hinterhuber, Eva Maria/Wilde, Gabriele 2007: Cherchez la Citoyenne! Eine Einführung in die Diskussion um ‚Bürger- und Zivilgesellschaft' aus geschlechterpolitischer Perspektive. In: femina politica, H. 2, 9-18.

Sänger, Eva 2007: Umkämpfte Räume. Zur Funktion von Öffentlichkeit in Theorien der Zivilgesellschaft. In: femina politica, H. 2, 18-27.

Sperber, Michael et al. 2007: Bürgerbeteiligung und Innovation. In: Berliner Debatte Initial, H. 2, 85-97.

Stockfisch, Christina 2007: Lokale Bündnisse für Familie – Ein Handlungsfeld für Gewerkschaften. In: WSI-Mitteilungen. H. 10, 571-573.

Ausland

Baldassarri, Delia/Diani, Mario 2007: The Integrative Power of Civic Networks. In: American Journal of Sociology, Vol. 113, No. 3, 735-781.

Bernt, Matthias et al. 2007: Partizipative Stadtentwicklung in den Barrios von Caracas. In: PROKLA 149.

Bickford, Louis 2007: Unofficial Truth Projects. In: Human Rights Quarterly, Vol. 29, No. 4.

Brooks, Rachel 2007: Young People's Extra-Curricular Activities: Critical Social Engagement – Or ‚Something for the CV'? In: Journal of Social Policy, Vol. 36, Is. 3, 417-434.

Child, Curtis D./Grønbjerg, Kirsten A. 2007: Nonprofit Advocacy Organizations: Their Chracteristics and Activities. In: Social Science Quarterly, Vol. 88, Is. 1, 259-281.

Eikenberry, Angela M. 2007: Philantropy, Voluntary Association, and Governance Beyond the State: Giving Cycles and Challenges for Democracy. In: Administration & Society, Vol. 39, No. 7, 857-882.

Espinosa, Gastón 2007: ‚Today we Act, Tomorrow we Vote': Latino Religions, Politics, and Activism in Contemporary U.S. Civil Society. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 612, No. 1, 152-171.

Frank, David John et al. 2007: World Society, NGOs and Environmental Policy Reform in Asia. In: International Journal of Comparative Sociology, Vol. 48, No. 4, 275-295.

Hardill, Irene et al. 2007: Volunteering for all? Explaining Patterns of Volunteering and Identifying Strategies to Promote it. In: Policy & Politics, Vol. 35, No. 3, 395-412.

Jamal, Amaney 2007: When is Social Trust an Desirable Outcome? Examining Levels of Trust in the Arab World. In: Comparative Political Studies, Vol. 40, No. 11, 1328-1349.

Johnson, Erica/Prakash, Aseem 2007: NGO Research Program: A Collective Action Perspective. In: Policy Sciences, Vol. 40, No. 3, 221-240.

Robinson, Mark/Friedman, Steven 2007: Civil Society, Democratization, and Foreign Aid: Civic Engagement and Public Policy in South Africa and Uganda. In: Democratization, Vol. 14, Is. 4, 643-668.

Simmons, Richard et al. 2007: ‚Citizen governance': Opportunities for Inclusivity in Policy and Policy Making? In: Policy & Politics, Vol. 35, No. 3, 457-478.

Thompson, Craig J./Coskuner-Balli, Gokcen 2007: Enchanting Ethical Consumerism: The Case of Community Supported Agriculture. In: Journal of Consumer Culture, Vol. 7, No. 3, 275-303.

Varner, Gary 2007: Animal Rights: Current Debates and New Directions. In: Philosophical Review, Vol. 116, No. 2, 281-286.

Williams, Rhys H. 2007: The Languages of the Public Sphere: Religious Pluralism, Institutional Logics, and Civil Society. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 612, No. 1, 42-61.

Soziale Bewegungen und Protest

National

Bialas, Wolfgang 2007: Ostdeutsche Intellektuelle und der gesellschaftliche Umbruch der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 33, H. 2, 289-308.

Neuner, Michael 2007: Politischer Konsum. Wesen, Erscheinungsformen und Bedeutung. In: WiSt. Jg. 36, H. 7, 342-348.

Walk, Heike 2007: Wo bleibt die Klimabewegung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, November 2007, 1387-1381.

Ausland

Barry, Jim et al. 2007: Women's Movements and New Public Managament: Higher Education in Sweden and England. In: Public Administration, Vol. 85, Is. 1, 103-122.

Bélanger, Louis et al. 2007: Democratic Norms Remain Stronger than Ethnic Ties: Defending ‚Foreign Interventions and Secessionist Movements'. In: Canadian Journal of Political Science, Vol. 40, Is. 3, 749-757.

Claassen, Ryan L. 2007: Campaign Activism and the Spatial Model: Getting Beyond Extremism to Explain Policy Motivated Participation. In: Political Behaviour, Vol. 29, No. 3, 369-390.

Davis, Michael C. 2007: The Quest for Self-Rule in Tibet. In: Journal of Democracy, Vol. 18, No. 4.

Feldman, Bob 2007: Report from the Field: Left Media and Left Think Tanks – Foundation-managed Protest? In: Critical Sociology, Vol. 33, No. 3, 427-446.

Garay, Candelaria 2007: Social Policy and Collective Action: Unemployed Workers, Community Associations, and Protest in Argentina. In: Politics & Society, Vol. 35, No. 2, 301-328.

Haklai, Oded 2007: Religious-Nationalist Mobilization and State Penetration: Lessons From Jewish Settlers' Activism in Israel and the West Bank. In: Comparative Political Studies, Vol. 40, No. 6, 713-739.

Holzer, Boris 2007: Framing the Corporation: Royal Dutch/Shell and Human Right Woes in Nigeria. In: Journal of Consumer Policy, Vol. 30, No. 3, 281-301.

Karaman, Tatyana A. 2007: Book Review: Vanhuysse, P. (2006). Divide and Pacify: Strategic Social Policies and Political Protests in Post-Communist Democracies. Budapest, Hungary: Central European University Press. In: Comparative Political Studies, Vol. 40, No. 9, 1142-1145.

Lee, Aie-Rie/Chin Mikyung 2007: The Women's Movement in South Korea. In: Social Science Quarterly, Vol. 88, Is. 5, 1205-1226.

Levy, Carl 2007: ‚Sovversivismo': The radical political culture of otherness in Liberal Italy. In: Journal of Political Ideologies, Vol. 12, No. 2, 147-161.

Lindner, Kolja 2007: Soziale Bewegungen und autoritärer Populismus. Proteste und Präsidentschaftswahlen in Frankreich. In: PROKLA 148.

Lun, Zhang 2007: Changement Sociale et Mouvements Sociaux. In: Cahiers Internationaux de Sociologie 2007, Vol. 122, 7-30.

Naamaan, Dorit 2007: Brides of Palestine/Angels of Death: Media, Gender, and Performance in the Case of the Palestinian Female Suicide Bombers. In: Signs, Summer 2007, 933-957.

Robert, Stéphanie 2007: L'action politique des movements sociaux d'aujourd'hui: Le déclin du politique comme procès de politisation. In: Canadian Journal of Political Science, Vol. 40, Is. 1, 245-247.

Schneider, Cathy Lisa 2007: Police Power and Race Riots in Paris. In: Politics & Society, Vol. 35, No. 4, 523-549.

Steinrücken, Torsten/Jaenichen, Sebastian 2007: The Fair Trade Idea: Towards an Economics of Social Labels. In: Journal of Consumer Policy, Vol. 30, No. 3, 201-217.

Waylen, Georgina 2007: Women's Mobilization and Gender Outcomes in Transitions to Democracy: The Case of South Africa. In: Comparative Political Studies, Vol. 40, No 5, 521-546.

*Wieser, Matthias/*Ege, Moritz 2007: Schwarz werden. ‚Afroamerikanophilie' in den 1960er und 1970er Jahren. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Dezember 2007, 90-93.

Wilkinson, John 2007: Fair Trade: Dynamics and Dilemmas of a Market Oriented Global Social Movement. In: Journal of Consumer Policy, Vol. 30, No. 3, 219-239.

Sozial- und politikwissenschaftlicher Zeitschriftendienst (SOPOZ)

Sind Sie auf einen umfassenden und systematischen Überblick über politik- und sozialwissenschaftliche Debatten und Themenkonjunkturen beruflich angewiesen? Dann abonnieren Sie den sozial- und politikwissenschaftlichem Zeitschriftendienst des Forschungsjournals!
Das Forschungsjournal organisiert zum *reinen Selbstkostenpreis* einen sozial- und politikwissenschaftlichen Zeitschriftendienst (SOPOZ). Dieser bietet bei 3 postalischen Lieferungen im Jahr die Inhaltsangaben aller relevanten deutsch- und englischsprachigen politik- und sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften (ca. 180 Zeitschriften) zur systematischen Auswertung nach je eigenen Themenschwerpunkten an. Der damit mögliche Feldüberblick ist auch in Zeiten von Google nicht zu überbieten.

Neben einem breiten allgemeinen Basisangebot (111 Titel) werden zusätzlich folgende Zeitschriftenbereiche angeboten:
- Sozialpolitik (35 Titel)
- Umwelt, Technologie, Wissen (8 Titel)
- Rechtswissenschaft und Rechtstheorie (14 Titel)
- Konsumforschung (10 Titel)

Neue Zeitschriftentitel können auf Wunsch von Abonnenten in das Serviceangebot aufgenommen werden.
Einen Überblick gibt die auf der Homepage des Forschungsjournals eingestellte Liste aller ausgewerteten Zeitschriften unter: http://fjnsb.parallel-universum.info/fjnsb/pages/frameService.htm

Ihr Nutzen:
- HochschullehrerInnen und Forschungsinstitute können sich einen Überblick über die neuen Debatten, Themenschwerpunkte und Trends verschaffen,
- Bibliotheken und Archive können für sie wichtige Beiträge aus Zeitschriften identifizieren
- Zeitschriften können – wie auch das Forschungsjournal – auf Basis dieser Auswertung ein eigenes bibliographisches Serviceangebote an ihre LeserInnen machen

Der Bezug des sozial- und politikwissenschaftlichen Zeitschriftendienstes erfolgt über ein Jahresabonnement (3 Lieferungen) und *kostet pro Jahr 200 Euro.* Richten Sie Ihre Bestellung bitte an: ansgar.klein@snafu.de

Warnfried Dettling: Korrosionsschäden? Anmerkungen zur Zukunft der Demokratie, FJ NSB 3/2008, S. 10-15

Warnfried Dettling hinterfragt in seinem Beitrag den gegenwärtigen Abgesang auf die Demokratie, wie er zum Beispiel in der These der Postdemokratie betrieben wird. In diesem Rahmen stellt er die Erfolgsgeschichte der Demokratie in Deutschland den bedenklichen aktuellen Entwicklungen gegenüber. Während in der Vergangenheit, insbesondere nach der Gründung der Bundesrepublik, sowohl Ideen, Institutionen und politisches Personal vorhanden waren, von denen die Bürger überzeugt waren, fehlt heute das Vertrauen in die Politik. Zu dieser Entwicklung haben nicht nur die oft angeführte Globalisierung oder die Vielzahl an Vetospielern beigetragen. Darüber hinaus stellt der Autor eine selbstverschuldete Entpolitisierung der Politik fest. Vertrauen wurde durch Angst ersetzt. Politiker fürchten Wähler und Wähler die Politiker. Aus dieser Negativspirale gilt es auszubrechen und eine positive Spirale in Gang zu setzen. Dazu bedarf es einer Neuformulierung der in der Vergangenheit erfolgreichen Ideen und einer neuen Wahrhaftigkeit in der Politik. Die Chance dazu besteht, sodass ein Abgesang auf die Demokratie voreilig ist.

Warnfried Dettling: Corrosion Damages? Remarks on the Future of Democracy, FJ NSB 3/2008, pp. 10-15

Warnfried Dettling questions the thesis of ‚Postdemocracy', which claims that democracy is being disintegrated and that there will be no real democratic politics in the future. In that context he describes the track record of German democratization and contrasts it with the contemporary deficits. In the past, especially after the foundation of the ‚Bundesrepublik', people were convinced of the ideas, institutions and the political personnel. But today there is a lack of trust in the capacity of politicians to solve problems. The reason for that are not only globalization and a vast number of veto players but also a self-made de-politicization of politics. Trust is replaced by fear. Politicians are afraid of voters and the other way round. One has to overcome this vicious circle and create more trust. In order to achieve that once successful ideas have to be reformulated and revitalized. Since that is still possible no one should proclaim the end of democracy.

Günther R. Mittler/Edgar Wolfrum: Das Jahr 1968. Vom Politereignis zum Geschichtsereignis, FJ NSB 3/2008, S. 16-24

Huldigt der Staat seinen einstigen Feinden? Dieser Eindruck könnte sich aufdrängen angesichts der Fülle von Veröffentlichungen und Ausstellungen zum 40. Jahrestag der Studentenproteste. Doch Mittler und Wolfrum kommen zu dem Schluss, dass auch 40 Jahre danach sowohl die Linke als auch die Rechte versuchen, die Ereignisse für sich zu instrumentalisieren. Konservative Kreise interpretieren das Jahr 1968 als Abkehr von jener Ordnung und Stabilität, zu der die CDU-geführten Regierungen der Bundesrepublik seit 1949 verholfen haben. Sowohl 1969 als auch 1998 sei der Regierungsauftrag für die Linke ein Irrtum gewesen, der unbedingt wieder korrigiert werden müsse. Für die Linke hingegen sei 1968 ein Jahr des Aufbruchs, der Emanzipation, der Freiheit und der Ekstase. Dies gipfelt in der Kanzlerschaft von Willy Brandt, der nicht nur der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik wurde. Er stand zugleich für das ‚andere', das ‚bessere' Deutschland. So wurde die Brandt-Regierung überhöht und als historische Zäsur interpretiert. Seither habe sich im linken Lager die Deutung verfestigt, dass mit 1968 die demokratische Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik begonnen habe. Mittler und Wolfrum relativieren diese Einschät-

zung: So seien die 68er weder die erste noch die größte Protestbewegung der Bundesrepublik gewesen. Mit der Großen Koalition habe Kanzlerin Angela Merkel einen neuen Weg beschritten. Zum einen betone sie, dass man hinter die Errungenschaften der 68er nicht mehr zurück wolle. Gleichzeitig ziehe sie aber auch einen Schlussstrich und setze nun auf die ‚nächste Generation', die mit 1968 nicht mehr viel zu tun habe. Mittler und Wolfrum fordern, sich vom Kulturkampf von Rechts und autobiografischer Selbstverliebtheit von Links zu lösen und zu einer nüchternen Betrachtung der Ereignisse zu kommen.

Günther R. Mittler/Edgar Wolfrum: 1968. A Political Moment Becomes Historical, FJ NSB 3/2008, pp. 16-24

Does the state render homage to its former enemies? One could get that impression seeing all the publications and exhibitions referring to the 40th anniversary of the student protests. But Mittler and Wolfrum claim that right-wing and left-wing intellectuals try to exploit the events of1968 for their purpose. For conservatives 1968 is the renunciation of order and stability, brought by the Adenauer administration. For them it was a mistake that the left came into power, 1969 as well as 1998, a mistake which has to be corrected. For the left 1968 is a symbol of emancipation, freedom and progress, which had it climax in the chancellorship of Willy Brandt. He symbolized the ‚other' and the ‚better' Germany. In the authors' view, the Brandt administration was thus exaggerated and interpreted as a historical break. From a left perspective this was the cradle of a democratic civil society in Germany. This has to be mitigated. The 68-movement was neither the first nor the largest protest-movement in post-war Germany. The ‚Große Koalition' led by Angela Merkel broke new ground. On the one hand she made clear that no one wants to fall behind the achievements of 1968. But at the same time one has to rule off and to pin one's hope in the next generation, which has not much in common with the generation of 1968. Mittler and Wolfrum propose to finish a ‚Kulturkampf' from the right as well as narcistic autobiographical views from the left. Instead, one should focus on an unemotional analysis of the events.

Albrecht von Lucke: Der Deutungskampf um ‚68' im Lichte seiner Jubiläen, FJ NSB 3/2008, S. 25-34

Albrecht von Lucke beleuchtet die Wirkungsgeschichte von ‚68' anhand der jeweiligen Jubiläen in den Jahren 1978, 1988, 1993, 1998 und 2008. Damit zeichnet er zugleich die politische Stimmung und Gemengelage in den Jubiläumsjahren nach. Zehn Jahre danach stand das moralische Aufbegehren der Nachkriegskinder gegen ihre Nazi-Eltern im Mittelpunkt, was zu einer positiv besetzten (Selbst-) Definition der 68er-Generation führte. Dies setzte sich auch 1988 fort. 1968 stand damals für Emanzipation und Demokratisierung. Die Bürger verlangten mehr Partizipation und engagierten sich in der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung. Erst die Revolte schien aus einem autoritär-hierarchischen Obrigkeitsstaat eine moderne, zivilisierte Demokratie gemacht zu haben. 1993 dagegen wendete sich das Blatt der Interpretation: Im Lichte des Zusammenbruchs der DDR und der Wiedervereinigung schien jedes linke Experiment gescheitert. Die einst so stolzen Neuen Sozialen Bewegungen sahen sich ernsten Zerfallserscheinungen ausgesetzt. 1998 schien zwar zunächst der Sieg der 68er zu sein, der Moment, in dem der Marsch durch die Institutionen tatsächlich im Kanzleramt angekommen war. Doch trotz der 68er-Vergangenheit wollte vor allem

Kanzler Gerhard Schröder nicht viel von dieser Vergangenheit wissen. Die 68er-Themen wie Ökologie und Demokratisierung hatten bei ihm keinen hohen Stellenwert. Endgültig dahin war der vermeintliche ‚Sieg' der 68er dann im Jahr 2008. Im Zeichen der Großen Koalition schreibt Angela Merkel die deutsche Geschichte um zur Erfolgsgeschichte der CDU, in der 1968 nur ein Irrweg war. Das bürgerliche Lager beschwöre vor diesem Hintergrund die Gefahren eines Linksrucks und versuche, dem eine ‚Neue Bürgerlichkeit' entgegenzusetzen.

Albrecht von Lucke: Interpretations of ‚68' in the light of its anniversaries, FJ NSB 3/2008, pp. 25-34

Albrecht von Lucke analyzes the ‚Wirkungsgeschichte' (history of impact) of 1968 by dealing with its anniversaries. Ten years after 1968 the moral rebellion of the post-war children against their Nazi-parents was the focal point. This led to a positive self-definition of the 1968-generation. This perception was continued in 1988, when 1968 symbolized emancipation and democratization. Citizens demanded more participation and engaged in several social movements. But 1993 a different interpretation dominated: Since the collapse of the German Democratic Republic any left experiment had to be seen as failed. The new social movements, which had been so proud before, faced a breakup. 1998, then, seemed to be a victory of the 68-generation, since they came into power. But despite their roots in 1968 the administration, especially Chancellor Gerhard Schröder, did not want to know anything about this history. The topics of that generation, environment and democratization, did not have much value for him. In 2008 the assumed victory is completely lost. Angela Merkel as the chancellor of a ‚Große Koalition' reinterprets German history as a track record of the Christian Democratic Union (CDU), in which 1968 was just a meander. Opposing a virtual turn to the left they proclaim a ‚Neue Bürgerlichkeit'.

Karl-Werner Brand: Die aktive Bürgergesellschaft. Studentenbewegung, neue soziale Bewegungen – und was davon bleibt, FJ NSB 3/2008, S. 35-44

Dass Beteiligung und Widerspruch heute als legitime Äußerungsformen einer ‚Bürgergesellschaft' verstanden werden, ist eine greifbare Folge einer Bewegungskultur, zu der ‚68' und die neuen sozialen Bewegungen zu zählen sind. Waren die 1950er Jahre noch von vorpolitischen Orientierungen auf Wohlstand und Sicherheit geprägt, breitet sich in den 1960er Jahren ein neues Lebensgefühl aus. Die ‚Wohlstandsgesellschaft' wird zunehmend kritisch betrachtet und der öffentliche Raum politisiert. Dieser gesellschaftliche Aufbruch umfasst drei Stränge: (1) Gegenkultureller Protest, (2) Außerparlamentarische Opposition und die Kampagne für Abrüstung sowie (3) die Studentenbewegung. Sie entmischen sich mit der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings' und dem Scheitern der Anti-Notstandskampagne: Teile der Reformimpulse werden von der sozialliberalen Regierung aufgegriffen, die außerparlamentarische Bewegung zerfällt und polarisiert sich. Radikaldemokratische Formen haben 1968 jedoch an Gewicht gewonnnen und bereiten Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen vor. Während die gegenkulturellen und emanzipativen Impulse von 1968 also fortwirkten, grenzt die Bewegungsszene sich von Themen und Formen der alten Politik und der Kaderpolitik der Neuen Linken ab. Im Kontext von ‚Ölkrise' und ‚Grenzen des Wachstums' veränderte sich auch die politisch-kulturelle Stimmungslage einschneidend. ‚Sanfte' Alternativen zur industriell-modernen Gesellschaft (‚small ist beautiful') wurden konzipiert und eher dezentrale und netzwerkartig koordinierte Organisationsstrukturen entwickelt.

Mitte der 1980er Jahre hat die Mobilisierung zwar ihren Höhepunkt überschritten, sich aber auch professionalisiert und institutionalisiert. Konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen sind damit in ein komplementäres Verhältnis getreten und Geburtshelfer einer ‚reflexiven Moderne' (Beck) geworden.

Karl-Werner Brand: Active Citizenship. Student Movement, New Social Movements – What's Left?, FJ NSB 3/2008, pp. 35-44

As a consequence of 1968 and the new social movements participation and disagreement are today widely seen as a legitimate form of expression within civil society. While in the 1950s people were focussed mainly on unpolitical values such as wealth and security there evolved a new way of life in the 1960s. The affluent society was perceived skeptically and the public sphere became more politicized. There are three main threads in this process: (1) protest opposing main culture (2) non-parliamentary opposition and campaigns for disarmament, (3) student movement. They demix after the abatement of the Prague Spring and the failure of the campaign against the state of emergency: While some aspects are picked up by the social-liberal government, the non-parliamentary opposition breaks up. But forms of radical democracy have gained influence and gave way for new social movements. While counter-cultural and emancipative impulses still have their impact, movements define themselves in opposition to issues and forms of old politics and cadre-politics of the new left. During the oil crisis ‚soft' alternatives to the industrial society appeared and rather decentralized organizational structures were established. In the mid-1980s, mobilization had already reached its climax, but it had become more professional. Conventional and non-conventional forms now existed complimentary to each other and can be seen as the midwives of a reflexive modernity.

Jens Kastner: 1968 und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, FJ NSB 3/2008, S. 45-56

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war ein zentrales Anliegen der 68er-Bewegung. Das belegt Jens Kastner in den persönlichen und literarischen Schilderungen der Beteiligten und in den konkreten politischen Angriffszielen. Diese wiederum seien nur zu begreifen, wenn man sie vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit interpretiert. Der Nationalsozialismus und die 68er werden in den aktuellen Debatten häufig als aufeinander bezogene Zäsuren der deutschen Geschichte bewertet. Jens Kastner legt in seinem Artikel jedoch dar, dass es sich bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht um ein generationenspezifisches Problem handelt. Vielmehr sei sie Ergebnis sozialer Kämpfe. Deshalb plädiert er für die Einbeziehung der Bewegungsforschung, um die Debatten wirklich verstehen zu können. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei als strukturelle Gelegenheit genutzt worden, in laufende Debatten einzugreifen und diese zu radikalisieren. Dabei traf die Diskussion um die NS-Vergangenheit auf eine gewisse institutionelle Offenheit, aber auch auf politische Verbündete. Zugleich interpretierten sich die Akteure des Jahres 1968 als Nachkommen eines Täterkollektivs, was die Bewegung vereinte. Die Abgrenzung zum Nationalsozialismus habe die Bewegung mobilisiert und diente so zur inhaltlichen Herstellung der Generation – und nicht umgekehrt.

Jens Kastner: 1968. Dealing with National Socialism, FJ NSB 3/2008, pp. 45-56
Dealing with National Socialism was a core issue of the 68-movement. Jens Kastner shows this in the personal and literary descriptions of the involved as well as chosen political targets. These can be understood only when interpreted against the background of National Socialism. In the current discourse National Socialism and the 68-movement are often described as interdependent phenomena in German history. But Kastner shows that dealing with National Socialism is not a generation-specific problem but a result of social struggles. Due to that insight research on social movements should be included in order to understand the debates properly. Dealing with National Socialism was used as an opportunity to radicalize ongoing debates. In that context the discussion faced an institutional openness, but also won political allies. The generation saw itself as descendants of a ‚Täterkollektiv' (collective of culprits), which brought the movement closer together. The distinction from National Socialism mobilized the movement and helped establish the generation, not the other way round.

Wolf-Dieter Narr: ‚68': Protestierender Abglanz der Ordinarienuniversität – Konkrete Utopie demokratischer Universität. Bleibende Ambivalenzen, FJ NSB 3/2008, S. 57-66
Ungeachtet der Rede von ‚der Studentenbewegung' wird die Bedeutung der Universität als Ansatzpunkt der 68er-Proteste häufig unterschätzt. Eine an Personwerdung und Mündigkeit, an Autonomie und Urteilskraft orientierte Universitätsidee sollte 1968 neu belebt werden. Nicht nur die Universität als Institution, auch der moderne Wissenschaftsbegriff und seine spezifische Rationalitätskonzeption – weit vor 1968 in Husserls ‚Krisisschrift' aufgezeigt und im Zuge der Kritik an der heutigen (Un-)Bildungspolitk jüngst von Liessmann neu formuliert – sind damit zum Politikum geworden.
Die studentischen Proteste gegen den ‚Muff unter den Talaren' standen überdies einer nach 1945 restaurierten Universität gegenüber, die sich einen vergangenheitspolitischen Persilschein ausgestellt hatte und von drei Formprinzipien zusammengehalten wurde: (1) dem Ordinarien-System, (2) einer für die gesamte Finanzierung zuständigen staatlichen Bürokratie und (3) der Auslagerung der zumeist staatsfinanzierten Großforschung in eigenständige wissenschaftliche Gesellschaften. Vor allem ökonomische Faktoren (Sputnik-Schock) ließen die Bereitschaft für eine Universitätsreform wachsen. Demgegenüber zielten die Reformvorstellungen der Studenten aber primär auf eine ‚Demokratisierung' der Universität.
In der durch den ‚Bologna-Prozess' geprägten heutigen Universitätswirklichkeit lassen sich davon bestenfalls Spurenelemente finden. Nicht zuletzt durch eine entspannte Arbeitsmarktsituation ermutigt, fehlte der Studentenbewegung – von eigenen Übertreibungen und Verkürzungen abgesehen – Gegenmasse im Kreis der Ordinarien und ein über einen langen Sommer des Protestes hinausreichender Zeithorizont zur Entwicklung einer institutionell fassbaren Bildungsalternative.

Wolf-Dieter Narr: ‚68': Protests against the ‚Ordinarienuniversität' – Utopia of a Democratic University. Remaining Ambivalences, FJ NSB 3/2008, pp. 57-66
Though everyone talks about the ‚student movement' the role of universities within the protests of 1968 is underestimated. The idea of autonomy, maturity and power of judgement was the aim in 1968. Not only the university as an institution but also a modern notion of science and its specific

concept of rationality – hints could be found long before 1968 in Husserl's ‚Krisisschrift' and were reformulated recently by Liessmann – became a political issue.
The protests of the students were directed against a university, which gave itself a certificate of absolution and was bound by three principles: (1) the system of ordinaries, (2) a state bureaucracy responsible for all questions of finance and (3) outsourcing of important research to self-contained scientific societies. Especially economic factors fostered the willingness for a reform of universities. The students were instead concerned with democratization of the university, which can be found only rarely in times of the Bologna-process. Also encouraged by a relaxed situation on the labour market the student movement lacked a mass which could counter the ordinaries and time to develop an alternative concept of education.

Barbara Schaeffer-Hegel: ‚Sozialistische Eminenzen', ‚Busen-Attacken' und ‚Weiberrat' – geschlechterpolitische Impulse von 1968, FJ NSB 3/2008, S. 67-78
Der Artikel von Barbara Schaeffer-Hegel ist teils wissenschaftliche Analyse, teils autobiographischer Bericht aus einer Zeit, als die Frauen sich ihren Platz in der bundesrepublikanischen Hochschullandschaft mühsam erkämpften. Sie schildert sehr anschaulich Urteile und Vorurteile der männlichen Akademikerwelt, mit denen man die Frauen aus der Forschungslandschaft fern halten wollte. Zugleich beschreibt sie den Aufbruch in eine Frauenforschung fernab von Klischees. Neben der Entstehung einer feministischen Wissenschaft berichtet sie über den Streit um den weiblichen Körper und über das Aufbegehren der Frauen gegen vermeintlich biologische Zuschreibungen von Weiblichkeit. Schaeffer-Hegel beschreibt die Herausbildung von alternativen, basisdemokratischen Organisationsformen und die früh einsetzenden Richtungskämpfe in der autonomen Frauenbewegung. Und sie beschreibt die Schwierigkeiten, eine einheitliche, professionelle Linie zu finden. Doch zugleich macht sie in der Vielfalt, die andere Zersplitterung nennen, auch eine Stärke der neuen Frauenbewegung aus. Und bei allen Herausforderungen, die es auch heute noch an Politik und Gesellschaft gibt, stellt sie fest, dass das Thema Gleichberechtigung seit 1968 einen festen Platz in der politischen Agenda hat.

Barbara Schaeffer-Hegel: 1968: Impulses on Gender Politics, FJ NSB 3/2008, pp. 67-78
The article of Barbara Schaeffer-Hegel is a mixture of scientific analysis and autobiographic report. She shows in how far there were prejudices against women in the male world of the university, from which women should be kept away. Next to the start of gender studies she describes the conflict on the female body and the resistance of the women to biological attributions of femaleness. She depicts the development of alternative, grassroots-democratic organizations and early internal struggles in the women's movement. On the other hand, Schaeffer-Hegel argues, diversity has always been a strength of the movement. Though there are still challenges in politics and society concerning gender-equality, the issue has been on the political agenda since 1968.

Gottfried Oy: Selbstorganisation: Ein nicht eingelöstes Emanzipationsversprechen von 1968?, FJ NSB 3/2008, S. 79-86

Der strukturellen Lesart, die ‚68' als Moment ohnehin stattfindender langfristiger Wandlungen deutet, lässt sich eine ereignisorientierte Perspektive gegenüberstellen, von der sich eine negative, eine liberal-positive und eine links-positive Variante (Werteverfall, Fundamentalliberalisierung und uneingelöstes Emanzipationsversprechen) finden. Der Beitrag zielt ereignisorientiert auf die Bergung uneingelöster Emanzipationsversprechen, die mit dem Konzept der Selbstorganisation verbunden sind. Das Schlüsselwort in Frankreich lautete ‚autogestion', in Großbritannien stand 1968 ‚democratic self-activity' durch ‚direct action' und ‚civil disobedience' auf der Tagesordnung. In den USA sollte eine partizipatorische Demokratie durch ‚community projects' und ‚community organizations' belebt werden, während in der Bundesrepublik ‚Gegenöffentlichkeit' und die ‚Demokratisierung der Öffentlichkeit' durch alternative Publizistik im Mittelpunkt standen. Als überfraktionelle Organisation der bundesdeutschen Linken verkörperte insbesondere das ‚Sozialistische Büro' (SB) mit seinem ‚Arbeitsfeldansatz' und der Zeitschrift ‚links' die Orientierung auf politische Selbsttätigkeit. Das Konzept Selbstorganisation geriet aber auch früh als aktionistisch und subjektivistisch in die Kritik. Jenseits der verkürzenden Gleichsetzung von Selbstorganisation und ‚Guerillakampf' erscheint eine kritische Bilanz des Selbstorganisationskonzepts auch heute angebracht. Der Arbeitsfeldansatz des SB und die Alternativbewegung bieten hier geeignete Ansatzpunkte, wobei insbesondere der selektive und sinnverkehrende Einbau von Selbstorganisationselementen in die postfordistische Gesellschaft eine zentrale Herausforderung darstellt.

Gottfried Oy: Self-Organization. A Promise of Emancipation not kept?, FJ NSB 3/2008, pp. 79-86

The structural perspective, claiming that the changes of 1968 would have come anyway due to long-time developments, can be distinguished from an event-driven perspective which can be divided into a negative model, a liberal-positive model and a left-positive model. Himself taking an event-driven perspective, the author focuses on the promise of emancipation which was not fulfilled when referring to the concept of self-organization. The key-word in France was ‚autogestion', in Great Britain the agenda was predominated by ‚democratic self-activity' through ‚direct action' and ‚civil disobedience'. In the US ‚community projects' and ‚community organizations' were hoped to revitalize participatory democracy, while in Germany ‚Gegenöffentlichkeit' (alternative public sphere) and ‚democratization of the public sphere' were the focal points. But the concept of self-organization was criticized early for being subjectivistic and action-driven. Overcoming the simplified connection of self-organization and guerilla-campaigning, a critical assessment of the concept of self-organization seems to be necessary still today.

Eckhard Jesse: Das Jahr 1968 und die Bürgerbewegung in der DDR, FJ NSB 3/2008, S. 87-95

Bei der Betrachtung von 1968 als einem Jahr des Aufbegehrens großer Teile der vorwiegend intellektuellen Jugend rückt die DDR viel zu wenig in den Blick der Forschung. Eckhard Jesse geht in seinem Beitrag zunächst der Frage nach, ob es in der DDR überhaupt eine 68er-Bewegung beziehungsweise eine 68er-Generation gab. Er kann dies zwar bestätigen, stellt aber zugleich fest, dass diese ohne Konturen blieb. Die Hoffnung auf einen dritten Weg wurde 1968 durch die gewaltsame Rücknahme aller Reformen enttäuscht. Sie prägte jedoch die Oppositionellen in der

DDR, die 1989 erneut auf diese Utopie setzten. Deshalb fühlten sie sich zunächst zu den Grün-Alternativen in der Bundesrepublik hingezogen. Mit dem Mauerfall jedoch wurden die Hoffnungen erneut enttäuscht. Das Lager der Oppositionellen zerfiel in diejenigen, die die Wiedervereinigung ablehnten, und denjenigen, die die Nähe zur SPD und zur CDU und damit zu den in Westdeutschland regierenden Parteien suchten.

Eckhard Jesse: 1968 and the Citizens' Movement in the GDR, FJ NSB 3/2008, pp. 87-95
Discussing 1968 as a year in which there was a rebellion of the youth, research lacks analysis of the situation in the German Democratic Republic. Eckhard Jesse asks if there was a 68-movement respectively a 68-generation in the GDR. He confirms that both existed, but concedes they lacked clear-cut outlines. Any hope of a third way was disappointed by the violent take-back of reforms. That experience formed a generation of dissidents in the GDR which pinned their hope on the same utopia in 1989. Due to that they were attracted by the green-alternatives of the ‚Bundesrepublik'. But with the fall of the Berlin Wall they were disappointed once again. The movement split into those opposing the reunification and those approaching the governing parties in the West.

Helmut Fehr: Von 1968 bis 1989: Die Studentenproteste als Kristallisationspunkt für eine neue politische Generation in Ostmitteleuropa, FJ NSB 3/2008, S. 96-105
Helmut Fehr richtet den Fokus auf die 68er-Bewegung in Polen und der Tschechoslowakei. Dabei beschreibt er zunächst die Rahmenbedingungen für die März-Proteste an den polnischen Hochschulen und die Demokratisierungsbestrebungen ‚von unten' während des Prager Frühlings. In einem zweiten Schritt belegt Fehr, dass das Jahr 1968 zugleich für einen politischen Generationenwechsel steht, der langfristig die Neuorientierung unabhängiger Sammlungsinitiativen in beiden Ländern bewirkte. Selbstorganisation, Pluralismus, Dialog und Bürgerrechte waren dabei die zentralen Konzepte der Dissidenten, mit denen diese eine Bürgergesellschaft entwickeln wollten. In Polen sind die Kontinuitäten mit 1968 vor allem im Ideenhorizont der Gewerkschafts-Bewegung Solidarnosc lebendig. In der Tschechoslowakei hingegen dauerte es bis Mitte der 1970er Jahre, ehe sich mit der Charta 77 wieder eine teil-öffentliche Plattform für Bürgerinitiativen bildete. Im Herbst 1989 schließlich war das Bürgerforum der Träger des demokratischen Umbruchs. Die zunächst spontanen Massenproteste, die einen Schwerpunkt unter den Studenten hatten, waren dabei getragen von einem neuen Generationsbewusstsein, in dem Pragmatismus und gegenkulturelle Orientierung mit einer Distanz gegenüber ideologischen Selbstbildern verbunden wurde. Vergleicht man 1968 und 1989, so wird die strukturbildende Rolle der zivilgesellschaftlichen Ideen in beiden Ländern ersichtlich. Fehr zieht daher folgende Schlüsse: Das Jahr 1968 war ein kollektives Protestereignis, welches das politische Bewusstsein einer neuen Generation prägte. Der Prager Frühling war keine Bewegung, die von oben inszeniert wurde. Vielmehr handelte es sich um einen Protest von unten, der in der Tschechoslowakei wie auch in Polen zur Herausbildung von sozialen Bewegungen und bürgerschaftlichem Engagement führte. Die Studenten in Warschau und Prag verwendeten gewaltlose, symbolische und altersspezifische Techniken des Widerstands, womit sie sich an die Studentenproteste im Westen anlehnten. Allerdings verstanden sich insbesondere die polnischen Studenten nicht als Gegner Amerikas und des Vietnamkriegs. Vielmehr ging es um die Freiheit im eigenen Land und nicht um Anti-Amerikanismus.

Helmut Fehr: From 1968 to 1989: Student Protests as a Point of Crystallization for a New Political Generation in Central-East Europe, FJ NSB 3/2008, pp. 96-105
Helmut Fehr focuses on the 68-movement in Poland and Czechoslovakia. First he describes the circumstances under which the March-protests in Polish universities and the ambition for democratization in Prague took place. In a second step Fehr shows that 1968 stands for a political alternation of generations, leading to new orientations. Self-Organization, pluralism, dialogue and civic rights were the core concepts of the dissidents. In Poland especially the Solidarnosc-movement continued the ideas of 1968. In Czechoslovakia it took a long time before in the mid-1970s the Charta 77 emerged as a semi-public forum for civic movements. In the fall of 1989 the Civic Forum was established as the agent of democratization. The spontaneous mass protests were supported by a new consciousness of belonging to a generation in which pragmatism and distance to ideological self-images dominated. Comparing 1968 and 1989, the role of the idea of civil society is obvious. Fehr concludes: 1968 has been a collective event of protest, shaping the consciousness of a new generation. The Prague Spring was a movement from below which, same as in Poland, led to the development of social movements. Students used peaceful, symbolic and generation-specific forms of protest, similar to the students in the west. But they did not oppose, especially in Poland, the United States and the war in Vietnam. Freedom was more the focal point than anti-americanism.

Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth: Anti-Ritual, Medieninszenierung und Transnationalität: Kulturwissenschaftliche Aspekte von ‚68', FJ NSB 3/2008, S. 106-117
Historische Bedeutung und Folgen von ‚68' lassen sich jenseits der Berücksichtigung kultureller Formen und Praktiken nicht erschließen. Der Beitrag demonstriert daher in drei Fallstudien die Leistungsfähigkeit eines kulturwissenschaftlichen Ansatzes. Erstens lässt sich ‚68' als genuin ritualkritische Bewegung interpretieren. Der Protest operierte mit Ritualstörungen und der Entwicklung von ‚Anti-Ritualen' (Umfunktionieren von Vorlesungen, Störungen von Staatsbesuchen, Verfahren der Vollversammlung und der öffentlichen Diskussion) und bahnte damit einen kulturellen Wandel an. Wichtige Voraussetzungen der Erzeugung kultureller Resonanzen waren dabei – zweitens – Medieninszenierungen im Kontext einer medienhistorischen Schwellensituation. Mit der Durchsetzung des Fernsehens als Leitmedium stellte sich die mediale Kommunikation auf Prinzipien der Visualität und die Ausrichtung am Spektakulären um und bot selbst angesichts manifester Abgrenzungen dem Protest einen dankbaren Resonanzboden (Ikonisierung des Nacktfotos der Kommunarden, Dutschke-Interview im TV). Die Verwebung instrumenteller und expressiver Protestkommunikation verweist dabei – drittens – auch auf transnationale Dimensionen. Im Rahmen transnationaler Austauschprozesse entwickelte sich die ‚globale Zirkulation eines revoltierenden Lebensstils'. Die US-amerikanische Friedens- und Bürgerrechtsbewegung (Peace-Zeichen, Sit-Ins), aber auch nationale Befreiungsbewegungen der Dritten Welt (Che Guevara-, Ho Chi Minh-Portraits) fungierten dabei als symbolisches Reservoir. Die so entstandene internationale Protestidentität stellt ein wesentliches Charakteristikum der 68er-Bewegung dar. Als Langzeitfolge bleibt jenseits einer mythisierten Avantgarderolle der 68er die erhebliche Erweiterung des soziokulturellen Spektrums der Bundesrepublik festzuhalten.

Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth: Anti-Ritual, Media Staging and Transnationality: ‚68' – Aspects of Cultural Studies, FJ NSB 3/2008, pp. 106-117
The historical impact of 1968 cannot be understood without taking cultural forms and practices into account. Three case studies demonstrate the capacity of a cultural studies approach. Firstly, ‚68' can be interpreted as a ritual-critical movement. Protest operated with ‚anti-rituals' and gave way to a cultural change. An important requirement was – secondly – staging media. Since television advanced to be the main medium visuality became more important in communication and gave a sounding board for the opposition. The connection of instrumental and expressive communication of protest refers to – thirdly – a transnational dimension. In a context of transnational patterns of exchange a ‚global circulation of revolutionary life-style' developed. The peace movement as well as the civic-rights-movement in the United States, but also liberation movements in the third world were its symbolic reservoir. This international identity of protest is characteristic of the 68-movement. A long-time impact is the broadened socio-cultural spectrum within Germany.

Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre, FJ NSB 3/2008, S. 118-130
Die öffentliche Diskussion über die Folgen der 68er-Bewegung leidet unter einer Verengung auf K-Gruppen und die RAF. Jenseits ausgedehnter linkssozialdemokratischer und gewerkschaftsorientierter Gruppierungen beleuchtet der Beitrag daher das antiautoritäre und linksalternative Milieu. Im Spiegel zeitgenössischer Umfragen erweist es sich als eine – zumal für Jugendliche – enorm anziehende und auch zahlenmäßig umfangreiche ‚Leitkultur' eigener Art. Linksalternativität bezeichnet dabei nicht nur eine politische Programmatik. Erst der Blick auf die Lebenspraxis der Beteiligten erschließt das Phänomen, für das ‚Politik in erster Person', die Veränderung des Alltagslebens sowie eine negative Abgrenzung gegen die etablierte Kultur des Bürgertums kennzeichnend waren. Der linksalternative Habitus kann prägnant mit Motiven wie Betroffenheit und ‚Wärme', Provokation und Humor, Spontaneität und Unmittelbarkeit, Ganzheitlichkeit und Natürlichkeit, Unkonventionalität und Kreativität gefasst werden. Zur Orientierung von Prozessen der Abgrenzung und Selbstveränderung nahm insbesondere ‚Authentizität' einen großen Stellenwert ein. Die ihrerseits nicht unambivalente Authentizitätskultur lässt sich mit Foucaults Konzept der ‚Gouvernementalität' als Selbstführungstechnik der Subjekte entschlüsseln. Ihre Ausbreitung reagierte auf Sinnlücken und Unsicherheiten einer modernisierten, individualisierten Massengesellschaft, deren Konsummuster, Medien, Produktions- und Verhaltensformen von den Linksalternativen aufs Korn genommen wurden, um Freiheitsspielräume und politische Perspektiven zu gewinnen. Allerdings befeuerte eben diese Konsumkultur das Begehren nach Authentizität kräftig mit, was die 68er-Bewegung als ostentative Stilisierung eines sie selbst geschaffen habenden Prozesses erscheinen lässt.

Sven Reichardt: Authenticity and community ties. Politics and lifestyle in the left-alternative milieu from the 1960s to the 1980s, FJ NSB 3/2008, pp. 118-130
A problem with the public discourse on the impacts of 1968 is its restriction to the Red Army Fraction and K-groups. This is why next to left social-democratic und trade union groups the article focuses on the anti-authoritarian and alternative-left milieu. Contemporary polls show that this was a very attractive and extensive culture of its own kind. To be left and alternative was more than

supporting a political program. In order to understand the phenomenon of the ‚politics of the first person' as well as the change in everyday life and the distinction from the established culture, this way of life has to be assessed as well. A left-alternative habitus is characterized by motives such as warmth, provocation and humour, spontaneity, identity and naturality, non-conventionality and creativity. Especially authenticity is important. Drawing back on Foucault's concept of governmentality this culture of authenticity can be decoded as a self-leading-technique of subjects. Its spread was an answer to a lack of meaning and uncertainties within a modern society. Its patterns of consume, media etc. were ridiculed by left alternatives in order to gain space for alternative political perspectives. On the other hand this culture of consume intensified the wish for authenticity.

Andreas Buro: Der lange Marsch der Friedensbewegung zur Zivilen Konfliktbearbeitung nach 1945, FJ NSB 3/2008, S. 133-145
Andreas Buro legt in seinem Beitrag zunächst die Charakteristika ziviler Konfliktbearbeitung dar und grenzt diese gegenüber zivil-militärischer Zusammenarbeit ab. Im Anschluss daran skizziert er acht Phasen der deutschen Friedensbewegung, deren Protagonisten stets am Ideal der Zivilen Konfliktbearbeitung orientiert waren. Als stärkste Zäsur stellt der Autor das Ende des Ost-West-Konflikts heraus. Doch auch nach der Beendigung dieses Konflikts konnte keine Friedensdividende ausgeschüttet werden. Vielmehr ist die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs durch eine interventionistische Politik der NATO und den militärischen Kampf gegen den Terror geprägt. Dem werden die existierenden Initiativen gegenübergestellt, die weiterhin der zivilen Konfliktbewältigung verpflichtet sind. Der Autor benennt Faktoren, von denen der Erfolg ziviler Konfliktbewältigung abhängt. Diese muss nicht nur das Problem fehlender medialer Wahrnehmung überwinden, sondern vor allem ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Konflikte kooperativ gelöst werden müssen und militärische Auseinandersetzungen Ressourcen zerstören. Vor diesem Hintergrund steht der Friedensbewegung noch ein langer Weg bevor.

Andreas Buro: The peace-movement's long struggle for civil conflict management after 1945, FJ NSB 3/2008, pp. 133-145
Andreas Buro characterizes civil ways of dealing with conflicts, which are distinct from civil-military ways of conflict management. He identifies eight periods of the German peace-movement, which has always been oriented towards civility. The strongest break for the movement was the end of the cold war, but contrary to expectations there has been no peace dividend. Instead politics have been dominated by military interventions and the military ‚war on terror'. The author then presents several initiatives supporting civil ways of conflict solution. He also shows the factors which influence the success of these initiatives. They do not only have to overcome the lack of media coverage, but also have to make clear that conflicts have to be solved in a civil way, and that military operations only destroy resources. From that perspective the peace movement still has a long way to go.

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Partizipation und Globalisierung. Das Engagement von Nichtregierungsorganisationen als unverzichtbarer Motor für die gerechte Gestaltung der Globalisierung, FJ NSB 3/2008, S. 146-154
Heidemarie Wieczorek-Zeul betont als Ziel von Entwicklungspolitik vor allem eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. In diesem Rahmen üben Nichtregierungsorganisationen durch kluge Medienarbeit, Beratungskompetenz sowie Projektfinanzierung und -ausführung unbestreitbar Einfluss aus, der nicht nur notwendig, sondern auch Ausdruck einer modernen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist. Erfolge zeigen sich in verschiedensten Bereichen: Entschuldungsinitiative, Bann der Landminen und der Kampf gegen die Genitalverstümmelung von Frauen sind nur einige Beispiele. Vor allem ist es durch ihre Arbeit jedoch gelungen, dass ein Großteil der Bevölkerung für die Bedeutung von Entwicklungszusammenarbeit sensibilisiert wurde. Nichtregierungsorganisationen zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie in stärkerem Maße Ideale vertreten können, als es der Regierung möglich ist, die stets das Gesamtwohl der Gesellschaft berücksichtigen und Kompromisse eingehen muss. Dennoch sollten staatliche nicht gegen zivilgesellschaftliche Akteure ausgespielt werden, sondern eine möglichst effiziente Entwicklungsarbeit durch die für die jeweilige Situation geeigneten Akteure angestrebt werden. Da die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen auch von den staatlichen Akteuren erkannt worden ist, ist man dem Ziel einer vernetzten Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Parlamenten, Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft näher gekommen. Nichtregierungsorganisationen sind jedoch auch einem Wandel ausgesetzt, der Probleme aufwirft: Es besteht erhöhter Konkurrenzdruck zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren, der sie zu mehr Koordination und Professionalität zwingt. Dies führt dazu, dass die Organisationen Gefahr laufen, von staatlichen Institutionen instrumentalisiert zu werden. Da aber durchaus eine Lernbereitschaft auf Seiten der Nichtregierungsorganisation zu erkennen ist, kann auch diesen Problemen begegnet werden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul: Participation and Globalisization. NGOs' Engagement as a Necessary Driving Force for a Just Globalisization, FJ NSB 3/2008, pp. 146-154
Heidemarie Wieczorek-Zeul underlines the necessity of a just globalization, which should be the focal point of development policies. NGOs do a good job by campaigning, consulting and financing and executing projects. This engagement is also a sign of a democratic, pluralistic and modern society. A main success of the NGOs is the grown sensibility of people for the needs of development policies. Although Wieczorek-Zeul sees an advantage for NGOs since they can advocate ideals much better than the state, the two should not be seen as antagonists. Rather, one should focus on the efficient solution of problems by the respectively appropriate actor. As governments realized the importance of NGOs, the ideal of cooperation between governments, parliaments, civil society and business actors, came closer to fulfilment. But NGOs also face changes, which are resulting in new problems. Increased competition forces NGOs to more coordination and professionalization. Thus, NGOs have to deal with the dangerous instrumentalization by state actors. But since NGOs are characterized by their ability to learn, these new problems can be solved.

Wolfgang Thierse: Veränderungsprozesse der politischen Kultur in Deutschland, FJ NSB 3/2008, S. 155-164

Wolfgang Thierse sieht die gegenwärtige politische Kultur in Deutschland durch Verängstigung und Reformskepsis der Bürger geprägt. Diese trauen den Politikern die Lösung aktueller Probleme nicht mehr zu. Diese Verdrossenheit hält trotz eines stets vermeldeten wirtschaftlichen Aufschwungs an. Als Ursachen macht Wolfgang Thierse nicht nur die im Vergleich zur Ökonomie langsamen politischen Prozesse aus, sondern auch die schwindende Qualität der Medien. Darüber hinaus verletzt das Gebaren wirtschaftlicher Eliten das Gerechtigkeitsempfinden zahlreicher Bürger. Die schlechte soziale und wirtschaftliche Situation fällt auf die Demokratie zurück. Es gilt jedoch zwischen Ökonomie und demokratischer Politik zu unterscheiden, die nach unterschiedlichen Prinzipien funktionieren. Zudem stellt eine demokratische Politik den Rahmen zur Verfügung, in dem wirtschaftliches Handeln überhaupt erst ermöglicht wird. Nach der Ansicht von Wolfgang Thierse nimmt die beschriebene Politikverdrossenheit inzwischen Demokratie gefährdende Züge an. Dieser gilt es mittels politischer und auch kultureller Bildung entgegenzuwirken; auch Parteien spielen dabei eine wichtige Rolle. Schließlich ist noch keine Alternative bekannt, die deren Funktion übernehmen könnte. Die Wiederherstellung von Vertrauen ist eine Aufgabe für alle Bürger.

Wolfgang Thierse: Changes in the Political Culture in Germany, FJ NSB 3/2008, pp. 155-164

From Wolfgang Thierse's point of view political culture in Germany is currently characterized by fear and scepticism towards reforms. Citizens do not believe that politicians can solve the urgent problems. This disenchantment with politics is maintained although economic improvement and growth is indicated. Not only the slower decision-making process in politics – when compared to business – are given as a reason, but also the declining quality of the media. Furthermore the behaviour of business elites offends many people's sense of justice. The poor economic and social situation falls back on politics. But it has to be distinguished between democratic politics and economics, which function with different logics. Furthermore, democratic politics provide the frame in which economic processes are enabled.

Wolfgang Thierse claims that the current disenchantment is a threat to democracy. This has to be countered by political and cultural action and education. In this, political parties play a major role, since no alternative actorshave yet come up which could fulfil their function. The rebuilding of trust is a task for all citizens.

Thomas Leif: Pressefreiheit unter Druck. Recherche-Journalismus als Qualitäts-Anker, FJ NSB 3/2008, S. 165-178

Thomas Leif kritisiert in seinem Beitrag die mangelnde Qualität im journalistischen Alltag. Recherche – die eigentliche Kernaufgabe des Journalisten – wird vernachlässigt. Selbst wenn Skandale ans Licht kommen, werden diese selten von Journalisten ‚ausgegraben', sondern oft von gut präparierten Informanten ‚gesetzt'. Oft reichen dann auch spektakuläre Rücktritte, die Strukturen und die wahren Motive für die Rücktritte bleiben meist im Dunkeln. Dies spiegelt auch das unzureichende Problembewusstsein vieler Journalisten im Umgang mit Informanten wider. Umgang, Kontrolle, Pflege und der Schutz von Informanten gehören aber zu den Kernaufgaben professioneller Journalisten. Vor dem Hintergrund, dass echte Informanten immer seltener werden, ist dies eine bedrohliche Entwicklung. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen blocken gegenüber Journalisten

ab, auch die Auskunftspflicht der Behörden entwickelt sich in der Praxis immer mehr zu einer Farce. Führende Politiker versuchen Themen auf wenige Argumente zu reduzieren. Es wird versucht, gewichtige andere Gründe aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Desinformation durch Informationsverweigerung und gezielte Auslassung: Diese Technik funktioniert auch, weil zu viele Journalisten sich zu schnell von den Behörden abweisen lassen. Darüber hinaus konstatiert Thomas Leif ein Ungleichgewicht zwischen vernachlässigten ernsthaften Themen und belangloser Berichterstattung. Insoweit muss auch an die Mediennutzer appelliert werden. Aber nicht nur die Mediennutzer, auch die Wissenschaft muss in die Pflicht genommen werden. Die Wirkungen der Medien auf Wirtschaft und Gesellschaft wachsen, Medienkritik und Medienanalyse bleiben aber eine Orchideen-Disziplin. Auch in Lehre und Ausbildung herrscht ein Missverhältnis: Während zahlreiche Seminare zu Öffentlichkeitsarbeit und PR angeboten werden, gibt es kaum Angebote, in denen die notwendigen Kompetenzen für Recherche vermittelt werden. Stattdessen sollte Recherche von der Ausnahme zum Normalzustand werden. Ziel sollte es sein, nicht nur von Recherche zu reden, sondern Recherche zu ermöglichen, zu fördern und finanziell abzusichern. Recherche schärft das Auswahl-Sensorium für Wichtiges und Unwichtiges, sie bringt für die Medien Marktvorteile durch die Präsentation von echter Exklusivität und sie fördert – schließlich – die oft verwaiste Fachkompetenz in den Redaktionen und bringt Folgegeschichten, weil das Vertrauen von Informanten oft auch an das erkennbare Qualitätsniveau der Medien gekoppelt ist.

Thomas Leif: Freedom of Press under Pressure. Investigative Journalism as a Guarantee of Quality, FJ NSB 3/2008, pp. 165-178

Thomas Leif criticizes the decline of quality within contemporary media. Research and investigation – the main tasks for journalists – are neglected. Although there are scandals from time to time, these are not found by journalists, but set by well-prepared whistle-blowers. The media are often content with the resignation of a politician without doing more research on the circumstances of the scandal. This is mirrored by the lack of sensitivity toward the meaning of informants. At the same time, it is not only business corporations but also the administration and authorities who try to withhold information from journalists; leading politicians try to oppress certain arguments within the political debate. Furthermore Thomas Leif states maladjustment between serious and entertaining media coverage. In this, consumers play an important role. But it is not only the consumers who must be more sensitive for the role of the media, but especially scholars. Though media play a more and more important role in society, the impacts of this development are rarely analyzed. This can also be found in the journalistic education. There are many seminars on public relations but only few on research. The important aim, however, should be not only to talk about investigation and research but to care for its realization, to promote and to sponsor it.

Jörg Rohwedder/Felix Kolb: Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen, FJ NSB 3/2008, S. 179-187

Jörg Rohwedder und Felix Kolb stellen in ihrem Beitrag die Bewegungsstiftung vor. Diese entstand aus einer Initiative von jungen Erben, die jedoch ihre Privilegien kritisch hinterfragten. Seitdem unterstützt die Stiftung soziale Bewegungen durch Beratung sowie Basis- und Kampagnenförderung. Dabei legt sie Wert darauf, dass sich die unterstützen Akteure auf ihre Arbeit konzentrieren können und nicht zu stark mit Antragsarbeit belastet werden. Darüber hinaus unterstützt

die Stiftung auch so genannte Bewegungsarbeiter. Ein besonderes Charakteristikum der Stiftung ist die starke Betonung des Mitspracherechts für geförderte Projekte. Die Projekte sind den Stiftern gleichgestellt. Dies ermöglicht nicht nur den Austausch von Know-How, sondern umgeht auch das Problem, dass Stiftungen einen festen Zweck verfolgen. Durch die Beteiligung der verschiedenen Bewegungsakteure kann flexibel auf aktuelle Probleme eingegangen werden. Damit versteht sich die Bewegungsstiftung auch als Teil einer progressiven Philanthropie, die über das Geben von Almosen hinaus geht und sich bestimmten Zielen verschreibt, dabei aber zugleich in einen Dialog mit den Hilfsbedürftigen begibt.

Jörg Rohwedder/Felix Kolb: The ‚Bewegungsstiftung' – Startups for Social Movements, FJ NSB 3/2008, pp. 179-187
Jörg Rohwedder and Felix Kolb present the ‚Bewegungsstiftung' (movement foundation), which was founded by critical young heirs. The foundation supports social movements by funding campaigns and their basic work. Furthermore it supports individuals, so called ‚Bewegungsarbeiter' (movement workers). A special feature of the foundation is its strong emphasis on participation of the funded projects, which with the given support attain the same status as the founders. This enables exchange of experiences and assures flexibility, which is usually a problem for foundations. In that sense the ‚Bewegungsstiftung' sees itself as part of a progressive philanthropy, which exceeds pure charity but empowers people to solve their problems on their own. They follow certain aims, but these are discussed with the stakeholders.

Ansgar Klein: Zivilgesellschaft und Demokratie. Ideengeschichtliche, demokratietheoretische und politisch-soziologische Zugänge, FJ NSB 3/2008, S. 189-238
Ansgar Kleins Beitrag fasst die vielfältigen Aspekte der Themen Zivilgesellschaft und Demokratie zusammen, denen der Autor in seinen bisherigen Veröffentlichungen nachgegangen ist. Er skizziert die ideengeschichtlichen und zeitgenössischen Diskurse über den Begriff der Zivilgesellschaft. Dabei stehen nicht nur eine liberale und eine republikanische Traditionslinie des Zivilgesellschaftsbegriffs im Fokus, sondern auch die politischen Dimensionen, die vor allem in der Transformation der staats-sozialistischen Systeme, aber auch der Demokratisierung liberaler Demokratien und der Globalisierung zum Vorschein kommen. Anschließend zeigt Ansgar Klein, dass der Begriff nicht nur eine wissenschaftliche Dimension hat, sondern auch Eingang in die reformpolitische Debatte gefunden hat. Der Zivilgesellschaft werden in diesem Kontext neben politischen und kulturellen Funktionen auch die Funktion eines Koproduzenten zugeschrieben. In diesem Rahmen haben sich verschiedene Leitbilder entwickelt, die der Autor vorstellt. Ein besonderes Augenmerk legt er auf die Ergebnisse der Enquéte-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' des Deutschen Bundestages, in deren Folge das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gegründet wurde. Dieses widmet sich der Stärkung zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und der Etablierung des Politikfelds Engagementpolitik. Abschließend werden noch die Zugänge der politischen Soziologie dargelegt, die es ermöglichen, die zivilgesellschaftlichen Akteure auch in normativer Hinsicht zu untersuchen.

Ansgar Klein: Civil Society and democracy. Political Philosophical, Democratic Theoretical and Political Sociological Approaches, FJ NSB 3/2008, pp. 189-238
Ansgar Kleins article sums up the different aspects of civil society and democracy. He sketches the historical and contemporary discourses on the term civil society. He focuses not only on the liberal and republican tradition, but also on the political dimensions, mainly the transformation of socialist countries and the democratization of liberal democracies and globalization. Afterwards Klein shows that the term also mirrors the political discourse of reform. In this context civil society has not only political and cultural functions, but is also a co-producer. Several leading images of civil society have been developed, which are presented by the author. He focuses mainly on the results of the committee of inquiry on ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' (future of civil society) of the German Bundestag. As a consequence the ‚Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement' (civil society network) has been founded, which works on an improvement of the civil society infrastructure. Finally Ansgar Klein presents the approach of political sociology, which allows researchers to analyze civil society organizations also in a normative way.

Ansgar Klein: 20 Jahre Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Eine Zwischenbilanz, FJ NSB 3/2008, S. 239-255
In seinem Überblicksbeitrag zeichnet Ansgar Klein die Geschichte des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen nach. Beginnend mit der Gründungsphase, in der das Journal noch im Eigenverlag produziert wurde, zeigt er nicht nur die verschiedenen Verlagsstationen auf, sondern stellt auch die verschiedenen Kooperationspartner vor, die den Erfolg des Journals möglich gemacht haben. Darüber hinaus erläutert er das Konzept des ‚diskursiven Interventionismus', das den politischen Anspruch des Journals darstellt. Es gilt, die Diskurse in Wissenschaft und Öffentlichkeit zu verbinden – immer auch normativ aufgeladen, aber ebenso empirisch unterfüttert –, immer mit dem Anspruch, auf politische Gestaltung Einfluss zu nehmen. Abschließend wird das breite Themenspektrum des Journals dargelegt, das weit über die Bewegungsforschung hinausreicht.

Ansgar Klein: 20 Years of Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. A Provisional Appraisal, FJ NSB 3/2008, pp. 239-255
Ansgar Klein sums up the history of the Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. He starts with the foundation period, when the journal was published by the editors themselves. But he does not only sketch the different publishing houses, but also all the other partners which have helped to make the journal successful. He also explains the concept of ‚discursive interventionism', which is the political claim of the journal. Discourses of the public sphere have to be brought together with those of scholarship in order to shape policies. In the end he shows the broad spectrum of issues dealt with which go far beyond research on social movements.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 21, Heft 3, September 2008

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *NSB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Dr. Thomas Leif

Redaktion: Alexander Flohé, Kiel; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, St. Augustin/Frankfurt M.; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabi Schmidt, Berlin; Lars Schmitt, Marburg; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeiter: Vera Faust, Aachen; Anja Löwe, Berlin; Albrecht Lüter, Berlin; Stefan Niederhafner, Aalen; Tobias Quednau, Berlin; Elmar Schlüter, Marburg

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Dr. Karin Urich (v.i.S.d.P.), Dr. Albrecht Lüter; verantwortlich für den Sonderschwerpunkt: Tobias Quednau, Dr. Ansgar Klein; *verantwortlich für Pulsschlag:* Alexander Flohé, Schönberger Str. 2, 24148 Kiel, e-mail: alex.flohe@web.de; *für Treibgut:* Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de; *für Literatur:* Gabriele Schmidt, Falkensteinstr. 5, 10997 Berlin, e-mail: gabi_sch@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe NSB, c/o Dr. Ansgar Klein, Mahlower Straße 25/26, 12049 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de

Homepage: www.fjnsb.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o Dr. Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, e-mail: lepus.lk@t-online.de: *Spendenkonto*: Sparkasse Bonn, BLZ: 380 500 00, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.
Jahresabonnement 2008: Bibliotheken € 48,–, persönliches Abonnement € 42,–, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 30,–, Einzelheft € 14,–, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,–/Ausland € 8,–)
Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2008.

© 2008 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden
Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden
Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany
ISSN 0933-9361